

JAROMÍR BALCAR

Wandel durch Wachstum in »dynamischen Zeiten«.

Die Max-Planck-Gesellschaft 1955 bis 1972

Preprint 14



gmpg

FORSCHUNGSPROGRAMM
GESCHICHTE DER
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

JAROMÍR BALCAR

Wandel durch Wachstum in »dynamischen Zeiten«.

Die Max-Planck-Gesellschaft 1955 bis 1972

Preprint 14

Das GMPG-Forschungsprogramm untersucht die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung 1948 bis zum Ende der Präsidentschaft Hubert Markls 2002 und verfolgt den Fortgang des Programms »Aufbau Ost« bis in das Jahr 2005.

Vgl. dazu ausführlich die Projektbeschreibung:

<http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/forschungsprogramm/projektbeschreibung>

Impressum

Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft
Preprint 14

Herausgegeben von Florian Schmaltz, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka

Lektorat: Anne Huffschmid

Redaktion: Birgit Kolboske

Grafik/Satz: doppelpunkt Kommunikationsdesign

Druck: DIEDRUCKER.DE GmbH & Co. KG

Erscheinungsjahr: 2020

Ort: Berlin

ISSN: 2511-1833

Alle Rechte bei den Autorinnen und Autoren

Veröffentlicht unter Creative-Commons-Lizenz by-nc-sa 3.0 Deutsch

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de>

DOI: 10.17617/2.3249490

Wandel durch Wachstum in »dynamischen Zeiten«.

Die Max-Planck-Gesellschaft 1955 bis 1972

Einleitung	5
1. Die langen 1960er Jahre als Umbruchszeit der MPG	10
1.1 Die wissenschaftliche Neuausrichtung der MPG	10
1.2 »Amerikanisierung« per Generationswechsel	24
1.2.1 Wissenschaftliche Generationen in der Geschichte der MPG	24
1.2.2 Das Beispiel Reimar Lüst	28
1.3 Ein neuer Präsident: Butenandt statt Hahn	33
1.4 Fluchtpunkt München: Adolf Butenandt und die Südverschiebung der MPG	41
2. Dynamisierende Faktoren des Wachstums	53
2.1 Pariser Verträge und Wegfall der Forschungsbeschränkungen	54
2.1.1 Das Ende der Besatzungszeit	54
2.1.2 Der Wiedereinstieg in die Kernforschung	55
2.1.3 Tendenzen zur Europäisierung der Forschung	57
2.2 Wachstum im »Wirtschaftswunder«: Zur Finanzgeschichte der MPG	60
2.2.1 Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Westdeutschlands	60
2.2.2 Der Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG	65
2.2.3 Finanzierung und Finanzgebaren der MPG im Wandel	79
2.3 Vom Sputnik-Schock zum <i>Space Race</i> : Der Einstieg der MPG in neue Forschungsfelder	85
2.3.1 Sputnik als Herausforderung	85
2.3.2 Der Einstieg der MPG in die Weltraumwissenschaften	88
2.3.3 Signaturen der Space Sciences	93
2.4 Die Etablierung der MPG als Institution der Grundlagenforschung	95
2.4.1 Die Internalisierung der »Grundlagenforschung«	95
2.4.2 Der Platz der MPG im westdeutschen Wissenschaftssystem	98
2.4.3 Korporatistische Abwehr der Bundesoffensive: Die Bildung der »Heiligen Allianz«	102
3. Die Herausforderungen des Wachstums	106
3.1 Die Öffnung der MPG in Richtung Großforschung	106
3.1.1 Der Trend zu <i>Big Science</i>	106
3.1.2 Die Gründung des IPP	112
3.1.3 Forschungszentren für die Bundesrepublik	120
3.2 Das Verhältnis der MPG zu den Finanzierungsträgern	133
3.2.1 Konflikt mit den Ländern: Wer entscheidet über die Neugründung von Instituten?	133

3.2.2	Konflikt mit dem Bund: Wem gehören die Forschungsanlagen? _____	145
3.2.3	Wissenschaft versus Politik: Der Konflikt um die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen _____	162
4.	Die Reform der Governance-Strukturen der MPG _____	171
4.1	Der Auftakt des Reformprozesses _____	171
4.2	Ein erster Höhepunkt: Die Satzungsreform von 1964 _____	179
4.3	Das lange Ringen um den großen Wurf: Die Reform von 1972 _____	186
4.3.1	Nach der Reform ist vor der Reform _____	186
4.3.2	Demokratisierung mit angezogener Handbremse _____	192
4.3.3	Flexibilisierung mit Hindernissen _____	236
5.	Zusammenfassung _____	244
5.1	Die langen 1960er Jahre als formative Phase der MPG _____	244
5.2	Ursachen des Wachstums _____	247
5.3	Herausforderungen des Wachstums _____	252
5.4	Bewältigung des Wachstums _____	257
6.	Quellen- und Literaturverzeichnis _____	266
6.1	Quellenverzeichnis _____	266
6.2	Literaturverzeichnis _____	268
7.	Abkürzungsverzeichnis _____	310
8.	Personenregister _____	313

Einleitung

Bilanziert man die Entwicklung der letzten Kriegsphase und der ersten Nachkriegsdekade, also die Jahre von 1943 bis 1955, bleibt festzuhalten, dass der Übergang von der *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* zur *Max-Planck-Gesellschaft* zunächst wenig mehr bedeutete als die Änderung des Firmenschildes.¹ Anders als manche andere Institution, die – gleich dem Heer der Flüchtlinge und Vertriebenen – in den Kriegs- und Nachkriegswirren alles verloren hatte und nochmals völlig neu beginnen musste, herrschte bei der KWG/MPG ein bemerkenswertes Maß an Kontinuität, und zwar sowohl mit Blick auf das Personal wie auch auf die Leitungsstrukturen und die Forschungsinhalte. An große wissenschaftliche Innovationen war in der unmittelbaren Nachkriegszeit ohnehin kaum zu denken, stellt man die alliierten Forschungsbeschränkungen und den äußerst bescheidenen Finanzrahmen in der Phase des Wiederaufbaus in Rechnung. Immerhin gelang es, mit Hilfe der Ländergemeinschaft die Finanzierungsgrundlage der Gesellschaft dauerhaft zu sichern, was angesichts des fast völligen Versiegens der Industriespenden – die stets eine wichtige Geldquelle der KWG gewesen waren – keine geringe Leistung darstellt. Die zweite langfristig wirkende Veränderung stellt die »Westverschiebung« der Gesamtorganisation und ihrer Glieder – der Institute – dar, die bereits in der letzten Kriegsphase eingesetzt hatte. Die Verlagerung des geographischen Schwerpunkts sollte sich für die MPG als Glücksfall erweisen, befand man sich dadurch doch auf der »richtigen« Seite des »Eisernen Vorhangs«, der sich bald nach Kriegsende über den Kontinent senkte und Deutschland und Europa für die nächsten 40 Jahre spaltete.²

Dass aus der MPG weit mehr wurde als eine KWG im neuen Gewand, ist auf die dynamischen Veränderungen der Jahre 1955 bis 1972 zurückzuführen. Während sich die Bundesrepublik in dieser formativen Phase vom ungeliebten Provisorium zu einem respektablen, im In- und Ausland angesehenen Staatswesen jenseits des Nationalstaats entwickelte,³ entstand parallel dazu die MPG, wie wir sie heute kennen. Die wichtigste Signatur dieser Transformation markierte der atemberaubende Wachstumsschub, den die Gesellschaft in jenen Jahren durchlief. Das verdeutlichen schon einige wenige Vergleichszahlen für die Jahre 1955 und 1972: 1955, als ihre Gesamtaufwendungen rund 42,2 Millionen DM betragen,⁴ unterhielt die MPG 38 Institute und Forschungsstellen, in denen sie 2050 wissenschaftliche Mitarbeiter und (sonstige) Angestellte

1 Dazu ausführlich Jaromír Balcar: *Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedegründung – Umgründung – Neugründung*. Berlin: GMPG-Preprint 2019. — Zur Geschichte der KWG siehe den instruktiven Überblick bei Rüdiger Hachtmann: *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 56/1 (2008), 19–52.

2 Siehe dazu den Überblick bei Tony Judt: *Die Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2006.

3 Siehe dazu die erste, 1974 erschienene Zwischenbilanz bei Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz (Hg.): *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Stuttgart: Seewald Verlag 1974. Die darin versammelten Beiträge zeichnen bei aller wissenschaftlich gebotenen Vorsicht bereits ein sehr positives Bild von der Entwicklung der Bundesrepublik in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens.

4 Bericht des niedersächsischen Landesrechnungshofs über die Prüfung der Verwertung der Länderzuschüsse durch die MPG im Rechnungsjahr 1955 vom 11. 2. 1957 (gez. Dr. Härtig), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 127.

beschäftigte.⁵ Knapp zwei Dekaden später waren es bereits 54 Institute und Forschungsstellen mit 7840,5 Planstellen, davon 2028 Planstellen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.⁶ Wie sehr sich die MPG bis 1972 verändert hatte, deutet insbesondere der Umstand an, dass sie zu diesem Zeitpunkt drei separate Haushalte führte: Der Allgemeine Haushalt oder Haushalt A, der 1971 mit über 384,3 Millionen DM abschloss (1970: 367 Millionen DM), enthält die rechtlich unselbständigen, gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Max-Planck-Institute sowie die Generalverwaltung und sonstigen zentralen Einrichtungen der MPG. Haushalt B umfasst die Großforschung bzw. großforschungsähnliche Institute der MPG. Dazu zählten seinerzeit das eben erst zu einem vollwertigen Max-Planck-Institut aufgestiegenen *Institut für Plasmaphysik* (65,6 Millionen DM) und das neu gegründete *MPI für Festkörperforschung* (15,4 Millionen DM). Die Mittel des Haushalts B bestritt der Bund zu 90 Prozent, die restlichen zehn Prozent trug das jeweilige Sitzland – Bayern beim IPP und Baden-Württemberg beim *MPI für Festkörperforschung*. Haushalt C, der mit sieben Millionen DM zu Buche schlug und wie Haushalt A zu gleichen Teilen von Bund und Ländern getragen wurde, bestand aus dem Haushalt der betreuten Institute, seinerzeit dem *Institut für Dokumentationswesen* einschließlich der *Zentralstelle für maschinelle Dokumentation*. Somit addierte sich der Gesamthaushalt der MPG auf über 472,3 Millionen DM, von denen weit über 400 Millionen DM von der öffentlichen Hand stammten.⁷ Alles in allem hatte sich die Zahl der Institute zwischen 1955 und 1972 nicht einmal verdoppelt, während sich im selben Zeitraum die Zahl der Beschäftigten annähernd vervierfachte und der Haushalt verzehnfachte.

Die vorliegende Studie zeichnet dieses grob skizzierte Wachstum genauer nach und untersucht, wie es die MPG in den 1950er und 1960er Jahre veränderte. Sie schließt an die bereits erwähnte Gründungsgeschichte der MPG an, setzt also im Jahr 1955 ein und endet 1972, als die Phase der starken jährlichen Zuwächse im Haushalt angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise an ihr Ende kam.⁸ Rezession, Stagflation und die parallel dazu einsetzende Massenarbeitslosigkeit führten auch die MPG an die »Grenzen des Wachstums«, um mit dem vielzitierten Bericht des *Club of Rome* zu sprechen, der just im Jahr 1972 für Aufsehen in Fachkreisen und in der breiten

5 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1954/55. *Jahrbuch 1955 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.* Göttingen 1955, 5–20, 5.

6 Der Begriff »Wissenschaftler« schließt Direktoren, Abteilungsleiter und Assistenten ein. In diesen Zahlen nicht enthalten sind dagegen Gastwissenschaftler und Stipendiaten. Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften: Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1971. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.* 1972. Göttingen 1972, 7–27, 12.

7 Diese Angaben nach Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1971, 1972, 7–27, 22–25.

8 Die Wirtschaftskrise der frühen 1970er Jahre gilt in der Historiographie mittlerweile als tiefe Zäsur nicht nur der deutschen, sondern der westeuropäischen Geschichte. Anselm Doering-Manteuffel: Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55/4 (2007), 559–581. 559 — Lutz Raphael: *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp 2019. — Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael und Thomas Schlemmer (Hg.): *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016.

Öffentlichkeit sorgte.⁹ Aus der MPG-Binnenperspektive liegt die Begründung der Zäsur von 1972 zum einen im Wechsel im Präsidentenamt, das Reimar Lüst auf der Bremer Hauptversammlung von Adolf Butenandt übernahm; damit war nicht nur ein Generationswechsel verbunden, es sollte auch ein anderer Führungsstil in die MPG Einzug halten. Zum anderen benedete die Satzungsreform von 1972, die ebenfalls in Bremen formell beschlossen wurde, die intensive und bisweilen stürmische Reformphase der MPG, die 1958 eingesetzt hatte.

Eines erscheint besonders bemerkenswert: Die Entwicklung der MPG deckt sich augenfällig mit den Signaturen der Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik in den langen 1960er Jahren, die in der Forschung als »dynamische Zeiten«,¹⁰ als »Wendezeit der Bundesrepublik«,¹¹ mit dem Begriff der »Fundamentalliberalisierung«¹² oder auch als kulturelle »Westernisierung«¹³ charakterisiert worden sind. Eine wichtige Zäsur stellte das Jahr 1968 dar, das den Höhepunkt einer weltweiten Studenten- und Protestbewegung markierte, die in der Bundesrepublik wegen der zuvor weitgehend verdrängten NS-Vergangenheit im internationalen Vergleich besonders hohe Wellen schlug.¹⁴ Auch wenn die Folgen von »68« in der Forschung nach wie vor umstritten sind, steht doch fest, dass sich nicht alle gesellschaftlichen Veränderungen jener Jahre allein auf diesem Konto verbuchen lassen. Vielmehr bildete die Wohlstandsgesellschaft, die sich in den 1950er Jahren dank der gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung herauschälte, die materielle Grundlage für tiefgreifende Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse, die in der Bundesrepublik von Mitte der 1960er Jahre bis Mitte der 1970er Jahre eine besondere Beschleunigung erlebten. Auf der Basis des wachsenden Wohlstands entfalteten sich eine Reihe weiterer »Revolutionen«, die die westdeutsche Gesellschaft umkrepelten: die Mobilitäts- und Kommunikationsrevolution, aber auch die Bildungsrevolution und schließlich der Wertewandel als »Silent Revolution« (Ronald Inglehart),¹⁵ wobei sich die verschiedenen Verände-

9 Eine deutsche Übersetzung erschien ein Jahr später. Dennis L. Meadows et al.: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1973.

10 Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg: Christians Verlag 2000.

11 Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn: Schöningh 2003.

12 Ulrich Herbert: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: Ulrich Herbert (Hg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*. Göttingen: Wallstein Verlag 2002, 7–49.

13 Anselm Doering-Manteuffel: Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg: Christians Verlag 2000, 311–341. — Anselm Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999.

14 Dazu besonders instruktiv Hans Günter Hockerts: »1968« als weltweite Bewegung. In: Venanz Schubert (Hg.): *1968. 30 Jahre danach*. St. Ottilien: EOS 1999, 13–34. — Eine Gesamtdarstellung der westdeutschen Protestbewegung und ihrer internationalen Zusammenhänge bietet Norbert Frei: *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2008.

15 Ronald Inglehart: *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton, N.J.: Princeton University Press 1977. — Für die Bundesrepublik siehe Helmut Klages: *Wertorientierungen im Wandel: Rückblick, Gegen-*

rungsschübe wechselseitig bedingten und verstärkten. Peter Graf Kielmansegg meint, »daß der Wertewandel als eine Art von Zentrum des vielgestaltigen Gesamtprozesses vehementen sozialen Wandels, der die Industriegesellschaften in der zweiten Jahrhunderthälfte so gründlich verändert hat, begriffen werden kann.«¹⁶ Als Träger des Wandels, der von »Pflicht- und Akzeptanzwerten« zu »Selbstentfaltungswerten« führte, trat hauptsächlich die nachkommende Generation auf, allen voran ihr akademisch gebildeter Teil. Das führte nicht zuletzt dazu, dass sich in Westdeutschland stärker als anderswo in Europa eine Kluft zwischen den Generationen auftat, da die Älteren noch einige Zeit altbekannten Einstellungen und Traditionen verhaftet blieben.¹⁷ Diese generationelle Aufladung verliehen der 68er-Bewegung in Westdeutschland – im Verein mit ihrem kulturevolutionären Zug – ihre spezifische Dynamik und trug wesentlich zu der Unversöhnlichkeit bei, mit der sich die beiden Lager in diesem Konflikt gegenüberstanden.

Diese Untersuchung verfolgt das Ziel, Zeitgeschichte und Wissenschaftsgeschichte der Bundesrepublik in Form einer umfassenden Institutionengeschichte der MPG miteinander zu verknüpfen. Sie spürt drei erkenntnisleitenden Fragestellungen nach: Wie lässt sich, erstens, das ungewöhnlich starke Wachstum der MPG, dessen Veränderungsdynamik in Kapitel 1 untersucht wird, erklären? In Kapitel 2 gilt es, die inneren und äußeren Faktoren herauszuarbeiten, die dazu führten, dass die MPG in nie zuvor und auch später nicht mehr gekanntem Ausmaß wachsen konnte. Welche Folgewirkungen zeitigte, zweitens, dieses Wachstum für die MPG? Die immer größer werdenden staatlichen Zuschüsse, die eine wesentliche Voraussetzung für ihr Wachstum darstellten, brachten die MPG zugleich in eine Zwickmühle: Einerseits reklamierte sie weitgehende Autonomie in forschungspolitischen Entscheidungen für sich, andererseits geriet sie finanziell immer stärker in Abhängigkeit von der öffentlichen Hand, die deswegen ebenfalls Steuerungsansprüche geltend machte. Wie dieser Spagat gelingen konnte, untersucht Kapitel 3. Der Umstand, dass das enorme Wachstum auch Probleme schuf, wirft – drittens – die Frage auf, wie es die MPG schaffte, dieses Wachstum zu bewältigen. Um diese Frage zu beantworten, richtet sich das Augenmerk in Kapitel 4 besonders auf die teils heftig umstrittenen Satzungsreformen, die zwischen 1958 und 1972 ins Werk gesetzt wurden. Damit gerät in erster Linie die sich wandelnde Governance der MPG in den Blick, aber auch ihre Finanzierung sowie ihre Kontakte zu ihrem forschungspolitischen Umfeld, einschließlich Politik und Wirtschaft.

wartanalyse, Prognosen. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1984. — Helmut Klages: Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs. Untersuchungen zum Einsetzen des Wertewandels in der Bundesrepublik Deutschland in den 60er Jahren. In: Karl Dietrich Bracher et al. (Hg.): *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag.* Berlin: Duncker & Humblot 1992, 517–544.

16 Peter Graf Kielmansegg: *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland.* Berlin: Siedler Verlag 2000.

17 Zu dem – auch generationell aufgeladenen – Spannungsverhältnis zwischen Neuorientierung und Tradition siehe Friedrich Kießling und Bernhard Rieger (Hg.): *Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre.* Köln: Böhlau 2011.

Während die Geschichte der Bundesrepublik in den langen 1960er Jahren mittlerweile als relativ gut erforscht gelten kann,¹⁸ ist der Forschungsstand für die Geschichte der MPG in dieser Periode weit weniger befriedigend als noch für die Gründungsphase. Da für den Untersuchungszeitraum auch kaum mehr einschlägige Editionen oder Quellensammlungen vorliegen,¹⁹ muss diese Studie in weit stärkerem Maße auf bislang nicht publizierte Quellen zurückgreifen. Sie beruht ganz wesentlich auf der Analyse der Protokolle der Leitungsgremien der MPG,²⁰ in erster Linie des Senats, aber auch des Verwaltungsrats und in geringerem Maße des Wissenschaftlichen Rats und seiner Sektionen, die im *Archiv der Max-Planck-Gesellschaft* (AMPG) in Berlin-Dahlem aufbewahrt werden. Ausgewertet wurden nicht nur die Niederschriften, sondern auch die Korrespondenzen und die umfangreichen Beilagen, darunter zahlreiche Schriftstücke, die als Schlüsseldokumente für die Geschichte der MPG gelten können. Ergänzend wurden die Periodika der MPG ausgewertet, vor allem die *Jahrbücher der Max-Planck-Gesellschaft* und die *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft*, die wichtige Berichte zur Entwicklung der Gesellschaft aus der Binnenperspektive enthalten. Zwar kann die Quellenlage somit als günstig bezeichnet werden, doch sind mit diesem Zugriff zwei Beschränkungen verbunden: Zum einen wird die Geschichte weitgehend aus der Perspektive der MPG erzählt, da Quellen aus Politik und Wirtschaft aus arbeitsökonomischen Gründen nicht oder allenfalls am Rande berücksichtigt werden konnten. Zum anderen bleibt diese Studie durch den ihr zugrunde liegenden Quellenzugang der Zentralperspektive verhaftet, das heißt sie erzählt die Geschichte der MPG gewissermaßen aus der Vogelperspektive, aus der die einzelnen Institute eher als Objekte denn als eigenständige Subjekte erscheinen.

18 Neben einer Reihe von Überblicksdarstellungen haben dazu insbesondere Forschungsprojekte mit regionalgeschichtlichem Ansatz wesentlich beigetragen, unter anderem ein Projekt des *Instituts für Zeitgeschichte*, das die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik vom Ende der Besatzungszeit bis zur Mitte der 1970er Jahre am Beispiel Bayerns analysierte. Siehe Anselm Doering-Manteuffel: Bayern im Bund. Die überregionale Bedeutung eines regionalgeschichtlichen Forschungsansatzes. *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 67/1 (2004), 85–102.

19 Eine seltene Ausnahme markiert die Edition, die zum 50. Geburtstag der KWG/MPG vorgelegt wurde. Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1911–1961. Beiträge und Dokumente*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1961. — Eine andere Ausnahme verkörpert eine Edition, die die Leiterin des Archivs des IPP vorgelegt hat: Gerda Maria Lucha (Hg.): *Dokumente zu Entstehung und Entwicklung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik 1955–1971*. Garching: IPP 2005.

20 Zu den Chancen und Problemen dieser Quellengattung siehe Bernd-A. Rusinek: Gremienprotokolle. »Formulierungspolitik.« Protokolle von Leitungsgremien in Industrie und Großforschung. In: Bernd-A. Rusinek, Volker Ackermann und Jörg Engelbrecht (Hg.): *Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit*. Paderborn: Schöningh 1992, 185–198.

1. Die langen 1960er Jahre als Umbruchszeit der MPG

1.1 Die wissenschaftliche Neuausrichtung der MPG

Mehr Wachstum war nie, weder vor 1955 noch nach 1972. Die MPG nutzte den enormen Wachstumsschub der langen 1960er Jahre zu einer wissenschaftlichen Neuausrichtung: Nachdem die Zusammenführung der Institute und Forschungsstätten der KWG am Ende der ersten Nachkriegsdekade abgeschlossen war, orientierte sich die MPG – nicht zuletzt durch die Gründung neuer Institute oder Abteilungen – seit etwa Mitte der 1950er Jahre sukzessive auf moderne, aktuelle Forschungsthemen und -methoden um. Dabei kam es zu einer Schwerpunktbildung, deren Resultate im Rahmen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« als sogenannte Cluster untersucht werden.²¹ Zum einen bildeten sich neue Schwerpunkte heraus, zum anderen wurden bereits bestehende Schwerpunkte, die bis in die KWG-Zeit zurückreichten, weiter ausgebaut. In der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion nahm man die Kernforschung, die zuvor unter die alliierten Forschungsverbote gefallen war,²² wieder auf. Zudem stieg die MPG in die Hochenergie- und Teilchenphysik sowie in die Plasma-physik – und damit in die Großforschung – ein. Parallel dazu erfolgte der umfassende Umbau der »alten« Materialwissenschaften in die »neue« interdisziplinäre Materialforschung. Vor allem aber investierte die MPG in die Bereiche Astrophysik und Astronomie, was ihr eine führende Stellung in der extraterrestrischen Forschung Westdeutschlands eintrug. In der Biologisch-Medizinischen Sektion begann eine umfassende Neuausrichtung der Lebenswissenschaften auf das molekularbiologische Paradigma, was ab Ende der 1960er Jahre zur Ausgliederung der klassischen Agrarwissenschaften aus der MPG führte; zudem kam es zur Neuformierung der Hirnforschung mit Ausrichtung auf die modernen Neurowissenschaften. Die Geisteswissenschaftliche Sektion erlebte einen deutlichen Ausbau der Rechtswissenschaften, die von zwei auf fünf Institute zulegte, sowie die Gründung zweier atypischer, gleichsam »utopisch« zu nennender Institute, die gleich näher beleuchtet werden.

Dieser umfassende Umbau zeichnete sich durch fünf Charakteristika aus, die in dieser Studie analysiert werden: Erstens hatte die Restrukturierung der MPG Prozesscharakter und ging mit einem wissenschaftlichen Generationswechsel einher. Zweitens erwies sich der Auf- und Ausbau moderner Wissenschaftszentren als extrem teuer, weswegen die MPG in zunehmende finanzielle Abhängigkeit von der öffentlichen Hand geriet. Dies führte – drittens – zum Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG, der dabei eine eigene Agenda verfolgte, die ihrerseits wiederum die Wissenschaftspolitik der MPG beeinflusste. Viertens spielten dabei gesellschaftliche bzw. gesellschaftspolitische Belange eine wesentlich größere Rolle als zuvor oder danach. Fünftens schließlich erwiesen sich die Prinzipien der Fertilität und Mutationsfähig-

21 Zum Cluster-Konzept siehe Gregor Lax: *Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000*. Berlin: GMPG-Preprint 2020, 9–11. — *Research Program History of the Max Planck Society. Report 2014–2017*. Herausgegeben von Florian Schmaltz et al. Berlin 2017, 46–50.

22 Siehe dazu Balcar, *Ursprünge*, 2019, 14–17.

keit, die die MPG allgemein auszeichnen – also die Fähigkeit, neue Institute durch Ausgliederung von Abteilungen, durch Zusammenlegungen von Forschungseinrichtungen oder durch Umgründungen bestehender Institute zu etablieren –,²³ in dieser Phase als besonders wirksam. Allerdings war dieser primär durch Wachstum induzierte Wandel keineswegs allumfassend. Zahlreiche bereits in der KWG eingerichteten Forschungszweige bestanden einstweilen weiter, ohne dass eine Neuausrichtung ihrer Forschungsziele stattgefunden hätte. Obwohl die MPG in den langen 1960er Jahren Grundlagenforschung als ihren Daseinszweck internalisierte, behielt sie traditionell industrienaher Forschungseinrichtungen wie das *MPI für Eisenforschung* oder das *MPI für Kohlenforschung* weiterhin in ihrem Portfolio. Zudem können nicht alle Institutsgründungen der damaligen Zeit für sich in Anspruch nehmen, wissenschaftlich innovativ gewesen zu sein. Manche führten einfach längst bestehende Forschungsrichtungen oder -ansätze fort.²⁴

Das gilt, um mit der Biologisch-Medizinischen Sektion zu beginnen, für das 1956 in Dortmund gegründete *MPI für Ernährungsphysiologie*, an dem Heinrich Kraut seine biologisch-chemischen Untersuchungen physiologischer Prozesse fortsetzte, die er schon in der KWG betrieben hatte – nun freilich gleichsam zivilisiert, das heißt ihrer militärischen und rasseideologischen Implikationen entkleidet.²⁵ Eine wirkliche Neugründung war das *MPI für Ernährungsphysiologie* nicht, vielmehr wurde die bereits bestehende Abteilung Ernährungsphysiologie aus dem *MPI für Arbeitsphysiologie* ausgegliedert.²⁶ Auch das *MPI für Verhaltensphysiologie*, dessen Gründung der Senat 1954 beschlossen hatte und das 1958 in Seewiesen unter dem Gründungsdirektor Erich von Holst feierlich eröffnet wurde,²⁷ stellte keine wirkliche Neugründung dar, sondern die Zusammenführung der Abteilung von Holst am *MPI für Meeresbiologie* in Wilhelmshaven mit der *Forschungsstelle für Verhaltensphysiologie* in Buldern, die unter der Leitung von Konrad

23 Siehe dazu Jürgen Renn und Horst Kant: Forschungserfolge. Strategien und ihre Voraussetzungen in Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 70–78, hier: 75–76.

24 Dass es sich bei vielen der neuen Institute nicht um »echte Neugründungen« handelte, betonte sogar Präsident Otto Hahn in seiner Ansprache auf der Hauptversammlung des Jahres 1956. Namentlich nannte er dabei das *MPI für Arbeitsphysiologie* und das *MPI für Zellchemie*, wogegen der Präsident das *MPI für Geschichte* als »Neugründung« bezeichnete. Die Rede ist abgedruckt in: Max-Planck-Gesellschaft: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Heft 4 (1956), 179–189; die Zitate finden sich auf S. 180.

25 Man denke etwa an die »Kraut-Aktion«, in der Kriegsgefangene massenhaft zu Menschenversuchen missbraucht worden waren. Dazu ausführlich Ulrike Thoms: Das Max-Planck-Institut für Ernährungsphysiologie und die Nachkriegskarriere von Heinrich Kraut. In: Theo Plesser und Hans-Ulrich Thamer (Hg.): *Arbeit, Leistung und Ernährung. Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin zum Max-Planck-Institut für molekulare Physiologie und Leibniz Institut für Arbeitsforschung in Dortmund*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2012, 295–356. — Dietrich Eichholtz: Die »Krautaktion«. Ruhrindustrie, Ernährungswissenschaft und Zwangsarbeit 1944. In: Ulrich Herbert (Hg.): *Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945*. Essen: Klartext Verlag 1991, 270–294.

26 Max-Planck-Gesellschaft: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Heft 1 (1956), 51. — Der Impuls dafür war vom Bundesernährungsministerium ausgegangen. Niederschrift der 23. Sitzung des Verwaltungsrats vom 23. 2. 1956 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 23.VP, fol. 21–23.

27 Zur Person siehe Gerolf Steiner: Holst, Erich von. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 9. Berlin: Duncker & Humblot 1972, 547–548.

Lorenz stand.²⁸ Die MPG sollte von der mit der Verschmelzung verbundenen Aufwertung zu einem eigenständigen Institut noch sehr profitieren: Sein besonderer Wert, sein kulturelles Kapital, lag vor allem in der Person des stellvertretenden Institutsleiters Konrad Lorenz, der – trotz seiner NS-Vergangenheit – zu einem der national wie international bekanntesten Wissenschaftler der Bundesrepublik avancierte und 1973 den Nobelpreis für Medizin erhielt.²⁹ Den gleichen Erfolg feierte bereits 1964 Feodor Lynen,³⁰ der Direktor des 1956 in München gegründeten *MPI für Zellchemie*. Auch dieses Institut war gleichsam ein Eigengewächs, denn es ging zurück auf die Abteilung für Zellchemie, die 1954 an der aus der KWG stammenden und zur MPG gehörenden *Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie* ins Leben gerufen worden war; diese hatte bereits unter Lynens Leitung gestanden und sich vornehmlich mit dem Fett- und Lipidstoffwechsel beschäftigt.³¹ Etwas anders lagen die Dinge bei dem 1961 gegründeten *MPI für Immunbiologie* mit Sitz in Freiburg im Breisgau. Sein Vorläufer war das Forschungsinstitut des in Bern ansässigen Pharmazieherstellers *Dr. A. Wander AG*, das die MPG übernahm und als wissenschaftliches Forschungsinstitut weiterbetrieb. Unter der Leitung von Otto Westphal,³² Herbert Fischer (1919–1981) und Otto Lüderitz (1920–2015) befasste sich das Institut bis Ende der 1970er Jahre vorrangig mit der Erforschung von Wechselwirkungen zwischen Erregern und Immunsystem sowie insbesondere mit der bakteriellen Substanz Endotoxin.³³ Der Schwerpunkt auf der Pharmakologie bedingte allerdings auch nach der Umwandlung in ein auf Grundlagenforschung verpflichtetes Max-Planck-Institut eine gewisse Nähe zur pharmazeutischen Industrie.

-
- 28 Eckart Henning und Marion Kazemi: *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Berlin: Duncker & Humblot 2011, 350 und 385. — Niederschrift der 17. Sitzung des Senats vom 29. 1. 1954 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 17.SP, fol. 183. — Niederschrift der 24. Sitzung des Senats vom 12. 6. 1956 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 24.SP, fol. 157–163.
- 29 Zu Lorenz siehe Klaus Taschwer und Benedikt Föger: *Konrad Lorenz. Eine Biographie*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2009. — Doris Kaufmann bezeichnet ihn in Anlehnung an ein von Lorraine Daston und H. Otto Sibum entwickeltes Konzept als scientific persona. Doris Kaufmann: *Konrad Lorenz. Scientific persona, »Harnack-Pläncker« und Wissenschaftsstar in der Zeit des Kalten Krieges bis in die frühen 1970er Jahre*. Berlin: GMPG-Preprint 2018. — Lorraine Daston und H. Otto Sibum: Introduction. Scientific Personae and Their Histories. *Science in Context* 16/1–2 (2003), 1–8. — Zur NS-Vergangenheit siehe Benedikt Föger und Klaus Taschwer: *Die andere Seite des Spiegels. Konrad Lorenz und der Nationalsozialismus*. Wien: Czernin Verlag 2001.
- 30 Zur Biographie siehe Hans Krebs und Karl Decker: Feodor Lynen. 6 April 1911–6 August 1979. *Biographical Memoirs of the Fellows of the Royal Society* 28 (1982), 260–317. — Heike Will: »Sei naiv und mach' ein Experiment«. *Feodor Lynen. Biographie des Münchner Biochemikers und Nobelpreisträgers*. Weinheim: Wiley-VCH 2011.
- 31 Max-Planck-Gesellschaft: 75 Jahre Max-Planck-Institut für Psychiatrie (Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie). München 1917–1992. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 2 (1992), 35. — Eckart Henning und Marion Kazemi: *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 2. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2016, 1693–1695. — Max-Planck-Gesellschaft, Mitteilungen 1/1956, 1956, 51.
- 32 Ernst Theodor Rietschel: Nachruf auf Otto Westphal (1913–2004). *Immunologische Nachrichten* 141 (2004), 3–7.
- 33 Eckart Henning und Marion Kazemi: *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 1. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2016, 694–699. — Edmund Marsch: Adolf Butenandt als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft 1960–1972. Zum 100. Geburtstag am 24. März 2003. In: Eckart Henning (Hg.): *Dahlemer Archivgespräche*. Berlin: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft 2003, 134–145, 138.

Neue Wege beschritt die Biologisch-Medizinische Sektion in der zweiten Phase insbesondere mit der Gründung von drei neuen Forschungseinrichtungen: dem *MPI für molekulare Genetik* in Berlin, dem *MPI für biologische Kybernetik* in Tübingen und dem *Friedrich-Miescher-Laboratorium für biologische Arbeitsgruppen in der MPG*. Das *MPI für molekulare Genetik*, das aus dem *MPI für vergleichende Erbbiologie und Erbpathologie* hervorging, wurde 1964 mit den Gründungsdirektoren Heinz-Günter Wittmann und Heinz Schuster (1927–1997) ins Leben gerufen.³⁴ 1965 folgte die Berufung von Thomas A. Trautner (geb. 1932) zum dritten Direktor. Mit der Gründung dieses Instituts, das in der hochproblematischen Traditionslinie des *KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik* stand³⁵, vollzog die MPG den Forschungstrend der Molekularisierung der Biologie auf dem Weg zur *Life Science* nach, den in den 1950er Jahren lediglich die beiden Tübinger Institute für Biologie und Virusforschung beschritten hatten, allerdings nur mit überaus bescheidenen Mitteln. Die Forschungen des neuen Instituts konzentrierten sich zunächst in den Abteilungen Schuster und Trautner auf DNA-Replikation und Genregulation bei Bakterien, Bakteriophagen und Pilzen sowie in der Abteilung Wittmann auf die Struktur, Funktion und Entwicklung der Ribosomen. 1971 bezogen die drei Abteilungen und vier unabhängige Nachwuchsgruppen einen Institutsneubau in Berlin-Dahlem.³⁶ Der Ursprung des 1968 in Tübingen gegründeten *MPI für biologische Kybernetik* lag in der 1958 am *Max-Planck-Institut für Biologie* etablierten »Forschergruppe Kybernetik«, die aus dem Zoologen Bernhard Hassenstein (1922–2016), dem technischen Physiker Hans Wenking (1923–2007) und dem theoretischen Physiker Werner Reichardt bestand.³⁷ Nach dem Weggang Hassensteins entstand daraus 1960 eine selbstständige Abteilung unter der Leitung von Werner Reichardt, die wiederum zur Keimzelle des *MPI für biologische Kybernetik* wurde. Das stark interdisziplinär ausgerichtete Institut widmete sich der Aufklärung von kognitiven Prozessen auf experimentellem, theoretischem und methodischem Gebiet; die enge Zusammenarbeit von Physiologen, Psychophysikern, Psychologen, Biologen, Chemikern und Informatikern ermöglichte es, Fragestellungen im Bereich der visuellen Kognition mit einem breiten Methodenspektrum zu untersuchen.³⁸

Etwas völlig Neues stellte seinerzeit das *Friedrich-Miescher-Laboratorium für biologische Arbeitsgruppen in der MPG* dar, das 1969 in Tübingen – in Kooperation mit den dort beheimateten Max-Planck-Instituten aus der Biologisch-Medizinischen Sektion – eingerichtet wurde. Explizit kon-

34 Hans-Jörg Rheinberger: Heinz-Günter Wittmann. Ein Pionier des genetischen Codes. *BioSpektrum* 24/7 (2018), 754–755.

35 Zum »faustischen Pakt« des *KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik* mit dem Nationalsozialismus siehe ausführlich Hans-Walter Schmuhl: *Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, 1927–1945*. Göttingen: Wallstein Verlag 2005, 155–530. — Zur Genese des *MPI für molekulare Genetik* und seinen Wurzeln siehe Carola Sachse: Ein »als Neugründung zu deutender Beschluss...«: Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik zum Max-Planck-Institut für molekulare Genetik. *Medizinhistorisches Journal* 46/1 (2011), 24–50.

36 Siehe die Beiträge in Martin Vingron und Max-Planck-Institut für molekulare Genetik (Hg.): *Gene und Menschen. 50 Jahre Forschung am Max-Planck-Institut für molekulare Genetik*. Berlin: Max-Planck-Institut für molekulare Genetik 2014. — Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 544–548.

37 Martin Engelhaaf: Reichardt, Werner. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 296–297.

38 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 871–874.

zipt für hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler, die »für eine befristete Zeit eine eigene selbständige Arbeitsgruppe« leiten sollten, zielte das Miescher-Laboratorium auf innovative Forschungsansätze in Biologie, Biochemie und molekularer Biologie ab.³⁹ Präsident Adolf Butenandt bezeichnete das Miescher-Laboratorium auf der in Saarbrücken tagenden Hauptversammlung der MPG des Jahres 1970 als

Einrichtung für die gezielte Förderung hochbegabter junger Wissenschaftler, in deren Rahmen sie für eine streng befristete Zeit von drei bis fünf Jahren selbstverantwortlich über Hilfskräfte und Haushaltsmittel verfügen können, ihre eigenen Fragestellungen bearbeiten und völlig selbständig so entwickeln können, daß nach Ablauf der gesetzten Frist die Entscheidung über ihre weitere Laufbahn – sei es im Bereich der Universitäten, sei es im Verband der Max-Planck-Gesellschaft – getroffen werden kann.⁴⁰

Das Entscheidende war für Butenandt »die richtige Umgebung«, in die sich die Forschungsstätte in Tübingen einfügen konnte, wo die Max-Planck-Institute für Biologie und für Virusforschung »seit vielen Jahren« tätig waren und »auf verwandten Gebieten« arbeiteten.⁴¹ In dieser neuartigen Konzeption der gezielten Nachwuchsförderung im Rahmen der MPG kann das Miescher-Laboratorium als Vorläufer der später eingeführten Nachwuchsgruppen gelten, es beeinflusste die Strukturen der MPG somit langfristig. Insofern führte der frischgebackene MPG-Präsident Reimar Lüst diese Forschungsstätte 1972 zurecht als Beispiel dafür an, dass die MPG bereit war, in der Nachwuchsförderung auch strukturell »neue Wege zu gehen«.⁴² Wie erfolgreich dies sein konnte, zeigt die beeindruckende Karriere von Christiane Nüsslein-Volhard, die sich am *Friedrich-Miescher-Laboratorium* ihre akademischen Sporen verdiente. Danach wirkte sie von 1985 bis 2014 als Direktorin der Abteilung Genetik am *MPI für Entwicklungsbiologie*, 1995 erhielt sie für ihre Forschungen zur genetischen Kontrolle der frühen Embryonalentwicklung den Nobelpreis für Medizin.⁴³

Während die Neugründungen aus der Biologisch-Medizinischen Sektion keine so eindeutige Schwerpunktbildung erkennen lassen, setzte die Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion

39 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1070–1072, Zitat 1070. — Max-Planck-Gesellschaft: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Heft 4 (1964), 193–194.

40 Max-Planck-Gesellschaft: Bericht über die Ansprache des Präsidenten Professor Dr. Adolf Butenandt. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1970), 224–229, 227.

41 Max-Planck-Gesellschaft, Bericht Ansprache Butenandt 1970, 1970, 224–229, 227. — Siehe dazu auch Rolf Knippers: Das Friedrich-Miescher-Laboratorium für biologische Arbeitsgruppen in der Max-Planck-Gesellschaft in Tübingen. Ein neuer Institutstyp. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 3 (1971), 179–182.

42 Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Professor Reimar Lüst. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1972), 282–292, 287.

43 Eine Kurzbiographie bei Petra Nellen: Nüsslein-Volhard, Christiane. Herausgegeben von Werner E. Gerabek et al. *Enzyklopädie Medizingeschichte*. Berlin: De Gruyter 2005, 1058. — Siehe auch das Portrait bei Bettina Flitner: *Frauen mit Visionen. 48 Europäerinnen. Mit Texten von Alice Schwarzer*. München: Knesbeck 2006, 158–163.

in der zweiten Phase stark auf die Weltraumforschung, von der später noch die Rede sein wird.⁴⁴ Zu diesem Forschungsbereich gehörten mit dem *MPI für Aeronomie* in Katlenberg/Lindau (1958), dem *MPI für Astrophysik* in Garching (1958), dem *MPI für Kernphysik in Heidelberg* (1958), dem *Institut für Plasmaphysik* in Garching (1960), dem *MPI für extraterrestrische Physik* in Garching (1963) sowie dem *MPI für Radioastronomie* in Bonn (1966) und dem *MPI für Astronomie in Heidelberg* (1967) eine Reihe von Institutsneugründungen bzw. Ausgründungen, die das Gesicht der MPG bis heute mitprägen.

Die erst 1950 eingerichtete Geisteswissenschaftliche Sektion verzeichnete in der zweiten Phase ein beachtliches Wachstum, das sich aus zwei Quellen speiste.⁴⁵ Zum einen gründete die MPG, zusätzlich zu den bereits bestehenden Instituten für ausländisches und internationales Privatrecht in Tübingen sowie für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg,⁴⁶ drei neue rechtswissenschaftliche Institute, von denen ebenfalls noch die Rede sein wird: das *MPI für europäische Rechtsgeschichte* in Frankfurt am Main (1964), das *MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht* in München (1966) und das *MPI für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg* (1966).⁴⁷ Damit erfuhren die Rechtswissenschaften in der MPG eine wesentliche Stärkung, was langfristige strukturelle Folgen vor allem innerhalb der Geisteswissenschaftlichen Sektion zeitigte, da sich die rechtswissenschaftlichen Institute gegenseitig stützten und schützten, so dass sie in Zeiten knapper Kassen Begehrlichkeiten von außen gemeinsam abwehren konnten. Hinzu kamen drei weitere geistes- und sozialwissenschaftliche Institute jenseits der Rechtswissenschaften, die nicht von den Vorteilen der Cluster-Bildung profitierten.

Das erste dieser Institute, das 1956 gegründete *MPI für Geschichte* in Göttingen, knüpfte in mancher Hinsicht – insbesondere in Fortführung der *Germania Sacra*, die das Ziel verfolgte, »eine topographische Beschreibung der mittelalterlichen Kirche des Heiligen Römischen Reiches vorzulegen« – an das 1944 mit dem Tod seines Direktors Paul Fridolin Kehr untergegangene *KWI für deutsche Geschichte* an.⁴⁸ In der MPG sprach man denn auch nicht von einer Neugründung,

44 Zum Sputnik-Schock und seinen Folgen siehe ausführlich Kapitel 2.3. — Zum Folgenden siehe Luisa Bonolis und Juan-Andrés Leon: *Astronomy, Astrophysics and the Space Sciences in the Max Planck Society*. Leiden: Brill (im Erscheinen).

45 Die (Neu-)Gründung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats beschloss der Senat im Oktober 1950, im Dezember 1950 setzte er auf Vorschlag von Präsident Otto Hahn eine Kommission ein, die sich mit der Erweiterung dieser Sektion beschäftigen sollte. Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 321.

46 Zu den Instituten siehe Felix Lange: *Zwischen völkerrechtlicher Systembildung und Begleitung der deutschen Außenpolitik. Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945–2002*. Berlin: GMPG-Preprint 2020. — Ulrich Magnus: *Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949–2000*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.

47 Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.2.1.

48 Werner Rösener: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte (1956–2006). Fünfzig Jahre Geschichtsforschung*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014, 73. — Zur Person siehe Theodor Schieffer: Kehr, Paul Fridolin. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 11. Berlin: Duncker & Humblot 1977, 396–398.

sondern von einer »Wiedererrichtung«.⁴⁹ In Gestalt des charismatischen Mediävisten Hermann Heimpel, den der Historiker Peter Schöttler als »eine Art Heisenberg der Geschichtswissenschaften« charakterisiert,⁵⁰ fand die MPG einen Direktor, um den herum sich – getreu dem »Harnack-Prinzip« – ein Institut aufbauen ließ. Als heikel erwies sich indes die Abgrenzung des Arbeitsbereichs zu den bereits bestehenden historischen Instituten, Forschungsstellen und Akademien in Westdeutschland, auf der jedoch die Länder bestanden. Zeithistorische Studien, die im Rückblick nahegelegen hätten, blieben dem *MPI für Geschichte* versagt, um dem wenige Jahre zuvor in München errichteten *Institut für Zeitgeschichte* nicht in die Quere zu kommen.⁵¹ Die Beschränkung auf die deutsche Geschichte, die heute ebenfalls befremdlich anmutet, war dagegen selbstgewählt. So blieben dem neuen Institut als genuiner Forschungsgegenstand – neben der Erforschung des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit, dem Forschungsschwerpunkt Heimpels – die »Schicksalsfragen der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts«⁵² und das allgemein als Desiderat empfundene Großprojekt einer völligen Neuauflage des *Dahlmann-Waitz*, einer epochenübergreifenden Quellenkunde zur deutschen Geschichte. Dieses Langzeitunternehmen diente gleichzeitig dazu, die Notwendigkeit eines Historischen Instituts innerhalb der MPG zu begründen, obwohl die (allgemeine) Geschichtswissenschaft seinerzeit längst fest an den Universitäten etabliert war.⁵³

Während die MPG mit dem *MPI für Geschichte* also kein Neuland betrat, sondern weiter auf den ausgetretenen Pfaden der KWG wandelte, reagierte sie mit den beiden anderen Neugründungen aus der Geisteswissenschaftlichen Sektion unmittelbar auf seinerzeit tagesaktuelle gesellschaftspolitische Fragen. Das war schon allein deshalb ein Novum, weil es sich in beiden Fällen um dezidiert gesellschaftswissenschaftlich ausgerichtete Institute handelte, die obendrein ganz explizit Politikberatung betreiben sollten – für die vor allem naturwissenschaftlich ausgerichtete und auf »reine Grundlagenforschung« gepolte MPG erschien diese Kombination

49 So hieß es im Gründungsbeschluss vom 25. 3. 1955, zitiert nach Peter Schöttler: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext. Die Ära Heimpel*. Berlin: GMPG-Preprint 2017, 5. — Vom Beschluss zur »Wiedererrichtung eines Instituts für Geschichte« berichtet auch das Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft 1955, Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Die MPG im Jahre 1954/55, 1955, 5–20, 12.

50 Schöttler, *Die Ära Heimpel*, 2017, 10. — Eine kritische Biographie Heimpels, die wissenschaftlichen Standards gerecht wird, steht nach wie vor aus. Eine apologetische Darstellung, die Heimpels NS-Vergangenheit rundheraus ableugnet, bei Hartmut Boockmann: *Der Historiker Hermann Heimpel*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1990.

51 Zur Gründung des IfZ siehe Hellmuth Auerbach: Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 18/4 (1970), 529–554. — Horst Möller: Das Institut für Zeitgeschichte und die Entwicklung der Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland. In: Horst Möller und Udo Wengst (Hg.): *50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz*. München: Oldenbourg 1999, 1–67.

52 Schöttler, *Die Ära Heimpel*, 2017, 17.

53 Zur Gründung des *MPI für Geschichte* und seinen Aufgaben siehe, neben den bereits erwähnten Studien von Rösener und Schöttler, Winfried Schulze: *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*. München: Oldenbourg 1989, 242–252. — Hans-Christof Kraus: Gründung und Anfänge des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen. In: Jürgen Elvert (Hg.): *Geschichte jenseits der Universität. Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2016, 121–139. — Die Daten bei Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 559–566.

geradezu unerhört.⁵⁴ Demensprechend heftig fiel denn auch der Streit aus, der intern um die beiden Institute geführt wurde, und zwar jeweils bereits während des Gründungsprozesses. In beiden Fällen ließ sich die Institutsgründung gegen große Widerstände schließlich doch realisieren. Dieser Umstand belegt, dass die MPG in den langen 1960er Jahren durchaus bereit war, sich auf Neuerungen einzulassen und dabei auch Risiken einzugehen. Sie legte dabei eine Streitkultur an den Tag, die für eine so sehr auf Harmonie und Ausgleich – und vor allem auf ihr makelloses Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit – bedachte Organisation wie die MPG nicht selbstverständlich ist.

Die Gründungsgeschichte des Berliner *MPI für Bildungsforschung* reicht weit zurück,⁵⁵ mindestens bis in die Bildungsreformdebatte, die in den 1950er und 1960er Jahren in Westdeutschland hohe Wellen schlug. Den Höhepunkt dieser Debatte, die intellektuell beachtliches Niveau erreichte, stellte Georg Pichts Artikelserie über die »deutsche Bildungskatastrophe« dar.⁵⁶ Einen weiteren Meilenstein markierte die Forderung, Bildung als »Bürgerrecht« zu verwirklichen, mit der Ralf Dahrendorf für eine aktive Bildungspolitik plädierte.⁵⁷ Bereits zuvor hatte Friedrich Edding, ein weiterer Protagonist der Bildungsreformdiskussion, die »Verwissenschaftlichung« von Pädagogik und Bildungspolitik in Deutschland gefordert, um die »Provinzialisierung« der deutschen Erziehungswissenschaft zu überwinden und »den Anschluss der Pädagogik an inter-

54 Völlig neu war dies indes nicht, denn bereits das *KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* war 1924 mit dem Ziel gegründet worden, die deutsche Politik zu beraten – in erster Linie im Zusammenhang mit juristischen Fragen, die den Versailler Vertrag betrafen. Dazu Ingo Hueck: Die deutsche Völkerrechtswissenschaft im Nationalsozialismus. Das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das Hamburger Institut für Auswärtige Politik und das Kieler Institut für Internationales Recht. In: Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Göttingen: Wallstein Verlag 2000, 490–527, 490–491. — Bernhard vom Brocke: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1933). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 197–355, 300–304. — Siehe dazu jetzt auch Lange, *Das MPI für Völkerrecht 1945–2002*, 2020.

55 Siehe dazu Britta Behm: Zu den Anfängen der Bildungsforschung in Westdeutschland 1946–1963. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Blick auf eine »vergessene« Geschichte. In: Sabine Reh et al. (Hg.): *Wissen machen. Beiträge zu einer Geschichte erziehungswissenschaftlichen Wissens in Deutschland zwischen 1945 und 1990*. Weinheim: Beltz Juventa 2017, 34–69. — Zur Einordnung in den zeithistorischen Kontext siehe auch Alfons Kenkmann: Von der bundesdeutschen »Bildungsmisere« zur Bildungsreform in den 60er Jahren. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg: Christians Verlag 2000, 402–423.

56 Georg Picht: *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*. Olten: Walter Verlag 1964. Das 1964 erstmals aufgelegte Buch fasste Pichts Artikelserie zusammen, die 1963 in der Wochenschrift *Christ und Welt* erschienen war. — Zur Bildungsreformdebatte und zur Bildungsexpansion, die sich daran anschloss, siehe Eckart Conze: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München: Siedler Verlag 2009, 242–250. — Zu Picht siehe Wilfried Rudloff: Georg Picht. Die Verantwortung der Wissenschaften und die »aufgeklärte Utopie«. In: Theresia Bauer et al. (Hg.): *Gesichter der Zeitgeschichte. Deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert*. München: Oldenbourg 2009, 279–296.

57 Ralf Dahrendorf: *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*. Hamburg: Nannen Verlag 1965. — Zur Person siehe Thomas Hauser: *Ralf Dahrendorf. Denker, Politiker, Publizist*. Stuttgart: Kohlhammer 2019. — Jürgen Kocka: Ralf Dahrendorf in historischer Perspektive. Aus Anlass seines Todes am 17. Juni 2009. *Geschichte und Gesellschaft* 35/2 (2009), 346–352. — Franziska Meifort: *Ralf Dahrendorf. Eine Biographie*. München: C. H. Beck 2017.

nationale Forschungszusammenhänge wiederherzustellen«. ⁵⁸ Vor diesem Hintergrund stieg, auch als Ausfluss von Planungsdiskurs und »Verwissenschaftlichung des Sozialen« (Lutz Raphael), in der Bundesrepublik der Bedarf an Bildungsforschung als Politikberatung. ⁵⁹ In dieser Situation verfasste der bestens vernetzte Rechtsanwalt Hellmut Becker, ⁶⁰ der Sohn des vormaligen Kultusministers Carl Heinrich Becker, eine Denkschrift über Ziele und Strukturen eines einschlägigen Forschungsinstituts. ⁶¹ Auf dieser Grundlage beantragten Carl Friedrich von Weizsäcker, Hermann Heimpel und Carlo Schmid, die als Direktoren bzw. Senatoren in der MPG über einigen Einfluss geboten, im April 1959 die Einsetzung einer Kommission, die die Gründung eines entsprechenden Instituts prüfen sollte. ⁶²

In diesem Fall mahnten die Gremienmühlen jedoch langsam. Dass sich die MPG mit der Entscheidung zur Gründung eines Instituts für Bildungsforschung so schwertat, lag nicht allein an der sozialwissenschaftlichen und gleichzeitig politiknahen Ausrichtung dieser Einrichtung, deren Tätigkeit sich nicht ohne weiteres als Grundlagenforschung ausweisen ließ. So berichtete Präsident Butenandt über eine Besprechung, die im März 1962 mit Mitgliedern der Kultusministerkonferenz in Hannover stattgefunden hatte:

Gegen das Projekt bestehen bei einigen der Herren Minister die uns bereits bekannten Bedenken, das Institut könne aus den rein wissenschaftlichen Arbeiten abgeleiten und sich letztlich

-
- 58 Anne Rohstock: Vom NS-Statistiker zum bundesrepublikanischen Bildungsforscher. Friedrich Edding und seine Verstrickung in den Nationalsozialismus. In: Markus Rieger-Ladich, Anne Rohstock und Karin Amos (Hg.): *Erimmern, Umschreiben, Vergessen. Die Stiftung des disziplinären Gedächtnisses als soziale Praxis*. Weilerswist: Velbrück 2019, 120–157, Zitate 120–121.
- 59 Siehe dazu die instruktive Skizze von Wilfried Rudloff: Öffnung oder Schließung: Bildungsplanung in West und Ost. Vergesellschaftung und Ökonomisierung der Bildung. In: Elke Seefried und Dierk Hoffmann (Hg.): *Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2018, 68–85. — Lutz Raphael: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. *Geschichte und Gesellschaft* 22/2 (1996), 165–193.
- 60 Zu diesem Netzwerk, zu dem übrigens auch Georg Picht gehörte, siehe Horst Kant und Jürgen Renn: Eine utopische Episode. Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik – Philosophie – Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2014, 213–242. — Eine wissenschaftliche Biographie Beckers steht nach wie vor aus. Siehe einstweilen die Annäherung bei Kerstin Singer und Ute Frevert: 100 Jahre Hellmut Becker (1913–2013) — Dokumentation der Ausstellung zu Leben und Werk im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. PDF, 2014. doi:10.14280/08241.29.
- 61 Die Denkschrift trug den Titel »Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?« Siehe Ulrike Thoms: Geschichte des Max Planck Instituts für Bildungsforschung in Berlin. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2016, 1009–1024, 1011, Anmerkung 1. — Zu Beckers berühmten Vater siehe Kurt Düwell: Carl Heinrich Becker (1887–1933). In: Kurt G. A. Jeserich und Helmut Neuhaus (Hg.): *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945*. Stuttgart: Kohlhammer 1991, 350–354.
- 62 Niederschrift der 37. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 178. — Aus der reichhaltigen biographischen Literatur über Carl Friedrich von Weizsäcker siehe Dieter Hoffmann: Carl Friedrich von Weizsäcker (1912–2007). Wissenschaftler und Citoyen. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik – Philosophie – Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2014, 23–52. — Zur Person des schillernden Physikers und Philosophen siehe auch die übrigen Beiträge in diesem Band. — Zu Carlo Schmid siehe die Biographie von Petra Weber: *Carlo Schmid, 1896–1979. Eine Biographie*. München: C. H. Beck 1996. — Zur Gründung des *MPI für Bildungsforschung* siehe Kant und Renn, Eine utopische Episode, 2014, 213–242, 232–234. — Thoms, Geschichte, 2016, 1009–1024, 1012–1014.

zu kulturpolitischen Aufgaben hin entwickeln und unter dem Schutz der Max-Planck-Gesellschaft schließlich in die Entscheidungsbereiche der Herren Kultusminister unmittelbar eingreifen.⁶³

Ähnlicher Kritik begegnete das geplante Institut auch in den Reihen der MPG. Prälat Georg Schreiber etwa, zu diesem Zeitpunkt bereits Ehrensensator und Träger der Harnack-Medaille, meldete »große Bedenken« gegen ein solches »Mammutinstitut« an: »Das geplante Institut würde leicht als ein weltanschauliches Institut angesprochen werden und könnte ein Politikum bedeuten.«⁶⁴ Aus der zuständigen Geisteswissenschaftlichen Sektion der MPG verlautete, »daß das Vorhaben insofern kein klassisches oder echtes Max-Planck-Institut sei, weil es eine Integration von verschiedenen Wissenszweigen mit jeweils unterschiedlicher Methode zu einer neuen Einheit erstrebe.«⁶⁵ Erschwerend kam hinzu, dass Bildung unstreitig zur Domäne der Länder zählte, die auf ihre Kultushoheit größten Wert legten. Da die Länder damals – vor dem offiziellen Einstieg des Bundes in die Forschungsfinanzierung im Jahr 1964 – noch der Hauptsponsor der westdeutschen Wissenschaft waren, musste die MPG auf die Länderinteressen in besonderer Weise Rücksicht nehmen. »In dem jetzt vorliegenden Fall«, erklärte Butenandt den Senatoren der MPG, »werden die Aufgaben der Länder, speziell der Kultusminister, berührt, mit denen wir uns, wenn die Max-Planck-Gesellschaft gewillt ist, ein solches Institut aufzubauen, abzustimmen hätten.«⁶⁶ Das erwies sich angesichts der Ablehnung, die dem Vorhaben aus den Reihen der Länder entgegenschlug, jedoch als schwierig. Der niedersächsische Kultusminister Richard Voigt (SPD), damals zugleich Präsident der Kultusministerkonferenz,⁶⁷ berichtete dem MPG-Senat, »daß in der Kultusministerkonferenz alle Mitglieder die Errichtung eines Instituts für Bildungswesen eindeutig bejaht haben«, erklärte aber zugleich, dass in selbigem Gremium »die Auffassung vertreten war, daß dieses Institut kein Institut der Max-Planck-Gesellschaft sein sollte«. Voigt fügte mit kritischem Unterton hinzu, die Kultusministerkonferenz hätte es

gern gesehen, daß die Max-Planck-Gesellschaft mit ihr in Verbindung getreten wäre, bevor die Senatskommission ihre Tätigkeit aufgenommen habe, um durch die Erfahrungen der Kultusminister die Arbeit zu erleichtern und auch zu diskutieren, ob ein solches Institut nicht besser in größerer Nähe der Kultusministerkonferenz geschaffen werden müsste.⁶⁸

63 Niederschrift der 41. Sitzung des Senats vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 45.

64 Niederschrift der 41. Sitzung des Senats vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 132. — Zur Person siehe Rudolf Morsey (Hg.): *Georg Schreiber (1882–1963). Ein Leben für Wissenschaft, Politik und Kirche vom Kaiserreich bis zur Ära Adenauer*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2016.

65 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 460.

66 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 225.

67 Siehe den Eintrag Voigt, Richard. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 14. Ravensburg 1970. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/0000002302>. Zuletzt aufgerufen am 14. 7. 2020.

68 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 226.

Eine zusätzliche Schwierigkeit lag in der Person des designierten Direktors begründet: Hellmut Becker, der weder habilitiert (und anfangs noch nicht einmal promoviert) noch in der Lehre tätig war, entsprach so gar nicht dem Profil eines MPI-Direktors.⁶⁹ Auch die Kultusministerkonferenz stieß sich an Becker und forderte, dass die Leitung des neuen Instituts, das die Kultusminister schließlich doch lieber als echtes Max-Planck-Institut und nicht nur als ein von der MPG betreutes Institut gegründet wissen wollten, in den Händen eines »anerkannten Gelehrten« liegen müsse.⁷⁰ Trotz dieser Bedenken stand und fiel das ganze Unternehmen mit Becker,⁷¹ was diese Gründung dann doch wieder als typisch für die MPG ausweist, die auch in diesem Fall nach dem »Harnack-Prinzip« handelte – wiewohl die mit der Sondierung beauftragte Senatskommission dies explizit bestritt und betonte, es handle sich um »ein von einem dringenden Sachanliegen gefordertes Institut«.⁷² Doch waren mit diesem Hinweis noch längst nicht alle Bedenken ausgeräumt und Widerstände überwunden. Die Historikerin Ulrike Thoms bilanziert den schwierigen Gründungsprozess:

Nach intensiven Diskussionen, der Auswertung der Gutachten und nach langwierigen Abstimmungen mit den Kultusministern beschloss der Senat der MPG auf seiner Sitzung vom 6. Dezember 1961 die Gründung des Instituts, betrachtete es wegen seiner Neu- und Andersartigkeit allerdings als Experiment. Daher wurde es zunächst nicht als vollwertiges MPI, sondern als ein von der MPG betreutes Institut gegründet.⁷³

Becker wurde erst im Sommer 1963 zum Gründungsdirektor berufen, wenig später nahm das Institut seine Arbeit auf, um schließlich im Sommer 1971 in ein vollwertiges Max-Planck-Institut umgewandelt zu werden.⁷⁴ Bei seiner Gründung bestand das Institut aus vier Abteilungen: Becker selbst leitete die Abteilung für Bildungsrecht, die Abteilung Bildungsökonomie stand unter der Leitung von Friedrich Edding,⁷⁵ während Dietrich Goldschmidt⁷⁶ die Abteilung

69 Niederschrift der 36. Sitzung des Senats vom 17./18. 5. 1960 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP, fol. 135. — Deswegen enthielten sich, als der MPG-Senat im November 1962 über Becker als Direktor abstimmte, immerhin sechs Senatoren der Stimme. Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 464.

70 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 462.

71 Niederschrift der 36. Sitzung des Senats vom 17./18. 5. 1960 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP, fol. 135.

72 Niederschrift der 37. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 179. — Kant und Renn, *Eine utopische Episode*, 2014, 213–242, 232.

73 Thoms, *Geschichte*, 2016, 1009–1024, 1014. — Zum Gründungsbeschluss siehe Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 224–227.

74 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 163–169. — Im Rahmen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« arbeitet Britta Behm momentan über das *MPI für Bildungsforschung*. Ihre Studie wird voraussichtlich im kommenden Jahr erscheinen.

75 Zur Person siehe Rohstock, *Vom NS-Statistiker zum bundesrepublikanischen Bildungsforscher*, 2019, 120–157.

76 Michael Becker: Dietrich Goldschmidt, »educator and political activist«. Über einen fast vergessenen Soziologen und Intellektuellen. In: Oliver Römer und Ina Alber-Armenat (Hg.): *Erkundungen im Historischen: Soziologie in Göttingen. Geschichte, Entwicklungen, Perspektiven*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2019, 203–245.

für Bildungssoziologie und Saul B. Robinson (1916–1972), einer der wenigen jüdischen Remigranten in der MPG,⁷⁷ die Abteilung für Pädagogik und Psychologie übernahm. Dieses Tableau verdeutlicht, dass die Interdisziplinarität in der Tat zu den Markenzeichen dieses intern heftig umstrittenen Instituts gehörte.

Noch höhere Wellen schlug der Streit um das *MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt*, der rund ein Jahrzehnt später ausgetragen wurde. Bemerkenswert sind indes die deutlichen Parallelen zur Gründung des Berliner Instituts für Bildungsforschung: Auch diesmal ging der Impuls von einer Denkschrift aus, diesmal verfasst von Carl Friedrich von Weizsäcker. Wieder ging es um wissenschaftliche Politikberatung, diesmal allerdings nicht auf ein Politikfeld begrenzt, sondern in größeren internationalen Zusammenhängen. Nachdem die seit Dezember 1966 in Bonn regierende Große Koalition aus Union und SPD die Devise »Planung als Reformprinzip« (Hans Günter Hockerts) ausgegeben hatte,⁷⁸ stieg der Bedarf an wissenschaftlicher Expertise für politische Entscheidungen automatisch an. Damit schlug die Stunde der Zukunftsforschung, die auch unter der Bezeichnung Futurologie firmierte und insbesondere im angloamerikanischen Raum, aber auch in Frankreich für Aufsehen sorgte.⁷⁹ Mit Fragen der Zukunft, vor allem im Kontext der internationalen Friedens- und Konfliktforschung, hatte sich Weizsäcker seit der Göttinger Erklärung von 1957, in der sich führende deutsche Atomforscher gegen eine Bewaffnung der Bundeswehr mit Kernwaffen ausgesprochen hatten,⁸⁰ verstärkt beschäftigt. Weizsäcker, der sich dabei sukzessive vom Physiker zum Philosophen wandelte, stand mit seiner Initiative allerdings nicht allein. Er konnte auf dasselbe Netzwerk zurückgreifen, das bereits bei der Gründung des *MPI für Bildungsforschung* am Werk gewesen war. Hinzu kam Weizäckers Mentor Werner Heisenberg,⁸¹ der seinen gan-

77 Zur weitgehend ausgebliebenen Rückkehr von Emigranten, die von der MPG auch nicht forciert wurde, siehe Reinhard Rürup: Köpfe der Wissenschaft. Präsidenten, Generalsekretäre, Direktoren und andere Forscher. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 48–59, 58–59. — Jürgen Renn, Horst Kant und Birgit Kolboske: Stationen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »*Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen*«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 5–120, 79–81. — Ausführlich dazu Reinhard Rürup: *Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher*. Göttingen: Wallstein Verlag 2008. — Michael Schüring: *Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein Verlag 2006.

78 Hans Günter Hockerts: Sektion III: Planung als Reformprinzip. Einleitung. In: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Tepe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn: Schöningh 2003, 249–257.

79 Siehe dazu die instruktive Studie von Elke Seefried: *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980*. Berlin: De Gruyter 2015. doi:10.1515/9783110349122. — Siehe auch Elke Seefried: Die Gestaltbarkeit der Zukunft und ihre Grenzen. Zur Geschichte der Zukunftsforschung. *Zeitschrift für Zukunftsforschung* 4/1 (2015), 5–31. — Zum Aspekt der Zukunftsforschung als Politikberatung siehe Elke Seefried: Experten für die Planung? »Zukunftsforscher« als Berater der Bundesregierung 1966–1972/73. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 109–152.

80 Dazu Renn, Kant und Kolboske, Stationen, 2015, 5–120, 89–91. — Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.2.3.

81 Zur Person siehe David C. Cassidy: *Werner Heisenberg. Leben und Werk*. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag 1995. — Cathryn Carson: *Heisenberg in the Atomic Age. Science and the Public Sphere*. Cambridge: Cambridge University Press 2010. — Armin Hermann (Hg.): *Werner Heisenberg in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1976.

zen Einfluss in die Waagschale warf, um die massiven inhaltlichen wie auch politischen Bedenken gegen dieses Unternehmen zu überwinden.⁸² Das Institut wurde schließlich im November 1968 gegründet, im Januar 1970 nahm es in Starnberg seine Arbeit auf und im März 1971 wurde Jürgen Habermas – ebenfalls gegen starke Widerstände aus der MPG, die sich sowohl an seiner politischen Orientierung als auch an seiner angeblich fehlenden wissenschaftlichen Qualifikation festmachten – zum Wissenschaftlichen Mitglied und zweiten Direktor am Institut berufen.⁸³ Über den Gründungszweck hieß es im *Jahrbuch der MPG* von 1969:

Das Institut hat die Aufgabe, in enger Verbindung mit in- und ausländischen Forschungseinrichtungen durch interdisziplinäre Zusammenarbeit ein Bild der Entwicklung unserer Welt in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten zu entwerfen. [...] Fachleute der verschiedensten Disziplinen, z. B. aus den Gebieten der Mathematik und Logik, Physik, Chemie, Biologie, Medizin, Soziologie, Psychologie und Philosophie, wie auch Vertreter der neu entstandenen Wissenschaftszweige Systemanalyse, Informationstheorie und Spieltheorie, werden z. T. als Gastwissenschaftler für die Dauer einiger Monate am Institut arbeiten.⁸⁴

Es ging somit um nichts Geringeres als darum, die aktuellen Probleme der Gegenwart – und zwar notabene in globalem Maßstab – zu einem Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung zu machen. Die Starnberger gedachten, dieser Herausforderung bewusst interdisziplinär und mit einem breiten Fächer methodischer Ansätze zu begegnen, um so nicht zuletzt dem der Zukunftsforschung innewohnenden methodischen Schisma zwischen Natur- und Geistes- bzw. Sozialwissenschaften zu entgehen.

Vor dem Hintergrund der KWG-Traditionen und im Vergleich zu den anderen Neugründungen, die die MPG in der ersten und zweiten Phase vornahm, stehen die Institute für Bildungsfor-

82 Niederschrift der 78. Sitzung des erweiterten Verwaltungsrats vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 9, 15, 19. — Zur Rolle Heisenbergs siehe Cathryn Carson: Heisenberg als Wissenschaftsorganisator. In: Christian Kleint, Helmut Rechenberg und Gerald Wiemers (Hg.): *Werner Heisenberg, 1901–1976: Beiträge, Berichte, Briefe: Festschrift zu seinem 100. Geburtstag*. Leipzig: Verlag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 2005, 214–222, hier: 219. — Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 273–274. — Zu den Hintergründen des Konflikts siehe den Artikel: Futurologen. Vorauswissen ist Macht. *Der Spiegel* 46 (1969), 204–207. — Kant und Renn, Eine utopische Episode, 2014, 213–242, 234–238. — Die bislang gründlichste Aufarbeitung der (Gründungs-)Geschichte des Starnberger MPI bei Ariane Leendertz: *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010. — Ariane Leendertz: Ein gescheitertes Experiment. Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas und die Max-Planck-Gesellschaft. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik – Philosophie – Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2014, 243–262. — Siehe dazu auch Hubert Laitko: Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsentention und Gründungsprozess. In: Klaus Fischer, Hubert Laitko und Heinrich Parthey (Hg.): *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2010*. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2011, 199–238.

83 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 886–888. — Niederschrift der 99. Sitzung des Verwaltungsrates vom 1. 2. 1974 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 99.VP, fol. 73–74. — Zur Person siehe Matthew Goodrich Specter: *Habermas. An Intellectual Biography*. Cambridge: Cambridge University Press 2010. — Stefan Müller-Doohm: *Jürgen Habermas. Eine Biographie*. Berlin: Suhrkamp Verlag 2014.

84 Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1969. Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. München 1969, 7–28, 11–12.

schung und für Zukunftsforschung als etwas völlig Neues, nie Dagewesenes, ja Unerhörtes hervor. Horst Kant und Jürgen Renn, die die MPG aus der Binnenperspektive gut kennen, stellen die beiden Institute in den Kontext des Umgangs mit der NS-Vergangenheit:

Die Gründung von Max-Planck-Instituten verbindet sich oft mit utopischen Erwartungen. Selten waren diese jedoch so ambitioniert wie im Fall von Starnberg und im Fall des Berliner Instituts für Bildungsforschung. Im Hintergrund stand bei beiden Instituten der Versuch, traumatische Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus in erlösende Zukunftsvisionen umzusetzen, die einer Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit entgegenwirken sollten. Zugleich haben diese aber gerade durch ihre utopische Ausrichtung auch zu ihrer Verdrängung beigetragen. Die weitgespannten Netzwerke der Protagonisten bildeten die Grundlage sowohl für die kollektive Verdrängung von persönlichen Verstrickungen, als auch für die Formulierung konkreter Utopien, die sich letztlich in produktive wissenschaftliche Arbeit umsetzen ließen.⁸⁵

Fest steht, dass die MPG niemals zuvor und auch später nie wieder den Mut aufbrachte, konzeptionell und vom Erkenntnisanspruch her derart gewagt anmutende Forschungsstätten ins Leben zu rufen. Deswegen war die MPG wohl auch nie so sehr am Puls der (west-)deutschen Gesellschaft wie in dieser Phase, in der sie zentrale gesellschaftliche Diskurse aufgriff, um sie zum Gegenstand primär sozialwissenschaftlich orientierter Institute zu machen.

Indes sollte Starnberg eine Episode und die Berliner Bildungsforschung ein Solitär bleiben; zwar zogen sie viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, doch den Kurs und das Erscheinungsbild der MPG bestimmten sie nicht nachhaltig. Anders verhält es sich mit dem letzten Typ der hier zu behandelnden Neugründungen, der nicht einer Sektion zuzuordnen ist, sondern sich durch Größe und Zielsetzung auszeichnet. Mitte der 1960er Jahre ging die MPG dazu über, vergleichsweise große Institute ins Leben zu rufen – zwar nicht in der Dimension echter Großforschungseinrichtungen, aber wesentlich größer als die klassischen Kaiser-Wilhelm-Institute –, die als landesweite Zentren für bestimmte Forschungsbereiche gedacht waren. Es handelt sich um das *MPI für Festkörperforschung* in Stuttgart, das *MPI für biophysikalische Chemie* in Göttingen und das *MPI für Biochemie* in Martinsried bei München.⁸⁶ Die drei Institute, von denen noch ausführlich die Rede sein wird, einte nicht allein die Zielsetzung, sich gleichsam als nationale Kompetenzzentren in zukunftsfähigen, gerade auch für die Industrie relevanten Forschungsbereichen zu etablieren. Hinzu kamen die für herkömmliche Max-Planck-Institute ungewöhnliche Größe, die ausgeprägten Department-Strukturen, die in dem neuen Institutstyp den Versuch einer Antwort auf die »amerikanische Herausforderung« erkennen lässt,⁸⁷ die Lage an den Rändern

85 Kant und Renn, Eine utopische Episode, 2014, 213–242, 238.

86 Dazu Marsch, Adolf Butenandt, 2003, 134–145, 138–139.— Zu den drei genannten Instituten siehe ausführlich Kapitel 3.1.3.

87 Die These von der eklatanten technologischen Rückständigkeit Europas gegenüber den USA popularisierte der französische Journalist Jean-Jacques Servan-Schreiber: *Die amerikanische Herausforderung*. Hamburg: Hoffmann und Campe

von Großstädten bzw. – im Falle Göttingens – eines etablierten Wissenschaftsstandorts, die Campus-Idee und last but not least die für damalige Verhältnisse überaus moderne Architektur der Gebäude im Waschbeton-Stil, die als *Béton Brut* die Architektur zwischen 1960 und 1980 prägte.⁸⁸ Angesichts der genannten Merkmale liegen Vergleiche mit den neugegründeten Reformuniversitäten der späten 1960er und frühen 1970er Jahre wie Bochum, Bielefeld oder Bremen nahe.⁸⁹

1.2 »Amerikanisierung« per Generationswechsel

1.2.1 Wissenschaftliche Generationen in der Geschichte der MPG

Die wissenschaftliche Neuausrichtung der MPG erfolgte aber nicht nur durch die Gründung neuer und teilweise neuartiger Forschungsstätten, sondern auch im Wege der Einstellung bzw. Berufung von Wissenschaftlern, die einer anderen Generation angehörten als ihre Vorgänger. Mit Blick auf die Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG zwischen 1946 und 2002 lassen sich, bei aller gebotenen Vorsicht, vier *wissenschaftliche Generationen* unterscheiden:⁹⁰

1. Die Angehörigen der ersten Generation, die man auch als Gründergeneration bezeichnen könnte, waren vor 1885 geboren und noch im Kaiserreich sozialisiert worden. Geprägt wurden sie einerseits von den großen theoretischen Durchbrüchen, die insbesondere auf dem Gebiet der Physik um 1900 gelangen, andererseits von einer Gesellschaft, die horizontal von mehr oder weniger scharf voneinander abgegrenzten sozialmoralischen Milieus sowie vertikal von stark ausgeprägten Hierarchien und Untertanengeist charakterisiert war.⁹¹ Daraus resultierte in verschiedenen Bereichen, und eben auch in der Wissenschaft, ein Leitungs-

1968. — Zu der Diskussion und zur Reaktion der Politik siehe ausführlich Johannes Bähr: Die »amerikanische Herausforderung«. Anfänge der Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), 115–130.

88 Siehe dazu Katrin Keßler, Heike Pöppelmann und Frank Both (Hg.): *Brutal modern. Bauen und Leben in den 60ern und 70ern*. Braunschweig: Braunschweigisches Landesmuseum 2018.

89 Siehe beispielsweise Richard Hoppe-Sailer, Cornelia Jöchner und Frank Schmitz (Hg.): *Ruhr-Universität Bochum. Architekturvision der Nachkriegsmoderne*. Berlin: Gebr. Mann Verlag 2015.

90 Für die Hilfe bei der Entwicklung eines Generationenmodells, das nicht auf die politische, sondern auf die wissenschaftliche Sozialisation der jeweiligen Alterskohorten abhebt, danke ich meinem Kollegen Thomas Steinhauser, der indes Generationenmodellen generell weitaus skeptischer gegenübersteht als ich. — Grundlegend zur Generationenforschung Karl Mannheim: Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie* 7/2 (1928), 157–185; Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie* 7/3 (1928), 309–330. — Der Text findet sich auch, kommentiert von unter Ulrike Jureit, unter: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0100_gen.pdf (20.9.2011). — Eine kurze theoretische Einführung bei Ulrike Jureit: Generation, Generationalität, Generationenforschung. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2017. doi:<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.1117.v2>. — Siehe dazu zudem die Beiträge in: Ohad Parnes, Ulrike Vedder und Stefan Willer (Hg.): *Das Konzept der Generation. Eine Wissenschafts- und Kulturgeschichte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 2008.

91 Siehe dazu M. Rainer Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Gerhard A. Ritter (Hg.): *Deutsche Parteien vor 1918*. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1973, 56–80. — Reinhard Alter: Heinrich Manns Untertan — Prüfstein für die »Kaiserreich-Debatte«? *Geschichte und Gesellschaft* 17/3 (1991), 370–389. — James Retallack: Obrigkeitsstaat und politischer Massenmarkt. In: Sven Oliver Müller und Cornelius Torp (Hg.): *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2009, 121–135.

dell, das weitgehend auf Befehl und Gehorsam beruhte; in der KWG fand es seine Entsprechung im »Harnack-Prinzip«, das den Direktor nicht nur mit ungeteilter Entscheidungskompetenz ausstattete, sondern Gründung und Fortexistenz des gesamten Instituts unmittelbar von diesem einen »großen Geist« abhängig machte.⁹² Zu dieser Generation gehörten etwa der erste MPG-Präsident Otto Hahn (1879–1968), Max von Laue (1879–1960) und, als einer der letzten, Otto Warburg (1883–1970).

2. Die Angehörigen der zweiten Generation hatten in den Jahren um die Jahrhundertwende herum das Licht der Welt erblickt. Ihre wissenschaftliche Ausbildung sowie ihre prägenden Erfahrungen sammelten sie in der Weimarer Republik und vor allem in der NS-Zeit, als die meisten von ihnen einen Ruf an eine Universität erhielten und zum Wissenschaftlichen Mitglied der KWG berufen wurden. Zu den Erfahrungen, die langfristige Prägekraft besaßen, gehörten die »Indienstnahme« der Wissenschaft durch den Nationalsozialismus bzw. die »Selbstgleichschaltung« und »Selbstmobilisierung der Wissenschaft«.⁹³ Beides lief darauf hinaus, dass sich die Forschung technischen bzw. politischen Belangen unterzuordnen hatte. Bis in die 1970er Jahre hinein bekleideten die Exponenten dieser Generation, zu der so illustre Persönlichkeiten wie Adolf Butenandt (1903–1995), Werner Heisenberg (1901–1976), Richard Kuhn (1900–1967), Werner Köster (1896–1989), Franz Wever (1892–1984) und Ernst Ruska (1906–1988) zählten, innerhalb der MPG die zentralen Führungspositionen.
3. Diejenigen, die zur dritten Generation gehörten und später einmal zu den Trägern der Instrumentenrevolution zählen sollten,⁹⁴ hatten ihre wissenschaftliche Ausbildung zumeist noch in den 1940er Jahren begonnen, teils noch in der NS-Zeit, teils unter alliierter Besatzungsherrschaft. Mit ihnen setzte die Internationalisierung der Wissenschaft ein: Viele dieser Männer wie auch der wenigen Frauen, die innerhalb dieser Generation in wissenschaftliche Spitzenpositionen aufsteigen sollten, verbrachten zumindest einen Teil ihrer Postdoc-Zeit im Ausland, die meisten – nicht selten mit Fulbright-Stipendien ausgestattet – in den USA. Dort

92 Zum vielbeschworenen »Harnack-Prinzip«, seiner symbolischen Bedeutung für die KWG/MPG und den Veränderungen, die es im Lauf der Zeit erfuhr, siehe Hubert Laitko: Das Harnack-Prinzip als institutionelles Markenzeichen. Faktisches und Symbolisches. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »*Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen*«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 135–194. — Rudolf Vierhaus: Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip. Mythos und Realität. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte. Das Harnack-Prinzip*. Berlin: De Gruyter 1996, 129–138. — Hubert Laitko: Persönlichkeitszentrierte Forschungsorganisation als Leitgedanke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Reichweite und Grenzen, Ideale und Wirklichkeit. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Berlin: De Gruyter 1996, 583–632.

93 Das hat vor allem die Präsidentenkommission »Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« herausgearbeitet. Siehe dazu zusammenfassend Reinhard Rürup: Spitzenforschung und »Selbstgleichschaltung«. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933–1945. In: Reinhard Rürup: *Der lange Schatten des Nationalsozialismus. Geschichte, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*. Göttingen: Wallstein Verlag 2014, 108–126.

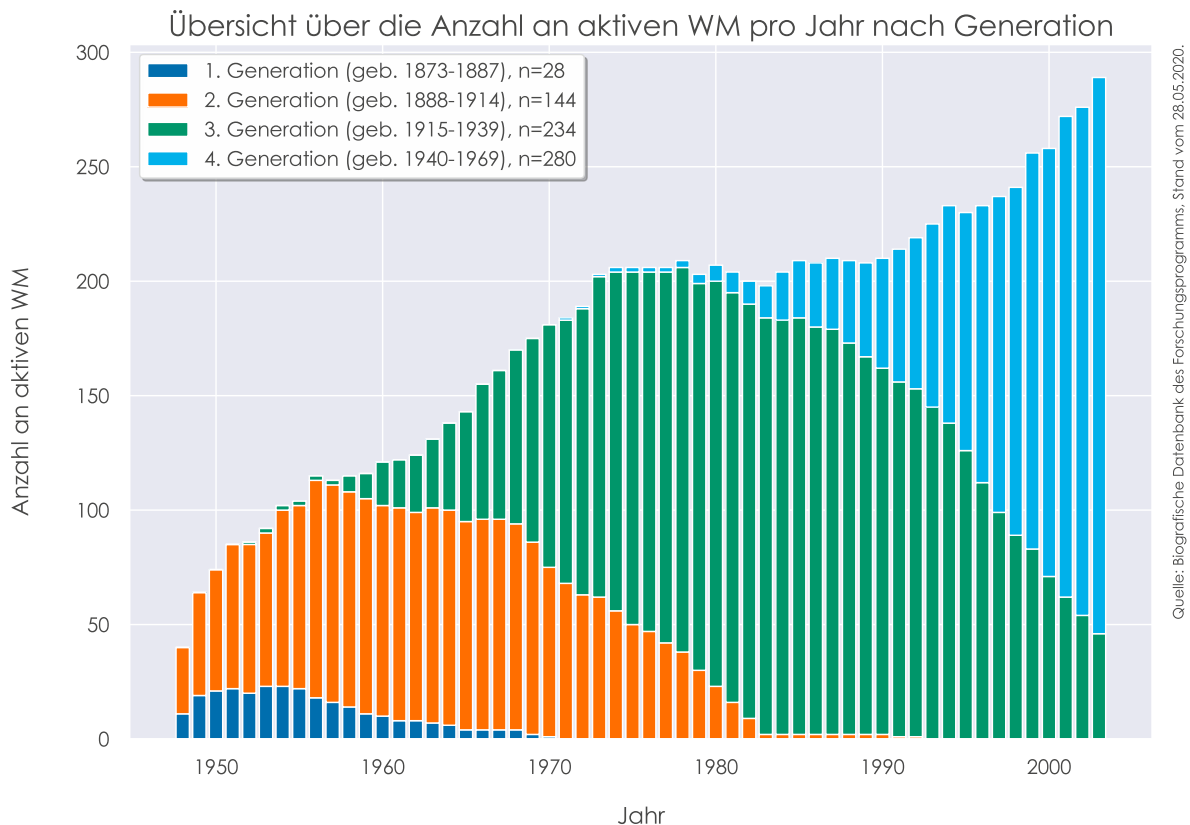
94 Siehe dazu Thomas Steinhauser: *Zukunftsmaschinen in der Chemie. Kernmagnetische Resonanz bis 1980*. Frankfurt am Main: Lang 2014, 15–16; 46–50; 344–347. — Peter Galison geht sogar so weit, die moderne Physik in drei weitgehend autonome Segmente zu gliedern, nämlich Theorie, Experiment und Instrument. Peter Galison: *Image and Logic. A Material Culture of Microphysics*. Chicago, IL: University of Chicago Press 1997, 797–803.

erhielten sie nicht nur eine Ahnung davon, was Wissenschaftspolitik in internationalem Maßstab bedeuten konnte, sondern lernten auch eine andere Universitäts- und Wissenschaftskultur kennen. Daraus dürfte nicht zuletzt eine größere Offenheit für kollegiale Leitungsformen resultiert haben, die in den Max-Planck-Instituten ab 1964 formal installiert wurden und sich binnen weniger Jahre weitgehend durchsetzten.⁹⁵ Zu dieser Generation gehörten unter anderem Manfred Eigen (1927–2019), Reimar Lüst (1923–2020), Renate Mayntz (geb. 1929), Hans-Joachim Queisser (geb. 1931), Hellmut Fischmeister (geb. 1927), Hans-Jürgen Engell (1925–2007), aber auch noch Paul Crutzen (geb. 1933), Peter Fulde (geb. 1936) und Gerhard Ertl (geb. 1936).

4. Die Exponenten der vierten Generation, zu denen beispielsweise Simon White (geb. 1951), Peter Gruss (geb. 1949), Alexander Bradshaw (geb. 1944) und Rashid Sunyaev (geb. 1943) zählten, zeichneten sich durch verstärkte Instrumenten- und Technikorientierung aus. Computer und Internet waren und sind aus ihrer wissenschaftlichen Arbeit nicht mehr wegzudenken, ihr Gebrauch hatte bereits in der Ausbildungszeit dieser Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum Standard gehört. Diese Generation war noch stärker international orientiert als ihre Vorgänger. Nicht nur hatten viele von ihnen im Ausland studiert, vor allem in den USA und in Westeuropa. Im Zuge der in den 1990er Jahren beschleunigten Globalisierung und der Gründung von 20 Instituten in den neuen Bundesländern rekrutierte die MPG nun in verstärktem Maße Forscherinnen und Forscher, die nicht in Deutschland geboren worden waren. Und unabhängig von der Herkunft der Direktorinnen und Direktoren avancierte nunmehr Englisch zur Umgangssprache an den meisten Max-Planck-Instituten.

Zwar wirkt ein solches Modell wissenschaftlicher Generationen etwas holzschnittartig und sagt wenig über Haltungen und Verhalten der einzelnen Angehörigen dieser Alterskohorten aus; Generationen sind per se *Problemgemeinschaften*, nicht *Problemlösungsgemeinschaften*. Dennoch erscheint es als heuristisches Instrument geeignet, uns für die Veränderungen zu sensibilisieren, die die MPG durch die Berufung neuer Direktoren und Wissenschaftlicher Mitglieder seit Mitte der 1950er Jahre bis Anfang der 1970er Jahre durchlief. Bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern handelte es sich noch überwiegend, bei den Direktoren fast ausschließlich um Männer. Im Unterschied zu ihren Vorgängern gehörten sie in zunehmendem Maße einer jüngeren Generation an, waren anders sozialisiert worden und hatten in ihrer großen Mehrheit wohl auch andere Vorstellungen von Wissenschaft und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft als die Altvorderen, die größtenteils bereits in der KWG geforscht hatten. Einige dürre Zahlen sollen die Dimension des generationellen Wandels andeuten: 1955 gehörten erst zwei Wissenschaftliche Mitglieder der MPG dieser dritten Generation an, während 22 zur ersten und 80 zur zweiten Generation zählten. 1965 hatte sich das Bild bereits spürbar gewandelt: Nur noch vier Wissenschaftliche Mitglieder entstammten der Gründergeneration, 91 gehörten der zweiten Generation an und immerhin bereits 48 zählten zur dritten Generation. 1972 schließlich war

95 Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.1.1. und Kapitel 4.2.



Quelle: Biografische Datenbank des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft«. Berücksichtigt sind nur die Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, nicht die Externen Wissenschaftlichen Mitglieder. Ich danke Aron Marquart für die Auswertung und die graphische Darstellung.

die Gründergeneration der KWG aus der MPG verschwunden, und auch die zweite Generation hatte ihren Zenit überschritten, zu ihr zählten am Ende der langen 1960er Jahre nur noch 63 Wissenschaftliche Mitglieder. Dagegen stellte die jüngere Generation mit 125 Angehörigen nunmehr die größte Gruppe, während ein Wissenschaftliches Mitglied sogar bereits der vierten wissenschaftlichen Generation entstammte.⁹⁶ Der Jahresbericht der MPG 1958/59 zeugt von diesem Generationswechsel, der als Prozess über ein Jahrzehnt hinweg ablief, in gebündelter Form.⁹⁷ Man liest einerseits davon, dass das KWG-Urgestein Max von Laue, der sich um den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft nach 1945 in besonderem Maße verdient gemacht und zuletzt als Direktor des Berliner *Fritz-Haber-Instituts* gewirkt hatte,⁹⁸ im Alter von 79 Jahren in den Ruhestand getreten war, während andererseits wesentlich jüngere Männer zu Wissenschaftlichen Mitgliedern berufen wurden, die die MPG in den folgenden Jahren mitprägen soll-

⁹⁶ Diese Angaben stammen aus der Biografischen Datenbank des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft«.

⁹⁷ Siehe im Folgenden Max-Planck-Gesellschaft: Jahresbericht 1958/59 und Vorschau auf die Finanzlage 1959/60. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1959), 236–245, 239.

⁹⁸ Siehe Katharina Zeitz: *Max von Laue (1879–1960). Seine Bedeutung für den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006.

ten, darunter Wolfgang Gentner (1906–1980),⁹⁹ der Nachfolger von Walther Bothe und Gründungsdirektor des *MPI für Kernphysik* in Heidelberg, sowie drei Schüler des 1957 verstorbenen Karl-Friedrich Bonhoeffer: der bereits erwähnte Manfred Eigen, Reinhard Schlögl (1919–2007) und Hans Strehlow (1919–2012).¹⁰⁰

1.2.2 Das Beispiel Reimar Lüst

Werfen wir, um diesen statistisch messbaren Wandel an einem konkreten Beispiel zu illustrieren, einen Blick auf die Biographie des kürzlich verstorbenen Astrophysikers Reimar Lüst. Der spätere MPG-Präsident personifiziert wie kaum sonst jemand in der MPG die neue Generation von Wissenschaftlern, die in den langen 1960er Jahren sukzessive in leitende Positionen des westdeutschen Wissenschaftsbetriebs aufstieg.¹⁰¹

Lüst hatte am 25. März 1923 in Barmen als Sohn eines evangelischen Pfarrers das Licht der Welt erblickt. Von 1933 bis 1941 ging er in Kassel aufs Gymnasium und meldete sich anschließend – gerade einmal 17 Jahre alt – freiwillig zum Wehrdienst; parallel widmete er sich als Fernstudent an der TH Dresden der Ingenieurwissenschaft. Der Krieg hielt prägende Erfahrungen für den jungen Mann bereit: Als Angehöriger der Kriegsmarine diente Lüst als Leitender Ingenieur auf einem U-Boot, das am 11. Mai 1943 durch Wasserbomben und Artilleriebeschuss stark beschädigt wurde. Die Besatzung versuchte, das Boot zu versenken, damit es »dem Feind« nicht in die Hände fiel – mit knapper Not kam Lüst mit dem Leben davon. Seither betrachtete er dieses Datum als seinen zweiten Geburtstag. Dass die Briten ihn den Amerikanern übergaben, erwies sich als weiterer Glücksfall, denn so verbrachte Lüst die Kriegsgefangenschaft in einem Texanischen Lager für Offiziere, das ungeahnte Möglichkeiten zur Weiterbildung bot. Seine Mitgefangenen hatten im Lager eine regelrechte Universität eingerichtet, so dass Lüst die zwei

99 Siehe Ulrich Schmidt-Rohr: Wolfgang Gentner. Herausgegeben von Bernd Ottnad. *Baden-Württembergische Biographien*. Bd. 2. Stuttgart: Kohlhammer 1999, 153–156. https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/118538470/biografie. Zuletzt aufgerufen am 14. 7. 2020. — Niederschrift der 31. Sitzung des Verwaltungsrats vom 15. 11. 1957 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 31.VP, fol. 9–10. — Im Zuge der Berufung Gentners wurde Bothes Institut für Physik aus dem *MPI für medizinische Forschung* ausgegliedert und in ein eigenständiges *MPI für Kernphysik* umgewandelt. Niederschrift der 32. Sitzung des Verwaltungsrats vom 17. 12. 1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 32.VP, fol. 12–14. — Niederschrift der 33. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 3. 1958 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 33.VP, fol. 8–10.

100 Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht und Finanzlage 1959/60, 1959, 236–245, 239. — Ulf Messow: Karl Friedrich Bonhoeffer. *Sächsische Biographie*, 2014. [http://saebi.isgv.de/biografie/Karl_Friedrich_Bonhoeffer_\(1899-1957\)](http://saebi.isgv.de/biografie/Karl_Friedrich_Bonhoeffer_(1899-1957)). Zuletzt aufgerufen am 3. 6. 2019. — Israel Pecht und Thomas Jovin: Manfred Eigen (1927–2019). *Science* 364/6435 (2019), 33. doi:10.1126/science.aax2485. — Werner Kühlbrandt: Reinhard Schlögl. 25. November 1919–21. September 2007. *Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft. Beilage Personalien*, 2007, 21–23. — Gregor Eichele: Hans Strehlow. 29. Juli 1919–18. November 2012. *Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft (Beileger Personalien)* (2012), 36–38.

101 Eine Biographie Reimar Lüsts liegt – trotz seiner großen Bedeutung sowohl als Wissenschaftler sowie als Wissenschaftsmanager – noch nicht vor. Daher basieren die folgenden Ausführungen zu Reimar Lüst in erster Linie auf den Gesprächen, die Lüst mit Paul Nolte führte. Reimar Lüst und Paul Nolte: *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte*. München: C. H. Beck 2008. — Siehe auch das knappe Internet-Portrait von Michael Globig: Reimar Lüst. 1972–1984. *Max-Planck-Gesellschaft*, 2004. <https://www.mpg.de/8235393/reimar-luest>. Zuletzt aufgerufen am 3. 4. 2020. — Helmuth Trischler und Georg Lax: Interview mit Reimar Lüst. Transcript. 8. 9. 2010. Oral History of Europe in Space Collection. http://archives.eui.eu/en/oral_history/INT070. Zuletzt aufgerufen am 14. 7. 2020.

Jahre in amerikanischer Kriegsgefangenschaft nutzen konnte, um Vorlesungen zunächst vor allem in Maschinenbau, später zunehmend in theoretischer Physik und Mathematik zu hören. Nach seiner Entlassung im März 1946 setzte er sein Physik-Studium bei Erwin Madelung an der Universität Frankfurt fort,¹⁰² wo man ihm immerhin zwei der vier Semester aus dem Lager anerkannte. Aus diesem Grund konnte Lüst das Studium bereits 1949 mit der Diplomprüfung abschließen.

Mit dem Diplom in der Tasche machte sich Lüst auf den Weg nach Göttingen. Dieser Schritt lag nahe: Die kaum zerstörte Universitätsstadt an der Leine verkörperte nach dem Kriegsende das »Zentrum der deutschen Naturwissenschaften«,¹⁰³ woran die MPG keinen geringen Anteil hatte, befand sich hier nicht nur ihre Generalverwaltung, sondern auch einige wichtige Institute, darunter das *MPI für Physik*.¹⁰⁴ Sein Direktor Werner Heisenberg war seinerzeit das Zentralgestirn am Firmament der Physik in Deutschland, ein Wissenschaftsstar von Weltformat. Doch nicht zu ihm zog es den jungen Diplomphysiker, sondern zu dessen Schüler Carl Friedrich von Weizsäcker. Er faszinierte Lüst zum einen wegen seiner – damals schon etwas älteren – Arbeiten zur Quantentheorie, zum anderen ob seiner »Gabe, die Bedeutung dieser Physik anschaulich darzustellen.«¹⁰⁵ Als Lüst bei ihm anklopfte, hatte Weizsäcker jedoch die Beschäftigung mit der Quantentheorie längst zugunsten der Astrophysik eingestellt. So setzte er seinen neuen Doktoranden – einen von lediglich zwei Schülern Weizäckers zur damaligen Zeit – auf ein Thema zur Entstehung des Planetensystems an. Unverhofft wurde Lüst damit zum Astrophysiker, was sich als weitere glückliche Weichenstellung erweisen sollte. Am Göttinger Institut fand er für einen Doktoranden traumhafte Bedingungen vor: Über das regelmäßig stattfindende Institutsseminar, aber auch die Institutsfeste und die dortige Tischtennisplatte machte Lüst die Bekanntschaft von Werner Heisenberg, Ludwig Biermann und anderen Granden der Physik, die die Nachwuchswissenschaftler unter ihre Fittiche nahmen.¹⁰⁶ Auf diese Weise erfuhr er nicht nur seine »erste wissenschaftliche Prägung«, sondern auch, »was es heißt, in einer wirklichen Institutsatmosphäre arbeiten zu können.«¹⁰⁷ Die Sache hatte nur einen Haken: Aufgrund der Spannungen zwischen dem Max-Planck-Institut und der *Georg-August-Universität* galt die ungeschriebene Regel, dass sich stets nur ein Institutsmitarbeiter an der Universität habilitieren

102 Siehe Helmut Schubert: Madelung, Erwin. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 15. Berlin: Duncker & Humblot 1987, 628.

103 Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 76.

104 Infolge der Kriegseinwirkungen setzte ab 1943 eine regelrechte Verlagerungswelle von Kaiser-Wilhelm-Instituten ein. Einige dieser Institute kamen, wie auch die Generalverwaltung, auf dem Gelände der ihrerseits verlegten *Aerodynamischen Versuchsanstalt* in Göttingen unter, das sich auf diese Weise zur Keimzelle der entstehenden MPG entwickelte. Siehe dazu Balcar, *Ursprünge*, 2019, 12–17.

105 Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 76.

106 Zu Biermann siehe Max-Planck-Gesellschaft: Ludwig Biermann. 1907–1986. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 2 (1988). — Richard Wielebinski: Ludwig Franz Benedikt Biermann: The Doyen of German Post-War Astrophysics. *Journal of Astronomical History and Heritage* 18/3 (2015), 277–284.

107 Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Reimar Lüst, 1972, 282–292, 292.

durfte – und das war seinerzeit Lüsts Freund Arnulf Schlüter.¹⁰⁸ Aus diesem Grund kam für Lüst, wie übrigens auch für Manfred Eigen, eine Habilitation in Göttingen nicht in Frage.

Nach der Promotion erhielt der junge Astrophysiker eine Postdoc-Stelle am Institut. Daher blieb er zunächst in Göttingen, um sich verstärkt mit Fragen der damals im Entstehen begriffenen Plasmaphysik zu befassen, einer ganz neuen Art von Physik, die im Kontext der astrophysikalischen Forschung Bedeutung erlangte. In dieser Zeit arbeitete er besonders eng mit seinem Freund und Kollegen Arnulf Schlüter zusammen – so eng, dass die beiden im Institut als »Schlüster« firmierten.¹⁰⁹ Zur gleichen Zeit lernte Lüst seine erste Frau Rhea Kulka kennen, eine promovierte Astronomin. Sie heirateten 1953, wobei die Verbindung eines Wissenschaftlers mit einer Wissenschaftlerin damals noch als ungewöhnlich galt. Rhea Lüst war kein Heimchen am Herd, sondern nahm an den langen und weiten Reisen, die ihr Mann für seine extraterrestrischen Forschungsexperimente unternahm, teil. In Göttingen und München war sie halbtags für Ludwig Biermann tätig, später schrieb sie regelmäßig für die *Süddeutsche Zeitung*. Daneben blieben allerdings Haushalts- und Familienarbeit an ihr hängen – ganz so modern waren die Lüsts denn doch nicht organisiert.¹¹⁰ Die beiden Söhne kamen 1956 und 1959 zur Welt, in einer Zeit, in der Lüst – und mit ihm die junge Familie – permanent zwischen Deutschland und den USA hin- und herwechselten. 1955/56 verbrachten die Lüsts, ausgestattet mit einem Fulbright-Stipendium, ein Jahr in Chicago und Princeton. Nach Göttingen zurückgekehrt, verschrieb sich Lüst gemeinsam mit Biermann und Schlüter ganz der Plasmaforschung. Im Zuge der Übersiedlung des *MPI für Physik* von Göttingen nach München¹¹¹ packte auch Familie Lüst im September 1958 wieder ihre Koffer, blieb jedoch nicht lange an der Isar. Bereits 1959 ging es abermals in die USA, diesmal nach New York an das *Courant Institute*, wo Lüst eine Gastprofessur für Mathematik erhielt, bevor er sich 1960 – wieder in München – in Physik habilitierte. Die US-amerikanische Wissenschaftslandschaft beeindruckte und prägte Lüst nachhaltig: Er schätzte die ungezwungene Atmosphäre in den Instituten, die Offenheit der Diskussionen, an denen sich vom Doktoranden bis zum Direktor alle gleichrangig beteiligten, und die Zugänglichkeit der Spitzenforscher, deren Türen für Besucher meist offenstanden. »Chicago, Princeton, New York, Cambridge und Pasadena« bezeichnete Adolf Butenandt 1972 als Lüsts »bedeutende Stationen« seines »erfolgreichen Weges«, auf dem er gelernt habe, »wie man im Ausland wissenschaftlich forscht und lehrt.«¹¹²

108 Zu Schlüter siehe Uwe Schumacher: Arnulf Schlüter. 22. August 1922 – 24. Juni 2011. *Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft. Beilage Personalien*, 2012, 29–30.

109 Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 92.

110 Das gilt insofern auch für die MPG, als es bislang in keiner ihrer Publikationen eine biographische Notiz zu Rhea Lüst gibt. Deswegen stützen sich diese Angaben auf die Ausführungen Reimar Lüsts in Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008.

111 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 385.

112 Max-Planck-Gesellschaft: Übergabe des Amtes des Präsidenten an Professor Dr. Reimar Lüst. Direktor und wissenschaftliches Mitglied des Instituts für extraterrestrische Physik am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik, München-Garching. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1972), 279–281, 280.

Mit jedem Aufenthalt jenseits des Atlantiks wuchs Lüsts Statur und Prestige als Wissenschaftler, allein aus US-amerikanischen Universitäten ergingen vier Rufe an ihn. Die MPG musste rasch handeln, wenn sie ihn nicht dauerhaft verlieren wollte. 1960, noch in New York, wurde Reimar Lüst zum Wissenschaftlichen Mitglied der MPG ernannt.¹¹³ Der Jungstar blieb weiterhin vielbegehrt. Neben diversen Rufen erhielt er das überaus verlockende Angebot, »die wissenschaftliche Leitung der ESRO in Paris, d. i. die europäische Organisation für Weltraumforschung«, zu übernehmen, wie die MPG-Senatoren im März erfuhren. »Um die Arbeitsgruppe von Herrn Lüst im Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik entsprechend entwickeln zu können«,¹¹⁴ erfolgte noch 1963 die Umwandlung der Abteilung für extraterrestrische Physik am *MPI für Physik und Astrophysik* in ein (*Teil-*)*Institut für extraterrestrische Physik am MPI für Physik und Astrophysik*, dessen Leitung Reimar Lüst übernahm.¹¹⁵ Auf diese Weise gelang es der MPG, den aufstrebenden Weltraumforscher in ihren Reihen zu halten.

An dieser Stelle verlassen wir den Lebensweg des Reimar Lüst, der uns noch des Öfteren begegnen wird – besonders prominent als Präsident der MPG von 1972 bis 1984. Wenn wir sein Beispiel mit aller gebotenen Vorsicht verallgemeinern, dann waren es insbesondere zwei kollektive Erfahrungen, die eine neue Generation von Wissenschaftlern, die seit Mitte der 1950er Jahre – erst allmählich, dann immer stärker – in die Spitzenpositionen der westdeutschen Forschung und damit auch in die MPG drängte, entscheidend prägten. Das war zum einen die existenzielle Erfahrung des totalen Krieges, sei es an der Front, oder an der Heimatfront. Fast alle hatten den Verlust von Verwandten, Angehörigen und Freunden zu beklagen, und nicht wenige hatten in relativ jungen Jahren selbst bereits dem Tod ins Gesicht gesehen. Bei Wissenschaftlern wie Reimar Lüst dürfte diese Erfahrung die Vorstellung von »Risiko« im Zivilleben bzw. im Frieden relativiert und zu einer Steigerung des Selbstvertrauens geführt haben: Was sollte ihm im Hörsaal oder auf einer Konferenz schon passieren – ihm, der zuvor heil aus dem sinkenden U-Boot geklettert war, während elf seiner Kameraden den Tod gefunden hatten? Hinzu kommt eine Imprägnierung gegen die Vereinnahmung der Forschung durch Staat, Partei und Ideologie, die zumindest bei einer Reihe von Angehörigen dieser wissenschaftlichen Generation zu konstatieren ist. Die Geheimhaltung der Kernfusionsforschung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, die in den USA, der UdSSR oder auch Großbritannien üblich war, lehnten die deutschen Physiker ab, obwohl sie seitens der Politik und der westdeutschen Geheimdienste dazu angehalten worden waren.¹¹⁶ Bezogen auf ihr distanzierendes Verhältnis zu Ideologien, kann man mit Helmut Schelsky von diesen jungen Wissenschaftlern durchaus als einer »skeptischen

113 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 397.

114 Niederschrift der 44. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1963 in Freiburg im Breisgau, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP, fol. 247.

115 Niederschrift der 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 154–155. — Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 421. — Zur Gründungsgeschichte des (*Teil-*)*Instituts* siehe Ulf von Rauchhaupt: *To Venture Beyond the Atmosphere. Aspects of the Foundation of the Max Planck Institute for Extraterrestrial Physics*. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2000.

116 So Lüsts Ausführungen bei Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 95.

Generation« sprechen.¹¹⁷ Sie waren indes keineswegs apolitisch, sondern empfanden durchaus die Notwendigkeit, die Regierenden auf Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Folgen ihrer Entscheidungen und die möglichen Alternativen aufzuklären, standen mithin der wissenschaftlichen Politikberatung aufgeschlossen gegenüber.

Zweitens war die jüngere Generation deutscher Spitzenforscher stark auf die USA ausgerichtet, die sich spätestens während des Zweiten Weltkriegs als globale Vormacht der Wissenschaft etabliert hatten.¹¹⁸ Nach Kriegsende gehörte ein längerer Gastaufenthalt an einer amerikanischen Hochschule, bevorzugt an einer der Spitzenuniversitäten wie Harvard, Chicago, Princeton oder Berkeley, für deutsche Nachwuchswissenschaftler gleichsam zum Bestandteil ihres akademischen *cursus honorum*. Forschungsaufenthalte in den USA ließen sich relativ leicht durch Stipendien finanzieren, vor allem Fulbright-Stipendien brachten zahlreiche deutsche Talente aus allen Fachrichtungen ins »gelobte Land« der Forschung. Die USA waren dabei mehr als eine bloße Durchgangsstation für eine spätere Karriere, eher eine Art Durchlauferhitzer, der die jungen Wissenschaftler nochmals entscheidend auf Temperatur brachte. Sie orientierten sich stark an der US-Wissenschaftskultur, die sie bei ihren Gastaufenthalten kennen- und schätzen gelernt hatten: eine Kultur, die durchaus Hierarchien kannte, aber keinen blinden Gehorsam und keine völlige Unterordnung unter den Direktor und seine Interessen, wie sie seinerzeit in Deutschland noch üblich war. Zudem setzte diese Wissenschaftskultur deutlich mehr auf Teamarbeit in spezialisierten Departments als auf die Kraft des genialen Starforschers, der ja in Gestalt des »Harnack-Prinzips« das Leitbild der KWG gewesen war, das die MPG zunächst übernahm. Jüngere Wissenschaftler und auch Wissenschaftlerinnen besaßen in den USA einen deutlich größeren Gestaltungsspielraum als in der alten Heimat, wo sie stärker unter der wissenschaftlichen Vormundschaft des Ordinarius oder Institutsdirektors standen. Kein Wunder, dass nicht wenige deutsche Nachwuchswissenschaftler für immer in den USA blieben, wenn sich ihnen die Chance zu einer wissenschaftlichen Karriere auf der anderen Seite des Atlantiks bot. Diejenigen, die zurückkamen oder zurückgeholt wurden, brachten die US-amerikanische Wissenschaftskultur nach Deutschland mit und fungierten somit als Träger eines Kulturtransfers, der die Verhältnisse in der deutschen Forschung langfristig modernisierte und liberalisierte. Ihre US-amerikanische Prägung behielten die Rückkehrer auch in Deutschland bei. Reimar Lüst etwa publizierte nach seinem ersten Gastaufenthalt in den USA, der ihn 1956/57 nach Chicago und Princeton geführt hatte, prinzipiell nur noch auf Englisch, um international wahrgenommen und rezipiert zu werden.¹¹⁹

117 Helmut Schlesky: *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*. 3. Aufl. Düsseldorf: Eugen Diederichs Verlag 1958.

118 Siehe dazu und im Folgenden für das Beispiel der (west-)deutschen Geschichtswissenschaft die lebensgeschichtlichen Interviews bei Rüdiger Hohls und Konrad H. Jarausch (Hg.): *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2000.

119 Siehe Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 86.

Mit der Berufung jüngerer Wissenschaftler, die einen wesentlichen Teil ihrer akademischen Sozialisation in der USA erhalten hatten, kam es zu einer Art von mentaler Internationalisierung der MPG, auf längere Sicht zu einem Schub in Richtung Liberalisierung, womöglich sogar Demokratisierung. Die jungen Direktoren wie Lüst unterschieden sich jedenfalls sowohl in ihrem Habitus als auch in ihrem Umgang mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen deutlich von den um Distinktion und Distanz bemühten Ordinarien alter Schule vom Typus eines Hermann Heimpel, gegen die ein Jahrzehnt später die Studentenbewegung zu Felde ziehen sollte. Gleiches galt für Adolf Butenandt, dem wir uns jetzt zuwenden.

1.3 Ein neuer Präsident: Butenandt statt Hahn

Neben der wissenschaftlichen Transformation durch den Aufbau neuer Institute und dem Einzug einer neuen Generation von Wissenschaftlern in deren Führungsetagen erlebte die MPG in der zweiten Phase eine weitere wichtige Veränderung: einen Wechsel an der Spitze, der ihr ein ganz anderes Gesicht gab. 1960 übernahm der Biochemiker Adolf Butenandt das Präsidentenamt von Otto Hahn, der die Amtskette seit der Wiedergründung der KWG als MPG getragen hatte. Die Wissenschaftshistorikerin Cathryn Carson bezeichnet diesen Personalwechsel völlig zurecht als »Epochenwandel in der Gesellschaft«, ¹²⁰ denn mit ihm gingen weitreichende Veränderungen einher: Zwar war Hahn nicht ganz so hilflos, wie ihn manche Historiker darstellen, ¹²¹ doch lag ihm die Leitung einer großen Wissenschaftsorganisation wie der MPG offensichtlich nicht im Blut. Hahn war im Grunde ein unpolitischer Mensch, der ganz in seinen Forschungen aufging – eben ein waschechter Wissenschaftler, kein Wissenschaftsmanager. Als MPG-Präsident musste er sich dagegen auf dem rutschigen Parkett der Politik bewegen, was ihm ebenso schwer fiel wie innerhalb der MPG permanent die wissenschaftspolitische Agenda zu setzen und dabei nicht selten zuwiderlaufende Interessen ausgleichen zu müssen. »Führung« im Sinne von Machtausübung war Hahns Sache tatsächlich nicht. Daher blieb er während seiner Präsidentschaft stets auf die Unterstützung des Generalsekretärs Ernst Telschow angewiesen. ¹²²

Hahns Nachfolger Butenandt, der der zweiten wissenschaftlichen Generation angehörte, war aus völlig anderem Holz geschnitzt. Obwohl aus kleinen Verhältnissen stammend, trat Butenandt wie ein Grandseigneur auf, gab sich weltgewandt, diplomatisch und verbindlich, ein

120 Cathryn Carson: Heisenberg als Wissenschaftsorganisator. In: Kleint Christian, Helmut Rechenberg und Weimers Gerald (Hg.): *Werner Heisenberg 1901–1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag*. Leipzig: Verlag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 2005, 214–222, 219.

121 Das gilt insbesondere für Rüdiger Hachtmann, der Hahn – wie übrigens auch Planck – ganz allgemein »Hilflosigkeit« attestiert. Rüdiger Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein Verlag 2007, 1199. — An anderer Stelle bezeichnet er ihn als »in den Alltagsgeschäften einer Wissenschaftsgesellschaft völlig hilflos«. Rüdiger Hachtmann: Rezension zu *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*, von Eckart Henning und Marion Kazemi. *Archiv für Sozialgeschichte* 54/6 (2014). <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81563>. Zuletzt aufgerufen am 18. 2. 2019.

122 Siehe dazu ausführlich Balcar, *Ursprünge*, 2019, 129–141.

Mann mit Manieren und streng auf die Etikette bedacht – die Historikerin Helga Satzinger spricht vom »Habitus als Wissenschaftler mit aristokratischer Haltung«¹²³, der Zeithistoriker Hans Günter Hockerts vom »Habitus eines Patriarchen«.¹²⁴ Butenandt konnte aber auch einfühlend und taktvoll sein, er schien instinktiv zu wissen, wie er mit Menschen umgehen musste. Dazu ein Beispiel: Während Hahn noch wenig Verständnis für Konrad Lorenz aufgebracht hatte, dessen Forschungsgebiet er für eine kostspielige Liebhaberei zu halten schien, hofierte Butenandt den prominenten Verhaltensforscher regelrecht, da ihm die Bedeutung dieses internationalen Wissenschaftsstars für die MPG völlig klar war – und Lorenz ließ sich gerne hofieren.¹²⁵ Hahn selbst war der Unterschied zwischen ihm und seinem Nachfolger nur zu bewusst. Butenandts »bekanntes Organisationstalent«, so führte der scheidende Präsident vor der MPG-Hauptversammlung 1960 in Bremen aus, als er die Amtskette an den Biochemiker übergab, habe sich »in vielen Ämtern und Situationen bewährt«. Daher seien in Butenandts Person, »alle die Eigenschaften vereint, die vom Präsidenten erwartet werden«.¹²⁶ Vor allem aber war Butenandt – ganz im Gegensatz zu Hahn – ein *Political Animal*, also ein Machtmensch, der Verantwortung suchte und entscheiden wollte, zugleich aber enorm wendig und anpassungsfähig. Aufgrund dieser Anpassungsfähigkeit verlief seine schillernde Karriere als Forscher bruchlos über alle politischen Umbrüche hinweg.¹²⁷ Da er sich dabei allzu bereitwillig auch mit dem NS-Regime gemeingemacht hatte, gilt Butenandt heute als der umstrittenste Präsident der MPG.¹²⁸ Aber der Reihe nach.

Der 1903 im heutigen Bremerhaven geborene Butenandt studierte von 1921 bis 1927 Chemie und Biologie in Marburg und Göttingen, wo er 1927 von Adolf Windaus promoviert wurde.¹²⁹ Es folgten langjährige Forschungen über Sexualhormone, die bahnbrechende Ergebnisse zutage

123 Helga Satzinger: Adolf Butenandt, Hormone und Geschlecht. Ingredienzien einer wissenschaftlichen Karriere. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 78–133.

124 Hans Günter Hockerts: *Ein Erbe für die Wissenschaft. Die Fritz Thyssen Stiftung in der Bonner Republik*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2018, 183.

125 Dazu Kaufmann, *Konrad Lorenz*, 2018, 18–23.

126 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): Ansprache unseres Ehrenpräsidenten Professor Hahn. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Heft 5/1960*, 1960, 271–279, 278.

127 Siehe dazu die Analyse von Satzinger, Hormone und Geschlecht, 2004, 78–133.

128 Obwohl Butenandt seit rund 20 Jahren im Fokus der Forschung steht, ist der Forschungsstand nach wie vor unbefriedigend. Eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie Butenandts steht nach wie vor aus. Die Präsidentenkommission »Geschichte der KWG im Nationalsozialismus« hat dafür einige wichtige Bausteine geliefert, die Zeit nach 1945 und insbesondere die Phase von Butenandts Präsidentschaft bleibt dabei jedoch unterbelichtet bzw. ganz ausgeblendet, was der Aufgabenstellung der Kommission geschuldet war. Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004. — Die Biographie Peter Karlsons stellt dagegen eine unkritische Hagiographie aus der Feder eines Schülers dar. Peter Karlson: *Adolf Butenandt. Biochemiker, Hormonforscher, Wissenschaftspolitiker*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1990. — Eine erste Annäherung an das »Phänomen Butenandt«, allerdings verfasst im Duktus der Anklage, findet sich bei Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth: Von der Rockefeller Foundation zur Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. Adolf Butenandt als Biochemiker und Wissenschaftspolitiker des 20. Jahrhunderts. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 50/5 (2002), 389–419, Zitat 319.

129 Karl Dimroth: Das Porträt: Adolf Windaus 1876–1959. *Chemie in unserer Zeit* 10/6 (1976), 175–179.

förderten und ihrem Entdecker nicht nur 1930 die Habilitation, sondern 1939 auch den Chemie-Nobelpreis eintrug (den Butenandt allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Empfang nehmen durfte, weil Hitler die Annahme verboten hatte, nachdem Carl von Ossietzky 1935 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war).¹³⁰ Wie stark ihn seine spätere Ehefrau, Erika von Ziegner (1906–1995), gerade in den Anfängen dieser Forschungen als Laborantin unterstützt hatte, offenbarte Butenandt lediglich seinen Eltern.¹³¹ 1933 erhielt er einen Ruf an die Universität Danzig, wo er sich dank der Unterstützung durch die *Rockefeller Foundation* auskömmliche Arbeitsbedingungen schaffen konnte. Dem Vergleich zu dem, was er 1935 während eines Gastaufenthalts in den USA vorfand, hielten diese indes nicht stand: Die geradezu luxuriöse Ausstattung amerikanischer Spitzenuniversitäten machte die Angebote aus Harvard und Chicago, die dem aufsteigenden Wissenschaftsstar seinerzeit vorlagen, umso reizvoller. Butenandt entschied sich dennoch für einen Verbleib in Deutschland und wechselte 1936 als Direktor an das *KWI für Biochemie* in Berlin-Dahlem, was ihm nicht nur höhere Bezüge und mehr Prestige eintrug, sondern auch deutlich bessere Arbeitsbedingungen verschaffte. Die nutzte er, um mit einem wachsenden Kreis von Schülern und Mitarbeitern auch in andere Forschungsbereiche einzusteigen, unter anderem in die Virusforschung.¹³² Dabei entstanden »wichtige Ergebnisse beim Übergang der Genforschung zur Molekularbiologie«, wie etwa die gemeinsamen Studien mit Alfred Kühn über Genwirkketten, die die These vom Zusammenhang jeweils eines Gens mit einem Enzym plausibilisierten.¹³³

Bis heute umstritten ist dagegen, inwieweit Butenandt selbst in der NS-Zeit an Kriegsforschung und Medizinverbrechen mitwirkte bzw. Kenntnis von entsprechenden Forschungsarbeiten seiner Mitarbeiter hatte.¹³⁴ Seine deutschnationale Orientierung – Butenandt war Mitglied in der

130 Siehe dazu die Laudatio auf Butenandt, online unter: The Nobel Prize: The Nobel Prize in Chemistry 1939: Award Ceremony Speech Adolf Butenandt, 1939. www.nobelprize.org/prizes/chemistry/1939/ceremony-speech/. Zuletzt aufgerufen am 23. 7. 2020.

131 Siehe dazu Satzinger, *Hormone und Geschlecht*, 2004, 78–133. Satzinger urteilt, die »dem Manne zugeordnete und ›aus Liebe‹ geleistete Frauenarbeit« sei »entscheidend« für die Bearbeitung des Untersuchungsgegenstands gewesen, denn sie habe »den wissenschaftlichen Erfolg in entscheidenden Punkten überhaupt erst ermöglicht.« Ebenda, 114–115. — Dazu auch Helga Satzinger: *Differenz und Vererbung: Geschlechterordnungen in der Genetik und Hormonforschung 1890–1950*. Köln: Böhlau 2009, 316–326.

132 Hier wie auch in seinen späteren Stationen versammelte Butenandt, der den wissenschaftlichen Nachwuchs wie ein Magnet anzog, eine beeindruckende Schar von Schülerinnen und Schülern um sich. Eine einschlägige Untersuchung kommt auf insgesamt 218 Doktoranden und 30 Doktorandinnen. Sven Kinas: *Adolf Butenandt (1903–1995) und seine Schule*. Herausgegeben von Archiv der Max-Planck-Gesellschaft. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2004, 7.

133 Ebbinghaus und Roth, *Adolf Butenandt als Biochemiker*, 2002, 389–419, 399.

134 Dazu Karl Heinz Roth: *Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Vorbilder. Eine neue Kontroverse um Adolf Butenandt. Sozial.Geschichte* 22/1 (2007), 71–81. — Robert N. Proctor: *Adolf Butenandt (1903–1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlass*. Berlin: Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«. Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2000. — Benno Müller-Hill: *Erinnerung und Ausblendung. Ein kritischer Blick in den Briefwechsel Adolf Butenandts, MPG Präsident 1960–1972. History and Philosophy of the Life Sciences* 24/3/4 (2002), 493–521. — Ernst Klee: *Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer*. 6. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 2015, 350–355. — Bernd Gausemeier: *An der Heimatfront. »Kriegswichtige« Forschungen am Kaiser-Wilhelm-Institut für Biochemie*. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im ›Dritten Reich‹*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 134–168. — Achim Trunk: *Rassenforschung und Biochemie. Ein Projekt – und die*

Turnerschaft Phillippina, einer schlagenden Verbindung, und im *Jungdeutschen Orden* – stellte sicherlich keine Hürde für eine spätere Hinwendung zum Nationalsozialismus dar, zumal ihm völkisches Gedankengut bereits in den 1920er Jahren keineswegs fremd war.¹³⁵ Doch fällt das Bild ambivalent aus. Einerseits hielt sich seine formale Belastung in Grenzen: 1936 trat er in die NSDAP ein, zudem gehörte er der DAF und dem NS-Lehrerbund an, im persönlichen wie im beruflichen Umfeld unterstützte er jedoch aus »rassischen« Gründen vom NS-Regime Verfolgte. Andererseits vertrat er seit Kriegsbeginn in öffentlichen Vorträgen die Aggressionspolitik Hitlers, um sich nach Kriegsende mit Nachdruck für sogenannte NS-Belastete aus seinem Kollegen- und Bekanntenkreis einzusetzen, darunter nicht nur Männer wie Heinrich Hörlein von der *IG Farbenindustrie AG*, sondern auch in höchstem Maße belastete Wissenschaftler vom Schlage eines Otmar von Verschuer.¹³⁶ Für ihn selbst zeitigte all dies keine gravierenden Folgen. Butenandt fand in Tübingen, wohin das *KWI für Biochemie* 1943/44 verlegt worden war, ein Arrangement mit der Besatzungsmacht, und die Franzosen verbotenen sich Einmischungen von außen – in diesem Fall seitens der Amerikaner, denen Butenandt zumindest als Profiteur des NS-Regimes galt; noch im Frühjahr 1947 stand sein Name auf der Fahndungsliste des *Counter Intelligence Corps* (CIC), des amerikanischen Militärgeheimdiensts. Im Südwesten drohte ihm dagegen auch von deutscher Seite keine Gefahr, denn der deutschen Verwaltung unter Carlo Schmid ging es vordringlich darum, den internationalen Ruf der Tübinger Universität durch die Einstellung von Spitzenwissenschaftlern zu wahren. So behielt Butenandt die Leitung seines Instituts, das bis 1949 als Kaiser-Wilhelm-Institut firmierte, und hatte gleichzeitig seit dem Sommer 1945 den Lehrstuhl für physiologische Chemie an der *Eberhard-Karls-Universität* in Tübingen inne.¹³⁷ Keine schlechte Ausgangsposition für eine Nachkriegskarriere – und Butenandt nutzte sie entschlossen.

Frage nach dem Beitrag Butenandts. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 247–285. — Ebbinghaus und Roth, Adolf Butenandt als Biochemiker, 2002, 389–419, 402–411.

- 135 Zur politischen Orientierung Butenandts in der Weimarer Republik siehe Satzinger, *Hormone und Geschlecht*, 2004, 78–133, 80–92.
- 136 Zu dem Versuch Butenandts und anderer ehemaliger KWI-Direktoren, Verschuer nach 1945 von den Vorwürfen reinzuwaschen, siehe Carola Sachse: »Persilscheinkultur«. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. In: Bernd Weisbrod (Hg.): *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*. Göttingen: Wallstein Verlag 2002, 217–246. — Carola Sachse: Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer. Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern (1942–1969). In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 286–319. — Proctor, *Adolf Butenandt*, 2000, 26–31. — Rüdiger Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«: Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein 2007, 1178–1179. — Zu Verschuer siehe Schmuhl, *Grenzüberschreitungen*, 2005, 470–482. — Benoît Massin: Rasse und Vererbung als Beruf. Die Hauptforschungsrichtungen am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik im Nationalsozialismus. In: Hans-Walter Schmuhl (Hg.): *Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933*. Göttingen: Wallstein Verlag 2003, 190–244. — Benoît Massin: Mengele, die Zwillingforschung und die »Auschwitz-Dahlem Connection«. In: Carola Sachse (Hg.): *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums*. Göttingen: Wallstein Verlag 2003, 201–251.
- 137 Dazu Heiko Stoff: Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 1945–1956. Reinigung und Assoziierung. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 369–402. — Ebbinghaus und Roth, Adolf Butenandt als Biochemiker, 2002, 389–419, 411–412.

Wendigkeit und Anpassungsfähigkeit an unterschiedlichste politische Systeme und an die jeweils Mächtigen, aus welchem Lager sie auch kamen, markieren den Werdegang des Wissenschaftspatriarchen Adolf Butenandt, engste Verbindungen zur Industrie waren ein weiteres Charakteristikum.¹³⁸ Die Unterstützung durch den Pharmakonzern *Schering* stand am Anfang seiner vielversprechenden Karriere, denn nur die reichlich sprudelnden Ressourcen dieses Verbündeten ermöglichten es Butenandt, im Wettlauf gegen hochkarätige internationale Konkurrenz bei der Erforschung der Sexualhormone die Nase vorne zu behalten. Butenandt revanchierte sich, etwa indem er bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen Rücksicht auf die Interessen von *Schering* nahm. Später weiteten sich Butenandts Industriekontakte aus, stets fand er zahlungskräftige Sponsoren, die bereitwillig zur Verbesserung seiner Forschungsbedingungen beitrugen. Ohne diese Unterstützung wäre es Mitte der 1930er Jahre wohl kaum gelungen, Butenandt in Deutschland zu halten. Und auch nach Kriegsende, als die Ressourcen in Deutschland knapp wurden, konnte sich Butenandt auf die Hilfe der Industrie verlassen – in diesem Fall nicht nur der deutschen Unternehmen *Bayer* und *Schering*, sondern auch der schweizerische Firma *Hoffmann La-Roche*; alle drei Firmen schlossen sich zu einem Konsortium zusammen, »um Butenandt die finanziellen Möglichkeiten für seine Forschungen bereitzustellen«.¹³⁹ »Grundlagenforschung« diente in Butenandts Verständnis nicht nur der modernen Kriegsführung,¹⁴⁰ sondern durchaus auch ökonomischen Interessen. Und davon profitierte nicht zuletzt er selbst, sowohl in Form von wachsendem wissenschaftlichen Prestige, als auch durch die nicht unerhebliche Beteiligung an den Patent- und Lizenzerlösen seiner Entdeckungen. Dies ermöglichte Butenandt auch im Privaten ein Leben auf großem Fuß.

Mit der Integration der Institute aus der französischen Zone in die MPG gehörte Butenandt auch wieder zum Kreis derjenigen, die in der MPG das Sagen hatte. Bereits im November 1949 wurde er neben Hans Dölle in den Senat der MPG kooptiert.¹⁴¹ Im Frühjahr 1954, als er mit der Münchner *Ludwig-Maximilians-Universität* in Berufungsverhandlungen stand, wurde erstmals die Frage an ihn herangetragen, ob er gegebenenfalls bereit sei, die Präsidentschaft der MPG zu übernehmen.¹⁴² Seinerzeit war dies zwar noch nicht aktuell, weil sich Hahn zu einer zweiten Amtszeit bereit fand. Dass man ihn überhaupt in Erwägung zog, verdeutlicht indes die herausgehobene Stellung Butenandts im Zenit seines Forscherlebens. Als die MPG Ende der 1950er

138 Siehe dazu und im Folgenden Jean-Paul Gaudillière: Biochemie und Industrie. Der »Arbeitskreis Butenandt-Schering« im Nationalsozialismus. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 198–246. — Jean-Paul Gaudillière: Better Prepared than Synthesized. Adolf Butenandt, Schering AG and the Transformation of Sex Steroids into Drugs (1930–1946). *Studies in History and Philosophy of Biological and Biomedical Sciences* 36/4 (2005), 612–644.

139 Stoff, Butenandt, 2004, 369–402, 393. — Siehe dazu auch Balcar, *Ursprünge*, 2019, 67.

140 Stoff, Butenandt, 2004, 369–402, 372–373.

141 Niederschrift der 6. Sitzung des Senats vom 18. 11. 1949 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 6.SP, fol. 242. — Balcar, *Ursprünge*, 2019, 117.

142 Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Hahns an die Senatoren der MPG vom 9. 11. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 338–352. — Siehe auch den Entwurf dieses wichtigen Dokuments vom 30. 10. 1959, ebenda, fol. 318–333.

Jahre dann einen Nachfolger für den nicht nur aus Altersgründen amtsmüden Otto Hahn suchte, schlug seine Stunde – und zwar auch deshalb, weil andere aussichtsreiche Kandidaten nicht zur Verfügung standen. Mit Karl-Friedrich Bonhoeffer, dem Direktor des *MPI für physikalische Chemie* in Göttingen, war ein potentieller Rivale 1957 überraschend gestorben.¹⁴³ Carl Friedrich von Weizsäcker, den Richard Kuhn ins Gespräch gebracht hatte, erteilte Hahn mit Schreiben vom 17. Oktober 1959 »mit Rücksicht auf seine wissenschaftliche Entwicklung und seine wissenschaftlichen Pläne« eine Absage.¹⁴⁴ Somit kamen in den Augen einer von Hahn informell einberufenen Kommission, die unter anderem die Wahl seines Nachfolgers vorbereiten sollte, nur noch Kuhn selbst und eben Adolf Butenandt in Frage, wobei Kuhn eine Kandidatur angesichts seiner österreichischen Staatsangehörigkeit für problematisch hielt.¹⁴⁵ Deswegen einigte sich die Kommission schließlich einvernehmlich darauf, Butenandt als neuen Präsidenten der MPG vorzuschlagen.¹⁴⁶ Allerdings scheint der machtbewusste Butenandt in der MPG nicht nur Unterstützer gehabt zu haben. Zumindest schlug Otto Warburg schriftlich einen Gegenkandidaten vor, und zwar abermals Richard Kuhn.¹⁴⁷ Als der Senat dann am 27. November 1959 zur Wahl schreiten sollte, musste er also eine echte Auswahl treffen, was die Führungsriege der MPG gerne vermieden hätte. Wahrscheinlich war dieser Schritt zuvor mit Kuhn abgesprochen worden, nicht jedoch mit Hahn oder der Generalverwaltung. Jedenfalls wirkte Kuhn durchaus nicht überrascht oder unvorbereitet, sondern warf seinen Hut entschlossen in den Ring, während das vor der Sitzung angefertigte »Drehbuch« von einer Wahl Butenandts ohne Gegenkandidaten ausgegangen war.¹⁴⁸ Allerdings thematisierte Kuhn in der Begründung seiner Kandidatur die Zukunft der MPG nur am Rande. Vornehmlich erläuterte er, dass und wie er als Österreicher das Präsidentenamt ausfüllen könne – nämlich durch

143 Heinz Gerischer: Karl Friedrich Bonhoeffer (13. 1. 1899–15. 5. 1957). *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1957), 114–122.

144 Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Hahns an die Senatoren der MPG vom 9. 11. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 340. — Siehe auch den Entwurf dieses wichtigen Dokuments vom 30. 10. 1959, ebenda, fol. 318–333.

145 Die Kommission bestand aus den Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Satzungskommission des Senats, zu denen auf Vorschlag Hermann Pünders noch Boris Rajewsky und Georg Schreiber hinzukamen. An der Besprechung am 21. 10. 1959 in Göttingen nahmen somit Benecke, Butenandt, Dölle, Hahn, Kuhn, Lehmann, Mosler, Petersen, Pünder, Rajewsky, Reusch, Schreiber und Telschow teil. Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Hahns an die Senatoren der MPG vom 9. 11. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 338–352. — Niederschrift der 42. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 11. 1959 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 42.VP, fol. 2–6.

146 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 178–188. — Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Hahns an die Senatoren der MPG vom 9. 11. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 338–352. — Siehe auch den Entwurf dieses wichtigen Dokuments vom 30. 10. 1959, ebenda, fol. 318–333. — Niederschrift der 42. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 11. 1959 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 42.VP, fol. 2–6.

147 Niederschrift der 42. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 11. 1959 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 42.VP, fol. 3. — Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 179. — Zur Person siehe *Krebs*, Hans: Otto Warburg. Biochemiker, Zellphysiologe, Mediziner, in: *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1978, S. 79–96. — *Krebs*, Hans: Otto Warburg. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1979.

148 Drehbuch für die 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 9–11. — Dass der Verwaltungsrat eine Kampfabstimmung gerne vermieden hätte, machte er am Vortag der Wahl nochmals deutlich. Niederschrift der 42. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 42.VP, fol. 2–6.

Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft.¹⁴⁹ Sein Auftritt scheint die Senatoren nicht überzeugt zu haben. Butenandt setzte sich schließlich mit 27 Stimmen bereits im ersten Wahlgang klar durch, nur fünf Stimmen waren auf Richard Kuhn entfallen, drei Senatoren hatten sich enthalten, eine Stimme war ungültig.¹⁵⁰ Das Wahlergebnis deutet allerdings auch darauf hin, dass die Wahl Butenandts innerhalb der MPG nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß.

Dennoch avancierte Adolf Butenandt – weit mehr, als sein Vorgänger dies zuvor gewesen war – während der Jahre seiner Präsidentschaft zur prägenden Gestalt der MPG. Aus den Protokollen der Leitungsorgane geht klar hervor, wie sehr der Präsident den Gremiensitzungen seinen Stempel aufdrückte und in welchem Maße er die Wissenschaftspolitik der MPG in seiner Amtszeit entschied oder doch zumindest maßgeblich mitbestimmte. Das lag an drei Faktoren: Erstens wurden mit der Übertragung der Amtskette auf Butenandt die persönlichen Beziehungen und Machtverhältnisse innerhalb der MPG-Spitze neu austariert. Dazu gehörte zum einen, dass die beiden Generalsekretäre – Telschow aus Altersgründen und Benecke bald darauf aus gesundheitlichen Gründen – aus ihren Ämtern ausschieden.¹⁵¹ Butenandt scheint es mit der Neubesetzung dieses Postens nicht besonders eilig gehabt zu haben.¹⁵² Zunächst wurden zwei Mitarbeiter, die bereits in der Generalverwaltung tätig waren, mit »der Führung der Verwaltungsgeschäfte« betraut: der promovierte Jurist Hans Ballreich in München und Oberregierungsrat a. D. Hans Seeliger in Göttingen.¹⁵³ Beide hatten indes nicht die Statur, in die Fußstapfen von Telschow und Benecke zu treten. Seeliger, der seit 1945 in der Generalverwaltung der KWG/MPG tätig gewesen war, schied bereits Ende 1963 »auf eigenen Wunsch aus dem aktiven Dienst« aus, woraufhin die Leitung der Generalverwaltung »auf Dr. Hans Ballreich als einzi-

149 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 95. — Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Hahns an die Senatoren der MPG vom 9. 11. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 338–352. — Siehe auch den Entwurf dieses wichtigen Dokuments vom 30. 10. 1959, ebenda, fol. 318–333.

150 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 338–352. — Otto Hahn unterrichtete die Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder von der Wahl seines Nachfolgers am 28. 11. 1959 per Rundschreiben, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 400. — Die Pressemitteilung der Generalverwaltung erging einen Tag später, ebenda, fol. 399.

151 Ernst Telschow übernahm nach seinem altersbedingten Ausscheiden als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der MPG die Geschäftsführung des im Aufbau befindlichen IPP. Zudem schloss die MPG auf Wunsch Butenandts mit ihm einen Beratervertrag ab, der es dem neuen Präsidenten »ermöglichte, die langjährigen Erfahrungen von Herrn Telschow zu nutzen.« Niederschrift der 43. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21. 1. 1960 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 43.VP, fol. 2. — Otto Benecke schied im Frühjahr 1962 nach längerer Krankheit im Alter von 65. Jahren aus dem Senat und der Generalverwaltung der MPG aus. Niederschrift der Sitzung des Senats vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 4. — Benecke verstarb bereits Ende 1964, nur zwei Jahre nach seinem Ausscheiden aus der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 49.SP, fol. 36. — Siehe dazu auch Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Professor Dr. Adolf Butenandt. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1962), 141–156.

152 Beispielsweise Niederschrift der 44. Sitzung des Verwaltungsrats vom 9. 3. 1960 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 44.VP, fol. 24.

153 Max-Planck-Gesellschaft: Jahresbericht 1961. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1962), 161–171, 165.

gem Generalsekretär« übergang.¹⁵⁴ Sein angegriffener Gesundheitszustand ließ dies indes nur in stark eingeschränktem Maße zu. So berichtete Butenandt dem Senat im Dezember 1965, »daß die Generalverwaltung durch die Erkrankung von Dr. Ballreich praktisch seit zwei Jahren ohne Generalsekretär ist«. ¹⁵⁵ Ende 1967 ging auch Ballreich, der 1955 vom *MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* zur Generalverwaltung gewechselt war, in den Ruhestand.¹⁵⁶ Angesichts dieser Entwicklung war der neue Präsident die ersten sechs Jahre im Grunde sein eigener Generalsekretär, der die Zügel der Generalverwaltung straff in den Händen hielt.¹⁵⁷ Unter Butenandt konnte jedenfalls keine Rede mehr davon sein, dass der Generalsekretär der eigentliche starke Mann an der Spitze der MPG sei, wie es für seinen Amtsvorgänger – in Teilen fraglos zutreffend – festgestellt wurde. Zum anderen kam Butenandt nicht allein, sondern installierte bei Amtsübernahme eine kleine, aber durchsetzungsstarke Führungsriege. Zu ihr zählten Hans Dölle,¹⁵⁸ ein Weggefährte aus Tübinger Zeiten, der in Butenandts Amtszeit zu einer Art Kronjurist der MPG aufstieg und den Präsidenten in allen rechtlichen Fragen beriet, und insbesondere Carl Wurster, seines Zeichens Vorstandsvorsitzender von BASF und enger Freund Butenandts, der zu seinem wohl wichtigsten Ratgeber werden sollte.¹⁵⁹ Dölle und Wurster stiegen beide 1960 zu Vizepräsidenten der MPG auf und gehörten in dieser Funktion auch dem Verwaltungsrat an.¹⁶⁰ In einer Art umgekehrter Wahlkapitulation hatten Verwaltungsrat und Senat der MPG zuvor darauf verzichtet, die turnusmäßig freiwerdenden Führungspositionen wieder zu besetzen, um dem neuen Präsidenten die Möglichkeit zu geben, Kandidaten seines Vertrauens zu benennen¹⁶¹ – eine bedeutende Machtbefugnis jenseits der geschriebenen Satzung.

154 Max-Planck-Gesellschaft: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Heft 1–2 (1964), 76. — Max-Planck-Gesellschaft: Jahresbericht 1963. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1964), 191–209, 195. — Mit diesem Schritt sei, gab sich der Senat optimistisch, »der Weg für eine Vereinfachung der Verwaltung frei«. Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 384.

155 Niederschrift der 52. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 367.

156 Max-Planck-Gesellschaft: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Heft 2 (1968), 146. — Max-Planck-Gesellschaft: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Heft 4 (1955), 225.

157 Als Butenandt 1965 selbst für längere Zeit krankheitsbedingt ausfiel, waren es die Abteilungsleiter, die in der Zwischenzeit dafür sorgten, dass die Generalverwaltung auch weiterhin reibungslos funktionierte. Ausführliche Niederschrift der 51. Sitzung des Senats vom 23. 6. 1965 in Ludwigshafen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 51.SP, fol. 283.

158 Siehe Ulrich Drobnig: Hans Dölle. 25. 8. 1893–15. 5. 1980. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 2 (1981), 11–14. — Konrad Zweigert: Hans Dölle. 1893–1980. *Rebels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 44/3 (1980), 421–422. — Martin Houbé: Hans Dölle. In: Mathias Schmoeckel (Hg.): *Die Juristen der Universität Bonn im »Dritten Reich«*. Köln: Böhlau 2004, 137–157. — Magnus, *Geschichte des MPI für Privatrecht*, 2020, 20–21.

159 Siehe Reimar Lüst: Carl Wurster. 2. 12. 1900–14. 12. 1974. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 3 (1975), 5–7. — Ernst Klee: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*. Aktualisierte Ausg. Frankfurt am Main: Fischer 2005, 689–690.

160 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 400 und 920.

161 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 188.

Das galt auch für den zweiten Faktor von Butenandts Machtposition innerhalb der MPG, den »Beratungskreis Wissenschaftspolitik«, den der neue Präsident gleich zu Beginn seiner Amtszeit als eine Art Küchenkabinett nach eigenem Gutdünken zusammensetzte und bei Bedarf einberief, was die seinerzeit geltende Satzung gar nicht vorsah.¹⁶² Dieser informelle, ganz auf Butenandt ausgerichtete Kreis von Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft ergänzte die satzungsmäßigen Gremien der MPG nicht nur, er schien sie auch in zunehmendem Maße zu ersetzen. Drittens stärkte eine 1964 beschlossene Satzungsreform die Position des Präsidenten massiv, denn sie schrieb ihm die »Richtlinienkompetenz in wissenschaftspolitischen Grundsatzen« ebenso zu wie das Recht, Eilentscheidungen ohne Zustimmung der zuständigen Gremien zu treffen.¹⁶³ Auf dieser Grundlage konnte Butenandt nahezu nach Belieben schalten und walten. Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth konstatieren gar einen »zunehmenden Hang zum Byzantinismus«, der die »Karriere des Wissenschaftlers und Politikers Butenandt« begleitet habe.¹⁶⁴ Das mag mit Blick auf Butenandts Wirken an der Spitze der MPG übertrieben sein. Fest steht freilich, dass sich in der MPG von 1960 bis 1972 kaum etwas gegen den erklärten Willen Butenandts durchsetzen ließ.¹⁶⁵

1.4 Fluchtpunkt München: Adolf Butenandt und die Südverschiebung der MPG

Ein Beispiel für eine der Weichenstellungen, die ganz oder doch wesentlich auf den neuen Präsidenten zurück gingen, ist die »Südverschiebung« der MPG von Göttingen nach München, die eine der Signaturen der Entwicklung der MPG von 1955 bis 1972 markierte und bei der Butenandt eine »Magnetwirkung« entwickelte.¹⁶⁶ Der Historiker Stephan Deutinger spricht in diesem Zusammenhang von »auf wenige Jahre verdichteten, weichenstellenden Vorgänge[n]«. ¹⁶⁷

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war Göttingen als Standort günstig gewesen, weil die Stadt an der Leine weitgehend unzerstört geblieben war, bereits eine alteingesessene Universität und eine Akademie beherbergte und die MPG hier auf Liegenschaften der KWG – vor allem das Gelände und die Gebäude der ehemaligen *Aerodynamischen Versuchsanstalt* – zurückgreifen konnte, um sowohl einzelne Institute als auch ihre Generalverwaltung unterzubringen.¹⁶⁸ Als

162 Niederschrift der 37. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 165–176. — Zum Wissenschaftspolitischen Beratungskreis siehe Kapitel 4.1.

163 Ebbinghaus und Roth, Adolf Butenandt als Biochemiker, 2002, 389–419, 415. — Marsch, Adolf Butenandt, 2003, 134–145, 136. — In der 1964 verabschiedeten Satzung heißt es, der Präsident habe »die Grundzüge der Wissenschaftspolitik der Gesellschaft« zu »entwerfen«. Ausführlich zur Satzungsreform von 1964 siehe Kapitel 4.2.

164 Ebbinghaus und Roth, Adolf Butenandt als Biochemiker, 2002, 389–419, 417.

165 Siehe dazu die kurze Abhandlung von Marsch, Adolf Butenandt, 2003, 134–145, passim.

166 Helmuth Trischler: Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980. In: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hg.): *Bayern im Bund. Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*. München: Oldenbourg 2004, 117–194, hier 191.

167 Stephan Deutinger: *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat. Zur Geschichte des Forschungsstandorts Bayern 1945–1980*. München: Oldenbourg 2001, 46.

168 Siehe Balcar, *Ursprünge*, 2019, 12–14.

sich jedoch die Verhältnisse in der Bundesrepublik zu normalisieren begannen, kamen die Nachteile dieser Lösung ans Licht, in erster Linie die ungünstige Verkehrslage. Gerade der Westen Deutschlands, wo sich die ökonomische Herzkammer und das politische Zentrum des Weststaats befanden, war von Göttingen aus schlecht zu erreichen. Deswegen schrieb Generalsekretär Ernst Telschow Mitte Oktober 1950 in einem Brief an Hermann Pünder,

daß der Sitz der Generalverwaltung in Göttingen nicht mehr zeitgemäß ist. Wir haben seinerzeit im Zusammenbruch Göttingen ausgewählt, weil wir hier durch die Aerodynamische Versuchsanstalt Möglichkeiten für die Unterbringung hatten, und weil von hier aus eine zentrale Verbindung sowohl zum Industriegebiet wie auch nach Süddeutschland gegeben war. Jetzt liegen wir aber mit unserer Verwaltung am Rande des Geschehens und verlieren auf die Dauer völlig den Kontakt mit denjenigen Stellen, mit denen wir nicht nur schriftlich, sondern auch persönlich engste Verbindung pflegen müßten, z. B. Bundesregierung, Deutscher Forschungsrat, Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.¹⁶⁹

Daher setzten im Herbst 1950 Überlegungen ein, die Generalverwaltung der MPG nach Köln oder Düsseldorf zu verlegen, und Pünder bot der MPG zu diesem Zweck »angesichts der angespannten Finanzlage« die Nutzung seiner Büroräume in Bonn an.¹⁷⁰ Im September 1951 trug Telschow sein Projekt, die Generalverwaltung »in das westliche Industriegebiet« zu verlegen, um in die Nähe der Bundesbehörden zu kommen, dem Senat der MPG vor.¹⁷¹ Zwischenzeitlich hatten Verhandlungen der MPG-Spitze mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU),¹⁷² seinem Innenminister Adolf Flecken (1889–1966, CDU) und dem Düsseldorfer Oberstadtdirektor Walther Hensel (1899–1986) stattgefunden, bei denen sich Düsseldorf als Favorit herauskristallisiert hatte. Das Thema kam im Januar 1952 abermals auf die Tagesordnung des Senats. Erneut begründete Telschow das Vorhaben damit, dass

alle Stellen, mit denen die Max-Planck-Gesellschaft täglich zu tun habe oder zu tun haben sollte, im Westen in verhältnismässig kleinem Raum – nämlich zwischen Bonn und Essen – konzentriert [seien]. Die Generalverwaltung müsste, um ihren Pflichten voll nachzukommen, in der Nähe dieser Stellen sitzen. Kein schriftlicher Verkehr könne den persönlichen Kontakt mit den massgebenden Stellen der Bundesregierung, der Kultusministerkonferenz,

169 Ernst Telschow an Hermann Pünder vom 16. 10. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 10.SP, fol. 223–223 verso, Zitat fol. 223.

170 Hermann Pünder an Otto Hahn vom 12. 10. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 10.SP, fol. 222 verso. — Hermann Pünder an Ernst Telschow vom 19. 10. 1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 10.SP, fol. 226–226 verso. — Zu Pünder siehe die Kurzbiographie von Rudolf Morsey: Hermann Pünder (1888–1976). In: Kurt G. A. Jeserich und Helmut Neuhaus (Hg.): *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945*. Stuttgart: Kohlhammer 1991, 438–440.

171 Niederschrift der 12. Sitzung des Senats vom 12. 9. 1951 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 12.SP, fol. 223. Die folgenden Angaben nach ebenda, fol. 224.

172 Detlev Hüwel: *Karl Arnold. Eine politische Biographie*. Wuppertal: Hammer 1980. — Walter Först: Karl Arnold (1901–1958). In: Bernhard Poll (Hg.): *Rheinische Lebensbilder*. Köln: Rheinland-Verlag 1977, 295–316.

der Finanzminister-Konferenz, der Forschungsgemeinschaft, der Industrie und auch der ausländischen Missionen ersetzen.¹⁷³

Gegenwind kam allerdings aus Göttingen, dessen Bürgermeister an Vizekanzler Franz Blücher (FDP) geschrieben und »unter Bezugnahme auf die Not des Grenzlandes auch gegen die beabsichtigte Verlegung der Generalverwaltung Einspruch erhoben« hatte.¹⁷⁴ Blücher wie auch Jakob Kaiser (CDU),¹⁷⁵ der Bundesminister für gesamtdeutsche Angelegenheiten, wandten sich daraufhin schriftlich an eine Reihe von Senatoren, um gegen die geplante Verlegung der Generalverwaltung zu protestieren – mit Erfolg: In der Senatsitzung am 18. Januar erhoben auch Carlo Schmid (SPD) und Ernst Reuter (SPD) »die schwersten Bedenken gegen eine Verlegung der Generalverwaltung nach dem Westen, die vom politischen Standpunkt aus nicht zu verantworten sei«. Sie begründeten dies damit, dass in diesem Fall »die politischen Erfordernisse« vor den »sachlichen Forderungen« rangieren müssten, da erstere »in diesem Falle gleichzeitig als gesamtdeutsche Interessen anzusehen seien«.¹⁷⁶ Die Stärkung des Zonenrandgebiets wog in den Augen der meisten Politiker parteiübergreifend schwerer als der berechtigte Wunsch einer Wissenschaftsorganisation, ihrer hinderlichen Randlage an der Leine zu entfliehen. Hier kommt der Nachteil zum Vorschein, den die finanzielle Abhängigkeit von der öffentlichen Hand mit sich brachte:¹⁷⁷ Die MPG musste mitunter weit stärkere Rücksicht auf politische Belange nehmen, als ihr lieb sein konnte.

In der Senatsdiskussion schlossen sich Heisenberg, Butenandt, Pünder und Petersen den Bedenken von Schmid und Reuter an, während die Vertreter der Industrie unverdrossen an der Verlegung der Generalverwaltung an den Rhein oder an die Ruhr festhielten. Nach dreistündiger Debatte fasste der Senat einen zweiteiligen Beschluss: Zum einen sollte die diesjährige Hauptversammlung beschließen, den Sitz der MPG dann nach Berlin zu verlegen, »wenn Berlin die Aufgaben der Bundeshauptstadt übernommen hat«. Zum anderen sollte eine Geschäftsstelle der Generalverwaltung »in der Nähe des Sitzes der Bundesregierung« errichtet werden, um »eine bessere Zusammenarbeit mit staatlichen und wirtschaftlichen Stellen des In- und Auslandes zu erreichen«.¹⁷⁸ Mit der Durchführung dieses Beschlusses beauftragte der Senat den

173 Niederschrift der 13. Sitzung des Senats vom 18. 1. 1952 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 13.SP, fol. 141.

174 Niederschrift der 13. Sitzung des Senats vom 18. 1. 1952 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 13.SP, fol. 142.— Zu Blücher siehe Friedrich Henning: Franz Blücher. Ein Porträt. *Geschichte im Westen* 11 (1996), 216–233.

175 Werner Conze: Kaiser, Jakob. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 11. Berlin: Duncker & Humblot 1977, 41–43. — Erich Kosthorst: *Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957*. Stuttgart: Kohlhammer 1985.

176 Niederschrift der 13. Sitzung des Senats vom 18. 1. 1952 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 13.SP, fol. 142. — Zu Reuter siehe Dieter Rebentisch: Ernst Reuter (1889–1953). In: Kurt G. A. Jeserich und Helmut Neuhaus (Hg.): *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945*. Stuttgart: Kohlhammer 1991, 441–444. — Winfried Süß: Reuter, Ernst Rudolf Johannes. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 467–468.

177 Zur finanziellen Abhängigkeit der MPG von Zuschüssen der öffentlichen Hand siehe ausführlich Balcar, *Ursprünge*, 2019, 86–110. — Siehe dazu auch Kapitel 2.2.

178 Niederschrift der 13. Sitzung des Senats vom 18. 1. 1952 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 13.SP, fol. 144.

Verwaltungsrat, der sich kurz darauf für den Standort Düsseldorf entschied. Ein Jahr später nahm die neue Geschäftsstelle dort ihre Arbeit auf.¹⁷⁹ Zu einer Verlegung der Generalverwaltung ins Rheinland kam es jedoch nicht, denn trotz »verlockender Angebote« konnte sich die MPG-Führung »mit Rücksicht auf Berlin« nicht zu diesem Schritt durchbringen.¹⁸⁰ So blieb man einstweilen in Göttingen.

Als eine 1958 vom Senat eingesetzte Kommission damit begann, die Satzung der MPG »aufgrund der langjährigen Erfahrungen daraufhin zu prüfen, ob sie revisionsbedürftig ist«,¹⁸¹ kam auch die Sitzfrage zur Wiedervorlage. Zwischenzeitlich hatten einige Direktoren mit der Verlegung ihrer Institute in den Südosten der Republik Fakten geschaffen. Der erste, der sein Institut nach München verlegte, war im Sommer 1956 Butenandt, den es von Tübingen an die Isar zog.¹⁸² Bereits im November 1952 hatte der umtriebige Biochemiker den Senat von seiner Berufung auf den Lehrstuhl für physiologische Chemie an der Universität München in Kenntnis gesetzt, um sich der Rückendeckung durch die MPG zu versichern, bevor die Berufungsverhandlungen begannen. Der Senat erklärte sich damit einverstanden,

dass Herr Butenandt entsprechend seinen Wünschen und im Sinne der Gesellschaft mit dem Bayerischen Kultusminister über seine Berufung verhandelt, wobei der Senat im Falle einer Verlegung des Max-Planck-Instituts für Biochemie nach München voraussetzt, dass der Bayerische Staat die Unterbringung des Max-Planck-Instituts für Biochemie bzw. dessen Neubau übernehmen wird.¹⁸³

Die Medizinische Fakultät hatte auf die übliche Dreierliste verzichtet und Butenandt im März 1952 *primo et unico loco* berufen,¹⁸⁴ um »bei geringem finanziellen Einsatz ein Maximum an Prestigegegewinn zu erreichen«. ¹⁸⁵ Dafür schien der Nobelpreisträger genau der richtige Mann zu sein, zumal noch weitere Überlegungen für ihn sprachen. Das bayerische Kultusministerium »zog alle Register, um dieses wissenschaftliche wie forschungspolitische Zugpferd für München zu gewinnen«, schreibt der Wissenschafts- und Technikhistoriker Helmuth Trischler,

179 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 338 und 344. — Diese Geschäftsstelle wurde zum 1. 7. 1967 »im Zuge der Konzentration der Generalverwaltung in München« wieder aufgelöst. Max-Planck-Gesellschaft: Jahresbericht 1966. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1967), 249–269, 253.

180 Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Hahns an die Senatoren der MPG vom 9. 11. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 319. Das folgende Zitat ebenda.

181 Niederschrift der 32. Sitzung des Senats vom 12. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP, fol. 145–151.

182 Zu Butenandts Übersiedlung von Tübingen nach München siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 373. — Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 112–127. — Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 117–194, 187–190.

183 Niederschrift der 15. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1952 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 15.SP, fol. 169.

184 Zitiert nach Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 112.

185 Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 113. Das Folgende, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach ebenda, 112–127.

»weil es hoffte, Butenandt werde mittelfristig eine Reihe weiterer Institute der MPG nach Bayern holen«. ¹⁸⁶ Das Haupthindernis stellten die hohen Kosten dar, die die Neubauten eines Universitätsinstituts und eines Gebäudes für das *MPI für Biochemie* verschlangen. Obwohl die *Arbeitsgemeinschaft der Landesversicherungsanstalten* ein Darlehen in Höhe von 3,5 Millionen DM zusagte, schlugen die Neubauten im außerordentlichen Staatshaushalt des Jahres 1953 mit einem Gesamtbetrag von über 5,8 Millionen DM zu Buche – eine immense Summe, wenn man sich vor Augen hält, dass der Freistaat für den Wiederaufbau der *Ludwig-Maximilians-Universität* in diesem Haushaltsjahr insgesamt nur 17 Millionen DM aufbringen konnte. ¹⁸⁷ Nach langen und schwierigen Verhandlungen nahm Butenandt den Ruf nach München im Dezember 1953 an. Im Zuge der Verlegung des *MPI für Biochemie* von Tübingen nach München stieg die Abteilung für Virusforschung zu einem eigenständigen Max-Planck-Institut auf, das seinen Sitz in Tübingen beibehielt. »Die Verselbständigung«, hieß es im Senat, sei »nicht nur wegen des Domizilwechsels des Instituts für Biochemie unter Professor Butenandt nach München, sondern auch aus wissenschaftlichen Gründen geboten«. ¹⁸⁸ Auf Antrag Butenandts beschloss der Senat daraufhin Ende Januar 1954 mit Zwei-Drittel-Mehrheit die Gründung des *MPI für Virusforschung*. ¹⁸⁹

Auf Butenandt folgte nur zwei Jahre später Werner Heisenberg, der mit dem großen und ruhmreichen *MPI für Physik* von Göttingen nach München übersiedelte. ¹⁹⁰ Die Bemühungen, ihn zu diesem Schritt zu bewegen, reichen ebenfalls bis ins Jahr 1952 zurück. Mit der anlaufenden Integration Westeuropas unter Einbeziehung Westdeutschlands begann sich eine Lockerung der alliierten Forschungsverbote abzuzeichnen. Das ermöglichte auch den Wiedereinstieg (West-)Deutschlands in die Kernforschung, auf den gerade Heisenberg als einer der führenden deutschen Atomforscher schon länger gedrängt hatte. ¹⁹¹ Um das zu diesem Zweck zu gründende große Forschungszentrum konkurrierten München und Karlsruhe. ¹⁹² Zwar sprach der

186 Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 117–194, 187.

187 Hinzu kamen weitere 2,5 Millionen DM für die beiden Neubauten, die das Land Bayern in den kommenden Haushaltsjahren aufbringen musste. Diese Angaben nach Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 125.

188 Niederschrift der 17. Sitzung des Senats vom 29. 1. 1954 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 17.SP, fol. 183. — Der Verwaltungsrat hatte die Weichen bereits Ende 1953 in diese Richtung gestellt. Niederschrift der 12. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 11. 1953 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 12.VP, fol. 7–8 — Die Geschichte der Forschungsstätte für Virusforschung reicht bis in die NS-Zeit zurück. Siehe Hans-Jörg Rheinberger: *Virusforschung an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Biochemie und für Biologie, 1937–1945*. In: Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Göttingen: Wallstein Verlag 2000, 667–698.

189 Niederschrift der 17. Sitzung des Senats vom 29. 1. 1954 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 17.SP, fol. 195.

190 Zu Heisenbergs Übersiedlung von Göttingen nach München siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 385. — Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 100. — Hermann, *Werner Heisenberg*, 1976, 108–112. — Das Folgende, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 128–148.

191 Siehe dazu Cathryn Carson: *Old Programs, New Politics? Nuclear Reactor Studies after 1945 in the Max-Planck-Institut für Physik*. In: Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Göttingen: Wallstein Verlag 2000, 726–749.

192 Siehe zu diesem Konflikt Rolf-Jürgen Gleitsmann: *Im Widerstreit der Meinungen. Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950–1955)*. Karlsruhe: Kernforschungszentrum 1986. — Cathryn Carson: *Nuclear*

öffentlich erklärte Wille Heisenbergs, des designierten Leiters dieses neuen Forschungszentrums, nur nach München und unter keinen Umständen nach Karlsruhe zu gehen, für die Isarmetropole, doch hatte Bayern in diesem Wettstreit mit Baden-Württemberg mit zwei schweren Handicaps zu kämpfen. Erstens wirkte sich der Regierungswechsel in Bayern nach der Landtagswahl von 1954 politisch ungünstig aus: Die CSU musste, obwohl sie zur stimmenstärksten Partei geworden war, aufgrund ihrer intransigenten Haltung in kulturpolitischen Fragen im anschließenden Poker um die Regierungsbildung eine schwere Schlappe hinnehmen und auf den harten Oppositionsbänken Platz nehmen.¹⁹³ Der neuen Regierung unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) gehörten mit der SPD, der FDP, der Bayernpartei und dem *Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten* (BHE) vier Parteien an, die kaum etwas verband außer ihrer Gegnerschaft zur CSU.¹⁹⁴ Diese Frontstellung verschlechterte die Chancen Bayerns im Wettbewerb mit Baden-Württemberg, da nun eine SPD-geführte Landesregierung auf wohlwollende Unterstützung der CDU-geführten Bundesregierung angewiesen war. Zweitens schlug in diesem Fall die geographische Lage Bayerns negativ zu Buche, da München in den Augen des alliierten Oberkommandos in Europa zu nahe am Eisernen Vorhang lag. Vor allem aus diesem Grund traf die Bundesregierung am 29. Juni 1955 ihre Entscheidung für Karlsruhe und gegen München. Um einen Gesichtsverlust zu vermeiden, hielt die bayerische Staatsregierung ihr Angebot an Heisenberg aufrecht, die Kosten für die Überführung des *MPI für Physik* nach München zu übernehmen; für den Neubau fielen über sechs Millionen DM an, die der Freistaat alleine tragen musste. Die MPG verlangte als Preis für die Verlegung, dass Bayern im Gegenzug der Gründung des *MPI für Geschichte* in Göttingen zustimmte.¹⁹⁵ Am 11. Oktober 1955 beschloss

Energy Development in Postwar West Germany. Struggles over Cooperation in the Federal Republic's First Reactor Station. *History and Technology* 18/3 (2002), 233–270. doi:10.1080/0734151022000020166.233 — Susan Boenke: *Entstehung und Entwicklung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik 1955–1971*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1991, 93–98.

- 193 Zur Landtagswahl von 1954 in Bayern, ihrem Ergebnis und ihren Folgen siehe Jaromír Balcar: *Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972*. München: Oldenbourg 2004, 213–217.
- 194 Zum Tauziehen nach der bayerischen Landtagswahl von 1954 siehe Heike Bretschneider: Die Bildung der Viererkoalition. Die parteipolitische Konstellation in Bayern in der ersten Hälfte der Fünfziger Jahre. *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 41 (1978), 999–1038. — Zur Viererkoalition siehe Bernhard Taubenberger: Kabinett Hoegner II, 1954–1957. *Historisches Lexikon Bayerns*, 2012. https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kabinett_Hoegner_II,_1954-1957. Zuletzt aufgerufen am 16. 10. 2019. — Bernhard Taubenberger: *Licht übers Land. Die bayerische Viererkoalition 1954–1957*. München: Buchendorfer-Verlag 2002. — Zur Person des Ministerpräsidenten siehe die biographische Skizze von Gerhard A. Ritter: Wilhelm Hoegner (1887–1980). In: Gerhard A. Ritter (Hg.): *Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. München: C. H. Beck 1996, 292–311.
- 195 Der Freistaat hätte das Geld lieber in ein weiteres Geschichtsinstitut in München investiert. Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 143. — Benecke berichtete dem Verwaltungsrat: »Die Verhandlungen zwischen dem Verwaltungsausschuss für das Staatsabkommen und uns über die erstmalige Finanzierung des Max-Planck-Instituts für Geschichte im Rechnungsjahr 1956 gestalteten sich schwierig, weil einige Länder der Gründung eines Max-Planck-Instituts für Geschichte zunächst ablehnend gegenüberstanden.« Niederschrift der 23. Sitzung des Verwaltungsrats vom 23. 2. 1956 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 23.VP, fol. 10–12. — Die MPG ihrerseits hatte die Entscheidung, das *MPI für Physik* aus Göttingen zu verlegen, mit dem geplanten Reaktor-Projekt begründet. Niederschrift der 17. Sitzung des Verwaltungsrats vom 4. 3. 1955 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 17.VP, fol. 13. — Den Beschluss des bayerischen Ministerrats, den Neubau für das *MPI für Physik* zu finanzieren, obwohl die Entscheidung zugunsten von Karlsruhe gefallen war, nahm der Verwaltungsrat im Oktober 1955 zur Kenntnis und beschloss daraufhin, dem Senat die Annahme der bayerischen Offerte zu empfehlen. Niederschrift der 20. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 10. 1955 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 20.VP, fol. 13–15.

der MPG-Senat schließlich die Verlegung des *MPI für Physik* von Göttingen nach München; zugleich wurde die Abteilung für Astrophysik in ein Teilinstitut umgewandelt.¹⁹⁶

Die bayerische Staatsregierung hatte hoch gepokert, um Wissenschaftsstars wie Adolf Butenandt und Werner Heisenberg für einen Umzug nach München zu gewinnen, und dabei einige Erfolge erzielt. Neben dem *MPI für Biochemie* und dem *MPI für Physik* kam nach längerem Hin und Her schließlich auch das von Wolfgang Graßmann geleitete *MPI für Eiweiß- und Lederforschung* in die Landeshauptstadt,¹⁹⁷ die auf diese Weise in den 1950er Jahren zu einem Zentrum der MPG avancierte. Die bayerische Politik verband damit zunächst das Ziel, München wieder als Wissenschaftsstandort zu etablieren und die nationale wie internationale Reputation der beiden in der Landeshauptstadt ansässigen Universitäten aufzubessern. Zudem hoffte man, dass die Nobelpreisträger Butenandt und Heisenberg eine Sogwirkung entfalten und weitere Spitzenforscher nach München ziehen würden. Der Regierungswechsel von 1954 brachte eine deutliche Erweiterung der Perspektiven mit sich. Die Viererkoalition trat unter der Parole »Licht übers Land« mit dem erklärten Ziel an, Bayern durchgreifend zu modernisieren.¹⁹⁸ Ein wichtiges Feld markierte dabei die Bildungs- und Wissenschaftspolitik: 1956 legte die Staatsregierung einen ambitionierten »Bedarfsplan für die Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses und dessen vorbereitende Ausbildungsstufen in Bayern« vor, der nach ihrem Kultusminister August Rucker benannt wurde,¹⁹⁹ und startete auf Bundesebene eine Initiative für mehr Koordination und Planung, die schließlich zur Gründung des Wissenschaftsrats führte.²⁰⁰ Damit »löste sich der Freistaat aus seiner Position als Schlußlicht der bundesdeutschen Forschungsförderung« und »profilerte sich als Vorreiter einer modernen, reformorientierten Forschungspolitik, der zudem den Mut zu einem forschungspolitischen Gesamtplan aufbrachte, in dem nicht einfach Einzelforderungen summiert, sondern kraftvoll Prioritäten

196 Niederschrift der 22. Sitzung des Senats vom 11. 10. 1955 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 22.SP, fol. 175–180. — Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 360. — Niederschrift der 24. Sitzung des Senats vom 12. 06. 1956 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 24.SP, fol. 178. — Zu den Zellteilungen des *MPI für Physik* siehe Kapitel 2.3.2. — Manfred Heinemann schreibt, Bayern habe Niedersachsen damit »eines der Traditionsinstitute der 1948 in Göttingen wiedererrichteten Max-Planck-Gesellschaft aus der Hand gewunden« und charakterisiert dabei den Freistaat als »ein Land, das 1945 über kein einziges Forschungsinstitut verfügte.« Unerwähnt bleibt dagegen, dass Göttingen selbst immens von der kriegsbedingten Verlagerung von Forschungsinstituten nach Westen profitierte. Manfred Heinemann: Zur Wissenschafts- und Bildungslandschaft Niedersachsens von 1945 bis in die 50er Jahre. In: Bernd Weisbrod (Hg.): *Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder: Wiederaufbau in Niedersachsen*. Hannover: Hahnsche Buchhandlung 1998, 77–95, Zitat: 78.

197 Zur Verlegung des *MPI für Eiweiß- und Lederforschung* nach München siehe ausführlich Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 84–111. — Zur Person siehe Kurt Hanning: Wolfgang Graßmann, 1898–1978. *Chemische Berichte* 115 (1982), I–XXV.

198 Als Impresario dieser Politik fungierte der charismatische, aber persönlich schwierige Waldemar von Knoeringen. Helga Grebing und Dietmar Süß: *Waldemar von Knoeringen 1906–1971. Ein Erneuerer der deutschen Sozialdemokratie. Band 1: Reden, Aufsätze. Band 2: Briefwechsel und Kommentare zu Leben und Wirken*. Berlin: Vorwärts-Buch 2006.

199 Dazu Norbert Lehning: Rucker-Plan, 1956. *Historisches Lexikon Bayerns*, 2012. https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rucker-Plan,_1956. Zuletzt aufgerufen am 17. 10. 2019.

200 Siehe dazu Olaf Bartz: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2007, 23–36.

gesetzt wurden.«.²⁰¹ Zugleich sollte Forschungspolitik aber auch als Strukturpolitik dienen, wobei Heisenberg und dem Atomforschungszentrum eine besondere Bedeutung zukam: Die friedliche Nutzung der Kernenergie versprach einen Ausweg aus dem traditionellen Energiemangel Bayerns als eines revierfernen Binnenlands. Dieser Gesichtspunkt, aber auch die Hoffnung, München damit zum Zentrum der westdeutschen Atomindustrie zu machen, spielte gerade für die SPD eine entscheidende Rolle, die seinerzeit der »Träger der Atomeuphorie« in der Bundesrepublik war.²⁰² Daran hielt die von Wilhelm Hoegner geführte Staatsregierung auch noch fest, nachdem die Bundesregierung sich gegen München und für Karlsruhe als Standort des großen Versuchsreaktors entschieden hatte. Während Heisenberg sich daraufhin von der Reaktorentwicklung ab- und wieder der Grundlagenforschung zuwandte, schlug Bayern den Weg einer eigenständigen Atompolitik ein: Man beschaffte in den USA einen kleinen Leichtwasser-Versuchsreaktor für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung, der im bayerischen Staatshaushalt mit 10 Millionen DM zu Buche schlug.²⁰³

Zwar ließ sich das damit verbundene Ziel, München zum Zentrum der Atomindustrie in der Bundesrepublik zu machen, nicht realisieren. Was jedoch die MPG betraf, sah die Erfolgsbilanz der bayerischen Staatsregierung nicht schlecht aus – und es sollte sogar noch besser kommen. Im November 1959 schlug Generalsekretär Otto Benecke vor, in der Satzung zwischen dem Sitz der Gesellschaft (Berlin, wo bereits die Wiege der KWG gestanden hatte) und dem Ort, an dem ihre Verwaltung geführt wird (den der Senat festlegen sollte), zu differenzieren.²⁰⁴ Das kam wiederum Butenandt zupass, der die Präsidentschaft nur unter der Bedingung akzeptierte, die Leitung seines Instituts und damit seinen Hauptwohnsitz in München behalten zu können. Die Generalverwaltung sollte in Göttingen verbleiben, die MPG in München ein kleines und personell dünn besetztes »Präsidialbüro« errichten.²⁰⁵ So kam es zunächst auch: Das Präsidialbüro wurde anfangs provisorisch im Gästetrakt des *MPI für Biochemie* untergebracht,²⁰⁶ später dann

201 Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 117–194, 131–132.

202 Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 117–194, 149. — Zum Zusammenhang von Forschungs- und Regionalpolitik siehe Wolfgang Bruder: Innovationsorientierte Regionalpolitik und räumliche Entwicklungspotentiale – zur Raumbedeutsamkeit der Forschungs- und Technologiepolitik des Bundes. *Politische Vierteljahresschrift* 20 (1979), 235–253. — Dazu auch die paradigmatische Schrift von Volker Hauff und Fritz Wilhelm Scharpf: *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1975.

203 Dies nach Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 145–147. — Der Reaktor wurde von der TU München unter Leitung von Heinz Maier-Leibnitz betrieben. Anne-Lydia Edingshaus: *Heinz Maier-Leibnitz. Ein halbes Jahrhundert experimentelle Physik*. München: Piper 1986.

204 Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Hahns an die Senatoren der MPG vom 9. 11. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 319. — In der Endfassung wurde dieser Passus verändert, die Stoßrichtung blieb jedoch erhalten. Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Hahns an die Senatoren der MPG vom 30. 10. 1959 (Entwurf), ebenda, fol. 338–353.

205 Die Leitung des Münchner Präsidialbüros sollte Hans Ballreich übernehmen, Erika Bollmann war für das Protokoll zuständig, hinzu kamen ein Assistent Ballreichs – für diesen Posten wurde wenig später Edmund Marsch gewonnen – sowie zwei Sekretärinnen. Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Hahns an die Senatoren der MPG vom 9. 11. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 324. — Siehe auch den Entwurf dieses wichtigen Dokuments vom 30. 10. 1959, ebenda, fol. 318–333. — Niederschrift der 43. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21. 1. 1960 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 43.VP, fol. 2.

206 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 398.

im repräsentativen Ludwigsbau der Münchner Residenz, womit Butenandt insgeheim von Anfang an geliebäugelt hatte.²⁰⁷ Wie es zur »Unterbringung des Präsidialbüros in München« gekommen war, schilderte der Präsident dem Verwaltungsrat im März 1960:

Bei einer Zusammenkunft mit dem Direktor der Verwaltung der Bayerischen Schlösser, Seen und Gärten, Herrn v. Gumpfenberg, die durch den früheren Präsidenten der Landeszentralbank von Bayern, Herrn Dr. Grasmann, vermittelt worden war, sei ihm der Wunsch des Herrn Ministerpräsidenten Ehard, die Max-Planck-Gesellschaft in München aufzunehmen,²⁰⁸ übermittelt worden. In Besprechungen mit Herrn v. Gumpfenberg und Herrn Ministerialdirigent Dr. Freudling vom Bayerischen Finanzministerium seien ihm drei Vorschläge mit ausgearbeiteten Kostenanschlägen vorgelegt worden. Darunter befinde sich ein sehr geeignetes Angebot für das Präsidialbüro. Es handele sich um den Ludwigsbau der Residenz (Ecke Hofgarten und Residenzstrasse). Das Gebäude ist das Pendant zur Bayerischen Akademie der Wissenschaften, es umfaßt zwei Etagen mit 10 Räumen, die für Bürozwecke geeignet sind und unter denen sich ein größerer, für das Dienstzimmer des Präsidenten passender Raum befindet, und hat eigenen Zugang von der Straße. Zusätzlich stände der sog. ›Schimmel-Saal« für Sitzungen oder kleinere Empfänge zur Verfügung.²⁰⁹

Ursprünglich waren die Räumlichkeiten für die »Verwaltung der bayerischen Schlösser, Seen und Gärten vorgesehen« gewesen, die jedoch einstweilen zurücksteckte, weil das Arrangement mit der MPG auch für den Freistaat Vorteile brachte. Während die Fassade der stark kriegsbeschädigten Residenz bereits wiederhergestellt worden war, fehlte für den Innenausbau zunächst das nötige Geld. Hier kam nun die MPG ins Spiel: Zwar seien »die Kosten für den Wiederaufbau des inneren Gebäudes [...] eine bayerische Angelegenheit, doch seien die Mittel dafür im Bayerischen Haushalt noch nicht vorhanden und würden erst in einigen Jahren zur Verfügung gestellt werden können«. Deshalb sollte die MPG »einen Überbrückungskredit [...] gewähren, der vom Bayerischen Staat voll zurückgezahlt werde. Die Max-Planck-Gesellschaft helfe somit

207 Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache des Präsidenten Professor Dr. Adolf Butenandt bei der Schlüsselübergabe. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1 (1962), 83–88, 85. — Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 407.

208 Butenandt erläuterte im weiteren Verlauf der Sitzung, »daß Bayern zwar den Wunsch habe, daß die Generalverwaltung eines Tages dorthin verlegt werden könnte, doch habe er erklärt, daß nur sachliche Erwägungen für den Sitz der Generalverwaltung maßgeblich sein würden, solange diese nicht nach Berlin zurückgehen könne.« Zur gleichen Zeit legte auch der Frankfurter Oberbürgermeister der MPG ein Angebot vor, die Generalverwaltung zu überaus günstigen Bedingungen an den Main zu verlegen. Niederschrift der 44. Sitzung des Verwaltungsrats vom 9. 3. 1960 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 44.VP, fol. 8–10, Zitat fol. 9–10. — Der Kunsthistoriker Levin Freiherr von Gumpfenberg (1907–1989) war von 1958 bis 1974 Präsident der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen. — Der Jurist und Wirtschaftswissenschaftler Dr. Max Grasmann (1889–1977, CSU) war von 1947 bis 1955 Präsident der Bayerischen Landeszentralbank. — Zu Hans Ehard siehe *Gelberg*, Karl-Ulrich: Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954. Düsseldorf: Droste 1992. — Thomas Schlemmer: Die zweite Karriere des vergessenen Ministerpräsidenten. Hans Ehard 1954 bis 1966. In: Theresia Bauer et al. (Hg.): *Gesichter der Zeitgeschichte. Deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert*. München: Oldenbourg 2009, 243–259.

209 Niederschrift der 44. Sitzung des Verwaltungsrats vom 9. 3. 1960 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 44.VP, fol. 8–10. — Ministerialdirigent Fritz Freudling (1902–1982) stieg 1952 zum Leiter der Abteilung V im Bayerischen Finanzministerium auf, die für Staatsvermögen, wirtschaftliche Betätigung des Staates, Wiedergutmachung und Rückerstattung zuständig war.

dem Bayerischen Staat bei dem schnelleren Wiederaufbau des Gebäudes, woran dem Bayerischen Staat sehr gelegen sei«. ²¹⁰ Tatsächlich ermöglichte es eine Mietvorauszahlung der MPG, »den Ausbau eines Abschnittes der Residenz vorzeitig fertigzustellen«, wodurch »mit relativ bescheidenem Aufwand sehr schöne Büroräume« entstanden. ²¹¹ Auf diese Weise profitierten sowohl die MPG als auch der Freistaat von der Schaffung des Präsidialbüros in München. Damit war die Grundlage einer langen, bis heute andauernden Partnerschaft gelegt.

Bei dieser Aufteilung der Generalverwaltung zwischen München und Göttingen sollte es indes nicht bleiben, denn Butenandt betrieb scheinbar die Verlagerung der Generalverwaltung von Göttingen nach München. ²¹² Am 1. Juli 1963 nahm die neugegründete Bauabteilung unter Bau- direktor Otto Meitinger, der die Architektur der Institutsgebäude in der Wachstumsphase wesentlich mitprägen sollte, in München ihre Arbeit auf. ²¹³ Als 1964 eine neue Geschäftsord- nung in Kraft trat, die die Generalverwaltung in Abteilungen statt wie zuvor in Referate unter- gliederte, wurden einige dieser neuen Abteilungen von Göttingen nach München verlegt. ²¹⁴ Im Herbst 1965 folgte die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit unter Heinz Pollay, die zuvor in Düs- seldorf ansässig gewesen war. ²¹⁵ Wieder ein Jahr später kam die wichtige Finanzabteilung an die Reihe, wobei sich Butenandt genötigt sah, dem Senat zu versichern, »der juristische Sitz der Gesellschaft solle Göttingen bleiben, solange die Max-Planck-Gesellschaft nicht nach Berlin zurückkehren könne« ²¹⁶ – eine Erklärung, die sich nicht zuletzt an die niedersächsische Lan- desregierung richtete, die mit der Südverschiebung der MPG alles andere als glücklich war. ²¹⁷

210 Die Kosten für den Innenausbau wurden auf bis zu 750.000 DM geschätzt, die mit einem Kredit aufgebracht und später mit der Miete und anderen Leistungen verrechnet werden sollten. Niederschrift der 44. Sitzung des Verwal- tungsrats vom 9. 3. 1960 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 44.VP, fol. 9.

211 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 213. — Was die repräsentative Inneneinrichtung der Räumlichkeiten in der Residenz betraf, konnte sich die MPG auf die Unter- stützung ihrer Förderer aus den Reihen der Industrie verlassen: »Bayer-Leverkusen stiftete ein Gemälde von Otto Hahn, die Badische Anilin- & Soda-Fabrik hat ein Bild von Bosch, die eisenschaffende Industrie ein Bild von Vögler zugesagt, so daß wir mit den vorhandenen Bildern von Harnack und Planck die Gemälde sämtlicher früheren Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Verfügung haben werden.« Ebenda, fol. 543.

212 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 8–9.

213 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 421. — Hardo Braun: *Die Entwicklung des Institutsbaus. Dargestellt am Beispiel der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Dissertation. München: Technische Universität München 1987, 202–203. — Zur Architektur der Institutsbauten siehe Hardo Braun et al.: *Bauen für die Wissenschaft. Institute der Max-Planck-Gesell- schaft*. Basel: Birkhäuser 1999.

214 Max-Planck-Gesellschaft: Jahresbericht 1964. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1965), 309–325, 313. — Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 427.

215 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 438.

216 Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 169. — Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 446. — Siehe auch Max-Planck-Gesellschaft: *Mitteilungen aus der Max-Planck- Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1968), 358. — Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache des Präsi- denten Professor Dr. Adolf Butenandt. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1 (1969), 23–27, 24–25.

217 Im Verwaltungsrat diskutierte man bereits 1957 darüber, »daß in einer der letzten Kabinettsitzungen der Minister- präsident über mangelnde Zusammenarbeit geklagt habe, insbesondere da in den letzten Jahren mehrere Max-Planck- Institute aus dem Lande Niedersachsen fortgezogen seien. Auf Hinweis von Herrn Benecke, daß die Gesellschaft das Institut für Physik der Stratosphäre von Weissenau/Hohenzollern nach Lindau Kreis Northeim verlegt und das Insti-

Zudem blieb sie letztlich ein Lippenbekenntnis, wie die Entwicklung nach 1990 zeigen sollte. Der Umzug der Finanzabteilung erfolgte allerdings erst im Herbst 1968, weil die Diensträume in der Residenz zuvor ausgebaut werden mussten. Bis auf die Revisionsabteilung, die bis 1978 in Göttingen verblieb, war die Generalverwaltung damit komplett nach München überführt worden.²¹⁸

Der Umzug der Generalverwaltung bedeutete eine langfristige, bis heute nachwirkende Entscheidung, obwohl sie längst nicht mehr in der Residenz der Wittelsbacher, sondern in einem repräsentativen Neubau direkt neben der bayerischen Staatskanzlei residiert. Helmuth Trischler erkennt darin einen Ausfluss des Matthäus-Effekts, »wonach bei der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen die ohnehin leistungsstarken Standorte begünstigt werden, während strukturschwächere Regionen den kürzeren ziehen.«²¹⁹ Dazu ist zweierlei zu bemerken: Erstens ließ sich der Freistaat, der in jenen Jahren noch längst nicht der finanzgewaltige High-Tech-Staat von heute war,²²⁰ die Wissenschaft – und nicht zuletzt die Max-Planck-Institute bzw. die MPG als Ganzes – etwas kosten; nach einem Vermerk aus dem niedersächsischen Landesrechnungshof stemmte Bayern bereits im Rechnungsjahr 1964 den größten Anteil an der Summe, die die MPG von der Ländergemeinschaft erhielt.²²¹ Zweitens reichte die skizzierte Entwicklung weit über den Bereich der Wissenschaft hinaus, denn mit der Übersiedelung nach München folgte die MPG einem auch in Wirtschaft und dem kulturellen Leben der Bundesrepublik allgemein ausgeprägten Trend: Alle Welt zog es in die Isarmetropole.²²² Angesichts der Strukturstärke, die nicht zuletzt aus Standortverlagerungen von Industriebetrieben noch während des

tut für Geschichte in Göttingen neu errichtet habe, habe der Minister darauf hingewiesen, daß jede dieser Maßnahmen das Land Niedersachsen viel Geld gekostet habe.« Niederschrift der 30. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 9. 1957 in Oberhausen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 30.VP, fol. 12–14, Zitat fol. 13.

218 Niederschrift der 61. Sitzung des Senats vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 25.— Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 935. — Die Verlegung der Revisionsabteilung nach München erfolgte schließlich, so lautete die offizielle Begründung, »im Interesse einer engeren Kooperation aller Abteilungen der Generalverwaltung«. Max-Planck-Gesellschaft: Jahresbericht 1976 und Jahresrechnung 1975, S. 28.

219 Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 117–194, 189.

220 So berichtet beispielsweise Otto Barbarino, dass in den 1950er Jahren die Haushaltsschwierigkeiten des klammen Freistaats allgegenwärtig gewesen seien. Otto Barbarino: *Ein Lebenslauf im 20. Jahrhundert*. Landsberg am Lech: Olzog Verlag 1997. — Dieses Urteil kommt aus berufenem Munde, denn Barbarino war seinerzeit Generalreferent des bayerischen Staatshaushalts und später Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr gewesen. Siehe Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 118, Anm. 546.

221 Bayern lag mit 18,89 Mio. DM vor Baden-Württemberg (15,18 Mio. DM), Niedersachsen (13,51 Mio. DM) und Hessen (9,21 Mio. DM). Danach folgten Nordrhein-Westfalen (8,91 Mio. DM), Rheinland-Pfalz (7,27 Mio. DM) und Berlin (3,94 Mio. DM). Die letzte Gruppe bildeten das Saarland (2,48 Mio. DM), Schleswig-Holstein (2,07 Mio. DM) und Bremen (1,65 Mio. DM). Hamburg überwies kein Geld an die MPG, weil der Stadtstaat andere Aufgaben im Rahmen des Königsteiner Abkommens übernommen hatte. Die Gesamtsumme, die die Ländergemeinschaft der MPG im Rechnungsjahr 1964 zur Verfügung stellte, betrug 83,12 Mio. DM. Bericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes (gez. Dr. Lüersen) über die Prüfung der Verwendung der Zuschüsse, die die MPG im RJ 1964 von den Ländern auf Grund des Königsteiner Abkommens und vom Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung zur Verfügung gestellt worden sind, vom 15. 6. 1966, Bericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die Verwendungsprüfung nach § 64a Absatz 1 RHO für die Zeit vom 1. 1. 1964–31. 12. 1964, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 197, fol. 24.

222 Siehe beispielsweise Hedwig Decker: *Standortverlagerungen der Industrie in der Region München*. Kallmünz: Verlag Michael Lassleben 1984.

Krieges wie in der Nachkriegszeit resultierte, einer hohen Freizeitattraktivität und des traditionell großen kulturellen Angebots mauserte sich München in der Bonner Republik von der »Weltstadt mit Herz« zur »heimlichen Hauptstadt Deutschlands«.²²³ Mit Blick auf die Südverschiebung der MPG ließe sich hinzufügen, dass München — unter maßgeblicher Mithilfe Adolf Butenandts — in den 1950er und 1960er Jahren auch zur Forschungshauptstadt der Bundesrepublik aufstieg.

223 Butenandt selbst sprach von München als der »heimlichen Hauptstadt Deutschlands«, und zwar anlässlich der feierlichen Übergabe der neuen Räume in der Münchner Residenz an die MPG am 18. 10. 1968. Seine Rede, in der er die sukzessive Übersiedlung der Generalverwaltung von Göttingen nach München Revue passieren ließ und begründete, ist abgedruckt in: Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Butenandt 1969, 1969, 23–27, 25. — Zur Selbstdarstellung der bayerischen Landeshauptstadt siehe Anna Kurzhals: *»Millionendorf« und »Weltstadt mit Herz«. Selbstdarstellung der Stadt München 1945–1978*. München: utzverlag 2018, 130–150. — Kritisch dazu Karl Bosl: München »Deutschlands heimliche Hauptstadt«. Historische Bemerkungen zur Strukturanalyse des modernen Hauptstadt- und Großstadttypus in Deutschland. *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 30 (1967), 298–313.

2. Dynamisierende Faktoren des Wachstums

Trotz der kaum zu überschätzenden Bedeutung Butenandts: Eine Interpretation, die das dynamische Wachstum der MPG in der zweiten Phase allein dem neuen Präsidenten zuschreiben würde, stände zwar in der Tradition der Präsidenten-zentrierten Sichtweise der bisherigen Forschung zur MPG,²²⁴ würde jedoch viel zu kurz greifen. Butenandt war fraglos das Gesicht dieses Wandels und bisweilen auch dessen Spiritus Rector, doch bei allem nicht zu leugnenden Einfluss unterwarf er die MPG nicht seinem »persönlichen Regiment«. Davon abgesehen, entzogen sich die Voraussetzungen für den enormen Wachstumsschub, den die MPG in den 1950er und 1960er Jahren erlebte, ohnehin dem Einfluss einer einzelnen Person. Vielmehr zeichneten dafür vier auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelte dynamisierende Faktoren verantwortlich, die sich vor allem in den Jahren von 1955 bis 1957 bündelten. Erst ihr Zusammenspiel erklärt die einzigartige Wachstumsdynamik, die die MPG in den Jahren zwischen 1955 und 1972 erfuhr:²²⁵ National etablierte sich die MPG, erstens, als *die* außeruniversitäre Institution der Grundlagenforschung in Westdeutschland, wodurch sie sich ihren Platz im westdeutschen Wissenschaftssystem dauerhaft sicherte. Zweitens fielen die alliierten Forschungsbeschränkungen weg, unter denen die Wissenschaft in der Bundesrepublik bis 1955 gestanden hatte.²²⁶ Die Rückkehr der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der westeuropäisch-transatlantischen Staatenfamilie ging einher mit einer Veränderung der Definitionskriterien für »nationale Größe«: Leistungen in Wirtschaft und Wissenschaft – und mit Blick auf die Weltmeisterschaft von 1954 wird man sagen müssen: auch im Fußball²²⁷ – trugen nun, vor dem Hintergrund der totalen Niederlage und der Teilung Deutschlands, mehr zur Identifikation mit der (Teil-)Nation bei als militärische Macht; zumal die militärische Macht, die der Bundesrepublik nach 1955 wieder zugestanden wurde, eng in europäische und transatlantische Strukturen eingebunden und damit eingehegt war. Drittens sorgte ein beachtliches Wirtschaftswachstum während der 1950er und 1960er Jahre in ganz Westeuropa für ungeahnte Haushaltszuwächse, was große Verteilungsspielräume eröffnete, die auch zur Förderung der Wissenschaft genutzt wurden. In Westdeutschland schien diese Entwicklung, die nur wenige Jahre nach der totalen Niederlage einsetzte, so unglaublich und wundersam, dass sich der Begriff des »Wirtschaftswunders« ein-

224 Beispielsweise Eckart Henning: Die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. In: Sybille Gerstengarbe et al. (Hg.): *Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 2011/2012*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2012, 29–48. Henning gliedert seine Darstellung nicht nur nach den Amtszeiten der einzelnen Präsidenten, sondern bezieht sich auch inhaltlich stark auf diese.

225 Zu dieser Erkenntnis wesentlich beigetragen hat die Lektüre von Vorstudien zur Geschichte der Weltraumforschung in der MPG. Siehe dazu demnächst Bonolis und Leon, *Space Sciences* (im Erscheinen).

226 Zur Forschungskontrolle durch die Alliierten zwischen 1945 und 1955 siehe Balcar, *Ursprünge*, 2019, 14–17. — Manfred Heinemann: Überwachung und »Inventur« der deutschen Forschung. Das Kontrollratsgesetz Nr. 25 und die alliierte Forschungskontrolle im Bereich der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (KWG/MPG) 1945–1955. In: Lothar Mertens (Hg.): *Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?* Berlin: Duncker & Humblot 2001, 167–200. — David Cassidy: Controlling German Science, I: U. S. and Allied Forces in Germany, 1945–1947. *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 24/2 (1994), 197–235. doi:10.2307/27757723.

227 Siehe dazu Thomas Raitchel: *Fußballweltmeisterschaft 1954. Sport – Geschichte – Mythos*. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung 2004.

bürgerte. Die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung nahm, viertens, mit dem Sputnik-Schock und dem beginnenden *Space Race* global allgemein stark zu. In Europa kam hinzu, dass es darüber hinaus um die Schließung einer Forschungslücke – zunächst im Vergleich zur Sowjetunion, später dann verstärkt zu den USA – ging, die im Systemwettbewerb des Kalten Krieges als Lebens- oder sogar Überlebensfrage erschien. All dies ging einher mit deutlichen Tendenzen zur Europäisierung der Forschung, die – neben dem enormen Wachstum – die zweite Signatur dieser Phase ausmacht.

2.1 Pariser Verträge und Wegfall der Forschungsbeschränkungen

2.1.1 Das Ende der Besatzungszeit

Am 5. Mai 1955 endete für den westdeutschen Teilstaat die unmittelbare Nachkriegszeit. An diesem Tag traten die sogenannten Pariser Verträge in Kraft, die das Besatzungsregime von Amerikanern, Briten und Franzosen in Westdeutschland beendeten, das Besatzungsstatut von 1949 aufhoben und der Bundesrepublik weitgehende Souveränitätsrechte zusprachen.²²⁸ Das Vertragspaket, das am 23. Oktober 1954 in der französischen Hauptstadt unterzeichnet worden war, markiert indes nicht allein eine Zäsur in der bundesrepublikanischen Binnengeschichte. Die Aufnahme der Bundesrepublik in die Westeuropäische Union (WEU), die ursprünglich als gegen Deutschland gerichtetes Militärbündnis ins Leben gerufen worden war,²²⁹ und in das Nordatlantische Verteidigungsbündnis NATO stellten einen Wende- und ersten Höhepunkt des europäischen Einigungsprozesses dar. Dem lag die Erkenntnis zugrunde, dass sich Westeuropa – nachdem mit dem Kalten Krieg die Angst vor der Sowjetunion an die Stelle der von Deutschland ausgehenden Gefahr getreten war – ökonomisch und militärisch nur konsolidieren konnte, wenn man die Bundesrepublik mit einbezog. Eine ähnliche Grundüberzeugung leitete auch die von Konrad Adenauer geführte Bundesregierung,²³⁰ die durch die feste Verankerung im westeuropäischen Lager nicht nur Schutz vor dem vermeintlich aggressiven Ostblock suchte, sondern auch die Chance erkannte, im Zuge des europäischen Integrationsprozesses die Rolle des allseits geächteten Parias unter den Nationen abzulegen und politischen Spielraum zu

228 Siehe dazu und im Folgenden Hanns Jürgen Küsters: Einführung. Die Pariser Verträge, 23. Oktober 1954. *100(o) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert*, 2011. http://www.100dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0018_par&l=de. Zuletzt aufgerufen am 10. 7. 2020. Die Texte der sechs Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den drei Westalliierten, die das Vertragspaket bildeten, finden sich ebenda.

229 Die Keimzelle der WEU war der Brüsseler Pakt, den Großbritannien, Frankreich und die Beneluxstaaten am 17. 3. 1948 unterzeichneten. Siehe dazu und zum Hintergrund ausführlich Christian Greiner: Die alliierten militärstrategischen Planungen zur Verteidigung Westeuropas 1947–1950. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan*. München: Oldenbourg 1982, 119–323. — Seinen antideutschen Charakter verlor der Brüsseler Pakt vor dem Hintergrund des Korea-Krieges. Siehe Norbert Wiggershaus: Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan*. München: Oldenbourg 1982, 325–402, 324–402.

230 Zur Person siehe die zweibändige Biographie von Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1986. — Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1991.

gewinnen. So bewegten sich Westeuropa und Westdeutschland unter dem Motto »Wehrbeitrag gegen Souveränität« (Ludolf Herbst) aufeinander zu und schufen auf diese Weise die Grundlagen des vereinten Europa von heute.²³¹

Die Nachricht von der Vertragsunterzeichnung markierte eine Zäsur im Selbstbild der Nachkriegsdeutschen. Gerade einmal zehn Jahre nach der totalen Niederlage, dem blutigen Ende des NS-Regimes und der vollständigen Besetzung Deutschlands avancierte die Bundesrepublik mit den Pariser Verträgen von einem besetzten und in vielerlei Hinsicht bevormundeten Land zu einem gleichberechtigten Partner der bewunderten Demokratien in Westeuropa und Nordamerika. Die Kooperation ging bis in den militärischen Bereich hinein und beinhaltete – nachdem die Aufstellung westdeutscher Truppenkontingente im Rahmen gemeinsamer westeuropäischer Streitkräfte am Veto der französischen Nationalversammlung gescheitert war²³² – den Aufbau einer eigenständigen westdeutschen Armee, der Bundeswehr.²³³ Gegen diese »Wiederbewaffnung« regte sich indes massiver Widerstand in der westdeutschen Öffentlichkeit, zumal aus der Bundesregierung Stimmen laut wurden, die – entgegen des anlässlich des Beitritts zur WEU erneut erklärten Verzichts auf die Herstellung von ABC-Waffen – die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Sprengköpfen forderten. Dass Adenauer bei dieser Gelegenheit taktische Atomwaffen verharmlosend als »eine Weiterentwicklung der Artillerie« bezeichnete, heizte den Konflikt noch an.²³⁴ Von der Auseinandersetzung, die der Kanzler mit seinen unbeachteten Worten auslöste, wird noch die Rede sein.

2.1.2 Der Wiedereinstieg in die Kernforschung

Mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts ging auch das Ende der alliierten Forschungsbeschränkungen einher. Das eröffnete der Bundesrepublik, aber auch den westdeutschen Wissenschaftlern, ganz neue Möglichkeiten, (wieder) in Forschungsfelder einzusteigen, die seit Kriegsende aufgrund der Dual Use-Problematik tabu gewesen waren. Das galt für die in der NS-Zeit besonders geförderte Luftfahrtforschung,²³⁵ vor allem aber für die Kernforschung,²³⁶ die seiner-

231 Siehe die nach wie vor grundlegende Analyse von Ludolf Herbst: *Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag*. 2. Aufl. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1996, Zitat: 94.

232 Zum Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung siehe Klaus A. Maier: Die internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Die EVG-Phase*. München: Oldenbourg 1990, 1–234, 226–230.

233 Dazu ausführlich Christian Greiner: Die militärische Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die WEU und die NATO 1954 bis 1957. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Die Nato-Option*. München: Oldenbourg 1993, 561–850.

234 Bundeskanzler Adenauer über die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, 5. 4. 1957, abgedruckt in: Werner Bührer (Hg.): *Die Adenauer-Ära. Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1963*. München: Piper 1993, 165–167, Zitat: 166. — Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.2.3.

235 Siehe dazu ausführlich Helmuth Trischler: *Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland, 1900–1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1992.

236 Siehe zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Wolfgang D. Müller: *Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Anfänge und Weichenstellungen*. Stuttgart: Schäffer 1990. — Joachim Radkau: *Aufstieg und Krise der*

zeit nicht zuletzt eine Prestigefrage war: Eine Industrienation, die etwas auf sich hielt, durfte hier nicht abseitsstehen, zumal der Kernenergie eine potentiell große ökonomische Bedeutung zugeschrieben wurde. Über das Ökonomische hinaus galt Kernkraft – in den Worten des Zeithistorikers Ulrich Herbert – seinerzeit, »nach einem halben Jahrhundert der politischen Katastrophen, des wirtschaftlichen Niedergangs und der sozialen Verelendung«, als »Inbegriff von Zukunftsoptimismus und Hoffnung«. ²³⁷ Dem damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittsoptimismus trug die Bundesregierung im Oktober 1955 mit der Errichtung eines eigenen Ressorts für Atomfragen Rechnung, das mit Franz Josef Strauß (CSU) ein ehrgeiziger Politiker der jüngeren Generation übernahm. ²³⁸ Mit dem Startschuss für das westdeutsche Atomprogramm hoffte innerhalb der MPG insbesondere Werner Heisenberg, nun endlich wieder an seine Forschungen zur Kernspaltung, die er bis 1945 durchgeführt hatte, anknüpfen zu können. ²³⁹ Als Zentrum der deutschen Atomforschung schwebte ihm München vor, weshalb er das *MPI für Physik* in die Isarmetropole verlegte. ²⁴⁰ Allerdings herrschte unter den westdeutschen Ländern ein mit harten Bandagen geführter Wettbewerb um den Standort der begehrten Forschungsreaktoren, in dem sich Bayern letztlich nicht durchsetzen konnte. So zerschlug sich Heisenbergs Hoffnung, denn die Entscheidung für den Standort der deutschen Kernforschungsanlagen fiel gegen München und für Karlsruhe in Baden-Württemberg und Jülich in Nordrhein-Westfalen. In Karlsruhe entstand die *Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH*, das spätere *Kernforschungszentrum Karlsruhe* (KfK), ²⁴¹ in Jülich die *Gesellschaft zur Förderung der kernphysikalischen Forschung e. V.*, die spätere *Kernforschungsanlage Jülich* (KFA). ²⁴²

Die Gründungen von Karlsruhe und Jülich markierten nicht nur den Wiedereinstieg Deutschlands in die Kernforschung, sondern auch den Einstieg der Bundesrepublik in die Großforschung. ²⁴³ Um Heisenberg samt seinem Institut dennoch nach München zu locken, sicherte ihm der Freistaat – der seinerzeit notabene nicht von der CSU, sondern von einer Viererkoali-

deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1983.

237 Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. München: C. H. Beck 2014, 800.

238 Zur Biographie siehe Horst Möller: *Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell*. München: Piper 2015. — Peter Siebenmorgen: *Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß*. München: Siedler Verlag 2015.

239 Werner Heisenberg: *Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik*. 13. Aufl. München: Piper 2017, 184–194. — Gabriele Metzler: Kernphysik und Politik. Werner Heisenberg in der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Ein Forschungsbericht. *Historisches Jahrbuch* 115 (1995), 208–222.

240 Zur Verlegung des *MPI für Physik* von Göttingen nach München und zur Länderkonkurrenz in der Frage des Standorts für eine deutsche Kernforschungsanlage siehe ausführlich Kapitel 1.4.

241 Dazu Peter Sperling: *Geschichten aus der Geschichte. 50 Jahre Forschungszentrum Karlsruhe. Bereit für die Zukunft*. Karlsruhe: Forschungszentrum Karlsruhe 2006.

242 Siehe Bernd-A. Rusinek: Die Gründung der Kernforschungsanlage Jülich. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 38–59. — Bernd-A. Rusinek: *Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1996.

243 Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.1.1.

tion unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) regiert wurde – trotz angespannter Haushaltslage drei Millionen DM für den Neubau des *MPI für Physik und Astrophysik* in München sowie weitere drei Millionen DM für den Bau eines kleinen Versuchsreaktors, des sogenannten Atomeis in Garching, zu.²⁴⁴ Langfristig bewirkte die Entscheidung gegen München in dem von Heisenberg geleiteten *MPI für Physik und Astrophysik* eine Umorientierung des Forschungsschwerpunkts von der Kernspaltung auf die Kernfusion.²⁴⁵ Dank der Unterstützung durch den Bund und den Freistaat bekam Heisenberg, sozusagen als Trostpflaster, in Garching bei München ein eigenes Institut für Fusionsforschung, das *Institut für Plasmaphysik* (IPP). Mit der Gründung dieses Instituts im Jahr 1960 stieg die MPG in die Fusionsforschung und damit zugleich in die Großforschung ein.²⁴⁶

2.1.3 Tendenzen zur Europäisierung der Forschung

Auch im Bereich der Wissenschaft fungierte der europäische Einigungsprozess als Türöffner, der den (West-)Deutschen den Wiedereintritt in Forschungsfelder, die ihnen zuvor verboten gewesen waren, ermöglichte bzw. erleichterte. Denn die europäische Einigung ging einher mit einer teilweisen Europäisierung der Forschung, insbesondere der Großforschung.²⁴⁷ Den Anfang machte CERN, ein gemeinsames europäisches Unterfangen im Bereich der kernphysikalischen Grundlagenforschung, dessen Gründungsgeschichte deutlich vor die Pariser Verträge zurückreicht. Angesichts des Vorsprungs, über den die USA und die Sowjetunion in der Kernforschung verfügten, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa Stimmen laut, die ein gemeinsames Vorgehen einforderten. Der erste offizielle Vorschlag, der im Dezember 1949 auf dem Tisch lag, stammte aus der Feder des französischen Physikers Louis de Broglie.²⁴⁸ Im Mai 1952 konstituierte sich, zunächst noch provisorisch, der *Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire* und legte wenig später Genf als Sitz der Organisation fest. Im Februar 1954 trat der CERN-Rat zu seiner ersten Konferenz zusammen. Ihm gehörten als Gründungsmitglieder Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, die Niederlande, Norwegen, Schweden, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die Bundesrepublik Deutschland an. Nachdem bis zum 29. September 1954 sieben der zwölf Mitgliedsstaaten den Staatsvertrag zur Gründung der *Orga-*

244 Siehe dazu und zu den Hintergründen Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 117–194, 153. — Michael Eckert: Das ›Atomei‹. Der erste bundesdeutsche Forschungsreaktor als Katalysator nuklearer Interessen in Wissenschaft und Politik. In: Michael Eckert und Maria Osietzki (Hg.): *Wissenschaft für Macht und Markt: Kernforschung und Mikroelektronik in der Bundesrepublik Deutschland*. München: C. H. Beck 1989, 74–95.

245 Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 94. — Horst Kant: Das Max-Planck-Institut für Physik. Berlin – München. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 316–323, hier 323.

246 Dazu ausführlich Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991. — Zur Gründung des IPP siehe auch Kapitel 3.1.2.

247 Siehe dazu und im Folgenden Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 117–194, 129–131.

248 Louis de Broglie, der für seine Entdeckung des Wellencharakters des Elektrons und der Theorie der Materiewellen 1929 den Physik-Nobelpreis erhalten hatte, zählt zu den bedeutendsten Physikern des 20. Jahrhunderts. Siehe Henning Sievers: Louis de Broglie und die Quantenmechanik. Hamburg 1997. <https://arxiv.org/pdf/physics/9807012v2.pdf> vom 6. 7. 1998. Zuletzt aufgerufen am 27. 11. 2019. — Georges Lochak: *Louis de Broglie. Un prince de la science*. Paris: Flammarion 1992.

nisation Européenne pour la Recherche Nucléaire (so die offizielle Bezeichnung des CERN) ratifiziert hatten, erfolgte am 10. Juni 1955 die Grundsteinlegung für das CERN-Laboratorium in Genf.²⁴⁹ Einen Namen machte sich diese europäische Institution insbesondere auf dem Feld der Teilchenbeschleuniger, und zwar durch Bau und Betrieb entsprechender Großforschungsanlagen. Bereits 1957 wurde das Synchro-Zyklotron in Betrieb genommen, das in der Lage war, Protonen auf bis zu 600 Mega-Volt zu beschleunigen.²⁵⁰ Als Direktor der Abteilung Synchro-Zyklotron des CERN fungierte Wolfgang Gentner, dem dabei seine langjährigen, in die Vorkriegszeit und die Phase der deutschen Besetzung Frankreichs zurückreichenden Kontakte zu französischen Forschern zugute kamen.²⁵¹

1957, im gleichen Jahr, in dem das Synchro-Zyklotron am CERN in Betrieb ging, markierte die Unterzeichnung der Römischen Verträge einen weiteren Meilenstein im Prozess der europäischen Integration, nicht zuletzt im Bereich der Wissenschaftspolitik. Sie stellten der seit 1952 existierenden *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS),²⁵² der sogenannten Montanunion, mit der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) und der *Europäischen Atomgemeinschaft*, besser bekannt unter der Bezeichnung EURATOM, zwei weitere Europäische Gemeinschaften als Säulen des Einigungsprozesses an die Seite. Auch EURATOM diente der gemeinsamen europäischen Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie, war indes deutlich anwendungsorientierter als CERN, wie aus Artikel 1 des Gründungsvertrags vom 25. März 1957 hervorgeht. Dort heißt es über den Zweck von EURATOM:

Aufgabe der Atomgemeinschaft ist es, durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen.²⁵³

In der MPG stießen diese europäischen Forschungsinitiativen, die zwar maßgeblich von der Bundesrepublik mitfinanziert wurden, aber nicht unter maßgeblichem deutschen Einfluss

249 Siehe dazu ausführlich Armin Hermann et al.: *History of CERN. Launching the European Organization for Nuclear Research*. Bd. 1. Amsterdam: North-Holland 1987. — Siehe dazu auch Werner Heisenberg: Die europäische Organisation der kernphysikalischen Forschung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1954), 137–140.

250 Dazu Armin Hermann et al.: *History of CERN. Building and Running the Laboratory, 1954–1965*. Bd. 2. Amsterdam: North-Holland 1990.

251 John Bertram Adams: Wolfgang Gentner and CERN. In: Dieter Hoffmann und Ulrich Schmidt-Rohr (Hg.): *Wolfgang Gentner. Festschrift zum 100. Geburtstag*. Berlin: Springer 2006, 139–145. — Zu den Kontakten aus der Besatzungszeit siehe den Erlebnisbericht von Wolfgang Gentner: Im besetzten Paris 1940 bis 1942. Herausgegeben von Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 2 (1981), 41–50.

252 Werner Bühner: *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952*. München: Oldenbourg 1986.

253 Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25. 3. 1957, in: <http://www.politische-union.de/eagvo3/> (letzter Aufruf 21. 11. 2017). — Siehe dazu auch Peter Weilemann: *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955–1957*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1983.

standen, zunächst auf wenig Begeisterung. In Senat und Verwaltungsrat wurde wiederholt die Ansicht geäußert, dass zunächst die Forschung im nationalen Rahmen gefördert werden müsse, um entsprechende Rückstände im internationalen Vergleich aufzuholen, bevor sich die Bundesrepublik an gemeinsamen europäischen Anstrengungen beteiligen könne. So warf Werner Heisenberg, um nur ein Beispiel zu nennen, in diesem Zusammenhang die Frage auf, »ob Deutschland überhaupt mithalten kann«. Die Bundesrepublik habe »große internationale Verpflichtungen« übernommen, müsse nun jedoch dafür sorgen, »daß das Doppelte dessen, was an Geldmitteln ins Ausland getragen wird, im Inland für die Forschung zur Verfügung steht, da die Zahlungen sonst nur den Charakter von Reparationsleistungen hätten«. ²⁵⁴ Das war durchaus pro domo gesprochen, doch ließ sich die Bundesregierung in diesem Fall nicht beirren und nutzte die Wissenschaft bzw. die Wissenschaftsförderung – überwiegend im europäischen Rahmen – weiter gezielt dazu, antideutsche Ressentiments zu überwinden. Dabei leistete ihr die MPG nicht selten nützliche Dienste. Das gilt insbesondere für die Etablierung einer Wissenschaftskooperation mit Israel, konkret dem *Weizman-Institut*, die der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel vorausging und diese in gewisser Hinsicht erleichterte. ²⁵⁵ In der Politik war man sich darüber im Klaren, dass die Wissenschaft – und hier gerade auch die MPG mit ihren zahlreichen international renommierten Spitzenforschern – zur Verbesserung des Deutschland-Bildes in der Welt beitrug. Auch deshalb engagierten sich Bund und Länder so bereitwillig bei der Finanzierung der MPG im Wiederaufbau. Bundespräsident Heinrich Lübke sprach diesen Zusammenhang auf der in Bremen tagenden Hauptversammlung des Jahres 1960 offen aus, als er seiner Hoffnung Ausdruck gab,

daß wir alle dazu beitragen können, der Max-Planck-Gesellschaft dabei zu helfen, das deutsche Ansehen in der Welt auch durch entsprechende wissenschaftliche Leistungen weiter zu verbessern und damit daran mitzuwirken, auch die deutschen Lebensfragen einer befriedigenden Regelung näherzubringen. ²⁵⁶

Im Jahr darauf, als man das 50jährige Bestehen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft feierte, dankte Lübke der Gesellschaft dafür, nun schon zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert mit ihren wissenschaftlichen Leistungen dazu beigetragen zu haben,

das gesunkene Ansehen unseres Volkes im Ausland wieder zu heben; denn dort ist ihre wissenschaftliche Arbeit in erster Linie als Dienst an der Wahrheit gesehen und gewürdigt worden. In diesem Bemühen fand und verstand man sich auch nach dem vergangenen Krieg wieder

254 Niederschrift der 42. Sitzung des Senats vom 23. 5. 1962 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP, fol. 200. — Ein anderes Beispiel dieser Haltung findet sich in Niederschrift der 56. Sitzung des Senats vom 10. 3. 1967 in Kassel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 56.SP, fol. 282. — Siehe dazu auch Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 276.

255 Dazu ausführlich Thomas Steinhauser, Hanoch Gutfreund und Jürgen Renn: *A Special Relationship. Turning Points in the History of German-Israeli Scientific Cooperation*. Berlin: GMPG-Preprint 2017.

256 Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache des Bundespräsidenten Dr. Lübke. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1960), 286–294, 293. — Zur Person siehe Rudolf Morsey: *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 1996.

auf internationaler Ebene. So verweben sich wissenschaftliche Leistung und staatspolitisches Verdienst eng miteinander.²⁵⁷

2.2 Wachstum im »Wirtschaftswunder«: Zur Finanzgeschichte der MPG

2.2.1 Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Westdeutschlands

Auf massive staatliche Förderung konnte die MPG angesichts der dramatisch steigenden Kosten für die wissenschaftliche Forschung nicht verzichten. Der Einstieg in die Kernforschung mittels eines eigenen Atomprogramms sowie die Gründung nationaler und internationaler Kernforschungseinrichtungen sollten sich als überaus kostspielige Angelegenheit erweisen. Die Bundesregierung war seinerzeit freilich gerne bereit, tief in die Tasche zu greifen, um nationale Prestigeprojekte zu realisieren und internationalen moralischen Kredit zurückzugewinnen.²⁵⁸ Dies fiel ihr umso leichter, als sie sich diese Ausgaben leisten konnte, ohne an anderer Stelle schmerzhaft Einsparungen vornehmen zu müssen. Das »Wirtschaftswunder« machte dies möglich, eine bei näherer Betrachtung der strukturellen Faktoren und des Potentials Westdeutschlands wenig miraculöse Entwicklung, die den Zeitgenossen angesichts der Mangelerfahrungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit dennoch märchenhaft vorkam.²⁵⁹ Kennzeichen war ein starkes Wirtschaftswachstum, das mit steigenden Reallöhnen und einem schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit einherging. Trotz des anhaltenden Zustroms von Flüchtlingen herrschte ab Mitte der 1950er Jahre Vollbeschäftigung, die bald in Arbeitskräftemangel umschlug.²⁶⁰ Das »Wirtschaftswunder« war indes kein rein deutsches, sondern vielmehr ein europäisches Phänomen. Mit Blick auf die steigenden Einkommen und die deutlich verbesserten Konsummöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten gilt die Phase vom Kriegsende 1945 bis zum Ölpreisschock Mitte der 1970er Jahre, die in der modernen Geschichte eine einzigartige Wachstums- und Wohlstandsperiode darstellt, in der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte als die *Trente Glorieuses*.²⁶¹

257 Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache des Bundespräsidenten Dr. h. c. Heinrich Lübke. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1961), 243–249, 243–244.

258 Den letztgenannten Aspekt betonte Bundespräsident Heinrich Lübke in seiner Ansprache vor der Hauptversammlung der MPG 1960 in Bremen, abgedruckt in: Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Lübke 1960, 1960, 286–294, 293.

259 Einen knappen Überblick gibt Edgar Wolfrum: *Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007, 79–82. — Edgar Wolfrum: *Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1990*. 10. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta 2005, 115–130.

260 Siehe ausführlich Werner Abelshauser: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*. 2. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2011, 289.

261 Der Begriff geht auf Jean Fourastié zurück, einen französischen Demographen. Jean Fourastié: *Les Trente Glorieuses, ou la révolution invisible de 1946 à 1975*. Paris: Fayard 1979. — Siehe dazu die Analysen von Hartmut Kaelble: *Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989*. München: C. H. Beck 2011, 81–123. — Gerold Ambrosius und Hartmut Kaelble: Einleitung: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen des Booms der 1950er und 1960er Jahre. In: Hartmut Kaelble (Hg.): *Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1992, 7–32. — Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty charakterisierte die *Trente Glorieuses* zuletzt als eine Art nachholendes Wachstum bzw. Periode des Aufholens, nachdem das Wachstum zwischen 1913 und 1950 unterdurchschnittlich gewesen sei; seit 1970 habe es sich dann wieder in der von

In der Bundesrepublik sprang der Motor der Konjunktur mit dem Korea-Boom wieder an.²⁶² Das Bruttosozialprodukt, das 1955 noch 181,4 Milliarden DM betragen hatte, stieg bis 1961 auf 331,4 Milliarden DM, 1966 betrug es 487,4 Milliarden DM, um bis 1972 weiter auf 827,2 Milliarden DM zu klettern.²⁶³ Die günstige konjunkturelle Entwicklung bei gleichzeitig deutlich sinkender Arbeitslosigkeit spülte erheblich mehr Geld in die Staatskasse. 1955 lagen die Gesamteinnahmen der öffentlichen Hand bei 45 Milliarden DM, um 1956 auf 49 Milliarden DM und 1957 auf 51 Milliarden DM zu steigen.²⁶⁴ 1962 vereinnahmten Bund, Länder und Gemeinden bereits 114 Milliarden DM,²⁶⁵ vier Jahre später, im Jahr 1966, schon 152,8 Milliarden DM.²⁶⁶ 1971 betrug die Einnahmen 209 Milliarden DM, ein Jahr später lagen sie bei 237 Milliarden DM.²⁶⁷ Mit anderen Worten, die Staatseinnahmen verfünffachten sich zwischen 1955 und 1972. Das schuf wachsende Verteilungsspielräume, die zu einer umfassenden »Modernisierung im Wiederaufbau« (Axel Schildt/Arnold Sywottek) genutzt wurden.²⁶⁸ Die sozialen Netze wurden nun fester und engmaschiger geknüpft.²⁶⁹ Die Rentenreform von 1957 brachte die Einführung der dynamischen Rente, was wesentlich zur sozialen Integration der westdeutschen Gesellschaft beitrug, angesichts der damals unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahl allerdings auch den Charakter eines Wahlgesenks hatte.²⁷⁰ Die Ausgaben der öffentlichen Hand für Hochschulen und Forschung stiegen in den 1950er und 1960er Jahren stark an, und zwar von bescheidenen 408 Millionen DM im Jahr 1950 (was gerade 9 DM pro Kopf der Bevölkerung entsprach) auf über 2,4 Milliarden DM im Jahr 1961 (43 DM je Einwohner) bis auf 14,3 Milliarden DM im Jahr 1972

Piketty als normal angesehenen Marge von 1,5 bis 2 Prozent jährlich eingependelt. Thomas Piketty: *Capital in the Twenty-First Century*. Übersetzt von Arthur Goldhammer. Cambridge, MA: Harvard University Press 2014, vor allem 87.

- 262 Siehe Werner Abelshauer: *Wirtschaft und Rüstung in den fünfziger Jahren*. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Wirtschaft und Rüstung, Souveränität und Sicherheit*. München: Oldenbourg 1997, 1–185, 3–19.
- 263 Diese Angaben erfolgen in den jeweiligen Preisen, das heißt, die Inflation ist nicht berücksichtigt. Statistisches Bundesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1975*. Stuttgart: Kohlhammer 1975, 505. — Statistisches Bundesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1979*. Stuttgart: Kohlhammer 1979, 514.
- 264 Statistisches Bundesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960*. Stuttgart: Kohlhammer 1960, 418.
- 265 Statistisches Bundesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965*. Stuttgart: Kohlhammer 1965, 444.
- 266 Statistisches Bundesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969*. Stuttgart: Kohlhammer 1969, 392.
- 267 Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1975, 400.
- 268 Siehe die Beiträge in Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Bonn: Dietz 1993.
- 269 Siehe dazu Michael Ruck und Marcel Boldorf (Hg.): *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bundesrepublik Deutschland 1957–1966. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstands*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2007.
- 270 Siehe Hans Günter Hockerts: *Sicherung im Alter. Kontinuität und Wandel der gesetzlichen Rentenversicherung 1889–1979*. In: Werner Conze und M. Rainer Lepsius (Hg.): *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem*. 2. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta 1985, 296–323, 313–316. — Hans Günter Hockerts: *Wie die Rente steigen lernte: Die Rentenreform 1957*. In: Hans Günter Hockerts: *Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, 71–85. — Cornelius Torp: *The Adenauer Government's Pension Reform of 1957. A Question of Justice*. *German History* 34/2 (2016), 237–257.

(232 DM je Einwohner).²⁷¹ Besonders beeindruckend fielen die Zuwachsraten in der Amtszeit der Großen Koalition und in den Anfangsjahren der sozialliberalen Koalition aus.

Allerdings lag die Bundesrepublik mit ihren Ausgaben für die Forschung, gemessen an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, im westeuropäisch-transatlantischen Vergleich nicht in der Spitzengruppe. Wie Heinrich Lübke auf der Hauptversammlung von 1964 mit selbstkritischem Unterton zu berichten wusste, wandten die Vereinigten Staaten 2,75 Prozent ihres Brutto-sozialprodukts für die Forschung auf und Großbritannien immerhin 2,37 Prozent, die Bundesrepublik dagegen nur 1,38 Prozent. Der Bundespräsident schloss daraus, dass »die materiellen Voraussetzungen für ein gedeihliches Arbeiten von Wissenschaft und Forschung bei uns wesentlich ungünstiger als in anderen vergleichbaren Ländern« seien, obwohl »unsere Wirtschaft und damit unsere soziale Sicherheit in hohem Maße von den Leistungen der Wissenschaft abhängen«.²⁷² Hinzu kam, dass der Löwenanteil der für die Forschung vorgesehenen Staatsmittel nicht an MPG und DFG, sondern in andere Bereiche des Wissenschaftssystems flossen, wie Tabelle 1 verdeutlicht.

Die Zahlen zeigen, dass die Universitäten den größten Anteil an den staatlichen Forschungsgeldern erhielten. Von den über 7,8 Milliarden DM, die Bund, Länder und Gemeinden 1969 in die Wissenschaft pumpten, flossen über 5,3 Milliarden DM an die Universitäten und Hochschulen.²⁷³ Im Jahr darauf entfielen auf die Universitäten und Hochschulen sieben von 9,8 Milliarden DM²⁷⁴ und 1972 sogar 10,3 von 14,3 Milliarden DM.²⁷⁵ In diesen Zahlen spiegelt sich der Ausbau der Hochschulen, der in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren massiv vorangetrieben wurde und zur Gründung einer ganzen Reihe neuer Universitäten führte.²⁷⁶ »Der gewaltigen Expansion des höheren Bildungswesens«, so urteilt Peter Graf Kielmansegg, kam »eine Schlüsselbedeutung in den säkularen Prozessen gesellschaftlichen Wandels zu, die die Industrie-

271 Diese Angaben nach Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1975, 398.

272 Nicht enthalten waren in den von Lübke genannten Zahlen Aufwendungen für wissenschaftliche Ausbildung und »wehrtechnische Forschung«. Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache des Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1964), 175–178, 175–176. — Auch Staaten wie die Niederlande, Schweden und die Schweiz wandten in den frühen 1960er Jahren einen größeren Teil des Bruttosozialprodukts für die Forschung auf als die Bundesrepublik, die indes noch vor Frankreich und Belgien lag. *Bundesbericht Forschung I 1965. Bericht der Bundesregierung über Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung*. Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/2963. Bad Godesberg 1965, 210, 114, Übersicht 30.

273 Statistisches Bundesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972*. Stuttgart: Kohlhammer 1972, 404.

274 Statistisches Bundesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1973*. Stuttgart: Kohlhammer 1973, 416.

275 Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1975, 404.

276 Zum Ausbau der Universitäten und Hochschulen, zu denen auch die Fachhochschulen zählten, siehe Wolfgang Schieder: Nach der »Bildungskatastrophe«. Universitätsgründungen in der Bundesrepublik Deutschland. Festvortrag 50 Jahre Freundeskreis der Trierer Universität, Trier, 25. 2. 2019. https://www.uni-trier.de/fileadmin/forschung/FRK/Festvortrag_Wolfgang_Schieder.pdf. Zuletzt aufgerufen am 3. 3. 2020. — George Turner: *Hochschule zwischen Vorstellung und Wirklichkeit. Zur Geschichte der Hochschulreform im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts*. Berlin: Duncker & Humblot 2001.

gesellschaften, auch die deutsche, in der zweiten Jahrhunderthälfte erfaßten«. ²⁷⁷ Aus den statistischen Daten geht auch hervor, dass die Länder den Großteil der Kosten für den Hochschulausbau schulterten. Im Jahr 1972 brachte der Bund nur 2,3 Milliarden der insgesamt 10,3 Milliarden DM auf, die die öffentliche Hand für die Hochschulen aufwendete, der Rest kam von den Ländern und den Kommunen. ²⁷⁸

TABELLE 1
AUSGABEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN FÜR DIE WISSENSCHAFT
1962–1972 (IN MIO. DM)

Jahr	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
Universitäten	831	859	1102	1422	1418	1501	1685	1937	2870	3626	4014
Technische Hochschulen	412	473	570	673	648	673	716	809	987	1086	1188
Sonstige Hochschulen	185	64	51	67	68	67	79	80	97	271	529
Hochschul- kliniken	577	675	797	931	1051	1164	1286	1661	1907	2428	2637
Pädagogische Hochschulen	--	130	174	209	236	248	246	275	283	395	379
Wiss. Institute Bund + Länder	174	175	196	237	271	313	331	--	--	--	--
Atom- forschung	365	335	496	487	570	668	645	635	710	779	828
Bibliotheken, Archive	36	88	110	168	186	164	205	238	196	234	281
DFG, MPG ²⁷⁹	430	460	619	649	723	962	1000	1583	1914	2570	2908
Insgesamt	3010	3474	4371	5131	5588	6206	6681	7823	9830	12382	14329

Quellen: Für 1962 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965, 454; für 1963 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1966, 450; für 1964 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1967, 427; für 1965 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1968, 396; für 1966 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969, 396; für 1967 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1970, 378; für 1968 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1971, 400; für 1969 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, 404; für 1970 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1973, 416; für 1971 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1974, 404; für 1972 nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1975, 404.

²⁷⁷ Kielmansegg, *Nach der Katastrophe*, 2000, 410.

²⁷⁸ Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1975, 404.

²⁷⁹ Die Tabellen der amtlichen Statistiken bezeichneten diese Kategorie als »übrige Wissenschaft« bzw. »übrige Forschungen außerhalb der Hochschulen«. In Fußnoten wurde erläutert, dass es sich dabei um Zuschüsse an die DFG und an die MPG sowie um »sonstige Wissenschaftsförderung« handelte.

Die MPG zählte damit zu den Profiteuren der »Expansionskoalition« (Hans-Peter Ullmann), eines informellen und überaus heterogenen Bündnisses aus Vertretern unterschiedlicher Parteien, Verbänden und Interessengruppen, das eine keynesianisch inspirierte Fiskalpolitik propagierte. Sie kam mit der Bildung der Großen Koalition in Bonn 1966 zum Durchbruch und erreichte in der ersten sozialliberalen Bundesregierung ihren Höhepunkt, so dass der Bund zwischen 1966 und 1972 sehr viel Geld in den Ausbau des Sozialstaats wie auch in Bildung und Forschung investierte.²⁸⁰ Auch wenn der größte Teil der staatlichen Mittel für die Wissenschaft auf die Universitäten und Hochschulen entfiel, fällt doch der enorme Zuwachs ins Auge, den DFG und MPG gegen Ende der langen 1960er Jahre verzeichneten. In nur einem Jahr, von 1968 auf 1969, betrug die Zuwachsrate über 50 Prozent, wobei vor allem die Bundesmittel von 638 Millionen DM (1968) auf über eine Milliarde DM (1969) regelrecht explodierten.²⁸¹ Auch in den Folgejahren verbuchten MPG und DFG überdurchschnittliche Haushaltszuwächse, die in der Größenordnung von einer halben Milliarde DM und mehr lagen. Die beiden Forschungsorganisationen benötigten zusätzliche Mittel, weil sie ihre Tätigkeit gegen Ende der 1960er Jahre stark ausweiteten: Die DFG führte Sonderforschungsbereiche als »dritte Säule« der Förderverfahren – neben der Einzelförderung und den Schwerpunktprogrammen – ein.²⁸² Die MPG wiederum schritt – neben dem gleichzeitigen Aufbau von drei Forschungszentren für Biochemie, biophysikalische Chemie und Festkörperforschung – zur Gründung des *MPI für Astronomie*, dessen Teleskope wahrhaft astronomische Kosten verursachten.²⁸³

Aufs Ganze gesehen, profitierte die MPG also beträchtlich von dem langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung in Westdeutschland. Otto Hahn räumte 1960 im Rückblick auf seine Präsidentschaft anlässlich der Stabübergabe an Adolf Butenandt freimütig ein, dass der rasche Wiederaufbau und zunehmende Ausbau der MPG und ihrer Institute »durch die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik« massiv »begünstigt« worden sei.²⁸⁴ Sein Nachfolger bilanzierte die Finanzentwicklung der MPG mit einigen wenigen, nichtsdestoweniger imposanten Zahlen: »Der Haushalt 1951 belief sich auf 14 Millionen DM, der des Jahres 1961 auf 62 Millionen DM und der des Jahres 1971 wird rund 460 Millionen DM betragen. Der Zuwachs gegenüber den Zahlen des Jahres 1970 liegt bei rund 24 %.« Butenandt und seine Mitstreiter waren sich indes vollkommen darüber im Klaren, »daß ein weiteres Wachstum in diesen Größenordnun-

280 Siehe dazu ausführlich Hans-Peter Ullmann: *Das Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2017. — Siehe dazu auch Jürgen Kocka: Rezension zu *Das Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren*, von Hans-Peter Ullmann. *Archiv für Sozialgeschichte* 59 (2019). <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81906>. Zuletzt aufgerufen am 16. 6. 2020.

281 Statistisches Bundesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1971*. Stuttgart: Kohlhammer 1971, 400. — Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1972, 404.

282 Karin Orth: *Autonomie und Planung der Forschung. Förderpolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1968*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2011, 182–189.

283 Zur Gründung der drei Forschungszentren siehe Kapitel 3.1.3. — Zur Gründung des *MPI für Astronomie* und zur Sternwarte auf dem Calar Alto siehe Bonolis und Leon, *Space Sciences* (im Erscheinen).

284 Ansprache von Otto Hahn in der Hauptversammlung der MPG 1960 in Bremen, in: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Ansprache Hahn, 1960, 271–279, 277.

gen nicht erwartet werden kann«. ²⁸⁵ Den wesentlichen Grund für das Haushaltswachstum thematisierten allerdings weder Hahn noch Butenandt: das beginnende Engagement des Bundes in der Forschungsfinanzierung.

2.2.2 Der Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG

Mit der Wiedergründung der KWG als MPG ging eine wesentliche Umstellung des Finanzierungsmechanismus einher: Infolge des Königsteiner Abkommen übernahm es die Ländergemeinschaft im Alleingang, die MPG mit den entsprechenden Finanzmitteln auszustatten, damit an ihren Instituten geforscht werden konnte. Industriespenden, die bei der Finanzierung der KWG noch eine große Rolle gespielt hatten, fielen dagegen – gemessen am Gesamthaushalt der MPG – nicht mehr sonderlich ins Gewicht. Die MPG-Spitze war bestrebt, gleichsam die Uhr zurückzudrehen und durch verstärkte Spendeneinwerbung die Finanzierung der Gesellschaft wieder auf zwei annähernd gleichstarke Säulen zu stellen. ²⁸⁶ Zwar kann man diesen Bemühungen einen gewissen Erfolg nicht absprechen, doch blieb dieser kurzfristig. Das zeigt ein Blick auf die Haushaltsentwicklung in der ersten Hälfte der 1950er Jahre: Nach den Berechnungen von Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank nahmen die Zuschüsse von privater Seite, die 1952 10,3 Prozent der Gesamteinnahmen der MPG ausgemacht hatten, bis 1955 auf 11,1 Prozent leicht zu. Noch größer fiel der Zuwachs bei den eigenen Einnahmen aus, die von 19,4 Prozent im Jahr 1952 auf 25,5 Prozent 1955 anstiegen. ²⁸⁷ Allerdings handelte es sich bei der Zunahme der »eigenen Einnahmen« um einen bilanztechnischen Scheineffekt, da der Ertrag der landwirtschaftlichen Versuchsgüter der MPG, die diese Einnahmen im Wesentlichen generierten, kleiner ausfiel als die mit ihnen verbundenen Aufwendungen. Mit anderen Worten, machte die MPG mit den »eigenen Einnahmen« ein Verlustgeschäft. ²⁸⁸ Auch bei den Privaten Mitteln – Beiträge der Mitglieder und Spenden vor allem aus der Wirtschaft, über die der Vorstand der MPG laut Satzung frei verfügen konnte ²⁸⁹ – zeichnen die Bilanzen der MPG ein verzerrtes Bild, da der Großteil der Spenden nicht der MPG insgesamt zugute kam, sondern an zwei rechtlich selbständige, industrienaher Forschungseinrichtungen ging, nämlich an das *MPI für Kohlenforschung* und das *MPI für Eisenforschung*. Von den 8.494.409,36 DM, die der Schatzmeisterbericht für das Rech-

285 Auszug aus der Ansprache des Präsidenten der MPG Professor Dr. Adolf Butenandt, in: Max-Planck-Gesellschaft: Auszug aus der Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Professor Dr. Adolf Butenandt. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1971), 234–244, 238. — Zur Haushaltsentwicklung der MPG von 1955 bis 1972 siehe auch die detaillierten Angaben in Tabelle 2.

286 Siehe dazu Balcar, *Ursprünge*, 2019, 104–106.

287 Diese Angaben nach Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 121. — Die folgenden Zahlenangaben finden sich ebenda.

288 Siehe dazu Balcar, *Ursprünge*, 2019, 105–106. — Über die Jahre führte dies dazu, dass die Verschuldung der landwirtschaftlichen Versuchsgüter stetig zunahm, bis sie in den frühen 1960er Jahren eine Dimension erreichte – die Rede war von 1,1 Mio. DM, die zur ihrer Sanierung nötig seien –, dass sich der Senat zum Eingreifen veranlasst sah. Niederschrift der 42. Sitzung des Senats vom 23. 5. 1962 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP, fol. 11–12.

289 Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG über die bei der MPG durchgeführte Prüfung des Rechnungsabschlusses (Generalverwaltung »Private Mittel«) zum 31. 3. 1949, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 71.

nungsjahr 1958/59 an Privaten Mitteln auswies, entfielen mit 4,2 Millionen DM die Hälfte allein an das *MPI für Eisenforschung*.²⁹⁰ Wichtiger ist freilich, dass der Trend der sinkenden Abhängigkeit der MPG von staatlichen Zuschüssen Mitte des Jahrzehnts abbrach und sich ins Gegenteil verkehrte. 1957 machten die privaten Spenden nur noch 11,7 Prozent aus, die eigenen Einnahmen 11,8 Prozent.²⁹¹ Die öffentliche Hand bestritt also 1957 bereits über drei Viertel des MPG-Haushalts,²⁹² Tendenz weiter steigend.

TABELLE 2
EINNAHMEN DER MPG 1955–1972 NACH HERKUNFT (OHNE IPP)

Jahr	Einnahmen in %			Quelle
	Staatl. Mittel	Private Mittel	Eig. Einnahmen	
1955	61,2	13,3	25,5	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1955/56, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 126, fol. 6.
1956	66,8	11,8	21,4	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1956/57, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 137, fol. 12.
1957	76,5	11,7	11,8	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1957/58, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 144, fol. 7
1958	78,2	11,8	10	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1958/59, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 153, fol. 5.
1959	79,5	8,7	11,8	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1959/60, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 162, fol. 10.
1960 ²⁹³	71,7	10	18,3	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 168, fol. 5.
1961	76,2	10,1	13,7	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 176, fol. 27.
1962	79	9,1	11,9	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 183, fol. 21.
1963	82,3	7,1	10,6	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1963, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 192, fol. 6.

290 Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1958/1959 (auf der 11. Ordentlichen Hauptversammlung am 4. 6. 1960 zu Bremen gehalten), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 153, fol. 5.

291 Richard Hoffschmidt, der von der MPG beauftragte Rechnungsprüfer, führte den deutlichen Rückgang der Einnahmen aus eigenen Leistungen bereits für das Rechnungsjahr 1955 auf eine signifikante Verminderung dieser Einnahmen am *MPI für Kohlenforschung* zurück. Bericht über die Prüfung des General-Rechnungsabschlusses der MPG für das Rechnungsjahr 1955 von Dr. Richard Hoffschmidt, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 29.

292 Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1957/1958 (auf der 10. Ordentlichen Hauptversammlung am 4. 6. 1959 zu Saarbrücken gehalten), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 144, fol. 7.

293 »Wegen der Angleichung des Rechnungsjahres an das Kalenderjahr umfaßt die 13. Jahresrechnung 1960 den Zeitraum vom 1. 4. 1960 bis 31. 12. 1960, also nur 9 Monate«, erläuterte Hermann Pünder den Mitgliedern der MPG auf der Hauptversammlung von 1962. Zuvor hatte das Rechnungsjahr am 1. April begonnen und am 31. März des Folgejahres geendet. Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1960 (auf der 13. Ordentlichen Hauptversammlung am 24. 5. 1962 zu Düsseldorf gehalten), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 168, fol. 4.

1964	79,5	9,2	11,3	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1964, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 196, fol. 5.
1965	80,6	6,3	13,1	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1965, S. 14, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 201
1966	79	5,3	15,7	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1966, S. 11, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 210
1967	74,2	6,4	19,4	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1967, S. 8, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 214.
1968	84,9	5,7	7,8	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1968, S. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 225.
1969	88	7,3	7,6	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1969, S. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 228.
1970	84,1	5,2	10,4	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1970, S. 19–20, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 241.
1971	82,5	4,4	11,7	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1971, S. 28, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, 4. Abt., Nr. 429I.
1972	82,1	4,4	9,4	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1972, S. 35, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, 4. Abt., Nr. 429I.

Diese Entwicklung – und die damit einhergehenden enormen Zuwächse im Haushalt – lässt sich auf eine einfache Ursache zurückführen: den Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG (wie auch der DFG). Am 28. Juni 1956 bewilligte der Bundestag auf Initiative der MPG-Senatoren Carlo Schmid (SPD) und Hermann Pünder (CDU) der MPG erstmalig einen Sonderhaushalt von sieben Millionen DM, der über die von der Ländergemeinschaft zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel hinausging. Die MPG erhielt den Betrag »zur freien Verfügung«; beantragt worden war er »zur Pflege der Auslandsbeziehungen, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und besonderer Zwecke der Grundlagenforschung«.²⁹⁴ Diese Einschränkung hatte man aufnehmen müssen, um den Bedenken der Länder Rechnung zu tragen, die sich vor allem gegen eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an der (Grund-)Finanzierung der MPG richteten.²⁹⁵ Da die Länder jedoch nicht über ausreichende Mittel verfügten, um die Wissenschaft in dem Maße zu unterstützen, das allgemein für erforderlich gehalten wurde, blieb ihnen letztlich nichts andere übrig, als den Einstieg des Bundes in die Forschungsförderung zähneknirschend hinzunehmen. Im Gegensatz zu den Ländern war der Bund überaus solvent, ja er schwamm seinerzeit förmlich in Geld: Finanzminister Fritz Schäffer (CSU) hatte die für damalige Verhältnisse ungeheure Summe von rund acht Milliarden DM – sie entspricht

294 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 366. — Niederschrift der 25. Sitzung des Senats vom 6. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 25.SP, fol. 198–206. — Niederschrift der 25. Sitzung des Verwaltungsrats vom 5. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 2–7. — Schließlich stellte der Bund der MPG im Rechnungsjahr 1956 neun Millionen DM zur Verfügung. Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1956/57 (auf der 9. Ordentlichen Hauptversammlung am 29. 5. 1958 zu Hannover gehalten), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 137, fol. 12.

295 Diese Bedenken hatte der hessische Finanzminister Heinrich Troeger (SPD) auf der Senatssitzung im Juni 1956 vorgebracht. Niederschrift der 24. Sitzung des Senats vom 12. 6. 1956 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 24.SP, fol. 163–171.

heute ca. 19 Milliarden Euro – für Besatzungskosten und einen »Wehrbeitrag« der Bundesrepublik im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) beiseitegelegt. Die EVG war jedoch durch das negative Votum der französischen Nationalversammlung vom 30. August 1954 hinfällig geworden.²⁹⁶ Als sich daraufhin die Frage stellte, wie Schäffers »Juliusturm« sinnvoll abgebaut werden könnte,²⁹⁷ machte es sich einmal mehr – und zwar buchstäblich – bezahlt, dass die MPG einflussreiche Politiker in ihren Senat aufgenommen hatte. Schmid und Pünder, für die die Unterstützung der MPG offenkundig eine Herzensangelegenheit darstellte, ergriffen nicht nur über die Parteigrenzen hinweg die Initiative, sondern sorgten auch für Rückendeckung der beiden größten Fraktionen im Bundestag – und damit für den Erfolg des Unternehmens. Die MPG wollte allerdings unbedingt den Eindruck vermeiden, »aus militärischen Zwecken dienenden Mitteln mitfinanziert« zu werden.²⁹⁸ Im Senat sprachen sich vor allem Präsident Hahn und Prälat Schreiber nachdrücklich »dafür aus, daß die Max-Planck-Gesellschaft sowohl im Inland als auch im Ausland sich von jedem Verdacht frei halten müsse, in irgendeiner Weise Kriegsforschungen zu betreiben«.²⁹⁹ Daher setzte die MPG alle Hebel in Bewegung, um den Bundeszuschuss nicht vom Verteidigungs-, sondern vom Innenministerium zu erhalten, womit sich beide Bundesministerien schließlich einverstanden erklärten.³⁰⁰

Die Bundesförderung blieb keine Eintagsfliege. Vielmehr wurden in den folgenden Jahren weitere Bundeszuschüsse in Millionenhöhe bewilligt. 1958 machten Mittel aus dem Bundeshaushalt bereits 23,6 Prozent der Gesamteinnahmen der MPG aus, mithin ein knappes Viertel, mit stetig steigender Tendenz.³⁰¹ Neben 11,4 Millionen DM vom Bundesinnenministerium erhielt die MPG 6,7 Millionen DM vom Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft; allerdings wurde dieser Betrag »aus haushaltsrechtlichen Gründen im Berichtsjahr bei den Mitteln für Forschungsaufträge ausgewiesen«.³⁰² Bald bildete sich eine Kostenteilung heraus, die sich für die MPG als überaus vorteilhaft erwies: Die Länder trugen die fortlaufenden

296 Siehe Herbst, *Option für den Westen*, 1996, 99–105. — Zum Vergleich: Die Gesamteinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus Steuern, Zöllen etc. betragen 1954 39, 246 Mrd. DM. Statistisches Bundesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1957*. Stuttgart: Kohlhammer 1957, 424. — Eine Kurzbiographie des ersten Finanzministers der Bundesrepublik bei Franz Menges: Schäffer, Fritz. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 22. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 516–518.

297 Siehe dazu auch Martina Röbbeke: *Mitbestimmung und Forschungsorganisation*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1997, 116.

298 Niederschrift der 25. Sitzung des Verwaltungsrats vom 5. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 2–7.

299 Niederschrift der 25. Sitzung des Senats vom 6. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 25.SP, fol. 198–206.

300 Niederschrift der 25. Sitzung des Verwaltungsrats vom 5. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 2–7. — Zum Problem der Finanzierung rüstungsrelevanter Forschung siehe Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 270–272. — Siehe dazu demnächst ausführlich Florian Schmaltz, *Rüstungskonversion und militärische Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft* (erscheint als Preprint des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft«).

301 Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 121.

302 Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1958/1959 (auf der 11. Ordentlichen Hauptversammlung am 4. 6. 1960 zu Bremen gehalten), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 153, fol. 5. Wie dieses Beispiel zeigt, ist es nicht immer ganz einfach, die Zuschüsse, die die MPG von der öffentlichen Hand erhielt, genau nach Herkunft aufzuschlüsseln.

Ausgaben, insbesondere die Personalkosten, während der Bund die einmaligen, vor allem investiven Ausgaben der MPG übernahm, also in erster Linie die Kosten für die zahlreichen Baumaßnahmen. Das brachte der MPG große Vorteile, weil der Bund über weit größere Mittel verfügte als die Länder. »Wenn die Teilfinanzierung von Bauten aus Bundesmitteln ermöglicht wird, wird sich eine viel größere Beschleunigung der genehmigten Bauvorhaben durchsetzen lassen«, frohlockte der Verwaltungsrat.³⁰³ Diese Aufteilung zwischen den Ländern und dem Bund, die die MPG nunmehr gemeinsam finanzierten, bildete seinerzeit auch die Grundstruktur der Einnahmenseite des Haushalts der MPG.³⁰⁴ Diese erinnert entfernt an die Finanzierung der KWG, bei der der preußische Staat die Personalkosten getragen und die Grundstücke gestellt, während die Industrie die Investitionskosten übernommen hatte.³⁰⁵ Allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Im Fall der MPG gehörten beide Finanzierungsträger zur öffentlichen Hand. Zunächst hatte, wie die Zahlen in Tabelle 3 zeigen, die Ländergemeinschaft noch ein klares Übergewicht, doch stieg der Bundesanteil kontinuierlich an; 1969 lagen die Zuschüsse von Bund und Ländergemeinschaft fast gleichauf; ab 1971 bezog die MPG dann mehr Geld vom Bund als von der Ländergemeinschaft.

TABELLE 3
EEINNAHMEN DER MPG 1955–1972

Jahr	Einnahmen in Mio. DM			Quelle
	Gesamt	Länder ³⁰⁶	Bund	
1955	43,16	23,7	--	Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1955/56, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 126.
1956	62	26,83	9	Eigene Berechnung nach Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1956/57, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 137.
1957	65,1	29,87	11	Eigene Berechnung nach Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1957/58, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 144.

303 Niederschrift der 25. Sitzung des Verwaltungsrats vom 5. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 32–33.

304 Das war bis 1962 der Fall. Für das Haushaltsjahr 1963 einigten Bund und Länder darauf, »daß sich der Bund mit 50 Prozent an der Finanzierung der Einrichtungen, die im Rahmen des Königsteiner Staatsabkommens finanziert werden, beteiligt. Diese Vereinbarung ist befristet auf die Laufzeit des Königsteiner Staatsabkommens, das Ende 1963 ausläuft. Für unsere Gesellschaft bedeutet es, daß wir die Mittel nicht mehr gegliedert in laufende Mittel (Länder) und einmalige Mittel (Bund) erhalten«. Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 439.

305 Dazu ausführlich Peter-Christian Witt: Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/19 bis 1934/35. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 579–656.

306 Mittel der Ländergemeinschaft nach dem Königsteiner Abkommen, ohne sonstige öffentliche Mittel; der Beitrag der öffentlichen Hand zum Haushalt der MPG war somit größer als die Summe aus Bundes- und Länderzuschüssen. Auch die Zuschüsse von Bund und Ländern zur Finanzierung des IPP, das bis 1971 die Rechtsform einer GmbH besaß, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

1958	75,7	33,1	18,1	Eigene Berechnung nach Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1958/59, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 153.
1959	79,4	37	21,6	Eigene Berechnung nach Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1959/60, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 162.
1960 ³⁰⁷	80,9	33,4	18,6	Eigene Berechnung nach Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 168.
1961	111	50,6	25,1	Eigene Berechnung nach Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 176.
1962	127,8	58,5	33,5	Eigene Berechnung nach Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 183.
1963	152,7	71	45,2	Eigene Berechnung nach Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1963, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 192.
1964	183,4	83,1	53,2	Eigene Berechnung nach Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1964, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 196.
1965	205,2	77,9	73,7	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1965, S. 9, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 201.
1966	244,5	92,3	80	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1966, S. 21, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 210.
1967	312,4	109,31		Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1967, S. 18, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 214.
1968 ³⁰⁸	285,5	116,9		Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1968, S. 19, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 225.
1969	307,2	132,4		Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1969, S. 18, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 228.
1970	354,2	134,9	132	Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1970, S. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 241.
1971	455,2	164,6		Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1971, Anlage 6, S. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, 4. Abt., Nr. 4291.
1972	558,7	180,8		Bericht der Revisionsabteilung über den Gesamtrechnungsabschluss 1972, Anlage 6 c, S. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, 4. Abt., Nr. 4291.

Der Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG hatte allerdings auch seinen Preis. 1957 erläuterte Hahn der Festversammlung der MPG die damit verbundenen Schwierigkeiten folgendermaßen:

307 »Wegen der Angleichung des Rechnungsjahres an das Kalenderjahr umfaßt die 13. Jahresrechnung 1960 den Zeitraum vom 1. 4. 1960 bis 31. 12. 1960, also nur 9 Monate«, erläuterte Hermann Pünder den Mitgliedern der MPG auf der Hauptversammlung von 1962. Zuvor hatte das Rechnungsjahr am 1. April begonnen und am 31. März des Folgejahres geendet. Schatzmeisterbericht Jahresrechnung 1960 (auf der 13. Ordentlichen Hauptversammlung am 24. 5. 1962 zu Düsseldorf gehalten), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 168, fol. 4.

308 Ab dem Rechnungsjahr 1968 sind die Einnahmen und Ausgaben der rechtlich selbständigen *MPI für Eisenforschung* und *MPI für Kohlenforschung* nicht mehr im Rechnungsabschluss der MPG enthalten, was den temporären Rückgang der Gesamteinnahmen erklärt.

Im vorigen Jahr durfte ich bekanntgeben, daß der Senat unserer Gesellschaft beschlossen hat, den Bund um einen wesentlichen Zuschuß zu bitten. Damals hat in der Aussprache der Herr Bundespräsident dem Antrag zugestimmt und ein gutes Gelingen gewünscht. Ergebnis aller Überlegungen und Verhandlungen, die dann einsetzten, war die Bewilligung von 9 Millionen DM aus dem Bundeshaushalt 1956/57 für unsere Gesellschaft, aber dies war im vorigen Jahr nur erst als ein einmaliger Bundesbeitrag gedacht. Heute darf ich sagen, daß wir durch die dankenswerte Initiative des Bundestages, insbesondere unserer Senatoren Dr. Pünder und Professor Carlo Schmid, von jetzt ab mit einem Bundeszuschuß als Dauereinrichtung im ordentlichen Haushalt rechnen dürfen und zwar im neuen Haushaltsjahr mit 8 Millionen DM. Das erfüllt uns mit ganz besonderer Freude und gibt uns die Zuversicht, daß in den künftigen Jahren es uns die Bundesmittel ermöglichen, Zusatzaufgaben zu lösen, die uns sonst doch recht große Sorgen bereiten können. Während der Bund durch diese Unterstützung seine Aufgeschlossenheit für die Belange der Forschung allen erkennbar gezeigt hat, waren es wieder die Länder, die in erfrischender und gänzlich unbürokratischer Großzügigkeit bestimmter formaler Schwierigkeiten aus der Frage der Vereinbarung eines Bundeszuschusses mit dem Königsteiner Abkommen, also der rechtlichen Grundlage unserer Finanzierung durch die Länder, Herr geworden sind. Herr Minister Troeger setzte einen Beschluß der Finanzministerkonferenz durch, in der der Bundeszuschuß begrüßt und als mit dem Königsteiner Abkommen zu vereinbaren bezeichnet worden ist. [...] Jene also, die in der sich abzeichnenden Mischfinanzierung Bund/Länder eine unüberwindliche Schwierigkeit sahen, hatten dank der Großzügigkeit der Länder unrecht. Aber wie es ist, wenn eine Schwierigkeit gebannt ist, ergibt sich eine neue. Diesmal entstand sie aus der Tatsache, daß die Bundeshaushaltsordnung Bewilligungsbedingungen vorschreibt, die bei enger Anwendung auf uns mit bestem Willen von uns nicht hätten angenommen werden können. Es hätte sich daraus nach unserer Ansicht eine Beeinträchtigung der Freiheit unserer Institute und der Gesellschaft ergeben. Das hat selbstverständlich nichts zu tun mit dem von uns voll verstandenen Vorbehalt der Möglichkeit der Prüfung der Verwendung der Bundesmittel durch den Bundesrechnungshof. Und nun war es der Bund, der in großzügiger Weise die von uns gesehene Schwierigkeit überwunden hat: Auf Antrag der Bundesregierung hat der Bundesrechnungshof, der für die Handhabung der Bewilligungsbedingungen für die Bundesmittel zuständig ist, beschlossen, uns von allen, von uns als hemmend empfundenen Bedingungen zu befreien. Der Erfolg unserer Bemühungen ist – wie ich mit Dank feststellen darf – auch der Forschungsgemeinschaft zugutegekommen.³⁰⁹

Hahns Ausführungen sind in zweierlei Hinsicht bemerkenswert, weshalb sie an dieser Stelle so ausführlich wiedergegeben werden. Erstens stellt der Präsident die MPG hier nachgerade als ein Muster der Transparenz in Sachen Finanzgebaren dar – wir werden gleich sehen, dass das nicht ganz den Tatsachen entsprach. Die vom Bund geforderte Kontrolle durch den Bundesrech-

309 Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 368–369. — Die Rede Hahns auf der in Lübeck tagenden Hauptversammlung von 1957 ist abgedruckt in: Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache unseres Präsidenten Professor Hahn. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1957), 194–201, 197–198.

nungshof stellte denn auch die Hauptschwierigkeit dar, die einem dauerhaften Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG entgegenstand. Die MPG bestand darauf, »daß die Bestimmung »zur freien Verfügung« nicht durch erschwerende, wenn nicht unannehmbare Bewilligungsbedingungen (zusätzliche Prüfung durch den Bundesrechnungshof, Anforderung der Mittel mit genauem Verwendungsnachweis, Eigentumsvorbehalt des Bundes usw.), unter denen der Bundeszuschuß gegeben wird, entwertet werden darf.«³¹⁰ Konkret ging es um den geforderten Verwendungsnachweis bei der Anforderung der Mittel, den Eigentumsvorbehalt des Bundes, die Übertragbarkeit der Mittel und einiges anderes mehr. Die MPG nahm zwar das Geld des Bundes gerne, sie wollte es aber weitestgehend nach eigenem Gutdünken verwenden können. Der Verwaltungsrat sprach sich »mit größtem Nachdruck dafür aus, die Freiheit der Max-Planck-Gesellschaft zu wahren und keine dieser Freiheit widersprechenden wesentlichen Bedingungen anzuerkennen.«³¹¹ Hinzu kamen einmal mehr Bedenken der Länder, die einen Einstieg des Bundes in die Grundfinanzierung der MPG verhindern wollten. Erst nach einigem Hin und Her fand man schließlich eine für beide Seiten akzeptable Lösung: Der Finanzausschuss des Bundesrats setzte durch, dass die Zuwendungen des Bundes »das Königsteiner Abkommen nicht durchbrechen« und »nicht zur Entlastung des sonstigen Haushalts der Max-Planck-Gesellschaft verwendet werden« sollten; vielmehr flossen die Bundesmittel in einen Sonderhaushalt der MPG ein, dessen Verwendung vorab mit den Finanzreferenten der Länder abzustimmen war.³¹²

Auch für das Problem des Verwendungsnachweises fand sich, dank des großen Entgegenkommens der Haushälter, ein für die MPG bequemer Ausweg: Der Präsident des Bundesrechnungshofes erklärte sich damit einverstanden, den Jahresbericht der MPG »als Generalbericht über die Verwendung des Bundeszuschusses« zu akzeptieren, was die MPG »von quälenden Einzelberichten befreite.«³¹³ Er ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er die alle zwei Jahre in

310 Niederschrift der 25. Sitzung des Senats vom 6. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 25.SP, fol. 198–206. — Niederschrift über die 25. Sitzung des Verwaltungsrats vom 5. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 2–7. Das Folgende nach ebenda, fol. 3.

311 Niederschrift über die 25. Sitzung des Verwaltungsrats vom 5. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 4.

312 Niederschrift über die 25. Sitzung des Verwaltungsrats vom 5. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 3–4.

313 Niederschrift der 33. Sitzung des Senats vom 3. 6. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 188. — Niederschrift der 27. Sitzung des Verwaltungsrats vom 22. 1. 1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 27.VP, fol. 3–7. — Niederschrift der 29. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 6. 1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 29.VP, fol. 4–8. — Als Verwendungsnachweis für die Bundesmittel kam dem Jahresbericht eine deutlich gewachsene Bedeutung zu. Im Jahresbericht der MPG 1958/59 heißt es dazu: »Dieser Jahresbericht, der nur die äußeren Geschehnisse der Gesellschaft behandeln kann, hat seit diesem Jahr eine besondere Bedeutung bekommen. Seitdem der Bund einen festen Zuschuß für die Gesellschaft zahlt, unterliegt sie den Bewilligungsrichtlinien des Bundes, die für die besondere Art der Arbeit unserer Institute schwer zu tragen sind. Die Freiheit der Institutsdirektoren, auf deren Leistungen der Ruhm der Gesellschaft beruht, besteht darin, daß die Gesellschaft Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit der Mittel erreicht hat. Durch den Bundesinnenminister und den Bundesfinanzminister war es möglich zu erreichen, daß der Präsident des Rechnungshofes unter Zurückstellung formaler Bedenken nicht nur weitgehende Freiheit in der Bewirtschaftung der Mittel zuließ, sondern sich auch, was die Berichterstattung anlangte, damit einverstanden erklärte, den Jahresbericht der Gesellschaft, den Bericht der Institutsdirektoren über die wissenschaftliche Arbeit der Institute in den »Naturwissenschaften« und das Verzeichnis der Veröffentlichungen der Institute im Jahrbuch als Nachweis über die Verwendung der Bundesmittel

der *Zeitschrift für Naturwissenschaften* erscheinenden Berichte der Max-Planck-Institute »als wissenschaftliche[n] Bericht über die Verwendung der Bundesmittel« anerkannte.³¹⁴ Zudem verzichtete der Bund auf den ansonsten üblichen Eigentumsvorbehalt »an den aus den Zuwendungen beschafften beweglichen Gegenständen«. ³¹⁵ Weiter konnte die öffentliche Hand bzw. die Politik, die ja ihrerseits der Öffentlichkeit gegenüber für die Verwendung der Steuermittel in der Verantwortung stand, der MPG kaum entgegenkommen. Und so bedankte sich Hahn 1959 bei Bund und Ländern nicht nur für die abermals deutlich gewachsenen Zuschüsse, sondern betonte zugleich, »daß die Mittel uns mit einem Mindestmaß an administrativer Bindung gegeben wurden«. ³¹⁶ Dennoch bedeutete die zunehmende Abhängigkeit der MPG von staatlichen Zuschüssen einen stetig steigenden bürokratischen Aufwand. Bundespräsident Heinrich Lübke betonte auf der Hauptversammlung der MPG 1960 in Bremen, »daß diese Lösung« – die weitgehende Finanzierung der MPG von der öffentlichen Hand – »gerade für eine Einrichtung, die der wissenschaftlichen Forschung dient, nicht unbedingt glücklich ist, weil sie einen großen Verwaltungsapparat erfordert und die Institutsdirektoren durch die Verwaltungsarbeit von ihrer eigentlichen wissenschaftlichen Tätigkeit abzieht«. ³¹⁷

Zweitens spielt Hahn in seiner Ansprache von 1957 den Konflikt zwischen Ländern und Bund, der beim Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG offen ausgebrochen war, stark herunter. Tatsächlich hatte es hinter den Kulissen mächtig gekracht. Die MPG war indes klug genug, die Länder nicht vor den Kopf zu stoßen. Als der Senat im November 1956 beschloss, den in Aussicht gestellten Zuschuss des Bundes in Höhe von sieben Millionen DM anzunehmen, verband er dies mit der beschwichtigenden Erläuterung in Richtung der Länder, mit dem dadurch zu bildenden »Sonderhaushalt« ließen sich »dringende Pläne und Vorhaben außerhalb und in Ergänzung des Königsteiner Abkommens« durchführen. ³¹⁸ Später lehnte es die MPG wohlweislich ab, auf das verlockende Angebot des Bundes einzugehen, ihre Finanzierung alleine zu übernehmen. ³¹⁹ Erstmals kam diese Frage im Mai 1958 zur Sprache, als der Senat über das im April 1959 bevorstehende Auslaufen des Königsteiner Abkommens debattierte. ³²⁰ Ein

gelten zu lassen.« Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht und Finanzlage 1959/60, 1959, 236–245, 236. — Siehe dazu auch Niederschrift der 40. Sitzung des Verwaltungsrats vom 2. 6. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 40.VP, fol. 2–3, Zitat fol. 2.

314 Niederschrift der 33. Sitzung des Senats vom 3. 6. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 189.

315 Niederschrift der 29. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 6. 1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 29.VP, fol. 5.

316 Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 388. — Die Rede Hahns auf der in Saarbrücken tagenden Hauptversammlung von 1959 ist abgedruckt in: Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache unseres Präsidenten Professor Hahn. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1959), 250–257, 251–252.

317 Ansprache von Bundespräsident Heinrich Lübke in der Hauptversammlung der MPG 1960 in Bremen, in: Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Lübke 1960, 1960, 286–294, 291.

318 Niederschrift der 25. Sitzung des Senats vom 6. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 25.SP, fol. 198–206.

319 Niederschrift über die 32. Sitzung des Senats vom 12. 02. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP, fol. 152. — Niederschrift der 38. Sitzung des Verwaltungsrats vom 11. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 38.VP, fol. 7–15.

320 Niederschrift der 30. Sitzung des Senats vom 29. 5. 1958 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 30.SP, fol. 144–145.

explizites Angebot des Haushaltsausschusses des Bundestags, »daß die Förderung unserer Gesellschaft, die bisher überwiegend auf der Grundlage des Königsteiner Abkommens durch die Länder erfolgt ist, vom Bund übernommen werden solle«,³²¹ erörterte der MPG-Senat im Februar 1959. Man gab sich zurückhaltend: Der MPG gehe es in erster Linie darum, dass »die uns bisher zugestanden Freiheiten, insbesondere die Unabhängigkeit im allgemeinen und die Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit der Mittel im besonderen, gewahrt bleiben«. ³²² Ausschlaggebend für diese Zurückhaltung dürfte die gute Erfahrung gewesen sein, die die MPG mit der Finanzierung durch die Ländergemeinschaft bis dahin bereits gemacht hatte. »Die Zusammenarbeit mit dem Unterausschuß und dem Verwaltungsausschuß des Königsteiner Staatsabkommens hat sich für die Max-Planck-Gesellschaft sehr bewährt«, erklärte Butenandt im Dezember 1963 vor dem Senat, denn »wir standen immer einem aufgeschlossenen und verständnisvollen Partner gegenüber«. ³²³ Deswegen widerstand die MPG-Spitze schließlich der Verlockung des Bundesangebots, das einerseits höhere Zuschüsse versprach, andererseits aber mit der Gefahr einer stärkeren Einflussnahme des Geldgebers auf die Forschungspolitik einherging.

Und doch wurde der Bund als Geldgeber der MPG immer wichtiger. Bereits im Rechnungsjahr 1957 übernahm er »bis zu 50 % des für die Einrichtungen des Königsteiner Staatsabkommens vorgesehenen Länderzuschusses«. ³²⁴ Damit deutete sich bereits an, dass das im April 1959 auslaufende Königsteiner Abkommen auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden würde, um die Finanzierung der außeruniversitären Grundlagenforschung in der Bundesrepublik zu verbessern, wie Hermann Pünder dem Verwaltungsrat erläuterte. Nach schwierigen und langwierigen Verhandlungen einigten sich die beiden Verhandlungspartner am 4. Juni 1964 auf ein »Verwaltungsabkommen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung«, das die paritätische Finanzierung der MPG (und auch der DFG) durch Bund und Länder formell besiegelte, das Königsteiner Abkommen ersetzte und die Sonderförderung des Bundes ablöste. ³²⁵ Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank, für die das Verwaltungsabkommen von 1964 »den Übergang vom Kompetenzkonflikt zwischen Bund und Ländern zur Praxis des kooperativen Föderalismus in der Forschungspolitik« markiert, beurteilen dessen Folgen zutreffend und identifizieren damit zugleich eines der Kennzeichen des westdeutschen Forschungssystems: »Während Bund und

321 Niederschrift über die 32. Sitzung des Senats vom 12. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP, fol. 152. — Niederschrift über die 38. Sitzung des Verwaltungsrats vom 11. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 38.VP, fol. 8.

322 Niederschrift über die 32. Sitzung des Senats vom 12. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP, fol. 151–159. — Ähnlich zurückhaltend hatte sich im Juni 1958 bereits der um Adolf Butenandt, Hans Dölle und Werner Heisenberg erweiterte Verwaltungsrat geäußert. Ergebnis-Niederschrift über die 35. Sitzung des erweiterten Verwaltungsrats vom 10. 7. 1958 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 35.VP, fol. 2–4.

323 Niederschrift über die 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 381.

324 Niederschrift der 30. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 9. 1957 in Oberhausen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 30.VP, fol. 8. Das Folgende nach ebenda.

325 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 428. — Zu den Konflikten zwischen Bund und Ländern, die dem Verwaltungsabkommen vorangegangen waren, siehe ausführlich Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 115–120.

Länder in diesem verflochtenen Finanzierungssystem auf politische Gestaltungsmöglichkeiten in der Forschung verzichten müssen, sichert dieses Finanzierungssystem den Adressaten der Forschungspolitik eine ungewöhnlich hohe organisatorische Autonomie.«³²⁶ Trotz zunehmender finanzieller Abhängigkeit von der öffentlichen Hand behielt die MPG so ihre forschungspolitischen Handlungsspielräume. Das mag dazu beigetragen haben, dass sich die MPG relativ bald an die staatliche Alimentierung gewöhnte und diese als etwas Selbstverständliches zu betrachten begann. Im Februar 1956 stellte sich der Verwaltungsrat ohne lange Debatte auf den Standpunkt, »daß Ausgaben, die durch die Atomforschung entstehen, vom Atomministerium gedeckt werden müssen«.³²⁷ Wichtiger als die Herkunft dieser Mittel erschien der MPG-Verwaltung, dass der Wiedereinstieg in die Kernforschung nicht zulasten anderer Forschungsbereiche ging, das heißt keine Umverteilung von Finanzmitteln innerhalb der MPG bewirkte. Dies gelang, wie der Senat im November 1959 befriedigt konstatierte. »Obwohl die Zuschüsse für die Kernforschungsinstitute jetzt von der Ländergemeinschaft gewährt werden, haben die Zuschüsse der anderen Institute nicht gelitten.«³²⁸

Mehr noch, es entstand durch den Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG für letztere »eine sehr günstige Situation«, wie der Verwaltungsrat für das Haushaltsjahr 1957/58 zutreffend analysierte. »Da die Generalverwaltung vorgeschlagen hatte, den größten Teil der im Haushaltsjahr 1957/58 bei der Ländergemeinschaft beantragten einmaligen Mittel auf den Bundeszuschuss zu übernehmen, hat der Unterausschuss der Ländergemeinschaft sich bereit erklärt, diesen Betrag auf den laufenden Zuschuss zu übertragen.«³²⁹ Weitere zwei Millionen DM flossen der MPG aus einem »Überhang« beim Bundesinnenministerium zu, was bei Gesamteinnahmen von 43 Millionen DM durchaus ins Gewicht fiel.³³⁰ So stand der MPG nun, nachdem sich auch der Bund an ihrer Finanzierung beteiligte, wesentlich mehr Geld zur Verfügung. 1957 stellte die MPG ein Finanzierungsprogramm für die kommenden beiden Jahre auf, das zusätzliche Bundesmittel von über 13,6 Millionen DM veranschlagte.³³¹ Das Geld war in erster Linie für Baumaßnahmen bei bereits bestehenden Max-Planck-Instituten vorgesehen. Mit anderen Worten: Erst auf der Grundlage der im Zeichen des »Wirtschaftswunders« reichlich sprudelnden Sondermittel des Bundes gelang es der MPG, das Gros der aus der KWG übernommenen und im Zuge der Kriegseinwirkungen aus Berlin herausverlagerten Institute mit zeitgemäßen Gebäuden und moderner Forschungsinfrastruktur auszustatten.³³² Damit kam die Zeit

326 Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 120.

327 Niederschrift der 23. Sitzung des Verwaltungsrats vom 23. 2. 1956 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 23.VP, fol. 7.

328 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 102.

329 Niederschrift der 27. Sitzung des Verwaltungsrats vom 22. 1. 1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 27.VP, fol. 2.

330 Niederschrift über die 28. Sitzung des Verwaltungsrats vom 20. 2. 1957 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 28.VP, fol. 4.

331 Niederschrift über die 30. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 9. 1957 in Oberhausen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 30.VP, fol. 8.

332 Einen detaillierten Überblick, in welchem Ausmaß einzelne Institute von den Bundeszuschüssen profitierten und wofür diese Mittel eingesetzt wurden, gibt eine Übersicht über die im außerordentlichen Haushalt und im Bundeshaushalt vorgesehenen Finanzierungsmaßnahmen vom 19. 6. 1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 29.VP, fol. 8.

der notdürftigen Provisorien, mit denen die meisten Max-Planck-Institute über ein Jahrzehnt lang hatten wirtschaften müssen, an ihr Ende.

Kein Wunder, dass sich die MPG allen Versuchen energisch widersetzte, den für sie so günstigen Finanzierungsmodus zu verändern. Das galt – neben den bereits erwähnten Avancen des Bundes, die Finanzierung der MPG allein zu stemmen – zunächst für einen Vorstoß der Länder, die Alimentierung der Forschung wieder ganz in die eigenen Hände zu bekommen. Am 15. Februar 1962 beschlossen die Finanzminister der Länder, »zur Entlastung des Bundeshaushalts [...] die Forschungsansätze im Haushalt des Bundesinnenministeriums« zu streichen, »weil die Länder es für ihre verfassungsmässige Aufgabe halten, die Forschung als Teil der Kulturpflege allein zu fördern«.³³³ Das rief die Präsidenten von DFG, MPG und WRK auf den Plan, die ihrerseits koordinierte Aktivitäten entwickelten, um das Vorhaben der Länderfinanzminister zu vereiteln. Um ihren Bedenken Gehör zu verschaffen, wandten sie sich an den Bundeskanzler, den Bundesinnenminister, den Präsidenten des Bundesrats und den Vorsitzenden der Ministerpräsidenten-Konferenz. Butenandt schrieb Adenauer von seiner »schweren Sorge«, dass die Neuregelung der Forschungsfinanzierung »gegenüber dem erreichten Zustand einen Rückschritt« bedeute und zudem die »Gefahr« mit sich bringe, »daß sich statt des bisherigen Zusammenarbeitens ein Dualismus zwischen Bund und Ländern entwickelt, der gefährlich werden kann«.³³⁴ Der Kanzler konnte den MPG-Präsidenten jedoch beruhigen: »Die Bundesregierung«, schrieb Adenauer in seiner Antwort, »wird auf das Angebot, den Ländern die Finanzierung der kulturellen Aufgaben zu übertragen, um dadurch die Bundesfinanzen zu entlasten, nicht eingehen.«³³⁵ Damit war der Länderinitiative der Wind aus den Segeln genommen. Der niedersächsische Kulturminister Richard Voigt, der seinerzeit zugleich als Präsident der Kultusministerkonferenz fungierte, erläuterte den Beschluss der Länderfinanzminister, »daß die augenblickliche finanzielle Verlegenheit des Bundes bei den Überlegungen eine Rolle gespielt habe«. Zugleich versuchte er, die Wogen zu glätten. »Unabhängig davon, wer das Geld gibt«, betonte Voigt, »müsse die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern unbedingt aufrecht erhalten und vielleicht noch intensiviert werden.«³³⁶ Damit blieb einstweilen alles beim Alten.

1966 schreckten Vorschläge der Troeger-Kommission, die eine umfassende Finanzreform vorbereiten sollte, die MPG auf. »Ausgelöst durch den Streit um die Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern wurde die Frage der künftigen Forschungsfinanzierung

333 Niederschrift über die 41. Sitzung des Senats vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 17.

334 Butenandt verlas seinen Brief an Adenauer vom 21. 2. 1962 wie auch die Antwort des Kanzlers wörtlich vor dem Senat der MPG. Niederschrift der 41. Sitzung des Senats vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 17–19.

335 Zitiert nach der Niederschrift der 41. Sitzung des Senats vom 9. 3. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 19. Hervorhebung im Original.

336 Niederschrift der 41. Sitzung des Senats vom 9. 3. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 27.

zu einem zentralen Bestandteil des bundesdeutschen Föderalismus in den sechziger Jahren.«³³⁷ Hier setzte der Kommissionsbericht an und kam »zu dem Ergebnis, daß die Vorstellung einer Ländergemeinschaft als Träger von Aufgaben, die der Förderung von Forschungseinrichtungen gelten, dem Verfassungsrecht fremd sind.«³³⁸ Und es kam noch schlimmer: Die von Heinrich Troeger (SPD),³³⁹ dem Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, geleitete Kommission vertrat die Auffassung, dass »die Förderung der Max-Planck-Gesellschaft eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der einzelnen Sitzländer« sei, weshalb die Finanzierung »zu 50 % durch den Bund und zu 50 % durch das jeweilige Sitzland« erfolgen müsse, wobei die »Hälfte des Sitzland-Beitrages [...] in den horizontalen Finanzausgleich einbezogen werden« sollte, »so daß als unmittelbare Interessenquote des Sitzlandes 25 % verbleiben.«³⁴⁰ Der Vorschlag löste große Besorgnis aus. »Diese Vorstellungen haben uns sehr erschreckt«, gab Butenandt vor dem Senat ganz offen zu,

denn wir halten die Vorschläge, nach denen wir mit dem Bund und jedem einzelnen Sitzland wissenschaftspolitische Gesichtspunkte zu erörtern und das Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren abzuwickeln hätten, für gefährlich. Die Homogenität unserer Gesellschaft wäre dadurch gefährdet, ganz abgesehen davon, daß die Verwaltung in untragbarer Weise kompliziert wird.³⁴¹

Die MPG hatte in der Tat allen Grund zur Besorgnis, denn die Vorschläge der Troeger-Kommission zur Änderung des Finanzierungsmodells der MPG hätten langwierige Finanzverhandlungen zwischen den einzelnen Max-Planck-Instituten und den jeweiligen Sitzländern erforderlich gemacht, was einen Abschied vom Globalhaushalt bedeutet hätte und möglicherweise sogar auf eine völlige Dezentralisierung der MPG hinausgelaufen wäre. Folgerichtig erklärte Butenandt, dass »wir uns energisch gegen diesen Plan wehren müssen«, und er hatte zu diesem Zweck von Troeger eine Einladung zu der Kommissionssitzung erwirkt, »in der dieses Problem behandelt wird«. Unterstützung fand die MPG beim *Wissenschaftsrat*, der seinerseits »nicht den Vorstellungen der Troeger-Kommission« folgte, »so daß wir berechnete Hoffnung haben, daß der vorgeschlagene Modus nicht angewandt werden wird.«³⁴² Auch der Bund sprang der MPG in Gestalt von Wolfgang Cartellieri bei. Er vertrat die »Meinung, daß es der Max-Planck-Gesell-

337 Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler: Entwicklungslinien der Großforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 13–20, Zitat: 16.

338 Niederschrift über die 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 299.

339 Zur Person siehe: Troeger, Heinrich. *Hessische Biografie*, 2020. <https://www.lagis-hessen.de/pnd/118805347>. Zuletzt aufgerufen am 4. 7. 2020. — Die von Bundeskanzler Ludwig Erhard eingesetzte Kommission legte 1966 ein umfangreiches Gutachten vor, das zahlreiche Vorschläge zur Neuordnung des Finanzausgleichs, zur Einführung der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern sowie zu einer Reform der Gemeindefinanzen enthielt. Kommission für die Finanzreform: *Gutachten über die Finanzreform der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Kohlhammer 1966.

340 Niederschrift über die 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 300.

341 Niederschrift über die 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 300.

342 Niederschrift über die 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 300.

schaft nach diesem Plan der Troeger-Kommission nicht möglich ist, Schwerpunkte zu gründen.«³⁴³ Der Staatssekretär aus dem Bonner Wissenschaftsministerium sah daher »die Finanzierung durch Bund/Länder für die Selbstverwaltungsorganisationen als richtigen Weg«. ³⁴⁴ Wohl nicht zuletzt dank dieser Rückendeckung gelang es Butenandt in einem persönlichen Gespräch, Troeger davon zu überzeugen, »daß das bisherige Vorgehen besonders geeignet sei«. Troeger sagte zu, das Gutachten so zu formulieren, »daß der Weg der Finanzierung über das Bund/Länder-Abkommen nicht verhindert wird«. ³⁴⁵ Die Gefahr, die in einer Änderung des Finanzierungsmodells lag, war damit abgewendet worden.

Die gemeinsame Finanzierung durch Bund und Länder bescherte der MPG nicht nur ein erstaunliches Maß an Unabhängigkeit von ihren Geldgebern, sondern auch ungeahnte – und später niemals wieder erreichte – jährliche Zuwachsraten im Haushalt von teilweise über 20 Prozent. Die stetig steigenden Zuschüsse der öffentlichen Hand marginalisierten die übrigen Einnahmequellen, vor allem die Spenden aus der Wirtschaft. Anders als die KWG hing die MPG seit ihrer Gründung am Tropf staatlicher Zuwendungen. Nach dem Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG wurde die Gesellschaft finanziell fast vollständig vom Fiskus abhängig; die »Staatsquote« des MPG-Haushalts lag meist über drei Vierteln des Gesamthaushalts, bisweilen sogar über 90 Prozent. In der MPG wurde dies als »Strukturwandel« interpretiert und durchaus kritisch gesehen. ³⁴⁶ Die hilflosen Versuche des Gegensteuerns zeitigten jedoch, wie hier gezeigt, keinen Erfolg. Mit der Zeit stellte sich heraus, dass die ursprünglichen Bedenken gegen eine staatliche Finanzierung unbegründet waren. ³⁴⁷ Trotz dieser fast völligen finanziellen Abhängigkeit von der öffentlichen Hand nahmen die forschungspolitischen Handlungsspielräume der MPG zunächst sogar noch zu, weil sie nunmehr Bund und Länder gegeneinander ausspielen konnte – und diese Möglichkeit durchaus zu nutzen verstand. ³⁴⁸ Die Kehrseite bestand zum einen in einem Phänomen, das als »Geleitzugsprinzip« bezeichnet wird: Im Rahmen der paritätischen Globalförderung bestimmte letztlich der finanzschwächste Geldgeber – das langsamste Schiff des Geleitzuges, um im Bild zu bleiben – die Höhe der Gesamtzuschüsse, denn auch er musste auf einen bestimmten prozentualen Anteil, den ein Verteilungsschlüssel vorab festlegte, kommen. Wäre es allein nach dem Bund gegangen, hätte die MPG in den 1950er und 1960er Jahren noch deutlich höhere staatliche Zuschüsse erhalten. Das verhinderten die finanzschwächsten Länder, die so eine indirekte Grenze des Wachstums der MPG

343 Niederschrift über die 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 307–308.

344 Niederschrift über die 52. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 354.

345 Niederschrift über die 52. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 351–352. — Troeger hielt Wort. Das Gutachten der Troeger-Kommission sah schließlich vor, »die Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft als eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern anzusehen.« Niederschrift über die 54. Sitzung des Senats vom 22. 6. 1966 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 54.SP, fol. 220.

346 So etwa der – wie stets besonders kritische – Senator Georg Schreiber. Niederschrift über die 33. Sitzung des Senats vom 3. 6. 1959 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 186.

347 Zu diesen Bedenken siehe Balcar, *Ursprünge*, 2019, 95–103.

348 Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.2.1. und 3.2.2.

etablierten.³⁴⁹ Zum anderen musste die MPG so den stetig komplexer und komplizierter werden- den Vorschriften für den Umgang mit staatlichen Finanzmitteln gerecht werden, was einen beachtlichen Ausbau der Verwaltungskapazitäten erforderlich machte.³⁵⁰ Darüber hinaus führte die Zunahme der regulativen Komplexität in den späten 1960er Jahren dazu, dass die Handlungsspielräume der MPG im Umgang mit den öffentlichen Mitteln spürbar abnahmen.

2.2.3 Finanzierung und Finanzgebaren der MPG im Wandel

Die Änderung in der Finanzierung, die mit der Wiedergründung der KWG als MPG einsetzte und mit dem Einstieg des Bundes in die Grundfinanzierung zementiert wurde, bewirkte jedoch zunächst keine Änderung im Finanzgebaren der MPG, die sehr erfolgreich nach größtmöglicher Flexibilität im Umgang mit den bewilligten Finanzmitteln strebte. Auch in dieser Hinsicht wandelte man auf den Pfaden der KWG: Deren Haushalt hatte als Geheimsache der Generalverwaltung gegolten und zum Kernbestand des Herrschaftswissens von Ernst Telschow gezählt. Transparenz in Finanzangelegenheiten gab es nicht, weder gegenüber den staatlichen Geldgebern, noch gegenüber den Instituten – und schon gar nicht gegenüber der Öffentlichkeit. Sogar der bisweilen auf Aufklärung drängende Reichsrechnungshof wurde listenreich ausgetrickst, so dass der Staat – selbst in der NS-Zeit – nur einen sehr bescheidenen Einblick in die Verwendung der Haushaltsmittel der KWG erhielt. Dies gelang vor allem deshalb, weil die KWG in finanziellen Dingen wie auch in Fragen der Rechnungslegung »mit sich selbst« verhandelte, wie Rüdiger Hachtmann herausgearbeitet hat.³⁵¹

Das konnte die MPG auf Grund ihrer weitgehenden und im Lauf der Zeit sogar noch steigenden Abhängigkeit von Staatsmitteln nicht mehr durchhalten. Nach der Wiedergründung unterlagen die Rechnungsabschlüsse der MPG, wie bei außeruniversitären Forschungsorganisationen üblich, einer dreifachen Kontrolle:³⁵² erstens durch private Firmen (zunächst der *Deutschen Revisions- und Treuhand AG*, später anderer Wirtschaftsprüfer), zweitens durch eine eigene Abteilung für Innere Revision, die in der Generalverwaltung auf »Empfehlung« der Länder eingerichtet worden war,³⁵³ und drittens – und das war die entscheidende Instanz – durch den niedersächsischen Landesrechnungshof, der diese Aufgabe stellvertretend für die Länderge-

349 Dazu ausführlich und mit Vergleichszahlen der Ausgaben des BMFT und der institutionellen Förderung der MPG Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 127–134.

350 Siehe den knappen Überblick über die Entwicklung der Generalverwaltung bei Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 933–941, hier 934–935.

351 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«*, 2007, 140. — Zum »Kampf der Generalverwaltung gegen eine Überprüfung der Mittelverwendung« siehe auch Witt, *Wissenschaftsfinanzierung*, 1990, 579–656, 638–656.

352 Siehe dazu Ernst-Joachim Meusel: *Außeruniversitäre Forschung im Wissenschaftsrecht*. 2. Aufl. Köln: Carl Heymanns Verlag 1999, 341–349.

353 Bericht des niedersächsischen Landesrechnungshofs über die Prüfung der im Rechnungsjahr 1948 (21. 6. 1948–31. 3. 1949) der MPG von den Ländern der britischen Zone zur Verfügung gestellten Landesmittel vom 14. 12. 1950 (gez. Dr. Härtig), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 66. — Niederschrift der 8. Sitzung des Verwaltungsrats vom 28. 5. 1952 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 8.VP, fol. 2–6.

meinschaft übernahm, da ja die MPG in Göttingen ihren Sitz genommen hatte. Diese Form der Kontrolle zeigte allerdings zunächst wenig Wirkung, da sich der niedersächsische Landesrechnungshof gegenüber der MPG lange Zeit weniger als brüllender Löwe denn als domestizierte Hauskatze gebärdete, die freundlich schnurrte, wenn sie die leitenden Herren der MPG zwischen den Ohren kraulten.

Dies sei an einem konkreten Beispiel verdeutlicht, der Prüfung des Haushalts der MPG des Rechnungsjahres 1964: Es waren Adolf Butenandt höchstpersönlich und Karl Lüersen, der Präsident des Landesrechnungshofs Niedersachsen, die mit ihren Adlaten an einem Tisch saßen und die Endfassung des Prüfberichts des Landesrechnungshofs miteinander aushandelten. Auf diese Weise gelang es der MPG mühelos, alle zunächst vom Landesrechnungshof angeführten Kritikpunkte auszuräumen, ohne an den beanstandeten Verhaltensweisen auch nur das Geringste zu verändern. Zwar verhandelte die MPG – im Unterschied zur KWG – nicht mehr mit sich selbst, aber doch mit sehr unkritischen, ja freundlich gesonnenen Partnern, die ihr fast alles durchgehen ließen. Das dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, dass sich Butenandt beim Gipfeltreffen der Präsidenten wegen seines enormen Prestiges als Spitzenforscher und Nobelpreisträger eindeutig in der stärkeren Position befand. So übte der Rechnungshof unter anderem durchaus berechtigte Kritik an einzelnen Haushaltsposten im Einnahmenbereich, die die MPG viel zu gering veranschlagt hatte, um höhere staatliche Zuschüsse zu rechtfertigen. Während die MPG für Einnahmen aus Grundvermögen und Besitz nur 900.000 DM eingesetzt hatte, beliefen sich die real erzielten Einnahmen auf fast 4,6 Millionen DM. Lüersen kritisierte die Abweichung zwischen Soll und Ist um rund 70 Prozent: »Derart hohe Abweichungen sind bei diesen Titeln ungewöhnlich. Um eine nicht gerechtfertigte Erhöhung der Zuschüsse der öffentlichen Hand zu vermeiden, sollte die Veranschlagung in Zukunft wirklichkeitsnäher vorgenommen werden.«³⁵⁴ Nachdem man sich jedoch persönlich ausgesprochen hatte, kam auch Lüersen zu dem für die MPG erfreulichen Schluss, es sei sehr zweifelhaft, »ob eine wirklichkeitsnahe Veranlagung möglich sei.«³⁵⁵ Der Rechnungshof verzichtete schließlich auf eine kritischere Bemerkung in der Endfassung des Prüfberichts. So erging es auch anderen Kritikpunkten: Bei der Zunahme des Personals hatte der Rechnungshof ursprünglich moniert, dass von den insgesamt 4.334 Beschäftigten knapp zehn Prozent, genau 404 Personen, auf die Generalverwaltung entfielen. In der Besprechung entkräftete Lüersen diesen Vorwurf jedoch selbst, indem er betonte, »daß es sich nicht um eine Kritik des Rechnungshofes handele; der Rechnungshof bäte nur darum, die Ursachen festzustellen und die Entwicklung zu beobachten«. Damit erklärte sich die Generalverwaltung der MPG denn auch gerne einverstanden.³⁵⁶

354 Bericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes (gez. Dr. Lüersen) über die Prüfung der Verwendung der Zuschüsse, die die MPG im Rechnungsjahr 1964 von den Ländern auf Grund des Königsteiner Abkommens und vom Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung zur Verfügung gestellt worden sind, vom 15. 6. 1966, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 197, fol. 52.

355 Vermerk vom 8. 6. 1966 betr. Besprechung mit dem niedersächsischen Rechnungshof am 1. 6. 1966 über das Ergebnis der Prüfung des Generalrechnungsabschlusses 1964 (gez. Kätsch), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 197, fol. 134.

356 Vermerk vom 8. 6. 1966 betr. Besprechung mit dem niedersächsischen Rechnungshof am 1. 6. 1966 über das Ergebnis der Prüfung des Generalrechnungsabschlusses 1964 (gez. Kätsch), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 197, fol. 132.

Diese laxen, ja geradezu liebedienerische Haltung des niedersächsischen Landesrechnungshofs zeitigte Folgen für das Finanzgebaren der MPG, das man bis in die späten 1960er Jahre hinein als haushaltstechnischen Verschiebebahnhof bezeichnen könnte. Zwar war das Rechnungswesen der MPG bereits im Rechnungsjahr 1955/56 an den »Eingliederungsplan für die Bundesbehörden« angeglichen worden, und die Gesamtrechnung wurde zu diesem Zeitpunkt erstmals nach dem neuen Kontenplan erstellt. »Hierdurch«, so verkündete die MPG an die Adresse der Geldgeber, »ist ein noch klarerer Verwendungsnachweis der erhaltenen Forschungsmittel gewährleistet.«³⁵⁷ Die Praxis sah indes anders aus: Die MPG bildete hohe Rücklagen und Reserven, die der Gesellschaft dann später zur freien Verfügung standen. Weidlich nutzten Schatzmeister und Generalverwaltung die Möglichkeiten, Mittel der öffentlichen Hand synchron, also durch Umschichtung von einem Topf auf den anderen – beispielsweise von Personal- zu Sachmitteln – wie auch diachron, also von einem Haushaltsjahr auf das nächste, übertragen zu können. Auf diese Weise entstanden beachtliche »stille Reserven« in den Bilanzen. Diese Praxis stieß selbst innerhalb der MPG nicht auf ungeteilte Zustimmung. So monierte etwa Prälat Georg Schreiber bereits 1956, dass durch überhöhte Rückstellungen in der Bilanz Mittel »abgezweigt« würden, die dann »für andere Zwecke der Forschung« fehlten.³⁵⁸ Hinzu kam, dass die Rechenschaftsberichte der MPG Vermögenswerte durch systematische Unterbewertung, also durch einen buchhalterischen Trick, verschleierten. Das geschah vor allem dadurch, dass die Wertpapiere aus dem Portfolio der MPG stets zum Buchwert, nicht zum weit höher liegenden Kurswert in den Bilanzen erschienen.³⁵⁹

Eine wesentliche Änderung trat erst ab 1968/69 ein, und zwar nicht etwa infolge der studentischen Protestbewegung, sondern durch die Bundeshaushaltsordnung, die neue Standards in Buchhaltung und Rechnungswesen einführte.³⁶⁰ Die damit einhergehende »Einführung der Bewirtschaftungsgrundsätze und neuen Haushaltssystematik« brachte eine Reihe von Umstellungen mit sich, die den personell dünn besetzten Verwaltungen der Max-Planck-Institute große Schwierigkeiten bereiteten.³⁶¹ Mehr noch, stellten die Neuregelungen die MPG insgesamt vor große Probleme. Der anhaltende Trend zur Bürokratisierung machte es der MPG zuneh-

357 Generalrechnungsabschluß der MPG zum 31. 3. 1956 (gez. Urlacher, gez. Werner), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 128, fol. 28.

358 Niederschrift der 24. Sitzung des Senats vom 12. 6. 1956 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 24.SP, fol. 162.

359 So wies der Pensionsfonds im Rechnungsjahr 1955, um nur ein Beispiel zu nennen, die Aktienbestände laut Buchwert mit 808 611,55 DM aus, ihr Kurswert betrug seinerzeit hingegen 1 483 210,63 DM. Bericht über die Prüfung der Vermögensübersicht zum 31. 3. 1956 und der Einnahmen- und Ausgabenrechnung zum 31. 3. 1956 des Rechnungsabschlusses 1955 des Pensionsfonds (Öffentliche Mittel) der MPG von Dr. Richard Hoffschmidt, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 125, fol. 3.

360 Bundeshaushaltsordnung vom 19. 8. 1969, in: Bundesgesetzblatt I, S. 1284. — Mündliche Auskunft von Michael Truchseß vom 30. 8. 2017. Truchseß war von 1992 bis 1997 Leiter der Abteilung Innere Verwaltung der Generalverwaltung der MPG, von 1997 bis 2003 leitete er die Abteilung Interne Revision und von 2003 bis 2009 stand er der Finanzabteilung vor. — Siehe dazu auch Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 268–269. Carson datiert den Kurswechsel des niedersächsischen Landesrechnungshofs und die daraus resultierenden Schwierigkeiten für die MPG bereits auf das Jahr 1960 – ohne jedoch dabei in Rechnung zu stellen, welchen großen Einfluss die MPG-Spitze bis 1967/68 auf die Formulierung der Rechnungshofberichte hatte und welche Folgen dies zeitigte.

361 Niedersächsischer Landesrechnungshof (gez. Dr. Lüersen): Mitteilungen über die Prüfung der Zuwendungen des Bundes und der Länder für das Rechnungsjahr 1968 bei der MPG vom 4. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 218, fol. 11.

ment schwer, Finanzmittel von einem Topf in den anderen zu verschieben und somit nach eigenem Gutdünken verwenden zu können. Das schränkte, unabhängig von der Entwicklung ihres Haushalts, den finanziellen Handlungsspielraum der MPG ein. Hinzu kam, dass nunmehr auch der Landesrechnungshof Niedersachsen nicht mehr so zuvorkommend war wie noch Mitte der 1960er Jahre, sondern – bisweilen mit exzessiver Penibilität – auf eine strikte Einhaltung der haushaltstechnischen und buchhalterischen Vorschriften pochte. So monierte der niedersächsische Landesrechnungshof 1970 bei der Überprüfung des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 1968 beispielsweise, dass die MPG bei der Deckungsfähigkeit von Sach- und Personalmitteln fälschlicherweise die Begriffe »Sachmittel« und »Sachtitel« gleichsetze und Mehreinnahmen »zur Verstärkung der Sachmittel« verwende, was aber nur zulässig sei, wenn zwischen Einnahme- und Ausgabetitel »ein enger Sachzusammenhang« bestehe.³⁶² Im Oktober 1971 berichtete Generalsekretär Schneider der Biologisch-Medizinischen Sektion nicht nur von unmittelbar bevorstehenden einschneidenden Kürzungen, sondern auch von der Forderung gleich mehrerer Rechnungshöfe, die MPG möge sich künftig »in einer mehr staatskonformen Haltung [...] bewegen«.³⁶³

1968 hatte Schatzmeister Klaus Dohrn noch versucht, den Konflikt mit Humor zu entschärfen, indem er in seinem Bericht vor der Hauptversammlung ausführte,

dass unser Bemühen, beim Niedersächsischen Rechnungshof, der 1968 erstmals auch unsere Wirtschaftsführung geprüft hat, Verständnis für die spezifischen, von allen sonst anwendbaren Schablonen abweichenden Voraussetzungen einer dem Wesen der Forschung entsprechenden Führung von Finanzen und Verwaltung zu finden, wenigstens im ersten Anlauf nicht durchweg erfolgreich war. Vieles, was wir durch offene, gründliche und geduldige Information schon für geklärt hielten, tauchte in der endgültigen Formulierung des Prüfungsberichts von Neuem auf, als ob über gewisse Fragen nicht längst erschöpfend gesprochen worden sei. Da wir wissen, dass es die Gattung der Wiederkäuer nur in der Zoologie, nicht aber in der Bürokratie gibt, bin ich zuversichtlich, dass uns der Rechnungshof im nächsten Jahr bei einigen für uns wichtigen Fragen schneller und besser verstehen wird.³⁶⁴

Dabei hatte der Rechnungshof nichts Anderes getan, als seine Beanstandungen aufrecht zu erhalten, nachdem die MPG keine überzeugenden Erklärungen für Verstöße gegen die Vorschriften der öffentlichen Mittelbewirtschaftung vorbringen konnte. Und was die Prognose für das folgende Jahr betrifft, so sollte Dohrn sich irren. Die früheren Spielräume im Finanzgebaren kehrten nicht wieder, allenfalls unter negativen Vorzeichen, etwa bei Haushaltskürzungen,

362 Niedersächsischer Landesrechnungshof (gez. Dr. Lüersen): Mitteilungen über die Prüfung der Zuwendungen des Bundes und der Länder für das Rechnungsjahr 1968 bei der MPG vom 4. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 218, fol. 13–14.

363 Protokoll der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion der MPG vom 22. 1. 1972, AMPG, II. Abt., II. Abt., Rep. 62, Nr. 1601, fol. 26.

364 Bericht des Schatzmeisters, Dr. Klaus Dohrn, über die Jahresrechnung 1968 der MPG vor der Mitgliederversammlung in Saarbrücken am 11. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 221, fol. 8.

die die MPG im Zeichen der »Wachstumsdelle« von 1966/67 vorübergehend, in der Stagflation der 1970er Jahre dauerhaft verkraften musste – hierbei ließ die Politik der MPG weitgehend freie Hand.³⁶⁵ Dies sorgte dafür, dass seitens der MPG der Ärger über das Verhalten der Rechnungshöfe weiter answoll. »Das Vorgehen der Rechnungshöfe zeige die Tendenz, die bisher noch bestehenden Möglichkeiten der Max-Planck-Gesellschaft, auf finanzielle Anforderungen flexibel reagieren zu können, einzuengen«, warnte Generalsekretär Friedrich Schneider im Juni 1971. »Wenn sich diese Tendenz nicht ändere, werde eine grundsätzliche Auseinandersetzung nicht zu vermeiden sein.«³⁶⁶ Wenn die MPG nicht mehr Spielraum im Umgang mit den staatlichen Finanzmitteln erhalte, müsse man sich über »andere Organisationsformen« Gedanken machen, »da es dann keinen Sinn mehr habe, die Max-Planck-Gesellschaft als Verein aufrecht zu erhalten«. Diese ohnehin leere Drohung verfiel jedoch nicht. Die Vertreter von Bund und Ländern im Senat strichen die »Unabhängigkeit der Rechnungshöfe« heraus und machten klar, dass es »kaum möglich sein [werde], für bestimmte Einrichtungen Ausnahmeregelungen zu erreichen.«³⁶⁷ Angesichts ihrer finanziellen Abhängigkeit von der öffentlichen Hand musste sich die MPG damit abfinden, nach den Regeln zu spielen, die Bund und Länder vorgaben.

Die durch neue Regularien und die veränderte Haltung der Rechnungshöfe bewirkte Einschränkung in den Verwendungsmöglichkeiten von Mitteln der öffentlichen Hand hatte zur Folge, dass seit den späten 1960er Jahren den eigenen Einnahmen der MPG und insbesondere den Spenden der Industrie wieder größere Bedeutung zukam. Dies betraf weniger ihre absolute Höhe – ihr Anteil am Gesamthaushalt fiel relativ gering aus – denn vielmehr ihre Funktion als flexibel einsetzbare finanzielle Manövriermasse, mit der sich die MPG in Zeiten wachsender Unsicherheiten in den öffentlichen Haushalten zumindest einen gewissen autonomen Handlungsspielraum und etwas mehr Planbarkeit im Haushaltsvollzug sicherte. Spendengelder aus der Industrie oder von Stiftungen unterlagen keinen Haushaltssperren oder nachträglichen Kürzungen und waren zudem weitgehend frei von jeder Zweckbindung, die MPG oder ihre Institute konnten sie daher nach eigenem Gutdünken einsetzen. Zudem unterlagen diese Mittel nicht der oftmals zähen und stets langwierigen Bewilligungsprozedur staatlicher Gelder, die an die Haushaltsberatungen der Parlamente gebunden waren. In den Gewässern der Forschungsförderung glichen die Staatszuschüsse unbeweglichen Supertankern, Spenden und Drittmittel dagegen wendigen Schnellbooten. So konnte die MPG auf dieses Finanzierungsinstrument auch in den langen 1960er Jahren nicht verzichten. Beispielsweise unterstützte die *Fritz-Thyssen-Stiftung* 1961 die Berufung von Dietrich Gerhard zum Leiter der Neuzeit-Abteilung

365 Beispielsweise Niederschrift über die 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 142–143. — Senat und Verwaltungsrat der MPG versäumten es bei diesen Gelegenheiten nicht, Kürzungen in ihrem Haushalt als »große Gefahren für den Leistungsstand der deutschen Forschung« zu brandmarken. Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 169.

366 Niederschrift über die 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 69.SP, fol. 26. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

367 Niederschrift über die 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 69.SP, fol. 26.

des *MPI für Geschichte* mit insgesamt 300.000 DM.³⁶⁸ Verglichen mit dem Gesamthaushalt der MPG war das keine große Summe, aber ein beachtlicher Geldsegen für ein kleines geisteswissenschaftliches Institut. Mit dieser Starthilfe konnte Gerhard seine Forschungen zur Verfassungs- und Sozialgeschichte Europas im 17. und 18. Jahrhundert in Angriff nehmen. Die Berufung des national und international bestens vernetzten Remigranten,³⁶⁹ die nicht zuletzt durch diese Anschubfinanzierung möglich wurde, brachten für das Institut »eine gewisse Wende und zumindest einen Schub für die Neuzeit-Abteilung«, da diese »nun eine bessere Ausstattung bekam«. ³⁷⁰ Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum es Schatzmeister Dohrn 1968 als Problem bezeichnete, »dass die für uns besonders wichtigen zweckfreien Zuwendungen leider kaum gestiegen sind«. In diesem Zusammenhang mahnte Dohrn eine Änderung der Spendenkultur in der westdeutschen Wirtschaft an, die sich offensichtlich am angloamerikanischen Vorbild orientierte.³⁷¹ Allerdings hatten solche Appelle auch diesmal wenig Auswirkung auf die Finanzierungspraxis der MPG, die damit gegen Ende der 1960er Jahre sukzessive an autonomen Handlungsspielräumen in Finanzdingen verlor.

Wesentlich mehr Transparenz im Umgang mit dem Geld der öffentlichen Hand entstand durch die Bürokratisierung der Mittelbewirtschaftung freilich nicht, denn angesichts der extremen Komplexität der Haushaltsführung und Rechnungslegung behielten allenfalls einige wenige Experten den Durchblick. Und glaubt man dem einen oder anderen Rechnungshofbericht, war es selbst damit nicht allzu weit her, denn die MPG war mit größter Entschlossenheit bemüht, ihren Handlungsspielraum um jeden Preis zu verteidigen. Generalsekretär Schneider sprach dies vor der Biologisch-Medizinischen Sektion im Oktober 1971 in aller Deutlichkeit aus, als er auf Forderungen nach einer genaueren Berücksichtigung der Tarifbestimmungen seitens der Behörden einging: »Die Generalverwaltung werde natürlich alles versuchen, um das abzuwenden. Die Freiheiten werden verteidigt werden müssen.«³⁷² Folgenlos blieben die zunehmenden staatlichen Regulierungen im Bereich der Bewirtschaftung und der Besoldung indes nicht. Um den steigenden Anforderungen der Geldgeber gerecht zu werden, sah sich die MPG genötigt, sowohl die Generalverwaltung als auch die Verwaltungen der einzelnen Max-Planck-Institute massiv auszubauen. Das Drängen der Geldgeber nach mehr Transparenz bewirkte auf diese Weise einen Bürokratisierungsschub, und die Zentralisierung bestimmter Verwaltungsaufgaben wie beispielsweise der Gehaltsabrechnungen stärkte die Rolle der Generalverwaltung.³⁷³ Um aber die Frage zu beantworten, wofür die MPG die in der zweiten Phase so reichlich spru-

368 Siehe dazu Schöttler, *Die Ära Heimpel*, 2017, 40–41. — Hockerts, *Ein Erbe für die Wissenschaft*, 2018, 177–178.

369 Zu Gerhards Biographie siehe Rudolf Vierhaus: Dietrich Gerhard. 7. II. 1896–31. 7. 1985. *Historische Zeitschrift* 242 (1986), 758–762.

370 So das gut begründete Urteil von Schöttler, *Die Ära Heimpel*, 2017, 43.

371 Bericht des Schatzmeisters, Dr. Klaus Dohrn, über die Jahresrechnung 1968 der MPG vor der Mitgliederversammlung in Saarbrücken am 11. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 221, fol. 4–6, Zitat fol. 4.

372 Protokoll der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion vom 22. I. 1972, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1601, fol. 48.

373 Niederschrift über die 85. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 118–120.

delnden Finanzmittel eigentlich ausgab, müssen wir den Blick nach Osten richten: auf das kasachische Baikonur.

2.3 Vom Sputnik-Schock zum *Space Race*: Der Einstieg der MPG in neue Forschungsfelder

2.3.1 Sputnik als Herausforderung

Von dieser Kleinstadt im südlichen Kasachstan startete am 4. Oktober 1957 eine sowjetische Interkontinentalrakete, die den ersten Satelliten – den legendären Sputnik – in die Erdumlaufbahn beförderte. Sein Funksender strahlte während der nächsten 21 Tage ein Kurzwellensignal aus, das auf der ganzen Welt empfangen werden konnte – und das alle Welt in helle Aufregung versetzte. Sputnik »piepste das Zeitalter der Raumfahrt ein«, mit dem kleinen stählernen Erdtrabanten hatte das *Space Age* begonnen.³⁷⁴ Im Westen löste Sputnik Bedrohungsängste, ja eine regelrechte Hysterie aus, und zwar bis in die geographisch ferne USA, wo sich die Bevölkerung mit einem Mal durch sowjetische Interkontinentalraketen verwundbar fühlte. Räumliche Distanz allein bot von nun an keine Sicherheit mehr vor gegnerischen Angriffen mit Lenkwaffen. Als Reaktion auf den vielzitierten Sputnik-Schock kam es zur Gründung der NASA, zudem gaben die westlichen Industrienationen nun wesentlich mehr Geld für Bildung und Forschung aus. In diesem Kontext sind auch die westdeutsche Bildungsreformdebatte und die Gründung des Berliner Instituts für Bildungsforschung, von denen bereits die Rede war, einzuordnen.

Der Grund für diese panischen Reaktionen lag auf der Hand: Die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West ließ das Aufholen des Rückstandes gegenüber der UdSSR im *Space Race* als Überlebensfrage erscheinen, und zwar nicht nur in militärischer, sondern auch in ökonomischer Perspektive. Aus diesem Grund steigerten die westlichen Industriestaaten ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung ab diesem Zeitpunkt signifikant, wovon insbesondere die Weltraumforschung profitierte. Sputnik gab gewissermaßen die Richtung vor, in die die umfangreichen Investitionen der öffentlichen Hand in die Forschung flossen. In der Bundesrepublik verstärkte der Sputnik-Schock die sogenannte Rückstandsdebatte, die seit 1955/56 vor allem unter Verweis auf den Systemvergleich der Haushaltsstatistiken öffentlich geführt wurde.³⁷⁵ Ihr Tenor lautete, dass die westdeutsche Forschung nicht nur hinter die der westlichen Industrieländer, sondern vor allem gegenüber der Sowjetunion zurückgefallen sei. Sicherheitspolitische Motive – der bayerische Kultusminister August Rucker sprach am 22. März 1957 im Bayerischen Landtag sogar von einem »kalten Krieg der Hörsäle«³⁷⁶ – machten ein Aufholen auf die-

374 Notstand. Verblaßter Glanz. *Der Spiegel* 9 (1966), 28–44, Zitat: 42. — Siehe dazu und zum Folgenden Asif A. Siddiqi: *Sputnik and the Soviet Space Challenge*. Gainesville: University Press of Florida 2003. — Brigitte Röthlein: *Mare Tranquillitatis, 20. Juli 1969. Die wissenschaftlich-technische Revolution*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1997, 57–59. — Mit Bezug zur MPG auch Erhard Keppler: *Der Weg zum Max Planck Institut für Aeronomie. Von Regener bis Axford – eine persönliche Rückschau*. Katlenburg-Lindau: Copernicus 2003, 10–11.

375 Siehe dazu und im Folgenden Orth, *Autonomie und Planung*, 2011, 96–100.

376 Zitiert nach Thomas Stamm: *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965*. Köln: Wissenschaft und Politik 1981, 198.

sem Gebiet zum Imperativ der Wissenschaftspolitik. Große Hoffnungen, dass dies schnell gelingen könnte, hegten die westdeutschen Wissenschaftler jedoch nicht. In seiner Rede vor der 1959 in Saarbrücken tagenden Hauptversammlung der MPG zitierte Präsident Otto Hahn aus einem Bericht des *Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft* über eine Reise deutscher Forscher in die Sowjetunion: »Die Aussichten der Sowjetunion im technischen Wettlauf der Nationen sind hervorragend. Ihn zu gewinnen, setzt sie Mittel in einem bei uns unbekanntem Ausmaß ein.«³⁷⁷ War es in den 1950er Jahren zunächst die Angst, im Wettstreit der Systeme gegen die Sowjetunion den Kürzeren zu ziehen, trat in den 1960er Jahren vermehrt die Befürchtung in den Vordergrund, gegenüber den USA ökonomisch ins Hintertreffen zu geraten.³⁷⁸

Die westdeutsche Politik reagierte auf den sowjetischen Vorstoß in den Weltraum mit Appellen an die Wissenschaft im eigenen Land, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Rückstand möglichst schnell wieder aufzuholen – schließlich war Deutschland bei Kriegsende noch weltweit führend in der Raketentechnologie gewesen.³⁷⁹ So nutzte beispielsweise Bundespräsident Heinrich Lübke die Bühne, die ihm die Hauptversammlung der MPG 1961 in Berlin bot, für ein vehementes Plädoyer in diesem Sinne – nicht ohne darauf hinzuweisen, »daß nach dem Weltkrieg die Vereinigten Staaten ebenso wie die Sowjetunion die gesamten Vorarbeiten mit allen technischen Einzelheiten und Berechnungen übernehmen konnten, die deutsche Wissenschaftler für die Entwicklung und den Bau einer Großrakete geleistet hatten.«³⁸⁰ Weiter führte der Bundespräsident aus:

Die weltpolitischen Ereignisse der Gegenwart und die Kräfte, von denen sie bestimmt werden, legen ein beredtes Zeugnis für die Unmittelbarkeit und für das Ausmaß der gegenseitigen Beeinflussung von Wissenschaft und Politik ab. Wir erleben, wie die Eroberung des Welt- raums, der ›Griff nach den Sternen‹, immer mehr politischen Charakter und wirtschaftliche Bedeutung erhält. Auf der einen Seite werden alle Erfolge in diesem Kampf als eine Manifestation der technischen, aber auch der moralisch-politischen Überlegenheit des kommunistischen Herrschaftssystems über den Westen propagiert und vielfach auch angesehen. Der Raumflug dient dort nicht lediglich der wissenschaftlichen Forschung. Er wird als Demonstration militärischer Stärke und als Beweis technischer Vervollkommnung benutzt. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Entwicklungswille und Fortschrittsglaube in jenen jungen Nati-

377 Rede des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., Herrn Professor Dr. Otto Hahn, zur Hauptversammlung in Saarbrücken am 4. 6. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 40.VP, fol. 57.

378 Zu den Diskursen um die »amerikanische Herausforderung« und die »technologische Lücke« zu den USA siehe auch Jaromír Balcar: *Instrumentenbau – Patentvermarktung – Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumente GmbH*. Berlin: GMPG-Preprint 2018, 18–20.

379 Zur deutschen Raketentechnik bis 1945 siehe Ralf Pulla: *Raketentechnik in Deutschland. Ein Netzwerk aus Militär, Technik und Hochschulen 1930 bis 1945*. Frankfurt am Main: Peter Lang 2006. — Siehe auch Wayne Biddle: *Dark Side of the Moon. Wernher von Braun, the Third Reich, and the Space Race*. New York, NY: W. W. Norton 2009. — Michael J. Neufeld: *Wernher von Braun: Visionär des Weltraums – Ingenieur des Krieges*. München: Siedler Verlag 2009.

380 Ansprache des Bundespräsidenten Heinrich Lübke auf der Hauptversammlung vom 8. 6. 1961 in Berlin, in: Max-Planck-Gesellschaft, *Ansprache Lübke 1961*, 1961, 243–249, 245.

onen, die sich heute zu selbständigen politischen Gemeinschaften formieren, sich auch für die Ordnung ihres staatlichen Lebens dort Vorbilder suchen werden, wo die Wissenschaft solche sinnfälligen Ergebnisse vorweist.³⁸¹

Für Lübke stellte der Rückstand des Westens und der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion indes nicht nur aus Gründen der Systemkonkurrenz im weltweiten Maßstab ein Problem dar. Noch schwerer wog für ihn, dass Deutschland wissenschaftlich und damit auch wirtschaftlich den Anschluss an die beiden Supermächte zu verlieren drohte:

Am Ende des letzten Weltkrieges hatte Deutschland einen allseits anerkannten Vorsprung auf diesem Gebiet von ungefähr acht bis zehn Jahren. Nach dem Kriege sind wir, durch die Zeitumstände bedingt, um Jahrzehnte zurückgefallen. Und auch heute können wir uns nur in sehr beschränktem Maße beteiligen an den ungeheuren Anstrengungen der großen Nationen, den Weltraum zu erforschen und für die Menschheit nutzbar zu machen. Hoffentlich verlieren wir auf diesem Gebiet nicht noch weiter an Boden, was die Wissenschaft und auch was die industrielle Fertigung anlangt. Gewaltige Fortschritte bezüglich der automatischen Steuerung, des Triebwerks und der Konstruktion sind in Amerika und in der Sowjetunion erzielt worden, an deren heutigem wissenschaftlichen und fabrikatorischen Stande wir keinen Anteil mehr haben.

Raumforschung ist aus dem Leben moderner Wissenschaft nicht mehr wegzudenken. Die Erforschung und Nutzbarmachung des Weltraums ist eine unserer und den kommenden Generationen gestellte historische, einmalig große Aufgabe. Wir müssen versuchen, den verlorenen Anschluß an die mit Riesenschritten vorwärts eilende Wissenschaft und Technik wiederzugewinnen durch aktive Beteiligung, soweit wir es vermögen. Die Erfahrungen, die wir bei der Weltraumforschung gewinnen, vermitteln uns neue Einsichten und verlangen auch auf anderen Gebieten nach neuen Entwicklungen. Bevor wir in den Weltraum eindringen konnten, standen wir wie vor einer Wand, die unseren Blick begrenzte. Heute kennen wir bereits einen großen Teil der Voraussetzungen, deren Erfüllung das tiefere Eindringen in den Weltraum ermöglicht. Ganz neue Werkstoffe und Antriebskräfte mußten und müssen weiterhin gefunden werden. Diese üben ihrerseits wiederum auf die Entwicklung anderer technischer Bereiche stärksten Einfluß aus.

Verlieren wir den Anschluß, so werden sich schon in wenigen Jahren die Folgen auf unseren Hochschulen und an unseren wissenschaftlichen Instituten ebenso wie auf dem Weltmarkt für unsere Industrie sehr negativ bemerkbar machen. Wer studiert in einem Lande Naturwissenschaften, dessen Wissenschaftler sich nicht in irgendeiner Sparte zusammen mit den Wissenschaftlern anderer Länder aktiv an diesem bedeutsamen neuen Forschungszweig beteiligen? Wer kauft von einer Industrie, die die neuesten Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet nicht kennt und deshalb auch nicht verwerten kann?

381 Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Lübke 1961, 1961, 243–249, 244–245.

Alle an diesen Aufgabenbereichen interessierten Stellen in Regierung, Forschung und Industrie sollten zusammenwirken, um eine Beteiligung der in der Bundesrepublik verfügbaren geistigen und wirtschaftlichen Kräfte für eine Initiative in dieser Richtung zu mobilisieren, damit auch wir zu den Arbeiten einer internationalen Gemeinschaft für Weltraumforschung beitragen können.³⁸²

Der Bundespräsident hatte in diesem Statement so ziemlich alle Gesichtspunkte zusammengefasst, die die aufgeregte Debatte nach dem Sputnik-Schock prägten: Er benannte den Weltraum als eine besonders wichtige Bühne im Wettkampf der Systeme, die Wissenschaft – und hier vor allem die Weltraumforschung – als zentrale Zukunftsaufgabe, das Aufholen eines wissenschaftlichen und technologischen Rückstands als nationale Mission, und er vergaß auch nicht, die Rolle der Wissenschaft für eine dauerhafte Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Volkswirtschaft in der Welt hervorzuheben, was natürlich an den beiden Supermächte gemessen wurde. Da es nun also gewissermaßen ›um alles‹ ging, musste eine Art konzertierte Aktion auf nationaler Ebene her, an der sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gleichermaßen beteiligen und dabei an einem Strang ziehen sollten.

Kein Zufall, dass Lübke diese Überlegungen auf der Hauptversammlung der MPG vortrug. Vor dem Hintergrund des Sputnik-Schocks nahm der politische und gesellschaftliche Druck auf die MPG zu, sich besonders in den für Deutsche vormals verbotenen Forschungsrichtungen zu engagieren, um den Rückstand aufzuholen, den Deutschland schon seit der NS-Zeit im internationalen Vergleich akkumuliert hatte und der die militärische und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik zunehmend in Frage stellte. Zugleich schien die MPG für diese Rolle regelrecht prädestiniert, denn in ihren Reihen tummelten sich fast alle in Westdeutschland tätigen Forscher, die über einschlägige Expertise verfügten.

2.3.2 Der Einstieg der MPG in die Weltraumwissenschaften

Sputnik beendete schlagartig den rund zehnjährigen Dämmerzustand der MPG. Bis dahin hatte sie sich im Wesentlichen darauf beschränkt, die vormaligen Kaiser-Wilhelm-Institute wieder unter der neuen Flagge zu sammeln. Dies erwies sich als mühsam genug. Zunächst musste sich die (Wieder-)Gründung der KWG als MPG auf die Bizone beschränken, zu der Amerikaner und Briten ihre beiden Besatzungszonen zusammengeschlossen hatten. Die Forschungsstätten, die in der französischen Besatzungszone lagen, kamen erst im Herbst 1949 zur MPG.³⁸³ Noch länger dauerte es mit den in Berlin verbliebenen Instituten und Abteilungen, die in die *Deutsche Forschungshochschule* eingegliedert worden waren und erst nach deren Abwicklung in den Jahren 1952/53 wieder an die MPG zurückfielen.³⁸⁴ Darunter befand sich mit dem ehemaligen *KWI*

382 Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Lübke 1961, 1961, 243–249, 246–247.

383 Siehe dazu und im Folgenden ausführlich Balcar, *Ursprünge*, 2019, 70–85.

384 Diesen Prozess analysiert ausführlich Inga Meiser: *Die Deutsche Forschungshochschule (1947–1953)*. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2013, 128–151.

für *physikalische Chemie und Elektrochemie*, das nach der Gründung eines Parallelinstituts in Göttingen und der Übersiedlung seines Direktors Karl-Friedrich Bonhoeffer in *Fritz-Haber-Institut der MPG* umbenannt wurde, eine der ältesten und renommiertesten Forschungseinrichtungen der KWG.³⁸⁵ 1957 riss Sputnik die MPG unsanft aus dieser etwas heruntergedimmten Existenz. Nun stieg sie beherzt und massiv in das neue Forschungsfeld der *Space Sciences* ein, das nicht zuletzt als Ausweis ihrer Orientierung auf »reine Grundlagenforschung« diente – dass dabei allerdings auch massive Interessen von Staat und Industrie mit im Spiel waren, blieb der Öffentlichkeit weitgehend verborgen.

Das Resultat war nichtsdestotrotz beeindruckend: Im Lauf eines knappen Jahrzehnts entstand ein großes Cluster von Instituten, die sich mit unterschiedlichen Fragen und Methoden der Weltraumforschung befassten, sich dabei wechselseitig ergänzten und das Gesicht der MPG bis heute wesentlich mitprägen.³⁸⁶ Es begann 1958 mit der Gründung des *MPI für Aeronomie* in Katlenberg/Lindau, das durch Zusammenlegung des *MPI für Ionosphärenforschung* mit dem *MPI für Physik der Stratosphäre* entstand. Das *MPI für Ionosphärenforschung*, dessen Geschichte bis ins Jahr 1934 zurückreicht, ist eng mit dem Namen Walter Dieminger verbunden.³⁸⁷ Seine ursprünglich im Mecklenburgischen Rechlin an der Müritz beheimatete Ionosphären-Beobachtungsstation war 1943 in die Nähe von Wien und 1945 nach Ried im Innkreis verlagert worden. Von dort überführte es das britische *Department of Scientific and Industrial Research* im März 1946 nach Lindau in den Harz, wo es als *Fraunhofer-Radio-Institut in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* firmierte und 1948 zu den Gründerinstituten der MPG in der Bizone zählte, bevor es zum 1. Januar 1949 in *Institut für Ionosphärenforschung in der Verwaltung der MPG* umbenannt wurde.³⁸⁸ Das *MPI für Physik der Stratosphäre* geht zurück auf die 1938 von Erich Regener als private Einrichtung gegründete *Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre*, die wenig später in die KWG überführt wurde.³⁸⁹ Nach kriegsbedingter Zerstörung und Verlagerung nach Württemberg wurde das Institut 1949 in die MPG aufgenommen und 1952 in *MPI für Physik der Stratosphäre* umbenannt.³⁹⁰ Nach Regeners Tod 1955 übernahm der in Göttingen lehrende renommierte Geophysiker Julius Bartels (1899–1964) die Leitung, der auf einer Verlegung des Instituts nach Lindau in den Harz

385 Zur Wiedereingliederung des FHI in die MPG siehe Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 617–623. — Jeremiah James et al.: *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik. Das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft zwischen 1911 und 2011*. Berlin: De Gruyter 2011, 151–155.

386 Siehe im Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bonolis und Leon, *Space Sciences* (im Erscheinen), passim.

387 Eine Kurzbiographie bei Peter Czechowsky und Gerd Hartmann: Walter Dieminger. 07.07.1907–29.9.2000. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 2001*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2001, 875–876.

388 Diese Angaben nach Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 527–529.

389 Siehe Carl Freytag: »Bürogenerale« und »Frontsoldaten« der Wissenschaft. Atmosphärenforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft während des Nationalsozialismus. In: Helmut Maier (Hg.): *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein Verlag 2007, 215–267. — Zur Person siehe Claus Priesner: Regener, Erich Rudolf Alexander. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 258–260.

390 Dazu Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1241–1248.

bestand. 1956 wurden die beiden Institute dort zum *MPI für Physik der Stratosphäre und der Ionosphäre* vereinigt, 1958 erfolgte die Umbenennung in *MPI für Aeronomie*.³⁹¹ Seine Sternstunde erlebte das Institut 1969, als mit dem Satelliten »Azur« der erste deutsche Erdtrabant in die Umlaufbahn geschossen wurde. Die Experimente mit »Azur« dienten hauptsächlich der Erforschung der kosmischen Strahlung. Die wissenschaftliche Leitung dieses renommierten Projekts, das als »Gesellenstück der deutschen Weltraumforschung« galt und allein auf deutscher Seite Kosten von 80 Millionen DM verursachte, lag in den Händen des *MPI für Aeronomie*.³⁹²

Das *MPI für Aeronomie* blieb indes das kleinste und, was seine Durchsetzungskraft in internen Konflikten betrifft, schwächste Institut des entstehenden Clusters der Weltraumforschung. Wesentlich stärker war die »Familie«, die in München und Garching entstand, und zwar gleichsam im Wege der Zellteilung nach dem Fertilitätsprinzip.³⁹³ Die Keimzelle stellte Heisenbergs *MPI für Physik* dar, das 1958 seinen Sitz von Göttingen nach München verlegte. Mit dem Umzug nach München änderte es seinen Namen in *MPI für Physik und Astrophysik*.³⁹⁴ Seither existierten unter diesem Dach zwei Teilinstitute: eines für Physik unter der Leitung von Heisenberg und eines für Astrophysik, dem Ludwig Biermann – nun auch im Direktorenrang – vorstand. Das Teilinstitut für Astrophysik geht auf eine im Juni 1947 gegründete Sonderabteilung für (theoretische) Astrophysik zurück, die bereits unter der Leitung Biermanns gestanden hatte, der 1951 zum Wissenschaftlichen Mitglied der MPG ernannt worden war. Im Münchner Norden bezog das Institut einen spektakulären Neubau, den der mit Heisenberg persönlich eng befreundete Stararchitekt Sep Ruf entworfen hatte.³⁹⁵ Die Gesamtkosten, die inklusive Grundstück, Bau und Einrichtung für Hauptgebäude, Experimentierhalle, Hörsaal, Werkstatt, Gästehaus und Kantine 8,1 Millionen DM betragen, übernahm der Freistaat Bayern, der sich die Heimholung Heisenbergs etwas kosten ließ.³⁹⁶ Die nächste Zellteilung, die stark durch den Sputnik-Schock beeinflusst war, erfolgte nur wenig später, als die Abteilung Lüst im Mai 1963 in ein Teilinstitut für extraterrestrische Physik umgewandelt wurde. Aus der Expertise der Plasmaphysik heraus betrieb man eine Reihe von Experimenten mit Raketen, um die Eigenschaften des Plasmas in der hohen Atmosphäre zu untersuchen. Bemerkenswert ist der Umstand, dass Reimar Lüst zu

391 Dazu Keppler, *Max Planck Institut für Aeronomie*, 2003, 3 und 6. — Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 46–50. — Der Verwaltungsrat empfahl die Zusammenlegung bereits im Herbst 1955. Niederschrift der 20. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 10. 1955 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 20.VP, fol. 15–17.

392 Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt: *35 Jahre AZUR – Am 08. November 1969 startete Deutschlands erster Forschungssatellit*, 2004, 1–4, Zitat: 1. https://www.dlr.de/content/de/downloads/news-archiv/2004/20041105_35-jahre-azur--am-08-november-1969-startete-deutschlands-erster-forschungssatellit_2578.pdf?__blob=publicationFile&v=10. Zuletzt aufgerufen am 19. 12. 2019.

393 Der Begriff »Familie« nach Bonolis und Leon, *Space Sciences* (im Erscheinen). — Zum Fertilitätsprinzip siehe Renn und Kant, *Forschungserfolge*, 2010, 70–78, 75–76. — Auf die Münchner »Familie« konzentriert sich auch die Untersuchung von Rauchhaupt, *To Venture beyond the Atmosphere*, 2000.

394 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 385. — Siehe im Folgenden zu den Zellteilungen des *MPI für Physik* den knappen Überblick bei Kant, *MPI für Physik*, 2010, 316–323, 321–323.

395 Zur Person siehe Helga Himen: Ruf, Sep. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 22. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 231–233.

396 Diese Angaben nach Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1194–1200. — Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 128–148.

diesem Zeitpunkt (und noch bis zum Mai 1964) als wissenschaftlicher Direktor der neugeschaffenen *European Space Research Organisation* (ESRO) wirkte und daher nur selten vor Ort sein konnte. 1964 bezog das neue Institut einen Neubau in Garching, der ein Jahr später feierlich eingeweiht wurde. Lüst erhielt damit die Gelegenheit, seine »bisherige theoretische Forschung experimentell auszuweiten«. ³⁹⁷ Ebenfalls zur Münchner »Familie« der Weltraumforschung muss das *Institut für Plasmaphysik* (IPP) in Garching gerechnet werden. Es ging zurück auf die 1956 am *MPI für Physik* gebildete Arbeitsgruppe Plasmaphysik, ³⁹⁸ die bereits unter der Leitung von Arnulf Schlüter stand, der 1965 zum Wissenschaftlichen Geschäftsführer des IPP avancierte. Da es sich um das einzige echte Großforschungsinstitut der MPG handelte, dessen Finanzierung nach einem anderen Schlüssel erfolgen musste, wurde das IPP zunächst in Form einer GmbH gegründet und erst 1971 in ein vollwertiges Max-Planck-Institut umgewandelt; davon wird noch die Rede sein. ³⁹⁹

Zu einer Art Gegenspieler der in München bzw. Garching beheimateten »Familie« entwickelte sich das 1958 in Heidelberg gegründete *MPI für Kernphysik* unter Wolfgang Gentner. Es entstand durch die Ausgliederung des Teilinstituts für Physik aus dem *MPI für medizinische Forschung*, die Gentner zur Bedingung für seine Rufannahme als Nachfolger von Walther Bothe gemacht hatte. ⁴⁰⁰ Das Bundesatomministerium übernahm die Hälfte der auf zehn bis zwölf Millionen DM veranschlagten Kosten für den Neubau. Das besondere Pfund, mit dem das neue Institut wuchern konnte, stellten – neben der wissenschaftlichen Brillanz seines Direktors – die hervorragenden Kontakte Gentners zum CERN dar, an dem er zuvor gearbeitet hatte und dem er auch nach Antritt seines Direktorenamtes in Heidelberg als Berater verbunden blieb. ⁴⁰¹ Der Weg dieses Instituts in die Weltraumforschung verlief über die Expertise Gentners und seines Mitarbeiterstabs in der experimentellen Teilchenphysik, mit der man Instrumente für Weltraumsonden konstruierte und beispielsweise auch die Mondgesteine analysierte, die die Mondmissionen des US-amerikanischen Apollo-Programms zur Erde gebracht hatten. Daran wirkte, dank seiner Kompetenz im Bereich der Kosmochemie, auch das *MPI für Chemie* in Mainz mit.

Um die Aktivitäten über die Institutsgrenzen und »Familien« hinweg zu bündeln, richtete die MPG im Frühjahr 1960 eine »Arbeitsgruppe für extra-terrestrische Forschung« ein. Ihr gehörten Bartels, Biermann, Dieminger, Gentner und Heisenberg an. »Die Mittel, die hierfür in

397 Renn und Kant, *Forschungserfolge*, 2010, 70–78, 68–78, Zitat: 75. — Siehe dazu auch Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1202.

398 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1198.

399 Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, passim. — Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1290–1303. — Zur Gründung des IPP siehe Kapitel 3.1.

400 Niederschrift der 31. Sitzung des Verwaltungsrats vom 15. 11. 1957 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 31.VP, fol. 9–10.

401 Die engen Beziehungen Gentners zu CERN, von der auch die MPG insgesamt profitierte, betonte eine Ausarbeitung der Generalverwaltung der MPG: Über das Verhältnis der Max-Planck-Gesellschaft zu anderen Wissenschaftsorganisationen, undatiert (1959) und ungezeichnet, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 403–416. — Zur Gründungsgeschichte des *MPI für Kernphysik* siehe Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 761–772.

Deutschland aufgewendet werden können, werden zwar im Vergleich zu denen der Großmächte bescheiden sein«, hieß es im Verwaltungsrat der MPG, »doch ist damit zu rechnen, daß die Arbeitsgruppe interessante wissenschaftliche Beiträge liefern kann und geeignet sein wird, im Hinblick auf die bereits gegebene enge internationale Verflechtung der Arbeiten der beteiligten Institute an der weiteren Entwicklung auf diesem Gebiet in sinnvoller Weise mitzuwirken.«⁴⁰² Die dafür erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel für Personal- und Sachkosten im Umfang von rund 300.000 DM pro Jahr gedachte man beim Atomministerium einzuwerben. Es stellte sich allerdings bald heraus, »daß wegen der außerordentlich hohen Geräte-, Wartungs- und Betriebskosten trotz Aufbau der Gruppe im Rahmen der Ursprungsplanung mit einem Finanzbedarf von 3 Mio. DM jährlich zu rechnen ist«. Zur Begründung hieß es lapidar, »daß wirkliche Weltraumforschung nur mit großen Mitteln möglich sei.«⁴⁰³

Die beiden letzten Max-Planck-Institute im Bereich der Weltraumforschung, die erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gegründet wurden, nehmen eine gewisse Sonderstellung ein. Sie betrieben nämlich nicht astrophysikalische, sondern astronomische Forschungen – ein Bereich, der als Domäne von Universitäten und staatlichen Sternwarten galt, weshalb die MPG ihn zunächst vernachlässigt hatte. Den Anfang machte 1965 das *MPI für Radioastronomie* in Bonn. Seine Gründungsgeschichte begann 1963, als Otto Hachenberg (1911–2001), der vor seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik bereits in der DDR das damals größte Radioteleskop errichtet hatte, die nordrhein-westfälische Staatsregierung von der Notwendigkeit überzeugen konnte, Bau und Betrieb eines großen Radioteleskops zu finanzieren. Daran schloss sich ein entsprechender Antrag an das *Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung* an, den neben Hachenberg auch Wolfgang Priester (1924–2005) und Friedrich Becker (1900–1985) zeichneten, sowie ein »Memorandum zum weiteren Ausbau der Bonner Radioastronomie«, das Hachenberg und Becker an die *Stiftung Volkswagenwerk* richteten. Parallel dazu beantragte der in den USA forschende Sebastian von Hoerner (1919–2003), der einen Ruf der Universität Tübingen erhalten hatte, dort seinerseits die Finanzierung eines großen Radioteleskops – die VW-Stiftung beschied schließlich beide Anträge positiv. Die Konkurrenz zwischen den Ländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erschwerte der MPG die Standortentscheidung, was den Gründungsprozess in die Länge zog. Im Juni 1965 beschloss der Senat die Gründung des Instituts sowie die Berufung Hachenbergs und von Hoerners zu seinen Direktoren. Nachdem der *Wissenschaftsrat* Bonn angesichts der dort bereits vorhandenen Infrastruktur als Standort empfohlen hatte, lehnte von Hoerner den Ruf aus Tübingen jedoch ab. Daraufhin wurde Hachenberg 1966 zum alleinigen Direktor des Bonner Instituts bestellt. Im Juni 1967 fiel die Entscheidung für den Bau des Effelsberger 100-Meter-Radioteleskops in der Nähe von Bad Münstereifel, für das die VW-Stiftung und das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt 32 Millionen DM zur Verfügung stellten. Den Bau übernahmen mit MAN und der *Fried. Krupp AG* zwei Kernfirmen

402 Niederschrift der 44. Sitzung des Verwaltungsrats vom 9. 3. 1960 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 44.VP, fol. 16–18.

403 Niederschrift der 47. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 11. 1960 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 47.VP, fol. 21–22, Zitat fol. 22.

der »Deutschland AG«. ⁴⁰⁴ Die feierliche Einweihung des Teleskops fand schließlich am 12. Mai 1971 im Beisein von Bundeswissenschaftsminister Hans Leussink statt. ⁴⁰⁵

Dem *MPI für Radio-Astronomie* folgte 1967 das *MPI für Astronomie* in Heidelberg. An seiner Wiege stand eine von der DFG in Auftrag gegebene »Denkschrift zur Lage der Astronomie«, die Hans-Heinrich Voigt (1921–2017) bereits 1962 vorgelegt hatte. Die MPG benötigte indes über fünf Jahre, ehe sie sich Ende November 1967 zur Gründung des Instituts und zur Berufung des in Heidelberg lehrenden Astronomen Hans Elsässer durchringen konnte. ⁴⁰⁶ Elsässer akzeptierte, blieb jedoch hauptamtlicher Direktor der Landessternwarte und Lehrstuhlinhaber an der Universität Heidelberg, nachdem Bund und Länder die Finanzierung in wahrlich astronomischer Höhe von 60 Millionen DM zugesichert und die Stadt Heidelberg ein geeignetes Grundstück auf dem Königstuhl – in direkter Nachbarschaft zur Landessternwarte – bereitgestellt hatten. Nicht zuletzt angesichts der hohen Kosten sollten die Heidelberger Einrichtungen »allen deutschen Astronomen zur Verfügung stehen und auch der Herausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses dienen«. ⁴⁰⁷ In den frühen 1970er Jahren traf das Institut, unterstützt nicht nur von der MPG, sondern auch von der Bundesregierung, Vorbereitungen zum Bau jeweils einer weiteren Sternwarte auf der Nord- wie auf der Südhalbkugel. Für die Nordsternwarte fiel die Standortentscheidung für den in Spanien unweit von Almeria gelegenen Calar Alto, für die Südsternwarte auf den Gamsberg in Südwestafrika, dem heutigen Namibia. ⁴⁰⁸ Beide Projekte standen indes unter keinem guten Stern. ⁴⁰⁹

2.3.3 Signaturen der Space Sciences

Der Sputnik-Schock eröffnete zahlreichen Wissenschaftlern die Möglichkeit, die politisch aufgeladene und in der Öffentlichkeit umstrittene Kernforschung zu verlassen und sich der spannenderen Weltraumforschung zuzuwenden, die wissenschaftlich ohnehin als die größere Herausforderung galt. Auch aus diesem Grund war es dieser Wissenschaftsbereich, der in der MPG in den 1950er und 1960er Jahren das stärkste Wachstum erfuhr. Er zeichnet sich durch drei Charakteristika bzw. Besonderheiten aus: erstens – einmal mehr – durch eine stark ausgeprägte

404 Siehe dazu die Beiträge aus Ralf Ahrens, Boris Gehlen und Alfred Reckendrees (Hg.): *Die »Deutschland AG«. Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus*. Essen: Klartext Verlag 2013. — Niederschrift der 56. Sitzung des Senats vom 10. 3. 1967 in Kassel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 56.SP, fol. 277. — Niederschrift der 57. Sitzung des Senats vom 8. 6. 1967 in Kiel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 57.SP, fol. 226–227.

405 Diese Angaben nach Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1430–1436.

406 Zur Person siehe den Nachruf von Jakob Staude: Hans Elsässer. 29. 3. 1929–10. 6. 2003. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 2004*. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 2004, 111–112.

407 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Jahrbuch 1967 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.* Göttingen 1967, 9.

408 Diese Angaben zur Gründungsgeschichte des *MPI für Astronomie* nach Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 109–113.

409 Dazu ausführlich Bonolis und Leon, *Space Sciences* (im Erscheinen).

internationale, aber vor allem europäische Dimension.⁴¹⁰ Angesichts des in der Weltraumforschung besonders eklatanten Rückstandes gegenüber den Supermächten USA und UdSSR schien ein koordiniertes und kooperatives Vorgehen Westeuropas das Gebot der Stunde. 1962 wurden zu diesem Zweck gleich drei europäische Organisationen ins Leben gerufen: das *European Southern Observatory* (ESO), die europäische Südsternwarte, die Teleskope in Chile betreiben sollte, die *European Space Research Organisation* (ESRO), deren Ziel darin bestand, Satelliten zu Forschungszwecken zu entwickeln, die dann von US-Raketen in die Umlaufbahn gebracht wurden, und die *European Launcher Development Organisation* (ELDO), die eine europäische Trägerrakete konstruieren sollte, um Europa einen von den USA unabhängigen Zugang zum Weltraum zu sichern. Nach dem Misserfolg der »Europa-II-Rakete« fusionierte die ELDO 1975 mit der ESRO zur *European Space Agency* (ESA).⁴¹¹ Hinzu kam eine intensive Zusammenarbeit mit der NASA, auf deren Trägerraketen Europa angewiesen war – und angesichts des Umstandes, dass sich ELDO letztlich als Fehlschlag erweisen sollte, auch angewiesen blieb.

Zweitens zeichnet sich die in der MPG konzentrierte Weltraumforschung durch eine Besonderheit aus, die die Bundesrepublik von anderen Staaten unterschied: Sie hatte hier – wie übrigens auch die zeitgleich initiierte westdeutsche Atomforschung – keine militärische Komponente, was die Forschung in der Bundesrepublik von der in den USA, der Sowjetunion, Großbritannien oder Frankreich unterschied. Stattdessen bediente die Weltraumforschung dezidiert ökonomische bzw. außenwirtschaftliche Interessen, ging es doch letztlich darum, entsprechendes Know-how zu gewinnen, um die Exportfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft und ihrer Produkte zu sichern; die enge Kooperation mit MAN und Krupp beim Bau der Teleskope für das *MPI für Radioastronomie* und das *MPI für Astronomie* verfolgte nicht zuletzt diesen Zweck.⁴¹² Drittens gelang es der MPG, die westdeutsche Forschung in den Bereichen Astronomie sowie Astro- und Plasmaphysik sehr weitgehend in den eigenen Reihen zu konzentrieren. Was die Nutzung der unerlässlichen Forschungsinfrastruktur wie beispielsweise des riesigen Radioteleskops in Effelsberg betrifft, mussten sich die übrigen Angehörigen der Scientific Community, etwa aus den westdeutschen Universitäten, als Bittsteller an die MPG wenden. Die MPG sicherte sich eine faktische Monopolstellung in diesen nicht nur extrem teuren, sondern auch enorm prestigeträchtigen Forschungszeigen. Das trug zu ihrer Reputation als Institution modernster Grundlagenforschung nicht unwesentlich bei.⁴¹³

410 Siehe dazu Reimar Lüst: Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumforschung und die Beteiligung der Max-Planck-Gesellschaft. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1961), 270–279.

411 Siehe dazu John Krige und Arturo Russo: *A History of the European Space Agency 1958–1987. The Story of ESRO and ELDO, 1958–1973*. Bd. I. Noordwijk: European Space Agency 2000.

412 Siehe dazu Bonolis und Leon, *Space Sciences* (im Erscheinen). — Niederschrift der 56. Sitzung des Senats vom 10. 3. 1967 in Kassel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 56.SP, fol. 277. — Niederschrift der 57. Sitzung des Senats vom 8. 6. 1967 in Kiel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 57.SP, fol. 226–227.

413 Dies nach Bonolis und Leon, *Space Sciences* (im Erscheinen). — Reimar Lüst: Zur Lage der Weltraumforschung in Deutschland. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1964), 189–194.

2.4 Die Etablierung der MPG als Institution der Grundlagenforschung

Bereits seit der (Wieder-)Gründung hatte die MPG den Bezug auf Grundlagenforschung zur Kernbotschaft ihrer Außendarstellung gemacht, doch änderte sich die innere Einstellung der MPG-Mitglieder zu diesem diffusen Begriff in der zweiten Phase signifikant. »Grundlagenforschung« avancierte nunmehr zum »institutionelle[n] Ordnungsmuster innerhalb der MPG« (Carola Sachse)⁴¹⁴ und damit zu dem entscheidenden Kriterium für die Inklusion bzw. Exklusion von Forschungseinrichtungen in den Kreis der Max-Planck-Institute und den von den MPG betreuten Forschungsstätten. Auch wenn dieses Kriterium aufgrund der begrifflichen Unschärfe nie wirklich klare Konturen gewann,⁴¹⁵ so diente die Nähe bzw. Ferne zur Grundlagenforschung bei der Entscheidung über Institutsgründungen und -schließungen als Richtschnur und Orientierungsrahmen. Auf diese Weise trug »Grundlagenforschung« maßgeblich zu dem Transformationsprozess bei, den die MPG in den 1950er und 1960er Jahren durchlief.

2.4.1 Die Internalisierung der »Grundlagenforschung«

In der Wiederaufbauphase der 1940er und frühen 1950er Jahre war noch ein instrumentelles Verständnis dieses Leitbegriffs vorherrschend gewesen. Die Bezugnahme auf Grundlagenforschung und ihre retrospektive Ausdehnung auf die KWG – die sich im Unterschied zu ihrer Nachfolgerin nie ausschließlich als Institution der Grundlagenforschung verstanden hatte – dienten der MPG in erster Linie als Deckmantel und Exkulpationsmechanismus, der die Mitwirkung deutscher Spitzenwissenschaftler an Kriegsforschung und Medizinverbrechen im Nationalsozialismus verschleiern sollte.⁴¹⁶ In dieser Hinsicht gab es mit Blick auf die KWG einiges zu verschleiern, waren doch Kriegsforschung und Medizinverbrechen keineswegs nur die Domäne von wissenschaftlichen Außenseitern, sondern geradezu ein Tummelplatz deutscher Spitzenforscher gewesen,⁴¹⁷ deren Blutspur teilweise bis nach Auschwitz führte.⁴¹⁸ Hinzu

414 Carola Sachse: Grundlagenforschung: Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970). In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): *»Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«*. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 243–268, 255.

415 Zum Problem der klaren Abgrenzung der »Grundlagenforschung« von der »angewandten Forschung« siehe in historischer und vergleichender Perspektive Désirée Schauz: What Is Basic Research? Insights from Historical Semantics. *Minerva* 52/3 (2014), 273–328.

416 Dazu vor allem Sachse, Grundlagenforschung, 2015, 243–268, 251–255. — Helmut Maier: Aus der Verantwortung gestohlen? »Grundlagenforschung« als Persilschein für Rüstungsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung vor und nach 1945. In: Werner Lorenz und Torsten Meyer (Hg.): *Technik und Verantwortung im Nationalsozialismus*. Münster: Waxmann 2004, 47–77.

417 So lautet eines der zentralen Ergebnisse der Präsidentenkommission »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«. Siehe die Sammelrezension von Mitchell G. Ash: Rezensionen zu Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. *NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18/1 (2010), 79–118.

418 Siehe vor allem Carola Sachse (Hg.): *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums im Juni 2001*. Göttingen: Wallstein-Verlag 2003. — Siehe dazu auch das anschauliche Beispiel von Karin Magnussen bei Hans Hesse: *Augen aus Auschwitz. Ein Lehrstück über nationalsozialistischen Rassenwahn und medizinische Forschung. Der Fall Dr. Karin Magnussen*. Essen: Klartext Verlag 2001. — Helmut Maier: *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48*. Göttingen: Wallstein Verlag 2007.

kamen die alliierten Forschungsbeschränkungen, die sich ja insbesondere gegen angewandte – zumal militärisch nutzbare – Forschung richtete.⁴¹⁹ Die MPG musste also in den ersten Jahren ihres Bestehens schon allein deswegen das hohe Lied der Grundlagenforschung singen, um die eigenen Forschungsaktivitäten dem Bereich des Unbedenklichen und Erlaubten zuzuordnen. Die Realität der Forschungen, die damals in den Max-Planck-Instituten betrieben wurde, entsprach dem jedoch nicht. Vielmehr dienten die Interessen der westdeutschen Industrie im Wiederaufbau auch der jungen MPG als Richtschnur – hier ist, entgegen aller Beteuerungen nach außen, eine weitere deutliche Kontinuitätslinie zur KWG zu erkennen. Das verdeutlicht ein Blick auf diejenigen Institute, die sich mit landwirtschaftlicher Forschung befassten. Vor dem Hintergrund der Ernährungskrise der unmittelbaren Nachkriegszeit dominierte hier noch eindeutig die Anwendungsorientierung.⁴²⁰ Während die Bastfaserforschung 1957 abgewickelt wurde, da sie wegen des Erfolgs der Kunstfasern keine ökonomische Bedeutung mehr besaß,⁴²¹ erfuhr die erst 1948 gegründete *Forschungsstelle v. Sengbusch* eine verstärkte Förderung, da sie die damaligen Interessen der Industrie bediente; 1957/59 stieg sie zum *MPI für Kulturpflanzenforschung* auf.⁴²² Industriekontakte und Anwendungsrelevanz galten in der Gründungsphase der MPG nicht als Makel, sondern – wie zuvor schon in der KWG – eher als Gütesiegel.

Das änderte sich in der zweiten Phase jedoch rasch. Ab Mitte der 1950er Jahre begann innerhalb der MPG die Internalisierung des Anspruchs, ausdrücklich Grundlagenforschung zu betreiben. Was dem nicht entsprach, hatte kaum noch Chancen, in die MPG aufgenommen zu werden, denn neben »Exzellenz« – also einem qualitativen Kriterium – avancierte Grundlagenforschung zum Markenkern der Corporate Identity der MPG. Unter diesem Label fanden sehr heterogene Forschungsrichtungen und Institute Platz, die sich auf diese Weise nach außen als zusammengehörende Einheit darstellen ließen. Das bedeutet nicht, dass die MPG nun alle anwendungsorientierten Forschungszweige bzw. Institute abgestoßen hätte. Von der KWG hatte sie einen »Gemischtwarenladen« übernommen,⁴²³ zu dem auch anwendungsorientierte bzw. industrienaher Institute wie das *MPI für Eisenforschung* in Düsseldorf oder das in Mülheim an der Ruhr ansässige *MPI für Kohlenforschung* gehörten. Ein Blick auf den langjährigen Direktor des letztgenannten Instituts, Karl Ziegler, verdeutlicht allerdings, dass Anwendungsorientie-

419 Siehe Balcar, *Ursprünge*, 2019, 14–16.

420 Siehe dazu beispielsweise Paul Erker: *Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953*. Stuttgart: Klett-Cotta 1998. — Paul Erker: Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit. In: Manfred Gailus und Heinrich Volkmann (Hg.): *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest, 1770–1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, 392–408. — Zu den Auswirkungen auf die MPG demnächst auch Alexander von Schwerin: *Zwischen Markt und Staat. Landwirtschaft und Biowissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft (1948–1979) und ihre sozio-epistemische Konfliktlage* (im Erscheinen).

421 Niederschrift der 28. Sitzung des Verwaltungsrats vom 20. 2. 1957 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 28.VP, fol. 20–21. — Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 372.

422 Niederschrift der 28. Sitzung des Verwaltungsrats vom 20. 02. 1957 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 28.VP, fol. 20–21. — Niederschrift der 25. Sitzung des Verwaltungsrats vom 5. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 42. — Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 372. — Siehe dazu demnächst ausführlich Schwerin, *Zwischen Markt und Staat* (im Erscheinen), Kapitel 2.4.

423 Sachse, *Grundlagenforschung*, 2015, 243–268, 255.

rung und Spitzenforschung sich keineswegs ausschließen. Ziegler, der als Vater des modernen Kunststoffzeitalters gilt, zählt zu den herausragenden deutschen Chemikern des 20. Jahrhunderts. Die unter seiner Ägide in den Jahren 1952/53 durchgeführten Forschungen über die Polymerisation mit metallorganischen Katalysatoren schufen die Grundlage, auf der Kunststoffe wie Polyethylen oder Polypropylen deutlich billiger, in großem Maßstab und wesentlich verbesserter Qualität produziert werden konnten – eine Entdeckung mit kaum zu überschätzenden Folgen.⁴²⁴ Dafür erhielt er 1963 gemeinsam mit Giulio Natta den Nobelpreis für Chemie. Die Vermarktung dieser Entdeckung im Wege von Patenten und Lizenzen machten Ziegler zudem zum reichen Mann, der es sich leisten konnte, eine spektakuläre Sammlung von Gegenwarts-kunst zusammenzutragen und im Jahr 1968 – zu seinem 70. Geburtstag – 40 Millionen DM an einen Forschungsfonds zu spenden.⁴²⁵ Mit diesen Erfolgen war der Spitzenforscher Karl Ziegler den Stars der Grundlagenforschung in der MPG ebenbürtig.

Auch wenn anwendungsnahe Spitzenforschung somit weiterhin ihren Platz in der MPG fand, orientierte diese sich aufs Ganze gesehen in den 1950er und 1960er Jahren doch eindeutig in Richtung Grundlagenforschung. Eng wurde es im Zuge dieser Entwicklung für anwendungsorientierte Forschungsbereiche, deren Bedeutung für Wirtschaft und Industrie abnahm. Das galt insbesondere für die landwirtschaftlich ausgerichteten Institute, die sich nach der Überwindung der Ernährungskrise der unmittelbaren Nachkriegsjahre unversehens auf der »Abschussliste« fanden – ihnen drohte die Schließung oder die Ausgliederung aus der MPG. Das galt unter anderem für das bereits erwähnte *MPI für Kulturpflanzenzüchtung*, das mit der Emeritierung seines Direktors, Reinhold von Sengbusch, zum 31. Dezember 1969 in die Obhut des Bundes überführt und als *Bundesforschungsanstalt für gartenbauliche Pflanzenzüchtung* weitergeführt wurde.⁴²⁶

Zudem ermöglichte die Berufung auf die (außeruniversitäre) Grundlagenforschung, die fast ausschließliche staatliche Alimentierung zu rechtfertigen. Die MPG nahm dabei meist implizit, bisweilen auch explizit, Bezug auf das lineare Modell, das der Grundlagenforschung eine zentrale Rolle für die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft zuschreibt.⁴²⁷ So hatte Ernst Telschow im Zusammenhang mit Geldmitteln aus dem Marshall-Plan bereits im Sommer 1948 gefordert, »dass ein erheblicher Betrag vorab für die Grundlagenforschung abgezweigt würde; denn ohne Grundlagenforschung wäre die Industrieforschung binnen kurzem unfruchtbar.«⁴²⁸

424 Zur Bedeutung von Plastik, allerdings am Beispiel von PVC, siehe Andrea Westermann: *Plastik und politische Kultur in Westdeutschland*. Zürich: Chronos 2007.

425 Siehe dazu Horst Remane: »Einer der begabtesten und erfolgreichsten, jüngeren Chemiker«. Karl Ziegler (1898–1973) – 50 Jahre Niederdruckpolyethylen. *Acta historica Leopoldina* 48 (2007), 191–216. — Heinz Martin: *Polymere und Patente. Karl Ziegler, das Team, 1953–1998. Zur wirtschaftlichen Verwertung akademischer Forschung*. Weinheim: Wiley-VCH 2002.

426 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 863. — Siehe dazu demnächst ausführlich Schwerin, *Zwischen Markt und Staat* (im Erscheinen).

427 Siehe dazu ausführlich Gregor Lax: *Das »lineare Modell der Innovation« in Westdeutschland. Eine Geschichte der Hierarchiebildung von Grundlagen- und Anwendungsforschung nach 1945*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2015.

428 Niederschrift der 2. Sitzung des Senats vom 18. 7. 1948 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 2.SP, fol. 8.

Hierbei konnte man an Überlegungen anknüpfen, die bereits Adolf von Harnack in seiner berühmten Denkschrift vom 21. November 1909 formuliert hatte.⁴²⁹ Aus diesem Grund engagierte sich die MPG bevorzugt und mit besonderem Nachdruck auf Forschungsfeldern, die weit genug von den Interessen des Staates und der Wirtschaft entfernt waren, um als »reine Grundlagenforschung« akzeptabel zu sein, aber doch – mit Verweis auf das lineare Modell – für Staat und Wirtschaft genügend Relevanz besaßen, um die weitgehende Finanzierung durch die öffentliche Hand zu rechtfertigen. Das Paradebeispiel in den langen 1960er Jahren stellte eben die oben erörterte Weltraumforschung dar.⁴³⁰

2.4.2 Der Platz der MPG im westdeutschen Wissenschaftssystem

Auch wenn die Abgrenzung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung stets problematisch blieb und die MPG einige Institute in ihren Reihen behielt, die anwendungs- bzw. wirtschaftsnahe Forschungen betrieben, ermöglichte es ihr die ostentative Bezugnahme auf die außeruniversitäre Grundlagenforschung, sich dauerhaft im westdeutschen Forschungssystem, das sich in den 1950er und 1960er Jahren herausbildete und schnell stabilisierte, zu etablieren.⁴³¹ Es gliedert sich grob in einen privatwirtschaftlich finanzierten Teil, die Industrieforschung, und einen staatlich finanzierten Sektor, der wiederum in zwei große Bereiche untergliedert ist: die Forschung an den Universitäten, die von der *Westdeutschen Rektorenkonferenz* (WRK) und der DFG vertreten wurde, und die außeruniversitäre Forschung. Zu der MPG, die hier den Anfang machte, kamen die *Fraunhofer-Gesellschaft*, die den Bereich der anwendungsorientierten Forschung abdeckte, die *Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen*, die sich später in *Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V.* umbenannte,⁴³² sowie die 1991 ins Leben gerufene *Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste*, ein Dachverband von Instituten aus den unterschiedlichsten Disziplinen und Forschungsbereichen, der von Bund und Ländern gemeinsam finanziert wird und seit 1997 unter der Bezeichnung *Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.* (WGL) firmiert.⁴³³

Der MPG diente die Bezugnahme auf Grundlagenforschung jenseits der Universitäten – und damit auch jenseits des in den einzelnen Fächern etablierten Kanons – als Nische, Label und Alleinstellungsmerkmal. Durch die Betonung der außeruniversitären Grundlagenforschung trat man nicht in Konkurrenz zur WRK und den Universitäten. Zudem knüpfte die MPG damit

429 Denkschrift von Harnack an den Kaiser vom 21. 11. 1909, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 4, 80–94.

430 Siehe dazu ausführlich Kapitel 2.3.

431 Siehe dazu und im Folgenden den knappen Überblick bei Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 40–48.

432 Dazu Margit Szöllösi-Janze: Die Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen. Identitätsfindung und Selbstorganisation, 1958–1970. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 140–160.

433 Siehe ausführlich Ariane Brill: *Von der »Blauen Liste« zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der Leibniz-Gemeinschaft*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2017.

an die angebliche Tradition ihrer Vorgängerin KWG an, deren Nähe zur Industrie und zum NS-Regime somit umgedeutet oder gar umgeschrieben wurde. In diesem Kontext standen die frühen vergangenheitspolitischen Initiativen der MPG, die damit eine Strategie der »Invention of Tradition« im Sinne Eric J. Hobsbawms und Terence Rangers verfolgte.⁴³⁴ Die Bezugnahme auf diese vermeintliche Tradition brachte der MPG im Vergleich zu anderen Wissenschaftsorganisationen einen enormen Vorteil, nämlich wissenschaftliches Prestige, das in Deutschland seinesgleichen suchte – immerhin stand eine beeindruckende Riege von 15 Nobelpreisträgern für das Renommee der KWG.⁴³⁵ So musste sich die MPG nicht gegen lästige Rivalen behaupten, denn keiner konnte ihr das Feld der universitätsfernen Grundlagenforschung streitig machen. Auch die von den US-amerikanischer Seite forcierte *Deutsche Forschungshochschule* sollte sich bald als Totgeburt erweisen.⁴³⁶

Ungleich schwerer hatte es da die DFG, die zwar in der Nachfolge der 1920 auf Betrieben von Fritz Haber und Friedrich Schmidt-Ott gegründeten *Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft* stand,⁴³⁷ sich aber zunächst gegen den *Deutschen Forschungsrat* durchsetzen musste. Letzterer

sollte nach dem Willen seiner wichtigsten Protagonisten, der Nobelpreisträger und prominenten MPG-Mitglieder Werner Heisenberg und Adolf Butenandt, das Verhältnis von Wissenschaft, Staat und Wirtschaft, von Industrieforschung und öffentlich finanzierter Forschung an Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen regulieren.⁴³⁸

In diesem Disput unterschiedlicher Interessen zu bestehen, erwies sich nicht nur deswegen als schwierig, weil der DFR über höchst angesehene Fürsprecher verfügte, sondern auch, weil die Einrichtung als eine Art Clearingstelle zur Koordination der verschiedenen Träger und Financiers der Forschung im entstehenden, föderal aufgebauten Weststaat fungierte; später sollte der 1957 gegründete *Wissenschaftsrat* diese Aufgabe übernehmen.⁴³⁹ So dauerte es noch bis 1951, bis

434 Eric J. Hobsbawm und Terence O. Ranger (Hg.): *The Invention of Tradition*. Cambridge: Cambridge University Press 1992, 251–255. — Zur Vergangenheitspolitik der MPG bereitet Florian Schmaltz derzeit eine größere Untersuchung vor. Siehe dazu den Aufriss bei *Research Program History of the Max Planck Society*, 2017, 39–45.

435 Siehe die Aufstellung bei Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 16–17.

436 Zur Deutschen Forschungshochschule siehe Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 33–35 und 80–85.

437 Notker Hammerstein: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945*. München: C. H. Beck 1999. — Karin Orth: Von der Notgemeinschaft zur Dienstleistungsorganisation. Leitlinien der Entwicklung der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1973. In: Karin Orth und Willi Oberkrome (Hg.): *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010, 89–101, 89–94.

438 Sachse, Grundlagenforschung, 2015, 243–268, 255. — Zum Deutschen Forschungsrat siehe Cathryn Carson und Michael Gubser: Science Advising and Science Policy in Post-War West Germany. The Example of the Deutscher Forschungsrat. *Minerva* 40/2 (2002), 147–179. doi:10.1023/A:1015708903590.

439 Dazu Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007. — Der Wissenschaftsrat hatte insofern große Bedeutung für die MPG, als er über die Verteilung der Bundeszuschüsse an die einzelnen Forschungsorganisationen entschied. Niederschrift der 33. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 3. 1958 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 33.VP, fol. 3–5.

sich die DFG endgültig gegen den DFR durchgesetzt hatte.⁴⁴⁰ Für die MPG stellte die DFG ohnehin keine direkte Konkurrenz dar, sie war vielmehr eine komplementäre Einrichtung, denn die DFG führte ja keine eigene Forschung durch, sondern finanzierte lediglich Forschungsvorhaben – wovon übrigens immer wieder auch einzelne Max-Planck-Institute profitierten, die bei der DFG Forschungsanträge einreichten.⁴⁴¹ Und im Unterschied zur *Fraunhofer-Gesellschaft*, die lange brauchte, um für sich mit der anwendungsorientierten Forschung eine ähnliche Nische im westdeutschen Wissenschaftssystem und eine dazu passende Finanzierungs- und Organisationsstruktur zu finden,⁴⁴² konnte die MPG zunächst da weitmachen, wo die KWG aufgehört hatte und musste sich nicht gänzlich »neu erfinden«.

Um sich im westdeutschen Forschungssystem zu etablieren, gab es einen – selbstredend inoffiziellen – Verfahrensweg, der nahezu einer Art informeller Akkreditierung gleichkam. Sie erfolgte durch den wechselseitigen Austausch von Vertretern in die jeweiligen Leitungsorgane der Wissenschaftsinstitutionen. So kooptierte beispielsweise der Senat der MPG im Juni 1956 den Präsidenten der DFG, Gerhard Hess, »in seiner amtlichen Eigenschaft auf die Dauer dieses Amtes gemäß Paragraph 12 Abs. 3 und 5 der Satzung der Gesellschaft«. Verfahrenstechnische Bedenken stellte man hintan, die Zuwahl erfolgte mit überwältigender Mehrheit bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung.⁴⁴³ Bereits im März 1955 hatte der Verwaltungsrat festgestellt, »dass es an der Zeit sei, den Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft in den Senat unserer Gesellschaft zu wählen«, doch hatte man diesen Plan angesichts des bevorstehenden Wechsels an der Spitze der DFG seinerzeit um ein Jahr zurückgestellt.⁴⁴⁴ Umgekehrt gehörte Otto Hahn als MPG-Präsident »kraft Amtes« sowohl dem Senat als auch dem Hauptausschuss der DFG an. »In den Organen und Ausschüssen [der DFG, J.B.] sind auch sonst Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten aus dem Kreis der Max-Planck-Gesellschaft tätig«, wusste die Generalverwaltung zu berichten. »So war Professor Butenandt längere Zeit Vizepräsident der DFG.«⁴⁴⁵ Ähnlich sah es beim *Stifterverband für die deutsche Wissenschaft* aus: Der Präsident der MPG gehörte qua Amt dem Vorstand und dem Verwaltungsrat des Stifterverbands an, im Verwaltungsrat saß zudem Ernst Telschow »kraft seines Amtes als geschäftsfüh-

440 Siehe dazu ausführlich Orth, *Autonomie und Planung*, 2011, 29–55.

441 Bei Anträgen aus der MPG wurden »allerdings gewisse Einschränkungen beachtet«, so wurden etwa keine Sachbeihilfen bewilligt, »die zur Beschaffung von Geräten dienen sollen, die zur Grundausstattung eines Instituts gehören.« Ausarbeitung der Generalverwaltung der MPG: Das Verhältnis der Max-Planck-Gesellschaft zu anderen Wissenschaftsorganisationen, undatiert (1959) und ungezeichnet, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 409.

442 Die Etablierung des »Fraunhofer-Modells« gelang erst ab 1969. Siehe dazu Helmuth Trischler und Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft*. München: C. H. Beck 1999, 30–131.

443 Niederschrift der 24. Sitzung des Senats vom 12. 6. 1956 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 24.SP, fol. 171–174. — Der Romanist und Wissenschaftspolitiker Gerhard Hess (1907–1983) wirkte von 1955 bis 1964 als Präsident der DFG. Siehe https://www.dfg.de/dfg_magazin/aus_der_dfg/geschichte/praesidenten/hess/index.html (letzter Aufruf am 16. 6. 2020).

444 Niederschrift der 18. Sitzung des Verwaltungsrats vom 25. 3. 1955 in Tübingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 18.VP, fol. 2–3.

445 Ausarbeitung der Generalverwaltung der MPG: Das Verhältnis der Max-Planck-Gesellschaft zu anderen Wissenschaftsorganisationen, undatiert (1959) und ungezeichnet, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 409.

rendes Mitglied unseres Verwaltungsrats«. ⁴⁴⁶ 1966 kooptierte der MPG-Senat mit Hans Leussink den Präsidenten des 1958 gegründeten *Wissenschaftsrats*, was im Jahr zuvor explizit mit dem Ziel eingefädelt worden war, »unsere Beziehungen zum Wissenschaftsrat enger« zu gestalten. ⁴⁴⁷ Auf Vorschlag des Verwaltungsrats nahm der Senat im März 1969 schließlich auch den Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz »in gleicher Weise wie den Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft und den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates als ständigen Gast zu den Senatssitzungen« auf. ⁴⁴⁸ Damit waren die Führungspersönlichkeiten von DFG, WRK und *Wissenschaftsrat* sämtlich im Senat der MPG vertreten, was deren Kooperation weiter intensivierte. Bereits auf der Hauptversammlung des Jahres 1962 hatte Butenandt ausgeführt, die MPG fühle sich »aufs engste in das Gefüge aller übrigen Wissenschaftsorganisationen eingeordnet«. Man pflege »die Zusammenarbeit, wo immer sie geboten und möglich ist« und sei sogar noch bestrebt, die Kooperation noch weiter auszubauen. Die MPG-Führung stimme sich mit »den Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Wissenschaftsrates [...] laufend über die der deutschen Wissenschaft gemeinsamen grundsätzlichen Fragen ab«. Da die Aufgabenbereiche der einzelnen Organisationen »klar gegliedert« seien, gebe es keine »Kompetenzprobleme«, versicherte Butenandt. »[G]egenüber der uns gemeinsamen Leidenschaft, das Beste für die Entwicklung der Wissenschaft und die Pflege des Nachwuchses zu tun, würden sie ohnehin keinen Raum gewinnen können.« ⁴⁴⁹ Auch in der Politik begrüßte man diese Entwicklung. »Die vier Präsidenten der großen Wissenschaftsorganisationen geben den Willen der deutschen Wissenschaft wieder«, führte etwa Wolfgang Cartellieri, Staatssekretär aus dem Wissenschaftsministerium, in der Diskussion über die Kooptierung des Präsidenten des *Wissenschaftsrats* in den MPG-Senat aus, »eine Zusammenarbeit ist deshalb notwendig und sollte in jeder Weise gefördert werden.« ⁴⁵⁰ Hier klang schon ein Plädoyer für die Bildung einer wissenschaftlichen »Allianz« an, von der im nächsten Abschnitt die Rede sein wird.

Etwas anders lagen die Dinge, was die Kooperation der MPG mit den Universitäten und Akademien anbelangte. Hier lief vieles über Personalunionen: »Die meisten Direktoren der Max-Planck-Institute oder Wissenschaftlichen Mitglieder sind in dieser oder jener Weise in den Lehrkörper wissenschaftlicher Hochschulen eingegliedert.« Dabei verfuhr die MPG zunächst nach dem Grundsatz, »daß die beste Kontaktpflege die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den Lehrstühlen und Instituten der Hochschule ist, wobei die Verhältnisse örtlich sehr verschieden sind und auch mit dem Wechsel der Zusammensetzung einer Fakultät wieder wech-

446 Ausarbeitung der Generalverwaltung der MPG: Das Verhältnis der Max-Planck-Gesellschaft zu anderen Wissenschaftsorganisationen, undatiert (1959) und ungezeichnet, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 411.

447 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 301.

448 Niederschrift der 62. Sitzung des Senats vom 6./7. 3. 1969 in Frankfurt, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 62.SP, fol. 43.

449 Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Butenandt 1962, 1962, 141–156, 150–151.

450 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 308.

seln können«. ⁴⁵¹ Auf diese Weise waren die westdeutschen Wissenschaftsorganisationen personell aufs Engste miteinander verzahnt.

2.4.3 Korporatistische Abwehr der Bundesoffensive: Die Bildung der »Heiligen Allianz«

Eine weitere Festigung erfuhren die sich auf diese Weise herausbildenden korporatistischen Strukturen des westdeutschen Forschungssystems durch ihre Institutionalisierung in Form der »Allianz«, einem Gremium, dem die Präsidenten der bedeutendsten staatlich finanzierten Wissenschaftsorganisationen des Landes angehörten und das bisweilen mit einem Augenzwinkern auch als »Heilige Allianz« betitelt wurde. ⁴⁵² Informelle Treffen der »großen Drei«, zu denen seinerzeit MPG, DFG und WRK zählten, hatte es bereits seit den späten 1940er Jahren gegeben. Die Institutionalisierung der »Allianz« erfolgte ab Mitte der 1950er Jahre im Zuge des Einstiegs des Bundes in die Forschungsfinanzierung, der mit entsprechenden Gestaltungsansprüchen einherging. Es begann am 20. Oktober 1955 mit der Schaffung des *Bundesministeriums für Atomfragen*, das Kanzler Adenauer mit dem aufstrebenden CSU-Politiker Franz Josef Strauß besetzte. Es sollte die friedliche Nutzung der Kernenergie forcieren und wurde 1957, seinerzeit bereits unter der Leitung von Siegfried Balke (ebenfalls CSU) stehend, ⁴⁵³ in *Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft* umbenannt. Damit reklamierte der Bund nach der Kernenergie mit der Wasserwirtschaft ein zweites potentiell bedeutendes Forschungsfeld als seine ureigene Domäne. Im gleichen Jahr betrat mit dem *Wissenschaftsrat* ein weiterer Akteur die wissenschaftspolitische Bühne. Er sollte die unterschiedlichen Bereiche und Institutionen der westdeutschen Wissenschaftspolitik miteinander in Einklang bringen und nicht zuletzt die großen Investitionen koordinieren, die angesichts des vielfach beklagten Rückstandes der Bundesrepublik im den Bereichen Forschung und Bildung allgemein für nötig gehalten wurden. Der *Wissenschaftsrat*, an dessen Gründung die MPG nach eigener Aussage »sehr beteiligt« gewesen war, ⁴⁵⁴ bestand aus 39 Mitgliedern: elf Vertreter der Länder, sechs des Bundes (die über elf Stimmen verfügten), 16 Wissenschaftler – deren Berufung erfolgte aufgrund gemeinsamer

451 Ausarbeitung der Generalverwaltung der MPG: Das Verhältnis der Max-Planck-Gesellschaft zu anderen Wissenschaftsorganisationen, undatiert (1959) und ungezeichnet, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 406.

452 Marsch, Adolf Butenandt, 2003, 134–145, 141. — Zur »Allianz« arbeiten momentan Vanessa Osganian und Helmuth Trischler im Rahmen des Teilprojekts 3 (Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Korporatismus in der bundesdeutschen Forschung zwischen Kooperation und Konkurrenz) der DFG-Forschungsgruppe »Kooperation und Konkurrenz in den Wissenschaften« (FOR 2553). Siehe demnächst Vanessa Osganian und Helmuth Trischler, *Die Max-Planck-Gesellschaft als wissenschaftspolitischer Akteur in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen* (erscheint als Preprint des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« voraussichtlich 2021). — Zum Folgenden siehe, soweit nicht anders angegeben, Orth, *Autonomie und Planung*, 2011, 100–114.

453 Robert Lorenz: Siegfried Balke – Spendenportier und Interessenpolitiker. In: Robert Lorenz und Matthias Micus (Hg.): *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteidemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 175–205. doi:10.1007/978-3-531-91569-2_8. — Robert Lorenz: *Siegfried Balke. Grenzgänger zwischen Wirtschaft und Politik in der Ära Adenauer*. Stuttgart: Ibidem-Verlag 2010.

454 Ausarbeitung der Generalverwaltung der MPG: Das Verhältnis der Max-Planck-Gesellschaft zu anderen Wissenschaftsorganisationen, undatiert (1959) und ungezeichnet, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 407. Im selben Dokument heißt es, dass die MPG durch ihren Vizepräsidenten Richard Kuhn und durch Carl Wurster im Wissenschaftsrat vertreten sei und damit die »Möglichkeit einer gewissen Einflußnahme« bestehe. Ebenda.

Vorschläge der Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft sowie der Bundes- und Länderregierungen durch den Bundespräsidenten – und sechs der Wissenschaft nahestehenden Persönlichkeiten. Konkret sollte der *Wissenschaftsrat* drei Aufgaben erfüllen: erstens auf der Grundlage der Planungen von Bund und Ländern einen Gesamtplan zur Wissenschaftsförderung erstellen, zweitens einen jährlichen »Dringlichkeitsplan« vorlegen und drittens Empfehlungen für die Verwendung der Mittel aussprechen, die in den Haushalten von Bund und Ländern für die Wissenschaft bereitstanden.⁴⁵⁵ Den Höhepunkt der Offensive des Bundes auf dem Gebiet der Forschungspolitik markierte 1962 die Umwandlung des Atomministeriums in ein *Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung*, dem der FDP-Politiker Hans Lenz vorstand.⁴⁵⁶

Die Initiative des Bundes rief nicht nur die Länder auf den Plan, auch die Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft wachten mit Argusaugen über ihre Kompetenzen. Dies schien ein gemeinsames Vorgehen nötig zu machen, um die Kräfte zu bündeln. Bereits im Vorfeld des Staatsabkommens zur Gründung des *Wissenschaftsrats* wirkten die Präsidenten von DFG, WRK und MPG zusammen, um ihnen nicht genehme Regelungen und Bestimmungen abzuändern.⁴⁵⁷ Das war allerdings nur der Auftakt des konzertierten Handelns. Am 11. August 1961, zwei Tage vor dem Mauerbau, wandten sich die Präsidenten von DFG, MPG und WRK in gleichlautenden Briefen an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder, um ihre gemeinsame Position in der Forschungsförderung darzulegen. Unter Berufung auf Artikel 5 des Grundgesetzes mahnten sie die Beachtung des dort niedergelegten Grundrechts auf Freiheit der Forschung ein. Darüber hinaus verlangten die Forschungsorganisationen, als Partner in der Wissenschaftspolitik akzeptiert und vor allen einschlägigen Entscheidungen gehört zu werden. Der Historiker Thomas Stamm erkennt in dieser gemeinsamen Stellungnahme den »erste[n] Schritt der ›Großen Drei‹ auf dem Weg zu einer Allianz«. ⁴⁵⁸ Die MPG war die treibende Kraft, die in diese Richtung drängte. Ihre Führungsriege sah die Gründung eines westdeutschen Wissenschaftsministeriums äußerst kritisch,⁴⁵⁹ wollte jedoch den Bund als zunehmend wichtiger werdenden Geldgeber nicht verprellen. Deshalb entschloss man sich, einen Geleitzug mit den ande-

455 Zur Gründung des Wissenschaftsrats, seiner Zusammensetzung und seinen Aufgaben siehe *Bratz: Wissenschaftsrat*, S. 23–49. — Orth, *Autonomie und Planung*, 2011, 101–106. — Dazu und zu der Nominierung von Vertretern der Spitzenorganisationen der Wissenschaft siehe Niederschrift der 30. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 9. 1957 in Oberhausen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 30.VP, fol. 6–12. Insbesondere beklagte man in der MPG, »daß dem Wissenschaftsrat außer Präsident Hahn und Vizepräsident Kuhn keine Persönlichkeit aus dem Verwaltungsrat und der Verwaltung der Max-Planck-Gesellschaft angehört.«

456 Siehe dazu ausführlich Andreas Stucke: *Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1993. — Zur Person des Ministers siehe Walter Henkels: *99 Bonner Köpfe*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1965, 158–160.

457 So etwa Gerhard Hess an Helmut Coing vom 21. 6. 1957, in: DFG Archiv, Aktenzeichen 6, Bd. 1. Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Vanessa Osganian. — Niederschrift der 30. Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. 9. 1957 in Oberhausen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 30.VP, fol. 6–12.

458 Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, 1981, 238.

459 Ganz eindeutig war die Haltung der MPG in dieser Frage allerdings nicht. So hieß es im Senat, »daß es ein gefährlicher Weg sein könnte, ein Forschungsministerium beim Bund zu schaffen, obgleich wir der Meinung waren, die Interessen der Forschung sollten im Kabinett nachhaltiger vertreten sein.« Niederschrift der 44. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1963 in Freiburg im Breisgau, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP, fol. 250.

ren wichtigen Wissenschaftsorganisationen zu bilden, um der Bonner Initiative gemeinsam entgegenzutreten. Nachdem Atomminister Balke seine Pläne »zur Errichtung eines Forschungsministeriums im Besprechungskreis Wissenschaftspolitik der Max-Planck-Gesellschaft vorge-tragen« hatte, beschloss der Zirkel um Butenandt,

daß die Max-Planck-Gesellschaft zu der Frage, ob in Deutschland ein besonderes Forschungsministerium benötigt wird oder nicht, von sich aus nicht Stellung nehmen sollte, sondern mit der Forschungsgemeinschaft und der Rektorenkonferenz Einigkeit anzustreben sei. In mehrfachen Gesprächen mit den Herren Hess und Leussink kamen wir zu der Auffassung, daß wir die Gründung eines Forschungsministeriums nicht unterstützen sollten.⁴⁶⁰

Daraufhin beschloss der MPG-Senat, »die damit zusammenhängenden Probleme weiter zwischen Forschungsgemeinschaft, Rektorenkonferenz, Max-Planck-Gesellschaft und dem Präsidenten des Wissenschaftsrats« zu besprechen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Bildung der »Allianz« als direkte Reaktion auf die Offensive des Bundes in der Forschungspolitik, die noch auf anderem Wege zur Festigung dieses Bündnisses beitrug: nämlich durch die Einberufung wissenschaftlicher Beratergremien, in denen ebenfalls die Präsidenten der Forschungsorganisationen saßen. Sie trafen sich »in regelmäßigen Abständen, um wissenschaftspolitische Grundsatzfragen zu diskutieren«.⁴⁶¹ Unmittelbar nachdem Gerhard Stoltenberg zum Wissenschaftsminister der großen Koalition ernannt worden war,⁴⁶² lud er die Vorsitzenden der vier großen Wissenschaftsorganisationen »zu einem ausführlichen Meinungsaustausch« ein.⁴⁶³ Bei diesem Treffen äußerte Stoltenberg den Wunsch, »die vier Herren der Wissenschaftsorganisationen in regelmäßigem Abstand bei sich zu sehen, um laufend über Probleme der Wissenschaftspolitik zu sprechen«.⁴⁶⁴ Dieser Wunsch ging in Erfüllung.⁴⁶⁵ Dies stärkte die zunehmende Vernetzung innerhalb des westdeutschen Forschungssystems und seine korporatistischen Strukturen, die im internationalen Vergleich als Besonderheit erscheinen. Die Harmonisierung der Interessen unter den Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft in der Bundesrepublik gelang auch deswegen so reibungslos,

460 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 219. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

461 Niederschrift der 41. Sitzung des Senats vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 15.

462 Zu Stoltenberg siehe Tim Schanetzky: Stoltenberg, Gerhard. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 25. Berlin: Duncker & Humblot 2013, 425–426. — Siehe auch das Portrait seines Parteifreundes Wolfgang Börnsen: *Fels oder Brandung? Gerhard Stoltenberg – Der verkannte Visionär*. St. Augustin: Siegler 2004.

463 Im Vorfeld hatten die Präsidenten von DFG, MPG, WRK und Wissenschaftsrat dem Bundeskanzler schriftlich ihre »Vorschläge hinsichtlich der Zuständigkeiten des Wissenschaftsministeriums unterbreitet«. Niederschrift der 52. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 359.

464 Niederschrift der 52. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 359.

465 Über die erste dieser nun regelmäßig erfolgenden Besprechungen mit dem frischgebackenen Minister konnte Butenandt dem Senat bereits in dessen nächster Sitzung Bericht erstatten. Niederschrift über die 53. Sitzung des Senats vom 11. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 94–96.

weil dabei die Mitglieder einer kleinen, untereinander bestens vernetzten Gruppe miteinander agierten. Die Zeit- und Wissenschaftshistorikerin Karin Orth analysiert die personelle Zusammensetzung dieses Führungszirkels folgendermaßen: »Die Spitzenfunktionäre der, rechnet man den Wissenschaftsrat hinzu, vier großen Wissenschaftsorganisationen rekrutierten sich aus einem kleinen Reservoir von Personen, der Wechsel in gleicher oder ähnlicher Funktion in eine der anderen Institutionen war häufig.«⁴⁶⁶ Die wenigen Angehörigen dieser Wissenschafts-
aristokratie konnten sich relativ leicht auf ein gemeinsames Vorgehen gegen den Bund einigen, als dieser seine Kompetenzen und seinen Einfluss im Bereich der Wissenschaft auszubauen versuchte. Schließlich ging es dabei nicht zuletzt darum, die eigenen Handlungsspielräume in der Forschungspolitik zu verteidigen.

466 Orth, *Autonomie und Planung*, 2011, 111–112.

3. Die Herausforderungen des Wachstums

Im Zuge des enormen Wachstums, das sie in den langen 1960er Jahren erlebte, wandelte die MPG ihr Gesicht stärker als jemals zuvor oder danach. Wie wir gesehen haben, nutzte die MPG dieses Wachstum, um in neue, zukunftsfähige Forschungsfelder einzusteigen und sich als *die* außeruniversitäre Institution der Grundlagenforschung in Westdeutschland zu profilieren. Dieses Wachstum eröffnete der MPG jedoch nicht nur ungeahnte Chancen, die sie beherzt ergriff. Es schuf auch neue Probleme, die gelöst werden mussten. Zum einen galt es, sich den Entwicklungen der Wissenschaft(en) anzupassen, die seit den 1930er Jahren gravierende Veränderungen durchlaufen hatten. Der Trend in Richtung *Big Science*⁴⁶⁷ stellte das »Harnack-Prinzip« in Frage und betraf somit den organisatorischen Kern der MPG als Nachfolgeorganisation der KWG. Zum anderen musste die MPG ihr Verhältnis zu ihren Financiers – also Bund und Ländergemeinschaft – klären und dabei darauf bedacht sein, trotz zunehmender finanzieller Abhängigkeit von der öffentlichen Hand ein Höchstmaß an Autonomie in der Forschungspolitik zu bewahren.

3.1 Die Öffnung der MPG in Richtung Großforschung

3.1.1 Der Trend zu *Big Science*

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchliefen die Naturwissenschaften gravierende Veränderungen. Die Forschung expandierte in ungeahnte Dimensionen, sie wurde zunehmend aufwändiger und komplexer organisiert. Die Zeiten, in denen kleine Labors ausgereicht hatten, um bahnbrechende Entdeckungen zu machen, gingen in vielen Wissenschaftsbereichen zu Ende oder waren bereits vorbei. Teure und technologisch immer anspruchsvollere Forschungsapparate wie Teilchenbeschleuniger, Elektronenmikroskope, Radioteleskope oder Trägerraketen stellten mehr und mehr die Voraussetzung dar, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu produzieren, die die Forschung im internationalen Maßstab voranbrachten. Die gewachsenen apparativen Voraussetzungen und die zunehmende Spezialisierung in den einzelnen Forschungsfeldern und ihren Teilbereichen gingen einher mit einem stark steigenden Personalbedarf. Das betraf nicht nur Techniker, die die komplizierten Maschinen in den Forschungseinrichtungen entwickelten und bedienten.⁴⁶⁸ Idealtypisch gesprochen, traten an die Stelle des einzelnen Genies, das einsam und weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit in seinem

467 Zum Begriff sowie zu den Ursprüngen von Big Science und ihren Ausprägungen siehe Peter Galison: *The Many Faces of Big Science*. In: Peter Galison und Bruce W. Hevly (Hg.): *Big Science. The Growth of Large-Scale Research*. Stanford, CA: Stanford University Press 1992, 1–17. — Den deutschen Terminus »Großforschung« prägte Wolfgang Cartellieri, der einflussreiche Staatssekretär im BMWF. Wolfgang Cartellieri: *Die Großforschung und der Staat*. In: Bundesminister für wissenschaftliche Forschung (Hg.): *Die Projektwissenschaften*. München: Gersbach & Sohn 1963, 3–16. — Zu den Charakteristika der Großforschung siehe Helmuth Trischler: *Wachstum – Systemnähe – Ausdifferenzierung. Großforschung im Nationalsozialismus*. In: Brigitte Kaderas und Rüdiger vom Bruch (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner 2002, 241–252.

468 Siehe dazu, am Beispiel des IPP, Balcar, *Instrumentenbau*, 2018, 26–28.

Labor geforscht hatte, zunehmend größer werdende Forschergruppen, die unterschiedliches Expertenwissen kombinierten und nur gemeinsam – als inter- bzw. transdisziplinär operierendes Team – international beachtete Forschungserfolge erzielen konnten.⁴⁶⁹ »Moderne Forschung kann nur dann wirksam werden«, so formulierte es Adolf Butenandt einmal vor dem MPG-Senat, »wenn die Anzahl der bearbeiteten Arbeitsrichtungen verwandter Gebiete sowie die Anzahl und Größe der Arbeitsgruppen eine ›kritische‹ Grenze überschreiten«. ⁴⁷⁰

In der MPG wurde diese Entwicklung allgemein als Zäsur empfunden, jedoch unterschiedlich bewertet: Während eine ältere Generation von Wissenschaftlern der alten Zeit nachtrauerte, begrüßten jüngere Forscher den Trend in Richtung Teamwork. Wolfgang Gentner, seit 1958 Gründungsdirektor des *MPI für Kernphysik* in Heidelberg, vertrat die Ansicht, dass damit »eine neue Ära des wissenschaftlichen Lebens angebrochen« sei.⁴⁷¹ »Die unerhörte Expansion der naturwissenschaftlichen Forschung, die wir in unserer Generation erleben, führt zu einer Revolution in der Struktur der Forschung selbst und ihren Arbeitsstätten.«⁴⁷² Es war vor allem die ungeheure Dynamik des Wandels, die Gentner und andere entweder faszinierte oder besorgte. »Die Gelehrtenstube, wie wir sie noch aus unserer Studentenzeit kannten, das physikalische Kabinett unserer vorigen Generation, ist dem Mammutinstitut mit hunderten oder tausenden von Mitarbeitern gewichen.«⁴⁷³ Gentner illustrierte den damit verbundenen Wandel in der wissenschaftlichen Vorgehensweise an zwei prominenten Beispielen: Wilhelm Conrad Röntgen und Ernest Rutherford, »beide Pioniere der modernen Physik, doch beide grundverschieden in ihrer Arbeitsweise und ihren Veranlagungen.«⁴⁷⁴ Röntgens Entdeckung der nach ihm benannten Strahlen war für Gentner die »Entdeckungsgeschichte eines typischen Einzelgängers«, die »heute nach fast 70 Jahren kaum noch denkbar« sei, »weil es keine Experimente zu großen Entdeckungen mehr gibt, die einer allein experimentell aufbaut, ganz allein bedient, allein alle Messungen ausführt und allein richtig deutet«. ⁴⁷⁵ Das von Rutherford geleitete *Cavendish-Laboratorium* sei dagegen schon früh ein Magnet für »die besten Leute aus aller Welt« gewesen,⁴⁷⁶ die dort im Team bahnbrechende Entdeckungen in der Erforschung des Atomkerns machten, die sie nur als Team hätten machen können. Dass es dazu heute keine Alternative mehr gebe, verdeutlichte Gentner am Beispiel der Erforschung der Elementarteilchen:

469 Zu dieser Entwicklung allgemein siehe Peter Burke: *Die Explosion des Wissens. Von der Encyclopédie bis Wikipedia*. Übersetzt von Matthias Wolf. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2015.

470 Niederschrift der 61. Sitzung des Senats vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 20.

471 Wolfgang Gentner: Individuelle und kollektive Erkenntnissuche in der modernen Naturwissenschaft. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1–2 (1965), 74–85, Zitat: 74.

472 Gentner, Erkenntnissuche, 1965, 74–85, Zitat: 83.

473 Gentner, Erkenntnissuche, 1965, 74–85, Zitat: 75.

474 Gentner, Erkenntnissuche, 1965, 74–85, Zitat: 77.

475 Gentner, Erkenntnissuche, 1965, 74–85, Zitat: 78.

476 Gentner, Erkenntnissuche, 1965, 74–85, Zitat: 79.

Auf solch einem komplizierten Neuland ist es notwendig, die ganze Breite der menschlichen Intelligenz einzusetzen, um vorwärts zu kommen, und das ist nicht unbedingt allein ein überragendes Genie. Oft wird man mit einer Gemeinschaft von ausgezeichneten Forschern weiterkommen, weil man sich darin durchaus sowohl einige geniale Käuze als auch ausgezeichnete Techniker leisten kann und dadurch den Spielraum der menschlichen Intelligenz viel besser ausnützt.⁴⁷⁷

Gentner verband diese Analyse mit einem Frontalangriff auf das altherwürdige »Harnack-Prinzip«, denn Teamwork in der Forschung bedinge auch ein anderes Leitungsprinzip in den neu entstandenen Großforschungseinrichtungen: »An der Spitze eines derartigen Forschungszentrums steht nämlich nicht ein einsamer Rutherford, sondern ein Komitee.«⁴⁷⁸ Als konkretes Beispiel führte der Kernphysiker das in Genf beheimatete Forschungszentrum CERN an, an dem er selbst in leitender Funktion – als Direktor der Abteilung Synchro-Zyklotron und Forschungsdirektor – tätig gewesen war.⁴⁷⁹

In der Tat bewirkte die Veränderung der Forschung, die sich – vor allem in den Naturwissenschaften – als Potenzierung des Maßstabs der Forschung begreifen lässt, auch in der MPG einen fundamentalen Strukturwandel. Der Historiker Winfried Schulze spricht in diesem Zusammenhang vom »Übergang von der Förderung von Personen zur Förderung von Programmen, Projekten oder Großvorhaben [...], die direkt auf gesellschaftliche Bedürfnisse reagieren sollten.«⁴⁸⁰ In der MPG führte der Trend in Richtung Großforschung zudem zur Abkehr von den klassischen, relativ kleinen Kaiser-Wilhelm-Instituten, die nach dem »Harnack-Prinzip« von einem einzigen Direktor geleitet worden waren. An ihre Stelle traten zunehmend mittelgroße, aus mehreren Abteilungen bestehende und von einem Direktorenkollegium gemanagte Institute. Das betraf nicht allein Forschungsstätten, die im Zuge des Wachstums der MPG neu geschaffen wurden. Die MPG wuchs nämlich in den langen 1960er Jahren nicht nur durch die Gründung neuer Institute, sondern auch durch den Ausbau bzw. die Erweiterung bereits bestehender Forschungseinrichtungen, die weitere Abteilungen erhielten. Dies verstärkte wiederum den Trend zu kollegial geleiteten Instituten.

Zahlen, die diese Entwicklung eindrücklich untermauern, präsentierte Adolf Butenandt der Bremer Hauptversammlung im Jahr 1972 bei seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt. Er erläuterte den Mitgliedern, »daß sich auch die Struktur der Institute der Max-Planck-Gesellschaft in den letzten Jahren sehr gewandelt habe. Während im Jahr 1950 von 34 Instituten drei in Abteilungen bzw. in Teilinstitute untergliedert gewesen und kollegial geleitet worden seien,

477 Gentner, Erkenntnissuche, 1965, 74–85, Zitat: 82.

478 Gentner, Erkenntnissuche, 1965, 74–85, Zitat: 80.

479 Daten zur Biographie von Wolfgang Gentner finden sich in: Max-Planck-Gesellschaft: Jahresbericht 1981 und Jahresrechnung 1980. Nachrufe. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 2 (1982), 51–55.

480 Winfried Schulze: Vom Retter zum Helfer. *Wissenschaft und Wirtschaft* 2 (2010), 40–45, Zitat: 42.

seien 1960 von 40 Instituten 21 und 1972 von 52 Instituten 40 untergliedert gewesen.«⁴⁸¹ Der Strukturwandel in der MPG nahm also bereits in den 1950er Jahren Fahrt auf, um in den 1960er Jahren noch stärker an Dynamik zu gewinnen. Mehr als alles andere begünstigte die Satzungsreform des Jahres 1964, mit der neue Leitungsformen auf Institutsebene offiziell eingeführt worden waren, »die Entwicklung neuer Institutsstrukturen in der Max-Planck-Gesellschaft, insbesondere die Ausbildung kollegialer Leitungen in den Instituten.«⁴⁸² Der scheidende Präsident begründete den Trend zu kollegial geleiteten Forschungseinrichtungen denn auch damit, »daß die Max-Planck-Gesellschaft sehr früh den Weg eingeschlagen habe, übergroße Verantwortungsbereiche aufzugliedern. Wenn im Einzelfall für die wissenschaftliche Aufgabenstellung ein größerer Rahmen erforderlich werde«, erläuterte Butenandt, »so werde eine kollegiale Leitung vorgesehen.«⁴⁸³ Auf diese Weise vollzog die MPG zugleich weitgehend geräuschlos einen Anpassungsprozess an die Arbeitsorganisation der Forschung in den Vereinigten Staaten, die sich damals bereits durch ein Department-System auszeichnete.

Eine andere wesentliche Folge des Trends in Richtung Großforschung bestand in der dramatischen Verteuerung der Forschung.⁴⁸⁴ Die MPG machte dabei keine Ausnahme. »Wir müssen uns damit abfinden«, seufzte Otto Hahn vor den auf der Hauptversammlung des Jahres 1959 in Saarbrücken zusammengekommenen Mitgliedern der MPG, »daß heute die Forschung sehr viel teurer ist als in früheren Zeiten!«⁴⁸⁵ Als Beispiele führte der MPG-Präsident Forschungsarbeiten zur Kernfusion, zur Radio- und Strahlenchemie und zur Strahlenbiologie an. In anderen Äußerungen wurde es konkreter. »Was die apparative Ausstattung der naturwissenschaftlichen Institute betrifft«, führte Atomminister Siegfried Balke vor dem Senat aus, »so könne man nichts daran ändern, daß z. B. ein mittlerer Beschleuniger den Umfang einer mittleren Fabrik erreicht und dementsprechende Kosten verursacht.«⁴⁸⁶ Hahns Nachfolger Adolf Butenandt erklärte der

481 Max-Planck-Gesellschaft: Jahresbericht 1971. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1972), 242–245, 245.

482 Max-Planck-Gesellschaft: Änderung der Satzung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1972), 245–248, 245–246. — Zur Satzungsreform von 1964 siehe Kapitel 4.2. — 1964, im Jahr der Satzungsreform, wurde allerdings noch »die Mehrzahl der MPG-Institute von einem Direktor geleitet«, wie Hans Dölle ausführte. »Das ist eine Folge der geschichtlichen Entwicklung sowie des schon in der KWG befürworteten und – soweit möglich – befolgten Postulats, um *einen* geeigneten Forscher ein Institut ›herumzubauen.« Hans Dölle: *Erläuterungen zur Satzung der MPG vom 3. 12. 1964*. Herausgegeben von Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1965, 78–79, Hervorhebung im Original.

483 Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht 1971, 1972, 242–245, 245.

484 Aus der zeitgenössischen Literatur siehe beispielsweise Walther Gerlach: Über die Kosten der modernen naturwissenschaftlichen Forschung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft* Heft 1 (1956), 23–32.

485 Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache von Otto Hahn auf der Hauptversammlung der MPG 1959 in Saarbrücken. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1959), 250–257, 254. — Rede des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., Herrn Professor Dr. Otto Hahn, zur Hauptversammlung in Saarbrücken am 4. 6. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 40.VP, fol. 55.

486 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 118. — Die Verteuerung der Forschung, gerade im Bereich der Kernforschung, zeitigte auch Folgen für die Struktur der Einnahmen der MPG. 1959 mussten die Länder eine im Durchschnitt 12-prozentige Erhöhung der Zuschüsse an die Max-Planck-Institute stemmen, die vor allem auf »die hohen und steigenden laufenden Zuschüsse für die Kern-

1962 in Düsseldorf tagenden Hauptversammlung bei der Vorstellung des Jahresberichts 1961, »daß die Forschungskosten in einem Maße angestiegen sind, wie man es noch vor einem Jahrzehnt nicht für möglich gehalten hätte.«⁴⁸⁷ Der dramatisch gestiegene Finanzbedarf machte neue Wege in der Forschungsfinanzierung erforderlich: Da privates Mäzenatentum, das vor dem Zweiten Weltkrieg noch rund die Hälfte des Budgets der KWG getragen hatte, schlicht nicht mehr in der Lage war, die nunmehr erforderlichen hohen Summen für internationale Spitzenforschung aufzubringen, musste der Staat mehr und mehr in die Rolle des Financiers der Forschung schlüpfen.⁴⁸⁸ Das führte zur »Verstaatlichung« der Kosten für die Wissenschaft, die indes nicht allein von den (National-)Staaten alimentiert wurde, sondern mehr und mehr auch von der sich seit den späten 1940er Jahren herausbildenden westeuropäischen Staatengemeinschaft.⁴⁸⁹ Aufgrund der weitgehenden Abhängigkeit von der öffentlichen Hand verfolgten Großforschungsprojekte in erster Linie Ziele, die als politisch bzw. gesellschaftlich relevant galten und – zumindest perspektivisch – ökonomisch verwertbar zu sein versprachen. So formierte und institutionalisierte sich Großforschung im Dreieck aus Staat, Wirtschaft und Wissenschaft.⁴⁹⁰

Der Trend zur Großforschung stellte ein allgemeines Charakteristikum der Naturwissenschaften im 20. Jahrhundert dar, besonders ausgeprägt war er in der Physik und hier vor allem in der Kernphysik.⁴⁹¹ Nicht zufällig läutete das »Manhattan Project« den Übergang zur *Big Science* ein. Im Rahmen dieses Projekts hatten in den Vereinigten Staaten zwischen 1942 und 1945 mehr als 150.000 Menschen – unter ihnen herausragende Wissenschaftler aus vielen Teilen der Welt – unter strengster Geheimhaltung an der Entwicklung und dem Bau der Atombombe gearbeitet, was Gesamtkosten von über 1,9 Milliarden Dollar verursachte.⁴⁹² An dieser Waffentechnologie hatte sich zur gleichen Zeit auch das NS-Regime versucht und zu diesem Zweck die führenden Kernphysiker, die noch in Deutschland verblieben waren, zusammengezogen. Allerdings hatte

forschungsinstitute« zurückzuführen war. Zur Begründung dieses Kraftakts hieß es: »Die Länder möchten nicht den Atomminister bitten, die laufenden Zuschüsse dieser Institute seinerseits zu übernehmen, so lange die Länder die Kosten tragen können; ein hochherziger Entschluß der Länder, der mit einem starken Griff in die Tasche der Länder verbunden ist.« Ebenda, fol. 190. Es sollte sich allerdings bald zeigen, dass die Länder nicht mehr in der Lage waren, diese exorbitanten Kosten dauerhaft zu tragen. Bereits beim 1960 gegründeten IPP übernahm der Bund den Löwenanteil der Investitionsmittel. Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.1.2. und 3.2.2.

487 Max-Planck-Gesellschaft: Hauptversammlung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1962), 126–133, 128–129.

488 Das konstatierte bereits, nicht ohne auf die Nachteile gegenüber der vormaligen Mischfinanzierung der KWG zu verweisen, Mitte der 1950er Jahre ein Mitarbeiter aus der Generalverwaltung. Hans Seeliger: Verwaltung der Max-Planck-Gesellschaft. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1955), 14–25.

489 Siehe dazu Hans Ballreich: Forschungsförderung durch die Europäischen Gemeinschaften. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1959), 304–312.

490 Siehe dazu Szöllösi-Janze und Trischler, *Entwicklungslinien*, 1990, 13–20, vor allem 14.

491 So etwa der Max-Planck-Gesellschaft: Jahresbericht 1959/60. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1960), 297–305, 305.

492 Bruce Cameron Reed: *The History and Science of the Manhattan Project*. Berlin: Springer 2014, 1. doi:10.1007/978-3-642-40297-5. Die Summe von 1,9 Milliarden Dollar entspricht, umgerechnet auf das Jahr 2014, einem Betrag von 25,8 Milliarden Dollar.

das »Dritte Reich« nie über ausreichende materielle und geistige Ressourcen verfügt, um eine solche Waffe zu entwickeln. Zudem setzten Hitler und seine Paladine nicht so sehr auf die Atombombe als »Wunderwaffe«, sondern auf die Entwicklung der Raketentechnologie, die in Gestalt der »V-1« und »V-2« London und weite Teile Sünglands in Angst und Schrecken versetzten, indes am Ausgang des Krieges nichts änderten.⁴⁹³ Auch aufgrund dieser Schwerpunktsetzung gelang dem »Uranverein« bis Kriegsende nicht einmal die Konstruktion eines Atomreaktors, der eine stabile Kettenreaktion auslösen konnte.⁴⁹⁴

Angesichts der 1945 von den Alliierten verhängten Forschungsverbote wuchs der Rückstand, den die deutsche Kernforschung im Vergleich zur US-amerikanischen aufwies, weiter an. Doch auch gegenüber der sowjetischen, englischen und französischen Atomforschung geriet die Bundesrepublik immer mehr ins Hintertreffen. Um auf diesem Gebiet abermals den Anschluss an das Weltniveau zu finden, mussten gewaltige Ressourcen bereitgestellt werden, über die allein der Staat verfügte. Konkret war dies der Bund, denn die Ländergemeinschaft, die im Rahmen des Königsteiner Abkommens die MPG, die DFG und weitere überregional bedeutsame Forschungsinstitute finanzierte,⁴⁹⁵ war dazu nicht in der Lage. Dem Bund bescherte dies einen erheblichen Zuwachs an Kompetenzen im Bereich der Forschung, wie Margit Szöllösi-Janze und Helmut Trischler betonen: »Über die Förderung der Kernforschung in den Zentren bekam der Bund einen wichtigen und prestigeträchtigen Bereich der Forschungspolitik in seinen Einflußbereich.«⁴⁹⁶ Der Wiedereinstieg in die Atomforschung bedeutete für Westdeutschland zugleich den Einstieg in die Großforschung – und damit auch des Bundes in die Forschungsfinanzierung. In den Worten Wolfgang Gentners war in der Kernphysik die »Zeit der Konquistadoren, als man mit einer Hand voll Menschen ein Königreich erobern konnte«, nach 1945 vorüber.⁴⁹⁷ An die Stelle der Großordinarien traten Großinstitute mit riesigen Apparaturen und einem Heer von Beschäftigten. Aus dieser Entwicklung resultierte in der Bundesrepublik die Gründung des *Kernforschungszentrums Karlsruhe*, der *Kernforschungsanlage Jülich* und des *Deutschen Elektrosynchrotrons* (DESY) in Hamburg. Diese hatten zwar die Gestalt privatrechtlich verfasster Gesellschaften, wurden aber gemeinsam von Bund und Ländern finanziert, wobei der finanzkräftigere Bund wegen des rapide steigenden Finanzbedarfs schnell ein Übergewicht gewann.⁴⁹⁸

493 Heinz Dieter Hölsken: *Die V-Waffen. Entstehung – Propaganda – Kriegseinsatz*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1984.

494 Zum Uranverein und seiner Verbindung zum KWI für Physik siehe Mark Walker: *Eine Waffenschmiede? Kernwaffen- und Reaktorforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik*. Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«, 26. Berlin: Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«. Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2005.

495 Zum Königsteiner Abkommen und zur Finanzierung der MPG und anderer Forschungseinrichtungen durch die westdeutsche Ländergemeinschaft siehe Balcar, *Ursprünge*, 2019, 91–103. — Kurt Pfuhl: Das Königsteiner Staatsabkommen. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1 (1959), 285–294. — Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 98–111.

496 Szöllösi-Janze und Trischler, *Entwicklungslinien*, 1990, 13–20, 16.

497 Gentner, *Erkenntnissuche*, 1965, 74–85, 81–82.

498 Dazu Szöllösi-Janze und Trischler, *Entwicklungslinien*, 1990, 13–20, 14–16.

3.1.2 Die Gründung des IPP

Von dem Trend in Richtung Großforschung blieb auch die MPG nicht unberührt, schon weil sich mit Werner Heisenberg der einflussreichste Organisator der deutschen Atomforschung in ihren Reihen befand.⁴⁹⁹ Heisenberg war es gewesen, der Adenauer bereits vor der Aufhebung der alliierten Forschungsverbote immer wieder gedrängt hatte, die der Bundesrepublik verbliebenen Spielräume in der Kernforschung konsequenter zu nutzen. Der Kanzler, der darüber keinen Konflikt mit den Besatzungsmächten riskieren wollte, hatte dieses Ansinnen jedoch zunächst abgelehnt, obwohl er sich selbst von der Kernenergie durchaus fasziniert zeigte.⁵⁰⁰ Wie bereits ausgeführt, entschied die Bundesregierung schließlich – zur großen Enttäuschung Heisenbergs, der sich für München stark gemacht hatte –, die geplante große Kernforschungsanlage in Karlsruhe anzusiedeln.⁵⁰¹ Heisenberg hatte indes noch ein zweites Eisen im Feuer: Neben der Kernspaltung rückte zunehmend die Kernfusion in den Fokus der Forschung, versprach diese Technologie doch eine einfach zu erschließende und schier unendliche Energiequelle – immer vorausgesetzt, es gelänge, das gasförmige Plasma einzuschließen und stabil zu halten. Gegenüber der Kernspaltung wies die Kernfusion zwei weitere große Vorteile auf: Erstens fielen kaum verstrahlte Rückstände an, zweitens stand hier die Forschung international noch ganz am Anfang.⁵⁰² Deutschland musste auf diesem Gebiet keinen größeren Rückstand aufholen, sondern konnte rasch zur Spitzengruppe aufschließen, wenn man nur nicht den Zeitpunkt für den Einstieg in diese Variante der Atomforschung verpasste.

Werner Heisenberg verstand es geschickt, diesen Umstand gegenüber der Bundesregierung gebührend hervorzuheben. Im Oktober 1956 betonte er in einem Schreiben an Franz Josef Strauß, der damals noch den Posten des Bundesatomministers bekleidete: »Das experimentelle und theoretische Studium der genannten Vorgänge ist überall noch sehr jung, so daß wir uns von Deutschland aus noch mit einer vernünftigen Aussicht auf Erfolg in die internationale Konkurrenz einschalten können.«⁵⁰³ Siegfried Balke, der Nachfolger von Strauß als Bundesatomminister, bewilligte Anfang März 1957 die Summe von 500.000 DM »für den Aufbau einer theoretischen und experimentellen Arbeitsgruppe« am *MPI für Physik und Astrophysik*, um die Fusionsforschung in der Bundesrepublik anzukurbeln.⁵⁰⁴ Heisenberg hatte diese Entscheidung nicht erst abgewartet, sondern umgehend gehandelt. Bereits im November 1956 war am *MPI für*

499 Siehe Mark Walker: *German National Socialism and the Quest for Nuclear Power 1939–1949*. Cambridge: Cambridge University Press 1989, 95. — Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010.

500 Hermann, *Werner Heisenberg*, 1976, 102. — Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, 1991, 334.

501 Heisenberg, *Der Teil und das Ganze*, 2017, 256–258. — Siehe dazu ausführlich Kapitel 1.4.

502 Siehe dazu beispielsweise Max-Planck-Gesellschaft: Hauptversammlung. Ansprache unseres Präsidenten Professor Hahn. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1958), 216–224, 222–224.

503 Werner Heisenberg an Franz Josef Strauß vom 10. 10. 1956, Anlage: Pläne für Arbeiten auf dem Gebiet der thermodynamischen Reaktionen am Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen bzw. München, undatiert, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 1, 11–14, Zitat: 12.

504 Siegfried Balke an Werner Heisenberg vom 1. 3. 1957, in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 2, 15–16, Zitat: 16.

Physik und Astrophysik eine von Arnulf Schlüter geleitete »Arbeitsgruppe Plasmaphysik« eingerichtet worden, die sich mit dem Problem der kontrollierten Kernfusion beschäftigte.⁵⁰⁵ Nach dem Ausscheiden von Wirtz und seiner Arbeitsgruppe, die Ende März 1957 nach Karlsruhe an die neugegründete Kernforschungsanlage wechselten, avancierte der Forschungsbereich Kernfusion zunehmend zum Schwerpunkt der Arbeit des *MPI für Physik und Astrophysik*. Wichtige Weichenstellungen brachte die zweite Genfer Atomkonferenz vom Herbst 1958: Erstens hoben die führenden Atomkräfte die Geheimhaltung für die Fusionsforschung auf, so dass die ebenso überraschte wie erfreute Scientific Community mit einem Mal Einblick in die Experimente nicht nur der Amerikaner, sondern auch der Sowjets und der Briten bekam. Zweitens erhielten die Erwartungen auf eine baldige Entwicklung eines Fusionsreaktors einen merklichen Dämpfer. Dies führte – drittens – dazu, die Fusionsforschung wieder sehr viel stärker als Grundlagenforschung zu betrachten und anzugehen, was wiederum in einer Reihe von Ländern den Anstoß gab, bestehende Forschungen auszuweiten oder aber ganz neu aufzunehmen.⁵⁰⁶

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung stellten Ludwig Biermann, Gerhart von Gierke,⁵⁰⁷ Werner Heisenberg und Arnulf Schlüter, allesamt Wissenschaftliche *Mitglieder des MPI für Physik und Astrophysik*, und dessen Leitender Ingenieur Karl-Heinz Schmitter (1920–1999) sowie Ewald Fünfer,⁵⁰⁸ der an der TH München eine einschlägige Arbeitsgruppe leitete, im Mai 1959 beim *Bundesministerium für Atomenergie und Wasserwirtschaft* einen förmlichen »Antrag auf die Errichtung eines Forschungszentrums Garching zum Studium der kontrollierten thermonuklearen Fusion«. ⁵⁰⁹ Der *Gutachterausschuss Plasmaphysik* – eine von Carl Friedrich von Weizsäcker geleitete Arbeitsgruppe des *Arbeitskreises II/3 Kernphysik* der *Deutschen Atomkommission* – befürwortete den Antrag nachdrücklich und sprach sich zugleich dafür aus, »die geplante Fusionsforschungsanlage wegen ihrer Größenordnung, wegen der speziellen Zielsetzung sowie wegen der geplanten engen Zusammenarbeit zwischen dem Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik, der Universität München und der Technischen Hochschule München nicht als neues Institut im Verband der Max-Planck-Gesellschaft« zu gründen.⁵¹⁰ Auf dieser Grundlage

505 Siehe Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1298.

506 Siehe Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, 79–84. — Ingrid von Stumm: *Kernfusionsforschung, politische Steuerung und internationale Kooperation. Das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) 1969–1981*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1999, 304–306.

507 Friedrich Wagner: Gerhart von Gierke. *Physics Today* 57/7 (2004), 80. doi:10.1063/1.1784319.

508 Isabella Milch: Persönliches. Zum Tode von Ewald Fünfer. *Physik Journal* 51/10 (1995), 965–965. doi:10.1002/phbl.19950511014.

509 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1298. — Der Antrag vom 17. 6. 1959, der Kosten für die Ausbaustufe I und den Beginn der Ausbaustufe II auf 9,22 Mio. DM bezifferte, ist abgedruckt bei Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 6, 35–53.

510 Stellungnahme des Gutachterausschusses Plasmaphysik zu den Plänen für den Aufbau einer größeren Fusionsforschungsanlage in Garching bei München vom 23. 6. 1959, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 7, 55–58, Zitat: 58.

stimmte auch das Bundesatomministerium dem Antrag zu,⁵¹¹ die förmliche Genehmigung eines Bundeszuschusses in Höhe von 9.457.000 DM erfolgte noch am selben Tag.⁵¹²

Während es der Führungsspitze der MPG relativ mühelos gelang, die Bundesregierung von der Notwendigkeit des raschen Einstiegs in die Kernfusion zu überzeugen, traf sie innerhalb der MPG auf hartnäckigen Widerstand. Sollte man sich wirklich darauf einlassen, riesige Forschungsstätten in die MPG aufzunehmen und damit den Pfad der KWG verlassen, auf dem man bisher so erfolgreich gewandelt war? Es gab nicht wenige, die diese Frage verneinten. Im Lager der KWG-Traditionalisten standen so angesehene Senatoren wie Otto Warburg oder Georg Schreiber, und sogar Präsident Hahn tendierte in diese Richtung.⁵¹³ Eine Öffnung zur Großforschung befürworteten dagegen besonders nachdrücklich Werner Heisenberg und seine Unterstützer, zu denen nicht nur Bundesatomminister Siegfried Balke zählte, sondern auch die beiden einflussreichen Generalsekretäre der MPG, Otto Benecke und Ernst Telschow. Zum offenen Streit zwischen Gegnern und Befürwortern des Einstiegs der MPG in die Großforschung kam es in der Sitzung des Senats am 3. Juni 1959. Er entzündete sich an Fragen des Haushalts, weil die teure Kernforschung eine regelrechte Kostenexplosion bewirkte. Die Traditionalisten nutzten die Angst der bereits bestehenden Forschungseinrichtungen, im Falle eines Einstiegs der MPG in die Großforschung die vorhandenen Ressourcen mit den neuen Instituten teilen zu müssen. Schreiber wies »auf das schwierige Problem hin, daß die in Zukunft immer weiter gesteigerten Forschungsaufgaben, vor allem auf dem Atom-Gebiet, Kosten großen Ausmaßes erfordern werden.«⁵¹⁴ In dieselbe Kerbe schlug Schatzmeister Hermann Reusch,⁵¹⁵ der deswegen forderte: »Das Prinzip der Gesellschaft müsse noch stärker als bisher in Zukunft lauten: die Mittel zum Ausbau der vorhandenen Institute einzusetzen und größte Beschränkung bei der Aufnahme neuer Institute sich aufzuerlegen.«⁵¹⁶ Daraufhin ergriff Heisenberg das Wort. In seiner Erwiderung betonte er, dass die Forschungsförderung »in allen Ländern einen Strukturwandel« durchmache, der zur Gründung »sehr große[r] Forschungsinstitutionen« führe, »in denen umfangreiche technische Anlagen für spezielle Forschungsziele eingesetzt werden können«. Als Beispiele führte der seinerzeit bereits in München ansässige Atomforscher »die Reaktorstation in Karlsruhe« und »die große Beschleunigerstation ›DESY‹ in Hamburg« an, um

511 Vermerk des Bundesatomministeriums vom 28. 10. 1959 betr. Bundeszuschuß für den Aufbau einer größeren Fusionsforschungsanlage in Garching bei München, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 8, 59–63.

512 Siegfried Balke an die Generalverwaltung der MPG vom 28. 10. 1959 betr. Bundeszuschuß zum Aufbau einer größeren Fusionsforschungsanlage in Garching bei München, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 9, 63–64.

513 »Es gibt auch noch etwas anderes als die Team-Arbeit. Es gibt den stillen Forscher und es gibt den Eigenbrötler [...]. Es gibt neben den Fortschritten der Zivilisation auch eine Kultur, die wir verteidigen müssen«, hatte Hahn der MPG bereits 1956 ins Stammbuch geschrieben. Max-Planck-Gesellschaft: Hauptversammlung. Ansprache unseres Präsidenten Professor Hahn. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1956), 178–189, 187.

514 Niederschrift der 33. Sitzung des Senats vom 3. 6. 1959 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 185–186.

515 Werner Bühner: Reusch, Karl Hermann. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 457–458.

516 Niederschrift der 33. Sitzung des Senats vom 3. 6. 1959 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 186.

dann hinzuzufügen, dass demnächst »in Garching bei München [...] eine Anlage für technische Fusionsforschung errichtet« werde. »Die Max-Planck-Gesellschaft müsse hier die wichtige und für ihre Zukunft folgenschwere Entscheidung treffen, ob sie sich an der Errichtung solcher Forschungszentren beteiligen wolle oder ob diese modernen technischen Forschungseinrichtungen außerhalb ihres Kreises gegründet werden sollen.«⁵¹⁷

Damit stellte Heisenberg den Senat der MPG vor eine Wahl, die die weitere Entwicklung der Gesellschaft und ihre Stellung im westdeutschen Wissenschaftssystem entscheidend bestimmen würde.⁵¹⁸ Es spricht Bände über die Governance der MPG, dass der Senat nun, da er vor die Wahl gestellt war, nicht etwa zur Abstimmung schritt, sondern die Vorbereitung der eigentlichen Abstimmung an eine kleine Kommission delegierte, der Heisenberg, Rajewsky, Schreiber, Benecke und Telschow sowie ein »Vertreter des Bundesministeriums für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft« angehörten. Heisenberg begründete dieses Vorgehen damit, dass die MPG »in den vergangenen 10 Jahren zunächst den zweiten Weg begangen«, also bei der Gründung von Großforschungseinrichtungen eher abseits gestanden habe und eine so weitreichende Entscheidung wie die jetzt zu treffende gut vorbereiten müsse.⁵¹⁹ Die Senatskommission »Strukturwandel« trat am 11. November 1959 unter dem Vorsitz von Werner Heisenberg in München zusammen,⁵²⁰ doch nach Karnevalsscherzen war niemandem zumute. Eingangs stellten die versammelten Herren fest, »daß die fortwährende Komplizierung des Forschungsablaufs, die Notwendigkeit, immer umfangreichere Investitionen vorzunehmen, besondere organisatorische Aufgaben für die Forschung aufgeworfen« habe.⁵²¹ Das gelte jetzt bereits für die Kernforschung, doch werde sich »dieser Prozeß entsprechend auch noch auf anderen Wissenschaftsgebieten vollziehen«. ⁵²² In der zentralen Frage einigte sich die Kommission darauf, »daß die Max-Planck-Gesellschaft elastisch genug sein muß, um wissenschaftlich wirklich bedeutende Einrichtungen betreuen zu können, auch wenn sie – gemessen an dem Institutstyp, der bei der Gründung

517 Niederschrift der 33. Sitzung des Senats vom 3. 6. 1959 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 186–187.

518 Heisenbergs zentrale Rolle bei der Aufnahme von Großforschungseinrichtungen bzw. des IPP in die MPG betont Carson, Heisenberg als Wissenschaftsorganisator, 2005, 214–222, 219. — Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 264–266.

519 Niederschrift der 33. Sitzung des Senats vom 3. 6. 1959 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 187–188.

520 An der Sitzung nahmen Butenandt, Heisenberg, Rajewsky, Schreiber und Telschow teil. Für das Bundesatomministerium war Hocker anwesend, Ballreich vertrat den verhinderten Benecke. Telschow trug die Niederschrift der Sitzung im Wortlaut in der Senatssitzung am 27. 11. 1959 vor, sie wird im Folgenden nach diesem Protokoll zitiert. — Das Protokoll findet sich auch in den Unterlagen des MPG-Verwaltungsrats: Niederschrift der Sitzung der Senatskommission »Strukturwandel« am 11. 11. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 41.VP, fol. 20–23. — Niederschrift über die Sitzung der Senatskommission »Strukturwandel« am 11. 11. 1959, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 10, 65–67. — Eine Kurzbiographie des Biophysikers Boris Rajewsky bei Alexander Kaul: Rajewsky, Boris. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 125–126.

521 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 119. — Niederschrift über die Sitzung der Senatskommission »Strukturwandel« am 11. 11. 1959, abgedruckt in Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 10, 65–67, hier 65.

522 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 119. — Niederschrift über die Sitzung der Senatskommission »Strukturwandel« am 11. 11. 1959, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 10, 65–67, hier 65.

der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ins Auge gefaßt worden war – atypisch sind«. ⁵²³ Butenandt erläuterte diese Position, die er vollumfänglich teilte, wenig später in seiner Antrittsrede vor dem Wissenschaftlichen Rat der MPG. Methoden und Instrumente der Forschung hätten sich seit der Gründung der KWG »stark gewandelt«, so Butenandt.

Große Instrumente, etwa Teilchen-Beschleuniger in der kernphysikalischen Forschung, ziehen einen umfangreichen technischen Apparat nach sich; es entstehen Forschungseinrichtungen, die den herkömmlichen Rahmen sprengen. Gleiches geschieht in viel grundsätzlicherer Bedeutung, wenn ein Forschungsziel nur durch Zusammenarbeit sehr verschiedener Fachrichtungen angebar ist, die von einem einzelnen Gelehrten nicht mehr überschaubar sind. ⁵²⁴

Deswegen könne die Größe und der Finanzbedarf eines Instituts nicht länger das Kriterium für eine Aufnahme in die MPG sein, argumentierte der MPG-Präsident.

Wir werden nach gewissenhafter Prüfung jedes Einzelfalls auch solche Großinstitute aufnehmen oder an die Max-Planck-Gesellschaft angliedern müssen. Würden wir aus Traditionsbewußtsein nur die alten Formen pflegen, so würden wir dem sich vollziehenden Strukturwandel in der modernen Forschungsmethodik nicht gerecht. Die Zukunft unserer Gesellschaft fordert von uns, daß wir nicht ähnliche Fehler begehen, wie sie einst die Wissenschaftlichen Akademien – wohl doch zu ihrem Schaden – begangen haben. ⁵²⁵

Um den Traditionalisten eine Brücke zu bauen, verwies Telschow darauf, »daß es bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bereits einen Parallellfall gegeben habe«. Als seinerzeit »die Luftfahrtforschung in schnellem Tempo aufgebaut werden sollte«, sei die *Aerodynamische Versuchsanstalt* aus der KWG ausgegliedert und in eine »eigene Rechtsform« überführt worden. »Hierbei sei aber durch Personalunion in der Leitung dafür gesorgt worden, daß der wissenschaftliche Kontakt erhalten blieb«. ⁵²⁶

523 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 120. — Niederschrift über die Sitzung der Senatskommission »Strukturwandel« am 11. 11. 1959, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 10, 65–67, hier 66.

524 Max-Planck-Gesellschaft: Zweite Sitzung des Wissenschaftlichen Rates. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1960), 257–265, 260–261.

525 Max-Planck-Gesellschaft, Zweite Sitzung, 1960, 257–265, 261.

526 Niederschrift der 33. Sitzung des Senats vom 3. 6. 1959 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 187. — Zur *Aerodynamischen Versuchsanstalt* siehe Florian Schmaltz: Vom Nutzen und Nachteil der Luftfahrtforschung im NS-Regime. Die Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen und die Strahltriebwerksforschung im Zweiten Weltkrieg. In: Christine Pieper und Frank Uekötter (Hg.): *Vom Nutzen der Wissenschaft. Beiträge zu einer prekären Beziehung*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010, 67–113. — Walter Wuest: *Sie zähmten den Sturm. Zur Geschichte der AVA, einem der Forschungszentren der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Göttingen*. 2. Aufl. Göttingen: Verlag Göttinger Tageblatt 1991.

Das Vorbild der AVA stand schließlich auch für das Modell Pate, mit dem das IPP in die MPG integriert werden sollte. Die Senatskommission »Strukturwandel« plädierte dafür, das neue Institut – »trotz der unmittelbaren arbeitsmäßigen Verbindung des Vorhabens Garching mit dem Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik« – als eigenständige Forschungseinrichtung mit eigener Rechtsfähigkeit und Satzung ins Leben zu rufen, zugleich aber »im Verband der Max-Planck-Gesellschaft zu belassen«.⁵²⁷ Als Grund, das Institut »organisatorisch, aber nicht wissenschaftlich« vom *MPI für Physik und Astrophysik* zu trennen, führte die Kommission Haftungsfragen und die internationale Zusammenarbeit – insbesondere mit EURATOM – ins Feld.⁵²⁸ Über den konkreten Fall hinausweisend, stellte die Kommission fest, »daß die moderne Forschungsentwicklung und die in ihr begründeten strukturellen Veränderungen es unter Umständen erforderlich machen, daß die Max-Planck-Gesellschaft künftig auch solche Forschungseinrichtungen und Forschungsvorhaben in ihren Betreuungskreis aufnimmt, die ihrem Volumen nach über dem der herkömmlichen Institute der Gesellschaft liegen«.⁵²⁹ Nach nochmaliger eingehender Debatte, in der im Wesentlichen die bereits bekannten Argumente ein weiteres Mal ausgetauscht wurden, nahm der Senat der MPG die Vorschläge der Kommission am 27. November 1959 einstimmig an.⁵³⁰

Bereits in der darauffolgenden Senatssitzung konnte Telschow vermelden, dass die Anlauffinanzierung des neuen Instituts durch einen Zuschuss des Bundesatomministeriums von fast 9,5 Millionen DM in den Rechnungsjahren 1959 und 1960 grundsätzlich gesichert erschien, während die Finanzverhandlungen mit der Ländergemeinschaft und mit EURATOM noch liefen.⁵³¹ Auch die Standortfrage war mittlerweile geklärt, nachdem der Freistaat Bayern der MPG geeignetes Gelände in der Gemeinde Garching im Norden von München zum Kauf angeboten hatte. Damit wurde das IPP zum Nachbarn des kleinen Leichtwasser-Versuchsreaktors, den die bayerische Staatsregierung als Ausfluss ihrer eigenständigen Atompolitik bereits 1958 in Garching in Betrieb genommen hatte. Das kleine und vormals beschauliche Bauerndorf beschrift damit den Weg eines drastischen sozioökonomischen Strukturwandels, der es schließlich zur

527 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 207. — Niederschrift über die Sitzung der Senatskommission »Strukturwandel« am 11. 11. 1959, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 10, 65–67, hier 66.

528 Siehe dazu auch Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, 132.

529 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 207. — Niederschrift über die Sitzung der Senatskommission »Strukturwandel« am 11. 11. 1959, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 10, 65–67, hier 66–67.

530 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 211. — Siehe dazu auch Hans Ballreich an den Bundesminister für Atomenergie und Wasserwirtschaft vom 2. 4. 1960 betr. Kernfusionsforschungszentrum Garching bei München, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 11, 68–69.

531 Niederschrift der 35. Sitzung des Senats vom 16. 3. 1960 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 35.SP, fol. 323–324. — Zu den Einwänden und Bedenken der MPG bei diesen Vertragsverhandlungen siehe Niederschrift über die Sitzung der Senatskommission EURATOM zur Prüfung des eventuellen Abschlusses eines Zusammenarbeitsvertrages mit EURATOM am 12. 7. 1960, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 13, 77–79.

»Stadt der Wissenschaft« führen sollte.⁵³² Zudem war es Heisenberg gelungen, den in Verwaltungsfragen mit allen Wassern gewaschenen Ernst Telschow, der nach dem Erreichen der Pensionsgrenze aus seiner Funktion als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der MPG ausgeschieden war, als Geschäftsführer des neuen Instituts zu gewinnen. Es geht zwar aus den Akten nicht direkt hervor, doch dürfte gerade diese Personalie manchem Traditionalisten die Zustimmung leichter gemacht haben. Jedenfalls beschloss der Senat schließlich ohne Gegenstimme »die Errichtung des ›Instituts für Plasmaphysik GmbH in der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften« in Garching bei München und ermächtigt den Verwaltungsrat, Gründung und Satzung für das Institut vorzubereiten.«⁵³³ Die formelle Gründung des *Instituts für Plasmaphysik*, das sich unter dem Kürzel IPP national und international schon bald einen Namen machen sollte, erfolgte daraufhin am 28. Juni 1960, und zwar in der Rechtsform einer GmbH, die beim Amtsgericht München in das Handelsregister eingetragen wurde; als Gesellschafter fungierten die MPG und Werner Heisenberg.⁵³⁴ Damit vollzog die MPG den Einstieg in die Großforschung.

Mit der Gründung des IPP war der Streit, ob auch die Großforschung in der MPG ihren Platz haben sollte oder nicht, einstweilen entschieden. Für die nächsten zwanzig Jahre gehörte die »Großforschungsfähigkeit« gewissermaßen zum Markenkern der MPG, auch wenn mittelgroße Institute ihr Charakteristikum blieben. Stimmen wie die von Otto Warburg, der noch 1966 davor warnte, »sich zu sehr den amerikanischen Methoden anzupassen« und dafür das Helmholtzsche Motto »Der Fortschritt der Wissenschaft wird auf einsamen Spaziergängen gemacht« ins Feld führte,⁵³⁵ wurden nur noch vereinzelt laut, um bald ganz zu verstummen. Die Führungsriege reagierte nunmehr regelrecht empfindlich, wenn der MPG die Fähigkeit zur Integration der Großforschung abgesprochen wurde. Als Staatssekretär Wolfgang Cartellieri Ende 1963 öffentlich darüber rasonierte, »wie wenig die in Deutschland geläufigen Organisationsformen geeignet sind, die mit der Großforschung auftauchenden organisatorischen und sonstigen Probleme zu bewältigen«, ⁵³⁶ läuteten in der MPG-Spitze die Alarmglocken. »Dieser Aufsatz hat bei uns deshalb Besorgnis ausgelöst«, erläuterte Präsident Butenandt dem Senat, »weil man ihm entnehmen konnte, die Max-Planck-Gesellschaft sei als eingetragener Verein

532 Siehe dazu ausführlich Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 209–227. — Zum Garchinger Versuchsreaktor siehe Eckert, *Das ›Atomei‹*, 1989, 74–95.

533 Niederschrift der 35. Sitzung des Senats vom 16. 3. 1960 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 35.SP, fol. 328.

534 Gesellschaftsvertrag und Satzung des Instituts für Plasmaphysik GmbH vom 28.6. bzw. 30. 6. 1960, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 12, 69–76. — Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, 133–135. — Die MPG und Heisenberg teilten sich die Anteile an der GmbH im Verhältnis 20 zu 3. Susan Boenke: *Das Institut für Plasmaphysik zwischen Bund, Ländern und Max-Planck-Gesellschaft*. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 99–116, hier 102.

535 Niederschrift der 53. Sitzung des Senats vom 11. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 163.

536 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 171. — Cartellieri, *Großforschung*, 1963, 3–16. — Zur Person siehe Cartellieri, Wolfgang. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 32. Ravensburg 1969. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000008898>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

nicht geeignet, Großforschungsinstitute zu tragen.«⁵³⁷ In der Tat plädierte Cartellieri für eine neue Organisationsform für die Großforschung, »weil großen Forschungsanlagen nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine politische Bedeutung zukommt«. Alle an der Großforschung Beteiligten – namentlich Bund, Länder, Wirtschaft und Wissenschaft – sollten deswegen »in ein echtes Partnerschaftsverhältnis geführt« werden. Unschwer konnte man hinter diesem Vorstoß die Zielsetzung erkennen, den Einfluss der Politik – und konkret des Bundes – auf die Forschung zu vergrößern, wobei die Großforschung als Hebel diene. Dem galt es aus Sicht der MPG, einen Riegel vorzuschieben. Butenandt führte gegen Cartellieri ins Feld,

daß das bei der Max-Planck-Gesellschaft entwickelte Partnerschaftsverhältnis für die Forschung fruchtbarer ist als jede neue Konstruktion. Das Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat geschieht bei uns im Senat, Verwaltungsrat und in den Institutskuratoren. Auf diese Weise ist das Zusammenwirken intensiver als bei einem nach Kapitalanteilen gequoteten Verhältnis, bei dem die Wissenschaftler wahrscheinlich immer benachteiligt sind. Die Wissenschaftler aber müssen in der Lage sein, ihre Arbeit nach eigenen Erwägungen zu bestimmen und die Auswahl des Personals, einschließlich des Verwaltungspersonals, vorzunehmen.⁵³⁸

Diesem Eigenlob der Governance schloss sich auch Werner Heisenberg an, der betonte, »daß Großinstitute mit Grundlagenforschung den besten Platz in der Max-Planck-Gesellschaft haben«. Lediglich »für Großinstitute anderer Arbeitsrichtung, z. B. Zweckforschung« sollten seiner Auffassung nach »andere Organisationsformen geschaffen werden.«⁵³⁹ In diesem Fall ging es nicht nur darum, die außeruniversitäre Grundlagenforschung als exklusives Betätigungsfeld für die MPG zu sichern, sondern um die Zukunft der Wissenschaftsorganisation. Denn der Staat zeigte sich nunmehr in Gestalt des Bundes bereit, riesige Summen in die Großforschung zu intensivieren, und die MPG wollte von diesem Kuchen ein Stück abbekommen. »Wir sind überzeugt«, erläuterte Butenandt dieses Kalkül, »daß wir den Weg in die Großforschung gehen müssen, weil sonst die Möglichkeiten der Max-Planck-Gesellschaft beschnitten werden.«⁵⁴⁰

Zwar folgte dem IPP unmittelbar keine weitere Gründung eines Großforschungsinstituts im Rahmen der MPG, dennoch blieb es in zweierlei Hinsicht keine Eintagsfliege. Zum einen führte

537 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 171. Die folgenden beiden Zitate finden sich ebenda, fol. 171–172.

538 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 172. — Zu Cartellieris Vorstoß und der anschließenden Debatte siehe Szöllösi-Janze, Arbeitsgemeinschaft, 1990, 140–160, 149–151. — Siehe dazu auch Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 103–104.

539 Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 164.

540 Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 165. — Butenandt höchstselbst verfasste sogar einen Aufsatz unter dem Titel »Großforschung in der Bundesrepublik Deutschland«, in dem er die Eignung der MPG als Träger für Großforschungseinrichtungen abermals unterstrich. Veröffentlicht wurde das Manuskript jedoch allem Anschein nach nicht. Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 104, Anm. 12.

die Satzungsänderung von 1964 die kollegiale Leitung von Max-Planck-Instituten ein, was vor dem Hintergrund der traditionellen Kaiser-Wilhelm-Institute, die nach dem »Harnack-Prinzip« von einem einzigen Direktor geleitet worden waren, eine bahnbrechende Neuerung darstellte.⁵⁴¹ Zum anderen begann in der MPG Mitte der 1960er Jahre die Planung von drei Instituten, die als landesweite Zentren in ihren Forschungsfeldern konzipiert und deutlich größer angelegt waren als die typischen Kaiser-Wilhelm- bzw. späteren Max-Planck-Institute.

3.1.3 Forschungszentren für die Bundesrepublik

Der Trend zur Großforschung veränderte nicht nur die Wissenschaften selbst, sondern auch die gesamte Wissenschaftslandschaft. Angesichts der skizzierten Entwicklung stellte 1966 nach der MPG auch der *Wissenschaftsrat* fest: »Der wachsende Aufwand für die Forschung habe zur Folge, daß alle Forschungseinrichtungen an Umfang gegenüber früheren Vorstellungen erheblich zunehmen. Es sei daher nicht möglich, die Größe eines Instituts zum Kriterium dafür zu machen, ob es innerhalb einer Hochschule oder rechtlich und organisatorisch von ihr getrennt bestehen soll.«⁵⁴² Bereits 1960 hatte der *Wissenschaftsrat* Empfehlungen für die Schwerpunktbildung an Hochschulen ausgesprochen, die nun an Aktualität gewannen. Ein »Kriterium zur Schwerpunktbildung« bestand im »Vorhandensein verwandter Einrichtungen außerhalb der Hochschule am Ort oder in räumlicher Nähe«, wobei die Max-Planck-Institute »in dieses Verbundsystem der Forschung einbezogen werden« sollten.⁵⁴³ Dem konnte und wollte sich die MPG nicht entziehen. Sie ging nämlich ab Mitte der 1960er Jahre selbst dazu über, drei für ihre Verhältnisse große Institute auf den Weg zu bringen, in denen sie ihre Aktivitäten auf Forschungsfeldern, die für besonders wichtig und zukunftssträftig erachtet wurden, bündeln und räumlich konzentrieren wollte. Dabei handelte es sich um das *MPI für Biochemie* in Martinsried, das *MPI für biophysikalische Chemie* in Göttingen und das *MPI für Festkörperforschung* in Stuttgart.

Das *MPI für Biochemie*, das seine neue Heimstätte in Martinsried bei München fand, ging aus der Zusammenlegung von drei zuvor selbständigen Instituten hervor, von denen bereits die Rede war: das ursprüngliche *MPI für Biochemie*, das bereits 1912 als Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin gegründet worden und 1944 zunächst nach Tübingen und später nach München übersiedelt war, das *MPI für Eiweiß- und Lederforschung*, das nach langer Odyssee 1954 zunächst in Regensburg und später in München ein Domizil gefunden hatte, und das 1956 in München gegründeten *MPI für Zellchemie*.⁵⁴⁴ 1965 waren die Fusionspläne für die drei Institute, die sich ähnlichen

541 Siehe dazu Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 10 und 91–93.

542 Niederschrift der 54. Sitzung des Senats vom 22. 6. 1966 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 54.SP, fol. 221.

543 Niederschrift der 54. Sitzung des Senats vom 22. 6. 1966 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 54.SP, fol. 222.

544 Siehe den Überblick bei Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 187–210. — Im Rahmen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« arbeitet Jeffrey A. Johnson momentan über die biochemische Forschung in der MPG, wobei er auch die Gründungsgeschichte des *MPI für Biochemie* in Martinsried behandelt.

Forschungsproblemen widmeten, soweit gediehen, dass der Senat beschließen konnte: »In München ist geplant und mit den betreffenden Herren abgestimmt, daß die genannten Institute der biochemischen Arbeitsrichtung in einem Institut aufgehen, das den Arbeitstitel Biochemisches Zentrum trägt«, erläuterte Butenandt. «Das Gesamtinstitut gliedert sich in etwa 10 bis 12 selbständige Abteilungen, denen die derzeitigen Direktoren und die Wissenschaftlichen Mitglieder der Institute vorstehen.»⁵⁴⁵ Der Senat segnete die Dreierfusion in seiner Sitzung am 12. März 1965 ab, gleichzeitig beschloss er den Erwerb der dafür nötigen Grundstücke in Martinsried. Der Präsident führte dazu aus:

Der Generalverwaltung ist es bereits gelungen, in unmittelbarer Nachbarschaft des Großklinikums der Universität – etwa 15 km vom Stadtzentrum Münchens entfernt – ein Gelände von 35 ha als Vorbehaltsgelände der Max-Planck-Gesellschaft ausweisen zu lassen. Die für die Errichtung des genannten Gesamtinstituts benötigten Grundstücke sind schon erworben; sie haben eine Fläche von rd. 10 ha und kosteten 6,5 Millionen DM. Es ist also auch für eine künftige Entwicklung ausreichend.⁵⁴⁶

Allerdings traten bei der Realisierung des Projekts Schwierigkeiten auf, die kaum beherrschbar erschienen, da sie außerhalb der MPG lagen. So kam es wiederholt zu Verzögerungen beim Bau des benachbarten Großklinikums der *Ludwig-Maximilians-Universität München* in Großhadern, ohne den ein Institutsneubau im abgelegenen Martinsried keinen Sinn machte. »Inzwischen sind Schatten auf dieses Projekt dadurch gefallen, daß der Bau des Großklinikums der Medizinischen Fakultät in München erneut (zum drittenmal seit dem Sommer 1966!) ernstlich gefährdet scheint«, klagte Butenandt im Juni 1967 vor dem Senat. »Da unsere Planung in Martinsried auf die Errichtung des unmittelbar benachbarten Klinikums abgestellt ist, bedeutet jede Verzögerung in der Errichtung des Großklinikums eine solche in der Errichtung des biochemischen Zentrums.«⁵⁴⁷ Das Problem bestand darin, dass das Baugelände seinerzeit noch weitgehend unerschlossen war und beispielsweise noch nicht über einen Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr verfügte. Der Bau einer U-Bahn bis nach Großhadern war damals noch Zukunftsmusik und sollte es noch Jahrzehnte bleiben; die zur Olympiade von 1972 in Betrieb genommene Linie endete einstweilen im Münchner Stadtteil Sendling, etliche Kilometer von Martinsried entfernt. Ähnlich sah es bei der Energie-, Wasser- und Abwasserversorgung aus. Es ging jedoch um mehr als um die Schaffung einer Infrastruktur, die sowohl das Klinikum der

545 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 273.

546 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 272–273. — Siehe dazu auch Niederschrift der 56. Sitzung des Senats vom 10. 3. 1967 in Kassel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 56.SP, fol. 305. — Der niedersächsische Rechnungshof übte vorsichtige Kritik am Erwerb des riesigen Geländes, weil das *MPI für Eiweiß- und Lederforschung* gerade erst einen Neubau in München erhalten habe. Butenandt rechtfertigte dies damit, dass die MPG hier »zu sehr günstigen Bedingungen eine Vorratswirtschaft betreiben könne«, was der Senat der MPG unter Zustimmung der Vertreter von Bund und Ländern explizit befürwortet habe. Vermerk vom 08. 06. 1966 betr. Besprechung mit dem niedersächsischen Rechnungshof am 01. 06. 1966 über das Ergebnis der Prüfung des Generalrechnungsabschlusses 1964 (gez. Kätsch), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 444, fol. 318.

547 Niederschrift der 57. Sitzung des Senats vom 08. 06. 1967 in Kiel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 57.SP, fol. 230–231.

LMU als auch das biochemische Zentrum der MPG nutzen sollten. Die beiden Bauprojekte hingen auch inhaltlich, also in wissenschaftlicher Hinsicht, eng zusammen:

Unsere gemeinsam mit der Medizinischen Fakultät entwickelte Planung in Martinsried kann nicht isoliert als Errichtung eines neuen Max-Planck-Instituts gesehen werden, sondern beinhaltet die Gründung eines Schwerpunktes biochemisch-medizinischer Forschung in München, der von den Max-Planck-Instituten und den Einrichtungen der Universität gemeinsam getragen werden soll. Die Errichtung des biochemischen Zentrums in Martinsried ohne benachbartes Großklinikum ist weder sachlich noch finanziell (gemeinsame Erschließung des Geländes und Energieversorgung) zu verantworten.⁵⁴⁸

Butenandt reagierte auf die neuerliche Verzögerung mit einem geharnischten Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel, in dem es heißt: «Sollte sich der Ministerrat wider Erwarten dazu entschließen, den Bau des Großklinikums erneut hinauszuschieben, so wäre die Medizinische Fakultät in Kürze zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.»⁵⁴⁹ Der MPG-Präsident ging sogar soweit, offen damit zu drohen, das prestigeträchtige Forschungsinstitut anderswo anzusiedeln: Falls die bayerische Staatsregierung den Klinikbau weiter verzögere, müsse sich die MPG »ernsthaft überlegen, das geplante Biochemische Zentrum in einem anderen Bundesland zu errichten und damit den für München vorgesehenen Schwerpunkt der Medizinischen Biochemie von hier abzuziehen.«⁵⁵⁰ Um dieser Drohung Nachdruck zu verleihen, verabschiedete der MPG-Senat eine entsprechende Presseerklärung, in der er seine »Bestürzung« darüber zum Ausdruck brachte,

daß die Zusage der Bayerischen Staatsregierung hinsichtlich des Baues und des bevorstehenden Baubeginns des Großklinikums München nicht mehr gesichert erscheint. Eine solche Entwicklung würde die Planung der Max-Planck-Gesellschaft in Martinsried in Frage stellen, da der Bau des Max-Planck-Instituts in engem sachlichen und wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Errichtung des Klinikums steht.⁵⁵¹

Dieses Vorgehen zeigte rasch Wirkung: »Das bayerische Parlament habe noch im Juni die Durchführung des Klinikprojektes in Großhadern beschlossen und das Kultusministerium habe Bauauftrag erteilt«, teilte Butenandt dem Senat bereits in seiner nächsten Sitzung erleichtert mit. »Damit könne nunmehr die Planung für das Biochemische Zentrum der Max-Planck-

548 Niederschrift der 57. Sitzung des Senats vom 8. 6. 1967 in Kiel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 57.SP, fol. 231.

549 Zitiert nach Niederschrift der 57. Sitzung des Senats vom 8. 6. 1967 in Kiel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 57.SP, fol. 232. — Zur Person siehe Karl-Ulrich Gelberg: Alfons Goppel (1905–1991). In: Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher (Hg.): *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*. Münster: Aschendorff 2001, 261–279. — Claudia Friemberger: *Alfons Goppel. Vom Kommunalpolitiker zum Bayerischen Ministerpräsidenten*. München: Hanns-Seidel-Stiftung 2001. — Stefan März: *Alfons Goppel. Landesvater zwischen Tradition und Moderne*. Regensburg: Verlag Friedrich Pustet 2016.

550 Zitiert nach Niederschrift der 57. Sitzung des Senats vom 8. 6. 1967 in Kiel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 57.SP, fol. 232.

551 Niederschrift der 57. Sitzung des Senats vom 8. 6. 1967 in Kiel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 57.SP, fol. 233.

Gesellschaft in Martinsried wieder mit Nachdruck vorangetrieben werden.«⁵⁵² Nun ging alles recht schnell: 1969 begannen die Bauarbeiten, bereits 1972 nahmen die ersten der zunächst elf Abteilungen die Arbeit in den neuen Gebäuden auf, 1973 wurde das Institut feierlich eröffnet.⁵⁵³

Etwas weniger turbulent verlief die Gründungsgeschichte des *MPI für biophysikalische Chemie*. Den Nukleus dieses Instituts verkörperte das 1948 in Göttingen gegründete *MPI für physikalische Chemie*, das seit 1949 unter der Leitung Karl-Friedrich Bonhoeffers stand.⁵⁵⁴ Als Bonhoeffer 1957 unerwartet früh verstarb, übernahm Carl Wagner die Leitung des Instituts, das seinerzeit aus vier Abteilungen bestand. Um neben der Dynamik chemischer auch die biologischer Prozesse erforschen zu können, wovon man sich ein besseres Verständnis der komplexen Vorgänge von Lebenszusammenhängen und von chemischen Reaktionssystemen versprach, legten Abteilungsleiter Manfred Eigen und Institutsdirektor Carl Wagner dem Senat der MPG ein Konzept vor, das auf Ideen Bonhoeffers zurückging. »Dr. Eigen hat im Einvernehmen mit Professor Wagner einen Plan für die künftige Entwicklung des Max-Planck-Instituts für physikalische Chemie ausgearbeitet«, heißt es dazu im Protokoll der Senatssitzung vom 12. März 1965. »Das geplante Zentrum soll danach seinen Schwerpunkt auf die biologisch-physikalisch-chemische Forschung verlagern.«⁵⁵⁵ Konzipiert war dieses Zentrum auf acht bis zehn Abteilungen, bei denen es sich »überwiegend um selbständige Abteilungen handeln« sollte, »denen je ein wissenschaftliches Mitglied vorsteht«.⁵⁵⁶ Eigens Plan sah Abteilungen für Chemische Kinetik, physikalische Chemie der Festkörper, Elektrochemie, theoretische Chemie, dynamische Biochemie und ein analytisches Labor vor. Zudem sollte die bereits bestehende Forschungsstelle für Spektroskopie, die aus Teilen des *KWI für Physik* entstanden war,⁵⁵⁷ in das Neuvorhaben einbezogen werden. Auch hier handelte es sich also um den Versuch, verwandte bzw. inhaltlich einander ergänzende Forschungsbereiche innerhalb der MPG in einem Zentrum zu konzentrieren, um auf diese Weise nicht zuletzt die Interdisziplinarität der Forschungen an Max-Planck-Instituten zu stärken.

Die Klärung der Standortfrage fiel auch in diesem Fall leicht, da alle Beteiligten in Göttingen bleiben wollten. Ein geeignetes Gelände, am Osthang des Leinetals unterhalb des Ortsteils Nikolausberg auf dem Faßberg gelegen, fand sich bald. Es befand sich in unmittelbarer Nachbarschaft des Neubaugebiets der Göttinger Universität. Wie in Martinsried sollte also auch in Göttingen ein am Stadtrand gelegener Campus entstehen, der Universität und MPG miteinander

552 Niederschrift der 58. Sitzung des Senats vom 24. 11. 1967 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 58.SP, fol. 411.

553 Zur Institutsgeschichte siehe Achim Trunk: Max-Planck-Institut für Biochemie Berlin-Martinsried. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 266–275. — Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 187–210.

554 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 290–303. — James et al., *Hundert Jahre*, 2011, 149–154.

555 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 322.

556 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 323.

557 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 320.

verband und Möglichkeiten zu enger Kooperation schuf – ein Anliegen, das für die MPG zunehmend an Bedeutung gewann. »Das Forschungszentrum soll auf einem zu diesem Zweck bereits gekauften Grundstück errichtet werden, das ca. 17 ha groß ist und etwa 2 Millionen DM gekostet hat.«⁵⁵⁸ Weit kostspieliger waren die neu zu errichtenden Gebäude. »Eine Kostenschätzung, die anhand eines detaillierten Raumprogramms vorgenommen wurde, ergab Gesamtbaukosten von 57 Millionen DM; mitberücksichtigt sind dabei bereits die zentralen Einrichtungen, die für ein solches Zentrum notwendig sind, wie Werkstatt, Mensa, Bibliothek usw.«⁵⁵⁹ Zur Rechtfertigung der hohen Kosten diente auch, dass die neuen Gebäude nicht allein das *MPI für biophysikalische Chemie* aufnehmen sollten. »In die Raumplanung sind die Generalverwaltung und die Otto-Hahn-Bibliothek einbezogen worden, weil diese voraussichtlich im Laufe der Jahre aus der Bunsenstraße weichen müssen.«⁵⁶⁰ Dass Butenandt schon zu dieser Zeit die Verlagerung der Generalverwaltung nach München betrieb und zu diesem Zweck über die Bereitstellung weiterer Räumlichkeiten in der Residenz verhandelte, blieb hier unerwähnt. Am 24. November 1970 beschloss der Senat, das *MPI für physikalische Chemie* mit dem *MPI für Spektroskopie* zusammenzulegen. Das daraus hervorgegangene neue Institut trug ab dem 1. Januar 1971 die offizielle Bezeichnung *MPI für biophysikalische Chemie (Karl-Friedrich-Bonhoeffer-Institut)*. Die feierliche Einweihung des Institutszentrums in Göttingen-Nikolausberg, dessen Bau im Mai 1968 begonnen worden war und das mit Gesamtkosten von über 62 Millionen DM zu Buche geschlagen hatte, fand – als eine der letzten Amtshandlungen Adolf Butenandts als MPG-Präsident – am 10. Mai 1972 statt. Das Institut beherbergte neben dem *MPI für biophysikalische Chemie* auch die rechtlich selbständige *Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung Göttingen mbH* und die *Otto-Hahn-Bibliothek*.⁵⁶¹ Dadurch konnte Göttingen seine Stellung als eines der Zentren der MPG festigen, obwohl die Generalverwaltung wie auch das *MPI für Physik* mittlerweile komplett nach München übersiedelt waren.

Die Gründung des *MPI für Festkörperforschung* schließlich folgte drei Impulsen: Den ersten Ausgangspunkt markierte »eine von zehn Universitätsprofessoren erarbeitete Denkschrift zur Förderung der Festkörperphysik, die 1963 der Deutschen Forschungsgemeinschaft übergeben wurde.«⁵⁶² Zu den Verfassern zählten Alfred Seeger vom *MPI für Metallforschung* und Carl Wagner vom *MPI für physikalische Chemie*.⁵⁶³ Die DFG wandte sich daraufhin an die MPG und bat um Stellungnahme. Weitere Denkschriften folgten, »die sich mit dem Rückstand der deutschen Forschung auf dem Gebiet der Halbleiterphysik und der Forschung mit hohen Magnet-

558 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 323.

559 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 323.

560 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 323.

561 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 302–303. — Max-Planck-Gesellschaft: Einweihung des Max-Planck-Instituts für biophysikalische Chemie (Karl-Friedrich-Bonhoeffer-Institut) in Göttingen. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1972), 337–357.

562 Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 189.

563 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 506.

feldern, das sind Teilgebiete der Festkörperphysik, beschäftigen.«⁵⁶⁴ Die wichtigste dieser Denkschriften hatte Hans-Joachim Queisser, der später zum Direktor am *MPI für Festkörperforschung* berufen werden sollte,⁵⁶⁵ 1966 gemeinsam mit seinen Kollegen Dietrich Geist und Gottfried Landwehr verfasst.⁵⁶⁶ Darin kam der Versuch jüngerer deutscher Festkörperphysiker zum Ausdruck, mit der Gründung eines Zentralinstituts in der Bundesrepublik nicht nur ihren Forschungszweig, sondern auch die eigene Stellung zu stärken, um ihre in den USA gemachten Erfahrungen – Queisser hatte seit 1958 unter anderem bei der *Shockley Transistor Corp.*, im kalifornischen Palo Alto und bei den *Bell Telephone Labs* in Murray Hill/New Jersey gearbeitet – auch hierzulande umsetzen zu können.⁵⁶⁷

Zweitens standen die Überlegungen zur Gründung eines Instituts für Festkörperforschung im Rahmen der MPG »in Verbindung mit dem gemeinsam von Deutschland und Frankreich in Grenoble geplanten Höchstflußreaktor«. Involviert waren von deutscher Seite das Wissenschafts- und das Finanzministerium des Bundes, das *Kernforschungszentrum Karlsruhe*, Heinz Maier-Leibnitz von der TU München und die MPG. Zwar kam die MPG »wegen der Besonderheiten des Grenobler Projektes« nicht als »Träger dieses Vorhabens« in Frage, machte sich aber Hoffnungen, »ein deutsches Nebeninstitut in München« in ihre Reihen aufzunehmen, in dem »wesentliche Teile der wissenschaftlichen Arbeit [...] in Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Festkörperphysik und der Kernphysik durchgeführt werden« sollten.⁵⁶⁸ Allerdings stießen die Pläne der MPG nicht überall auf Gegenliebe. »Das Wissenschaftsministerium und das Kernforschungszentrum Karlsruhe stehen jedoch auf dem Standpunkt, daß das Nebeninstitut den gleichen Rechtsträger haben müsse wie das Hauptinstitut Grenoble«, berichtete Butenandt dem MPG-Senat. »Die Eingliederung dieses Nebeninstituts in die Max-Planck-Gesellschaft hätte jedoch den großen Vorteil, daß es organisatorisch und wissenschaftlich in einen größeren Rahmen eingebettet wäre; zugleich wäre für die Max-Planck-Gesellschaft eine gute Verbindung zu Grenoble hergestellt.«⁵⁶⁹ Zwar wusste zu diesem Zeitpunkt niemand, ob sich die MPG mit ihren Vorstellungen würde durchsetzen können, doch ließ sich die Führungsspitze durch diese Unsicherheit nicht beirren. »Unabhängig hiervon sollte unsere Kommission ihre allgemeinen Beratungen über die Ausgestaltung eines Instituts für Festkörperphysik fortsetzen.« Das Ziel lautete, »in enger Fühlungnahme mit Pro-

564 Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 189.

565 Eine Kurzbiographie Queissers findet sich auf der Internetseite der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, <https://www.bbaw.de/die-akademie/akademie-historische-aspekte/mitglieder-historisch/historisches-mitglied-hans-joachim-queisser-3139> (letzter Aufruf am 22. 7. 2020).

566 Siehe Karl Mannheim et al.: Nachruf auf Gottfried Landwehr. *Physik Journal* 12/4 (2013), 52.

567 Für diese Informationen danke ich meinem Kollegen Thomas Steinhauser, der im Rahmen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« unter anderem über die Materialwissenschaften in der MPG arbeitet.

568 Niederschrift der 53. Sitzung des Senats vom 11. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 159.

569 Niederschrift der 53. Sitzung des Senats vom 11. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 160.

fessor Maier-Leibnitz« eine »Koordination der festkörperphysikalischen Arbeiten in Deutschland zu erreichen«. ⁵⁷⁰

Hinzu kamen, drittens, massive Interessen der westdeutschen Industrie, die über größer werdende Rückstände gegenüber dem Ausland klagte. Es war der Vorstandsvorsitzende von *Siemens & Halske* bzw. der *Siemens AG*, Hans Kerschbaum, ⁵⁷¹ der dem Senat »den Notstand« schilderte, »der auf dem Gebiet der Festkörperphysik in Deutschland vorliegt«. »Anhand von Zahlen« zog Kerschbaum »eindrucksvolle Vergleiche [...] zu Amerika, Rußland, Japan und anderen europäischen Staaten«. Es sei »unbedingtes Erfordernis, daß die Grundlagenforschung außerhalb der Industrie verstärkt werden müsse, wenn Deutschland auf diesem Gebiet an Boden gewinnen wolle.« ⁵⁷² Diesem Drängen der Industrie sekundierte Staatssekretär Hans von Heppe aus dem Bundeswissenschaftsministerium mit dem Hinweis, »daß sein Vorgänger, Herr Cartellieri, wiederholt auf das große Interesse des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung an diesem Forschungszweig hingewiesen habe«. ⁵⁷³ Auch Ferdinand Trendelenburg, der Leiter des Forschungslaboratoriums der *Siemens-Schuckertwerke* in Erlangen, unterstrich »die dringend notwendige Errichtung des Instituts für Festkörperforschung« und kritisierte die Verzögerung des Unterfangens. »Eine sorgfältige Vorbereitung dieses großen Projekts sei zwar notwendig, andererseits dränge die Zeit, wenn Deutschland auf diesem Gebiet nicht hoffnungslos in den Hintergrund geraten wolle.« ⁵⁷⁴

Es herrschte also dringender Handlungsbedarf, darin waren sich alle Beteiligten einig. Daher kam sowohl die von der MPG eingesetzte Kommission, als auch die Chemisch-Physikalisch-Technische-Sektion schließlich zu dem Ergebnis, »daß eine Konzentration in der Festkörperforschung notwendig sei und daß hierzu am besten von der Max-Planck-Gesellschaft durch die Realisierung des vorgelegten Plans beigetragen werden könne«. ⁵⁷⁵ Dieser Plan ging auf die bei-

570 Niederschrift der 53. Sitzung des Senats vom 11. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 160.

571 Hans Kerschbaum (1902–1984) war nach dem Studium der Physik zunächst als Assistent am Physikalischen Institut der TU München tätig, ehe er 1929 als Assistent der Leitung des Zentrallaboratoriums zu Siemens & Halske wechselte. 1933 wurde er stellvertretender Leiter des Röhrenwerks, 1943 Vorstandsmitglied und Leiter des Funkwerks. Nach Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft nahm er seine Vorstandsmitgliedschaft wieder auf, wurde 1954 stellvertretender und 1956 Vorsitzender des Vorstands der Siemens & Halske AG. Nach der Fusion von Siemens & Halske, den Siemens-Schuckertwerken und den Siemens-Reiniger-Werken zur Siemens AG im Jahr 1966 gehörte Kerschbaum bis 1968 zum dreiköpfigen Vorstandspräsidium, anschließend rückte er in den Aufsichtsrat, dem er bis 1973 angehörte. Siemens: Unternehmen. Über uns. <https://new.siemens.com/global/de/unternehmen/ueber-uns/geschichte/personen/vorstandsvorsitzende-bis-1966/siemens-and-halske.html>. Zuletzt aufgerufen am 19. 11. 2019.

572 Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 190.

573 Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 190. — Zur Person siehe Heppe, Hans von. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 33. Ravensburg 1982. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000011566>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

574 Niederschrift der 57. Sitzung des Senats vom 08. 06. 1967 in Kiel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 57.SP, fol. 228. — Zur Person siehe Trendelenburg, Ferdinand. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 41. Ravensburg 1980. Internationales Biographisches Archiv. <https://www.munzinger.de/search/go/document.jsp?id=00000009216>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

575 Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 189.

den Gutachten zurück, die die Kommission bei Wilhelm Brenig (geb. 1930), seines Zeichens ordentlicher Professor für theoretische Physik an den TH München und Wissenschaftliches Mitglied am *MPI für Physik und Astrophysik*, und Martin Peter (1928–2002), Professor für Festkörperphysik an der Universität Genf, eingeholt hatte. Er sah die »kleine Lösung« vor, das heißt ein Institut mit rund 100 Beschäftigten: 25 wissenschaftliche Mitarbeiter, 60 Stellen für das technische Personal und zehn Stellen für Gastwissenschaftler. Die Leitung sollte in den Händen von zwei bis vier Direktoren liegen, »die abwechselnd die Geschäftsführung übernehmen«. ⁵⁷⁶ Die als Alternative diskutierte »große Lösung« – die Gründung eines Instituts mit einem Mitarbeiterstab von rund 300 Personen – wurde dagegen zunächst verworfen.

Im Unterschied zu den beiden anderen Forschungszentren bereitete die Suche nach dem Standort einiges Kopfzerbrechen. Die Kommission entwickelte eine Reihe von Kriterien, die erfüllt sein müssten. In Frage »käme eine Stadt mit einer Universität oder Hochschule, an der schon Festkörperforschung betrieben wird und Zugang zu Großgeräten besteht«. Genannt wurden etwa ein »Reaktor für Bestrahlung und Neutronenbeugung«, ein »Beschleuniger für Kernstrahlen« oder »Tiefsttemperatur-Apparaturen mit einer Anlage hoher Kapazität zur Heliumverflüssigung und Verfahren, Temperaturen unterhalb 4°K zu erreichen« sowie hohe Magnetfelder und eine Rechenanlage. Aufgrund dieses Kriterienkatalogs kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass man »an München oder Stuttgart (dort in Symbiose mit Karlsruhe) denken« könne. ⁵⁷⁷ Eine Entscheidung in der leidigen Standortfrage zu fällen fiel nicht zuletzt deswegen so schwer, »weil die bestehende breite Streuung dieses Fachgebiets an Hochschulen und Forschungsinstituten berücksichtigt werden sollte«. ⁵⁷⁸ So plante die TH Braunschweig mit Hilfe der *Stiftung Volkswagenwerk* ein Magnetfeldlaboratorium zu errichten, das in das neue Institut mit einbezogen werden konnte. In Frage kam ebenfalls die *Kernforschungsanlage Jülich*, an der bereits in großem Umfang Festkörperphysik betrieben wurde. Als sei dies nicht schon genug der Optionen, unterbreitete auch das Land Hessen, das ebenfalls an dem Forschungszentrum für Festkörperforschung Interesse zeigte, ein großzügiges Angebot. Um die Entscheidungsfindung zu erleichtern, erbot sich die DFG, unter den einschlägig ausgewiesenen Physikern den optimalen Standort zu sondieren.

Schließlich beschloss der Senat am 12. Juni 1969, das *MPI für Festkörperforschung* in Stuttgart-Büsnau zu gründen. ⁵⁷⁹ Den Ausschlag für die Standortwahl hatte das eng mit der Stuttgarter Hochschule verbundene *MPI für Metallforschung* gegeben, dass sich seit Mitte der 1960er Jahre

576 Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 190, fol. 188. — Für Wilhelm Brenig sollte sich das Gutachten in besonderer Weise auszahlen, er wurde nämlich zu einem der sechs Gründungsdirektoren und zum Leiter der Abteilung für Theoretische Physik berufen. Max-Planck-Gesellschaft: Max-Planck-Institut für Festkörperforschung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1 (1971), 167–178, 167.

577 Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 188–189.

578 Niederschrift der 57. Sitzung des Senats vom 8. 6. 1967 in Kiel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 57.SP, fol. 227.

579 Max-Planck-Gesellschaft, Festkörperforschung, 1971, 167–178, 167.

zu einem wichtigen Bestandteil der Infrastruktur der Festkörperforschung in der Bundesrepublik entwickelt hatte.⁵⁸⁰ Dem Senatsbeschluss lag eine Empfehlung des *Wissenschaftsrats* zugrunde, der die westdeutschen Forschungsaktivitäten auf diesem Gebiet neu ordnete. Die neue Forschungseinrichtung sollte sich mit dem Jülicher *Institut für Festkörper- und Neutronenphysik* die Aufgabe eines deutschen Zentralinstituts teilen. Aus diesem Grund verfiel man nun doch auf die »große Lösung«: In Stuttgart sollten rund 330 Personen arbeiten, darunter 156 Wissenschaftler; die Baukosten wurden mit 30 Millionen DM veranschlagt, die Kosten für die Ausstattung mit 31 Millionen DM und die jährlichen laufenden Kosten mit 14 Millionen DM.⁵⁸¹ »Ein derart großes Vorhaben der Max-Planck-Gesellschaft, das man zur Großforschung wird rechnen müssen«, erklärte die Generalverwaltung »wird nicht aus der jährlich zu erwartenden Etat-Zuwachsrate finanziert werden können. Hier wird vielmehr der Einsatz von Sondermitteln notwendig sein.«⁵⁸² Eine besondere Gegenleistung für den großen finanziellen Aufwand bestand darin, dass das *MPI für Festkörperforschung* versprach, »sowohl für die Grundlagen als auch für die Anwendung wichtig« zu werden und sogar zu einem »Bindeglied zwischen der Grundlagenforschung an den Hochschulinstituten und der stärker zur Anwendung hin orientierten Forschung und Entwicklung in den Laboratorien der Industrie«. ⁵⁸³ Hier warf die stärkere Orientierung der MPG auch an Anwendungs- und Verwertungsbezügen der Forschung ihre Schatten voraus; diese sollte mit der Gründung der *Garching Instrumente GmbH* als eigener Technologietransfer-Agentur 1970 einen wichtigen Schub erhalten.⁵⁸⁴ Das neu gegründete *MPI für Festkörperforschung* nahm am 1. Januar 1971 seine Arbeit in einem provisorischen Gebäude auf, das bis zur Fertigstellung des Neubaus in Stuttgart-Büsnau eigens zu diesem Zweck angemietet worden war. Im Mai 1971 wurde ein gemeinsamer Beirat für das *MPI für Festkörperforschung* und die *Kernforschungsanlage Jülich* eingerichtet, der die Aufgaben der beiden Forschungseinrichtungen koordinieren sollte. Am 1. Dezember 1971 unterzeichneten die MPG und das *Centre National de la Recherche Scientifique* (CNRS) einen Vertrag, mit dem das Hochfeld-Magnetlabor Grenoble als Einrichtung des *Service National des Champs Intenses* (SNCI) ins Leben gerufen wurde.⁵⁸⁵ Im Spätsommer 1975 bezogen die ersten der insgesamt neun Abteilungen das neue

580 Über die Entwicklung von der älteren zur neueren Materialforschung in der MPG arbeitet im Rahmen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« Thomas Steinhauser, dem ich für diese Hinweise danke. Siehe dazu *Research Program History of the Max Planck Society*, 2017, 51–56.

581 Max-Planck-Gesellschaft: Hauptversammlung. Max-Planck-Institut für Festkörperforschung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1969), 191–197. — Später war von »11 Abteilungen mit 115 Wissenschaftlern auf Planstellen, 30 Gästen, 80–90 Doktoranden und Stipendiaten sowie 220 Personen des technischen und Verwaltungspersonals« die Rede. Max-Planck-Gesellschaft, Festkörperforschung, 1971, 167–178, 178.

582 Max-Planck-Gesellschaft, Hauptversammlung Festkörperforschung 1969, 1969, 191–197, 193. — Tatsächlich wurde das *MPI für Festkörperforschung* zunächst in Haushalt B der MPG geführt, der den Instituten der Großforschung – konkret: dem IPP – vorbehalten war. Erst 1976 wurde das Institut in den Haushalt A überführt. Bericht der Abteilung Interne Revision der MPG über den Gesamtrechnungsabschluss zum 31. 12. 1976 vom 28. 4. 1977, S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, 4. Abt., Nr. 4291.

583 Max-Planck-Gesellschaft, Festkörperforschung, 1971, 167–178, Zitat: 167.

584 Siehe dazu Balcar, *Instrumentenbau*, 2018.

585 Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 17–19. — Max-Planck-Gesellschaft: Deutsch-französische wissenschaftliche Zusammenarbeit. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesell-*

Institutsgebäude in Stuttgart-Büsnau, dessen Bau 1973 begonnen worden war und das im Frühjahr 1976 mit einem mehrtägigen Symposium eingeweiht wurde.⁵⁸⁶

Das Besondere an den drei Instituten bestand nicht oder zumindest nicht nur in ihrer Größe. Anders als durchschnittliche Max-Planck-Institute waren sie als bundesweite Forschungszentren konzipiert, deren Einrichtungen nicht nur den dort tätigen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zur Verfügung stehen sollten, sondern im Grunde der gesamten nationalen Wissenschaftsgemeinschaft. Wissenschaftsminister Gerhard Stoltenberg betonte gerade diesen Aspekt in seiner Ansprache auf der Hauptversammlung der MPG des Jahres 1969 in Göttingen:

Der Charakter dieser Institute zeigt, daß die Max-Planck-Gesellschaft zwei neue wichtige Bereiche in ihre Aufgabenstellung mit einbezogen hat. Es sind einmal Institute, die sich nach Struktur und Auftrag denjenigen nähern, die wir als Großforschungseinrichtungen bezeichnen, zum anderen Institute, die nicht mehr allein für die Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft, sondern zugleich als gemeinsame Institute für Wissenschaftler aus den Hochschulen gedacht sind.⁵⁸⁷

Die drei Zentren praktisch gleichzeitig aufzubauen, bedeutete einen enormen finanziellen Kraftakt, der die der MPG zur Verfügung stehenden Investitionsmittel auf Jahre hinaus band. Das war allen Beteiligten von Anfang an vollkommen klar. »Obwohl es sich nicht um eine Institutsneugründung, sondern um eine Umordnung vorhandener Institute handelt«, erklärte Butenandt im März 1965 mit Blick auf die Pläne in Martinsried und Göttingen, »ist die Stellungnahme des Senats notwendig, denn aus dem Zusammenschluß der Institute wird etwas Neues entstehen, das in den nächsten Jahren einen großen Teil unserer einmaligen Mittel für die Durchführung der Pläne in Anspruch nehmen wird.«⁵⁸⁸ Das wirkte sich unmittelbar auf die mittelfristige Finanzplanung der MPG aus. Für den Bundesbericht Forschung II musste die MPG eine Schätzung ihres Finanzbedarfs für die Jahre 1967 bis 1970 vorlegen. Im Bundesforschungsbericht I, der die Jahre 1966 bis 1968 abgedeckt hatte, war die MPG von einer kontinuierlichen Steigerungsquote von jährlich 20 Prozent ausgegangen. Nunmehr kalkulierte man den Zuwachs für das Jahr 1967 mit 19,5 Prozent etwas niedriger – allerdings vor dem Hintergrund, dass in diesem Jahr »größere neue Baumaßnahmen« noch gar nicht anstanden.⁵⁸⁹ Für 1968 veranschlagte die Generalverwaltung eine Steigerung um 21 Prozent, 1969 um 18 Prozent

schaft zur Förderung der Wissenschaften Heft 5 (1971), 196. — Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. 1972*. München 1972, 25.

586 Siehe dazu Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 510–512.

587 Max-Planck-Gesellschaft: Ansprache des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung Dr. Gerhard Stoltenberg. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1969), 206–211, 211.

588 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 324.

589 Niederschrift der 53. Sitzung des Senats vom 11. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 154–155, Zitat fol. 154.

und 1970 um 16 Prozent. Damit meinte man, sowohl die zu erwartenden gesteigerten Personal- und Sachkosten, als auch den in diesen Jahren bereits anfallenden Investitionsbedarf für die »Institutskonzentrationen in München-Martinsried und Göttingen-Nikolausberg« bestreiten zu können.⁵⁹⁰ In diesen Zahlen unberücksichtigt blieben allerdings nicht nur das IPP, sondern auch die gigantischen Investitionen, die für das geplante *MPI für Festkörperforschung*, das noch zu gründende Institut für Radioastronomie (geschätzter Finanzbedarf 31 Millionen DM) und für die geplante »Südsternwarte« (geschätzter Finanzbedarf 75 Millionen DM) anfallen würden. Die Generalverwaltung setzte schlicht voraus, »daß die Finanzierung solcher Großprojekte aus Sondermitteln erfolgt«. ⁵⁹¹ Hier zeigt sich ein Passant, wie selbstverständlich der MPG die Finanzierung auch von Großprojekten am Ende der langen Phase bedeutender jährlicher Zuwächse im Haushalt geworden war. Völlig blauäugig operierte man indes nicht, sondern sah Finanzierungsprobleme ganz realistisch voraus. »Problematisch bleibt jedoch«, so heißt es in den *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft* von 1969, »wie in den nächsten fünf Jahren der hohe Investitionsbedarf der Gesellschaft finanziert werden kann«. ⁵⁹²

Wenn die gleichzeitige Gründung der drei Forschungszentren eine so große finanzielle Belastung darstellte, warum entschloss sich die MPG dann zu diesem Schritt? Mehrere Faktoren gaben den Ausschlag. Den ersten markierten grassierende Raumprobleme, und zwar gerade in Tübingen, Göttingen und vor allem in München, wo das erst 1956 eingeweihte Institutsgebäude des *MPI für Biochemie* kaum zehn Jahre später bereits aus allen Nähten zu platzen drohte. ⁵⁹³ Doch nicht nur dort gab es Probleme. Butenandt erläuterte dem Senat, die MPG habe sich bereits 1962 »dem Freistaat Bayern gegenüber verpflichtet, das ebenfalls in der Münchner Innenstadt ansässige Institut für Eiweiß- und Lederforschung in etwa 5 bis 7 Jahren für die Universität zu räumen. Das war der Anlaß zum Plan der räumlichen und sachlichen Konzentration dieser Institute.« ⁵⁹⁴ Die Situation der MPG in der Isarmetropole stellte keinen Einzelfall dar. Ähnlich lagen die Dinge in Göttingen, nachdem die *Aerodynamische Versuchsanstalt* ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hatte und auf ihr angestammtes Gelände an der Bunsenstraße zurückdrängte. Daher musste für das *MPI für physikalische Chemie*, das *MPI für Strömungsforschung*, das *MPI für Spektroskopie* sowie die *Otto-Hahn-Bibliothek* eine neue Bleibe gefunden werden, zumal alle diese Institutionen bereits seit geraumer Zeit über Raumangel klagten. ⁵⁹⁵ Gefragt waren dauerhaften Lösungen, die Erweiterungsmöglichkeiten für die Zukunft bereithielten.

590 Niederschrift der 53. Sitzung des Senats vom 11. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 155.

591 Niederschrift der 53. Sitzung des Senats vom 11. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 155.

592 Max-Planck-Gesellschaft: Hauptversammlung. Finanzierung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1969), 198.

593 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 322.

594 Niederschrift der 56. Sitzung des Senats vom 10. 3. 1967 in Kassel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 56.SP, fol. 305.

595 Max-Planck-Gesellschaft, Einweihung, 1972, 337–357, 340.

Die Raumnot stand zwar am Anfang der Gründung der drei Forschungszentren, ausschlaggebend war sie indes nicht. »Zwingender sind die sachlichen Gründe«,⁵⁹⁶ erläuterte Butenandt dem Senat im März 1965. Was er meinte, war in erster Linie die Herausforderung, im Zuge des bereits angelaufenen Generationswechsels unter den Direktoren die Stabübergabe so zu organisieren, dass zukunftsfähige Forschungseinrichtungen weitergeführt werden konnten. »In letzter Zeit sind in zunehmendem Maße Schwierigkeiten bei der Besetzung frei gewordener Direktorenstellen aufgetreten, wenn das Institut ein ganz spezielles Arbeitsinstrument des ausgeschiedenen Direktors war. Erhebliche Änderungen der Arbeitsrichtung werden bei der Berufung des neuen Direktors notwendig.«⁵⁹⁷ Dem wollte die MPG künftig vorbeugen, zumal es in ihren Reihen bereits ein Vorbild gab, bei dem ein solcher Generationswechsel einfacher vonstatten ging. »Unsere Institute in Tübingen mit ihren überschaubaren Einheiten geben ein bewährtes Modell, daß der Platz eines ausgeschiedenen Direktors besetzt werden kann, ohne das Gesamtinstitut zu stören. Ähnlich ist die Struktur des bio-physikalisch-chemischen Zentrums in Göttingen und des biochemischen Zentrums in München gedacht.«⁵⁹⁸ Das Department-System und die damit zusammenhängende Einführung der kollegialen Leitung von Max-Planck-Instituten, die bereits durch die Satzungsreform von 1964 erfolgt war,⁵⁹⁹ dienten also auch dazu, die bestehenden Institute über die anstehenden Direktorenwechsel hinaus zu stabilisieren. Butenandts Logik war einfach, aber nicht von der Hand zu weisen: Einen Direktor unter mehreren auszutauschen erschien erheblich einfacher, als einen adäquaten Nachfolger für einen »Harnack-Pläncker« (Doris Kaufmann) zu finden, um den herum das gesamte Institut aufgebaut war. Hinzu kam, dass kollegial geleitete Forschungszentren in ihrer inhaltlichen Ausrichtung flexibler zu sein versprochen, was die Anpassung an Trends und Entwicklungen der Forschung erleichterte. Butenandt führte vor dem Senat aus,

daß die einzelnen Abteilungen nicht zu groß werden dürfen. Es ist vorgesehen, daß jede Abteilung etwa fünf fest angestellte Wissenschaftler und Platz für zweimal so viele nur vorübergehend tätige wissenschaftliche Mitarbeiter (Gäste, Stipendiaten, Diplomanden, Doktoranden) haben soll. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die geplanten Institutszentren weitaus beweglicher sind als Einzelinstitute und den sich immer rascher vollziehenden Veränderungen in der Forschung besser Rechnung tragen können. Nachfolgeprobleme und damit zusammenhängende Fragen werden leichter zu lösen sein, weil die Neuorientierung des jeweiligen Instituts nicht etwa alle 20 Jahre mit der Berufung des Institutsdirektors sprunghaft erfolgt, sondern die Angleichung an den jüngsten Stand der Wissenschaft jeweils gegeben ist.⁶⁰⁰

596 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 322.

597 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 322.

598 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 322.

599 Siehe dazu Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 10 und 91–93. — Siehe dazu ausführlich Kapitel 4.2.

600 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 324. — Fast wortgleich äußerte sich Butenandt auf der Hauptversammlung der MPG des Jahres 1965 in Mannheim. Siehe Max-Planck-Gesellschaft: Hauptversammlung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1965), 273–280, 278.

Darüber hinaus vollzog die MPG mit der Gründung der drei Forschungszentren einen allgemeinen Trend in der Forschung Westeuropas nach, der nicht zuletzt durch den wirtschaftlichen Zusammenschluss im Rahmen der EWG angestoßen wurde, von dem »starke Impulse für die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik« ausgingen: In der MPG herrschte die »Überzeugung, daß neue Institutsbauten so errichtet werden müssen, daß die entstehenden Arbeitsmöglichkeiten den Bedingungen entsprechen, die künftig selbstverständlich gefordert werden, d. h. es müssen an einigen Stellen größere Einheiten konzentriert werden, um die Zusammenarbeit mehrerer benachbarter Gruppen in einem Fachgebiet zu gewährleisten«. Denn, so Butenandt weiter, »[d]iese Tendenz entspricht der wissenschaftspolitischen Tendenz sowohl in Deutschland als auch im gesamten Westeuropa.«⁶⁰¹ Zugleich waren die Zentren Teil einer internen Strukturreform der MPG. In den Augen des Zellchemikers Gerhard Ruhenstroth-Bauer, der selbst zu den Initiatoren der Schaffung des biochemischen Zentrums im Rahmen der MPG gezählt hatte, war die Gründung des *MPI für Biochemie* angesichts der »Entwicklung des Wissenschaftsstils und damit der Arbeitsstruktur« nur folgerichtig, wenn nicht sogar zwangsläufig. Denn, so Ruhenstroth-Bauer, die enorme Ausweitung dieses Wissenschaftsfeldes und die zunehmende Spezialisierung in der Forschung mache eine teilweise Abkehr vom »Harnack-Prinzip« erforderlich, da selbst herausragende Gelehrte nicht mehr in der Lage seien, das gesamte Gebiet »zu übersehen oder gar zu bearbeiten«. Vielmehr erforderten Forschungsfragen, »die inhaltlich oder methodisch in den Zwischenbereichen eines solchen größeren Gebiets liegen«, eine »räumliche Zusammenfassung fachlich benachbarter Forscher«.⁶⁰² Ähnlich urteilt Helmuth Trischler, der die Gründung in Martinsried ebenfalls als Versuch interpretiert, einen Konstruktionsfehler des »Harnack-Prinzips« zu beheben:

Auf die sich immer rascher vollziehenden ›Veränderungen in der Forschung‹ jeweils nur alle 20 Jahre beim Wechsel des Institutsleiters reagieren zu können, war ein Strukturfehler der MPG, der für Butenandts ureigenen Kompetenzbereich dadurch behoben werden sollte, daß der Forschungskomplex in etwa ein Dutzend selbständige Abteilungen aufgegliedert werden sollte.⁶⁰³

Vergleichbares gilt für die Festkörperforschung. Die MPG versprach sich von der Gründung der drei Zentren den Anschluss an US-amerikanische und europäische Trends in der Forschung sowie eine Verbesserung der Stabilität und der Flexibilität. Die damals neugeschaffenen Forschungszentren lassen sich, pointiert formuliert, als großforschungsähnliche Wissenschaftstanker oder als eine Art Großforschung in kleinerer Form begreifen, deren Struktur dem Baukastenprinzip folgte. Spätere Ergänzungen, Erweiterungen und Ersetzungen waren jeder Zeit und ohne großen Aufwand möglich, und zwar sowohl in personeller wie in baulicher Hin-

601 Max-Planck-Gesellschaft: Jahresbericht 1966. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1967), 219–227, 222.

602 Zitiert nach Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 117–194, 192.

603 Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 117–194, 191.

sicht. Flexibilität lautete das Erfolgsrezept der neuen Einrichtungen – ein Prinzip, das im Grunde bis in die heutige Zeit gilt.

Keines der drei Forschungszentren stieg schließlich in den Rang eines Großforschungsinstituts auf, alle drei blieben »normale« Max-Planck-Institute. Dabei war zumindest das Stuttgarter *MPI für Festkörperforschung* als Einrichtung der Großforschung konzipiert worden, weshalb es anfangs auch – gemeinsam mit dem IPP – im Haushalt B der MPG firmierte; dieser war Großforschungseinrichtungen vorbehalten, die nach einem anderen Finanzierungsschlüssel alimentiert wurden als die MPG. Die 1973 einsetzende und bald auf den Haushalt der MPG durchschlagende wirtschaftliche Großwetterlage, die durch Rezession und Stagflation gekennzeichnet war, entzog jedoch weiterreichenden Plänen die finanzielle Grundlage, so dass sie in den 1970er Jahren nicht mehr realisiert werden konnten. So gesehen, hatte es die MPG verpasst, das Zeitfenster zu nutzen, das die großen jährlichen Zuwächse im Haushalt in den langen 1960er Jahren geöffnet hatten. Die Chance, weitere echte Großforschungsinstitute zu gründen, sollte nicht wiederkommen. Dies zeigt beispielhaft, welche kontingente Faktoren die Entwicklung der MPG beeinflussten und mitunter sogar bestimmten.

3.2 Das Verhältnis der MPG zu den Finanzierungsträgern

Das Wachstum der langen 1960er Jahre, das sich nicht zuletzt in Haushaltszuwächsen niederschlug, hatte auch eine Kehrseite, da es Konflikte der MPG mit ihren Geldgebern beförderte. Dabei ging es um wichtige oder sogar entscheidende Fragen, die in der Phase der (Wieder-)Gründung nur vorläufig geklärt worden waren: zum einen die Frage der Entscheidungshoheit bei der Gründung neuer Institute, zum anderen die nach den Verfügungsrechten über die (teilweise extrem teuren) Forschungseinrichtungen. Im Kern stand also die Autonomie der MPG in der Forschungspolitik auf dem Spiel. Mit Blick auf diese Problemlage wird besonders deutlich, wie sehr die MPG davon profitierte, zwei machtbewusste Geldgeber zu haben und nicht von den Zuwendungen eines einzigen (politischen) Akteurs abhängig zu sein.

3.2.1 Konflikt mit den Ländern: Wer entscheidet über die Neugründung von Instituten?

Der rasante Ausbau, den die MPG in den langen 1960er Jahren erfuhr, brachte sie mehr oder weniger automatisch in einen Konflikt mit der Ländergemeinschaft, die seit dem 1949 geschlossenen Königsteiner Abkommen als ihr Hauptgeldgeber wirkte. Hierbei ging es um die Frage, wer letztlich über die Gründung neuer Max-Planck-Institute entscheiden sollte: die MPG als ihre Trägerin oder die Länder als Financier. Konkret drehte sich der Streit um die Gründung bzw. die Aufnahme von drei weiteren rechtswissenschaftlichen Instituten, die sich mit der europäischen Rechtsgeschichte, dem Patent- und Urheberrecht sowie mit dem Strafrecht befassen sollten. Der Startschuss fiel am 17. Mai 1960, als die Geisteswissenschaftliche Sektion im Senat der MPG beantragte, »ein Institut für vergleichende Rechtsgeschichte zu gründen und Herrn Professor Coing, Frankfurt, als Direktor und Wissenschaftliches Mitglied des Instituts

zu berufen«. ⁶⁰⁴ In der Geisteswissenschaftlichen Sektion war man der Meinung, »daß das Institut vom fachlichen Standpunkt aus wünschenswert und eine sehr zweckmäßige Ergänzung der beiden juristischen Max-Planck-Institute nach der historischen Seite sein werde«. ⁶⁰⁵ Aus diesem Einvernehmen scherte jedoch Prälat Schreiber aus, der sich, nicht zum ersten Mal, gegen den Vorschlag seiner Sektionskollegen aussprach, »weil ihm dieser Plan im Verhältnis zu anderen, mindestens gleichwertigen Plänen nicht vordringlich erscheine«. ⁶⁰⁶ Ganz sicher schien sich allerdings auch die Mehrheit der Sektion ihrer Sache nicht zu sein, denn sie beantragte zugleich, »vor der Beschlußfassung zu prüfen, ob diese Gründung in die gesamte wissenschaftspolitische Linie der Max-Planck-Gesellschaft paßt«. ⁶⁰⁷ Den Ausschlag gab schließlich der »Besprechungskreis Wissenschaftspolitik«, eine Art wissenschaftspolitisches Küchenkabinetts des MPG-Präsidenten, das sich »mit dieser Frage eingehend beschäftigt« hatte und zu dem Ergebnis gekommen war, »diesen Beschluß nicht weiter zurückzustellen«. ⁶⁰⁸ Dem schloss sich nun auch die Geisteswissenschaftliche Sektion an und am 6. Dezember 1961 fasste der Senat – mit nur einer Gegenstimme – den förmlichen Beschluss zur Gründung eines *MPI für vergleichende Rechtsgeschichte* und zur Berufung von Helmut Coing als Direktor des neuen Instituts. ⁶⁰⁹

Das Vorgehen der MPG entsprach in diesem Fall ganz dem von Harnack formulierten Prinzip, eine Institutsgründung »um einen bedeutenden Gelehrten herum« vorzunehmen. ⁶¹⁰ Der Zivilrechtler, Rechtsphilosoph und Rechtshistoriker Helmut Coing zählte nicht nur zu den herausragenden deutschen Rechtsgelehrten seiner Zeit, sondern war – unter anderem als Rektor der Universität Frankfurt am Main (1955–1957), als erster Vorsitzender des *Wissenschaftsrats* (1958–1961) und als langjähriger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der *Fritz-Thyssen-Stiftung* (1960–1995) – auch ein überaus einflussreicher Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftsorganisator. ⁶¹¹ Hans Günter Hockerts charakterisiert ihn als die »Verkörperung des Begriffs ‚Groß-Ordinarius der Ordinarien-Universität« und einen »Netzwerker par

604 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 223.

605 Niederschrift der 36. Sitzung des Senats vom 17. 5. 1960 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP, fol. 132–133.

606 Niederschrift der 36. Sitzung des Senats vom 17. 5. 1960 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP, fol. 133.

607 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 223.

608 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 223. — Zu Butenandts Wissenschaftspolitischen Beratungskreis siehe Kapitel 4.1.

609 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 223.

610 Zum sogenannten Harnack-Prinzip siehe Laitko, *Das Harnack-Prinzip*, 2015, 135–194. — Siehe dazu auch Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Berlin: De Gruyter 1996.

611 Trotz seiner eminenten Bedeutung als Rechtswissenschaftler und Wissenschaftsmanager liegt noch keine Biographie über Helmut Coing vor. Siehe einstweilen die autobiographische Schrift Helmut Coing: *Für Wissenschaften und Künste. Lebensbericht eines europäischen Rechtsgelehrten*. Herausgegeben von Michael F. Feldkamp. Berlin: Duncker & Humblot 2014.

excellence«. ⁶¹² Mit Doris Kaufmann kann man den hochangesehenen Juristen als einen geborenen »Harnack-Pläncker« bezeichnen, ⁶¹³ was seine Aufnahme in die MPG naheliegend macht. Doch ging es bei der Gründung dieses Instituts um weit mehr als um die Integration eines herausragenden Gelehrten in die MPG. Die Befürworter und Förderer der Institutsgründung, zu denen nicht zuletzt der Vorsitzende der EWG-Kommission, Walter Hallstein, ⁶¹⁴ zählte, maßten dem Institut eine eminent wichtige Rolle im Prozess der europäischen Integration bei. Zur Schaffung einer europäischen Rechtskultur, ohne die ein vereintes Europa undenkbar schien, galt es, an die im Zeitalter des Nationalismus zerschnittenen gemeinsamen Wurzeln der »Epoche des gemeinen Rechts (ius commune)« anzuknüpfen. ⁶¹⁵ Genau dazu sollte das neue Institut beitragen, wie Butenandt auf der Hauptversammlung des Jahres 1962 bei der Vorstellung des Jahresberichts 1961 ausführte. Coings neue Wirkungsstätte sollte »hauptsächlich jene rechtshistorischen Gebiete bearbeiten, die aus geistesgeschichtlichen Gründen von den entsprechenden Instituten an den Universitäten bisher nicht bearbeitet werden können«. ⁶¹⁶ Konkret nannte Butenandt »Gelehrtenrechte des Mittelalters, Institutionengeschichte und die Rechtsentwicklung seit Beginn des Kapitalismus im 19. Jahrhundert«. ⁶¹⁷ Zur Begründung verwies der Präsident darauf,

wie sehr das Problem der Rechtsvereinheitlichung in den letzten Jahrzehnten in den Vordergrund getreten ist, daß aber eine Rechtsvereinheitlichung ohne eine Rechtsvergleichung nicht möglich ist. Die Rechtsvergleichung wiederum bedarf einer Basis, die bisher gefehlt hat, nämlich die der vergleichenden Rechtsgeschichte im Sinne einer vergleichenden Institutionengeschichte, der Geschichte der Gelehrtenrechte, aber auch der Rechtsentwicklung in den Kulturnationen seit dem Beginn des Kapitalismus. ⁶¹⁸

Neben Butenandt machte sich vor allem Herman Heimpel, der seinerzeit den Vorsitz der Geisteswissenschaftlichen Sektion der MPG innehatte, für die Berufung Coings stark. Die Unterstützung beruhte auf Gegenseitigkeit, denn Coing half Heimpel seinerseits in seiner Funktion als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der *Fritz-Thyssen-Stiftung*, die 300.000 DM für

612 Hockerts, *Ein Erbe für die Wissenschaft*, 2018, 176.

613 Siehe den Untertitel von Kaufmann, *Konrad Lorenz*, 2018.

614 Für Hallstein, der als Jurist selbst eine Professur für Privatrecht, Völkerrecht, Rechtsvergleichung und Gesellschaftsrecht an der Universität von Frankfurt am Main innehatte, ehe er 1950 als Staatssekretär für besondere Aufgaben ins Bundeskanzleramt wechselte, stellte die EWG eine Vorstufe der politischen Einigung Europas dar, die es durch rechtsvergleichende Studien zu untermauern galt. Walter Hallstein: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft politisch gesehen. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1963), 130–143.

615 Michael Stolleis: Coing, Helmut. *Frankfurter Personenlexikon (Onlineausgabe)*. Frankfurt am Main 2015. <http://frankfurter-personenlexikon.de/node/3326>. Zuletzt aufgerufen am 11. 7. 2020.

616 Max-Planck-Gesellschaft, Hauptversammlung 1962, 1962, 126–133, 130.

617 Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Butenandt 1962, 1962, 141–156, 149.

618 Max-Planck-Gesellschaft, Hauptversammlung 1962, 1962, 126–133.

den Aufbau der Neuzeit-Abteilung des *MPI für Geschichte* zur Verfügung stellte.⁶¹⁹ Die Schützenhilfe des einflussreichen Hermann Heimpel war nicht zuletzt deswegen so wichtig, weil es auch innerhalb der MPG Stimmen gab, die der Gründung weiterer rechtswissenschaftlicher Institute kritisch gegenüberstanden. Dies kam im Mai 1962 ans Licht, als der Senat erstmals über zwei weitere Anträge zur Gründung rechtswissenschaftlicher Institute beriet. Dabei handelte es sich streng genommen nicht um Neugründungen, sondern um die Überführung bereits bestehender Institute in die MPG: das von Hans-Heinrich Jescheck geleitete Freiburger *Institut für ausländisches und internationales Strafrecht*, das seit 1954 die Rechtsform einer öffentlichen Stiftung der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Baden Württemberg und der Universität Freiburg besaß,⁶²⁰ und das *Institut für ausländisches und internationales Patent-, Warenzeichen- und Urheberrecht*, eine im *Deutschen Patentamt* gegründete Einrichtung, die unter der Leitung von Eugen Ulmer stand.⁶²¹ Die Kritik richtete sich nicht gegen die beiden Institutsleiter – Jescheck und Ulmer hatten womöglich nicht den Rang eines Helmut Coing, galten aber als »die ersten Vertreter der betreffenden Fächer«⁶²² –, sondern gegen das weitere Wachstum der Rechtswissenschaften in der MPG, die die Geisteswissenschaftliche Sektion in ein Ungleichgewicht zu bringen drohte. Georg Schreiber erklärte, »daß nicht verschwiegen werden darf, daß in der Geisteswissenschaftlichen Sektion auch ernstliche Bedenken zum Ausdruck gekommen sind. Zusammen mit dem in Gründung befindlichen Max-Planck-Institut für vergleichende Rechtsgeschichte würden bei Annahme der Anträge fünf juristische Institute der Geisteswissenschaftlichen Sektion angehören.«⁶²³ Heimpel erwiderte, dass »allein die Frage des Bedürfnisses« für Institutsgründungen ausschlaggebend zu sein habe. Und doch war der Geisteswissenschaftlichen Sektion nicht ganz geheuer bei der Aufnahme der beiden Institute, weil »dadurch die Grundsatzfrage gestellt ist, wie weit die Zahl der juristischen Institute in der Geisteswissenschaftlichen Sektion verstärkt werden soll und wie es mit der Politik der Institutsneugründungen gehalten werden sollte«. Da es sich »um eine Grundsatzfrage handelt«, beantragte die Sek-

619 Siehe Hockerts, *Ein Erbe für die Wissenschaft*, 2018, 177–178. — Schöttler, *Die Ära Heimpel*, 2017, 40–41.

620 Dazu Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1519–1521. — Zur Person siehe Ulrich Sieber: Nachruf auf Hans-Heinrich Jescheck. *Neue Juristische Wochenschrift* 45 (2009), 3291.

621 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1141–1143. — Zur Person siehe Erwin Deutsch: Eugen Ulmer. Ein Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts. In: Stefan Grundmann und Karl Riesenhuber (Hg.): *Deutschsprachige Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts in Berichten ihrer Schüler. Eine Ideengeschichte in Einzeldarstellungen*. Berlin: De Gruyter 2007, 207–220.

622 Niederschrift der 42. Sitzung des Senats vom 23. 5. 1962 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP, fol. 21—Jescheck, der 1964 zum Dekan der *Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* avancierte und von 1974 bis 1983 als Präsident der *Gesellschaft für Rechtsvergleichung* amtierte, trat fachlich vor allem für eine Einbeziehung der Kriminologie in das Strafrecht ein. Siehe Ulrich Sieber und Hans-Jörg Albrecht (Hg.): *Strafrecht und Kriminologie unter einem Dach. Kolloquium zum 90. Geburtstag von Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Heinrich Jescheck am 10. Januar 2005*. Berlin: Duncker & Humblot 2006. — Ulmer war 1959/60 Rektor der *Ludwig-Maximilians-Universität München* und wirkte am Welturheberrechtsabkommen von 1951 mit. Siehe Deutsch, Eugen Ulmer, 2007, 207–220.

623 Niederschrift der 42. Sitzung des Senats vom 23. 5. 1962 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP, fol. 22. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

tion die Einsetzung einer Senatskommission, die die »zwei miteinander verbundenen Anträge auf Institutsneugründungen« prüfen sollte.⁶²⁴

Der Hauptwiderstand kam allerdings nicht aus den Reihen der MPG, sondern von den Ländern, bei denen die Initiative zur Gründung weiterer rechtswissenschaftlicher Max-Planck-Institute aus verschiedenen Gründen auf starken Gegenwind stieß. Erstens galten die Rechtswissenschaften traditionell als Kernbereich der Universitäten, zweitens befanden sie sich durch den Studienabschluss qua Staatsexamen in einer besonderen Staatsnähe, drittens erforderten sie – anders als etwa astrophysikalische Forschungseinrichtungen – keine großen und teuren Forschungsinstrumente, die sich an einzelnen Universitäten nur schwer beschaffen ließen. Bereits in der Senatssitzung vom 6. Dezember 1961, auf der die Gründung eines *MPI für vergleichende Rechtsgeschichte* nach längeren internen Debatten beschlossen wurde, machte der hessische Finanzminister Wilhelm Conrad »Bedenken geltend, Institutsgründungen zu beschliessen, ohne vorher die finanziellen Voraussetzungen geklärt zu haben«.⁶²⁵ Gegen den erklärten Willen der Länder konnte die MPG – jedenfalls vor dem Einstieg des Bundes in ihre Grundfinanzierung – keine Institute gründen, und die Länder lehnten es noch bei den Verhandlungen um den Haushalt für 1963 schlicht ab, das geplante Institut für Rechtsgeschichte zu finanzieren.⁶²⁶ Für die Länder bzw. die Ländergemeinschaft, die seinerzeit noch den Löwenanteil der staatlichen Zuschüsse an die MPG trug und damit deren größter und wichtigster Geldgeber war, ging es in dieser Auseinandersetzung letztlich darum, als Hauptfinancier in der Wissenschaftspolitik der MPG ein entsprechendes Wörtchen mitzureden.

Die Vertreter der Länder konnten gewichtige Argumente für ihre Position ins Feld führen. Finanzminister Conrad und andere klagten, »daß die Länder durch unsere Beschlüsse, Institute neu zu gründen oder zu übernehmen, vor vollendete Tatsachen gestellt würden, die sie faktisch nur noch zu honorieren hätten«.⁶²⁷ Der niedersächsische Kultusminister Richard Voigt erläuterte, für »die geldgebenden Gremien« entstehe »eine schwierige Lage, wenn sie nicht rechtzeitig über neu geplante Institute orientiert werden«. Falls die geplante Gründung aus welchen Gründen auch immer nicht zustande komme, könnte eine öffentliche Debatte »Rückwirkungen auf die kulturpolitische Situation« haben. Kurz, die Länder fühlten sich durch Gründungsentscheidungen der MPG, die nicht vorab mit ihnen abgestimmt wurden, unter

624 Niederschrift der 42. Sitzung des Senats vom 23. 5. 1962 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP, fol. 22. — Diesem Antrag stimmte der Senat zu und setzte eine Kommission ein, der »unter dem Vorsitz von Professor Zweigert die Herren Dölle, Dohrn, Mosler, Pünder und Schreiber« angehörten. Ebenda, fol. 23.

625 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 223. — Eine Kurzbiographie Conrads findet sich bei Jochen Lengemann: *Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungberatenden Landesversammlung Gross-Hessen und des Hessischen Landtags (1.–11. Wahlperiode)*. Frankfurt am Main: Insel Verlag 1986, 229.

626 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 449.

627 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 450.

»Prestige-Druck« gesetzt.⁶²⁸ Deswegen forderte der Verwaltungsausschuss des Königsteiner Abkommens die MPG auf, »bei Beschlüssen über Neugründungen von Instituten zeitlich möglichst so zu verfahren, daß ein endgültiger Beschluß über die Neugründung erst dann gefaßt wird, nachdem eine vorherige Abstimmung mit den Ländern stattgefunden hat.«⁶²⁹ Diese Forderung war aus der Perspektive der Länderregierungen durchaus nachvollziehbar, denn die Minister mussten sich schließlich selbst gegenüber der Öffentlichkeit für den Einsatz der von ihnen verwalteten Finanzmittel verantworten. Hierin liegt eine grundsätzliche Schwierigkeit, wenn die öffentliche Hand in einem demokratischen System Grundlagenforschung finanziert. Hinzu kamen »ernste Sorgen um den wissenschaftlichen Nachwuchs«, weil die MPG durch die Gründung weiterer geisteswissenschaftlicher Institute in direkte Konkurrenz mit den Universitäten um aufstrebende Forscher und Forscherinnen trat.⁶³⁰ In diese Richtung äußerte sich der Vorsitzende des Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz, Ministerialdirigent Johannes von Elmenau. In einem persönlichen Gespräch erklärte er Butenandt, »daß der Ausschuß die Interessen der Universität wahrnehmen müsse«, weil »man fürchte, daß den Universitäten durch die Gründung geisteswissenschaftlicher Institute bei der Max-Planck-Gesellschaft Lehrer und Nachwuchskräfte verlorengelassen würden.«⁶³¹

Von einer »Niveausenkung der Universitäten«,⁶³² die die Länder angesichts der Zunahme außeruniversitärer geisteswissenschaftlicher Institute befürchteten, wollte die MPG jedoch nichts wissen. »Der häufig gehörte Einwand, daß wir den Universitäten den Nachwuchs abgraben, erscheint nicht richtig gesehen«,⁶³³ erwiderte Butenandt. Der Präsident verwies zum einen darauf, dass bei den geisteswissenschaftlichen Max-Planck-Instituten »die Direktoren in ihren Ordinariaten verblieben« seien und sich »diese Regelung [...] bewährt« habe.⁶³⁴ Der Biophysiker Boris Rajewsky ergänzte an anderer Stelle, »daß es bei gutem Willen eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den Instituten und den Universitäten geben« könne und nannte als Beispiel die Universität Frankfurt am Main, »wo Direktoren der Max-Planck-Institute 4mal als

628 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 451–452. — Siehe dazu auch Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 288.

629 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 450.

630 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 452.

631 Niederschrift der 44. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1963 in Freiburg im Breisgau, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP, fol. 246. — Zur Person siehe den kurzen biographischen Abriss auf der Homepage des Hauses der Bayerischen Geschichte, Haus der Bayerischen Geschichte: Dr. Johannes von Elmenau, Jurist, Ministerialdirigent. <https://www.hdbg.eu/zeitzeugen/detail/politik/dr-johannes-von-elmanau/59>. Zuletzt aufgerufen am 31. 1. 2020.

632 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 452.

633 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 453.

634 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 453. — Dazu auch Niederschrift der 44. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1963 in Freiburg im Breisgau, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP, fol. 246.

Dekan und 2mal als Rektor der Universität tätig wurden.«⁶³⁵ Zum anderen führten die MPG-Vertreter ins Feld, dass eine Reihe von Forschern aus Max-Planck-Instituten auf Lehrstühle verschiedenster Universitäten berufen worden waren. In ihren Augen grub die MPG den Universitäten nicht das Wasser ab, sondern stellte einen Pool an jüngeren Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen bereit, aus dem sich auch die Universitäten bedienen konnten.

In der entscheidenden Frage, wer über die Gründung von Instituten entscheiden sollte, herrschte in der MPG keinerlei Zweifel. Butenandt erklärte »nachdrücklich, daß das von der Max-Planck-Gesellschaft geübte Vorgehen im Interesse der Wissenschaft liegt und daß die betreuenden Gremien frei sein müssen in ihren Beschlüssen. Dem Problem der Realisierung der Pläne würden dann die weiteren Bemühungen gelten.«⁶³⁶ Von den Vertretern der Politik abgesehen, waren alle MPG-Senatoren der Ansicht, »daß es der Entscheidungsfreiheit der Max-Planck-Gesellschaft überlassen bleiben müsse, ob sie ein wissenschaftliches Anliegen für dringlich hält und ob sie glaubt, daß für einen hochqualifizierten Gelehrten ein Institut gebraucht wird oder nicht. In dieser Beschlußfassung darf sich die Max-Planck-Gesellschaft nicht abhängig machen.«⁶³⁷ So betonte beispielsweise der Textilindustrielle und Wirtschaftsfunktionär Erich Selbach, »daß die Max-Planck-Gesellschaft ihre Souveränität wahren müsse und daß Bund und Länder nicht die zweite Instanz in wissenschaftlichen Entschließungen der Max-Planck-Gesellschaft werden dürfen.«⁶³⁸ Adolf Butenandt erklärte kategorisch, die MPG könne

nicht damit einverstanden sein, daß die Kultusministerkonferenz (bzw. deren Hochschulausschuß oder andere Ausschüsse im staatlichen Bereich) eine dem Senat unserer Gesellschaft zufallende Entscheidung treffen. Unsere Gründungsbeschlüsse werden höchst sorgfältig und mit bestem Sachverstand durch Kommissionen und Sektionen des Wissenschaftlichen Rats vorbereitet, und eine positive Empfehlung erreicht den Senat nur, wenn die Institutsgründung unter Wahrung aller Prinzipien der Max-Planck-Gesellschaft in unserem Rahmen als notwendig erkannt wurde. Die Prüfung erstreckt sich auch auf die Frage, ob ein Vorhaben nicht besser an einer Universität oder Akademie erfolgen sollte. Auch die finanziellen Möglichkeiten werden von uns vorher abgetastet.⁶³⁹

Die MPG wollte unter keinen Umständen von der bisherigen Praxis abweichen, Gründungsbeschlüsse im Senat autonom zu fällen, wenn auch unter dem »Vorbehalt der finanziellen Sicher-

635 Niederschrift der 49. Sitzung des Senats vom 4. 12. 1964 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 49.SP, fol. 256. — Zur Person siehe Kaul, Rajewski, 2003, 125–126.

636 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 223.

637 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 451.

638 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 453. — Zur Person siehe den Nachruf von Adolf Butenandt: Erich Selbach. 25. 7. 1905–29. 10. 1985. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 5 (1986), 98–100.

639 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 290.

stellung«. Diese Entscheidung, die den Ländern oblag, dürfe jedoch »unseren Entschluß, ein neues Institut gründen zu wollen, nicht beeinflussen«. ⁶⁴⁰

Der Streit mit den Ländern blieb indes nicht auf die Frage begrenzt, ob die MPG drei weitere rechtswissenschaftliche Institute aufnehmen sollte, sondern weitete sich zur grundlegenden Frage nach dem Verhältnis zwischen MPG und Geisteswissenschaften aus. Für Butenandt stand bereits frühzeitig fest, dass »hinter dem Verhalten der Länder [...] die allgemeine Frage« stecke, ob die MPG »die allein geeignete Organisation [sei], um solche geisteswissenschaftlichen Institute zu tragen«, oder ob es »andere Träger – z. B. die neuen Universitäten – [gebe], die solche Institute ebenfalls in sich aufnehmen können«. ⁶⁴¹ Richard Voigt hatte im Senat signalisiert, dass es in den Länderregierungen eine starke Strömung gab, die grundsätzliche Bedenken gegen die Aufnahme weiterer geisteswissenschaftlicher Institute in die MPG hegte. ⁶⁴² Solange die »Grundsatzfrage« nicht geklärt war, ob »die Max-Planck-Gesellschaft auch in Zukunft geisteswissenschaftliche Institute gründen« solle, ⁶⁴³ hingen die drei neuen Rechtsinstitute gleichsam in der Luft – ihre formelle Gründung wurde ein ums andere Mal zurückgestellt. ⁶⁴⁴ Die Streitfrage beschäftigte seinerzeit nicht nur die Kultusminister und den *Wissenschaftsrat*, sondern auch eine eigens zu diesem Zweck eingesetzte Senatskommission der MPG. Schließlich strahlte sie auch auf die Satzungsreform von 1964 aus. Als der Senat im Juni 1964 den Entwurf der neuen Satzung diskutierte, kritisierte der bayerische Kultusminister Theodor Maunz (CSU), »daß der Zweck der Gesellschaft weiter gefaßt und ohne Einschränkung auch auf die Förderung der Geisteswissenschaften bezogen worden ist«. Maunz pochte darauf, »daß eine solche Fassung noch einer Abstimmung mit den Interessen der Hochschulen bedürfe«. ⁶⁴⁵ Damit stieß er jedoch bei Hans Dölle, den man mit Fug und Recht als Vater der Satzungsreform von 1964 bezeichnen kann, auf Granit. Der Tübinger Jurist beschied seinen Fachkollegen aus dem Freistaat,

daß die Satzungskommission die Erweiterung ›Natur- und Geisteswissenschaften‹ deshalb in die Satzung aufgenommen habe, um der weit verbreiteten Unkenntnis, die Max-Planck-Gesellschaft sei auf die Förderung der Naturwissenschaften beschränkt, entgegenzutreten. Tatsache ist, daß wir eine Geisteswissenschaftliche Sektion haben, die weder klein noch ohne

640 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 288.

641 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 450.

642 Niederschrift der 43. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 318–319.

643 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 396.

644 Beispielsweise Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 396.

645 Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 175–176. — Zur Person des aufgrund seiner NS-Vergangenheit umstrittenen Staatsrechtlers siehe Michael Stolleis: Theodor Maunz – Ein Staatsrechtslehrerleben. *Kritische Justiz* 26/4 (1993), 393–396. doi:10.5771/0023-4834-1993-4-393. — Dieter Deiseroth: Kontinuitätsprobleme der deutschen Staatsrechtslehre(r). Das Beispiel Theodor Maunz. In: Wolfgang Abendroth et al. (Hg.): *Ordnungsmacht? Über das Verhältnis von Legalität, Konsens und Herrschaft*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1981, 85–111.

Bedeutung ist. Eine Kollision mit den Universitäten ist deshalb nicht zu befürchten, weil mit größter Aufmerksamkeit und Behutsamkeit – auch schon unter der Leitung von Otto Hahn – die Abgrenzung gegen die Universitäten berücksichtigt wird. Ein Teil der Fächer, die heute an rechtswissenschaftlichen Instituten der Universität gelehrt werden, sind erst durch die Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft universitätsreif geworden, und viele rechtswissenschaftliche Lehrstühle sind mit Herren besetzt worden, die aus den geisteswissenschaftlichen Instituten unserer Gesellschaft hervorgegangen sind.⁶⁴⁶

Zwar wurde der Passus nach längeren Diskussionen im Senat schließlich wieder gestrichen,⁶⁴⁷ doch ließ Hans Dölle in seiner autoritativen Interpretation der Satzung keinen Zweifel daran, »daß jeder Wissenschaftszweig schlechthin mögliches Objekt der Förderung durch die MPG sein oder werden kann«.⁶⁴⁸

In dieselbe Richtung ging auch das Urteil, zu dem die von Konrad Zweigert bzw. Hermann Mosler geleitete Senatskommission der MPG gelangte.⁶⁴⁹ Ihr Memorandum kam »zu einem eindeutigen Schluß, daß die Frage der Aufnahme neuer Max-Planck-Institute nicht davon abhängen kann, ob es sich um ein Vorhaben auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften oder der Naturwissenschaften handelt, sondern daß die Frage jeweils nur lauten kann, »welche Organisationsform ist in der Lage, für das betreffende Forschungsgebiet optimale Leistungsmöglichkeiten sicherzustellen?«⁶⁵⁰ Diesen Grundsatz wollten die Länder jedoch nicht akzeptieren. Die Gemeinsame Konferenz der Kultus- und Finanzminister billigte in einer Sitzung am 10. Dezember 1964 eine Empfehlung der Kultusministerkonferenz vom 1. und 2. Oktober 1964 zur Frage der Finanzierung neuer geisteswissenschaftlicher Max-Planck-Institute. Darin heißt es:

Falls die Finanzierung neuer geisteswissenschaftlicher Max-Planck-Institute beantragt wird, sollte die Ländergemeinschaft das Bedürfnis hierfür – nicht anders als bei naturwissenschaftlichen Instituten – insbesondere unter dem Gesichtspunkt prüfen, ob es sich um ein Gebiet handelt, das nicht zum Aufgabenbereich einer Fakultät gehört, und auch unter dem Aspekt,

646 Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 176.

647 Insbesondere Siegfried Balke hatte sich gegen diese Formulierung gewandt, die er für einen »Rückschritt« hielt, da die MPG »Universalität anstreben und keine Konzessionen an Separatisten machen« sollte. Dem schloss sich die Mehrheit der Senatoren an. Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 186–187, Zitate fol. 186.

648 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 13.

649 Zu den Personen siehe Ulrich Drobnyg: Konrad Zweigert (1911–1996). In: Stefan Grundmann und Karl Riesenhuber (Hg.): *Deutschsprachige Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts in Berichten ihrer Schüler. Eine Ideengeschichte in Einzeldarstellungen*. Berlin: De Gruyter 2007, 89–103. — Magnus, *Geschichte des MPI für Privatrecht*, 2020, 28–29. — Felix Lange: *Praxisorientierung und Gemeinschaftskonzeption. Hermann Mosler als Wegbereiter der westdeutschen Völkerrechtswissenschaft nach 1945*. Berlin: Springer 2017. — Rudolf Bernhardt: Die Rückkehr Deutschlands in die internationale Gemeinschaft: Hermann Moslers Beitrag als Wissenschaftler und internationaler Richter. *Der Staat* 42/4 (2003), 583–599.

650 Niederschrift der 49. Sitzung des Senats vom 4. 12. 1964 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 49.SP, fol. 254.

ob nicht die Länder und die Hochschulen selbst in der Lage sind, die betreffenden Aufgaben zu erfüllen, etwa durch Bildung von Schwerpunkten und Ausbau von Hochschulinstituten.⁶⁵¹

Doch auch die MPG blieb in dieser Frage hart. Präsident Butenandt vertrat »den Standpunkt, daß sich die Max-Planck-Gesellschaft gegen die ständige Erweiterung staatlicher Ansprüche im Gebiet ihrer Wissenschaftspolitik wehren müsse«. ⁶⁵² Der Senat bestätigte daraufhin im März 1965 noch einmal explizit »die Gründungsprinzipien der Max-Planck-Gesellschaft«.

Allerdings geriet die MPG durch den Konflikt mit den Ländern in eine schwierige Lage, denn der Dauerstreit mit ihrem wichtigsten Geldgeber verzögerte die Gründung der drei geplanten rechtswissenschaftlichen Institute auf unabsehbare Zeit – mit weitreichenden Folgen. Der MPG ging es nicht zuletzt darum, die neuen Einrichtungen mit Spitzenpersonal zu besetzen, doch zeigte dieses geringe Neigung, geduldig auf den Ausgang des Konflikts zu warten. »Leider haben sich durch die lange Verzögerung unerwartete Schwierigkeiten dadurch ergeben, daß Mitarbeiter, mit denen Professor Coing verhandelt hatte, inzwischen andere Möglichkeiten wahrgenommen haben und nicht mehr zur Verfügung stehen«, heißt es im Protokoll der Senatssitzung vom 13. März 1964. ⁶⁵³ Auch Coing selbst war über die Entwicklung so verstimmt, dass er sich zwischenzeitlich »mit dem Gedanken [trug], den Ruf nicht mehr anzunehmen«. ⁶⁵⁴ Der MPG-Spitze war schon im Jahr zuvor klar geworden, dass die Gründung des Instituts für Rechtsgeschichte keinen Aufschub mehr duldet, »denn bei weiterer Verzögerung ist das Vorhaben, dessen Planung seit drei Jahren läuft, gefährdet, weil Professor Coing und seine Mitarbeiter nicht länger hingehalten werden können«. ⁶⁵⁵ Eine weitere Schwierigkeit ergab sich »wegen des Alters von Professor Ulmer«, ⁶⁵⁶ denn je länger sich der Konflikt mit den Ländern hinzog, desto näher rückte die Emeritierung des 1903 geborenen Juristen. Deswegen schien es dem Senat im Dezember 1964 angezeigt, »Überlegungen über einen geeigneten Nachfolger von Professor Ulmer (Anfang 60) anzustellen« ⁶⁵⁷ – und zwar, noch bevor das Institut überhaupt gegründet und Ulmer zum Wissenschaftlichen Mitglied der MPG berufen worden war. Dementsprechend aufgebracht reagierte man in der MPG auf die Verzögerungstaktik der Länder, die offensichtlich gewillt schienen, die Sache in die Länge zu ziehen. Der Senat sei »ausnahmsweise dem Wunsch der Kultusminister nachgekommen« und habe seinerzeit den Gründungs-

651 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 290–300.

652 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 307. Der im Folgenden zitierte Beschluss findet sich ebenda.

653 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 161–162.

654 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 162.

655 Niederschrift der 44. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1963 in Freiburg im Breisgau, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP, fol. 246.

656 Niederschrift der 49. Sitzung des Senats vom 4. 12. 1964 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 49.SP, fol. 255.

657 Niederschrift der 49. Sitzung des Senats vom 4. 12. 1964 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 49.SP, fol. 255.

beschluss über die Institute für Strafrecht sowie für Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht »entgegen seiner eigenen Grundsatzentscheidung zurückgestellt mit dem Ergebnis, daß wir Anfang 1965 – nach jahrelangem Verhandeln mit den Ländern – immer noch keine Klarheit darüber haben, ob die Länder die Finanzierung übernehmen wollen oder nicht«. ⁶⁵⁸ Mit unüberhörbarem Unmut erklärte Butenandt,

daß wir bei dem in dieser Weise geübten Verfahren Zeitverluste in Kauf zu nehmen haben, die aus wissenschaftlichen Gründen und aus der Verantwortung, die der Senat in Fragen der Wissenschaftsförderung trägt, nicht hingenommen werden können. Der Senat sollte daher erneut bekunden, daß er an seinem alten Verfahren festhält und Gründungsbeschlüsse unter dem Vorbehalt der finanziellen Sicherstellung faßt, sobald die sorgfältige Untersuchung durch unsere Gremien mit entsprechender Empfehlung an den Senat abgeschlossen ist. ⁶⁵⁹

Zwei Faktoren führten dazu, dass sich die MPG in dieser Auseinandersetzung mit den Ländern schließlich durchsetzen konnte. Zum einen schien der Bedarf an zusätzlicher Expertise in allen drei in Frage stehenden Rechtsbereichen angesichts des fortschreitenden europäischen Einigungsprozesses unstrittig. Nicht zuletzt die Vertreter der Wirtschaft im Senat der MPG forderten daher nachdrücklich ihre rasche Gründung. Karl Winnacker, der Vorstandsvorsitzende des Chemiekonzerns *Hoechst AG*, hielt die Übernahme des Instituts von Eugen Ulmer für vordringlich, »um Nachwuchs heranzubilden, der wegen der Änderung der internationalen Patentverhältnisse, die so aktuell sind, besonders wichtig ist«. ⁶⁶⁰ Auch sein Kollege Carl Wurster, seines Zeichens Vorstandsvorsitzender der BASF und zugleich Vizepräsident der MPG, machte sich für die Aufnahme der Institute in die MPG stark. Sie seien »Beispiele dafür [...], daß wir auf internationalem Gebiet Forschung treiben wollen«. Die »verzögerte Gründung« sei gerade in diesen Fällen »besonders bedauerlich«, denn die Bundesrepublik sei »bei den großen europäischen Gremien nur schwach vertreten, weil wir wenige Persönlichkeiten haben, die die nötige Ausbildung besitzen, und darum sollten wir uns jetzt diese Möglichkeit nicht auch noch versagen«. ⁶⁶¹

Zum anderen – und das sollte schließlich den Ausschlag geben – stärkte der Bund der MPG in dieser Streitfrage mit den Ländern den Rücken, ja er drängte sie geradezu dazu, die neuen juristischen Institute in ihre Reihen aufzunehmen. In der Senatssitzung am 4. Dezember 1964 bat Wolfgang Cartellieri die versammelten Senatoren ganz offen, »an den Beschlüssen hinsicht-

658 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 289. — Tatsächlich hatte der Senat den Beschluss zur Gründung der beiden Institute im Dezember einstweilen zurückgestellt. Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 396.

659 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 289–290.

660 Niederschrift der 49. Sitzung des Senats vom 4. 12. 1964 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 49.SP, fol. 255–256. — Zur Person siehe Winnacker, Karl. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 32. Ravensburg 1989. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000005906>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

661 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 am Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 304.

lich der Institute für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht und für ausländisches und internationales Strafrecht festzuhalten«. Zur Begründung führte der Staatssekretär im Wissenschaftsministerium an, dass der Bund »ein außerordentliches Interesse daran [habe], daß diese Institute im Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft entstehen«. ⁶⁶² Bonn ließ diesen Worten entsprechende Taten folgen. Als der Verwaltungsausschuss des Bund-Länder-Abkommens, das seit 1964 die gemeinsame Finanzierung von DFG und MPG durch Bundesregierung und Ländergemeinschaft regelte, ⁶⁶³ im Mai 1965 über die Aufnahme des Instituts für Strafrecht und des Instituts für Patent-, Wettbewerbs- und Urheberrecht in die MPG beriet, sprachen »sich die sechs Bundesvertreter für die Übernahme der beiden Institute aus [...], während die Ländervertreter beschlossen haben, die Kultusministerkonferenz um Entscheidung zu bitten, wie die Richtlinien der Kultusministerkonferenz zur grundsätzlichen Frage geisteswissenschaftlicher Max-Planck-Institute auf die beiden neuen Max-Planck-Institute anzuwenden sind«. ⁶⁶⁴ In der anschließenden Debatte im Senat der MPG wiederholte Cartellieri »die positive Stellungnahme des Bundes zur Neugründung der beiden Institute in der Max-Planck-Gesellschaft« und sprach zugleich »die Hoffnung aus, daß auch die Kultusministerkonferenz zu einem positiven Ergebnis kommt«. ⁶⁶⁵

Mit der expliziten Unterstützung aus Bonn war der Widerstand der Länder, die eine weitere Erosion ihrer Position in der Forschungspolitik zugunsten des Bundes unbedingt vermeiden wollten, gebrochen. Zunächst kam das Institut für Helmut Coing an die Reihe, dessen Gründungsdirektor bereits die Geduld mit der MPG zu verlieren drohte. Ende 1963 signalisierten die Kultusminister der Länder ihr Einverständnis mit der Gründung dieses Instituts, allerdings nicht unter der Bezeichnung »MPI für vergleichende Rechtsgeschichte«, sondern nur als »MPI für europäische Rechtsgeschichte«. Nachforschungen der MPG ergaben, »daß die Kultusminister durch den Namen eine klare Abgrenzung zu vergleichbaren Universitätsinstituten erreichen wollten«. ⁶⁶⁶ Damit erklärten sich Verwaltungsrat und Senat der MPG nach Rücksprache mit Helmut Coing einverstanden, so dass das Institut seine Arbeit unter der neuen Bezeichnung am 1. Januar 1964 endlich aufnehmen konnte. Den Vorsitz des Kuratoriums, das dem Institut in der Anfangszeit unter die Arme griff, übernahm Walter Hallstein, der »die Suche nach den Gemeinsamkeiten der europäischen Rechtskultur« nach Kräften unterstützte. ⁶⁶⁷ Im Dezember 1965 konnte Butenandt dann dem Senat mitteilen, dass »der Verwaltungsausschuß des Bund/Länder-Abkommens sich mit der Gründung der beiden Institute« – gemeint waren das *Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht* und das *Max-Planck-Institut für aus-*

662 Niederschrift der 49. Sitzung des Senats vom 4. 12. 1964 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 49.SP, fol. 255.

663 Siehe dazu ausführlich Kapitel 2.2.2.

664 Niederschrift der 51. Sitzung des Senats vom 23. 6. 1965 in Ludwigshafen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 51.SP, fol. 289–290.

665 Niederschrift der 51. Sitzung des Senats vom 23. 6. 1965 in Ludwigshafen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 51.SP, fol. 295–296.

666 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 395.

667 Siehe Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1454.

ländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht — »einverstanden erklärt hat und daß der Senat heute die Gründung der beiden Institute beschließen kann«. ⁶⁶⁸ Zugleich mit der Gründung wurden Hans-Heinrich Jescheck und Eugen Ulmer als Direktoren der neuen Institute berufen und zu Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG ernannt. ⁶⁶⁹ Kein Zufall, dass die MPG just in dem Moment ihr Ziel erreichte, als der Bund 1964 in ihre Grundfinanzierung einstieg. ⁶⁷⁰ Von nun an war die MPG nicht mehr von einem einzigen Financier – der Ländergemeinschaft – abhängig, sondern konnte den einen Geldgeber der öffentlichen Hand gegen den anderen ausspielen, wie in diesem Fall den Bund gegen die Länder. Ohne diese grundlegende Änderung ihrer Finanzierungsstruktur wäre es der MPG seinerzeit höchstwahrscheinlich nicht möglich gewesen, sich stärker in den Geisteswissenschaften zu engagieren, die die Länder als Domäne für ihre Universitäten reklamierten. Allerdings funktionierte das Spiel, wie gleich zu sehen sein wird, auch in die andere Richtung, also zulasten des Bundes.

3.2.2 Konflikt mit dem Bund: Wem gehören die Forschungsanlagen?

Parallel zu dieser Auseinandersetzung mit den Ländern geriet die MPG auch mit ihrem neuen Financier, dem Bund, aneinander. Die Gründung des IPP als Großforschungseinrichtung stürzte die MPG nicht nur in interne Auseinandersetzungen, ⁶⁷¹ sie brachte sie auch in einen Konflikt mit der Bundesregierung. Es ging dabei vor allem um Geld. Nach Angaben von Ernst Telschow, der in seiner Funktion als IPP-Geschäftsführer Ende 1963 die Haushaltsentwicklung der neuen Forschungseinrichtung in ihren ersten Jahren bilanzierte, waren dem IPP 1962 vom Bund 1,5 Millionen DM und 1963 2,6 Millionen DM zur Deckung der laufenden Kosten zugeflossen, für 1964 hatte man 3,8 Millionen DM veranschlagt. Die Investitionskosten für das noch im Aufbau befindliche IPP hatten 1962 mit schwindelerregenden 40,5 Millionen DM zu Buche geschlagen, 1963 mit 19 Millionen DM und für 1964 waren nochmals 19 Millionen DM für Investitionen vorgesehen. ⁶⁷² Abgesehen von der *Aerodynamischen Versuchsanstalt*, deren Etat im Jahr 1941 höher war als der aller übrigen 27 Kaiser-Wilhelm-Institute zusammen, ⁶⁷³ hatte kein Institut in der Geschichte der KWG und der MPG bisher auch nur ansatzweise so viel Geld verschlungen. Doch obwohl der Bund die Mittel für das IPP zunächst alleine aufbrachte – EURATOM und die Länder traten als Geldgeber erst später hinzu –, fungierte er nicht als Gesellschafter des *Instituts für Plasmaphysik GmbH*. Nachdem dies der Bundesrechnungshof bereits 1961 moniert hatte, startete der Haushaltsausschuss des Bundestags im Jahr darauf eine Initiative, um dem

668 Niederschrift der 52. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 364.

669 Niederschrift der 52. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 365.

670 Siehe dazu ausführlich Kapitel 2.2.2.

671 Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.1.2.

672 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 415.

673 Siehe Florian Schmaltz: Luftfahrtforschung auf Expansionskurs. Die Aerodynamische Versuchsanstalt in den besetzten Gebieten. In: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann und Florian Schmaltz (Hg.): *Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*. Göttingen: Wallstein Verlag 2016, 326–382.

Bund doch noch eine maßgebliche Beteiligung an der Trägergesellschaft des IPP zu sichern.⁶⁷⁴ In der daraus resultierenden Auseinandersetzung, die von 1963 bis 1971 andauerte, spiegelten sich »die brennendsten forschungspolitischen Themen der sechziger Jahre«, nämlich »die Frage von Steuerung oder Autonomie der Forschung; der Zuständigkeit von Bund und Ländern in der Forschungsförderung; der Organisation von Großforschungseinrichtungen und ihres Platzes in der bundesrepublikanischen Forschungslandschaft«.⁶⁷⁵

Im Mai 1963 informierte Präsident Butenandt den Senat über »Sorgen«, die »im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Bundestags über unseren Finanzzuschuß [...] aufgetaucht« seien. Der Haushaltsausschuss hatte die Auffassung vertreten, »daß er wegen der Höhe seiner Zuschüsse künftig einen Sitz im Verwaltungsrat der Max-Planck-Gesellschaft bekommen müsse«. Doch damit nicht genug, habe der Haushaltsausschuss zudem gefordert, »daß wegen der Höhe der gesamten Investitionskosten für das Institut für Plasmaphysik GmbH der Bund einen maßgeblichen Einfluß verlangen müsse und deshalb die Übertragung von 51 % der Geschäftsanteile auf sich erwarte«.⁶⁷⁶ Die Haushälter verliehen dieser Forderung Nachdruck, indem sie die Hälfte der für das IPP im Jahr 1963 vorgesehenen Investitionsmittel von insgesamt 20 Millionen DM sperrten – rund 10 Millionen DM, für die die MPG »bereits rechtliche Verpflichtungen eingegangen« war.⁶⁷⁷

Zur Klärung dieser »Sorgen erregenden Fragen« trat am 8. Mai 1963 eine hochkarätig besetzte Besprechungsrunde in Bonn zusammen, an der neben Vertretern des Bundshaushaltsausschusses auch Wissenschaftsminister Hans Lenz, sein Staatssekretär Wolfgang Cartellieri sowie für die MPG Adolf Butenandt, Werner Heisenberg und Hans Ballreich teilnahmen. »Dieses Gespräch verlief in guter Atmosphäre«, wusste Butenandt später zu berichten, »weil alle Beteiligten ehrlich versuchten, die unterschiedlichen Standpunkte zu verstehen; auch wurde deutlich, daß die Max-Planck-Gesellschaft nach wie vor Vertrauen genießt.«⁶⁷⁸ In den höchsten Tönen lobte Butenandt Minister Lenz, der sich »als ehrlicher Mittler zwischen den verschiedenen Standpunkten und als Verteidiger der Freiheit der Forschung und ihrer Selbstverwaltung«

674 Ernst Telschow und Günter Lehr an Adolf Butenandt vom 25. 1. 1963, Anlage: Auszug aus dem Kurzprotokoll der 18. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 21. 3. 1962, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 36, 161–163.

675 Siehe dazu Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 99. — Zu den Hintergründen siehe auch Szöllösi-Janze, Arbeitsgemeinschaft, 1990, 140–160, 150–151.

676 Niederschrift der 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 143. — Siehe dazu auch Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 411. — Später forderte der Bund »nur noch eine Beteiligung von 50 Prozent und nicht mehr von 51 Prozent [...], um den Eindruck der Majorisierungsabsichten zu vermeiden«. Niederschrift der 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 145.

677 Niederschrift der 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 143. — Zu den Forderungen des Bundes und den Mitteln, mit denen er ihnen Nachdruck verlieh, siehe auch den Vermerk BMWF (gez. Trabant) vom 26. 4. 1963 betr. IPP GmbH, Beteiligung des Bundes, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 37, 163–165. — Siehe dazu auch Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, 207–215. — Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 280.

678 Niederschrift über die 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 144.

erwiesen und versprochen habe, sich »um eine regelmäßige Fortsetzung der Aussprachen zwischen Wissenschaft, Ministerium und Parlament« zu bemühen.⁶⁷⁹ Als Resultat des Gesprächs hielt der MPG-Präsident fest, dass die »uns zugetragene Forderung des Bundes, im Verwaltungsrat mit einem Sitz vertreten zu sein, [...] vermutlich auf einem Mißverständnis« beruhte. Was das IPP betraf, beharrte der Haushaltsausschuss jedoch auf seinem Standpunkt, »die zu erwartenden Investitionen dort [seien] so hoch«, dass der Bund »die Investitionsmittel nicht ohne entsprechende Vermögensbeteiligung im gesamten Umfang vergeben« könne.⁶⁸⁰ Immerhin gelang es den Gesprächspartnern, »Klarheit« darüber zu erzielen, »daß es dem Bund nicht darauf ankommt, über die Vermögensträgerschaft bzw. Mitträgerschaft auf die Forschung Einfluß zu nehmen, sondern daß auch in dem Institut für Plasmaphysik freie Forschung im Sinne der Max-Planck-Gesellschaft – und durch diese allein – betrieben werden soll«. Die noch gesperrten Haushaltsmittel für das IPP sollten in dem Moment freigegeben werden, »wenn unser Senat den Verwaltungsrat ermächtigt, über die Frage der juristischen Lösung der Beteiligung des Bundes Verhandlungen mit dem Bund zu führen«.⁶⁸¹ Der Verwaltungsrat der MPG wiederum gab sich optimistisch, »daß eine unsere Bedürfnisse nicht beeinträchtigende juristische Lösung möglich ist«. An einer solchen sei auch die MPG interessiert,

weil die Bundesmittel an die GmbH nicht so wie an die Max-Planck-Gesellschaft unter Verzicht auf die Eigentumssicherung gegeben werden, sondern im Sinne der allgemeinen Bewilligungsbedingungen eine Eigentumssicherung erfolgt. Das bedeutet im Falle des Instituts für Plasmaphysik, daß die GmbH durch Verwendung der Gelder zu Bauten und sonstigen Investitionen zwar Eigentum an diesen Gebäuden erlangt, aber auf der anderen Seite in voller Höhe der gewährten Zuschußbeträge mit einer Schuld belastet ist, so daß im Grunde diese GmbH ein vermögensloses Gebilde ist, wenn man von der Stammeinlage absieht.⁶⁸²

Allen Beteiligten war freilich klar, dass es bei dieser Auseinandersetzung nicht allein um das IPP ging, sondern dass anhand dieses Instituts über die künftige Organisation der im Aufbau befindlichen Großforschung in der Bundesrepublik verhandelt wurde. Auch innerhalb der MPG lagen die Positionen weit auseinander. Ernst Telschow vertrat die Auffassung, dass die MPG den Wünschen des Bundes gefahrlos entgegenkommen könne, denn in der KWG habe »auch schon eine ähnliche Struktur bestanden«.⁶⁸³ Für Werner Heisenberg, der sich »über das bisher erzielte Ergebnis der Verhandlungen sehr befriedigt« zeigte, kam es hingegen darauf an, »daß die Max-Planck-Gesellschaft in einem Präzedenzfall die Rechtsform eines solchen Instituts juristisch erarbeitet, weil es in Deutschland keine zufrieden stellende Rechtsform für Großinstitute gibt

679 Niederschrift über die 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 144.

680 Niederschrift über die 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 144.

681 Niederschrift über die 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 145.

682 Niederschrift über die 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 145.

683 Niederschrift über die 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 146.

und sich deren Zahl in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich mehrten wird«. ⁶⁸⁴ Die Wissenschaftler, darauf lief Heisenbergs Statement hinaus, sollten – nach dem Vorbild der MPG – auch in den zunehmend wichtiger werdenden Großforschungseinrichtungen den Ton angeben. Damit dürfte er den Forschern in der MPG, aber auch den ihr nahestehenden Industriellen und Managern, aus der Seele gesprochen haben. Nicht zuletzt deswegen maß man diesem Konflikt innerhalb der MPG große Bedeutung bei.

Zunächst hatte es nach einer schnellen Einigung ausgesehen, doch dann stellte sich heraus, dass dem Bund eine »angemessene Beteiligung an der Vermögensträgersgesellschaft« nicht genügte, so dass sich der Haushaltsausschuss weiterhin weigerte, die gesperrten Investitionsmittel – nun war die Rede von 9 Millionen DM – freizugeben. Als das IPP dadurch »in eine große finanzielle Verlegenheit« geriet, bat Staatssekretär Cartellieri den Bundestagsabgeordneten Gerhard Stoltenberg (CDU) als Vertreter des Haushaltsausschusses und Hans Ballreich von der Generalverwaltung der MPG zu einem Krisengespräch, um »die präzisen Wünsche des Haushaltsausschusses« zu klären. ⁶⁸⁵ Die schriftlich fixierte Einigung zwischen Bundestag, Wissenschaftsministerium und MPG umfasste sechs Punkte: Erstens wollte man die Bundesbeteiligung am IPP möglichst rasch klären, »um damit zu einer schnellen Entsperrung der restlichen Haushaltsmittel 1963 für die Gesellschaft zu kommen«. Zweitens bestand der Haushaltsausschuss weiter darauf, »daß der Bund in geeigneter Form neben der Max-Planck-Gesellschaft oder dem endgültigen wissenschaftlichen Träger Mitträger des Instituts für Plasmaphysik sein muß«. Im Gegenzug erkannte der Bund – drittens – an, »daß die Gesellschaft so aufgebaut sein muß, daß der Forschungsbetrieb in voller Freiheit und nach den Grundsätzen der Max-Planck-Gesellschaft durchgeführt werden kann«. Punkt 4 erläuterte, der Bund wolle »durch die Gesellschafterstellung erreichen, daß er bei der Beschlußfassung über Investitions- und Betriebsmittel in der Gesellschaft von vornherein beteiligt« sei. Deswegen pochte man in Bonn auf eine Änderung des bestehenden Gesellschaftervertrags wie auch der Satzung des IPP, wodurch – fünftens – »eine Majorisierung, gleich auf welcher Seite«, ausgeschlossen und »die Geschäftsführung der Gesellschaft nach den Grundsätzen der Max-Planck-Gesellschaft durchgeführt werden« sollte. Sechstens stimmte der Bund zu, »daß aufgrund der Länderbeteiligung an den laufenden Kosten der Gesellschaft auch die Länder im Verwaltungsrat vertreten sein können«, wobei die Vertragsparteien davon ausgingen, »daß die Max-Planck-Gesellschaft und die öffentliche Hand zu je 50 % im Verwaltungsrat vertreten sind«. ⁶⁸⁶

Die im letzten Punkt angesprochene mögliche Beteiligung der Länder gab der MPG im Konflikt mit Bonn einen Hebel in die Hand, denn in diesem Fall waren die Länder ihre natürlichen Ver-

684 Niederschrift über die 45. Sitzung des Senats vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 146.

685 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 411. — Stoltenberg vertrat den Haushaltsausschuss des Bundestags, weil er dort als Berichterstatter für den Haushalt des BMwF fungierte. Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 102.

686 Präsident Butenandt verlas die Einigung im Wortlaut vor dem MPG-Senat. Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 411–413.

bündeten – gegen den Bund.⁶⁸⁷ Sie zu mobilisieren, erwies sich jedoch als nicht eben unkompliziert. »Eine gemeinsame Auffassung der Länder über die Vorschläge des Bundes steht noch aus, weil die Stellungnahme von 11 Ländern nicht leicht einzuholen ist«,⁶⁸⁸ erläuterte Butenandt dem Senat. Trotz dieser Schwierigkeit bestand die MPG auf einer Beteiligung ihres damals wichtigsten Geldgebers. In seiner Antwort an Rudolf Vogel (CDU),⁶⁸⁹ den Stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, betonte Butenandt, »daß die Max-Planck-Gesellschaft wegen der Beteiligung der Länder an den laufenden Kosten zu dieser Entscheidung auch eine Stellungnahme der Länder einholen muß«. ⁶⁹⁰ Offen blieb einstweilen zum einen, wie die Satzung der GmbH so geändert werden konnte, »daß die wissenschaftliche Freiheit der Forschenden im Institut in dem Umfang gewährleistet bleibt, wie sie nach den Prinzipien der Max-Planck-Gesellschaft erforderlich ist«; für den Senat schien dies »im wesentlichen eine Frage der Personalpolitik im weitesten Sinne zu sein, insbesondere auch im Bereich der Institutsverwaltung«. Zum anderen war völlig unklar, ob »die Länder, die an der laufenden Finanzierung des Instituts für Plasmaphysik beteiligt sind, einer solchen Lösung zustimmen« würden. Zwar hatten noch keine Gespräche über diese Thematik stattgefunden, doch hielt es Butenandt durchaus für möglich, dass die Länder »im Falle einer Bundesbeteiligung, grundsätzlich ebenfalls eine Beteiligung als Mitgesellschafter an der GmbH fordern«. ⁶⁹¹ Ohne Rücksprache mit den Ländern sah sich der Verwaltungsrat außer Stande, in dieser Frage einen Beschluss zu fassen. Verständlicherweise wollte die MPG die Auseinandersetzung mit dem Bund nicht ohne ihre Bündnispartner führen.⁶⁹²

Im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung war man sich durchaus darüber im Klaren, dass die MPG »gegen den Wunsch des Haushaltsausschusses, dem Bund die Mehrheit in der ›Plasmaphysik GmbH‹ zu überlassen, ernste Bedenken« hegte. »Sie befürchtet«, so konstatierte ein interner Vermerk des Ministeriums vom 26. April 1963 mit großer Klarheit, »daß der Fall ›Plasmaphysik GmbH‹ nicht ein Sonderfall sei, sondern das ›Trojanische Pferd‹, mit dem der Bund in die MPG eindringen *wolle* oder richtiger nach dem Wunsch des Haushaltsausschusses

687 So auch Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 106.

688 Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 158.

689 Zur Person siehe den Eintrag in: Leo-BW: Vogel, Rudolf, 2020. https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgf_biographien/13004606X/biografie. Zuletzt aufgerufen am 3. 2. 2020.

690 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 413. — Daraufhin entspernte der Haushaltsausschuss des Bundestags die noch ausstehenden 9 Mio. DM, wie das BMWF telefonisch mitteilte. Ebenda, fol. 414.

691 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 413–414.

692 Tatsächlich war die Forderung, »daß dann auch die Länder beteiligt werden sollten, zumal sie sich bereiterklärt hatten, ab Zeitpunkt des Inkrafttretens des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern die Hälfte der Investitionskosten zu übernehmen«, von der MPG ausgegangen, nachdem sich herausgestellt hatte, »daß sich eine Beteiligung des Bundes an der GmbH nicht abwenden läßt«. Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 172.

ses eindringen *solle*«. ⁶⁹³ Schon aus diesem Grund stand für die MPG ein Nachgeben gar nicht zur Debatte, und Argumente gegen die Forderung des Bundes nach einer 50-prozentigen Beteiligung an der Trägergesellschaft des IPP waren schnell zur Hand. Im Senat wurden die Bedenken unter Verweis auf Paragraph 2 Absatz 2 der damals gültigen Satzung der MPG formuliert: »Die Gesellschaft ist eine Vereinigung freier Forschungsinstitute, die nicht dem Staat und nicht der Wirtschaft angehören. Sie betreibt die wissenschaftliche Forschung in völliger Freiheit und Unabhängigkeit, ohne Bindung an Aufträge, nur dem Gesetz unterworfen.« ⁶⁹⁴ Der Rekurs auf die Satzung war an dieser Stelle allerdings vorgeschoben. Das geht schon aus dem Umstand hervor, dass dieser Passus, der seinerzeit auf Drängen der Alliierten in die Satzung aufgenommen worden war, ⁶⁹⁵ nur ein Jahr später – im Zuge der Satzungsreform von 1964 – ersatzlos gestrichen wurde. Hans Dölle begründete die Streichung damit, die Unabhängigkeit der Max-Planck-Institute von Staat und Wirtschaft sei »selbstverständlich und daher der Hervorhebung nicht bedürftig«. ⁶⁹⁶ Allerdings wusste der Kronjurist der MPG nur zu gut, dass es Ausnahmen von dieser Regel gab. »Wo ein MP-Institut eine selbständige Rechtspersönlichkeit hat und (aus geschichtlich zu erklärenden Gründen) dem Staat oder der Wirtschaft irgendwie organisatorisch verhaftet ist«, fuhr Dölle in seinem Kommentar zur Satzung von 1964 fort, »wird seine Rechtsstellung im einzelnen (durch seine Institutssatzung) besonders geregelt.« ⁶⁹⁷

Derartige Ausnahmen – man denke etwa an das *MPI für Eisenforschung* oder das *MPI für Kohlenforschung* – fanden in den MPG-internen Debatten um den Vorstoß des Bundeshaushaltsausschusses selbstredend keine Erwähnung. Dagegen überboten sich die Senatoren in der Sitzung am 6. Dezember 1963 regelrecht mit Aufrufen, gegenüber der Forderung des Bundes standhaft zu bleiben. Siegfried Balke, der bis 1962 als Minister für Atomfragen selbst dem Bundeskabinett angehört und zu den Gründervätern des IPP gezählt hatte, sprach sich »gegen die Änderung der rechtlichen Konstruktion des Instituts aus, dessen Souveränität nicht angetastet werden dürfe. Der Bund könne sein Kontrollrecht auch als Mitglied des Verwaltungsrats des Instituts ausüben.« ⁶⁹⁸ Butenandt erinnerte daran, dass die »Größe des Vorhabens« nicht der einzige Grund gewesen war, warum man das IPP in der Rechtsform einer GmbH ins Leben gerufen hatte. Ein »wesentlicher Grund sei die Sorge in Bezug auf die Haftpflicht gewesen«, und auch

693 Zitiert nach Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 103. — Vermerk BMwF (gez. Trabant) vom 26. 4. 1963 betr. IPP GmbH, Beteiligung des Bundes, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 37, 163–165, Zitat: 163. Hervorhebungen im Original.

694 Erste Satzung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 67, 211–220, Zitat: 211. — Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 415.

695 Siehe dazu Balcar, *Ursprünge*, 2019, 111.

696 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 14.

697 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 14 sowie mit näheren Erläuterungen 76–77.

698 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 415.

»der Vertrag mit EURATOM habe auf diese Weise leichter geschlossen werden können.«⁶⁹⁹ Darüber hinaus hob der Präsident auf die Wahrnehmung des IPP seitens der MPG ab: »In seiner wissenschaftlichen Bedeutung haben wir das Institut aber immer als ein Max-Planck-Institut empfunden, und daher sei die Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung für die Gesellschaft.«⁷⁰⁰ Auch der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg äußerte »sein Befremden, daß Schwierigkeiten, die zwischen Bund und Ländern bestehen, auf dem Rücken einer wissenschaftlichen Einrichtung ausgetragen werden.«⁷⁰¹ Zugleich warnte er »vor irgendwelchen Konzessionen den Wünschen des Bundes gegenüber. Es würde auf diese Weise ein Präzedenzfall geschaffen, dem weitere folgen.« Dem schloss sich – in einer informellen, die Sozialpartner umgreifenden Koalition – auch der äußerst einflussreiche Bankier Hermann Josef Abs an.⁷⁰² Dieser forderte, »daß das Begehren des Haushaltsausschusses unter allen Umständen abgelehnt werden müsse«. In der aufgeheizten Stimmung ließ sich der Vorstandssprecher der *Deutschen Bank* sogar zu der Aussage hinreißen: »Lieber sollte auf das Geld des Bundes verzichtet und eine Aktion gestartet werden, es von anderer Stelle zu besorgen, als den Forderungen des Bundes entgegenzukommen.«⁷⁰³ Das war freilich eher als leere Drohung zu werten, denn woher das viele Geld kommen sollte, deutete auch Abs nicht an. Auch wenn Telschow einschränkte, »daß die hohen Zuschüsse des Bundes in zwei Jahren wegfallen würden, weil dann der Aufbauplan beendet sei«, mussten allein im Jahr 1964 weitere 19 Millionen DM für Investitionen aufgebracht werden, um den Aufbau des IPP weiterzutreiben⁷⁰⁴ – daran war ohne entsprechendes Geld vom Staat gar nicht zu denken.

Die MPG musste also auf Schützenhilfe der Länder hoffen. Deren Haltung sondierten Hans Ballreich und Edmund Marsch von der Generalverwaltung in einem Gespräch mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses des Königsteiner Abkommens, Ministerialrat Stollmann. Von ihm erfuhren sie unter der Hand, dass die Länder es am liebsten gesehen hätten, dass der Bund die gesamte Anlage in Garching nebst Investitionsmitteln der MPG

699 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 415. — 1961 hatte EURATOM mit dem IPP einen Vertrag mit dreijähriger Laufzeit abgeschlossen, in dem sich EURATOM verpflichtete, ein Drittel der Kosten des Forschungsprogramms des IPP zu übernehmen. Verhandlungen über eine Fortsetzung dieses Abkommens liefen seinerzeit bereits auf Hochtouren. Ebenda, fol. 417. — Zu den Verhandlungen siehe Niederschrift der 37. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 183–190. — Vertrag zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und dem Institut für Plasmaphysik vom 1. 1. 1961, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 14, 80–86. — Siehe dazu auch Stumm, *Kernfusionsforschung*, 1999, 304–312.

700 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 415–416.

701 Zur Person siehe Dietmar Süß: Rosenberg, Ludwig. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 22. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 64–65. — Frank Ahland: *Bürger und Gewerkschafter Ludwig Rosenberg 1903 bis 1977. Eine Biografie*. Essen: Klartext Verlag 2016.

702 Zur Person siehe Lothar Gall: *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie*. München: C. H. Beck 2004.

703 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 416.

704 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 415–416, Zitat fol. 416.

übereignete, die sie wiederum »zur Durchführung des Forschungsbetriebes dem Institut für Plasmaphysik GmbH« überlassen sollte, das seine laufenden Betriebsmittel – wie bisher – von Bund und Ländern erhalten würde.⁷⁰⁵ Ihren Einfluss sollte die öffentliche Hand durch die Besetzung der Hälfte der Sitze des Verwaltungsrats der GmbH geltend machen, in dem auch die Haushaltsverhandlungen geführt werden würden, wobei die Länder »Wert darauf« legten, »daß die Quote der Sitze für die öffentliche Hand zu 25 % vom Bund und zu 25 % von den Ländern besetzt wird«. Die Länder hatten das IPP »von Anfang an als ein Max-Planck-Institut in besonderer Gestalt empfunden«, weswegen sie »auf keinen Fall jetzt daraus ausscheiden« wollten.⁷⁰⁶ Alternativ dazu signalisierten die Länder ihre Bereitschaft, das IPP in ein Max-Planck-Institut umzuwandeln.⁷⁰⁷ Wenn der Bund jedoch »auf einer echten Gesellschafterstellung besteht«, wäre es den Ländern unmöglich, »ihrerseits auf eine solche zu verzichten«. In diesem Fall wollten sie »die gleiche Quote verlangen, die der Bund erhält«. ⁷⁰⁸ Damit agierten die Länder so, wie es sich die MPG-Spitze erhofft haben dürfte: Sie drängten den Bund implizit dazu, die Forderung des Haushaltsausschusses fallenzulassen und drohten anderenfalls, ähnliche Forderungen zu erheben, was den Einflussgewinn und die Steuerungsmöglichkeiten des Bundes beim IPP signifikant geschmälert hätte. Allerdings – das war der Preis für die Schützenhilfe, die die MPG von den Ländern erhielt – wurde die MPG auf diese Weise noch tiefer in den Konflikt zwischen Bund und Ländern um die Organisation der Großforschung in der Bundesrepublik hineingezogen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Stoltenberg, »der in der Angelegenheit des Instituts für Plasmaphysik vom Parlament her federführend tätig geworden« war,⁷⁰⁹ reagierte auf die Stellungnahme der Länder im Februar 1964 in einem Brief an Butenandt verärgert. Deren Wunsch, »bei einer Änderung der Rechtsform des Instituts eine paritätische Beteiligung neben dem Bund und der Max-Planck-Gesellschaft (etwa im Verhältnis 1/3) zu erreichen«, werfe die Frage auf, »ob die Länder bereit sind, sich entsprechend an den Investitionskosten zu beteiligen«. Der Bund habe für den Aufbau des IPP bereits 46,3 Millionen DM aufgebracht, und in den Jahren 1964 und 1965 seien weitere 31,8 Millionen DM erforderlich, um ihn abzuschließen. »Falls die Länderkabinette jetzt gewillt sind, diesen Betrag im wesentlichen zu übernehmen, müßte ihr Wunsch sicher bei den abschließenden Verhandlungen mit dem Bund gewürdigt

705 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 189–190.

706 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 190.

707 Diesen Vorschlag hatte ursprünglich der Bund bzw. das BMwF unterbreitet. Siehe Vermerk von Edmund Marsch vom 18. 10. 1963 betr. IPP GmbH, Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 16./17. 10. 1963 vom 18. 10. 1963, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 38, 165–168.

708 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 191.

709 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 193.

werden«. Stoltenberg wusste nur zu gut, dass die Länder dazu kaum in der Lage waren.⁷¹⁰ Der CDU-Politiker ging jedoch noch einen Schritt weiter, indem er anbot, das IPP künftig ganz vom Bund finanzieren zu lassen: »Wir sind, falls die Länder in diesem Punkt Bedenken haben, zur Übernahme der vollen laufenden Kosten auf den Bundeshaushalt bereit.« Stoltenberg drängte auf eine schnelle Regelung, die »auch für die grundsätzlichen Erörterungen über die zweckmäßige Rechtsform wissenschaftlicher Großinstitute und die Zusammenarbeit von Selbstverwaltung und Staat förderlich sein« werde.⁷¹¹ Butenandt interpretierte diese Aussage mit den Worten, »daß es sich um ein grundsätzliches Problem handelt und das Institut für Plasmaphysik zu einem Modellfall geworden ist«.⁷¹²

Die Fronten in dieser Auseinandersetzung, die immer mehr zum Grundsatzkonflikt mutierte, verhärteten sich zusehends. Staatssekretär Cartellieri führte vor dem MPG-Senat aus, »daß der Haushaltsausschuß des Bundestags schon 1960 bei der Gründung des Instituts davon ausging, das Geld nur zu geben, wenn er an der Partnerschaft beteiligt wird«. Daher sei abermals eine Sperrung der Finanzmittel für das IPP verhängt worden, »die sofort aufgehoben wird, wenn die Max-Planck-Gesellschaft den Wünschen des Bundes nachkommt«.⁷¹³ Mit der neuerlichen Sperrung von Haushaltsmitteln zog der Bund die finanztechnischen Daumenschrauben an, wie Hans Lenz unumwunden zugab, in dem dieser ausdrücklich von einem »Druckmittel« sprach. Zugleich versuchte der Wissenschaftsminister, den Wissenschaftlern die Angst vor einem Hineinregieren der Politik in die Forschung zu nehmen, indem er erklärte: »Der Bund beabsichtige sicher nicht, in das Wissenschaftsprogramm einzugreifen, sondern möchte lediglich an Beschlüssen über Geldmittel mitwirken, die er im Haushalt einsetzen und im Parlament vertreten muß.«⁷¹⁴ Die übrigen MPG-Senatoren überzeugte er damit jedoch nicht. Für Werner Heisenberg lautete die zentrale Frage, um die es in diesem Streit ging, »Staatliche Verwaltung« versus »Wissenschaftliche Selbstverwaltung«? Der Atomphysiker plädierte vehement für letzteres und führte zur Begründung an, »daß die Max-Planck-Gesellschaft Bewährungsproben von über 50 Jahren hinter sich hat und daß es sicher besser ist, ihre Erfahrungen zu nutzen, als neue Formen zu erfinden«.⁷¹⁵ Siegfried Balke erneuerte seine Warnung, »den Wünschen des Bundes hinsichtlich der Änderung der rechtlichen Konstruktion des Instituts entgegenzukommen, weil dann die politischen Einflüsse stärker sein werden als die der Wissenschaft und

710 Zur Finanzierung der Investitionen zum Aufbau des IPP siehe Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, 212–213.

711 Butenandt verlas das Schreiben Stoltenbergs vor dem Senat im Wortlaut. Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 193–194.

712 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 194.

713 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 196.

714 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 197. — Diese Position bekräftigte der Wissenschaftsminister wenig später nochmals schriftlich. Hans Lenz an Adolf Butenandt vom 9. 4. 1964, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 39, 168–171.

715 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 197.

der Bund einen Einfluß auf die Personalpolitik gewinnt«. Im IPP habe man »gerade die Wissenschaft zum wahren Leiter des Instituts gemacht«, und es sei »kein Zweifel, daß sich dieses Modell bewährt« habe. Aus diesem Grund plädierte Balke dafür, dass sich die Geldgeber »auf ihre Mitwirkung im Verwaltungsrat beschränken« sollten und drängte darauf, »den politischen Instanzen klarzumachen, daß Sperren, um Druck auszuüben, nicht angängig sind«. ⁷¹⁶ Hermann Reusch empfahl, zu diesem Zweck die Öffentlichkeit einzuschalten, weil »der Haushaltsausschuß des Bundestags für die öffentliche Meinung anfällig« sei. ⁷¹⁷ Mit finanziellem Druck kam der Bund somit nicht ans Ziel. Vielmehr suchte die MPG ihrerseits nach Möglichkeiten, ihren Kontrahenten mit sanfter Gewalt zum Einlenken zu bewegen.

Der Stillstand, den die Unnachgiebigkeit beider Seiten hervorrief, dauerte ein volles Jahr lang an. In dieser Zeit verhandelten Bund und Länder mit- und untereinander, zudem betrat mit der bereits erwähnten Troeger-Kommission, die im Zuge einer umfassenden Finanzreform auch das Verhältnis zwischen Bund und Ländern neu ordnen sollte, ein weiterer Akteur die Bühne. ⁷¹⁸ Erst nach Abschluss des Verwaltungsabkommens, in dem sich Bund und Länder 1964 auf eine gemeinsame Finanzierung von DFG, MPG und anderen Forschungseinrichtungen verständigten, ⁷¹⁹ kam wieder Bewegung in die Sache. Im Frühjahr 1965 beschloss die *Gemeinsame Kultus- und Finanzministerkonferenz* auf Empfehlung ihres Verwaltungsausschusses, eine Beteiligung von 25 Prozent am IPP zu fordern, wobei die Kultus- und Finanzminister davon ausgingen, dass das IPP in ein vollwertiges Max-Planck-Institut umgewandelt werden würde. ⁷²⁰ Um die Voraussetzungen für diesen Schritt zu schaffen, war die Governance des IPP verändert worden: Die Wissenschaftliche Leitung des IPP, die laut Satzung aus den Abteilungsleitern des Instituts und den Direktoren des *MPI für Physik und Astrophysik* bestand, ⁷²¹ hatte auf Vorschlag Heisenbergs Arnulf Schlüter zu ihrem Vorsitzenden gewählt, um eine »Konzentration der exekutiven Funktionen der Wissenschaftlichen Leitung« herbeizuführen, wobei das »Prinzip der Kollegialität [...] jedoch grundsätzlich beibehalten werden« sollte. Mit dieser Änderung gewann das IPP an Selbständigkeit, wiewohl »Angelegenheiten, bei denen sich die Interessen des Instituts für Plasmaphysik und [des] Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik berühren oder überschneiden, [...] in einem ständigen Ausschuß, dem die Professoren Heisenberg, Biermann, Lüst und Schlüter (oder Stellvertreter) angehören, besprochen werden«. ⁷²² Die Nabel-

716 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 198.

717 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 199.

718 Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 163–164.

719 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 428.

720 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 285–286.

721 Zur Wissenschaftlichen Leitung des IPP waren 1960 folgerichtig Biermann, Fünfer, von Gierke, Heisenberg, Schlüter und Schmitter bestellt worden. Gesellschafterbeschluss 1/1960 vom 5. 7. 1960. abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 12, 99.

722 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 286–287. — Siehe dazu auch Ernst Telschow und Günter Lehr an die Mitglieder des Verwaltungsrats des IPP vom 15. 2. 1965 betr.

schnur, die das IPP mit dem *MPI für Physik und Astrophysik* verband, war also noch nicht durchtrennt, wenngleich die Wahl Schlüters zum Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Leitung vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit dem Bund als Schritt in die Umwandlung des IPP in ein eigenständiges Max-Planck-Institut gedeutet werden muss. Daraufhin lud Präsident Butenandt »Vertreter von Bund und Ländern sowie Herrn Heisenberg als Gesellschafter« für den 24. Mai 1965 zu einem Gespräch nach München ein, »bei dem die Grundzüge der neuen Satzung des Instituts beraten werden« sollten,⁷²³ das jedoch aufgrund von Termenschwierigkeiten abgesagt werden musste. Stattdessen wurde im *Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung* ein Referentenentwurf der Satzung des IPP ausgearbeitet. Butenandt gab sich optimistisch: »[N]ach dem Wortlaut sieht es so aus, als ob grundsätzliche Schwierigkeiten für eine Einigung nicht bestehen.«⁷²⁴ Nun schien eine Einigung endlich in Sicht.

Allerdings blieb es weiterhin schwierig, eine einheitliche Stellungnahme aller elf Bundesländer zu den mittlerweile ausgearbeiteten Vertragsentwürfen zu erwirken. Immerhin schien nun auch der *Wissenschaftsrat* Partei für die MPG zu ergreifen. Er vertrat die Auffassung, »daß das Institut – unabhängig von der möglicherweise großen technischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Arbeit – ganz in den Bereich der Grundlagenforschung gehöre«. Daher müsse sich eine »Beteiligung der öffentlichen Hand« an dem »Grundsatz« orientieren, »daß es bei einer Forschungseinrichtung in erster Linie darauf ankommt, möglichst gute Voraussetzungen für die wissenschaftliche Arbeit zu schaffen: Alle organisatorischen Maßnahmen hinsichtlich der Rechtsform usw. sind an diesem Ziel auszurichten«.⁷²⁵ Auch aus manchen Stellungnahmen der Länder meinte man in der MPG herauslesen zu können, »daß sie es für besser halten, wenn das Institut für Plasmaphysik als ein Max-Planck-Institut ohne besondere Rechtsform weitergeführt wird«.⁷²⁶ Davon wollte der Bund jedoch nach wie vor nichts wissen. Gerhard Stoltenberg, der im Oktober 1965 die Nachfolge von Hans Lenz als Bundesminister für wissenschaftliche Forschung angetreten hatte,⁷²⁷ vertrat vor dem Senat erneut den Standpunkt, »daß das der Großforschung zuzurechnende Institut für Plasmaphysik eine besondere Rechtsform erhalten hat, weil es in ungewöhnlich hohem Ausmaß Investitions- und Betriebskosten« benötige. Der Wissenschaftsminister bezifferte die bisherigen Ausgaben des Bundes auf rund 100 Millionen DM, die der Länder auf etwa 11 bis 12 Millionen DM. Zudem sei bald »mit beträchtlichem Ansteigen der Betriebskosten« zu rechnen, die Stoltenberg auf »etwa 40 Millionen DM pro Jahr« schätzte. Der CDU-Politiker forderte daher, »die Frage der Rechtsform« auf der Grundlage des

Geschäftsordnung der Wissenschaftlichen Leitung, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 21, 110–114. — Siehe dazu ausführlich Boenke, *Institut für Plasmaphysik*, 1990, 99–116, 163–168.

723 Niederschrift der 50. Sitzung des Senats vom 12. 3. 1965 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 286.

724 Ausführliche Niederschrift der 51. Sitzung des Senats vom 23. 6. 1965 in Ludwigshafen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 51.SP, fol. 287.

725 Niederschrift der 52. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 360.

726 Niederschrift der 52. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 360.

727 Siehe Schanetzky, Stoltenberg, 2013, 425–426.

Gutachtens der Troeger-Kommission, dessen Veröffentlichung unmittelbar bevorstand, neu zu diskutieren. Er hielt es für praktikabel, »daß die Großforschung nicht vom Bund und elf Ländern, sondern vom Bund und einem Land als Treuhänder getragen wird«. ⁷²⁸

Damit zeichnete sich zumindest in der Frage der Finanzierung der Großforschung eine Lösung ab. In einer im Januar 1966 stattfindenden Besprechung mit den Präsidenten von DFG, MPG und WRK sowie dem Vorsitzenden des *Wissenschaftsrats* fühlte sich der Minister von der Troeger-Kommission bestätigt, die darauf drängte, »daß der Bund sich jeweils mit dem Sitzland über die Finanzierung einigt«. Stoltenberg hielt es für unabdingbar, »daß Institute mit großen Finanzanforderungen aus der normalen Grundfinanzierung nach dem Bund/Länder-Abkommen herausgenommen werden, weil große Neuvorhaben im normalen Haushalt mit den üblichen Steigerungsbeträgen nicht aufzufangen sind und der Finanzierung durch Sondermittel bedürfen«. ⁷²⁹ Auf dieser Überzeugung basierte schließlich auch die 1968/69 eingeführte und 1971 festgeschriebene Regelung, nach der Großforschungsinstitute ihre Finanzmittel zu 90 Prozent vom Bund und zu 10 Prozent vom Sitzland erhalten. ⁷³⁰ Für das IPP strebte Stoltenberg diese Lösung, die darauf hinauslief, »daß die öffentliche Hand als Gesellschafter allein durch den Bund und das Sitzland Bayern vertreten wird«, ⁷³¹ seit Anfang 1966 an. Dagegen opponierten jedoch die Länder, die im Februar 1966 ihrerseits Investitionsmittel für das IPP in Höhe von 7,4 Millionen DM sperren, bis »von Bund, Ländern und der Max-Planck-Gesellschaft anerkannt ist, daß das Institut für Plasmaphysik GmbH ein Max-Planck-Institut ist und die gesellschaftlichen Verhältnisse des Instituts entweder im Jahr 1966 unverändert bleiben oder im Einvernehmen mit Bund und Ländern neu gestaltet werden«. ⁷³² Allerdings stieß die »volle Anerkennung des Instituts als Max-Planck-Institut [...] auf die Schwierigkeit, daß das Institut für Plasmaphysik anders finanziert wird als die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Max-Planck-Institute«. ⁷³³ Um einen Ausweg aus dieser Sackgasse zu finden, vermittelte der bayerische Kultusminister Ludwig

728 Niederschrift der 52. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 363. — Diese Lösung hatte der Wissenschaftsminister den Ländern bereits im Frühjahr 1966 unterbreitet. Gerhard Stoltenberg an den Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom 23. 5. 1966 IPP GmbH, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 40, 172–174.

729 Niederschrift der 53. Sitzung des Senats vom 11. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 148–149.

730 Für das IPP griff der neue Finanzierungsmodus ab dem 1. 1. 1970. Vermerk aus dem Bayerischen Staatsministerium für Finanzen, undatiert, betr. IPP, Ausführung des Wirtschaftsplanes 1970, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 33, 154. — Siehe dazu auch Szöllösi-Janze, Arbeitsgemeinschaft, 1990, 140–160, 154–155. — Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 108 und 113.

731 Niederschrift der 54. Sitzung des Senats vom 22. 6. 1966 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 54.SP, fol. 219.

732 Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 172. — Staatssekretär Hans von Heppe, der Nachfolger Cartellieris, sicherte der MPG zu, »daß der Bund in dem Fall, daß dem Institut für Plasmaphysik aus der Sperre des Länderzuschusses ernster Schaden drohe, helfend eingreifen würde.« Ebenda, fol. 180–181.

733 Zur Erläuterung hieß es: »Das Institut, dessen Etat nicht im Verwaltungsausschuß des Bund/Länder-Abkommens beraten wird, erhält die Mittel des Bundes von der Abteilung Kernforschung des Bundesforschungsministeriums und die der Länder über das Königsteiner Staatsabkommen.« Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 172–173.

Huber ein Spitzengespräch zwischen Bundesminister Stoltenberg und dem bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel.⁷³⁴

Das Gespräch fand im Dezember 1966 in München statt. Neben Goppel, der den Vorsitz führte, nahmen Adolf Butenandt für die MPG, der Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, der hessische Kultusminister Ernst Schütte (SPD) als Vertreter der Ländergemeinschaft sowie, als weitere Emissäre Bayerns, Kurt Huber und Finanzminister Konrad Pöhner an der Besprechung teil.⁷³⁵ Ihnen stand von Seiten des Bundes nur Staatssekretär Hans von Heppe gegenüber, der den verhinderten Stoltenberg vertreten musste und sich auf verlorenem Posten befand. Gegen die »drei gewaltigen Bayern«, so formulierte es Butenandt im Rückblick, konnte sich von Heppe schlicht nicht durchsetzen.⁷³⁶ Der Bund musste zähneknirschend anerkennen, »daß das Institut für Plasmaphysik GmbH ein Max-Planck-Institut ist«. Die logische Konsequenz aus dieser Feststellung lautete, »daß die Finanzierung des Instituts aus dem Bund/Länder-Abkommen erfolgt und sich nicht von der Finanzierung anderer Max-Planck-Institute unterscheidet«. Daher konnte die wenig später tagende Kultus- und Finanzministerkonferenz »die Entsperrung der einmaligen Ländermittel 1966« aufheben und auf eine – bereits angekündigte – Sperrung der für 1967 vorgesehenen Mittel verzichten. Allerdings galt diese Vereinbarung nur eingeschränkt, nämlich nur »bis zur endgültigen Neufassung der Satzung für das Institut für Plasmaphysik«. Zudem sollte sie ausdrücklich »weder diese Neufassung noch die Behandlung der Finanzierungsart anderer Großforschungsinstitute in der Bundesrepublik präjudizieren«.⁷³⁷ Der Streitpunkt der künftigen Rechtsform des IPP blieb damit weiterhin offen. Nachdem jedoch die so lange strittige Frage der Finanzierung der Großforschung Ende 1968 endlich geklärt war, wodurch »auch die Finanzierung des Instituts für Plasmaphysik vom Jahre 1970 an auf einfachere Weise geregelt« wurde, verlieh Butenandt seiner Hoffnung Ausdruck, »daß die Verhandlungen über die Frage nach dem Rechtsstatus des Instituts, die wir nun wieder von neuem aufnehmen müssen, zu einem Ergebnis führen, das von allen Beteiligten als befriedigend bezeichnet werden kann«.⁷³⁸

734 Niederschrift der 55. Sitzung des Senats vom 29. 11. 1966 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP, fol. 180–181. — Zu Huber siehe Huber, Ludwig. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 38. Ravensburg 2003. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/0000010780>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

735 Eine Kurzbiographie Schüttes findet sich bei Lengemann, *Das Hessen-Parlament*, 1986, 385–386. — Siehe auch Schütte, Ernst. *Hessische Biografie*, 2020. <https://www.lagis-hessen.de/pnd/118762133>. Zuletzt aufgerufen am 14. 6. 2020. — Zu Pöhner siehe Pöhner, Konrad. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 51. Ravensburg 1974. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/0000010715>. Zuletzt aufgerufen am 14. 2. 2020.

736 Zitiert nach Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 108.

737 Niederschrift der 56. Sitzung des Senats vom 10. 3. 1967 in Kassel, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 56.SP, fol. 279–280. — Siehe dazu auch den Vermerk BMWF vom 15. 5. 1968 betr. Besuch des Herrn Bundesministers a. D. Prof. Balke beim Herrn Minister am 15. 5. 1968, Beteiligung des Bundes an der IPP GmbH, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 41, 174–176.

738 Niederschrift der 61. Sitzung des Senats vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 8. Hervorhebung im Original.

Hier sollte sich der MPG-Präsident jedoch täuschen. Die Planungseuphorie der Großen Koalition,⁷³⁹ die mittels keynesianischer Wirtschaftspolitik die Wirtschaftskrise von 1966/67 zu überwinden trachtete und ihre Politik in Zauberworte wie »mittelfristige Finanzplanung« und »Globalsteuerung« kleidete,⁷⁴⁰ machte auch vor dem Ministerium für wissenschaftliche Forschung nicht halt. Der Anspruch des von Stoltenberg geführten Hauses, planend und lenkend auf die Forschung einzuwirken, geht beispielsweise aus einem Aktenvermerk vom 6. Januar 1967 hervor, den man als Antwort auf die Vereinbarung vom Dezember 1966 deuten kann. Dort heißt es mit Blick auf das IPP:

Die Arbeiten auf dem Gebiet der Plasmaphysik bilden einen Schwerpunkt im Rahmen des Deutschen Atomprogramms. Sie werden auch im künftigen Atomprogramm eine besondere Bedeutung haben. Die Verwirklichung des Atomprogramms gehört zum Ressortauftrag des BMWF. Dieser Auftrag kann aber nur dann erfüllt werden, wenn sich der Bund in personeller und sachlicher Beziehung die unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit auf diejenigen vorbehält, die er zur Mitarbeit herangezogen hat. Das ist hinsichtlich des IPP jedenfalls dann nicht gewährleistet, wenn dieses einem normalen Max-Planck-Institut gleichgestellt ist. Weder auf die Art noch auf den Umfang der Arbeiten kann bei einem normalen Max-Planck-Institut unmittelbar vom Bund Einfluß genommen werden. Der Versuch einer solchen Einflußnahme würde auf den erheblichen Widerstand der MPG und der Länder stoßen; letztere lehnen es ausdrücklich ab, einen Einfluß auf die Arbeiten der Max-Planck-Institute zu nehmen.⁷⁴¹

Diese Haltung blieb in der MPG nicht unbemerkt. So forderte Werner Heisenberg den Verwaltungsrat im Vorfeld der »demnächst beginnenden Gespräche[...] über Rechtsform und Satzung des Instituts für Plasmaphysik GmbH« auf, »sich mit der Tendenz des Ministeriums [zu] befassen, in wachsendem Umfange Einfluß auf die wissenschaftlichen Institutionen zu nehmen«.⁷⁴² Darauf reagierten die davon in besonderem Maße betroffenen Großforschungseinrichtungen mit einem Schulterschluss: Sie gründeten 1970 die *Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen* (AGF), die bereits auf ihrer Gründungsversammlung selbstbewusst eigene Vorstellungen von der künftigen Organisation der Großforschung und von ihrem Verhältnis zum Staat formulierte.⁷⁴³ Damit gewann die MPG bzw. das IPP einen weiteren Verbündeten in der Aus-

739 Siehe Michael Ruck: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg: Christians Verlag 2003, 362–401.

740 Einen Überblick über die Reformpolitik der Großen Koalition gibt Hans Günter Hockerts: Rahmenbedingungen. Das Profil der Reformära. In: Hans Günter Hockerts (Hg.): *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bundesrepublik Deutschland 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2006, 3–155, hier 27–46.

741 Zitiert nach Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 109. — Zum Steuerungsanspruch des Bundes siehe auch den Vermerk BMWF vom Juni 1969 betr. Umgründung der IPP GmbH, hier: Ergebnismünderschrift einer Referentenbesprechung am 11. 6. 1969, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 42, 177–178.

742 Niederschrift der 82. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 11. 6. 1969 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 82.VP, fol. 1–3, Zitat fol. 2.

743 Zu diesem Prozess wie auch zu den Positionen der AGF siehe ausführlich Szöllösi-Janze, *Arbeitsgemeinschaft*, 1990, 140–160.

einandersetzung mit dem Bund. Von einer Einigung über die künftige Organisation der Großforschung in der Bundesrepublik war man allerdings immer noch weit entfernt.⁷⁴⁴

Erschwerend kam hinzu, dass die Regelung dieser Frage mit der dauerhaften Neuverteilung der Kompetenzen in der Forschungspolitik zwischen Bund und Ländern verbunden war. Letztere erfolgte im Zuge der Einführung der Gemeinschaftsaufgaben, wofür das Grundgesetz geändert werden musste – die dafür nötige Zweidrittelmehrheit im Bundesrat war »nur auf dem Wege des Kompromisses erreichbar«.⁷⁴⁵ In der MPG sah man die Stärkung der Position der Länder, die aus dieser Konstellation resultierte, mit gemischten Gefühlen: Einerseits waren die Länder Verbündete im Ringen um das IPP, andererseits wollte die MPG – wie auch die anderen Forschungsorganisationen – eine strikte Quotierung in der Forschungsfinanzierung verhindern, auf der vor allem die Länder bei der Einführung der Gemeinschaftsaufgaben bestanden. Schon zu Beginn dieser Diskussion hatte der Senat der MPG den Wunsch zum Ausdruck gebracht, »man möge hinsichtlich der Anteile Bund-Länder eine flexiblere Form finden, da bei der jetzigen Aufteilung von 50 %:50 % der finanzschwächste Partner die Höhe der Zuwendungen bestimmt«.⁷⁴⁶ Zwar begrüßten die Senatoren übereinstimmend die geplante Grundgesetzänderung, mit der die Gemeinschaftsaufgaben eingeführt werden sollten, die auch die Forschungsförderung sowie den Auf- und Ausbau des Hochschulwesens beinhalteten. »Zweifelhaft« erschien ihnen dagegen, »ob es richtig sei, die Beteiligungsquote von Bund und Ländern an diesen Aufgaben mit je 50 % im Grundgesetz fest zu verankern«.⁷⁴⁷ Als Begründung für ihre Skepsis gegenüber der »Paritätsklausel« führten sie das »Geleitzugprinzip« an:⁷⁴⁸ »Wir kennen aus den Erfahrungen mit dem Verwaltungsabkommen über die Finanzierung von DFG und MPG, welche Gefahren in der Fixierung der Beteiligungsquoten der Vertragspartner liegen.«⁷⁴⁹ DFG-Präsident Julius Speer erläuterte, »daß bei der geplanten starren 1:1 Klausel im neuen Artikel 91a des Grundgesetzes der Bund seine Finanzierungsmöglichkeit nicht voll ausschöpfen können, da die Länder, wie in der Vergangenheit, nicht in der Lage sein werden, in gleichem Umfange wie der Bund bei der Finanzierung der im Artikel 91a genannten Gemeinschaftsaufgaben mitzuwirken«.⁷⁵⁰

744 Zu den nach wie vor sehr unterschiedlichen Positionen siehe den Vermerk aus dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen (gez. Ministerialrat Stadler) vom 17. 7. 1969 betr. IPP, hier: Neugestaltung der Satzung, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 43, 180–183.

745 Niederschrift der 60. Sitzung des Senats vom 27. 6. 1968 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 60.SP, fol. 23. — Siehe dazu auch Otto Barbarino: Das Verhältnis von Bund und Ländern nach der Finanzverfassung des Grundgesetzes. *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 47 (1984), 745–789.

746 Niederschrift der 54. Sitzung des Senats vom 22. 6. 1966 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 54.SP, fol. 219.

747 Niederschrift der 60. Sitzung des Senats vom 27. 6. 1968 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 60.SP, fol. 13.

748 Den Begriff prägten mit Blick auf die MPG-Finzen Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 127–134.

749 Niederschrift der 60. Sitzung des Senats vom 27. 6. 1968 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 60.SP, fol. 13.

750 Niederschrift der 60. Sitzung des Senats vom 27. 6. 1968 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 60.SP, fol. 22. — Zur Person des einflussreichen Wissenschaftsorganisations siehe Max Scheifele: Speer, Julius. *Baden-Württembergische Biographien*. Bd. 2. Stuttgart: Kohlhammer 1999, 434–436. — Peter Bartelheimer: Speer, Julius. *Neue Deutsche Biographie*.

In diesem Fall verpufften jedoch alle Interventionen aus der Wissenschaft. Butenandt stellte resigniert fest, ein Gespräch mit den Ministerpräsidenten habe »erkennen lassen, daß Bund und Länder starke Argumente für das Festlegen ihrer Beteiligungsquoten im Grundgesetz ins Feld führen können und daß eine Änderung der 50:50 %-Klausel nicht mehr zu erreichen sein wird.«⁷⁵¹ Minister Stoltenberg begründete dies damit, dass man sich »bei den drei Gemeinschaftsaufgaben aus finanzpolitischen Überlegungen heraus für einen festen Schlüssel entschieden« habe und führte weiter aus, »daß die Verhandlungen zur Verfassungsreform und zum Finanzierungsschlüssel sehr schwierig gewesen seien. Die zur Grundgesetzänderung nötige Zweidrittelmehrheit des Bundesrates sei nur auf dem Wege des Kompromisses erreichbar gewesen. Einen solchen Kompromiß stellten die neuen Artikel 91a und b des Grundgesetzes dar.«⁷⁵² Unterstützt von den Ministerpräsidenten machte sich die MPG-Führung dafür stark, zumindest eine »Flexibilitätsklausel«, wie sie bereits das 1964 zwischen Bund und Ländern geschlossene Verwaltungsabkommen zur Finanzierung von DFG und MPG enthielt, durchzusetzen. Dies gelang zwar, blieb aber ein schwacher Trost. Der Versuch der MPG, die negativen Folgen des Geleitzugprinzips abzumildern, ohne das für sie so günstige Arrangement der Bund-Länder-Finanzierung grundsätzlich in Frage zu stellen, war somit zum Scheitern verurteilt, was nicht verwunderlich war, glich er doch einer Quadratur des Kreises.

Was Organisation und Rechtsform des IPP betrifft, konnte sich die MPG dagegen schließlich durchsetzen. Um manifeste Steuerungsansprüche des Bundes abzuwehren, »waren die führenden Wissenschaftler des IPP sogar bereit, den Status der rechtlichen Selbständigkeit aufzugeben und unter dem Dach der MPG Schutz zu suchen.«⁷⁵³ Damit lag die Option auf dem Tisch, das IPP in ein Max-Planck-Institut umzuwandeln, mit der die Länder schon früher geliebäugelt hatten. Im Herbst 1969 setzte sich im Wissenschaftsministerium die Überzeugung durch, die »Frage der Beteiligungsquote am IPP sei gegenüber den negativen Folgen eines offenen Streits mit der MPG von untergeordneter Bedeutung«, weshalb man nunmehr in Bonn bereit war, das IPP als »historisch begründeten Sonderfall« unter den westdeutschen Großforschungseinrichtungen anzuerkennen.⁷⁵⁴ Der augenfällige Meinungsumschwung hing nicht zuletzt mit dem »Machtwechsel« (Arnulf Baring) zusammen,⁷⁵⁵ der 1969 in Bonn stattgefunden hatte. Der neue Wissenschaftsminister der sozialliberalen Koalition, der parteilose Hans Leussink, erklärte kurz nach seinem Amtsantritt, in der Satzungsfrage des IPP »eine etwas andere Politik zu verfolgen als sein Vorgänger«. Insbesondere sei es »nicht sein Wunsch, durch das Ministerium in

Bd. 24. Berlin: Duncker & Humblot 2010, 647–648. — Hans Möller: Julius Speer (3. 12. 1905–8. 6. 1984). *Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* 1984, 1985, 233–240.

751 Niederschrift der 60. Sitzung des Senats vom 27. 6. 1968 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 60.SP, fol. 13.

752 Niederschrift der 60. Sitzung des Senats vom 27. 6. 1968 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 60.SP, fol. 23.

753 Stumm, *Kernfusionsforschung*, 1999, 112.

754 Zitiert nach Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 113.

755 Den Begriff prägte ursprünglich Gustav Heinemann, der seine Wahl zum Bundespräsidenten am 5. 3. 1969, die dem Regierungswechsel in Bonn vorangegangen war, als »ein Stück Machtwechsel« bezeichnet hatte. Arnulf Baring: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*. 2. Aufl. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1982, 121.

die wissenschaftliche Planung und die personelle Struktur der großen Institute eingreifen zu lassen«, vielmehr wollte er die Rolle des Ministeriums »auf die Kontrollfunktion beschränken«. ⁷⁵⁶ Dem konnte die MPG leichtes Herzens zustimmen. Zum 1. Januar 1971 wurde aus der *Institut für Plasmaphysik GmbH* das *Max-Planck-Institut für Plasmaphysik*, das – obwohl es keine eigene Rechtspersönlichkeit mehr hatte – auch fortan nach dem für Großforschungseinrichtungen maßgeblichen Schlüssel von 90 zu 10 vom Bund und vom Freistaat Bayern finanziert wurde. ⁷⁵⁷

Während die MPG mit dem Ausgang des Konflikts zufrieden sein konnte, stellte die Umwandlung in ein echtes Max-Planck-Institut aus der Perspektive des IPP nur die zweitbeste Lösung dar. Als es an die Neufassung der Institutssatzung ging, mit der der neue Rechtsstatus des IPP fixiert werden sollte, traten zwischen dem IPP und der Generalverwaltung der MPG gravierende »Meinungsverschiedenheiten in einigen wesentlichen Fragen« auf. ⁷⁵⁸ Sie kamen in zwei Satzungsentwürfen zum Ausdruck, die die Kontrahenten im Frühjahr 1970 vorlegten. Der Entwurf des IPP vom 16. April 1970 lief auf »eine wesentlich größere Distanz von den Organen der Max-Planck-Gesellschaft, als es die Generalverwaltung auch für ein Institut der Großforschung für tragbar hält«, hinaus. ⁷⁵⁹ So forderte das IPP, erstens, dass ihm »die Zuständigkeit für alle Finanzierungsangelegenheiten verbleiben [müsse], die lediglich »im Benehmen mit der Max-Planck-Gesellschaft« wahrgenommen werden« sollten, zweitens das Recht, Grundstücke erwerben und veräußern sowie sich selbst gerichtlich vertreten zu dürfen, sowie – drittens – den Fortbestand des Verwaltungsrats der IPP GmbH »mit seinen Beschlußfunktionen«. ⁷⁶⁰ Im Juni 1970 vertrat Arnulf Schlüter, der »die rechtliche Selbständigkeit von Max-Planck-Instituten« grundsätzlich für »sinnvoll« hielt, diese Positionen offensiv im Verwaltungsrat der MPG. »Das Verhältnis der Max-Planck-Institute zur Max-Planck-Gesellschaft«, so der wissenschaftliche Direktor des IPP, »müsse eher als das Verhältnis einer Tochtergesellschaft zur Muttergesellschaft, als das Verhältnis einer Zweigstelle zur Hauptstelle verstanden werden.« Schlüter befürchtete, dass »die Aufgabe der rechtlichen Selbständigkeit nach außen als Desavouierung des Instituts – etwa bei seinen Bemühungen, mit Großforschungseinrichtungen außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft zusammenzuarbeiten – erscheinen« würde. Mehr noch aber befürchtete er, »daß die Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft dem Institut ähnlich wie das

756 Kurzprotokoll der 11. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 29. 10. 1969 im MPI für Physik und Astrophysik, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 45, 185–186.

757 Vertrag zwischen der MPG und dem IPP vom 16. 12. 1970, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 46, 187. — Satzung des IPP vom 1. 1. 1971, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 47, 188–192. — Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1302–1303. — Die Finanzierung des IPP durch Bund und Sitzland erfolgte abzüglich der Zuwendungen von EURATOM. Siehe Stumm, *Kernfusionsforschung*, 1999, 171.

758 Materialien zur 86. Sitzung des Verwaltungsrats am 10. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 195–197, Zitat fol. 199.

759 Materialien zur 86. Sitzung des Verwaltungsrats am 10. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 200.

760 Niederschrift der 86. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 10. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, Abt. II, Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 53–56, Zitate fol. 53.

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gegenüber: Gesprächspartner des Instituts in der Max-Planck-Gesellschaft müsse eigentlich der Verwaltungsrat sein, der jedoch in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung möglicherweise überfordert wäre.«⁷⁶¹ In den Augen der IPP-Führung lief die von der MPG forcierte Lösung im Wesentlichen darauf hinaus, an die Stelle der Bevormundung des Instituts durch das Bundesministerium eine Bevormundung durch die Generalverwaltung zu setzen. Völlig falsch lag sie damit nicht. »Die Max-Planck-Gesellschaft muß bei der Gestaltung der Satzung für das Institut für Plasmaphysik darauf achten«, hieß es in einem Vermerk der Generalverwaltung, »daß sie mit der völligen Eingliederung des Instituts in die Max-Planck-Gesellschaft die damit verbundene erhöhte Verantwortung auch faktisch dadurch tragen kann, daß ihr in wesentlichen Angelegenheiten des Instituts eine Gestaltungsmöglichkeit verbleibt.«⁷⁶² Insofern bedeutete der Ausgang der Auseinandersetzung zwischen der MPG und dem Bund aus der Perspektive des IPP »nur einen halben Sieg«.⁷⁶³

3.2.3 Wissenschaft versus Politik: Der Konflikt um die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen

Die Konflikte mit den Geldgebern, die die MPG in den langen 1960er Jahren ausfechten musste, drehten sich nicht ausschließlich um Geld. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Wissenschaft in der entstehenden Wissenschaftsgesellschaft,⁷⁶⁴ nicht zuletzt in ihrer Funktion als Politikberatung, und ihres enormen Ansehens in der Öffentlichkeit konnte es kaum ausbleiben, dass Wissenschaft und Politik früher oder später auch in politischen Sachfragen aneinandergerieten. Dass die Atomforschung zur Arena dieser Auseinandersetzung zwischen Wissenschaftlern und Politikern wurde, lag aus zwei Gründen nahe: Erstens stellte die Kernforschung aufgrund der Dual Use-Problematik ein besonders heißes Eisen dar, denn in diesem Forschungsbereich ließ sich nicht klar zwischen ziviler und militärischer Nutzung trennen. Zweitens war der Bereich der Atomforschung von Anfang an, zumindest aber seit der Entdeckung der Kernspaltung, besonders stark politisiert und von Seiten des Staates vereinnahmt worden, in Deutschland nicht anders als in anderen Ländern. Nachdem die Bundesrepublik die alliierten Forschungsbeschränkungen mit den Pariser Verträgen vom Mai 1955 abgeschüttelt hatte, kam es auf diesem Gebiet sofort wieder zu der eigentümlichen Verschränkung von Wissenschaft und Politik. Das brachte der Forschung den großen Vorteil, dass die Politik – zumal unter der Federführung eines eigenen Bundesministeriums – sehr viel durchsetzungsstärker war, was die Bereitstellung von Forschungsmitteln betrifft, als eine Selbstverwaltungsorganisation. Damit ging jedoch der Nachteil einher, dass sich die Wissenschaft in noch stärkere Abhängig-

761 Niederschrift der 86. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 10. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, Abt. II, Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 55.

762 Materialien zur 86. Sitzung des Verwaltungsrats am 10. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 197.

763 Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 113.

764 Dazu Margit Szöllösi-Janze: Wissenschaftsgesellschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse. *Geschichte und Gesellschaft* 30/2 (2004), 227–313.

keit von der Politik begab und so mehr oder weniger automatisch in (partei-)politische Auseinandersetzungen hineingezogen wurde.⁷⁶⁵ Genau dies geschah in den Jahren 1956/57; der Konflikt sollte in der berühmten »Göttinger Erklärung« gipfeln, die 18 führende deutsche Kernphysiker im April 1957 unterzeichneten.⁷⁶⁶

Nachdem im Oktober 1955 ein eigenes Bundesministerium für Atomfragen gegründet worden war, berief die Bundesregierung auf Vorschlag von Minister Strauß eine »Deutsche Atomkommission«, die aus namhaften Forschern sowie Vertretern von Industrie und Behörden bestand. Sie verfügte über eine Reihe von Unterkommissionen, darunter die »Kommission für Atomphysik«, die ursprünglich als Fachkommission der DFG ins Leben gerufen worden war. Sie stand unter der Leitung Heisenbergs und setzte sich aus den führenden deutschen Experten auf dem Gebiet der Kernforschung zusammen.⁷⁶⁷ In ihrer Funktion als Politikberater wurden die Forscher in den mit großer Heftigkeit ausgetragenen Streit um die Frage, ob die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden sollte oder nicht, hineingezogen. Diese Frage war deswegen akut geworden, weil die USA im Sommer 1956 laut darüber nachdachten, ihre konventionellen Streitkräfte aus Kostengründen drastisch zu verkleinern bzw. durch taktische Atomwaffen zu ersetzen. Der sogenannte Radford-Plan, den der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, Admiral Arthur W. Radford (1896–1973), entworfen hatte und der am 13. Juli 1956 bekannt geworden war, sah die Reduzierung der US-Streitkräfte um 800.000 Soldaten auf rund zwei Millionen Uniformierte vor, was Spekulationen über einen Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa auslöste.⁷⁶⁸ Diese Überlegungen, aber auch die Erfahrungen aus der Suez-Krise, erschütterten in Westeuropa den Glauben an einen dauerhaften Schutz durch die USA, was in Großbritannien und Frankreich zu einer Intensivierung der jeweiligen nationalen Atomprogramme führte.⁷⁶⁹ All dies schwächte die ursprüngliche Position der Bundesrepublik, die noch 1955 in den Pariser Verträgen explizit auf die Produktion von ABC-Waffen verzichtet hatte. Vor dem Hintergrund des Strategiewechsels ihrer US-amerikanischen und europäischen Verbündeten vollzog die Bundesregierung in der zweiten Jahreshälfte 1956 in der Verteidigungspolitik eine radikale Kehrtwendung.

765 So schon Hermann, *Werner Heisenberg*, 1976, 104–105.

766 Zur »Göttinger Erklärung« vom 12. 4. 1957 siehe im Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Robert Lorenz: Die »Göttinger Erklärung« von 1957. Gelehrtenprotest in der Ära Adenauer. In: Johanna Klatt und Robert Lorenz (Hg.): *Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells*. Bielefeld: transcript Verlag 2011, 199–227. — Robert Lorenz: *Protest der Physiker. Die »Göttinger Erklärung« von 1957*. Bielefeld: transcript Verlag 2011. — Elisabeth Kraus: *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2001. — Elisabeth Kraus: Atomwaffen für die Bundeswehr? *Physik Journal* 6/4 (2007), 37–41. — Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 320–330.

767 Siehe Kraus, *Atomwaffen*, 2007, 37–41, 37. — Carson, *Heisenberg als Wissenschaftsorganisator*, 2005, 214–222, 217–218.

768 Siehe Konrad Adenauer: *Erinnerungen. 1955–1959*. Bd. 3. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1989, 193–210.

769 Zu Großbritannien siehe Susanna Schrafstetter: *Die dritte Atommacht. Britische Nichtverbreitungspolitik im Dienst von Stattsicherung und Deutschlandpolitik 1952–1968*. München: Oldenbourg 1999, 25–37.

Vor allem Strauß, der seit Oktober 1956 das Amt des Verteidigungsministers bekleidete, trat nun vehement dafür ein, die Bundeswehr ebenfalls mit Atomwaffen auszurüsten⁷⁷⁰ – eine Haltung, die auch der Kanzler teilte, wiewohl Adenauers Position von den Physikern und der Öffentlichkeit anders beurteilt wurde.⁷⁷¹ Durch entsprechende Aussagen beunruhigt, fassten die Wissenschaftler ihre Sorgen am 19. November 1956 in einem Brief an Strauß und den neuen Atomminister Siegfried Balke zusammen. Darin bezeichneten sie die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen als den »falschen Weg«, der »eine Gefahr für Deutschland und einen Nutzen für niemanden« bedeute.⁷⁷² Daraufhin kam es Ende Januar 1957 zu einer Besprechung mit dem Verteidigungsminister, in der Strauß die Kernphysiker heftig attackierte und sogar vor der Androhung strafrechtlicher Schritte – die Rede war allen Ernstes von »Hochverrat« – nicht zurückschreckte. In der Sache selbst kam es zu keiner Annäherung. Der Tropfen, der das Fass schließlich zum Überlaufen brachte, war die bereits erwähnte Pressekonferenz Konrad Adenauers am 5. April 1957.⁷⁷³ Einen Tag zuvor hatte der britische Verteidigungsminister Duncan Sandys, der Schwiegersohn Winston Churchills, ein neues Verteidigungs-Weißbuch veröffentlicht, das ebenfalls eine Abkehr von konventionellen Streitkräften und eine verstärkte Hinwendung zu Atomwaffen ankündigte.⁷⁷⁴ Für Adenauer war dies offenkundig der Anlass, nun auch für die Bundeswehr atomare Waffen zu fordern, und zwar in aller Öffentlichkeit. Zur Begründung seines Kurswechsels wies der Bundeskanzler auf die jüngsten Entscheidungen der US-amerikanischen und der britischen Regierung hin und hob auf den »Unterschied zwischen den taktischen und den großen atomaren Waffen« ab:

Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie, und es ist ganz selbstverständlich, daß bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik, wie wir sie jetzt leider haben, wir nicht darauf verzichten können, daß auch unsere Truppen – das sind ja beinahe normale Waffen – die neuesten Typen haben und die neueste Entwicklung mitmachen. Davon sind zu trennen die großen atomaren Waffen, die haben wir ja nicht.⁷⁷⁵

Adenauers leichtfertige Verharmlosung taktischer Kernwaffen – nach Hans-Peter Schwarz »ein bemerkenswerter Mißgriff«⁷⁷⁶ dieses ansonsten so instinktsicheren Politikers – eröffnete den Kernphysikern die Möglichkeit, ihre zuvor nur intern vorgetragenen Bedenken öffentlich zu for-

770 Zur Rolle von Strauß siehe ausführlich Siebenmorgen, *Franz Josef Strauß*, 2015, 125–147. — Möller, *Franz Josef Strauß*, 2015, 184–205.

771 Siehe Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, 1991, 335.

772 Zitiert nach Kraus, *Atomwaffen*, 2007, 37–41, 39.

773 Siehe Kapitel 2.1.1.

774 Dazu Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, 1991, 332.

775 Bundeskanzler Adenauer über die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, 5. 4. 1957, in: Bühner, *Adenauer-Ära*, 1993, 165–167, Zitat: 166.

776 Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, 1991, 333.

mulieren. Werner Heisenberg spricht im Rückblick sogar von einer »Verpflichtung«. Adenauers Darstellung, so Heisenberg,

daß Atomwaffen im Grunde nur eine Verbesserung und Verstärkung der Artillerie darstellen, daß es sich gegenüber der konventionellen Bewaffnung also nur um einen Gradunterschied handelte [...], schien uns das Maß des Erträglichen weit zu überschreiten. Denn sie mußte fast zwangsläufig der deutschen Bevölkerung ein völlig falsches Bild von der Wirkung der Atomwaffen vermitteln.⁷⁷⁷

Schließlich unterzeichneten 18 Atomforscher die Erklärung, namentlich waren dies Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Max Kopfermann, Max von Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Paul, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich von Weizsäcker und Karl Wirtz.⁷⁷⁸ Der Entwurf des Textes stammt aus der Feder von Carl Friedrich von Weizsäcker, dem politisch engagiertesten unter den deutschen Physikern, der zu diesem Zeitpunkt seinen Arbeitsplatz am *MPI für Physik und Astrophysik* bereits gegen einen Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Hamburg eingetauscht hatte. Nicht zu unrecht sah Verteidigungsminister Strauß in ihm »de[n] eigentliche[n] Macher« unter den 18 Unterzeichnern.⁷⁷⁹

Die Erklärung verfolgte zwei Ziele, zum einen die deutsche Bevölkerung über die Wirkung der Atomwaffen aufzuklären, zum anderen die Bundesregierung zu einer Kurskorrektur zu bewegen.⁷⁸⁰ Nach einer kurzen Einführung, die die öffentliche Stellungnahme begründete, erörtert die Erklärung die enorme zerstörerische Wirkung von Atomwaffen. Betont wird zunächst, dass auch die »kleinen« taktischen Atomwaffen, die damals zur Verfügung standen, eine ähnliche Wirkung entfalteten, wie die Hiroshima-Bombe – das richtete sich gegen Adenauers Wort von den »beinahe normale[n] Waffen«. Während »eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören« könne, erläuterten die Kernforscher, sei eine Wasserstoffbombe in der Lage, »einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar [zu] machen«.⁷⁸¹ Weiter führen sie aus, dass es »durch Verbreitung von Radioaktivität« möglich sei, »die Bevölkerung der Bundesrepublik heute schon auszurotten« und dass »keine technische Möglichkeit« bekannt sei, »große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen«. Anschließend

777 Heisenberg, *Der Teil und das Ganze*, 2017, 265.

778 Damit vertraten keineswegs alle namhaften deutschen Kernforscher die »Göttinger Erklärung«. Aus unterschiedlichen Gründen hatten Erich Bagge, Walther Bothe, Kurt Diebner, Wolfgang Gentner, Paul Harteck, Walter Seelmann-Eggebert und andere nicht unterzeichnet.

779 Zitiert nach Kraus, *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung*, 2001, 335. — Zu den Veränderungen der wissenschaftlichen Interessen Weizsäckers siehe Mark Walker: »Mit der Bombe leben« – Carl Friedrich von Weizsäckers Weg von der Physik zur Politik. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik – Philosophie – Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2014, 343–356.

780 Heisenberg, *Der Teil und das Ganze*, 2017, 265.

781 Die »Göttinger Erklärung« vom 12. 4. 1957 ist unter anderem abgedruckt bei Kurt Sontheimer: *Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1991, 210–211. Die folgenden Zitate ebenda.

wendet sich die Erklärung dem zweiten Ziel zu, der Einflussnahme auf die Politik. Unter Hinweis auf die eigene moralische Verantwortung für die Konsequenzen der praktischen Anwendung der Entdeckungen und Entwicklungen der Kernphysik bezeichnen die renommierten Wissenschaftler die Politik der atomaren Abschreckung als »auf die Dauer [...] unzuverlässig«. Weiter heißt es:

Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden sichert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.

Die Erklärung schließt mit dem Bekenntnis zur friedlichen Nutzung der Atomenergie, die »mit allen Mitteln« zu fördern sei, »an dieser Aufgabe« wolle man »wie bisher mitwirken«. Ein ausdrückliches Nein zur militärischen Nutzung der Kernenergie, verbunden mit einem Ja zur zivilen Nutzung, so lässt sich der Kerngedanke der »Göttinger Erklärung« resümieren.

Die Frage, warum die Wissenschaftler sich öffentlich gegen eine atomare Bewaffnung aussprachen, wurde in der Forschung sehr unterschiedlich beantwortet. Der Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz unterstellt den unterzeichneten Atomwissenschaftlern utilitaristische Beweggründe. Im Bemühen »um ein internationales Comeback« sieht er

ein wesentliches politisches Motiv ihres Protests. Sie wollten möglichst rasch und möglichst komplikationslos Anschluß an die Grundlagenforschung, auch an die industrielle Forschung des Auslandes finden. Das scheint ihnen aber am sichersten erreichbar bei konsequentem Verzicht auf militärische Nutzung, die alles nur erschweren könnte.⁷⁸²

Belege für diese These bleibt Schwarz indes schuldig. Elisabeth Kraus dagegen postuliert eine prinzipielle, moralisch motivierte Opposition der Forscher gegen Atomwaffen und konstruiert dabei eine Verbindungslinie zur NS-Zeit: Schon im »Uranverein« hätten die deutschen Physiker – und unter ihnen insbesondere Heisenberg – das Projekt einer deutschen Atombombe bewusst hintertrieben, um Hitler nicht in den Besitz dieser Waffe zu bringen. Auch im demokratischen Deutschland sei es bei ihrer Ablehnung der Kernwaffen geblieben.⁷⁸³ Diese These ist in der Forschung auf harsche Kritik gestoßen. So verweist etwa Mark Walker »die Behauptung, deutsche Wissenschaftler hätten Hitler Widerstand geleistet, indem sie ihm den Zugang zu Atomwaffen verwehrten«, ins Reich der »Mythen und Legenden«.⁷⁸⁴ Tatsächlich belegt Kraus

782 Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, 1991, 334.

783 Kraus, *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung*, 2001, 23, 86–88, 108–109, 183–191.

784 Mark Walker: Die drei von der Uranstelle. Rezension zu »*Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung*«. *Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers*, Elisabeth Kraus. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 27 (1. 2. 2002).

ihre These ausschließlich mit Aussagen der betroffenen Wissenschaftler aus der Zeit nach 1945, die sie unkritisch übernimmt, ohne sie auf mögliche Selbst-Stilisierungen zu hinterfragen.

Was Schwarz völlig unberücksichtigt lässt und Kraus nur als nachrangiges Motiv anführt, ist das Moment der persönlichen Betroffenheit, des Erschreckens über das, was die Ergebnisse der eigenen Forschung ermöglicht hatten. Der Horror von Hiroshima und Nagasaki steckte den Wissenschaftlern vermutlich in den Knochen, wiewohl sie unterschiedlich damit umgingen. Für Carl Friedrich von Weizsäcker waren Atomwaffen primär eine militärstrategisch-politische Frage, für Heisenberg eine primär wissenschaftliche und für Otto Hahn eine zutiefst persönlich-moralische.⁷⁸⁵ Als einer der Entdecker der Kernspaltung hatte Hahn – seinerzeit noch gemeinsam mit anderen deutschen Atomforschern in Farm Hall interniert – mit großer persönlicher Betroffenheit auf die Nachricht vom Abwurf der ersten Atombombe auf Japan reagiert. »Hahn war wie vernichtet«, berichtete ein britischer Major über diesen Moment, »und fühlte sich verantwortlich für den Tod von Hunderttausenden.«⁷⁸⁶ Laut von Weizsäcker sei Hahn sogar »so tief erschüttert« gewesen, »daß wir, die mit ihm in englischer Haft waren, fürchteten, er werde sich das Leben nehmen.«⁷⁸⁷ Das tat Hahn bekanntlich nicht, stattdessen wurde ihm die Auseinandersetzung mit den Folgen der wissenschaftlichen Kernforschung aus humanitären Motiven zur Lebensaufgabe.⁷⁸⁸ Eine noch darüber hinausweisende Überlegung hat Mark Walker geäußert, dass nämlich Hahn, Heisenberg und von Weizsäcker »sich gerade wegen ihrer zwiespältigen Erfahrungen und Aktivitäten unter dem Nationalsozialismus dazu entschlossen, in der Zeit nach dem Krieg gegen das atomare Wettrüsten so entschieden Stellung zu beziehen, wie sie es taten.«⁷⁸⁹ Allerdings ist auch dies eine Lesart, die sich nicht aus den Quellen belegen lässt. Träfe sie zu, wäre die »Göttinger Erklärung« auch als eine Reaktion auf das im Rückblick als Fehler erkannte Verhalten in der NS-Zeit, also als ein Akt der Vergangenheitsbewältigung in eigener Sache, zu lesen.

Zwar war die MPG als solche nicht direkt in die Auseinandersetzung verwickelt. Dennoch stand sie an vorderster Front, denn das Gros der protestierenden Wissenschaftler, vor allem aber die führenden Köpfe der »Göttinger 18«, kam aus ihren Reihen: Das galt für Werner Heisenberg, einen der führenden deutschen Atomforscher, der zuvor eng mit der Bundesregierung – und auch Adenauer persönlich – zusammengearbeitet hatte. So hatte ihn der Kanzler im Vorfeld der Ratifizierung der Pariser Verträge gebeten, auf einen Rundfunkvortrag zum Thema Kernenergie zu verzichten, und Heisenberg hatte dieser Bitte – zum Verdruss der Opposition

785 Diese typologische Unterscheidung der Motivlagen nach Kraus, *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung*, 2001, 226–239.

786 Zitiert nach Hermann, *Werner Heisenberg*, 1976, 83.

787 Geleitwort Carl Friedrich von Weizsäckers, in: Kraus, *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung*, 2001, XIII.

788 So Kraus, *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung*, 2001, 235–239.

789 Walker, *Die drei von der Uranstelle*, 1. 2. 2002.

wie auch Adolf Grimmes – entsprochen.⁷⁹⁰ Carl Friedrich von Weizsäcker wirkte als die intellektuelle Potenz und treibende Kraft der Wissenschaftlergruppe. Aus seiner Feder stammte nicht nur der Brief an Strauß und Balke, sondern auch der Text der Erklärung selbst. Eine kaum weniger wichtige Rolle spielte Otto Hahn, der MPG-Präsident, über dessen Büro die Koordination der Erklärung lief. Aus diesem Engagement sprach einmal mehr Hahns persönliche Betroffenheit, die ein Knittelvers, der unter den in Farm Hall internierten deutschen Atomspezialisten 1945 die Runde gemacht hatte, auf die launige Formel brachte: »Und fragt man: Wer ist schuld daran? So ist die Antwort: Otto Hahn.«⁷⁹¹ Auch wenn Hahn auf der Hauptversammlung der MPG Ende Juni 1957 betonte, »daß es sich dabei nicht um eine Erklärung der Max-Planck-Gesellschaft handelt«, sondern dass die 18 Atomexperten »jeder für sich, im Bewußtsein ihrer besonderen Verantwortung auf Grund ihrer Sachkenntnis gehandelt« hätten,⁷⁹² wurde die MPG gleichsam in Mithaftung genommen. Dass zeigte sich schon darin, dass kein Mitglied der Bundesregierung an der Hauptversammlung des Jahres 1957 teilnahm; selbst Bundespräsident Theodor Heuss, der sich dieses Ereignis sonst nicht entgehen ließ, beließ es in diesem Jahr bei der Übermittlung von Grüßen aus sicherer Entfernung.⁷⁹³ Hahn rechtfertigte das Vorgehen der 18 Wissenschaftler damit, dass die Aufrufe von Mainau (1955) und Lindau (1956) »keine öffentliche Resonanz [sic]« gefunden und dass die Wissenschaftler »der Weltöffentlichkeit einen Dienst erwiesen« hätten, weil die »Göttinger Erklärung« Anstöße zur »Entspannung« und zur »allmählichen Einschränkung des Rüstungswettlaufs« gegeben habe.⁷⁹⁴ Die »Angst um den Atomtod« sollte Hahn weiter umtreiben. Auch in den folgenden Jahren ließ den MPG-Präsidenten diese Thematik nicht mehr los, immer wieder kam er auf sie zurück. In der Hauptversammlung von 1958 bekannte er sogar: »Seit Jahren habe ich mir gelegentlich überlegt, ob es nicht besser wäre, die ganze Nutzbarmachung der Atomenergie sei niemals Tatsache geworden.«⁷⁹⁵ Deutlicheren Ausdruck hätte Hahn seiner persönlichen Betroffenheit kaum geben können.

Folgen zeitigte der Konflikt auch für die Politik. Bereits unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung am 12. April 1957 schlug die »Göttinger Erklärung« hohe Wellen. Adenauer selbst hielt in seinen Erinnerungen fest, dass seine »Stellungnahme zu der möglichen Ausstattung der

790 Dies nach Hermann, *Werner Heisenberg*, 1976, 100–102. — Zur Person siehe Walther G. Oschilewski: Grimme, Adolf. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 7. Berlin: Duncker & Humblot 1966, 88–89. — Kai Burkhardt: *Adolf Grimme. 1889–1963. Eine Biografie*. Köln: Böhlau 2007.

791 In der im März 1949 erschienenen Festschrift für Otto Hahn berichtet Werner Heisenberg, dass die in Farm Hall Internierten an jenem Abend, an dem die Verleihung des Nobelpreises an Otto Hahn bekannt geworden war, ein Lied sangen, das mit der Strophe begann: »Detained since more than half a year sind Hahn und wir in Farmhall hier. Und fragt man: wer ist schuld daran? – So ist die Antwort: Otto Hahn.« Werner Heisenberg: MPI für Physik, Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft 1945–1949 vom 8. 3. 1949, S. 12–18, Zitat S. 17, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186.

792 Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Hahn 1957, 1957, 194–201, 199.

793 Anstelle der bundespolitischen Prominenz sprachen in Lübeck als Vertreter der Politik Bürgermeister Walther Böttcher (CDU) und der Kultusminister Schleswig-Holsteins, Edo Osterloh (CDU). Max-Planck-Gesellschaft: Hauptversammlung 1957. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1957), 186–187, 187.

794 Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Hahn 1957, 1957, 194–201, 200.

795 Max-Planck-Gesellschaft, Ansprache Hahn 1957, 1957, 194–201, 221.

Bundeswehr mit atomaren Waffen [...] in der deutschen Öffentlichkeit einen Sturm schärfster Proteste aus[löste]«. ⁷⁹⁶ Im Vorfeld der Bundestagswahl von 1957 war die Debatte Wasser auf die Mühlen der Opposition, die die Bundesregierung wegen der Wiederbewaffnung Westdeutschlands allgemein und der geplanten Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen im Besonderen bereits zuvor scharf angegriffen hatte. Das mag nicht die Absicht der Verfasser der »Göttinger Erklärung« gewesen sein, die in politischen Dingen teilweise ungeschickt agierten. »Daß der Aufruf vor allem von Seiten der Ostzone und auch der westdeutschen politischen Opposition ein so starkes Echo gefunden hat«, erklärte Hahn vor der Hauptversammlung der MPG 1957 in entwaffnender Offenheit, »hatten wir in diesem Umfang nicht erwartet.« ⁷⁹⁷ Tatsächlich stellte die »Göttinger Erklärung« den »schlimmsten Schlag« dar, den Adenauer im Zuge der ersten großen Atomdiskussion in Westdeutschland einstecken musste. Der Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz hebt hervor, dass ihm diesen »gar nicht die SPD, sondern eine Gruppe von Wissenschaftlern mit Weltruf« versetzt habe. ⁷⁹⁸ Die Heftigkeit hatte sich der erfahrene Politiker allerdings zum Großteil selbst zuzuschreiben. Denn sowohl der Kanzler wie auch sein Verteidigungsminister reagierten zunächst kühl und herablassend, indem sie den Forschern vorwarfen, keine Ahnung von Verteidigungs-, Bündnis- und Außenpolitik zu haben. Dabei unterschätzten sie jedoch das Gewicht, das die Öffentlichkeit dem Urteil der Experten in dieser Frage beimaß. Dass die Wissenschaftler von der Politik regelrecht abgekanzelt wurden, verstärkte diesen Effekt noch. In Anspielung auf die »Göttinger Sieben« des Vormärz bezeichnete die Presse die Unterzeichner der Erklärung als »Göttinger Achtzehn«. ⁷⁹⁹ Als Adenauer seine Fehleinschätzung erkannte, bemühte er sich, das Thema der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr möglichst schnell wieder aus den Schlagzeilen zu bekommen. Zu diesem Zweck lud er Vertreter der Atomforscher zu einem Gespräch ein, das bereits am 17. April 1957 im Bundeskanzleramt stattfand. Für die Unterzeichneten der »Göttinger Erklärung« nahmen Gerlach, Hahn, von Laue, Riezler und von Weizsäcker an dem Treffen teil, die Bundesregierung war vertreten durch den Kanzler und den Verteidigungsminister. Hinzu kamen mit Walter Hallstein, Josef Rust und Hans Globke sowie den Generalen Adolf Heusinger und Hans Speidel die hochrangigsten politischen und militärischen Berater Adenauers. Wie wichtig der Kanzler dieses Treffen nahm, geht auch daraus hervor, dass er sich geschlagene sieben Stunden dafür Zeit nahm; die Zusammenkunft begann um 10 Uhr vormittags und dauerte bis 17 Uhr. Diesmal ging Adenauers Rechnung auf: Am Ende des Treffens einigte man sich auf ein gemeinsames Kommuniqué. Darin heißt es, dass die Bundesregierung nicht plane, Atomwaffen herzustellen und deswegen die Atomexperten auch nicht um die Mitwirkung an deren Entwicklung bitten werde. Vielmehr wolle Bonn im Wege von Abkommen darauf hinwirken, die atomare Bewaffnung in Ost und West gleichermaßen einzudämmen. Auch wenn es sich dabei eher um eine

796 Adenauer, *Erinnerungen*, 1989, Bd. 3, 293.

797 Max-Planck-Gesellschaft, *Ansprache Hahn 1957, 1957, 194–201, 199.*

798 Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, 1991, 333.

799 Hermann, *Werner Heisenberg*, 1976, 105.

Einigung pro forma handelte, war die Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und den Atomforschern damit offiziell beigelegt.⁸⁰⁰

Zwar hielt die SPD das Thema Atombewaffnung im Bundestagswahlkampf weiter am Köcheln, nicht zuletzt durch das 1957 von ihr initiierte und unter anderem vom DGB unterstützte Komitee »Kampf dem Atomtod«, das sich – neben dem Bezug auf die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki – aus dem seinerzeit noch weitverbreiteten Unbehagen an der westdeutschen Wiederbewaffnung speiste.⁸⁰¹ Die Strategie der Sozialdemokraten ging jedoch nicht auf, die Union fuhr im Herbst 1957 einen glänzenden Wahlsieg ein und errang mit bundesweit 50,2 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag.⁸⁰² Andere Themen hatten den Ausschlag für diesen Wahlausgang gegeben, nicht zuletzt die kurz vor der Wahl verkündete Rentenreform, die der Union zahllose Rentnerstimmen einbrachte. Hinzu kam die Popularität Adenauers. Manche interpretieren den Wahlausgang sogar als »beinahe plebiszitäres Vertrauensvotum für den Kanzler«.⁸⁰³ Das heißt allerdings nicht, dass der Protest der Atomwissenschaftler folgenlos geblieben wäre. Die Bedeutung der »Göttinger Erklärung«, die Manfred Heinemann als »eine[n] der moralischen Höhepunkte deutscher Wissenschaft dieser Epoche« bezeichnet,⁸⁰⁴ reicht weit über die reine Sachfrage hinaus. Eine Reihe renommierter Wissenschaftler trat hier öffentlich gegen die Regierung auf und setzten damit ein Zeichen gegen den Obrigkeitsstaat. Ihr Handeln und dessen Rezeption in der westdeutschen Bevölkerung sind ein weiterer Beleg dafür, dass die Adenauer-Ära keineswegs so restaurativ gewesen ist, wie man es ihr bisweilen bis heute unterstellt. Die im Entstehen begriffene Zivilgesellschaft bezog ihre Stärke auch daraus, dass sich Experten und Intellektuelle zunehmend in politische Debatten einmischten. Damit etablierte sich die Öffentlichkeit – neben der Judikative – als weitere »Gewalt«, die die Arbeit von Legislative und Exekutive wirkungsvoll kontrollierte. Was den Ausgang des Konflikts betrifft, setzten sich die Gegner der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr – unter einer anders zusammengesetzten Bundesregierung und unter stark veränderten außenpolitischen Bedingungen – schließlich durch: Nach langen und kontroversen Debatten unterzeichnete die Bundesrepublik am 28. November 1969 den Atomwaffensperrvertrag. Die Bundeswehr beschaffte zwar Trägersysteme, die im Ernstfall mit Atomsprengköpfen bestückt werden können, diese blieben jedoch unter US-amerikanischer Kontrolle – und zwar bis heute. (West-)Deutschland wurde keine Atommacht.⁸⁰⁵

800 Siehe Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, 1991, 336. — Kraus, *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung*, 2001, 57 und 246–266. — Zur Sichtweise des Kanzlers siehe Adenauer, *Erinnerungen*, 1989, Bd. 3, 294–297.

801 Zur westdeutschen Friedensbewegung in den 1950er Jahren siehe Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*. Stuttgart: Kohlhammer 2018, 78–90. — Kielmansegg, *Nach der Katastrophe*, 2000, 319–323.

802 Siehe Manfred Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*. München: C. H. Beck 1999, 345–347. — Balcar, *Politik auf dem Land*, 2004, 237–240.

803 Daniel Koerfer: *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1987, 161.

804 Heinemann, *Wissenschafts- und Bildungslandschaft*, 1998, 77–95, 77.

805 Zum Atomwaffensperrvertrag siehe Matthias van der Minde: *Die Atomwaffen nieder! Völkerrechtliche und zivilgesellschaftliche Wege der atomaren Abrüstung*. Hamburg: VSA 2010, 51–60. — Schrafstetter, *Die dritte Atommacht*, 1999.

4. Die Reform der Governance-Strukturen der MPG

In der Phase der (Wieder-)Gründung hatten sich die Gremien der entstehenden MPG kaum bzw. nur am Rande mit Satzungsfragen beschäftigt. Wozu auch? Man übernahm als Rechtsnachfolgerin der KWG weitgehend deren Satzung und änderte sie nur insoweit, als Anpassungen an die Rahmenbedingungen der Besatzungszeit notwendig erschienen – etwa in der Betonung der Unabhängigkeit der MPG und ihrer Institute von Staat und Wirtschaft.⁸⁰⁶ Das stürmische Wachstum, das die MPG seit Mitte der 1950er Jahre erlebte, veränderte allerdings nicht nur die Institute, die einen deutlich größeren Zuschnitt erhielten, sondern auch die Gesamtorganisation. Die MPG reagierte darauf in den langen 1960er Jahren mit mehreren umfassenden Reformen ihrer Satzung, die als Etappen eines einzigen Reformprozesses begriffen werden müssen. Aus diesem Grund lässt sich die Phase von 1955 bis 1972 auch als Zeit der Satzungsreform beschreiben, in der Stück für Stück die statutarischen Strukturen geschaffen und festgeschrieben wurden, die die MPG noch heute kennzeichnen. Dieser Prozess lief allerdings nicht ohne kontroverse, zum Teil mit großer Heftigkeit ausgetragene Debatten ab.

4.1 Der Auftakt des Reformprozesses

Den Startschuss gab eine Initiative des Bundes, der Ende Juli 1958 auf eine Vertretung des Innen- und des Finanzministeriums im Senat der MPG drängte, um – analog zu den Ländern – direkten Einfluss auf die Entscheidungen der MPG nehmen zu können. Bundesinnenminister Gerhard Schröder begründete den Vorstoß in einem Schreiben an Präsident Hahn damit, dass der Bund die MPG »seit einigen Jahren [...] durch einen regelmässigen namhaften Zuschuss« fördere.⁸⁰⁷ Dagegen konnte die MPG kaum etwas einwenden, nachdem sie den Ländern bereits eine entsprechende Vertretung im Senat zugestanden hatte. Hahn antwortete daher, dass er diesen »Wunsch« an den Senat der MPG weiterleiten werde und gab sich »überzeugt«, dass der Senat die Vertreter des Bundes »gern aufnehmen wird.«⁸⁰⁸ Der Senat debattierte auf seiner Sitzung am 15. Oktober 1958 intensiv über dieses Ansinnen des Bundes. Ganz so glatt, wie Hahn gedacht hatte, ging die Sache nicht über die Bühne. Einige Senatoren äußerten

Bedenken [...] dahingehend, dass durch die Zuwahl von weiteren Senatoren ›in amtlicher Eigenschaft‹ das Schwergewicht des Senats sich stärker nach der behördlichen Seite verlagert und der Senat seinen Charakter als ›Selbstverwaltungseinrichtung‹ verliert. Daher müsse ein Weg gefunden werden, gegebenenfalls die Zahl der Senatsplätze durch Satzungs-

806 Siehe Balcar, *Ursprünge*, 2019, 77–78.

807 Gerhard Schröder an Otto Hahn vom 31. 7. 1958, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 31.SP, fol. 172. — Niederschrift der 31. Sitzung des Senats vom 15. 10. 1958 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 31.SP, fol. 108. — Siehe dazu auch Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 7. — Zur Person siehe Torsten Oppelland: *Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession*. Düsseldorf: Droste 2002. — Torsten Oppelland: Schröder, Gerhard. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 23. Berlin: Duncker & Humblot 2007, 562–563.

808 Otto Hahn an Bundesinnenminister Gerhard Schröder vom 20. 8. 1958, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 31.SP, fol. 168–169. — Niederschrift der 31. Sitzung des Senats vom 15. 10. 1958 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 31.SP, fol. 108.

änderung zu erhöhen, damit das Plätzeverhältnis im Senat erhalten bleibt. Auch gegen die Einladung von ›Gästen‹ auf unbestimmte Dauer bestehen Bedenken grundsätzlicher Art.⁸⁰⁹

Trotz dieser Einwände erklärte sich der Senat schließlich grundsätzlich bereit, »den Wünschen des Herrn Bundesinnenministers und des Herrn Bundesfinanzministers im Sinne des Schreibens des Präsidenten zu entsprechen«, und beauftragte eine Kommission damit, die Frage zu klären, »in welcher Weise eine Zuwahl im Hinblick auf die Satzung der Gesellschaft ermöglicht werden kann, ohne damit die Zuwahl nicht-›beamteter‹ Kandidaten allzusehr zu verzögern«.⁸¹⁰

Die Kommission, der die Juristen Hans Dölle und Hermann Mosler angehörten, erledigte ihren Auftrag prompt, so dass sie dem Senat schon zu seiner nächsten Sitzung im Februar 1959 eine Neufassung von Paragraph 12 der MPG-Satzung vorlegen konnte. Sie brachte zwei wesentliche Neuerungen: Erstens differenzierte Absatz 3 nun explizit zwischen Wahlsekatoren, die von der Hauptversammlung für sechs Jahre gewählt wurden, und Senatoren von Amts wegen, deren »Zugehörigkeit zum Senat [...] mit der Amtszeit« endete. Zweitens legte Absatz 5 fest, dass dem Senat der MPG »zwei Vertreter der Bundesregierung und drei von der Ländergemeinschaft benannte Länderminister« angehören sollten.⁸¹¹ Die MPG-Spitze sah sich allerdings zu folgender Klarstellung veranlasst: »Der Verwaltungsrat legt Wert auf die Betonung, daß der ausschließliche Grund für die Neufassung des § 12 der Satzung, insbesondere in bezug auf Absatz 5, in der Finanzierung der Gesellschaft durch den Bund und die Ländergemeinschaft liegt.«⁸¹² Wer zahlt, sollte zwar nicht allein entscheiden, aber doch zumindest mitbestimmen dürfen. Hier schlug sich die finanzielle Abhängigkeit der MPG von der öffentlichen Hand direkt in ihrer (formellen) Governance nieder.

Allerdings bedeutete der Einzug von Vertretern der Bundes- und Landesregierungen in den Senat keineswegs, dass nunmehr die Politik das Kommando in der MPG übernommen hätte – auch wenn dem Senat nach der Satzungsreform insgesamt acht hochrangige Politiker angehörten.⁸¹³ Ministerialdirektor Paul Egon Hübinger, seines Zeichens Historiker und Leiter der Kultur-

809 Niederschrift der 31. Sitzung des Senats vom 15. 10. 1958 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 31.SP, fol. 109.

810 Niederschrift der 31. Sitzung des Senats vom 15. 10. 1958 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 31.SP, fol. 109. — Siehe auch Niederschrift der 38. Sitzung des Verwaltungsrats vom 11. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 38.VP, fol. 2–7. — Otto Hahn an Gerhard Schröder vom 5. 11. 1958, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 31.SP, fol. 230.

811 Niederschrift der 32. Sitzung des Senats vom 12. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP, fol. 54. — Niederschrift der 38. Sitzung des Verwaltungsrats vom 11. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 38.VP, fol. 3–4. — Die Reform wurde schließlich auf der Hauptversammlung des Jahres 1959 formell verabschiedet, nachdem Dölle sie dort nochmals eingehend erläutert hatte. Siehe Max-Planck-Gesellschaft: Neufassung des § 12 der Satzung der Gesellschaft. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1959), 231–234.

812 Niederschrift der 38. Sitzung des Verwaltungsrats vom 11. 02. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 38.VP, fol. 3–4.

813 Die ersten Vertreter des Bundes, die aufgrund der Satzungsänderung in den Senat aufgenommen wurden, waren die Staatssekretäre Georg Anders (Bundesinnenministerium) und Karl Maria Hettlage (Bundesfinanzministerium). Die

abteilung im Bundesinnenministerium,⁸¹⁴ hatte den Senatoren der MPG versichert, dass es »zweifelloso nicht der Wille der Bundesregierung sei, die Freiheit der Max-Planck-Gesellschaft im geringsten zu beeinträchtigen« und dass die Teilnahme von Vertretern der Bundesministerien an den Senatssitzungen »nicht die Unabhängigkeit der Erörterungen einschränken, sondern ihnen großen Nutzen für die Zusammenarbeit mit der Max-Planck-Gesellschaft bringen werde«.⁸¹⁵ In der Tat erwies sich die Aufnahme von Vertretern des Bundes in den Senat für die MPG – wie zuvor bereits die Aufnahme von Vertretern der Länder⁸¹⁶ – als großer Gewinn: Auch wenn sie dadurch nicht mehr »mit sich selbst verhandelte«,⁸¹⁷ so konnten doch, etwa wenn es um Zuschüsse des Bundes zum MPG-Haushalt ging, Meinungsverschiedenheiten in den meisten Fällen schnell und direkt ausgeräumt werden. Die Klärung erfolgte nicht in einem Bonner Ministerium, sondern innerhalb des MPG-Senats; die MPG musste somit nicht auswärts antreten, sondern verschaffte sich durch die Aufnahme von Vertretern der Politik in ihren Senat ein Heimspiel. Hinzu kam, dass die meisten Bundesvertreter – wie auch ihre Kollegen und Kolleginnen aus den Ländern – die Bedürfnisse und Handlungslogiken der MPG durch ihre zeitweilige Mitgliedschaft im Senat besser kannten und verstanden, was sie in die Lage versetzte, die MPG-Positionen im jeweiligen Ministerium zu erläutern und für die Ministerialbürokratie gewissermaßen zu übersetzen. Diesen »Übersetzungen« verdankte die MPG einen Teil ihrer Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Bund und Ländern, und zwar sowohl in Finanzierungsfragen als auch in der gleichzeitigen Wahrung ihrer wissenschaftspolitischen Unabhängigkeit gegenüber ihren Geldgebern.

Mit der Neufassung von Paragraph 12 der Satzung hatte die Kommission, die zur Neuregelung der Zusammensetzung des Senats eingesetzt worden war, ihre Aufgabe eigentlich erfüllt, doch löste sie sich nicht sofort wieder auf. Denn ihre Mitglieder hatten während der Beratungen »die Überzeugung gewonnen, daß es notwendig ist, die Satzung insgesamt aufgrund der langjähri-

Länder wurden seinerzeit vom hessischen Finanzminister Wilhelm Conrad, dem Berliner Kultursenator Joachim Tiburtius und dem niedersächsischen Kultusminister Richard Voigt vertreten. Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 173. — Darüber hinaus gehörten Bundesernährungsminister Heinrich Lübke, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und Bundesatomminister Siegfried Balke dem MPG-Senat als gewählte Mitglieder an. Rede des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., Herrn Professor Dr. Otto Hahn, zur Hauptversammlung in Saarbrücken am 4. 6. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 40.VP, fol. 53–54.

814 Zu Hübinger, der vor und nach seiner Zeit im Bundesinnenministerium als Geschichtspräsident in Bonn wirkte, siehe Stefanie Palm: Kultur, Medien, Wissenschaft und Sport. In: Frank Bösch und Andreas Wirsching (Hg.): *Abschlussbericht zur Vorstudie zum Thema »Die Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (MdI) hinsichtlich möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus«*. München 2015, 79–93, hier 87–89.

815 Niederschrift der 32. Sitzung des Senats vom 12. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP, fol. 149.

816 Siehe dazu Balcar, *Ursprünge*, 2019, 124–125.

817 Eines der wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung Rüdiger Hachtmanns zur Geschichte der Generalverwaltung der KWG besagt, die KWG habe in Finanzdingen »mit sich selbst verhandelt«. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 140.

gen Erfahrungen daraufhin zu prüfen, ob sie revisionsbedürftig ist.«⁸¹⁸ Obwohl Senator Hermann von Siemens im November 1956 »dringend« geraten hatte, »die Satzung als ›konservatives Element im Wechsel der Persönlichkeiten‹ nicht Änderungen zu unterziehen, wenn nicht unbedingt erforderlich«,⁸¹⁹ ließ sich der Senat nicht lange bitten. Dort hielt man es mit Georg Schreiber, der von Siemens seinerzeit erwidert hatte, dass die Satzung »nichts Absolutes« sei, sondern »ein Kompromiß«, und daher »möge man vor einer Neuformulierung eines Paragraphen nicht erschrecken, wenn diese einen Fortschritt darstellt.«⁸²⁰ Im Februar 1959 beauftragte der Senat »die Satzungskommission unter dem Vorsitz von Herrn Dölle, ihre Beratungen fortzusetzen und im Hinblick auf die Revisionsbedürftigkeit der Satzung geeignete Vorschläge zu machen.«⁸²¹ Angesichts der skizzierten Veränderungen, die die MPG seit der Mitte der 1950er Jahre durchlief, überrascht es nicht, dass die Kommission im Frühjahr 1960 zu dem Ergebnis kam, »daß die gesamte Satzung der Max-Planck-Gesellschaft überarbeitet und den veränderten Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßt werden muß.«⁸²² Der Vorsitzende der Kommission, der Jurist Hans Dölle, begründete dieses Urteil damit, »daß die geltende Satzung nicht frei von Unklarheiten war und daß sich seit ihrem Inkrafttreten innerhalb und außerhalb der Gesellschaft Entwicklungen angebahnt hatten, denen eine Reihe von Satzungsbestimmungen nicht genügend entgegenkamen.«⁸²³

Dieser Reformdiskurs nahm noch an Fahrt auf, als Adolf Butenandt im Sommer 1960 die Amtskette des MPG-Präsidenten von Otto Hahn übernahm. Zwar hatte Butenandt die Satzungsreform nicht selbst angestoßen, aber er machte sie nach seinem Amtsantritt zu seiner Sache – und damit zur Chefsache. Drei Themenkreise stellte er dabei in den Mittelpunkt: erstens die Erarbeitung von Grundsätzen für die Gründung neuer Max-Planck-Institute, zweitens die Möglichkeit der Schließung von Forschungseinrichtungen und drittens das – hier bereits erörterte – Verhältnis der MPG zur Großforschung.⁸²⁴ Die »Entwicklung von Grundsätzen für die Gründung von Instituten« erschien Butenandt »deshalb so wichtig, weil wir zugeben müssen, daß in der Vergangenheit bei der Gründung neuer Institute der Zufall eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat.«⁸²⁵ Auch wenn dies »nicht zu schlechten Ergebnissen geführt« habe, strebte der

818 Niederschrift der 32. Sitzung des Senats vom 12. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP, fol. 146. — Niederschrift der 38. Sitzung des Verwaltungsrats vom 11. 2. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 38.VP, fol. 2.

819 Niederschrift der 25. Sitzung des Senats vom 6. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 25.SP, fol. 206–210. — Zur Person siehe Wilfried Feldenkirchen und Eberhard Posner: *Die Siemens-Unternehmer. Kontinuität und Wandel 1847–2005. Zehn Portraits*. München: Piper 2005, 112–129.

820 Niederschrift der 25. Sitzung des Senats vom 6. 11. 1956 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 25.SP, fol. 206–210.

821 Niederschrift der 32. Sitzung des Senats vom 12. 2. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP, fol. 149–150. — Niederschrift der 38. Sitzung des Verwaltungsrats vom 11.–2.1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 38.VP, fol. 2. — Siehe dazu auch Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 7.

822 Niederschrift der 35. Sitzung des Senats vom 16. 3. 1960 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 35.SP, fol. 277.

823 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 7.

824 Zur Debatte um das Verhältnis der MPG zur Großforschung siehe Kapitel 3.1.2.

825 Niederschrift der 37. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 172–173.

neue Präsident künftig eine planvollere Entwicklung der MPG an. Damit in engem Zusammenhang stand zugleich die Frage, »wann ein Institut oder eine andere Forschungseinrichtung unserer Gesellschaft nicht mehr weiterbestehen soll«. Um sie zu beantworten, galt es, eine »Absterbeordnung« zu entwickeln; gemeint war ein Verfahren, das festlegte, unter welchen Voraussetzungen und auf welchen Wegen Max-Planck-Institute geschlossen werden konnten. In diesem Zusammenhang forderte Butenandt, der sich für eine »laufende Bestandsbeurteilung« stark machte, »daß immer beim Ausscheiden eines Direktors oder eines selbständigen Abteilungsleiters als Folge des Persönlichkeitsprinzips die Notwendigkeit der Fortsetzung der Arbeitsrichtung bzw. des Instituts viel gewissenhafter geprüft werden sollte, als das bisher geschehen ist.«⁸²⁶ Mit dieser Forderung nahm Butenandt die »Lex Heisenberg«, die der Wissenschaftliche Rat der MPG 1966 verabschieden sollte,⁸²⁷ bereits vorweg.

Angesichts des Tempos, das Butenandt bei der Reform der MPG anschlug, schien es ihm angezeigt, die Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG zu beruhigen. In seiner Antrittsrede vor dem Wissenschaftlichen Rat erklärte er beschwichtigend: »Bitte, haben Sie keine Sorge: eine lex Butenandt – von einigen befürchtet – wird es nicht geben, auch dann nicht, wenn die Satzungskommission Ihnen vorschlagen wird, die Stellung des Präsidenten in der kommenden Satzung zu verstärken!«⁸²⁸ Gewisse Befürchtungen mochten angesichts des energischen Willens zur Veränderung und zur Gestaltung, den Butenandt bereits unmittelbar nach seiner Amtsübernahme an den Tag legte, bei dem einen oder anderen Wissenschaftlichen Mitglied der MPG durchaus aufgekommen sein. Symbolisch kam der frische Wind, den der neue Präsident in die MPG brachte, in den Senatsitzungen zum Ausdruck. Deren Ablauf wurden von Butenandt völlig umgekrempelt: Um die Beratungen zu beschleunigen und Wiederholungen zu den vorangegangenen Sitzungen des Verwaltungsrats zu vermeiden, begannen diese Sitzungen von nun an mit einem langen Bericht des Präsidenten, in dem er über den Vollzug der Beschlüsse beider Gremien, die allgemeine wissenschaftspolitische Situation der MPG und über die Entwicklung anderer Wissenschaftsorganisationen, in denen er die MPG in seiner Eigenschaft als Präsident vertrat, informierte.⁸²⁹ Diese Neuregelung hatte zum einen zur Folge, dass der Verwaltungsrat

826 Niederschrift der 37. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 116.

827 Mit dem Begriff »Lex Heisenberg« ist eine Neuregelung des Kommissionswesens des Wissenschaftlichen Rats gemeint, die dieses Gremium am 21. 6. 1966 verabschiedete. Es handelte sich um »Verfahrensregelungen für die von den Sektionen eingesetzten Kommissionen«, die dem Zweck der Evaluation dienen. »Danach sollen den für spezielle Probleme eines Instituts eingesetzten Kommissionen keine Mitglieder dieses Instituts angehören, jedoch gehört und evtl. zu den Beratungen hinzugezogen werden. Bei Nachfolgeberufungen für die Leitung von Instituten, Teilinstituten oder selbständigen Abteilungen ist grundsätzlich die Frage der Fortführung und ggf. die Schließung oder Ausgliederung zu prüfen.« Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 444. — Siehe dazu auch Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 263.

828 Max-Planck-Gesellschaft, Zweite Sitzung, 1960, 257–265, Zitat: 263.

829 Niederschrift der 37. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 165. — Zur Begründung führte Butenandt an, er wisse, »daß immer wieder die Mitglieder des Verwaltungsrats es bedauert haben, daß in der Verwaltungsratssitzung praktisch die gesamte Senatssitzung eine Art Vorbehandlung erfahren hat, so daß die Mitglieder des Verwaltungsrats, alles Herren, die mit der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit ganz besonders haushälterisch umgehen müssen, schließlich die Senatssitzung zweimal erlebt haben.« Niederschrift der 47. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 11. 1960 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 47.VP, fol. 3.

als operatives Entscheidungsgremium spürbar an Bedeutung gewann, während die des Senats tendenziell zurückging, denn dieser hatte in zunehmendem Maße die zuvor vom Verwaltungsrat gefassten bzw. vorbereiteten Beschlüsse nur noch abzusegnen. Dagegen wurde Kritik von Senatoren laut, die über feine Antennen für derartige Veränderungen verfügten. »In ihrem inneren Gefüge dürfe es in der Gesellschaft nicht dazu kommen«, hieß es beispielsweise in der Senatssitzung vom Februar 1961, »daß die spürbar verstärkte Aktivität des Verwaltungsrats zu einer Beschneidung des Arbeitseffekts des Senats führe.«⁸³⁰ Das blieb indes ein frommer Wunsch, der an der schleichenden Machtverschiebung zwischen den beiden Gremien nichts änderte. Zum anderen bewirkten die ausgedehnten Berichte Butenandts, dass die Sitzungen von Verwaltungsrat und Senat in noch stärkerem Maße vom Präsidenten dominiert wurden, als es das Amt ohnehin bedingte und auch unter Hahn bereits der Fall gewesen war.⁸³¹

Doch damit nicht genug, tendierte Butenandt von Anfang an dazu, zentrale Zukunftsfragen – allen voran die drei eingangs erwähnten – nicht von diesen statutarischen Organen behandeln zu lassen, sondern von einem durch ihn selbst nach eigenem Gutdünken einberufenen Gremium, das als eine Art Küchenkabinett fungierte: der »Beratungskreis Wissenschaftspolitik«. Dieser sei »kein starres Gebilde«, erläuterte Butenandt vor den versammelten Senatoren, »vielmehr soll die Zusammensetzung nach Bedarf wechseln. Ich will damit auch das Versprechen wahr machen, daß ich mich des Rates unserer Institutsdirektoren bedienen will.«⁸³² Butenandt vertrat die Ansicht, »daß für den Präsidenten ein solcher lose gefügter und nach den konkreten Bedürfnissen in seiner Zusammensetzung wandelbarer Kreis von sehr erheblichem Nutzen ist; er sollte ihm zur Abklärung von Problemen, die zur Beschlußfassung in den Organen unserer Gesellschaft noch nicht reif sind, ständig zur Verfügung stehen.«⁸³³ Das freihändige Vorgehen Butenandts machte gerade diejenigen, die diesem erlauchten Zirkel nicht angehörten, misstrauisch. Auf eine kritische Nachfrage des Berliner Kultursenators Joachim Tiburtius hin, der sich nach Aufgabe und Funktion des »Beratungskreises Wissenschaftspolitik« erkundigt hatte, versuchte Butenandt, dessen Bedeutung herunterzuspielen: Das Gremium diene allein »zu seiner persönlichen Beratung«, habe »keine Bedeutung nach außen« und seine Besprechungen hätten »nur internen Charakter«.⁸³⁴ Da die Kritik jedoch nicht abriß, entschied sich Butenandt

830 Niederschrift der 38. Sitzung des Senats vom 24. 2. 1961 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP, fol. 69.

831 Butenandt forderte die Senatoren zwar auf, »stets offene Kritik zu üben«, doch änderte dies nicht das Geringste an seiner Dominanz in den Leitungsgremien der MPG. Niederschrift der 37. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 176.

832 Niederschrift der 37. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 171. — Zum »Beratungskreis Wissenschaftspolitik«, der bisweilen auch als »Besprechungskreis Wissenschaftspolitik« firmierte, siehe Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 263.

833 Anlass für die Schaffung des »Beratungskreises Wissenschaftspolitik« war die Initiative der Geisteswissenschaftlichen Sektion zur Gründung eines Instituts für vergleichende Rechtsgeschichte, die dabei zugleich vorschlug, »die wissenschaftspolitische Gesamtsituation der Gesellschaft zu überprüfen, ehe man an die Errichtung eines solchen Instituts denke.« Butenandt hatte daraufhin Balke, Bauer, Benecke, Dölle, Heimpel, Heisenberg, Kuhn, Rajewsky, Telschow, Wagner und Wurster zu zwei Treffen geladen, bei denen über diese Frage beraten wurde. Niederschrift der 37. Sitzung des Senats vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 171.

834 Niederschrift der 39. Sitzung des Senats vom 7. 6. 1961 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 39.SP, fol. 136.

Ende 1963, dem »Beratungskreis Wissenschaftspolitik« einen satzungskonformen Anstrich zu geben. »Dieser Kreis, dessen Zusammensetzung jeweils nach den zu diskutierenden Fragen verändert wurde«, führte der Präsident im Senat aus, »wird künftig aus dem Verwaltungsrat bestehen, der bei wissenschaftspolitischen Fragen jeweils einige qualifizierte Fachleute aus den Reihen unserer Wissenschaftlichen Mitglieder hinzuzieht.«⁸³⁵ Seither firmierte dieses Gremium unter der Bezeichnung »erweiterter Verwaltungsrat« – und in dieser Form fand es schließlich auch das Placet von Hans Dölle, dem Spiritus Rector der gesamten Satzungsreform.⁸³⁶

Parallel zu den Debatten um den »Beratungskreis Wissenschaftspolitik« lief die Arbeit in den satzungsgemäßen Gremien der MPG wie auch in der vom Senat eingesetzten Reformkommission weiter. Bereits im März 1960 legte die Kommission eine erste Kostprobe ihrer Tätigkeit vor. Kein Zufall, dass diese die Zusammensetzung des Verwaltungsrats betraf, eines Gremiums, dem angesichts des enormen Wachstums der MPG und der Gewichtsverschiebungen zwischen ihren satzungsmäßigen Organen eine immer wichtigere Rolle zufiel. Die Kernüberlegung der Kommission, die Hans Dölle dem Senat vortrug, lief darauf hinaus, den Verwaltungsrat »nach dem Ermessen des Senats entsprechend den jeweiligen Erfordernissen« zu erweitern, wonach Dölle zufolge »ein dringendes Bedürfnis« bestand: »Der Verwaltungsrat hat sehr umfangreiche und sehr differenzierte Aufgaben zu erfüllen; das entspricht den allgemeinen Wandlungen auf dem Gebiet der Forschung.«⁸³⁷ Der Änderungsvorschlag zu Paragraph 15 Absatz 1 der Satzung, den der Senat nach kurzer Debatte billigte, ermöglichte eine Erweiterung dieses operativen Leitungsgremiums von sechs auf (mindestens) acht Personen.⁸³⁸ Die zweite Änderung, die weitgehend formalen Charakter hatte, betraf das Geschäftsjahr der MPG, das nunmehr – analog zu den Haushalten der öffentlichen Hand – auf das Kalenderjahr umgestellt wurde; der MPG blieb »aufgrund ihres Finanzierungsverfahrens« gar nichts anderes übrig, als diese Umstellung ebenfalls zu vollziehen.⁸³⁹ Der förmliche Beschluss dieser Änderungen der Satzung, der auf der

835 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 379.

836 In seinem Kommentar zur 1964 reformierten Satzung schrieb Dölle, »daß der Verwaltungsrat gelegentlich als ein (um nichtzugehörige Personen) »erweiterter Verwaltungsrat« gewisse Angelegenheiten diskutiert. Eine Praxis dieser Art ist in jüngerer Zeit dergestalt ausgebildet worden, daß der Präsident namentlich zur Beratung prinzipieller wissenschaftspolitischer Probleme sachverständige Persönlichkeiten sowie solche interessierte Mitglieder der MPG mit dem Verwaltungsrat zusammengeführt hat, die an dem jeweiligen Ort des Treffens unschwer zu erreichen waren. Vom Standpunkt der Satzung aus ist ein solches Verfahren nicht zu beanstanden.« Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 50–51, Hervorhebung im Original.

837 Niederschrift der 35. Sitzung des Senats vom 16. 3. 1960 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 35.SP, fol. 278–279.

838 Die ursprüngliche Fassung von § 15 Abs. 1 hatte gelautet: »Der Verwaltungsrat besteht aus dem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, dem Schatzmeister sowie zwei Persönlichkeiten, die auf dem Gebiet der Verwaltung und Wirtschaft über besondere Erfahrung verfügen. Diese werden von dem Senat aus seiner Mitte gewählt. Ist der Präsident ein Wissenschaftler, so soll ein Vizepräsident eine Persönlichkeit des Wirtschaftslebens sein. Ist der Präsident eine Persönlichkeit des Wirtschaftslebens, so soll ein Vizepräsident ein Wissenschaftler sein.« Die Neufassung, die der Senat billigte, lautete: »Der Verwaltungsrat besteht aus dem Präsidenten, mindestens zwei Vizepräsidenten, dem Schatzmeister und zwei bis vier weiteren Mitgliedern.« Zitiert nach Niederschrift der 35. Sitzung des Senats vom 16. 3. 1960 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 35.SP, fol. 278.

839 Niederschrift der 35. Sitzung des Senats vom 16. 3. 1960 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 35.SP, fol. 280.

im Mai 1960 in Bremen tagenden Hauptversammlung der MPG ohne lange Debatten erfolgte,⁸⁴⁰ stellte in der Tat kaum mehr als eine Formalität dar. Weitaus wichtiger war die personelle Neubesetzung des Verwaltungsrats. Da diese vor dieser Satzungsänderung noch nicht spruchreif gewesen war, ermächtigte der Senat – auf Vorschlag des Verwaltungsrats – den neugewählten Präsidenten, »Vorschläge für die Zusammensetzung des Verwaltungsrats zu machen«.⁸⁴¹ Butenandt erhielt somit Carte Blanche, um sich seine Führungsmannschaft nach eigenem Gusto zusammenzustellen. Diese Ermächtigung jenseits der geschriebenen Statuten verdeutlicht, dass die reale Macht des MPG-Präsidenten über das Maß, das in der Satzung festgelegt worden war, hinausging – und zwar nicht zuletzt deswegen, weil sich die Senatoren durchaus einen starken Präsidenten an der Spitze der Gesellschaft wünschten.

Ein Reizthema war und blieb in der Folge die Frage, in welchem Maße die Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG an der Satzungsreform mitwirken sollten. Schon 1960 in Bremen hatte Butenandt als neugewählter Präsident »die Auffassung vertreten, unsere Wissenschaftlichen Mitglieder sollten in die Vorbereitung der Satzungsreform zeitig eingeschaltet werden, und der Senat sollte erst Stellung nehmen, wenn die Wissenschaftlichen Mitglieder über den Satzungsentwurf beraten haben«. Er hatte dies damit begründet, dass die Satzung »ihre Berufsstellung, ihre Rechte und Pflichten in der täglichen Arbeit« regle.⁸⁴² Den Senatoren setzte Butenandt auseinander, die MPG-Spitze und die Satzungskommission hätten sich darauf geeinigt, »die Arbeit der Kommission auf gar keinen Fall zu forcieren«, weil man »streng das Verfahren einhalten« wolle, »das früher bereits für die Überprüfung des schließlich zu erarbeitenden Entwurfs vorgesehen worden ist, nämlich Vorlage an den Senat, an die Sektionen des Wissenschaftlichen Rats und rechtzeitig vor der Hauptversammlung an alle Mitglieder«.⁸⁴³ Für Butenandt kam es bei der Arbeit der Satzungskommission mehr auf Gründlichkeit als auf Schnelligkeit an. »Daß sich diese Arbeit über eine längere Zeitspanne hinzieht, ist darauf zurückzuführen, daß bei einer Neuformulierung unser Gesamtgefüge bedacht werden muß, daß man mit einzelnen redaktionellen Verbesserungen nicht auskommt.«⁸⁴⁴ Wollte die MPG den Vorgaben ihres Präsidenten gerecht werden und das skizzierte Procedere einhalten, konnte sich die Hauptversammlung frühestens 1962 wieder mit dem Thema Satzungsreform befassen. Nachdem Verwaltungsrat und Senat dieses Vorgehen abgesegnet hatten,⁸⁴⁵ erhielten die Wissenschaftlichen Mitglieder den Satzungsentwurf Anfang 1962 zur Prüfung. Die Satzungskommission, die sich daraufhin mit einer Flut von Änderungswünschen konfrontiert sah, die nicht nur einzelne Formulierung-

840 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 398–399.

841 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 188. — Siehe dazu auch Kapitel 1.3.

842 Max-Planck-Gesellschaft, Hauptversammlung 1962, 1962, 126–133, 131. — Siehe dazu auch Niederschrift der 39. Sitzung des Senats vom 7. 6. 1961 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 39.SP, fol. 131.

843 Niederschrift der 38. Sitzung des Senats vom 24. 2. 1961 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP, fol. 132.

844 Niederschrift der 39. Sitzung des Senats vom 7. 6. 1961 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 39.SP, fol. 131.

845 Niederschrift der 40. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 235–236. — Siehe auch Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 7.

gen betrafen,⁸⁴⁶ überarbeitete den Entwurf, um ihn dem Senat und mit zeitlicher Verzögerung dann auch der Hauptversammlung vorzulegen. »Man kann über das Prozedere verschiedener Meinung sein«, begründete Butenandt die eher vorsichtige Verfahrensweise, »wir wollen versuchen, eine sehr sorgfältig vorbereitete Satzungsreform durchzuführen und jede Stimme dazu aufzufangen.«⁸⁴⁷ Der Biologe Georg Melchers hingegen, der Butenandt in einer Art herzlicher Abneigung verbunden war,⁸⁴⁸ wollte die Mitglieder der MPG auch formell stärker in den Reformprozess eingebunden wissen. Deswegen beantragte er, dass die 1962 in Düsseldorf tagende Hauptversammlung Vertreter aus ihren Reihen in die Satzungskommission wählen sollte.⁸⁴⁹ Melchers konnte sich jedoch mit diesem Vorstoß nicht durchsetzen, denn MPG-Spitze und Reformkommission ließen ihn ins Leere laufen. In den *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft* hieß es dazu lapidar: »Da die Arbeiten der Satzungskommission am Entwurf der Satzung noch nicht abgeschlossen sind und der Senat noch nicht die Möglichkeit gehabt hat, sich mit dem Entwurf zu beschäftigen, sah die Mitgliederversammlung jedoch davon ab, zu diesem Zeitpunkt in eine Sach- oder Verfahrensdiskussion zur Satzungsreform einzutreten.«⁸⁵⁰ Tatsächlich blieb die aktive Mitarbeit an der Reform weitgehend auf einen relativ kleinen Kreis von Personen beschränkt, die fast alle zum engeren Umfeld des Präsidenten zählten.

4.2 Ein erster Höhepunkt: Die Satzungsreform von 1964

Dennoch zog sich die Arbeit der Satzungskommission in die Länge – sie hielt zwischen 1959 und 1964 insgesamt 13 Sitzungen ab⁸⁵¹ –, so dass der Wissenschaftliche Rat erst im November 1963 über den Entwurf der neuen Satzung beraten konnte. »Dank der Verhandlungsführung von Herrn Zweigert und der überzeugenden Argumente von Herrn Dölle«, berichtete Butenandt den Senatoren, »hat der Wissenschaftliche Rat dem vorliegenden Entwurf mit kleinen Abänderungswünschen zugestimmt.«⁸⁵² Im Frühjahr 1964 wurde der Satzungsentwurf den Senatoren der MPG zur Stellungnahme zugeschickt, wobei Hans Dölle ergänzend berichtete, »daß sich die Satzungskommission auch mit der Frage beschäftigt hat, ob es für die Max-Planck-

846 Niederschrift der 41. Sitzung des Senats vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 35–36.

847 Max-Planck-Gesellschaft, Hauptversammlung 1962, 1962, 126–133, 132.

848 Die Animosität, die Melchers gegenüber Butenandt hegte, ging auf den gescheiterten Versuch der Institutsdirektoren und Abteilungsleiter in der französischen Besatzungszone aus dem Jahr 1948/49 zurück, Ernst Telschow an der Spitze der Generalverwaltung der MPG zu ersetzen. Siehe dazu ausführlich Jeffrey Lewis: *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft. Göttingen und Tübingen – eine Vereinigung mit Hindernissen, 1948–1949*. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 403–443. — Balcar, *Ursprünge*, 2019, 138–141. — Zur Person siehe Melchers, Georg. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 32. Ravensburg 1955. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/0000003775>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

849 Butenandt hatte noch versucht, Melchers von diesem Antrag abzubringen, war bei diesem aber auf Granit gestoßen. Niederschrift der 42. Sitzung des Senats vom 23. 5. 1962 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP, fol. 29–30.

850 Max-Planck-Gesellschaft, Hauptversammlung 1962, 1962, 126–133, 132–133.

851 Siehe Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 7.

852 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 389. — Dazu auch Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 7–8.

Gesellschaft eine geeignetere Organisationsform gäbe. Es wurde jedoch kein Anlaß gesehen, von dem »e. V.« abzugehen.«⁸⁵³ Am 10. Juni 1964 debattierte der Senat dann endlich ausführlich über den Entwurf der Satzungskommission, zu dem aus dem Kreis der Senatoren zahlreiche Änderungsvorschläge eingegangen waren. Die Reform verfolgte fünf übergeordnete Ziele: Erstens sollte die Stellung der Wissenschaftlichen Mitglieder »im Rahmen des Instituts« verstärkt, zweitens eine »Aktivierung« des Wissenschaftlichen Rats bewirkt, drittens die »Figur des Präsidenten [...] deutlicher profiliert«, viertens der Verwaltungsrat als operatives Leitungsgremium gestärkt und fünftens die Möglichkeit einer kollegialen Leitung von Max-Planck-Instituten geschaffen werden.⁸⁵⁴

Was die Verbesserung der Stellung der Wissenschaftlichen Mitglieder in ihren Instituten betrifft, definierte die neue Satzung in Paragraph 28 Absatz 3 einen Katalog der Rechte und Pflichten »des Institutsleiters«. An Frauen in derartigen Leitungsfunktionen dachte damals weder die Satzungskommission noch der Senat oder die Hauptversammlung. Zudem ging die Satzung seinerzeit noch davon aus, »daß jedes Institut unter der Leitung eines Direktors oder Leiters steht«, sie stellte also »das monokratische Prinzip an die Spitze«. Hans Dölle führte dies auf »historische Gründe« zurück, betonte jedoch zugleich, dies sei nicht so aufzufassen, »als ob die Befolgung dieses Prinzipes die Regel bilden müsse«.⁸⁵⁵ Damit spielte der Jurist auf die gleichzeitig geschaffene Möglichkeit an, Institute von einem Direktorenkollegium leiten zu lassen; davon wird noch die Rede sein. »Bei der Neufassung der Satzung der Max-Planck-Gesellschaft im Jahre 1964 war die Frage der Struktur der Institute bewußt offen gelassen worden«, erklärte Butenandt rückblickend vor dem Wissenschaftlichen Rat. »Man war sich seinerzeit einig, daß es die richtige Institutsstruktur nicht gibt und wollte alles individuellen Regelungen vorbehalten.«⁸⁵⁶ Die innere Logik der Satzung ging freilich eher von einem hierarchischen Aufbau der Institute aus, was nicht zuletzt in der dominanten Stellung des Institutsleiters zum Ausdruck kam. »Leitung« bezog sich sowohl auf die wissenschaftliche Arbeit als auch auf die Verwaltung des Instituts. Die Satzung deklarierte den Institutsleiter als »in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit frei«, was mit der in Paragraph 1 Absatz 2 festgelegten Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung in den Instituten der MPG korrespondierte, hier allerdings auf den Direktor und – mit gewissen Abstrichen – die anderen Wissenschaftlichen Mitglieder am Institut beschränkt wurde.⁸⁵⁷ Darüber hinaus wies die Satzung dem »Institutsleiter« eine Reihe

853 Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 173.

854 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 8–10, Zitat: 9.

855 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 78, Hervorhebung im Original.

856 Niederschrift der 22. Ordentliche Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 27. 6. 1968 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1947, fol. 90–91.

857 Paragraph 28 Absatz 5 garantierte auch den übrigen Mitgliedern des Instituts die Freiheit ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit, was die Wahl der Methoden und Forschungsthemen betraf; ihrer wissenschaftlichen Freiheit wurden jedoch »naturgemäß Grenzen« gesetzt, da sie »zur Mitarbeit an den gemeinsamen wissenschaftlichen Aufgaben des Instituts gehalten« waren, die der Institutsdirektor festlegte. »Das Wissenschaftliche Mitglied hat vor allem seine eigene Arbeit zu den Gemeinschaftsarbeiten in ein rechtes Verhältnis zu setzen und muß sich dem Institutsbetrieb (Inanspruchnahme der Institutsarbeitsmittel, etwa Apparaturen oder dergl.) einordnen.« Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 88–89.

wichtiger Befugnisse zu: Bei Berufungen von selbständigen Abteilungsleitern, Wissenschaftlichen Mitgliedern und Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitgliedern kam ihm das Vorschlagsrecht zu; er teilte dem Senat das Ausscheiden eines anderen Wissenschaftlichen Mitglieds aus dem Institut mit; er entschied über Einstellung und Entlassung des wissenschaftlichen und sonstigen Personals des Instituts; er hatte für die vertrauensvolle Zusammenarbeit am Institut zu sorgen und etwaig auftretende Konflikte zu schlichten; er erstattete dem MPG-Präsidenten Bericht über Stand und Planung der wissenschaftlichen Arbeit am Institut und entwarf – im Benehmen mit den Wissenschaftlichen Mitgliedern des Instituts – den Haushaltsvoranschlag des Instituts; er vertrat die MPG in den laufenden Angelegenheiten des Instituts und verwaltete die zum Institut gehörenden Gebäude, Grundstücke und Einrichtungen; er konnte – allerdings nur mit Zustimmung des Verwaltungsrats – über die Annahme von Zuwendungen für das Institut entscheiden und dem Senat eine Institutssatzung bzw. deren Änderung vorschlagen.⁸⁵⁸ Genau genommen bedeutete diese Präzisierung der Rechte und Pflichten also weniger die Stärkung der Stellung der Wissenschaftlichen Mitglieder in den Instituten, sondern des »Institutsleiters«.

Die »Aktivierung« des Wissenschaftlichen Rats, die als Forderung schon länger im Raum stand,⁸⁵⁹ weil ihn viele seiner Mitglieder für schwerfällig, entscheidungsunfähig und weitgehend ohnmächtig hielten, markierte das zweite Ziel der Reform. Die zu diesem Zweck vorgenommenen Änderungen der Satzung enttäuschten jedoch die Hoffnung, dass die Reform hier Abhilfe schaffen könnte. Sie beschränkten sich nämlich weitgehend auf die Bestimmung von Paragraph 24 Absatz 2, derzufolge der Präsident dem Wissenschaftlichen Rat einmal pro Jahr einen ausführlichen Bericht erstatten sollte. Anschließend hatte die Vertretung der Wissenschaftlichen Mitglieder das Recht, zu diesem Bericht Stellung zu nehmen. Das sollte das Interesse der Wissenschaftlichen Mitglieder an der MPG als Gesamtorganisation wachhalten und ihr Verantwortungsgefühl für die MPG – auch jenseits der eigenen wissenschaftlichen Arbeit – stärken.⁸⁶⁰ Die Vorstellungen aus dem Wissenschaftlichen Rat selbst, die sein Vorsitzender Konrad Zweigert im Senat vertrat, waren deutlich weiter gegangen. Ein Kernpunkt lautete, die »Position der Wissenschaftlichen Mitglieder im Senat« zu stärken, indem Paragraph 12 Absatz 4 der Satzung um die Bestimmung ergänzt werden sollte, dass drei Wissenschaftliche Mitglieder in ihrer Eigenschaft als solche – also als Amtssenatoren – dem Senat angehören müssten. Zweigert begründete diese Forderung damit, »daß das jetzt bestehende, besonders gute Verhält-

858 Zur Stellung des »Institutsleiters« siehe ausführlich Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 78–87.

859 Georg Schreiber hatte diese Forderung bereits Ende 1954 im Senat erhoben. Siehe Niederschrift der 19. Sitzung des Senats vom 14. 12. 1954 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 19.SP, fol. 139. — Der Wissenschaftliche Rat war 1928 vom Senat der KWG auf eine Initiative Fritz Habers hin gegründet und im Jahr darauf in der Satzung der KWG verankert worden, und zwar explizit als Gegengewicht gegen den Einfluss, den Staat und Wirtschaft über den Senat ausübten; das Gremium hatte in weitgehend unveränderter Form auch in die Satzung der MPG von 1948 Eingang gefunden. Siehe Rudolf Vierhaus: Adolf von Harnack. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 473–485, 481–482. — Margit Szöllösi-Janze: *Fritz Haber, 1868–1934. Eine Biographie*. München: C. H. Beck 1998, 616–620.

860 Siehe Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 66.

nis des Präsidenten zum Wissenschaftlichen Rat bei späteren Präsidenten durchaus nicht gegeben sein müsse. Außerdem erscheine es bei der Überlegung, daß der Senat das entscheidende Gremium der Gesellschaft ist, unangemessen, daß nur drei Wissenschaftliche Mitglieder obligatorisch dem Senat angehören.«⁸⁶¹ Dagegen wandte sich insbesondere Butenandt, der die Vertretung der Wissenschaftler im Senat für ausreichend hielt und ohnehin der Ansicht war, »das Gesicht des Senats nach außen [werde] nicht durch die Zahl der Wissenschaftlichen Mitglieder bestimmt, sondern durch die Persönlichkeiten, die ihn in echter Partnerschaft bilden.«⁸⁶² Dieser Position schlossen sich die Senatoren mit großer Mehrheit – bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung – an. Diejenigen Wissenschaftlichen Mitglieder, die sich mehr erhofft hatten, wurden mit der Bestimmung getröstet, dass die drei Sektionsvorsitzenden qua Amt dem Senat angehörten,⁸⁶³ so dass auch der Wissenschaftliche Rat bzw. die Wissenschaftlichen Mitglieder mit zumindest drei Vertretern in diesem Gremium repräsentiert waren – was indes wenig an den Verhältnissen änderte, die bereits zuvor bestanden hatten. Auf's Ganze gesehen, stärkte die Reform von 1964 den Wissenschaftlichen Rat also kaum, er blieb für nicht wenige Wissenschaftliche Mitglieder in der bestehenden Form eher ein ineffizientes Ärgernis, so dass seine »Aktivierung« weiterhin auf der Agenda stand.

Ganze Arbeit leistete die Kommission hinsichtlich der Profilierung der »Figur des Präsidenten«. Die bis dahin geltende Satzung hatte den Präsidenten vor allem als Vorsitzenden der diversen Leitungsgremien definiert, seine Befugnisse und die Art und Weise, wie er an bestimmten Entscheidungen mitwirken sollte, jedoch nur sehr vage umrissen. Der Reformkommission ging es nicht zuletzt darum, den Präsidenten »als Repräsentant einer der größten und wirksamsten Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik« ins rechte Licht zu rücken.⁸⁶⁴ Die Konturierung seiner Befugnisse sollte einerseits für die Person des Präsidenten Klarheit in der Amtsführung schaffen, also dessen Rechte und Pflichten eindeutig festlegen, andererseits aber auch umreißen, »welcher Art die Persönlichkeit sein soll, die künftig als Kandidat für die Wahl zum Präsidenten der MPG in Betracht zu ziehen ist.«⁸⁶⁵ Dementsprechend legte Paragraph 11 nun fest, der Präsident repräsentiere die Gesellschaft. Dölle erläuterte, »daß unter ›Repräsentation‹ nicht nur das konventionell-gesellschaftliche Auftreten für die MPG zu verstehen ist, sondern vor allem auch das Verhalten im kulturpolitisch relevanten Bereich, etwa bei der Abgabe von Erklärungen, bei programmatischen Reden, bei Reaktionen auf Aktionen von Regierungsstellen, bei Kontakten mit inländischen oder ausländischen Wissenschaftsorganisationen u. dergl.«. Der

861 Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 184.

862 Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 185. — Hans Dölle begründete die Abkehr von früheren Gepflogenheiten, den Wissenschaftlern einen festen Prozentsatz der Senatssitze zuzuweisen, mit den häufigen Wechseln unter den Senatoren, die zu einem »Gegensatz zwischen Satzungsgebot und Satzungswirklichkeit« führen könnten, was die Neuregelung mit der Sollvorschrift verhindern wollte, dass »anerkannte Forscher und Gelehrte in angemessener Zahl dem leitenden Gremium einer Gesellschaft angehören sollen, welche sich zur Aufgabe setzt, die Wissenschaften [...] zu fördern.« Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 40.

863 Dies regelte § 12 Abs. 4 der Satzung. Siehe Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 65.

864 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 10.

865 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 10.

MPG-Präsident sollte indes nicht, wie etwa der Bundespräsident, auf derlei repräsentative Funktionen beschränkt sein. Paragraph 11 Absatz 2 bestimmte, dass der Präsident »die Grundzüge der Wissenschaftspolitik der Gesellschaft« zu entwerfen hatte. Diese Bestimmung, an der sich in den Debatten in der Satzungskommission und im Senat Kritik entzündet hatte, lief auf eine Art »Richtlinienkompetenz« des Präsidenten in der Wissenschaftspolitik der MPG hinaus, auch wenn sich Hans Dölle beeilte, einschränkend hinzuzufügen, dass »entwerfen« nicht »bestimmen« bedeute, dem Präsidenten also eher ein Vorschlagsrecht zukomme; über dessen Vorschläge müssten dann die laut Satzung zuständigen Organe, allen voran der Senat, beschließen.⁸⁶⁶ Zumindest wies die Satzung dem Präsidenten das Initiativrecht in der Wissenschaftspolitik zu, woraus Wolfgang Schön, Direktor am *MPI für Steuerrecht und öffentliche Finanzen* und von 2008 bis 2014 Vizepräsident der MPG, zugleich auf eine »Initiativpflicht [des Präsidenten, J. B.], die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft strategisch zu sichern« schließt.⁸⁶⁷ Das Agenda Setting lag also klar beim Präsidenten. Künftig bildete die Fähigkeit, eigenständig die Konzeption für die Wissenschaftspolitik der MPG zu entwerfen, eines der wesentlichsten Kriterien, die Kandidaten für dieses höchste Amt in der MPG erfüllen mussten: »Nur eine Persönlichkeit, die dieser Erwartung zu entsprechen vermag, ist für das Amt des Präsidenten geeignet.«⁸⁶⁸

Paragraph 11 Absatz 3 regelte die Rechte und Pflichten des Präsidenten. Ihm gebührt, erstens, der Vorsitz in Senat, Verwaltungsrat und Hauptversammlung, was ihm – wie bisher bereits – einen beträchtlichen Einfluss auf die Tagesordnung sowie den Ablauf der Sitzungen dieser Leitungs- und Beschlussgremien sicherte. Zweitens musste er die Wahl bzw. Ernennung von Senatoren und Ehrensensoren bestätigen, drittens sprach er die Berufung und Ernennung wie auch die Abberufung von Institutsleitern und Wissenschaftlichen Mitgliedern aus und schloss deren Anstellungsverträge mit der MPG ab. Viertens hatte der Präsident das Recht, an den Sitzungen des Wissenschaftlichen Rats und seiner Sektionen beratend teilzunehmen, fünftens oblag es ihm, für eine »vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Gesellschaft« zu sorgen.⁸⁶⁹ Besonders bedeutsam – und entsprechend umstritten – war die umfassende Eilkompetenz, die Paragraph 11 Absatz 4 dem Präsidenten in Fällen zuerkannte, die »keinen Aufschub« duldeten. Dies habe sich, so Dölle, in der Vergangenheit als »unentbehrlich« erweisen; es komme nämlich nicht selten vor, »daß der Präsident auf die telefonische Anfrage eines Ministers sofort reagieren, daß er ein Angebot sogleich akzeptieren, daß er die vorläufige Leitung eines plötzlich verwaisten Instituts regeln, daß er über die Fortsetzung einer Bauarbeit alsbald entscheiden muß u. dergl.«⁸⁷⁰ Zwar musste der Präsident die zuständigen Organe im Nachhinein über seine Entscheidung informieren, die Entscheidung selbst war jedoch nicht anfecht-

866 Siehe dazu Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 34.

867 Wolfgang Schön: *Grundlagenwissenschaft in geordneter Verantwortung. Zur Governance der Max-Planck-Gesellschaft*. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 2015, 26.

868 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 34.

869 Siehe dazu Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 35–38.

870 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 38.

bar.⁸⁷¹ Die Kombination all dieser Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten, die planende und ausführende – also gewissermaßen die exekutiven und legislativen – Befugnisse vereinte, machten den Präsidenten zum eigentlich starken Organ der MPG.

Eine weitere Stärkung erfuhr 1964 aber auch der Verwaltungsrat, der im Gefüge der satzungsmäßigen Organe der MPG drei wichtige Funktionen erfüllte: Erstens wirkte er, gemeinsam mit dem Generalsekretär, als Vorstand der MPG im Sinne des Vereinsrechts;⁸⁷² zweitens übte er die Aufsicht über die Generalverwaltung aus und war ihr gegenüber weisungsbefugt, weshalb der Generalsekretär als solcher dem Verwaltungsrat – im Unterschied zu früher – nicht mehr von Amts wegen angehörte; drittens sollte er den Präsidenten beraten und wichtige Beschlüsse vorbereiten, sofern er diese nicht eigenständig fassen konnte.⁸⁷³ Zur letzteren Kategorie zählten insbesondere die Aufstellung des Gesamthaushaltsplans sowie die Erstellung von Jahresbericht und Jahresrechnung, die Paragraph 18 dem Verwaltungsrat zusprach. Anschließend oblag es dem Senat, den die Satzung als dem Verwaltungsrat übergeordnetes Beschlussgremium verankerte, sowohl den Gesamthaushalt als auch den Jahresbericht und die Jahresrechnung formell festzustellen. Nach wie vor wies die Satzung von 1964 dem Senat die »Generalkompetenz« zu, das heißt er konnte auch in denjenigen Fällen Zuständigkeit beanspruchen, die die Satzung nicht explizit erwähnte oder in denen sie keine Zuständigkeit festlegte.⁸⁷⁴ Hans Dölle erläuterte dazu:

Der Senat, das zu den wichtigsten Entscheidungen berufene Organ der MPG, soll nach der Tradition der KWG und der bewährten Übung der MPG ein Gremium sein, in dem Persönlichkeiten zusammenwirken, die, durch besondere Leistungen zu hohem Sozialprestige gelangt, ihre in verschiedenen Bereichen unseres Gemeinschaftslebens erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen für die Ziele der Gesellschaft einzusetzen bereit sind.⁸⁷⁵

Doch auch wenn der Senat nach der Satzung von 1964 das wichtigste Beschlussgremium der MPG blieb, verlor er faktisch zugunsten des Verwaltungsrats an Einfluss und Bedeutung. Da er häufiger zusammentrat und seine Mitglieder detailliertere Informationen aus der Generalverwaltung erhielten, besaß der Verwaltungsrat gegenüber dem Senat einen beträchtlichen Informationsvorsprung, gerade auch in Haushaltsangelegenheiten. Denn auf diesem Gebiet wurde der Senat in zunehmendem Maße nur noch über Beschlüsse informiert, die der Verwaltungsrat zuvor gefällt hatte und die der Senat dann in der Regel ohne längere Debatten bestätigte. Diese Entwicklung blieb nicht unbemerkt und stieß bei einigen durchaus auf Widerspruch. Konrad Zweigert etwa forderte noch 1970 eine Umstrukturierung des Senats, der »künftig mehr

871 Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 177.

872 Dies sieht § 26 Abs. 1 BGB vor. Siehe Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 53.

873 Siehe Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 53.

874 Siehe dazu mit Bezug auf § 13 Abs. 1, Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 45.

875 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 40.

als bisher Entscheidungen treffen, nicht nur entgegennehmen« sollte.⁸⁷⁶ Diese Kritik verkannte allerdings zum Teil die veränderten Realitäten. Das enorme Wachstum hatte die Strukturen der MPG grundlegend verändert. Sie war bereits Mitte der 1960er Jahre zu groß geworden, um alle einflussreichen Persönlichkeiten im Senat zu versammeln und dort alle wichtigen Fragen debattieren und entscheiden zu lassen; auch mit noch so detaillierter Vorarbeit durch die Generalverwaltung konnte dieses Modell nicht mehr funktionieren. Deswegen verschoben sich die Gewichte unaufhaltsam in Richtung Präsident und Verwaltungsrat, also hin zur Exekutive der MPG, die die Entscheidungen des Senats – der Legislative der MPG, um im Bild zu bleiben – zunehmend vorwegnahm. Folgerichtig bezeichnete Hans Dölle den Verwaltungsrat, neben dem Präsidenten, als »das maßgebende *Exekutiv-Organ* der Gesellschaft«.⁸⁷⁷

Eine letzte weitreichende Änderung, von der bereits mehrfach die Rede war, stellte die Einführung der kollegialen Leitung von Max-Planck-Instituten dar. Paragraph 38 Absatz 3 ermöglichte es den Instituten, über ihre Institutssatzung auch eine andere als die bis dahin vorherrschende, in KWG-Tradition stehende monokratische Leitungsform festzulegen. An die Stelle des einen »Institutsleiters« konnte seither auch ein Kollegium aus grundsätzlich gleichberechtigten Direktoren und Direktorinnen treten. Sofern die Institutssatzung nichts Anderes festlegte, stellte Paragraph 29 Absatz 2 die Regeln auf, nach denen sich das Kollegium richten musste. Demzufolge wurden Entscheidungen vom Kollegium durch Mehrheitsbeschluss getroffen, in dem »der Wille des (kollegialen) Institutsleiters« zum Ausdruck kam.⁸⁷⁸ Das Kollegium konnte aus seiner Mitte einen Vorsitzenden wählen und diesem einen Teil seiner Befugnisse übertragen, so dass dieser faktisch als »Institutsleiter« wirkte. Davon abgesehen, galten die oben aufgelisteten Bestimmungen der Satzung über den »Institutsleiter«. Das bedeutete in den Worten von Hans Dölle: »*Funktional* gesehen ist Institutsleiter das Kollegium, aber jedes Mitglied hat [...] den *Status* eines Institutsleiters.«⁸⁷⁹ Mit der Einführung der kollegialen Leitung reagierten Satzungskommission und Senat nicht nur auf den allgemeinen Trend in Richtung Big Science, von dem bereits die Rede war,⁸⁸⁰ sondern auch auf eine Entwicklung innerhalb der MPG. So hatte man beispielsweise am *MPI für Verhaltensphysiologie* und am *MPI für Virusforschung* bereits in den frühen 1960er Jahren mit dem Wechsel im Posten des geschäftsführenden Direktors experimentiert.⁸⁸¹ Vor diesem Hintergrund erkannte Dölle in dieser Bestimmung »im Grunde nur die Bestätigung einer schon gelegentlich geübten Praxis«.⁸⁸² Was bis 1964 noch ein Sonder-

876 Niederschrift der 85. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 106.

877 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 50, Hervorhebung im Original.

878 So Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 92.

879 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 92, Hervorhebungen im Original.

880 Siehe dazu Kapitel 3.1.1.

881 Niederschrift der 46. Sitzung des Senats vom 06. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 381–382.

882 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 10.

fall gewesen war, am Rande oder gar außerhalb des von der Satzung vorgegebenen Regeln verortet, sollte binnen weniger Jahre nach dieser Reform zum Regelfall innerhalb der MPG werden.⁸⁸³

4.3 Das lange Ringen um den großen Wurf: Die Reform von 1972

4.3.1 Nach der Reform ist vor der Reform

Die in Düsseldorf tagende Hauptversammlung verabschiedete die neue Satzung am 3. Dezember 1964 mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, und mit dem Eintrag in das Göttinger Vereinsregister trat sie am 2. April 1965 in Kraft.⁸⁸⁴ Zwei Faktoren führten jedoch dazu, dass das Thema Satzungsreform bald wieder auf die Agenda der Leitungsgremien der MPG kam: Zum einen blieben die Schockwellen von »68« nicht auf die Universitäten beschränkt, sondern wirkten sich auch auf die MPG aus. Zum anderen war es der Reformkommission bis 1964 nicht gelungen, die anvisierte »Absterbeordnung« für Max-Planck-Institute zu entwickeln. Das erwies sich gegen Ende der langen 1960er Jahre als großes Manko, weil es zu diesem Zeitpunkt für die MPG immer dringender wurde, einmal geschaffene und seither bestehende Forschungseinrichtungen auch wieder schließen zu können.

Letzteres hing unter anderem mit der umfassenden Bildungsreform zusammen, die Bund und Länder gemeinsam ins Werk setzten.⁸⁸⁵ Der forcierte Ausbau der Hochschulen und Universitäten, der die bundesrepublikanische Wissenschaftslandschaft gehörig durcheinanderwirbelte, zwang die MPG »zu sehr eingehenden wissenschaftspolitischen Überlegungen in bezug auf ihre eigenen Aufgaben«, so Butenandt, der aus dem 1967 vorgelegten »Bundesbericht Forschung II« für die MPG die »Notwendigkeit noch stärkerer Konzentration« ableitete.⁸⁸⁶ Die neuen Universitäten, die in fast allen Bundesländern wie Pilze aus dem feuchten Waldboden schossen und mit dem Anspruch von »Reformuniversitäten« auftraten, stellten die MPG vor die Herausforderung, sich im wandelnden westdeutschen Wissenschaftssystem neu zu verorten. Welche Forschungsfelder, auf denen die MPG bereits aktiv war, konnten an die neuen Hochschulen abgegeben werden, welche bedurften weiterhin oder nun erst recht der intensiven Bearbeitung durch die MPG? Am Ende der langen Wachstumsperiode stand die MPG damit wieder – wie

883 Siehe die Zahlenangaben in: Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht 1971, 1972, 242–245, 245. — Siehe dazu auch Kapitel 3.1.1.

884 Siehe Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 8. — Nach § 2 Abs. 1 war Göttingen nach wie vor »Sitz der MPG im Rechtssinne [...], obwohl die Verwaltung teilweise in München, Düsseldorf und Berlin geführt wird.« Ebenda, 15.

885 Siehe den kurzen Überblick bei Kielmansegg, *Nach der Katastrophe*, 2000, 408–413.

886 Niederschrift der 22. Ordentliche Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 27.06.1968 in Mainz, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1947, fol. 76. — Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung: *Bundesbericht Forschung II. Bericht der Bundesregierung über den Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland*. Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/2054. Bad Godesberg 1967, 253.

bereits nach 1945⁸⁸⁷ – vor der Gretchenfrage, welche Institute weiterbestehen sollten und welche unter den neuen Bedingungen guten Gewissens geschlossen oder in eine andere Trägerschaft überführt werden konnten. Die Bildungsreformpolitik, die zu den Signaturen der Bundesrepublik in den langen 1960er Jahren zählte, zeitigte also auch spürbare Rückwirkungen auf den Reform- und Erneuerungsprozess innerhalb der MPG.

Freilich waren nicht nur einige Max-Planck-Institute in die Jahre gekommen, sondern auch die dazugehörenden Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder. Gegen Ende der 1960er Jahre erreichten die Vertreter der zweiten wissenschaftlichen Generation, die im Lauf der 1930er und 1940er Jahre in Leitungspositionen der KWG gekommen waren, das Rentenalter. Viele waren jedoch nicht bereit, ihren Posten für Jüngere zu räumen, sondern bemühten sich nach Kräften darum, ihre Amtszeit ein ums andere Mal verlängern zu lassen oder zumindest ihren Arbeitsplatz und den damit verbundenen Zugang zu den Ressourcen des Instituts zu behalten. So verlangte etwa der bereits emeritierte Boris Rajewsky Ende 1968, weiterhin seinen Arbeitsplatz am *MPI für Biophysik* in Frankfurt am Main nutzen zu können – und zwar unbefristet. Der Verwaltungsrat hingegen wollte ihm dieses Privileg »auch im Hinblick auf den Aufbau der dritten für das Institut vorgesehenen Abteilung« nur noch für weitere zwei Jahre zubilligen. In dieser Frage herrschte in der MPG-Führung keine Einigkeit. Butenandt hielt »die Befristung von Emeritusarbeitsplätzen nicht für voll befriedigend« und argumentierte: »Wo der Wunsch und die Kraft zu weiterer wissenschaftlicher Arbeit vorhanden sei, sollten die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden.«⁸⁸⁸ Das erwies sich jedoch nicht immer als möglich. Wenig später kam es erneut zu einem Konflikt, als der eben emeritierte Hans Reichardt (1901–1977) vom *MPI für Strömungsforschung* in Göttingen nicht nur einen Arbeitsplatz, sondern obendrein »die Bereitstellung von Sachmitteln und Planstellen« einforderte und, als dies auf den Widerstand der dortigen Direktoren stieß, damit drohte, »notfalls den Rechtsweg zu beschreiten«.⁸⁸⁹ Die Uneinigkeit mancher ihrer Emeriti brachte die MPG in eine schwierige Lage, denn solange die ehemaligen Leiter an ihren Instituten verblieben, konnte sie die Forschungseinrichtungen weder schließen noch neues Leitungspersonal für sie gewinnen. Welcher wissenschaftliche Hochkaräter war schon bereit, die Leitung eines Instituts zu übernehmen, dessen Ausrichtung immer noch ganz auf den Vorgänger, der das Feld nicht räumen wollte, zugeschnitten war?

887 Siehe dazu Balcar, *Ursprünge*, 2019, 107–110.

888 Niederschrift der 80. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 29. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 80.VP, fol. 21–22.

889 »Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Auseinandersetzung schein(e) es zweckmäßig«, erklärte Generalsekretär Friedrich Schneider in diesem Zusammenhang, »die Präsidentenkommission für Strukturfragen mit der Einführung einer eigenen Kategorie des emeritierten Wissenschaftlichen Mitgliedes zu befassen, die, wie der Präsident ergänzt, nach einer entsprechenden für die Hauptversammlung 1970 vorzubereitende Satzungsänderung für alle emeritierten Wissenschaftlichen Mitglieder gelten würde.« Niederschrift der 82. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 11. 6. 1969 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 82.VP, fol. 181–182. — Siehe dazu auch Drehbuch zur 82. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 11. 6. 1969 in Göttingen, AMPG, II. Abt. Rep. 61, Nr. 82.VP, fol. 81–84.

Vor diesem Hintergrund beauftragte die MPG-Führung den an der Universität Hamburg lehrenden Juristen Albrecht Zeuner (geb. 1924), die Frage zu klären, ob die MPG »gegenüber dem Leiter eines ihrer Institute aus Rechtsgründen daran gehindert [sei], das ihm unterstehende Institut aufzulösen oder die zur Verfügung gestellten Mittel wesentlich zu kürzen.«⁸⁹⁰ Zeuners Antwort fiel überaus ernüchternd aus, denn er kam zu dem Ergebnis, dass die MPG über keine rechtliche Handhabe verfüge, um einmal eingesetzte Direktoren abzusetzen und bestehende Institute zu schließen. »Die Bestimmung, daß der Institutsleiter in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit frei ist«, erläuterte Zeuner, »verbietet die Schließung oder Einschränkung eines Instituts insoweit, als es sich um eine gezielte Maßnahme gegen die wissenschaftliche Tätigkeit des Institutsleiters oder allgemein um die Verfolgung sachfremder Ziele handelt.«⁸⁹¹ Der Befund fiel sogar noch drastischer aus: »Die Max-Planck-Gesellschaft ist grundsätzlich nicht berechtigt, einen Institutsleiter, dessen Institut geschlossen oder wesentlich eingeschränkt worden ist, zu entlassen oder unter Zahlung eines Ruhegehaltes in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.«⁸⁹² Edmund Marsch, ein hochrangiger Mitarbeiter der Generalverwaltung und seines Zeichens selbst Jurist, bilanzierte Zeuners Ergebnisse dahingehend,

daß die satzungsrechtlichen Möglichkeiten zur Schließung, Aufhebung eines Instituts eigentlich weitgehend eingeschränkt sind durch die Zusagen bei der Berufung eines Direktors, und hier sind wir am entscheidenden Punkt angelangt. Die Berufungszusagen sind in der Tat der Kern des Problems. Ohne gewisse Zusagen werden qualifizierte Wissenschaftler nicht zu bekommen sein; auf der anderen Seite schränken sie jedoch die Beweglichkeit der Max-Planck-Gesellschaft sehr stark ein.⁸⁹³

Zeuners Gutachten zeige, schrieb Marsch mit etwas resigniertem Unterton, »daß sich schon sehr viel ereignen muß, bis die Max-Planck-Gesellschaft zum Eingreifen berechtigt ist.«⁸⁹⁴ Eine entsprechende Handhabe zu schaffen, um Institute gegebenenfalls schließen zu können, war daher eines der Ziele der Reform von 1972.

Dieser Reformimpuls wurde noch durch die vor allem von Studierenden getragene Protestbewegung verstärkt, die auch die Bundesrepublik seit 1967/68 in Atem hielt.⁸⁹⁵ Der Protest rich-

890 19-seitiges Rechtsgutachten von Albrecht Zeuner vom 25. 9. 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 79.VP, fol. 99.

891 Zitiert nach einem Vermerk von Edmund Marsch zum Rechtsgutachten von Zeuner vom 16. 10. 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 79.VP, fol. 35.

892 Zitiert nach einem Vermerk von Edmund Marsch zum Rechtsgutachten von Zeuner vom 16. 10. 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 79.VP, fol. 36.

893 Vermerk von Edmund Marsch zum Rechtsgutachten von Zeuner vom 16. 10. 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 79.VP, fol. 36–37.

894 Vermerk von Edmund Marsch zum Rechtsgutachten von Zeuner vom 16. 10. 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 79.VP, fol. 37.

895 Einen guten Überblick bietet Frei, 1968, 2008. — Der Forschungsstand zum Thema »68« ist mittlerweile kaum noch zu überblicken. Eine Zusammenstellung der seit 2005 erschienenen Studien umfasst 50 Seiten. Bücher zum Themenkomplex »1968« im Spiegel der Kritik (zuletzt aktualisiert am 28. 10. 2019). Begleitmaterial für die Website der Zeit-

tete sich zunächst gegen die »Notstandsgesetze«, mit denen die Große Koalition in Bonn die letzten noch verbliebenen Vorbehaltsrechte der Alliierten abzulösen gedachte. Zugleich drängten die protestierenden Studentinnen und Studenten auf eine öffentliche wie auch private Auseinandersetzung mit dem in Westdeutschland lange Zeit verdrängten Nationalsozialismus, die in einen nachgerade ubiquitär verwendeten Faschismusbegriff mündete, der die Spezifika des Nationalsozialismus eher verdeckte als enthüllte. Einen anderen Kristallisationskern der 68er-Bewegung bildete der Protest gegen den Vietnamkrieg, der mit großer Sympathie für die Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« einherging und sich zu einer marxistisch motivierten und munitierten Fundamentalkritik am Kapitalismus und allgemein am »System« erweiterte. Im Kleinen ging es den Studierenden um eine Verbesserung der Studienbedingungen und eine in der Tat überfällige Reform der verkrusteten Universitätsstrukturen, die mit dem Schlagwort der »Ordinarienuniversität« gebrandmarkt wurden. Als Butenandt die Entwicklung im März 1969 vor dem Senat referierte, sprach aus seinen Worten neben einer Prise Verständnis erhebliche Skepsis gegenüber den Reformforderungen:

Aus den sicher stellenweise sehr ungunstigen Verhältnissen an den Universitäten haben sich Schlagworte wie »Abschaffung des hierarchischen Prinzips«, »Götterdämmerung der Ordinarien«, »Mitbestimmung aller Gruppen nach festgelegten Paritäten« so zum Bestandteil der allgemeinen Diskussionen entwickelt, daß sie bis in die politischen Gremien hinein fast die Wirkung von Zwangsvorstellungen erreicht haben.⁸⁹⁶

Die Forderung nach einer umfassenden »Demokratisierung« der Hochschulen färbte auch auf die MPG ab. »An den Hochschulen sind ähnliche Fragen hochaktuell«, warnte Butenandt die Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG. »Das Recht auf Mitbestimmung wird nicht nur von den Studenten gefordert; auch die zu einer Bundesassistentenkonferenz vereinigten wissenschaftlichen Assistenten streben eine ihrer Stellung angemessene Mitbestimmung in den Organen der Hochschulen an. Wie es im Gründungsbeschluß der Bundesassistentenkonferenz ausdrücklich heißt, können sich die Assistenten der Max-Planck-Gesellschaft der Vereinigung anschließen.«⁸⁹⁷ Konfrontiert mit dieser Herausforderung, wollte Butenandt Führungsstärke demonstrieren, in dem er nicht dem Rat Anderer folgte und abwartete, bis sich der Sturm möglicherweise von selbst wieder legte, sondern er plädierte dafür, energische Maßnahmen zu ergreifen, um ein Übergreifen des Protests von den Universitäten auf Max-Planck-Institute und die MPG allgemein zu verhindern. »Wir können nicht so tun, als ob die Dinge, die sich an den Universitäten ereignen, uns nichts angehen, und wir können nicht erwarten, daß die kritische Entwicklung an uns vorbeigeht, wenn wir nur recht brav stillhalten. Wir müssen uns selbst bemühen, das Unsere dazu beizutragen, um schädliche Folgen, die mit den Universitäten auch

schrift »Historische Forschungen«: https://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/material/Rezensionen_68erPDF.pdf. Zuletzt aufgerufen am 4. 5. 2020.

896 Niederschrift der 62. Sitzung des Senats vom 7. 3. 1969 in Frankfurt, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 62.SP, fol. 10.

897 Niederschrift der 22. Ordentliche Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 27. 6. 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1947, fol. 90–91.

uns treffen würden, zu verhindern.«⁸⁹⁸ Der Präsident beließ es nicht bei diesen Worten. Um »ähnliche Unruhen wie an den Universitäten nach Möglichkeit zu vermeiden«, setzte Butenandt im Herbst 1968 eine »Kommission für Strukturfragen« ein, der unter seiner Leitung zunächst Generalsekretär Friedrich Schneider sowie die Wissenschaftlichen Mitglieder Helmut Coing, Otto Detlef Creutzfeldt, Hans-Peter Dürr, Hans-Jürgen Engell, Feodor Lynen und Arnulf Schlüter angehörten.⁸⁹⁹ Später wurde die Kommission, die den in der MPG bestehenden Reformbedarf ermitteln und entsprechende Vorschläge erarbeiten sollte, um einige wissenschaftliche Mitarbeiter erweitert,⁹⁰⁰ so dass diese Gruppe erstmals an der Ausarbeitung konkreter Reformen mitwirken konnte.

Auch diesmal mahlten die Mühlen der Reformkommission langsam. Die Kommission hielt zahlreiche Plenarsitzungen ab und bildete später »zur Intensivierung ihrer Arbeiten vier Unterkommissionen«, und zwar für Institutsstruktur, für Personalstruktur, für Schlichtungsverfahren und für Fragen der Erfolgskontrolle.⁹⁰¹ Ihre Mitglieder holten bei der Generalverwaltung und bei einzelnen Max-Planck-Instituten umfassende Informationen ein, um auf dieser Grundlage eine Unmenge von Papieren auszuarbeiten, die dann diskutiert, modifiziert und wieder verworfen wurden. Hinzu kamen vielfältige und zeitraubende Konflikte in der Sache, die das Ihre dazu beitrugen, dass sich der Reformprozess in die Länge zog. Erst Anfang März 1970 legte die Präsidentenkommission für Strukturfragen dem Senat einen ersten Bericht vor, der auf Personal- und Institutsstrukturen einging. Bei dieser Gelegenheit wurde die Präsidentenkommission in eine Senatskommission umgewandelt und personell erweitert.⁹⁰² Parallel dazu erhielten die Max-Planck-Institute – also nicht nur die Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder, sondern auch die dort beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und

898 Niederschrift der 63. Sitzung des Senats vom 12. 6. 1969 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 63.SP, fol. 10.

899 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 458. — Niederschrift der 61. Sitzung des Senats vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 10. — Siehe dazu auch Juliane Scholz: *Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft (1945–1980)*. Berlin: GMPG-Preprint 2019, 114.

900 Es handelte sich um »vier kritische und interessierte wissenschaftliche Mitarbeiter, und zwar je zwei aus dem sogenannten Mittelbau und aus dem Kreise der wissenschaftlichen Assistenten«, die auf persönliche Einladung Butenandts an den Sitzungen der Präsidentenkommission teilnahmen. Siehe dazu Niederschrift der 63. Sitzung des Senats vom 12. 6. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 63.SP, fol. 13.

901 Niederschrift der 68. Sitzung des Senats vom 10. 3. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 68.SP, fol. 253–255. — Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 189.

902 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 471. — Niederschrift der 66. Sitzung des Senats vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 27–37. — Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 114–115. — Die Strukturkommission bestand nach ihrer Umformung und Erweiterung aus 19 Mitgliedern: den drei Sektionsvorsitzenden Otto Westphal, Albert H. Weller und Helmut Coing, den Senatoren Heinz Markmann, Gerhard Raspé und Erich Selbach, den Wissenschaftlichen Mitgliedern Jürgen Aschoff (*MPI für Verhaltensphysiologie*), Hermann Mosler (*MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*), Arnulf Schlüter (IPP) und Hans-Peter Dürr (*MPI für Physik und Astrophysik*) sowie den Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dieter Girsensohn (*MPI für Geschichte*), Rudolf Rass (FHI), Uli Schwarz (*Friedrich-Miescher-Laboratorium*), Dieter Schwickardi (*MPI für Arbeitsphysiologie*) und Heinrich J. Völk (*MPI für Physik und Astrophysik*). Niederschrift der 67. Sitzung des Senats vom 24. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 67.SP, fol. 19–21.

Mitarbeiter – Gelegenheit zur Stellungnahme, wovon sie reichlich Gebrauch machten.⁹⁰³ Die erweiterte Strukturkommission sah sich daraufhin mit einer Flut von Änderungs- und Ergänzungswünschen konfrontiert, deren Bearbeitung abermals viel Zeit kostete. Ende Juni 1971 rang sich der Wissenschaftliche Rat »im Prinzip« zur Anerkennung der »Grundsätze der MPG« durch, die der eigens zu diesem Zweck eingesetzte »Intersektionelle Ausschuss« – von ihm wird noch die Rede sein – ausgearbeitet hatte. Auf dieser Grundlage erstattete die Senatskommission für Strukturfragen ihren Bericht, den der Senat Mitte März 1972 »im Grundsatz« billigte.⁹⁰⁴ Die Diskussionen zogen sich weiter hin, ehe die vom 20. bis 23. März 1972 wiederum in Bremen tagende Hauptversammlung – in einer eher untypisch stürmischen Sitzung und erst nach erregten Debatten – eine abermalige Satzungsreform beschloss.⁹⁰⁵

Die Satzungsreform von 1972 stellt den bislang tiefsten Einschnitt in die Verfassung und Verfasstheit der MPG im Lauf ihrer bisherigen Geschichte dar. Sie umfasste fünf Kernbereiche:⁹⁰⁶ Erstens die Einführung von Elementen der Mitbestimmung für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, allerdings mit angezogener Handbremse; immerhin aber war diese Gruppe von nun an wenigstens in einigen Leitungsgremien – nämlich im Senat sowie im Wissenschaftlichen Rat und seinen Sektionen – vertreten. Zweitens wurde in Gestalt von Beratern auf Sektionsebene ein Schlichtungsverfahren ins Leben gerufen, das als Mittel zur Beilegung interner Konflikte dienen sollte, worauf insbesondere die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gedrängt hatten, und in diesem Punkt kam ihnen die MPG-Spitze entgegen. Drittens brachte die Reform die Befristung der Leitungsfunktionen auf Instituts-ebene und damit einen Schritt zur Reduzierung der Allmacht der Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder. Dies ging mit einer Zunahme der Macht zentraler Organe und der Generalverwaltung einher, die nunmehr bereits zu einem früheren Zeitpunkt, also noch vor der Emeritierung eines Direktors, Verfügungsgewalt über Stellen und Mittel erhielten, zumindest in der Theorie. Mit ihrer partiellen Entmachtung ging, viertens, die persönliche Absicherung der scheidenden Direktoren einher; die Regelung der Rechtsstellung der Emeriti, wie es im Satzungsjargon hieß, sicherte ihnen auch im schlimmsten Fall – der Nichtverlängerung ihrer Leitungsfunktion – weiterhin Arbeitsplatz und Ausstattung. Fünftens führte die Reform eine institutionalisierte Effizienzkontrolle ein, und zwar in Gestalt von Fachbeiräten und spä-

903 Auswertung der Stellungnahmen der Wissenschaftlichen Mitglieder und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Institute der MPG zum Bericht über die Institutsstruktur der Präsidentenkommission für Strukturfragen vom 21. 5. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 121–139. — Es erscheint bemerkenswert, dass »zum überwiegenden Teil [...] gemeinsame Stellungnahmen der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Wissenschaftlichen Mitglieder abgegeben« wurden. Ebenda, fol. 123. Das deutet darauf hin, dass sich die Situation an den Max-Planck-Instituten deutlich weniger konfliktiv gestaltete als an den Universitäten. — Zu den Diskussionen um den Bericht der Strukturkommission siehe auch Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 184–197.

904 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 484 und 489.

905 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 491–492. — Eine kurze Schilderung von Verlauf und Ausgang des »Aufstand[s] der Forscher« in der MPG bei Röbbecke, *Mitbestimmung*, 1997, 184–197.

906 Die im Folgenden genannten Eckpunkte der Reform bezeichnete Butenandt gegenüber dem Verwaltungsrat als »die wesentlichen Punkte«. Niederschrift der 93. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 13./14. 3. 1972 in Frankfurt am Main, fol. 209. Siehe dazu auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 491–492.

ter in Form von Visiting Committees; diese eigens dafür geschaffenen Kontrollorgane sollten die Arbeit der einzelnen Max-Planck-Institute wie auch ganzer Forschungsrichtungen innerhalb der MPG und ihrer Sektionen evaluieren.

Im Rahmen dieser Studie kann weder der gesamte Reformdiskurs in seinen vielfältigen Verästelungen nachgezeichnet noch können sämtliche Bestandteile der Reform en détail analysiert werden.⁹⁰⁷ Aus arbeitsökonomischen Gründen begnügen wir uns im Folgenden damit, die zwei wichtigsten Reformstränge zu beleuchten, die zugleich den meisten Staub in der Debatte aufwirbelten: zum einen die Frage der inneren Demokratisierung der MPG, zum anderen ihre Flexibilisierung. En passant werfen wir dabei auch einen Blick auf die Akteure und Gremien, die an diesem Reformprozess mitwirkten bzw. interagierten.

4.3.2 Demokratisierung mit angezogener Handbremse

Der Punkt, über den am längsten, lautesten und intensivsten gestritten wurde, war das Maß an Mitbestimmung, das den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugestanden werden sollte, und zwar sowohl in den einzelnen Instituten als auch in den Organen der MPG. Zweifellos stand die »Demokratisierung« von Anfang an im Zentrum des Reformprozesses, der 1968 erneut einsetzte.⁹⁰⁸ Drei Faktoren führten dazu, dass sich die MPG weit intensiver mit der Mitbestimmungsfrage befassen musste, als ihr lieb gewesen sein dürfte: erstens die Forderungen aus den Reihen ihrer eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zweitens die Politik der seit 1969 amtierenden sozialliberalen Bundesregierung und drittens der 1970 ins Leben gerufene Gesamtbetriebsrat, der mit der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 wesentlich an Bedeutung gewann.

Beginnen wir mit dem Impuls, der aus der MPG selbst kam: Für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stand die »Demokratisierung« der MPG ganz oben auf der Liste ihrer Reformforderungen. Im März 1971 berichtete Butenandt dem Senat, dass deren Vertreter in der Kommission »immer wieder die Frage einer stärkeren Beteiligung der wissenschaftlichen Mitarbeiter an Entscheidungsgremien der Institute und der Gesellschaft und die Einführung der vollen Mitbestimmung in den Vordergrund gerückt« hätten.⁹⁰⁹ Das galt indes nicht nur für die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Strukturkommission, sondern auch für ihre Vertretungskörperschaften, die sich teils im Zuge der Reformdiskussionen formierten, teils bereits zuvor gebildet hatten. Letzteres traf auf den *Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten* (VWF) zu, der 1964 von Physikern des *Instituts*

907 Siehe dazu die Analyse von Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 114–160.

908 Die MPG stellte damit keinen Sonderfall dar, vielmehr müssen die Debatten innerhalb der MPG als Teil eines größeren Diskurses um Mitbestimmung gesehen werden, der in den späten 1960er und frühen 1970er die gesamte Bundesrepublik erfasste und von hier aus auf alle Forschungseinrichtungen übergriff. Siehe dazu ausführlich Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 157–197.

909 Niederschrift der 68. Sitzung des Senats vom 10. 3. 1971 in Mannheim, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 68.SP, fol. 9.

für *Plasmaphysik* und des *MPI für Physik und Astrophysik* gegründet worden war und dessen Mitglieder – im Jahr 1969 waren dies rund 1800 – zu einem beträchtlichen Teil aus Beschäftigten der MPG bestanden.⁹¹⁰ Der VWF stellte das Pendant zur *Bundesassistentenkonferenz* dar,⁹¹¹ die in erster Linie die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitäten und Hochschulen vertrat. In dieser Funktion wollte der Berufsverband ein Wörtchen bei der anstehenden Satzungsreform der MPG mitreden, um die Mitbestimmungsforderung der wissenschaftlichen Belegschaft zu artikulieren. Im Frühjahr 1969 forderte der VWF, den Butenandt als »Gewerkschaft« bezeichnete, was seine Abneigung kaum verhohlen zum Ausdruck brachte, »ihre im eigenen Wahlverfahren bestimmten Vertreter in unsere interne Strukturkommission entsenden zu dürfen«.⁹¹²

Zum Konflikt mit der MPG-Führung kam es wenig später über eine Erklärung, die Adolf Butenandt, Hans Rumpf und Julius Speer am 3. Mai 1969 gemeinsam veröffentlichten und die den plakativen Titel »Gefahr für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik« trug.⁹¹³ Die Präsidenten von DFG, MPG und WRK wandten sich darin in scharfer Form gegen eine Politisierung der Universitäten im Kontext der angelaufenen Reformen: »Im Zusammenhang mit den in der Bundesrepublik verabschiedeten und in Vorbereitung befindlichen Hochschulgesetzen und Hochschulsatzungen besteht Gefahr für die Forschung, weil die Funktionsweisen der Universität der Gefahr ausgesetzt sind, politischer Selbstzweck zu werden.«⁹¹⁴ Zudem würden »nicht diejenigen Bedingungen beachtet, unter denen allein sich die deutsche Universitätsforschung in der internationalen Konkurrenz behaupten kann«.⁹¹⁵ Insbesondere Mitbestimmung und Drittelparität waren Butenandt, Rumpf und Speer ein Dorn im Auge. »Forschung ist geistige Leistung einzelner oder von Gruppen gemeinsam arbeitender, zur Forschung befähigter Wissenschaftler«, schrieben sie der Politik ins Stammbuch. »In fast allen Disziplinen kann die Aufgabenstellung nicht durch Mehrheitsentscheidungen bestimmt werden.

910 Zum VWF siehe Ingrid Deich: The Redistribution of Authority in National Laboratories in Western Germany. *Minerva* 17/3 (1979), 413–444, 425–426. — Dazu auch Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 107–114. — Die Angabe zur Mitgliederzahl im Jahr 1969 nach Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 16. — Deich zufolge, die sich auf Angaben des VWF beruft, zählte der VWF 1969 bereits 2000 Mitglieder. Deich, *Redistribution of Authority*, 1979, 413–444, 425.

911 Zur Bundesassistentenkonferenz siehe Ludwig Huber: Entwicklung und Wirkung der Bundesassistentenkonferenz. In: Stephan Freiger et al. (Hg.): *Wissenschaftlicher Nachwuchs ohne Zukunft? Bundesassistentenkonferenz, Hochschulentwicklung, junge Wissenschaftler heute*. Kassel: Johannes Stauda Verlag 1986, 31–44.

912 Niederschrift der 62. Sitzung des Senats vom 7. 3. 1969 in Frankfurt, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 62.SP, fol. 12. — Der VWF selbst sah sich als berufsständische Vertretung und betonte, keine Gewerkschaft zu sein, vielmehr warnte er vor einer »Proletarisierung« der akademischen Forschung in der Bundesrepublik. Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 108.

913 Zu Rumpf siehe René Gilbert: Hans Philipp Rumpf. *Stadtlexikon Karlsruhe online*. Karlsruhe 2015. <https://stadtlexikon.karlsruhe.de/index.php/De:Lexikon:bio-0165>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

914 Gemeinsame Presseerklärung der Präsidenten der DFG, der MPG und des Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Thema »Gefahr für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik« vom 3. 5. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 339–340.

915 Gemeinsame Presseerklärung der Präsidenten der DFG, der MPG und des Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Thema »Gefahr für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik« vom 3. 5. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 339–340.

Dies gilt insbesondere von Gremien, in denen nach festgelegten Schlüsseln Vertreter von Gruppen mitwirken, die als solche selbst in der Forschung nicht aktiv tätig sind.«⁹¹⁶ Das traf in den Augen der drei Präsidenten vor allem für Berufungen von Professoren zu, wie sie etwas verklaustriert zum Ausdruck brachten: »Über die Einstellung oder Entlassung wissenschaftlichen Personals können nur diejenigen befinden, die mindestens die gleiche wissenschaftliche Qualifikation besitzen.«⁹¹⁷ Ohne vorhandene Missstände rundheraus zu leugnen, malten Butenandt, Rumpf und Speer die möglichen negativen Folgen der geplanten Hochschulreformen in den düstersten Farben aus:

Die Unzufriedenheit mit den herkömmlichen Strukturen und die berechtigte Kritik an ihrer Handhabung haben nun jedoch in jetzt zur Beratung vorliegenden Hochschulgesetzen und Satzungsentwürfen zu Vorschlägen geführt, die weit über die notwendige Korrektur bisheriger Mißstände hinausgehen. Maximen, die im politischen Bereich ihre Gültigkeit haben, werden unmittelbar auf die Universität übertragen. Dies droht die Forschung zu lähmen. Die Abwanderung der Forschung aus den Universitäten und damit die Zerstörung der deutschen Universität wären die Folge.⁹¹⁸

Der VWF fühlte sich herausgefordert und reagierte auf diese apokalyptische Prognose mit einer eigenen Presseerklärung, die ihrerseits kritisierte, »daß der dramatische Aufruf der Präsidenten der deutschen Wissenschaftsorganisationen vom 6. Mai 1969 die bestehende Unruhe bei den Wissenschaftlern vergrößert« habe.⁹¹⁹ Zum einen monierte der VWF das Festhalten an der alleinigen Entscheidungsbefugnis der Professoren: Qualifikation und Kompetenz seien nicht notwendigerweise Ausfluss einer bestimmten Position in der akademischen »Statushierarchie«, und ein hervorragender Wissenschaftler müsse noch längst kein guter Wissenschaftsorganisator sein. Zum anderen forderte der VWF vehement Mitspracherechte auch für Assistenten, vor allem bei der Forschungsplanung. »Nicht zuletzt aber zeigt das Versagen der akademischen Selbstverwaltung gegenüber den Reformfordernissen der Hochschulen während der letzten 20 Jahre die Notwendigkeit, die Universitäten stärker an den politischen Bereich heranzuführen.«⁹²⁰ Dahinter verbarg sich implizit die Forderung, die MPG von einem

916 Gemeinsame Presseerklärung der Präsidenten der DFG, der MPG und des Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Thema »Gefahr für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik« vom 3. 5. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 339–340.

917 Gemeinsame Presseerklärung der Präsidenten der DFG, der MPG und des Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Thema »Gefahr für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik« vom 3. 5. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 339–340.

918 Gemeinsame Presseerklärung der Präsidenten der DFG, der MPG und des Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Thema »Gefahr für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik« vom 3. 5. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 339–340.

919 Presseerklärung des VWF zur Presseerklärung der Präsidenten der DFG, der MPG und der WRK zum Thema »Gefahr für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik«, undatiert (Mai 1969), AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 342.

920 Presseerklärung des VWF zur Presseerklärung der Präsidenten der DFG, der MPG und der WRK zum Thema »Gefahr für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik«, undatiert (Mai 1969), AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 342.

privatrechtlich verfassten Verein in eine Gesellschaft des öffentlichen Rechts umzuwandeln, die seinerzeit im Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lebhaft diskutiert wurde. Das Präsidium des VWF beließ es jedoch nicht bei dieser Erklärung, sondern verschärfte von sich aus den Konflikt mit der MPG. Auf der Verbandstagung im Juni 1969, die parallel zur Jahreshauptversammlung der MPG stattfand, verabschiedete der VWF eine Resolution, in der der Rücktritt Butenandts als MPG-Präsident gefordert wurde. Zur Begründung hieß es, »daß Reformen nicht möglich sind gegen den inhaltenden Widerstand eines Repräsentanten der Spitze der hochschulfreien Forschung«. Im Anschluss an den Rücktritt sollte »als sichtbares Zeichen einer echten Reformwilligkeit eine Neubesetzung dieses Amtes durch eine Persönlichkeit, die durch das Vertrauen aller aktiv für die Forschung der Max-Planck-Gesellschaft tätigen Wissenschaftler legitimiert ist«, erfolgen.⁹²¹

Mit der Rücktrittsforderung hatte die Verbandsspitze um den Vorsitzenden Ernst Remy, einen am IPP beschäftigten Physiker, der die Gründung des VWF 1963 initiiert hatte,⁹²² jedoch ein Eigentor geschossen. Diese rief nicht nur einen Schulterschluss der Leitungsgremien der MPG und anderer Wissenschaftsorganisationen mit dem direkt angegriffenen MPG-Präsidenten hervor,⁹²³ sondern stieß auch in den Reihen der Mitglieder der VWF – zumal aus den Max-Planck-Instituten – auf Ablehnung,⁹²⁴ führte zu zahlreichen Austritten und schließlich zur Abwahl Remys als Vorsitzendem. Bei einer Aussprache mit dem MPG-Präsidenten am 11. Februar 1970 mussten Remy und andere Führungsfiguren, zu denen auch Paul Matussek vom *MPI für Psychiatrie* und Michael Kaufmann (geb. 1939) vom IPP zählten,⁹²⁵ klein beigeben, indem sie versicherten, »daß die auf Mißverständnissen beruhende Forderung des Verbandes nach einem Rücktritt des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft nicht aufrecht erhalten werde«.⁹²⁶ Im weiteren Verlauf des Gesprächs ging es auch um Strukturfragen der MPG, um Fragen des Tarifs und um den »Antrag des Verbandes auf Aufnahme als Förderndes Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft«, was die MPG-Führung jedoch wegen der vermeintlichen »Gefahr einer Unterwanderung unserer Gesellschaft« ablehnte.⁹²⁷ In der »Frage der Vertretung der wissenschaft-

921 Zitiert nach Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 15–16. — Erklärung des VWF: Jahresversammlung des VWF am 13./14. 6. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 344. — Siehe dazu und im Folgenden auch Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 111–113.

922 Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 107.

923 Siehe beispielsweise Ausführungen des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Hans Rumpf, auf der Pressekonferenz anlässlich der Jahrestagung des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft am 9. 5. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 375–378.

924 Beispielsweise Otto Creutzfeldt an Ernst Remy vom 18. 6. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 337–338.

925 Zu Matussek siehe Manfred Pohlen: In memoriam Paul Matussek. *Der Nervenarzt* 75/5 (2004), 496–498. doi:10.1007/s00115-004-1714-7.

926 Niederschrift der 85. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt. Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 106. Die folgenden Zitate finden sich ebenda. — Siehe dazu auch Drehbuch der 85. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt. Rep. 61, Nr. 85.VP.

927 Drehbuch der 85. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt. Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 4. — Ernst Remy an Adolf Butenandt vom 7. 11. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 333–335. — Siehe dazu auch Niederschrift über die 65. Sitzung des Senats vom 3. 3. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 65.SP, fol. 1–24.

lichen Mitarbeiter in den Gremien der Gesellschaft« wollte Butenandt nichts davon wissen, »wissenschaftliche Mitarbeiter in die Sektionen aufzunehmen; eine Vertretung im Wissenschaftlichen Rat könnte dagegen erwogen werden. Die Aufnahme eines Repräsentanten der wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Verwaltungsrat würde er ablehnen.«⁹²⁸ Zufrieden konstatierte der Präsident nach dem Gespräch, er habe in puncto Institutsstrukturen »eigentlich keine abweichenden Meinungen von unserer feststellen« können. Der VWF habe »die echte Mitbestimmung jedenfalls nicht angestrebt«.⁹²⁹ Dies traf zwar höchstens für einen Teil der Verbandsmitglieder zu, doch war dies für Butenandt unerheblich. Denn der VWF spielte in der Reformdiskussion innerhalb der MPG ab diesem Moment keine Rolle mehr, er hatte sich mit seiner forschenden Rücktrittsforderung nachhaltig diskreditiert und als eigenständiger Akteur selbst aus dem Reformprozess herausgenommen; nunmehr rangierte er, wie Juliane Scholz konstatiert, »vorwiegend auf einem wissenschaftspolitischen Abstellgleis«.⁹³⁰ Daher verhalten selbst konstruktive Vorschläge des VWF, etwa zur Verbesserung der Strukturen der MPG und zur Neugestaltung von Institutssatzungen,⁹³¹ weitgehend ungehört.

Parallel zu den Auseinandersetzungen zwischen der MPG-Spitze und der VWF entstanden – als eine Art Graswurzelbewegung der MPG – unter anderem in Göttingen, Frankfurt am Main, Mülheim an der Ruhr und München sogenannte Delegiertenversammlungen, in denen sich die Vertreter des wissenschaftlichen Personals von Max-Planck-Instituten aus der jeweiligen Region zunächst zum wechselseitigen Austausch, später auch zur Vorbereitung von Stellungnahmen zum Reformprozess innerhalb der MPG zusammenschlossen.⁹³² Bald schon fand die erste überregionale Delegiertenversammlung statt, die als Versuch begriffen werden kann, in Eigenregie eine Vertretung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter »von unten« ins Leben zu rufen. Zur Gründungsversammlung, die als »Mitarbeiterkonferenz« am 9. Mai 1970 im *MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* in Heidelberg zusammentrat, erschienen 105 Delegierte aus 37 der 52 seinerzeit existierenden Max-Planck-Institute. Das Ziel lautete, die Vorstellungen »gegenwärtiger Reformbestrebungen zu koordinieren«, was in einer fünf Punkte umfassenden EntschlieÙung mündete.⁹³³ Gefordert wurde darin die Gründung einer Organisa-

928 Niederschrift der 85.Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 106 verso.

929 Niederschrift der 85.Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 4.

930 Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 114. — Auch Martina Röbbecke urteilt, man solle »den Einfluß des VWF auf den Verlauf der Mitbestimmungsdiskussion in den Großforschungseinrichtungen, vor allem aber auch in der Max-Planck-Gesellschaft, nicht überschätzen. [...] In der Max-Planck-Gesellschaft ist der Einfluß des VWF eher marginal gewesen.« Röbbecke, *Mitbestimmung*, 1997, 164.

931 Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten: Maximen zur Strukturverbesserung und Neugestaltung von Institutssatzungen. Vorschlag des VWF für den Bereich der hochschulfreien Forschung, undatiert, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 353–355.

932 Siehe zum Gründungsprozess der Delegiertenversammlungen sowie zum Folgenden Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 125–131. — Röbbecke, *Mitbestimmung*, 1997, 187–188.

933 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 473. — Niederschrift der 86. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 10. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 57–60. — »Mitarbeiterkonferenz« war die

tion, die aus regionalen Delegiertenversammlungen und einem Dachverband bestehen sollte, um »die Interessen der an Max-Planck-Instituten wissenschaftlich Tätigen bei den gegenwärtigen Reformbestrebungen zu koordinieren, für einen gegenseitigen Informationsaustausch zu sorgen und eine legitimierte Vertretung der an den Max-Planck-Instituten wissenschaftlichen Tätigen zu sein«. Die Delegiertenversammlungen sollten aus gewählten Vertretern der wissenschaftlichen Angestellten bestehen, wobei es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Instituten überlassen blieb, wie die Wahlen jeweils organisiert wurden und wer Wahlrecht besaß. Ein Ausschuss erhielt die Aufgabe, auf dieser Grundlage eine Satzung für die Delegiertenkonferenzen zu entwerfen, während die Sprecher der regionalen Delegiertenversammlungen »die konstituierende Sitzung einer Gesamt-Delegiertenversammlung« vorbereiten sollten.⁹³⁴

Die MPG-Spitze zeigte sich gegenüber dieser Initiative aus dem Kreis der Belegschaft mehrheitlich skeptisch. Butenandt scheint der Auffassung gewesen zu sein, dass die Delegiertenkonferenz gewissermaßen ferngesteuert würde. So hätten »leider«, so führte er vor dem Verwaltungsrat aus, »an dem Heidelberger Treffen nicht nur Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft, sondern vielmehr auch der Syndikus und ein nicht zur Max-Planck-Gesellschaft gehöriges Vorstandsmitglied des Verbandes der Wissenschaftler an Forschungsinstituten sowie Vertreter der Bundesassistentenkonferenz teilgenommen«. ⁹³⁵ Ein Teil dieser Skepsis bezog sich auf ein zentrales Anliegen der Delegiertenkonferenzen, nämlich eine demokratisch legitimierte Repräsentation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Max-Planck-Institute ins Leben zu rufen. Damit standen sie in scharfem Kontrast zu den Bemühungen der MPG-Spitze, Wahlen – auch und gerade von Vertretern des wissenschaftlichen Personals – an den Max-Planck-Instituten möglichst zu vermeiden. Als es um die Aufnahme von Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Strukturkommission ging, begab sich der Verwaltungsrat auf die Suche nach einem Modus, der sicherstellte, »daß trotz des Verzichts auf Wahlen die übrigen wissenschaftlichen Mitarbeiter davon überzeugt werden könnten, daß ihre Interessen angemessen vertreten würden«. Doch dies glich natürlich einer Quadratur des Kreises. Generalsekretär Schneider meinte gar, die MPG müsste das »Risiko« in Kauf nehmen, »daß einige wissenschaftliche Mitarbeiter die auf einem solchen Verfahren beruhende Mitarbeit ablehnen würden« ⁹³⁶. Schließlich bat Butenandt die vier regionalen Delegiertenversamm-

verkürzte Bezeichnung der MPG-Spitze, offiziell tagte in Heidelberg die »Delegiertenversammlung der an Max-Planck-Instituten wissenschaftlich Tätigen«. Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 126.

934 Zitiert nach Niederschrift der 66. Sitzung des Senats vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 13. — Protokoll der vorbereitenden Sitzung zur Gründung einer Delegiertenversammlung der an Max-Planck-Instituten wissenschaftlich Tätigen am 9. 5. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 480, fol. 452. — Siehe dazu auch Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 187–188.

935 Niederschrift der 86. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 10. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 58. — Niederschrift der 66. Sitzung des Senats vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 7–23.

936 Niederschrift der 86. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 10. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 59.

lungen, ihm jeweils zwei Kandidaten vorzuschlagen, von denen er jeweils einen in die erweiterte Strukturkommission berief; einen weiteren Vertreter benannte Butenandt auf Vorschlag von Tübinger Institutsdirektoren, so dass insgesamt fünf wissenschaftliche Mitarbeiter der auf 17 Mitglieder erweiterten Strukturkommission angehörten.⁹³⁷ Vor diesem Hintergrund erscheint es bemerkenswert, dass ausgerechnet Butenandt das Recht der im Mai 1970 in Heidelberg zusammengekommenen Delegierten, für ihre Institute bzw. die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sprechen, mit der Begründung in Zweifel zog, dass nicht festgestellt worden sei, »ob sie zur Vertretung immer legitimiert waren«.⁹³⁸

Es mag auch an derartigen Widersprüchlichkeiten gelegen haben, dass die MPG in ihrer Auseinandersetzung mit dem VWF und den Delegiertenkonferenzen – wie im Reformprozess allgemein – eine schlechte Presse hatte. Beispielhaft sei hier auf einen Artikel mit dem Titel »Ein Hochamt der deutschen Wissenschaft« verwiesen, der im Juni 1971 im *Spiegel* erschienen war. Genüsslich breitete das Hamburger Nachrichtenmagazin darin aus, wie »das Forscher-Fußvolk gegen die Allmacht der Instituts-Spitzen« rebellierte.⁹³⁹ Im Zentrum des Artikels standen die beiden Hauptforderungen der in den Delegiertenkonferenzen zusammengeschlossenen MPG-Belegschaft: die Forderung nach mehr Mitbestimmung, die in der Zeitschrift mit einer Gegenüberstellung der 206 Wissenschaftlichen Mitglieder mit den rund 4000 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MPG untermauert wurde, und die Kritik am Einfluss der Wirtschaft auf die MPG. Deren Berechtigung unterstrich der Artikel ebenfalls mit einer Kontrastierung: Während 818 Firmen auf der MPG-Hauptversammlung des Jahres 1971 stimmberechtigt waren, vertrat dort niemand die Interessen der wissenschaftlichen Belegschaft aus den 52 Max-Planck-Instituten. Die Darstellung des *Spiegel* war zwar nicht falsch, aber doch parteilich, weil sie den Positionen der aufbegehrenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gestalt des Mediziners Dieter Schwickardi vom Dortmunder *MPI für Ernährungsphysiologie* und des am *Fritz-Haber-Institut* tätigen Physikers Rudolf Rass, die beide die Interessen der MPG-Belegschaft in der erweiterten Strukturkommission vertraten, wesentlich mehr Platz einräumte als denen der MPG-Spitze, die im Artikel hauptsächlich Edmund Marsch von der Münchner Generalverwaltung artikulierte. Dieses Missverhältnis lag allerdings auch daran, dass die MPG damals noch keine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betrieb, ja dass ihre Führungsriege gar nicht recht zu verstehen schien, dass eine eigene Pressearbeit in Zeiten zunehmend medial geprägter öffentlicher Wahrnehmung immer unerlässlicher wurde. In der Ära Butenandt bestand die »Öffentlichkeitsarbeit« der MPG noch weitgehend aus Vorträgen ihrer Spitzenforscher vor einem ausgewählten und hochkarätigen Publikum, etwa bei exklusiven Empfängen

937 Niederschrift der 88. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 45. — Niederschrift der 67. Sitzung des Senats vom 24. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 67.SP, fol. 19–21.

938 Niederschrift der 66. Sitzung des Senats vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 12.

939 »Ein Hochamt der deutschen Wissenschaft«. *Der Spiegel* 27 (1971), 110–114, Zitat 110. Das Folgende nach ebenda. — Ein ähnlicher Tenor findet sich bei Nina Grunenberg: Junge Forscher gegen alte Halbgötter. Krise am 60. Geburtstag: In der Max-Planck-Gesellschaft gärt es. *Die Zeit* 27 (2. 7. 1971), 2. — Claus Grossner: Aufstand der Forscher. Die Krise in der Max-Planck-Gesellschaft. Der Kampf um die Mitbestimmung. *Die Zeit* 25 (18. 6. 1971), 4.

oder »Parlamentarischen Abenden«, die vor allem der Selbstdarstellung der MPG und nicht zuletzt der Akquise öffentlicher Gelder dienten.⁹⁴⁰ Die Erkenntnis, dass dies nicht mehr ganz zeitgemäß war, dämmerte den Leitungsgremien erst gegen Ende der langen 1960er Jahre. 1969 richtete die MPG eine Informationsstelle ein, die mit Peter von Haselberg besetzt wurde und in Frankfurt am Main ansässig war. Da diese Einrichtung jedoch ganz offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg zeitigte, was die Verbesserung der Kommunikation mit der Presse betraf, entschied sich die MPG-Spitze kaum zwei Jahre später – nach intensiven Beratungen, in die auch der neugegründete Intersektionelle Ausschuss einbezogen wurde⁹⁴¹ – für eine größer angelegte Lösung: Am 1. Oktober 1971 erfolgte die Gründung eines eigenen *Referats für Presse und Öffentlichkeitsarbeit* in der Münchner Generalverwaltung der MPG, dessen Leitung der erfahrene Wissenschaftsjournalist Robert Gerwin übernahm.⁹⁴²

Zu diesem Schritt dürfte auch beigetragen haben, dass der Konflikt der MPG-Spitze mit den Delegiertenversammlungen im Sommer 1971 eskalierte. Am 1. und 2. Juni 1971 trat der konstituierende »Delegiertentag der wissenschaftlich Tätigen in der MPG« in der Evangelischen Akademie in Arnoldshain zusammen.⁹⁴³ An der Veranstaltung, die unter dem Motto »Selbstbestimmung-Mitbestimmung-Fremdbestimmung« stand, nahmen mindestens zwei gewählte Delegierte pro Max-Planck-Institut teil, bei größeren Instituten sollte auf 50 Beschäftigte eine Stimme entfallen; hinzu kamen Gäste aus dem Bundestag sowie Vertreter von ÖTV, GEW und VWF, und sogar Otto Westphal, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rats der MPG, war mit von der Partie.⁹⁴⁴ Die euphorische Atmosphäre mündete in 14 »Thesen zur Reform der Max-Planck-Gesellschaft«, die in der MPG ähnlich hohe Wellen schlagen sollten wie die Rücktrittsforderung des VWF an die Adresse Butenandts. Kein Wunder, war doch die als »Arnoldshainer Thesen« berühmt gewordene Erklärung eine einzige Abrechnung des unzufriedenen wissenschaftlichen Nachwuchses mit der MPG. »Die gegenwärtigen forschungspolitischen Präferenzen in der Max-Planck-Gesellschaft sind weitgehend bestimmt durch partikuläre Wirtschafts-

940 Siehe beispielsweise Niederschrift der 38. Sitzung des Senats vom 24. 2. 1961 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP, fol. 123–124. — Niederschrift der 47. Sitzung des Senats vom 13. 3. 1964 in Garching bei München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP, fol. 168–169. — Niederschrift der 48. Sitzung des Senats vom 10. 6. 1964 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 159–160. — Siehe dazu Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 282–283.

941 Siehe Niederschrift der 89. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 9. 3. 1971 in Mannheim, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 89.VP, fol. 188. — Drehbuch der 89. Sitzung des Verwaltungsrats vom 9. 3. 1971 in Mannheim, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 89.VP, fol. 239.

942 Siehe Niederschrift der 89. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 9. 3. 1971 in Mannheim, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 89.VP, fol. 215. — Siehe auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 484–485. — Ariane Leendertz: Medialisierung der Wissenschaft. Die öffentliche Kommunikation der Max-Planck-Gesellschaft und der Fall Starnberg (1969–1981). *Geschichte und Gesellschaft* 40/4 (2014), 555–590, hier 556–557. — Zum Zusammenhang von Öffentlichkeitsarbeit, Mitarbeiterprotest und Strukturreform siehe auch die Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 11–12. — Gerwin leitete das Pressereferat der MPG von 1971 bis 1987. Zur Person siehe den Nachruf: Zum Tod von Robert Gerwin. *MaxPlanckForschung* 2 (2004), 77.

943 Siehe zu dieser Versammlung und den auf ihr beschlossenen »Arnoldshainer Thesen« Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 130–133. — Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 191.

944 Westphal betonte allerdings später, »er habe an der Arnoldshainer Tagung als ›Wissenschaftlich Tätiger‹ und nicht, wie fälschlich behauptet worden sei, als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates teilgenommen.« Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 10.

und Karriereinteressen«,⁹⁴⁵ hieß es darin. Aufgrund »der jetzigen Zusammensetzung der Entscheidungsorgane und wegen der privatautonomen Entscheidungsverfahren« sei die MPG nicht in der Lage, ihre Forschungspolitik »an den Bedürfnissen und Interessen der Gesellschaft« auszurichten. Deswegen sei »eine Änderung der Zusammensetzung der Organe« notwendig, »so daß die Mitwirkung aller in der Max-Planck-Gesellschaft Tätigen und die angemessene Beteiligung der Öffentlichkeit garantiert werden«. Harsche Kritik übten die Delegierten an der »gegenwärtige[n] Struktur«, der Satzung und an »undurchsichtigen Entscheidungsverfahren in der Max-Planck-Gesellschaft«. Deshalb hielten sie grundlegende Reformen für nötig, wobei zu prüfen sei, »ob die Rechtsform des eingetragenen Vereins den geeigneten Rahmen« darstelle – falls nicht, so heißt es weiter, müssten »andere, insbesondere öffentlich-rechtliche Organisationsformen in Erwägung gezogen werden«. Im Zentrum stand hier ebenfalls die Frage der Mitbestimmung, die den in Arnoldshain Versammelten »auch in personellen Fragen als ein Mittel« erschien, »bestehende Abhängigkeiten abzubauen und den am Forschungsprozeß Beteiligten im Rahmen ihrer Arbeit die Möglichkeit zu geben, hergebrachte Meinungen und Zustände ohne Repression zu kritisieren«. Die Forderung nach mehr Mitsprache rechtfertigte man auch mit der allgemeinen Entwicklung der Forschung:

Mitbestimmung aller am Forschungsprozeß Beteiligten ist bei der wachsenden Spezialisierung und Komplexität der Forschungsarbeit heute unabdingbar. Sie fördert die notwendige Orientierung der Forschung an den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Allen Instituten muß die Erprobung von Formen der Mitbestimmung auf allen Ebenen möglich sein. Dazu ist die Suspendierung entgegenstehender Regeln notwendig.⁹⁴⁶

Geschickt verknüpften die Delegierten den nicht zu leugnenden Trend in Richtung Big Science, den die MPG ja in einigen Bereichen bereits nachvollzogen hatte, mit dem auch von der Studentenbewegung vertretenen Postulat gesellschaftlicher Relevanz der Forschung, wobei sie nicht vergaßen, auf die »inzwischen fast vollständige Finanzierung [der MPG, J. B.] durch die öffentliche Hand« zu verweisen.

Die MPG-Spitze reagierte pikiert auf diesen Frontalangriff. »Es sei bedauerlich«, notiert das Protokoll die Stellungnahme Butenandts vor dem Senat, »daß die ›Thesen‹, soweit sie die gegenwärtigen Verhältnisse der Max-Planck-Gesellschaft darlegen, der Wirklichkeit nicht besser Rechnung tragen.«⁹⁴⁷ Zudem monierte der MPG-Präsident, dass der Delegiertentag »in der Presse ein Echo gefunden habe, das die wirkliche Bedeutung dieser Tagung weit übersteige«.⁹⁴⁸ Diese Kombination aus patriarchalischer Abkanzlung und Medienschelte war allerdings nicht

945 Die »Arnoldshainer Thesen« sind abgedruckt bei Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 172–174, Zitat: 172. — Siehe auch Claus Grossner: »Der Rest kommt aus der Industrie«. *Der Spiegel* 27 (1971), 112.

946 Zitiert nach Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 173.

947 Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 9.

948 Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 8.

geeignet, die Kritikerinnen und Kritiker zum Schweigen zu bringen. Denn die in Arnoldshain versammelten Delegierten hatten mit ihrer Erklärung den Finger in eine seit längerem schwellende Wunde gelegt: Der Beitrag zur Finanzierung der MPG und die Vertretung in ihren Leitungsgremien waren zwischen Staat und Privatwirtschaft reziprok proportional verteilt. Während die öffentliche Hand den Löwenanteil des Haushalts finanzierte, stellte sie nur fünf Senatoren – zwei Senatsplätze besetzte der Bund, drei die Länder –, und war im Verwaltungsrat gar nicht vertreten. Die Wirtschaft hingegen, die spätestens nach dem Einstieg des Bundes in die Grundfinanzierung der MPG prozentual nur noch marginal zu deren Finanzierung beitrug,⁹⁴⁹ stellte stets eine beachtliche Zahl der Senatoren und rund die Hälfte der Verwaltungsratsmitglieder. Dieses Missverhältnis hatte historische Ursachen. Eine enge Verbindung zu Wirtschaft und Industrie, die sich auch in der Besetzung der Leitungsgremien niederschlug, steckte der KWG gewissermaßen in den Genen, und die MPG als deren Nachfolgerin führte diese Tradition über den Umbruch des Jahres 1945 hinweg fort.⁹⁵⁰ In der Phase des wirtschaftlichen (und wissenschaftlichen) Wiederaufbaus in den 1950er Jahren mochte es noch ohne größeren öffentlichen Widerspruch angehen, dass Sitze im MPG-Senat regelrechte Erbhöfe deutscher Großunternehmen waren. Das galt etwa für Bayer, BASF und Hoechst, die Nachfolgeunternehmen der von den Alliierten 1945 zerschlagenen *IG Farbenindustrie AG*, aber auch für den Siemens-Konzern. Ein Senatsprotokoll aus dem Jahr 1959 zeigt am letztgenannten Beispiel, wie die Mitgliedschaft in diesem Gremium in der Familie bzw. innerhalb des Unternehmens weitergegeben wurde. Darin liest man:

Herr [Hermann] v. Siemens hat darum gebeten, nicht wiedergewählt zu werden, und vorgeschlagen, auf seinen Platz Herrn Dr. Hans Kerschbaum, Vorsitzter [sic!] des Vorstandes der Siemens & Halske A. G., in den Senat zu wählen, wofür sich auch der Chef des Hauses Siemens, Herr Ernst v. Siemens, ausgesprochen habe. Der Verwaltungsrat empfiehlt also dem Senat, die Zuwahl des Herrn Dr. Kerschbaum der Hauptversammlung vorzuschlagen. In der Aussprache bestätigt Herr v. Siemens ausdrücklich diesen seinen Wunsch.⁹⁵¹

Von einer »Wahl« kann in diesem Zusammenhang jedoch kaum gesprochen werden, der »Wunsch« des »Hauses Siemens« war der MPG schon eher ein Befehl und die Wahl Kerschbaums in der Hauptversammlung folglich reine Formsache.⁹⁵² Übrigens repräsentierte Kerschbaum die Firma (bzw. das »Haus«) Siemens nicht allein im höchsten Beschlussgremium der MPG. Bereits im Juni 1959 hatte der Senat auf Vorschlag des Verwaltungsrats Ferdinand

949 Siehe dazu Kapitel 2.2.2.

950 Siehe dazu Balcar, *Ursprünge*, 2019, 117–128.

951 Niederschrift der 34. Sitzung des Senats vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 175. — Seinerzeit schied Hermann von Siemens aus dem Senat der MPG aus. Seine Nachfolge als »Chef des Hauses Siemens« trat Ernst von Siemens an. Siehe Sabine Dittler: Siemens, Ernst Albrecht von. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 24. Berlin: Duncker & Humblot 2010, 379–380.

952 Niederschrift der 36. Sitzung des Senats vom 18. 5. 1960 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP, fol. 144–145.

Trendelenburg kooptiert, den Leiter des Forschungslaboratoriums der *Siemens-Schuckertwerke* AG in Erlangen.⁹⁵³

Doch, wie bereits angedeutet, erschien die Vertretung großer Industriefirmen oder Banken in Senat und Verwaltungsrat der MPG lange Zeit nicht anstößig. Das änderte sich ab Mitte der 1960er Jahre. In einer Phase des gesellschaftlichen Wandels, in der marxistisch motivierte Kapitalismuskritik nicht nur in linksextremen Zirkeln zirkulierte, wurde das Übergewicht von Wirtschaft, Industrie und Hochfinanz in den Leitungsgremien der MPG zum Skandalon. Der *Spiegel* musste in dem bereits zitierten Artikel über die Hauptversammlung der MPG 1971 kaum mehr tun, als die Mitglieder des Verwaltungsrats nebst ihren Funktionen zu nennen, um sich der Empörung seiner Leserschaft sicher zu sein. Drei Wissenschaftlern »aus der Honoratioren-Equipe« – gemeint waren mit dieser pejorativen und zudem sachlich unzutreffenden Formulierung Butenandt, Heisenberg und Zweigert – standen vier Wirtschaftskapitäne gegenüber: Schatzmeister Klaus Dohrn, »Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft«, sowie »Professor Carl Wurster, Aufsichtsratsvorsitzender der Badischen Anilin- & Sodafabrik (BASF), Horst K. Jannott, Vorstandsvorsitzender der Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft und der Textilindustrielle Erich Selbach, Vorstandsmitglied der Krefelder Grimes-Werke«. Und man vergaß an dieser Stelle auch nicht zu erwähnen, dass »[a]uch der verstorbene Bundesbank-Präsident a. D. Karl Blessing [...] dem Verwaltungsrat« angehört hatte.⁹⁵⁴ Die Analyse war zwar maliziös formuliert, aber in der Sache nicht ganz unzutreffend, denn wie wir bereits gesehen haben, verschoben sich in der Ära Butenandt in der Tat die Gewichte zwischen den Leitungsgremien der MPG. Der Verwaltungsrat mauserte sich von einem Entscheidungen vorbereitenden zu einem Entscheidungen de facto treffenden Gremium.⁹⁵⁵ Und in dieser operativen Schaltzentrale der MPG besaß die Wirtschaft tatsächlich ein Übergewicht gegenüber der Wissenschaft, während die Politik – immerhin der Hauptgeldgeber – überhaupt nicht vertreten war.

Ein ähnliches Ungleichgewicht herrschte auch im Senat der MPG, über dessen Zusammensetzung eine Momentaufnahme Aufschluss gibt, die im Vorfeld der 1972 anstehenden personellen Erneuerung dieses Gremiums gemacht wurde.⁹⁵⁶ Es bestand erstens aus Vertretern der Wissenschaft, darunter vor allem die Leitfiguren aus der Direktorenriege der Max-Planck-Institute. Dazu zählten – neben Präsident Adolf Butenandt – Helmut Coing, der Direktor des *Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte* und Vorsitzender der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats, Walter Dieminger, der Direktor des *Max-Planck-Instituts für Aeronomie*, Werner Heisenberg, Direktor emeritus des *Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik*, Vizepräsident und Mitglied des Verwaltungsrats der MPG, Reimar Lüst, Direktor des Instituts für extraterrestrische Physik am *Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik* und zugleich Vor-

953 Niederschrift der 33. Sitzung des Senats vom 3. 6. 1959 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 191.

954 Ein Hochamt, 1971, 110–114, Zitate: 110–111.

955 Siehe dazu Kapitel 4.1. und 4.2.

956 Siehe im Folgenden die Aufstellung »Senat der MPG«, undatiert (1971), AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 92.VP.

sitzender des *Wissenschaftsrats*, Feodor Lynen, Direktor des *Max-Planck-Instituts für Zellchemie*, Konrad Zweigert, Direktor des *Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht*, Vizepräsident und Mitglied des Verwaltungsrats der MPG, Carl Friedrich von Weizsäcker, der Direktor des *Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt*, Albert Weller, Mitglied des Kollegiums des *Max-Planck-Instituts für biophysikalische Chemie* und Vorsitzender der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion sowie Otto Westphal, Mitglied des Kollegiums des *Max-Planck-Instituts für Immunbiologie* und Vorsitzender der Biologisch-Medizinischen Sektion. Hinzu kam Generalsekretär Friedrich Schneider und, als weiterer Vertreter der Wissenschaft, der Direktor des Anatomischen Instituts der Universität Kiel Wolfgang Bargmann.⁹⁵⁷ Den Wissenschaftsvertretern standen, zweitens, eine beeindruckende Riege erstrangiger Wirtschaftsvertreter gegenüber. Dazu gehörten Otto Bayer, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der *Farbenfabriken Bayer AG* und zugleich Honorarprofessor an der Universität Köln,⁹⁵⁸ Kurt Birrenbach (CDU), Mitglied des Bundestags und Aufsichtsratsvorsitzender der *August-Thyssen-Hütte AG*, zugleich Vorsitzender des Kuratoriums der *Fritz-Thyssen-Stiftung*,⁹⁵⁹ Klaus Dohrn, der Inhaber der *Berliner Handels-Gesellschaft* sowie Schatzmeister und Mitglied des Verwaltungsrats der MPG, Felix Herriger (1908–2009) der bei der *AEG Telefunken* den Geschäftsbereich Bauelemente leitete, Horst K. Jannott,⁹⁶⁰ der Vorstandsvorsitzende der *Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft* und Mitglied des Verwaltungsrats der MPG, der bereits erwähnte Hans Kerschbaum, Mitglied des Siemens-Aufsichtsrats, Hans L. Merkle, der Vorsitzende der Geschäftsführung der *Robert Bosch GmbH* und Mitglied des *Wissenschaftsrats*,⁹⁶¹ Willy Ochel, Vorstandsvorsitzender der *Hoesch Werke AG*,⁹⁶² Gerhard Raspé (1928–1974), Mitglied des Vorstandes der *Schering AG* und Mitglied des *Wissenschaftsrats*, der Papierfabrikant Klaus H. Scheufelen,⁹⁶³ Erich Selbach, der Präsident der *Industrie- und Handelskammer Krefeld*, Otto Wolff von Amerongen, Präsident des *Deutschen Industrie- und Handelstags*,⁹⁶⁴ Carl Wurster, MPG-Vizepräsident, enger Berater Butenandts und immer noch die graue Eminenz bei BASF, sowie

-
- 957 Zur Person siehe Kurt Fleischhauer: In memoriam Wolfgang Bargmann. *Anatomischer Anzeiger* 146 (1979), 209–234.
- 958 Eine Kurzbiographie des Chemikers und Chemiemangers findet sich unter Bayer: Biografien. Otto Bayer, 30. I. 2018. <https://www.bayer.de/de/otto-bayer.aspx>. Zuletzt aufgerufen am 7. 9. 2020.
- 959 Hans-Peter Ernst Hinrichsen: *Der Ratgeber. Kurt Birrenbach und die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung 2002.
- 960 Zur Person siehe Jannott, Horst K. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 18. Ravensburg 1993. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000017685>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- 961 Zur Person siehe Merkle, Hans L. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 40. Ravensburg 2013. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000014260>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- 962 Barbara Gerstein: Ochel, Willy. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 19. Berlin: Duncker & Humblot 1999, 410.
- 963 Siehe Peter Crämer: Klaus Heinrich Scheufelen. Raketenpionier, Unternehmer, Politiker. *Konrad-Adenauer-Stiftung*, 2020. <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/klaus-heinrich-scheufelen>. Zuletzt aufgerufen am 26. 6. 2020.
- 964 Siehe Peter Danylow und Ulrich S. Soénius (Hg.): *Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik*. München: Siedler Verlag 2005. — Karsten Rudolph: *Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945–1991*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2004.

Joachim Zahn, der Vorstandsvorsitzende der *Daimler-Benz AG*.⁹⁶⁵ Zur Wirtschaftsfraktion des Senats hinzuzurechnen sind zudem noch Ernst Hellmut Vits, Vorstandsvorsitzender der *Glanzstoff AG*, Vizepräsident der DFG, Vorstandsvorsitzender des *Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft e. V.*, der kurz zuvor verstorben war,⁹⁶⁶ sowie die beiden Großbanker Werner Premauer (1912–1996), Vorstandsmitglied der *Bayerischen Vereinsbank*, und der ebenfalls kurz zuvor verstorbene Karl Blessing, der vormalige Präsident der Bundesbank und Mitglied des Verwaltungsrats der MPG.⁹⁶⁷ Dieser beeindruckenden Phalanx von Wirtschaftsvertretern stand mit Heinz Markmann, dem Geschäftsführer und Wissenschaftlichen Leiter des *Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften GmbH*, ein einziger Vertreter der organisierten Arbeitnehmerinteressen gegenüber. Hinzu kam der Medienmogul Klaus von Bismarck, seines Zeichens Intendant des *Westdeutschen Rundfunks*,⁹⁶⁸ sowie – als dritte Gruppe – die Vertreter der Bundes- und Landespolitik sowie der Gemeinden: Horst Ehmke (SPD), Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes,⁹⁶⁹ Hans Georg Emde (1919–2013, FDP), Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Hildegard Hamm-Brücher (FDP), Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft,⁹⁷⁰ Hans Maier (CSU), Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus,⁹⁷¹ der parteilose Hans Reschke, Oberbürgermeister von Mannheim,⁹⁷² Philip Rosenthal (SPD), Mitglied des Bundestags und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen,⁹⁷³ Werner

965 Zur Person siehe Zahn, Joachim. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 49. Ravensburg 2013. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000011344>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

966 Siehe Theodor Langenbruch: Ernst Hellmut Vits. In: Heinz Born (Hg.): *Wuppertaler Biographien*. Wuppertal: Bergischer Geschichtsverein 1970, 90–118.

967 »Auffällig ist«, urteilt Martina Röbbecke mit Blick auf die Zusammensetzung des MPG-Senats im Jahr 1994, »dass alle Firmen jenen Wirtschaftszweigen zuzuordnen sind, auf die zusammen auf 93 Prozent der Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung entfallen: den Zweigen Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik und dem Wirtschaftszweig Chemische Industrie und Mineralöl.« Röbbecke, *Mitbestimmung*, 1997, 114.

968 Zur Person siehe Bismarck, Klaus von. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 32. Ravensburg 1997. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/0000006337>. Zuletzt aufgerufen am 2. 12. 2019.

969 Zur Person siehe Benjamin Seifert: *Träume vom modernen Deutschland. Horst Ehmke, Reimut Jochimsen und die Planung des Politischen in der ersten Regierung Willy Brandts*. Stuttgart: Ibidem-Verlag 2010. — Winfried Süß: »Wer aber denkt für das Ganze?« Aufstieg und Fall der ressortübergreifenden Planung im Bundeskanzleramt. In: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Tepe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn: Schöningh 2003, 349–377.

970 Eine Biographie von Hildegard Hamm-Brücher steht noch aus. Siehe einstweilen Jacob S. Eder: Liberale Flügelkämpfe. Hildegard Hamm-Brücher im Diskurs über den Liberalismus in der frühen Bundesrepublik. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 64/2 (2016), 291–325.

971 Zur Person siehe Heinrich Oberreuter: Verantwortung in Gesellschaft, Staat und Kirche: Hans Maier. In: Hans-Rüdiger Schwab (Hg.): *Eigensinn und Bindung. Katholische deutsche Intellektuelle im 20. Jahrhundert. 39 Porträts*. Kevelaer: Butzon & Bercker 2009, 617–632. — Theo Stammen et al. (Hg.): *Politik, Bildung, Religion. Hans Maier zum 65. Geburtstag*. Paderborn: Schöningh 1996.

972 Siehe Gabriele Mark: »Mein Weg bleibt Mannheim«. *Hans Reschke. Ein Oberbürgermeister zwischen Wiederaufbau, Neubeginn und Zukunftsgestaltung*. Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag 2011.

973 Rosenthal war indes nicht Amtssenator, sondern Wahlssenator. Zur Person siehe Joachim Hauschild: *Philip Rosenthal*. Berlin: Ullstein 1999. — Wilhelm Siemen: Rosenthal, Philip. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 22. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 80–81.

Stein (SPD),⁹⁷⁴ Senator für Wissenschaft und Kunst des Landes Berlin und Hans Wertz (1922–2012, SPD), Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Als Ehrensensoren komplettierten das Gremium Hans Dölle, emeritierter Direktor des *Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht*, Heinrich Kost, ein Urgestein des Ruhrbergbaus,⁹⁷⁵ Hermann Pünder und Carlo Schmid, die sich in der Gründungsphase enorme Verdienste um die MPG erworben hatten,⁹⁷⁶ der ebenfalls bereits emeritierte Karl Ziegler aus dem *Max-Planck-Institut für Kohlenforschung* und der unvermeidliche Ernst Telschow, der ehemalige Generalsekretär von KWG und MPG.

Diese Aufstellung, die sich streckenweise wie ein Who is Who der deutschen Wirtschaft liest, verdeutlicht zweierlei: das Übergewicht der Vertreter der Wirtschaft vor der Politik und den Honoratiorencharakter der MPG-Sensoren.⁹⁷⁷ Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass die Aufnahme in diesen elitären Club einer Art Ritterschlag glich, weshalb die MPG bei ihren Anfragen trotz überquellender Terminkalender der Angefragten so gut wie keine Absagen erhielt. Vom persönlichen Renommee und der damit verbundenen Durchsetzungsfähigkeit ihrer Sensoren profitierte indes in erster Linie die MPG als Organisation. Wer in dieses höchste Entscheidungsgremium kooptiert wurde, verfügte in Bonn, an Rhein und Ruhr oder auch in Süddeutschland über einiges Gewicht, das er bereitwillig für die MPG in die Waagschale warf – und genau darauf kam es der MPG-Spitze an. Das verdeutlicht das Beispiel des Schatzmeisters Klaus Dohrn. Ihn hatte im Mai 1958 kein geringerer als Bundespräsident Theodor Heuss für den Posten des Schatzmeisters empfohlen, und der in Wirtschaftskreisen bestens vernetzte Carl Wurster sekundierte gegenüber Präsident Hahn begeistert, Dohrn sei »im wahrsten Sinne des Wortes ein gebildeter Mensch« und obendrein »ein Meister seines Berufs«, der »wohl als Bankmann zur Zeit eine der bedeutendsten Stellungen in Westdeutschland« innehat.⁹⁷⁸ Ein solcher Mann entsprach genau dem Profil eines MPG-Sensors oder Verwaltungsratsmitglieds, denn er verfügte offenbar über ein kulturelles Kapital, das er zugunsten der MPG produktiv machen konnte. Selbst Konrad Zweigert, der im Kreis der MPG-Führung immer wieder vergeblich für mehr Reformen eingetreten war, rechtfertigte die Zusammensetzung des MPG-Senats gegenüber den kritischen Nachfragen des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie im Januar 1975 damit, dass dieses Gremium eine »besondere Kategorie von Experten mit hoher

974 Zu Stein siehe Werner Breunig und Andreas Herbst: *Biographisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten 1946–1963*. Berlin: Landesarchiv Berlin 2011, 253–254.

975 Siehe Evelyn Kroker: Kost, Heinrich. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 12. Berlin: Duncker & Humblot 1980, 620. — Evelyn Kroker: Heinrich Kost: Rationalisierung und Sozialbeziehungen im Bergbau. In: Paul Erker und Toni Pierenkemper (Hg.): *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau: Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*. München: Oldenbourg 1999, 291–316.

976 Siehe Balcar, *Ursprünge*, 2019, 123–124 und 137.

977 Zum Übergewicht der Wirtschaft über die Politik im Senat der MPG siehe ausführlich Volker Jentsch, Helmut Kopka und Arndt Wülfing: Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 17/5 (1972), 476–503. — Allerdings fiel es den Verfassern schwer, die konkreten Einflussnahme der Wirtschaft auf wissenschaftspolitische Entscheidungen der MPG nachzuweisen, was sie auf die »Geheimhaltung der wesentlichen Entscheidungsprozesse« innerhalb der MPG zurückführten. Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 113.

978 Carl Wurster an Otto Hahn vom 10. 6. 1958, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 31.SP, fol. 137.

Urteilstkraft« vereine, die gerade »nicht in ihrer Eigenschaft als Profitmacher, wie sie von links bezeichnet werden, im Senat vertreten« seien.⁹⁷⁹ So gesehen, verkörperte der Senat eine mit Bedacht gewählte Mischung, die der MPG hinter den Kulissen der »Deutschland AG« viel Einfluss sicherte – was durchaus im Sinne der Forschung war, selbst wenn die Zusammensetzung die Finanzierungslasten nicht annähernd abbildete.

Dieses Ungleichgewicht öffnete jedoch ein Einfallstor für Kritik an der MPG, das nicht nur dem in den Delegiertenkonferenzen zusammenkommenden wissenschaftlichen Nachwuchs argumentatives Wasser auf die Mühlen bescherte, sondern auch von den Medien thematisiert wurde. Als einer der schärfsten Kritiker der MPG profilierte sich der umtriebige Publizist und Wissenschaftsjournalist Claus Grossner (1941–2010). In seiner Analyse der westdeutschen Forschungspolitik stellte er die These auf, dass »die Konzeption von der freien, unabhängigen Wissenschaft« nur Rhetorik sei, »die die wahren Verflechtungen verschleiert«.⁹⁸⁰ Um diese Behauptung zu untermauern und die Dominanz der Wirtschaftsinteressen in der MPG zu belegen, verwies Grossner zum einen auf das *MPI für Kohlenforschung* und das *MPI für Eisenforschung* – zwei Institute, die die MPG aus der Konkursmasse der KWG übernommen hatte und die beide traditionell sehr industrienah agierten. Zum anderen führte er die erst 1970 gegründete Technologietransfer-Gesellschaft *Garching Instrumente GmbH* an, die zeige, »wie stark die Affinität der Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft zur Industrie in den letzten Jahren geworden« sei.⁹⁸¹ Dabei stand Grossners Beweisführung, bei Lichte betrachtet, auf etwas tönernen Füßen. Die Institute für Kohlen- und für Eisenforschung gehörten zwar der MPG an, waren jedoch alles andere als typische Max-Planck-Institute. Und die Aktivitäten der *Garching Instrumente GmbH*, die Grossner so ausführlich ausgebreitet hatte, standen zum damaligen Zeitpunkt noch weitgehend nur auf dem Papier; zudem war die Initiative zur Gründung dieser Agentur des Technologietransfers keineswegs von der Industrie ausgegangen, sondern aus dem IPP gekommen.⁹⁸²

Damit zurück zu den Delegiertenversammlungen. Zwar waren die »Arnoldshainer Thesen« in aller Munde, doch beeinflussten sie den Reformprozess innerhalb der MPG kaum, weil die darin formulierten Forderungen zu weit gingen, um für die MPG-Spitze und das Gros der wissenschaftlichen Mitglieder auch nur als Verhandlungsgrundlage zu dienen. Die Delegierten konzentrierten sich, so urteilt Juliane Scholz, »auf eine enggeführte Mitbestimmungsidee nach dem Vorbild der *industrial democracy*« und ließen dabei »die Charakteristika wissenschaftlicher Forschung außer Acht«, was »auf Ablehnung vieler Direktoren« stieß, weil beides »ihrer Überzeugung nach nicht mit der Autonomie und den Prinzipien der selbständigen Wissensproduktion vereinbar war«.⁹⁸³ Der Text, das gaben einige Mitarbeiter der MPG auf einer Pressekonfe-

979 Zitiert nach Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 148.

980 Zitiert nach Ein Hochamt, 1971, 110–114, Zitat: 114. — Siehe auch Grossner, *Aufstand der Forscher*, 18.6.1971, 4.

981 Grossner, *Der Rest*, 1971, 112.

982 Siehe dazu ausführlich Balcar, *Instrumentenbau*, 2018, 23–29.

983 Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 137.

renz freimütig zu, war »bewußt provokativ formuliert, um die Aufmerksamkeit sowohl in der Max-Planck-Gesellschaft als auch in der Öffentlichkeit zu erregen«. ⁹⁸⁴ Dieses Ziel erreicht man zwar, doch erwies der Verbalradikalismus der in zeittypischer, marxistisch geprägter Diktion verfassten »Arnoldshainer Thesen« den durchaus berechtigten Interessen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in diesem Fall einen Bärendienst. Denn er bewirkte in den Max-Planck-Instituten, wie zuvor bereits die Forderung nach dem Rücktritt Butenandts, eher einen Solidarisierungseffekt mit der MPG-Spitze und eine Distanzierung von der Delegiertenkonferenz, wie eine Reihe von Direktoren schon wenig später dem Senat zu berichten wussten. ⁹⁸⁵ Dies deutet zumindest an, dass sich nur eine Minderheit der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Forderung nach einem radikalen Umbruch der Strukturen der MPG zu eigen machte, während die Mehrheit gemäßigte Ziele verfolgte oder es zumindest nicht auf einen offenen Konflikt mit den Direktoren – von denen die eigene wissenschaftliche Karriere ja in vielen Fällen nicht unmaßgeblich abhing – ankommen lassen wollte. ⁹⁸⁶

Der zweite Faktor, der die Mitbestimmungsfrage in den Vordergrund treten ließ, kam von außen, namentlich aus Bonn. Hier fand im Herbst 1969 infolge einer Bundestagswahl erstmals ein »Machtwechsel« (Arnulf Baring) statt: SPD und FDP bildeten eine Koalition und verbannten damit die Union, die seit 1949 den Bundeskanzler gestellt hatte, in die Opposition. ⁹⁸⁷ Die sozial-liberale Koalition trat als eine Regierung der inneren Reformen an: Sie wollte verkrustete Strukturen aufbrechen, die in den vorangegangenen Jahrzehnten entstanden waren, um die Rechtsnormen wieder mit den gewandelten Verhaltensweisen einer Gesellschaft im Modernisierungsschub in Einklang zu bringen. Wissenschafts- und Bildungspolitik wies Brandt »eine ›Schlüsselstellung an der Spitze der Reformen‹ zu«, ⁹⁸⁸ weshalb die von ihm geführte Regierung auch vor einer der heiligsten Kühe im deutschen Bildungswesen nicht haltmachen wollte: vor den altherwürdigen Traditionen der deutschen Hochschulen. Butenandt hatte mit einer

984 Dies berichtete Generalsekretär Schneider dem Senat. Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 9. — Als reine Provokation muss vor allem die 14. und letzte These angesehen werden. Sie lautete: »In Anbetracht ihrer Finanzierung aus Mitteln der öffentlichen Hand (über 90 Prozent) fordern wir die Max-Planck-Gesellschaft auf, die Kandidaten für die Präsidentschaft in einer öffentlichen Sitzung vorzustellen und deren Qualifikation für dieses Amt zur Diskussion zu stellen.« Zitiert nach Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 174.

985 Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 7–28. — Siehe dazu auch Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 134–135.

986 Den »Eindruck, daß die Gemäßigten in der Mehrzahl waren«, hatte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rats bereits in Arnoldshain gewonnen. Otto Westphal an Edmund Marsch vom 5. 6. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 480, fol. 192. — Abgedruckt bei Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 136. — Dieser Umstand erklärt wohl auch, warum der heftige Protest in den Max-Planck-Instituten nach 1972 rasch wieder abflaute.

987 Siehe dazu ausführlich Baring, *Machtwechsel*, 1982.

988 Winfried Süß: Einführung. Willy Brandts Regierungserklärung vom 28. 10. 1969. *100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert*, 2011. https://www.100dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0021_bra&. Zuletzt aufgerufen am 10. 7. 2020. — Zum Reformprogramm der sozialliberalen Koalition siehe Manfred G. Schmidt: Die »Politik der inneren Reformen« in der Bundesrepublik Deutschland seit 1969–1976. *Politische Vierteljahresschrift* 19/2 (1978), 201–253.

solchen Entwicklung bereits im Frühjahr 1969 gerechnet – oder sie doch zumindest für möglich erachtet –, als er vor den Senatoren ausführte, man müsse davon ausgehen »daß in den nächsten Monaten, und zwar unter dem Aspekt der Wahlen, die im Herbst stattfinden, Entscheidungen im politischen Raum getroffen werden, Entscheidungen, die gewiß zunächst nur für den Universitätsbereich Gültigkeit haben, die sich aber mit Sicherheit in Kürze dann auch auf die Verhältnisse unserer Gesellschaft auswirken werden.«⁹⁸⁹ Genauso kam es denn auch – sogar noch schneller und heftiger, als der MPG-Präsident es sich hätte ausmalen können.

Der neue Kanzler verlor keine Zeit. In seiner berühmten Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 führte Willy Brandt aus, sein Kabinett wolle »mehr Demokratie wagen«. Ihm und seiner Regierungsmannschaft ging es um eine Demokratisierung praktisch aller Lebensbereiche, vom Privaten (Ehe und Familie) über das Berufsleben (Reform und Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung) bis in die Öffentlichkeit (politische Partizipation durch Herabsetzung des Wahlalters). Kaum verklausuliert forderte der Bundeskanzler auch eine Demokratisierung von Universitäten und Wissenschaft in Westdeutschland, womit er einer der zentralen Forderungen der Studentenbewegung entgegenkam. »Für Hochschulen und staatliche Forschungseinrichtungen«, so Brandt, »müssen wirksame Vorschläge für die Überwindung überalterter hierarchischer Formen vorgelegt werden.«⁹⁹⁰ Damit ließ er es indes nicht bewenden. »Grundlegende Reformen in Bildung und Forschung sind zugleich Bedingung für die zukünftige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.«⁹⁹¹ Brandt stellte sich mit diesen Worten in die Tradition der Vorgängerregierungen, die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit stets als Voraussetzung wirtschaftlicher Prosperität bezeichnet hatten. Darüber hinaus verknüpfte er diesen Nexus mit dem Reformimperativ, den sich sein Kabinett auf die Fahnen geschrieben hatte. Damit avancierten Reformen in den Bereichen Bildung und Wissenschaft zu einer wirtschaftlichen Überlebensfrage der Bundesrepublik – und der Regierungschef signalisierte, dass er auch diesen Stier bei den Hörnern zu packen gedachte.

Butenandt verstand Brandts Regierungserklärung als Kampfansage an die Adresse der MPG, weshalb er sich vor ihren Senatoren intensiv mit ihr beschäftigte und sich dabei regelrecht an ihr abarbeitete: »Die Überwindung überalterter hierarchischer Formen stellt ein Programm dar, dem man ohne Bedenken nur zustimmen wird, wenn Klarheit darüber besteht, unter welchen Umständen welche Formen als ›hierarchisch‹ zu bezeichnen sind und wann sie das Urteil ›überaltert‹ verdienen.«⁹⁹² Das Prinzip, auf dem die Kaiser-Wilhelm-Institute gegründet worden seien und das auch heute noch in den Max-Planck-Instituten gelte – nämlich herausragenden Gelehrten die nötigen Ressourcen für ihre Forschung zur Verfügung zu stellen, die für den

989 Niederschrift der 62. Sitzung des Senats vom 7. 3. 1969 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 62.SP, fol. 11.

990 Der Text findet sich bei Süß, Willy Brandts Regierungserklärung, 2011. — Zitiert nach Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 11.

991 Zitiert nach Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 11.

992 Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 11.

Umgang mit diesen Ressourcen die alleinige Verantwortung trügen – könne man »als ›hierarchisch‹ bezeichnen«, doch sei es mitnichten »überaltert«. Zwar müssten alle an einem Institut beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Entscheidungen, die Vorbereitung und Durchführung von konkreten Forschungsprogrammen betreffen, einbezogen werden, doch müsse »*einer*, nämlich der Leiter des Instituts, die letzte Entscheidung« treffen, für die er schließlich auch allein verantwortlich sei.⁹⁹³ Butenandt betonte,

daß wir die Verantwortung für die richtige Verwendung der Mittel, die uns von der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, nur dann weiter tragen können, wenn wir an dem Prinzip der vollen Verantwortlichkeit unserer Institutsdirektoren wie bisher festhalten. Auf der anderen Seite müssen wir nach Wegen suchen, die sicherstellen, daß ein Mißbrauch dieser Verantwortlichkeit in dem Sinne, in dem die in ihrer Bedeutung verfälschte Bezeichnung ›hierarchisch‹ in der öffentlichen Diskussion gemeint ist, ausgeschlossen wird.⁹⁹⁴

Was die von der Bundesregierung angekündigten Reformen im Bereich der Wissenschaft betraf, forderte Butenandt, »daß diese Neuregelungen nicht so beschaffen sind, daß sie in ungünstigem Sinne Vorentscheidungen darstellen, die auch in unserem Bereich zu Lösungen zwingen könnten, die der Sache nicht dienen«. ⁹⁹⁵ In der anschließenden Diskussion fiel dem eben erst vereidigten Wissenschaftsminister, dem parteilosen Hans Leussink, die Aufgabe zu, Brandts Regierungserklärung zu interpretieren. Dieser betonte, »die Formulierung ›überalterte hierarchische Formen‹ sei sorgfältig überlegt worden«. Ganz offensichtlich wollte Leussink die Befürchtungen der Wissenschaftler vor allzu weitreichenden Eingriffen seitens der Politik zerstreuen. Zwar müsse man »von ›überalterten hierarchischen Formen‹ [...] auch da sprechen, wo zwar einem Gremium die volle Verantwortung übertragen sei, dieses jedoch nach außen nicht wirksam in Erscheinung trete«. Zugleich jedoch schränkte Leussink ein, »daß von diesem Programmpunkt die Forschungseinrichtungen außerhalb des staatlichen Bereiches nicht berührt würden, denn die Regierung könne und werde insoweit nur an den Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen ihren Einfluß geltend machen«. ⁹⁹⁶ Diese Zusicherung stimmte Butenandt offenbar versöhnlicher: Unter Verweis auf die laufende Arbeit der Strukturkommission kündigte er vorsichtige Reformen auf der Institutsebene an: »Grundsätzliche Bestimmungen, z. B. gemeinsame Beratung aller Institutsvorhaben, sollten, um Protesten vorzubeugen, in den Satzungen verankert werden.« ⁹⁹⁷ Dabei ging es ihm, auch das machten seine Worte klar, nicht etwa darum, in der MPG »mehr Demokratie [zu] wagen«. Der vorrangige Zweck der Ein-

993 Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 12. Hervorhebung im Original.

994 Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 12.

995 Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 13.

996 Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 17.

997 Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 19.

führung von Elementen der Mitbestimmung in den Max-Planck-Instituten bestand für ihn darin, ein Übergreifen der Proteste von den Universitäten auf die MPG zu verhindern.

Der dritte Faktor, der die Mitbestimmungsfrage ins Zentrum der Reformdebatten rücken ließ, stellte die Gründung des Gesamtbetriebsrats der MPG im Jahr 1970 dar. Zwar war dieser Akteur in der MPG nicht gänzlich unbekannt. Wie Juliane Scholz nachgewiesen hat, existierte in der Gründungsphase der MPG in Göttingen bereits ein Gesamtbetriebsrat, der unter Anleitung der Briten zunächst eine rege Tätigkeit entfaltet hatte. Im Lauf der 1950er Jahre jedoch erlahmte dessen Aktivität, ehe dieser Gesamtbetriebsrat – unter tätiger Mitwirkung der von Ernst Telschow geführten Generalverwaltung, die einer Vertretung der Belegschaft immer schon skeptisch gegenübergestanden hatte – gleichsam in eine Art Dämmerzustand verfiel.⁹⁹⁸ Zwar gab es weiterhin Betriebsräte in einzelnen Max-Planck-Instituten, die die Interessen der dortigen Belegschaft gegenüber der Institutsleitung vertraten, doch existierte keine Arbeitnehmervertretung in der MPG als Gesamtorganisation mehr. Bestrebungen, dies zu ändern, setzten in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ein. Ende 1968 teilte Edmund Marsch dem Verwaltungsrat mit,

daß ein erster Versuch, einen Gesamtbetriebsrat der Max-Planck-Gesellschaft zu gründen, in den vergangenen Wochen daran gescheitert sei, daß noch nicht 75 % der Max-Planck-Institute einen Betriebsrat haben. Es sei jedoch eine Kommission gebildet worden, deren Aufgabe die Gründung weiterer Betriebsräte sei. Mit der Konstituierung eines Gesamtbetriebsrates sei mit Sicherheit zu rechnen.⁹⁹⁹

Noch Anfang 1970 berichtete der Jurist aus der Generalverwaltung, »daß die Bildung eines Gesamtbetriebsrates mangels Interesses bisher gescheitert sei.«¹⁰⁰⁰ Hier sollte sich Marsch allerdings täuschen, denn in einer Reihe von Max-Planck-Instituten liefen hinter den Kulissen längst entsprechende Vorbereitungen.¹⁰⁰¹ Die treibende Kraft waren die Betriebsräte einzelner Institute. Auf ihre Initiative hin fand am 28. Oktober 1970 die konstituierende Sitzung des Gesamtbetriebsrats der MPG im *MPI für experimentelle Medizin* in Göttingen statt. Als erste Amtshandlung wählten die Anwesenden einen Vorstand, den Gesamtbetriebsausschuss. Seine personelle Besetzung spiegelte die Schwerpunkte der damaligen Betriebsratsarbeit in der MPG wider. Die Wahl des Vorsitzenden fiel auf Günter Hettenhausen vom *MPI für Strömungsforschung*, als sein Stellvertreter fungierte Helmut Kopka vom *MPI für Aeronomie* und zu Beisitzern wurden Alexandra Anissimoff (mathematisch-technische Assistentin am *Otto-Hahn-Institut*), Ludwig Spuhler und Heinz Fendl (beide technische Angestellte am *Institut für Plasmaphysik*),

998 Siehe dazu ausführlich Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 25–78.

999 Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 29. 11. 1968, TOP Verschiedenes: Regelung der freien Tage vor den Feiertagen, in: AMPG, II. Abt., Rep. 61, 80.VP, Mappe 1.

1000 Niederschrift der 85. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt. Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 108.

1001 Zur Vorgeschichte der Gründung des Gesamtbetriebsrats siehe ausführlich Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 86–91.

Jan Peter Waehler (1934–2002, Osteuropareferent am *MPI für Privatrecht*), Helmut Andree (technischer Angestellter am *Fritz-Haber-Institut*), Ernst Piontek (*MPI für Arbeitsphysiologie*) sowie Hans-Martin Vieth (*MPI für Medizinische Forschung*) gewählt.¹⁰⁰² Die Zentren der Betriebsräte befanden sich, wie die Besetzung des Gesamtbetriebsausschusses zeigt, in den vergleichsweise großen Forschungsstätten wie dem *Fritz-Haber-Institut*, die über größere Werkstätten verfügten, in der in größerer Zahl gewerkschaftsaffine Arbeiter und Arbeiterinnen tätig waren. Kein Wunder, dass dem Gesamtbetriebsausschuss gleich zwei technische Angestellte aus dem IPP angehörten, das neben einer beachtlichen Zahl an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine große Anzahl von Technikern beschäftigte. Aus der Reihe fällt nur das Hamburger *MPI für Privatrecht*, in dem allerdings mit dem Sozialdemokraten Konrad Zweigert ein Direktor amtierte, der für die Betriebsratsarbeit ein besonders offenes Ohr gehabt haben dürfte.

Die Gründung des Gesamtbetriebsrats stellte einen »Meilenstein für die betriebliche Mitbestimmung« in der MPG dar, urteilt Juliane Scholz.¹⁰⁰³ Zwar reagierte die MPG-Spitze auch auf diese Initiative aus dem Kreis ihrer Belegschaft wenig begeistert, sie besaß jedoch keine rechtliche Handhabe, um das Unterfangen zu vereiteln. »Nach § 46 des Betriebsverfassungs-Gesetzes ist die Bildung eines Gesamtbetriebsrates zulässig, wenn ein rechtlich und organisatorisch einheitliches Unternehmen mehrere Betriebe umfaßt«, erläuterte eine Vorlage der Generalverwaltung für den Verwaltungsrat. »Diese Voraussetzungen sind bei der Max-Planck-Gesellschaft hinsichtlich ihrer Institute gegeben.«¹⁰⁰⁴ Der Betriebsratsvorsitzende Hettenhausen erklärte, der Gesamtbetriebsrat wolle mit der Generalverwaltung und der MPG-Spitze vertrauensvoll zusammenarbeiten und zeigte sich vor allem am Abschluss einer Betriebsvereinbarung nach Paragraph 47 Absatz 3 des Betriebsverfassungsgesetzes interessiert.¹⁰⁰⁵ Zähneknirschend begrüßte auch die Generalverwaltung »die Konstituierung des Gesamtbetriebsrats grundsätzlich«, da sie hoffte, »daß sich die Zusammenarbeit vertrauensvoll entwickelt. In diesem Fall würde sich für die Generalverwaltung eine weitere Möglichkeit ergeben, sich bei den von ihr zu treffender Entscheidungen den Instituten gegenüber verständlich zu machen.«¹⁰⁰⁶ Die erste

1002 Diese Angaben nach Günter Hettenhausen an Adolf Butenandt vom 29. 10. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 101. — Zur Zusammensetzung des Gesamtbetriebsausschusses siehe Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 85–86. — Zu Kopka siehe den Nachruf von Patrick W. Daly: Helmut Kopka, 1932–2009. *TUGboat* 30/1 (2009), 4–5. — Zu Vieth siehe Gerd Buntkowsky et al.: Biography of Prof. Dr. Hans-Martin Vieth. *Applied Magnetic Resonance* 44 (2013), 3–6. doi:10.1007/s00723-012-0412-z.

1003 Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 85.

1004 Materialien der 88. Sitzung des Verwaltungsrats vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 375.

1005 Günter Hettenhausen an Adolf Butenandt vom 29. 10. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 101–102. — Die Betriebsvereinbarung regelte laut Betriebsverfassungsgesetz Mitgliederzahl und Zusammensetzung des Gesamtbetriebsrats, aber auch den Umfang der Freistellung seiner Vorstandsmitglieder von der Arbeit. In letzterem Punkt gab sich die Generalverwaltung zurückhaltend: »Bei dem eng umgrenzten Aufgabenbereich, der einem Gesamtbetriebsrat gesetzt ist, wird [...] im wesentlichen nur eine Freistellung von Fall zu Fall in Betracht kommen können.« Materialien der 88. Sitzung des Verwaltungsrats vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 375–376.

1006 Materialien der 88. Sitzung des Verwaltungsrats vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 376.

Gesamtbetriebsvereinbarung, die die Einzelheiten der weiteren Zusammenarbeit regelte, schlossen Generalverwaltung und Gesamtbetriebsausschuss bereits im Frühjahr 1971.¹⁰⁰⁷

Parallel zur (Wieder-)Gründung des Gesamtbetriebsrats in der MPG »entdeckten« die westdeutschen Gewerkschaften, allen voran die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* (GEW), Universitäten und Forschungseinrichtungen als Tätigkeitsfeld. So beteiligte sich die GEW, gemeinsam mit der *Bundesassistentenkonferenz* und dem *Verband deutscher Studentenschaften*, an der Gründung des *Bundes demokratischer Wissenschaftler*, die im Juni 1972 in Marburg erfolgte.¹⁰⁰⁸ Mit von der Partei war damals auch Helmut Kopka vom *MPI für Aeronomie*, der an der Arbeitsgruppe V mitwirkte, die sich mit »Forschungspolitik und Forschungskontrolle« beschäftigte.¹⁰⁰⁹ Auch den Gewerkschaften ging es darum, die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten in Forschungsorganisationen deutlich zu verbessern. Dies wiederum trug kaum dazu bei, das Verhältnis zwischen Gesamtbetriebsrat und MPG-Leitung zu entkrampfen. Letztere scheint das Auftreten der Gewerkschaften als Einmischung von außen empfunden zu haben, jedenfalls reagierten Verwaltungsrat und Generalverwaltung pikiert. Mit Blick auf die vom Gesamtbetriebsrat der MPG ebenfalls geforderte Beteiligung der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Entscheidungen teilte Generalsekretär Schneider dem Verwaltungsrat mit, »daß im Institut für Plasmaphysik der Betriebsrat – wie zu vermuten sei, auf Veranlassung der Gewerkschaft ÖTV – neuerdings auf seine Vertretung in der Wissenschaftlichen Leitung hinwirke.«¹⁰¹⁰ Zu dieser Wahrnehmung mag ebenfalls beigetragen haben, dass nicht wenige Betriebsräte in der MPG kaum überraschend enge Kontakte zu den Gewerkschaften unterhielten. So war, um nur ein Beispiel zu nennen, Günter Hettenhausen nicht nur Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der MPG, sondern zugleich auch Vertrauensmann der ÖTV.¹⁰¹¹ Die Aufnahme von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären in die Leitungsgremien der MPG zu verhindern, stellte, wie bereits ausgeführt, den wesentlichen Grund dar, warum sich die MPG-Führung so sehr gegen Wahlen in den Instituten sträubte. Als es um die Frage ging, wie der »Sachverstand der wissenschaftlichen Mitarbeiter für die Sektionsarbeit nutzbar« gemacht werden könne, äußerten die Wissenschaftlichen Mitglieder in der Strukturkommission abermals die Befürchtung, »daß die Wahl allein nicht die wirklich sachverständigen Mitarbeiter, sondern eher Funktionäre in die Sektionen bringt.«¹⁰¹² Dass »Funktionäre« vor allem, wenn

1007 Darin ging es um die Unterrichtung des Gesamtbetriebsausschusses, Übernahme von Kosten, die Gewährung von Verwaltungshilfe und nicht zuletzt um die »völlige Freistellung des Vorsitzenden, Herrn Hettenhausen aus dem Max-Planck-Institut für Strömungsforschung, und des stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Kopka aus dem Max-Planck-Institut für Aeronomie, von ihren Dienstpflichten.« Materialien der 89.Sitzung des Verwaltungsrats vom 09.03.1971 in Mannheim, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 89.VP, fol. 441. — Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 94–95.

1008 Jutta von Freyberg (Hg.): *Protokoll des Kongresses »Wissenschaft und Demokratie«*. Köln: Pahl-Rugenstein 1973.

1009 Siehe Wulf D. Hund et al.: Arbeitsgruppe V: Forschungspolitik und Forschungskontrolle. In: Jutta von Freyberg (Hg.): *Protokoll des Kongresses »Wissenschaft und Demokratie«*. Köln: Pahl-Rugenstein 1973, 98–112.

1010 Niederschrift der 85. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 02. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 107 verso.

1011 Siehe Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 85, Anm. 355.

1012 Drehbuch der 92. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18. 11. 1971 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 92.VP, fol. 9.

auch nicht ausschließlich, auf »Gewerkschaftsfunktionäre« abzielte, scheint im Kontext nahelegend.

Dabei war die MPG nicht grundsätzlich gewerkschaftsfeindlich. Vielmehr zählten die Gewerkschaften seit der (Wieder-)Gründung im Jahr 1948 zu denjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die im Senat der MPG Berücksichtigung fanden, wenn ihr auch nicht annähernd die gleiche Bedeutung zugeschrieben wurde wie der Wirtschaft – und damit den Arbeitgebern.¹⁰¹³ In den turbulenten Jahren um 1968 vertrat Heinz Markmann, Geschäftsführer und Wissenschaftlicher Leiter des in Düsseldorf ansässigen *Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften GmbH*, die Gewerkschaften im Senat. Zwar wollte sich Markmann in der Mitbestimmungsdiskussion nicht auf seine Rolle als Gewerkschaftssprecher reduzieren lassen,¹⁰¹⁴ doch sekundierte er den Forderungen der Delegiertenversammlungen wie auch des Gesamtbetriebsrats unter Verweis auf »die Demokratisierungsbestrebungen in der Gesamtgesellschaft [...], der sich die Max-Planck-Gesellschaft nicht entziehen könne, wenn sie sich nicht vielen unnötigen Belastungen aussetzen wolle«.¹⁰¹⁵ Markmann plädierte für ein »höchstmögliches Maß an Offenheit und Information gegenüber allen Gruppen zur Vermeidung von Mißverständnissen«. Man solle eruieren, »wie die Effizienz der Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft mit einem Höchstmaß an interner Demokratie vereinbart werden könne. Die Situation innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft sei zwar nicht mit der in den Universitäten vergleichbar, wenn es aber [...] Unzufriedenheiten in den Instituten gebe, dann sei dies ein Symptom dafür, daß nicht alles in Ordnung sei.« Zugleich warnte Markmann »davor, die Wünsche hochqualifizierter Wissenschaftler in den Max-Planck-Instituten mit den extremen Kräften an den Hochschulen gleichzusetzen«.¹⁰¹⁶

Der Regierungswechsel von 1969 stärkte auch gesamtpolitisch die Position von Gewerkschaften und Betriebsräten, galten beide doch traditionell als verlängerte Arme der Sozialdemokratie, die nun den Bundeskanzler stellte. Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die die neue Bundesregierung 1972 ins Werk setzte, zählte zu den zentralen Reformvorhaben des Kabinetts Brandt-Scheel. Um die Arbeitnehmermitbestimmung in Unternehmen und Betrieben zu verbessern, stärkte die Reform die rechtliche Stellung der Betriebsräte und des Gesamtbetriebs-

1013 Siehe dazu Balcar, *Ursprünge*, 2019, 126–127.

1014 Siehe dazu Markmanns Ausführungen in der Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 11.

1015 Niederschrift der 66. Sitzung des Senats vom 11. 06. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 31.— Zur Person siehe Markmann, Heinz. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 51. Ravensburg 1978. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/0000015445>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

1016 Niederschrift der 66. Sitzung des Senats vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, TOP 3: Überlegungen zur Personal- und Institutsstruktur, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 32. — Gerade der letzte Gesichtspunkt, der ja kaum von der Hand zu weisen war, erschien Markmann wichtig. An anderer Stelle merkte er an: »Die Verhältnisse in der Max-Planck-Gesellschaft und der Wunsch, hochqualifizierte Wissenschaftler zu beteiligen, seien nicht vergleichbar mit der Situation an Hochschulen, in denen Studenten Mitsprache bei Berufungen forderten.« Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 25.

rats.¹⁰¹⁷ Die breite Diskussion darüber erreichte auch die erweiterte Strukturkommission der MPG. Eine ihrer Aufgaben lautete nämlich, die »Auswirkungen der geplanten Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes auf den Bereich der Max-Planck-Gesellschaft« zu prüfen.¹⁰¹⁸ Das reformierte Betriebsverfassungsgesetz von 1972 verankerte ein Mitspracherecht des Betriebsrats in der Personalpolitik, und zwar bei Einstellungen, Eingruppierungen, Umgruppierungen und Versetzungen (§§ 99 und 100), ganz besonders aber bei Kündigungen (§§ 102 und 103). Eine wesentliche Einschränkung erfuhren die Mitwirkungsmöglichkeiten des Betriebsrats allerdings durch Paragraph 118, den oft genannten »Tendenzparagrafen«. Er bestimmte mit Blick auf die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, »daß gerade die auf (Forschungs-)Inhalte und Ziele bezogenen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates in wissenschaftlichen Betrieben und Unternehmen entfallen bzw. eingeschränkt werden«.¹⁰¹⁹ Die gleichen Einschränkungen galt auch in Verlagen und Medienunternehmen. »Die betriebliche Mitbestimmung«, erläutert Martina Röbbecke den im Gesetz verankerten Tendenzschutz, könne »unter Umständen Einfluß auf wissenschaftsrelevante Entscheidungen gewinnen, und um diese Einschränkung der Forschungsfreiheit durch die Beteiligungsrechte des Betriebsrates zu verhindern, haben Unternehmen und Betriebe mit wissenschaftlicher Bestimmung Sonderregelungen erhalten.«¹⁰²⁰

Die Generalverwaltung der MPG machte sich umgehend an die Analyse der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes und teilte ihre Einschätzungen und die daraus zu ziehenden Folgerungen den Direktoren und Institutsleitern in einem Rundschreiben des Generalsekretärs vom Februar 1972 mit.¹⁰²¹ In einer sehr ausführlichen Anlage machte die Generalverwaltung klar, dass die MPG die Bestimmungen der Tendenzbetriebsklausel vollumfänglich in Anspruch zu nehmen und dabei weit auszulegen gedachte. So müssten »die Auswirkungen dieser Bestimmung wegen der durch das Gesetz grundlegend veränderten Befugnisse der Betriebsräte auch bezüglich solcher aus dem bisherigen Recht abgeleiteten Befugnisse geprüft werden, die bisher im Bereich der Max-Planck-Gesellschaft nicht als durch die Tendenzbetriebsklausel ausgeschlossen oder eingeschränkt angesehen wurden«.¹⁰²² Mit anderen Worten: Es sollte in den Instituten geprüft werden, inwieweit den Betriebsräten Rechte, die ihnen bisher zuerkannt worden waren, aufgrund der Gesetzesnovelle nunmehr wieder entzogen werden konnten. Diese Haltung war im Verwaltungsrat der MPG umstritten. Während seine Wirtschaftsvertreter sie

1017 Siehe Christian Testorf: *Ein heißes Eisen. Zur Entstehung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer von 1976*. Bonn: Dietz 2017, 275–278.

1018 Ausarbeitung gez. Dr. Ni/St: Zwischenbericht der Präsidentenkommission für Strukturfragen vom 17. 5. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 10.

1019 Röbbecke, *Mitbestimmung*, 1997, 18. Der »Tendenzparagrafen« des Betriebsverfassungsgesetzes in der Fassung von 1972 ist abgedruckt in: ebenda, 26–27.

1020 Röbbecke, *Mitbestimmung*, 1997, 27–28.

1021 Rundschreiben von Generalsekretär Schneider Nr. 7/1972 an die Direktoren und Leiter der Max-Planck-Institute vom 24. 2. 1972 betr. Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 431–433.

1022 Anlage zum Rundschreiben Nr. 7/1972: Erste Bemerkungen zur Anwendung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes vom 15. 1. 1972 in der Max-Planck-Gesellschaft, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93. VP, fol. 435.

geradezu euphorisch begrüßten, kam harsche Kritik von Seiten eines Wissenschaftlers. So stimmte etwa Horst K. Jannott von der *Münchener Rückversicherungsgesellschaft* der in den »Bemerkungen« der Generalverwaltung vorgenommenen restriktiven Auslegung der Tendenzklausel »ausdrücklich« zu und begrüßte, »daß der Generalsekretär mit seinen Empfehlungen eine möglichst einheitliche Handhabung innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft anstrebt.«¹⁰²³ Der BASF-Manager Carl Wurster ging sogar noch weiter und kabelte im Februar 1972 an den MPG-Präsidenten: »die ausfuehrungen zu der tendenzbetriebsklausel paragraph 118 bejahe ich.« Weiter heißt es bei Wurster: »die mpg sollte im interesse ihrer arbeitsbedingungen alle moeglichkeiten des paragraphen 118 auswerten und eher arbeitsgerichtliche auseinandersetzungen in kauf nehmen, als auf die unter paragraph 118 gegebene moeglichkeit zu verzichten.«¹⁰²⁴ Hingegen vertrat der Jurist Konrad Zweigert die Ansicht, »daß man die Anwendung der Tendenzklausel nicht [...] mit den Erfordernissen der Mobilität und der Flexibilität rechtfertigen kann«. Schließlich handele es sich dabei »nicht um eine Eigenart der Max-Planck-Gesellschaft oder irgendeiner anderen Wissenschaftsorganisation, denn unter den heutigen wirtschaftlichen und technischen Verhältnissen sind Flexibilität und Mobilität für jedes Wirtschaftsunternehmen unerlässlich.«¹⁰²⁵ Der Direktor des *MPI für ausländisches und internationales Privatrecht* ging jedoch noch weiter und sprach sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen eine restriktive Handhabung des Tendenzschutzparagraphen in der MPG aus:

Die Max-Planck-Gesellschaft als Arbeitgeberin sollte meines Erachtens gegenüber ihren Arbeitnehmern und den Betriebsräten nicht den Eindruck erwecken, sie negiere zunächst einmal grundsätzlich die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, und diese Rechte müßten ihr deshalb Stück für Stück abgerungen werden. Diesen Eindruck vermittelt die vorliegende Fassung aber dadurch, daß sie für die Heranziehung des § 118 BVG Gründe aufführt, die eigentlich für jeden Betrieb gelten, und daß sie auf dieser Grundlage die Bestimmung grundsätzlich für alle Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft in Anspruch nimmt.¹⁰²⁶

Mit dieser Sicht der Dinge stand der Sozialdemokrat Zweigert jedoch im Verwaltungsrat und in der Führungsriege der MPG allein auf weiter Flur. Unter Berufung auf den Tendenzschutzparagraphen 118 blieben deswegen die Mitwirkungsmöglichkeiten des Gesamtbetriebsrats und der Betriebsräte in den Max-Planck-Instituten gerade bei Personalangelegenheiten stark eingeschränkt.¹⁰²⁷

1023 Horst K. Jannott an Adolf Butenandt vom 24. 2. 1972 betr. Betriebsverfassungsgesetz, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 43.

1024 Telex Carl Wurster an Adolf Butenandt vom 25. 2. 1972 betr. Betriebsverfassungsgesetz, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 44.

1025 Konrad Zweigert an Adolf Butenandt, undatiert (Eingang 28. 2. 1972), AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 40–42.

1026 Konrad Zweigert an Adolf Butenandt, undatiert (Eingang 28. 2. 1972), AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 41.

1027 Siehe dazu Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 352–365.

Schon seit den späten 1960er Jahren befand sich die MPG-Spitze – vom Zeitgeist, den eigenen Beschäftigten, der Bundesregierung und dem Gesamtbetriebsrat gleichsam in die Zange genommen – in der Defensive, und entsprechend defensiv agierte sie in der Frage der Mitbestimmung: Sie betonte fachliche Qualifikation und individuelle Leistung als Kriterien wissenschaftlicher Qualität und trat letztlich dafür ein, in der MPG an den bestehenden Macht- und Einflusstrukturen durch institutionalisierte Arbeitnehmer-Mitbestimmung möglichst wenig zu ändern. Einmal mehr gab Butenandt die Richtung vor, wobei er die nun anstehenden Reformschritte in das Kontinuum der Veränderungen einordnete, die seit seinem Amtsantritt in die Wege geleitet worden waren. In seiner Ansprache vor der Festversammlung der MPG am 13. Juni 1969 in Göttingen führte der Präsident aus, die MPG habe »die Richtigkeit oder Fehlerhaftigkeit ihrer inneren Struktur allein an der Leistung zu messen«, weswegen sie »ohnehin fortgesetzten Reformen« unterliege, ganz ohne Druck von außen. Das »Harnack-Prinzip« und das daraus resultierende Prinzip des »Ein-Mann-Instituts« habe die KWG groß gemacht, doch vollziehe sich in der MPG seit einigen Jahren »eine Entwicklung, die unter den Erfordernissen moderner Forschung zu einer starken Zunahme der Institute mit kollegialer Leitung führt«. Diesen Trend bezeichnete Butenandt als »ein Stück innerer Reform, deren Größe man nicht unterschätzen soll«. ¹⁰²⁸ Das heiße aber nicht, so der Präsident weiter, dass das »Harnack-Prinzip« nicht mehr gültig sei; es gelte nach wie vor, allerdings »in einer modifizierten Form«: Berufungen in die MPG richteten sich noch immer ausschließlich nach der persönlichen Leistung, und die Berufenen hätten nicht nur Anspruch auf die notwendigen Mittel für die Forschung, sondern auch auf die Freiheit der Forschung. An dieser Stelle nahm Butenandt eine Einschränkung vor, die für die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der MPG wegweisend werden sollte: »Diese Freiheit aber kann nur freiwillig eingeschränkt werden, etwa durch Eintritt in ein Kollegium, das heißt in einen Kreis gleich qualifizierter Kollegen, wenn die Durchführung eines Forschungsprojekts eine gemeinsame Planung unter Berücksichtigung wechselnder Aspekte erfordert.« ¹⁰²⁹ Das »Harnack-Prinzip« sei auch künftig unverzichtbar, denn es folge »aus dem Gesetz, unter dem sich geistige Leistung auf dem Gebiet der Forschung entfaltet«. Ähnliches müsse auch für die Universitäten gelten, denn die Verantwortung für große Geldsummen erfordere »Kenntnisse und Urteilsvermögen«, über die die Studenten nicht verfügten:

Sie werden zu Anfang ihres Studiums ganz sicher nicht, an dessen Ende vielleicht dazu in der Lage sein, den Inhalt von Diskussionen, in denen es um die Arbeitsrichtung eines Institutes oder des Fachbereichs geht, zu verstehen. Ist es denn wirklich sachgerecht, unter dem Stichwort ›Demokratisierung‹ ihre Beteiligung an Entscheidungen der geschilderten Art gesetzlich festzulegen? Bedeutet ›Demokratie‹ die Mitwirkung von Gruppenvertretern an Entscheidungen, die sie durch eigenes Urteil und sachlichen Rat nicht fördern können? ¹⁰³⁰

¹⁰²⁸ Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 461.

¹⁰²⁹ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 461.

¹⁰³⁰ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 462.

Wie Butenandts Antwort auf diese rhetorische Frage lautete, war allen Anwesenden klar. Er plädiert durchaus für moderate Reformen, um dem rebellischen Geist der jüngeren Generation den Wind aus den Segeln zu nehmen, ohne aber die Macht- und Kräfteverhältnisse innerhalb der MPG und in den Max-Planck-Instituten grundsätzlich zu verschieben. An diesem Spagat versuchte sich Butenandt auch ein Jahr später, in seiner Ansprache vor der Festversammlung der MPG, die am 12. Juni 1970 in Saarbrücken stattfand. Dort erklärte der Präsident: »Die Atmosphäre innerhalb unserer Institute wird seit längerer Zeit in langen Diskussionen an einigen unserer Institute und in einem eigens dafür von mir berufenen ›Struktur-Ausschuß‹ behandelt. Auch wir haben uns mit der Frage der Mitbestimmung der wissenschaftlichen Mitarbeiter, die an den Universitäten eine so große Rolle in der Reformdiskussion spielt, auseinanderzusetzen.« Doch komme für die MPG wegen ihrer Aufgabe, und auch wegen ihrer Stellung in der Öffentlichkeit, nur ein Leitungsmodell in Frage, in dem

nur die nach anspruchsvollen Verfahren berufenen Leiter von Instituten, Abteilungen oder Forschungsgruppen verantwortlich sein können für die Erfüllung der ihnen anvertrauten Aufgaben. Das aber heißt auch, daß nicht Mehrheitsentscheidungen in Institutsräten für die Arbeitsrichtung und das Arbeitsverfahren maßgebend sein können, sondern daß die endgültige Verantwortung in der Hand einer Person, also es Direktors, oder eines von der Max-Planck-Gesellschaft berufenen Direktorenkollegiums gelegt werden muß. Wenn die Max-Planck-Gesellschaft im Rahmen ihrer bisherigen Beratungen über Institutsstrukturen zu dem Ergebnis gekommen ist, daß sie an dem Prinzip der verantwortlichen Leitung ihrer Institute durch besonders qualifizierte und dementsprechend besonders sorgfältig ausgewählte Wissenschaftler festhalten soll, so bedeutet dies naturgemäß nicht, daß dieser Direktor selbstherrlich und diktatorisch sein Amt ausüben dürfte. Seine Mitarbeiter [...] werden zur Durchführung der Aufgaben des Instituts umso bereitwilliger und wirkungsvoller beitragen, je mehr sie alles, was im Institut geschieht, als ihre gemeinsame Sache empfinden. Dies setzt voraus, daß zwischen dem Leiter und den Mitarbeitern ein Vertrauensverhältnis besteht, das durch fortlaufende ausreichende Information und ständige gemeinsame Beratung untermauert ist. [...] Die Empfehlung unserer Strukturkommission läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Mitverantwortung der Mitarbeiter eines Instituts vernünftiger Größenordnung am besten durch regelmäßige Beratungen aller das Institut und seine Arbeit betreffenden Angelegenheiten verwirklicht wird, wobei die Verantwortung des Leiters für letzte Entscheidungen aufrechterhalten bleibt.¹⁰³¹

Butenandt sprach damit nicht nur für sich, sondern für die große Mehrheit der MPG, sowohl ihrer Führungsriege, als auch ihrer Wissenschaftlichen Mitglieder. Es gab allerdings auch innerhalb dieser Gruppe Gegenstimmen, die dafür eintraten, den Forderungen nach mehr Mitsprache für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich weiter entgegenzukommen. Als ihr prominentester Vertreter gilt Konrad Zweigert, der Direktor des *MPI für*

¹⁰³¹ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 469–470.

Privatrecht in Hamburg, der als Nachfolger von Hans Dölle auch die Funktion des Kronjuristen der MPG übernommen hatte und später – unter der Präsidentschaft Reimar Lüst – zum Vizepräsidenten der MPG aufsteigen sollte. Der bekennende Sozialdemokrat genoss als ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, dessen erstem Senat er von 1951 bis 1956 angehört hatte, innerhalb und außerhalb der MPG großes Ansehen.¹⁰³² Obwohl sein Wort daher Gewicht hatte, hielt er sich, wohl nicht zuletzt aus persönlicher Loyalität zu Butenandt, mit Kritik an der starren Haltung der übergroßen Mehrheit in der MPG sehr zurück, zumal in der Öffentlichkeit. Der Dissens wurde hinter verschlossenen Türen ausgetragen und bezog sich schon auf die Art und Weise, wie die Angestellten aus den Max-Planck-Instituten am Reformprozess beteiligt werden sollten. Anders als der Präsident und die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats plädierte Zweigert dafür, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Vertretung in der Strukturkommission selbst wählen zu lassen, denn ein anderes Vorgehen »könne von den wissenschaftlichen Mitarbeitern als Manöver verstanden werden«. Deshalb riet Zweigert, »die Konstituierung einer Delegiertenversammlung abzuwarten und dieser die Benennung von Mitgliedern einer Satzungscommission freizustellen. Anders als an den Universitäten«, begründete Zweigert seinen Vorschlag, »habe man es bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern in der Regel mit vernünftigen Gesprächspartnern zu tun.«¹⁰³³ Darüber hinaus äußerte sich Zweigert überzeugt, dass die MPG weitere Reformschritte gehen müsse. »Zur Zeit sei eine Satzungsreform nötiger als im Jahre 1964«, so die Einschätzung des Direktors des *MPI für Privatrecht*, der dabei in erster Linie auf den Senat abzielte. »Der Senat sollte anders strukturiert sein. Er sollte künftig mehr als bisher Entscheidungen treffen, nicht nur entgegennehmen. Die Zahl der Wissenschaftlichen Mitglieder müsse verstärkt werden. Ob Assistenten im Senat vertreten sein sollten, müsse allerdings zweifelhaft sein.«¹⁰³⁴ Zwar ließ Zweigert diese Frage offen, doch ist unumstritten, dass seine Vorstellungen von einer Umstrukturierung der MPG und ihrer Leitungsgremien weit über das hinausgingen, was die Hauptversammlung schließlich 1972 in Bremen verabschiedete.

Der Tradition Hans Dölles verpflichtet, bettete Zweigert seine Überlegungen zur Einführung von Elementen der Mitarbeitermitbestimmung in den umfassenden Entwurf einer Satzungsreform ein, den er Butenandt im Mai 1970 zukommen ließ. Zweigert begann mit einer knappen Analyse der 1964 beschlossenen Satzung, um dieser in einem zweiten Schritt die damalige Satzungsrealität entgegenzustellen. »In rechtstatsächlicher Sicht sind die wirklich entscheidenden Organe der Präsident und der Verwaltungsrat.« Der Senat hingegen, so heißt es in dem Papier, entscheide »im Grunde nur in wissenschaftspolitischen Fragen« selbst und bestätige ansonsten lediglich die Vorlagen des Verwaltungsrats; dieser bestehe »im wesentlichen aus

¹⁰³² Siehe Drobnig, Konrad Zweigert, 2007, 89–103.

¹⁰³³ Niederschrift der 86. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 10. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, Abt. II, Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 59 verso. — Siehe dazu auch Konrad Zweigert: Organisationsreform der MPG vom 25. 4. 1970, in Anlage zu: Konrad Zweigert an Adolf Butenandt vom 13. 5. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 101–102.

¹⁰³⁴ Niederschrift der 85. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt. Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 106 verso.

Honoratioren aus der Wirtschaft und der Politik und zu einem kleineren Teil aus Wissenschaftlern«. ¹⁰³⁵ Im Kern ging es Zweigert um die »Aktivierung« des Wissenschaftlichen Rats: »Ein wesentlicher Mangel der bisherigen Satzung liegt darin, daß der Wissenschaftliche Rat keinerlei Entscheidungsbefugnisse hat und daß er als Vollversammlung zu unhandlich ist.« Daher »empfinden es nicht nur die Wissenschaftlichen Mitglieder, sondern auch der Chor der anderen wissenschaftlichen Mitarbeiter der Institute als unbefriedigend, daß sie an den eigentlichen Entscheidungen im Rahmen der Gesellschaft unbeteiligt sind.« Zweigert plädierte dafür, »den Wissenschaftlichen Rat als Entscheidungs-Gremium [...] um[zu]konstituieren und mit bestimmten Befugnissen [zu] versehen«. Der so entstehende »Wissenschaftliche Rat neuen Stils«, der aus 30 auf drei Jahre gewählten Mitgliedern bestehen sollte, diente dem Hamburger Juristen zugleich als ein Instrument, um die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in wichtige Entscheidungen der MPG einzubinden. »Diese 30 Personen sollten gewählt werden überwiegend aus Mitgliedern der Sektionen, die ihrerseits in Zukunft auch gewählte wissenschaftliche Mitarbeiter mit Sitz und Stimme über den Kreis der Wissenschaftlichen Mitglieder hinaus enthalten sollten.« ¹⁰³⁶ Und Zweigert ging sogar noch weiter: »Bei der Wahl des Wissenschaftlichen Rates neuer Art sollten dann selbstverständlich auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Sektionen wahlberechtigt sein, so daß die Möglichkeit bestünde, daß auch wissenschaftliche Mitarbeiter in den neuen Wissenschaftlichen Rat gewählt werden. Ein Minimum oder Maximum für die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter, die in dieser Weise in den Wissenschaftlichen Rat gewählt werden, sollte nicht festgelegt werden.« ¹⁰³⁷ Das scheint umso bemerkenswerter, als die Befugnisse des neuen Gremiums »im wesentlichen in der Entscheidung über Berufungen bestehen«. Wäre es nach Zweigert gegangen, hätten die Vertreter des wissenschaftlichen Personals also eine Mitsprache bei der Berufung neuer Direktoren und Wissenschaftlicher Mitglieder der MPG gehabt – genau das, was Butenandt, Rumpf und Speer zuvor bei der geplanten Universitätsreform rundheraus abgelehnt hatten.

Zweigert war mit seiner Haltung innerhalb der Führungsriege der MPG zwar ein Außenseiter, stand jedoch nicht ganz allein. Zu denjenigen, die ein größeres Maß an Reformbereitschaft

1035 Konrad Zweigert: Organisationsreform der MPG vom 25. 4. 1970, in Anlage zu: Konrad Zweigert an Adolf Butenandt vom 13. 5. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 104. — Deswegen plädierte Zweigert dafür, dem Senat seine bisherigen Befugnisse weitgehend zu belassen, jedoch seine Zusammensetzung entscheidend zu verändern: »Dem Senat sollten künftig zur Hälfte Wissenschaftler angehören, die auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Rates neuen Stils von der Hauptversammlung gewählt werden. Die andere Hälfte (Nicht-Wissenschaftler), das heißt wie bisher Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Politik usw., sollte von der Hauptversammlung auf einen konkreten Vorschlag des Verwaltungsrates hin gewählt werden.« Ebenda. — Das wäre auf eine Lösung hinausgelaufen, die Zweigert namens des Wissenschaftlichen Rats bereits in den Diskussionen der Reform von 1964 gefordert hatte. Siehe dazu Kapitel 4.2. — Aber auch 1970 stand Zweigert mit dieser Forderung nicht allein. »Von seiten unserer Wissenschaftlichen Mitglieder ist schon wiederholt der Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung der Wissenschaftler unserer Gesellschaft in unserem Senat geäußert worden; auch in der letzten Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion wurde darüber gesprochen«, wusste Otto Westphal zu berichten. Drehbuch der 88. Sitzung des Verwaltungsrats vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 33.

1036 Konrad Zweigert: Organisationsreform der MPG vom 25. 4. 1970, in Anlage zu: Konrad Zweigert an Adolf Butenandt vom 13. 5. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 106.

1037 Konrad Zweigert: Organisationsreform der MPG vom 25. 4. 1970, in Anlage zu: Konrad Zweigert an Adolf Butenandt vom 13. 5. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 106.

erkennen ließen, zählte auch Reimar Lüst. Als es im Zusammenhang mit Brandts Regierungserklärung um das »Problem der ›überalterten hierarchischen Formen« ging, erklärte er vor dem Senat, dass sich »für ihn die Notwendigkeit der Übertragung von Mitverantwortung durch Mitgestaltung von seiten jüngerer Mitarbeiter klar herausgebildet« habe. Wie das in der Satzung verankert werden könne, sei allerdings »eine schwierige Frage«. Lüst plädierte für ein flexibles Vorgehen: »Seines Erachtens sollte den Instituten eine Art Leitlinie zur Verfügung gestellt werden und keine vorgegebenen Formulierungen.«¹⁰³⁸ Am weitesten war wohl Alfred Gierer bereit, den Wünschen nach Reform und Mitbestimmung entgegenzukommen. Er selbst lehnte die »Wissenschaftler-Selbstverwaltung im üblichen Sinne« zwar entschieden ab, denn Selbstverwaltung sei »nur sinnvoll, soweit mit ihr keine korrumpierenden, eigensüchtigen Versuchungen des Mißbrauchs verbunden sind, seien es die zur Gleichverteilung von Mitteln ohne Rücksicht auf Qualitäten und Erfordernisse, seien es die zu Koalitionen gegen machtmäßig schwächere, aber vielleicht wissenschaftlich qualifiziertere Minderheiten im Kampf um Geld und Positionen«.¹⁰³⁹ Genau darauf liefen seiner Ansicht nach die Reformen an den Universitäten hinaus. Von diesen unterscheidet sich die MPG zum einen durch »das relativ effiziente Management«, das »durch die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit des Präsidenten, des Generalsekretärs und der zentralen Organe ebenso gewährleistet [sei] wie durch die Entscheidungsfreiheit der leitenden Wissenschaftler über die zweckmäßige Verwendung der bewilligten Forschungsmittel«. Zum anderen habe die MPG »die Selbstbedienung durch Selbstverwaltung« stets konsequent abgelehnt und sollte dies auch künftig tun. Zugleich aber war Alfred Gierer ein viel zu sehr empirisch arbeitender Wissenschaftler, um in Strukturfragen dogmatisch zu denken, was ihn sogar ein gewagtes Experiment vorschlagen ließ:

Wenn eine ins Gewicht fallende Gruppe von Wissenschaftlern der Max-Planck-Gesellschaft künftig lieber nach anderen Grundsätzen arbeiten möchte – etwa indem sie die Wissenschaftler-Selbstverwaltung anstrebt –, so sollte die Max-Planck-Gesellschaft für Start und Experimentierstadium eines neuen konkurrierenden Vereins finanzielle Hilfe geben. Sie könnte etwa ein bis zwei neue Institute für 7–10 Jahre durch Verzicht auf eigenen Etatmitteln großzügig finanzieren.¹⁰⁴⁰

Gierers Vorschlag lief also darauf hinaus, »außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft probeweise ein Institut nach den Vorstellungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter führen zu lassen und

1038 Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 18.

1039 Alfred Gierer an die Mitglieder des intersektionellen Gremiums, an den Präsidenten und an den Generalsekretär der MPG, undatiert (Frühjahr 1970): »Versuch einer Explikation des privaten Status der MPG und einiger seiner Konsequenzen«, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 117.

1040 Alfred Gierer an die Mitglieder des intersektionellen Gremiums, an den Präsidenten und an den Generalsekretär der MPG, undatiert (Frühjahr 1970): »Versuch einer Explikation des privaten Status der MPG und einiger seiner Konsequenzen«, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 118.

darauf nach einigen Jahren aufgrund eines Leistungsvergleichs zu urteilen«, was Generalsekretär Friedrich Schneider als »reizvoll aber nicht realisierbar« bezeichnete.¹⁰⁴¹

Die große Mehrheit der Wissenschaftlichen Mitglieder und Senatoren der MPG wollte jedoch von solchen Experimenten – wie überhaupt von weitreichenden Reformen in Richtung Mitarbeitermitbestimmung – nichts wissen. Die Erfahrungen, die viele von ihnen an den Universitäten gemacht hatten, dienten als abschreckendes Beispiel. So warnte etwa Wolfgang Bargmann, der Direktor des Anatomischen Instituts der Universität Kiel, im Senat »vor der Mitbestimmung im Personal- und Etatbereich in den Instituten. Man werde sonst den gleichen Weg gehen wie die Hochschulen.«¹⁰⁴² Was Butenandt mit der Bemerkung ergänzte, dies sei »sicherlich das Ziel des Verbandes der Wissenschaftler [gemeint war der VWF, J. B.]«. Die unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG weitverbreitete Reformskepsis brachte einmal mehr Butenandt am prägnantesten auf den Punkt, als dieser mit Blick auf die an den Universitäten geforderten Veränderungen bemerkte:

Man läuft heute schon Gefahr, als reaktionär verschrien zu werden, wenn man nicht dem Grundsatz zustimmt, daß Studenten z. B. bei der Berufung auf Lehrstühle, bei der Entscheidung über die Anstellung von Assistenten, bei der Aufstellung von Forschungsprogrammen und Verteilung der Forschungsmittel an den Universitäten usw. mitwirken sollen. Nach den Zeitungsnachrichten über die Diskussionen zur Hochschulgesetzgebung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und nach den programmatischen Erklärungen der Parteien und neuerdings auch der Gewerkschaften zur Frage der Hochschulreform wollen die politischen Kräfte aus Motiven, über die ich mich nicht äußern möchte, den Universitäten für ihre Wiedergesundung Kuren verschreiben, die geeignet sind, den Patienten »zu Tode zu therapieren«.¹⁰⁴³

Ein derartiger Fehler durfte sich in der MPG, so die Überzeugung der großen Mehrheit ihrer Führungsriege, auf keinen Fall wiederholen. Bevor die Präsidentenkommission überhaupt »über die Formen der Mitsprache der wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Instituten« diskutiert hatte, erklärte Butenandt kategorisch, dass eine »Mitentscheidungsbefugnis der wissenschaftlichen Mitarbeiter [...] nicht in Frage kommen« könne. »Dagegen sei die Mitsprache bei der Planung und Beratung weitgehend schon gegeben und eigentlich selbstverständlich.«¹⁰⁴⁴

1041 Niederschrift der 86. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 10. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 59.— Tatsächlich hat die MPG ein solches Experiment gewagt, auch wenn sie es nicht als Experiment deklarierte. Am *MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt* in Starnberg experimentierte man mit einem Modell, das sehr weitgehende Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Beschäftigten vorsah, doch waren die Ergebnisse für alle Beteiligten letztlich ernüchternd. Siehe Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 150–159.

1042 Niederschrift der 66. Sitzung des Senats vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 34.

1043 Niederschrift der 62. Sitzung des Senats vom 7. 3. 1969 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 62.SP, fol. 10.

1044 Niederschrift der 63. Sitzung des Senats vom 12. 6. 1969 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 63.SP, fol. 14.

Im Zuge der hitzigen Debatten um die Einführung von Mitsprachemöglichkeiten für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewann mit einem Mal ein Gremium an Einfluss, das bisher im Gesamtgefüge der MPG eher am Rande gestanden hatte: der Wissenschaftliche Rat, in dem die seinerzeit bereits über 200 Wissenschaftlichen Mitglieder Sitz und Stimme hatten. Lange schon war vergeblich versucht worden, dieses Gremium zu »aktivieren«, um den Wissenschaftlichen Mitgliedern größeren Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der MPG zu verschaffen, doch auch im Zuge der Satzungsreform von 1964 gelang dies nicht. Angesichts der Herausforderung durch das Drängen des wissenschaftlichen Nachwuchses auf umfassende Strukturreformen brachte der Wissenschaftliche Rat nebst seinen Sektionen die Kraft auf, ein Gremium ins Leben zu rufen, das mit genau dieser Aufgabe – die Einflussmöglichkeiten der Wissenschaftlichen Mitglieder auf Entscheidungen der MPG zu vergrößern – betraut wurde: den *Intersektionellen Ausschuss*, der aus drei gewählten Mitgliedern pro Sektion bestand und deswegen mitunter auch als »Neuner-Ausschuss« firmierte.¹⁰⁴⁵ Der Ausschuss ging zurück auf ein Gespräch, das Präsident Butenandt am 11. Oktober 1969 mit den Vorsitzenden der drei Sektionen, ihren Stellvertretern sowie Jürgen Aschoff geführt hatte.¹⁰⁴⁶ »Da es unmöglich ist, in den Sektionen und besonders im Wissenschaftlichen Rat grundsätzliche Fragen der Max-Planck-Gesellschaft gründlich zu beraten«, so die Begründung des Präsidenten im Verwaltungsrat, »sei an die Bildung eines nicht institutionalisierten Gesprächskreises gedacht, der nach den Vorstellungen der Sektionsvorsitzenden noch um je einen von den Sektionen benannten Vertreter erweitert werden soll und an dessen Beratungen der Präsident und der Generalsekretär nach Möglichkeit teilnehmen sollen.«¹⁰⁴⁷ In der vorangegangenen Sitzung des Wissenschaftlichen Rats hatte nicht zuletzt Wolfgang Gentner eine solche Lösung gefordert, und zwar mit einer ganz ähnlich lautenden Begründung,

daß weder in den Sektionen noch im Wissenschaftlichen Rat die die Sektionen und den Wissenschaftlichen Rat betreffenden wichtigen Fragen gründlich beraten werden können. Die Sektionen und erst recht der Wissenschaftliche Rat sind dazu zu groß. Auch die Zusammensetzung ist schon von den Personen her gesehen zu unterschiedlich und auch die Kenntnis der Voraussetzungen für eine sachgerechte Diskussion ist in diesem breiten Rahmen nicht immer vorhanden.¹⁰⁴⁸

1045 Niederschrift der 66. Sitzung des Senats vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 11–12. — Die Abkürzung lautete anfangs »Intersex«. Beispielsweise Alfred Gierer an die Mitglieder des intersektionellen Gremiums, an den Präsidenten und an den Generalsekretär der MPG, undatiert (Frühjahr 1970): »Versuch einer Explikation des privaten Status der MPG und einiger seiner Konsequenzen«, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 116. — So auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 471.

1046 Zu Aschoff siehe Serge Daan: *Die innere Uhr des Menschen. Jürgen Aschoff, 1913–1998. Wissenschaftler in einem bewegten Jahrhundert*. Wiesbaden: Reichert Verlag 2017.

1047 Niederschrift der 84. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 24. 11. 1969, AMPG, II. Abt. Rep. 61, Nr. 84.VP, fol. 86.

1048 Niederschrift der 66. Sitzung des Senats vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 7–23. — Siehe dazu auch Drehbuch der 84. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 24. 11. 1969, AMPG, II. Abt. Rep. 61, Nr. 84.VP, fol 193.

Butenandt, der schon seit längerem auf die Bildung von ständigen Arbeitskreisen in den Sektionen gedrängt hatte, begrüßte die Initiative und tat kund, »diese Aktivität aus unseren Sektionen eigentlich nur [zu] begrüßen«. Er versprach sich davon »vor allen Dingen eine einheitlichere Behandlung aller wichtigen Fragen in den Sektionen«. ¹⁰⁴⁹

Am 2. März 1970 trat der Intersektionelle Ausschuss des Wissenschaftlichen Rats zu seiner ersten Sitzung zusammen, um zu einer »vertrauensvolleren Beteiligung der Sektionen und des Wissenschaftlichen Rates an allgemeinen und wichtigen Fragen« der MPG zu gelangen. ¹⁰⁵⁰ Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Jürgen Aschoff, Alfred Gierer und Otto Westphal für die Biologisch-Medizinische Sektion, Wolfgang Gentner, Arnulf Schlüter und Albert H. Weller (1922–1996) für die Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion sowie Friedrich-Karl Beier, Helmuth Coing und Wolfgang Lotz für die Geisteswissenschaftliche Sektion. ¹⁰⁵¹ Bereits in der ersten Sitzung verständigten sie sich darauf, »daß bei Erörterung aller Fragen eine enge Führungnahme und Kooperation mit den Organen der Gesellschaft und der Generalverwaltung unerläßlich seien«. ¹⁰⁵² Der Intersektionelle Ausschuss wollte also möglichst eng mit den Leitungsgremien der MPG kooperieren und sich dabei – so formulierte man sein Selbstverständnis – »den Organen der Gesellschaft und der Generalverwaltung zur Vorbereitung von Entscheidungen in wichtigen Angelegenheiten der Gesellschaft als schnell verfügbares beratendes Gremium zur Verfügung stellen«. ¹⁰⁵³ Mit Blick auf die anstehenden Reformen kamen die neun Mitglieder ohne lange Diskussion überein,

daß die in diesem Zusammenhang anstehenden Fragen von der Max-Planck-Gesellschaft sofort angegangen werden müßten, ohne allerdings gleich Satzungsänderungen ins Auge zu fassen. Die Max-Planck-Gesellschaft müsse als eingetragener Verein die Kraft haben, notwendige Veränderungen von sich aus einzuleiten, ohne sich durch äußeren oder inneren Druck zum Nachgeben an falscher Stelle verleiten zu lassen. Die Universitäten hätten die nunmehr dort bestehende Situation mit verschuldet, weil sie ohne eigene Konzeption über ihre Struktur versucht hätten, durch unkoordiniertes Nachgeben eine Befriedung zu erreichen. ¹⁰⁵⁴

1049 Drehbuch der 84. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 24. 11. 1969, AMPG, II. Abt. Rep. 61, Nr. 84.VP, fol. 184.

1050 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 471.

1051 Zu Beier, dem Nachfolger von Eugen Ulmer, siehe Gerhard Schrickler: Friedrich-Karl Beier. 09.04. 1926–13. 11. 1997. *Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft*, 1997, 188–190. — Zu Lotz siehe Klaus Güthlein: Der »Palazzo Nuovo« des Kapitols. In memoriam Wolfgang Lotz. München: Hirmer 1985, 83–190.

1052 Niederschrift der 88. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 30.

1053 Niederschrift der 88. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 30.

1054 Niederschrift der 66. Sitzung des Senats vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 28–29.

Die wichtigste Aufgabe des Intersektionellen Ausschusses, für die er im Grunde genommen überhaupt erst ins Leben gerufen worden war, bestand darin, einen Rahmen abzustecken, in dem sich die anstehenden Satzungsänderungen bewegen sollten. Diese Rahmenrichtlinien sollten allen am Reformprozess Beteiligten – allen voran der Senatskommission, aber auch den im Wissenschaftlichen Rat versammelten Wissenschaftlichen Mitgliedern – zur Verfügung gestellt und von ihnen beachtet werden.¹⁰⁵⁵ Mit anderen Worten ging es bei den Beratungen des Intersektionellen Ausschusses darum, jene Grenzen zu ziehen, innerhalb derer es Reformen der MPG geben konnte – oder, wie Butenandt es formulierte: »den Rahmen [vorzu]geben, innerhalb dessen Reformen möglich und denkbar seien.«¹⁰⁵⁶ Dieser Rahmen war eng gesteckt: Die aus sieben Thesen bestehenden »Grundsätze der MPG« vom 5. Mai 1971, die bisweilen auch als »Leitlinien« titulierte wurden, charakterisierten die MPG zunächst als Forschungsorganisation, deren Aufgabe es sei, »beste personelle und strukturelle Voraussetzungen [zu] schaffen, um hohe Leistungen zu ermöglichen.«¹⁰⁵⁷ Die zweite These, die MPG vereinige »als eingetragener Verein Wissenschaftliche Mitglieder und Fördernde Mitglieder aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft«, die »in den leitenden Organen der Gesellschaft mitwirken« sollten, kloppte die bestehende Zusammensetzung der Leitungsgremien fest. Dann wandte sich das Papier der Mitbestimmungsfrage zu: »Die Max-Planck-Gesellschaft verwaltet sich selbst«, formulierte die dritte These. »An ihren leitenden Organen sind die in ihr tätigen Wissenschaftler nur begrenzt beteiligt; sie sollen auf Grund ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen ausgewählt sein und keine Gruppeninteressen vertreten. Von den Entscheidungen über Vergabe von Mitteln und Stellen sind Anwärter oder deren Vertreter so weit als möglich auszuschalten.«¹⁰⁵⁸ Die vierte These zementierte die Vorrangstellung der Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder in den Instituten: »Die Stellung eines Wissenschaftlers in der Max-Planck-Gesellschaft richtet sich nach seiner wissenschaftlichen Qualifikation«, heißt es dazu. »Zu sichern ist die Entscheidungsfreiheit derer, denen Verantwortung übertragen ist, insbesondere in der Wahl der Arbeitsziele und der zweckmäßigen Verwendung der bewilligten Mittel. Mißbrauch von Befugnissen und übergroße Verantwortungsbereiche sollen ausgeschlossen sein.«¹⁰⁵⁹ In der folgenden These brachte der Intersektionelle Ausschuss das Kunststück fertig, den Vorsatz der permanenten Anpassung an die sich verändernden Herausforderungen mit der Zementierung der bestehenden Institutsstrukturen zu kombinieren.

1055 Niederschrift der 89. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 9. 3. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 89.VP, fol. 188. — Drehbuch der 89. Sitzung des Verwaltungsrats vom 9. 3. 1971 in Mannheim, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 89.VP, fol. 239. — Der Wissenschaftliche Rat hatte den Intersektionellen Ausschuss am 12. 6. 1970 damit beauftragt, entsprechende »Grundsätze festzulegen, die für den Fortbestand der Max-Planck-Gesellschaft gesichert sein müssen«. Vermerk Dr. Ni/St: Zwischenbericht der Präsidentenkommission für Strukturfragen vom 17. 5. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 7.

1056 Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 7.

1057 Grundsätze der MPG (Entwurf des Intersektionellen Ausschusses zur Vorlage an den Wissenschaftlichen Rat) vom 5. 5. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 25. — Abgedruckt bei Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 190.

1058 Grundsätze der MPG (Entwurf des Intersektionellen Ausschusses zur Vorlage an den Wissenschaftlichen Rat) vom 5. 5. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 25. — Abgedruckt bei Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 190.

1059 Grundsätze der MPG (Entwurf des Intersektionellen Ausschusses zur Vorlage an den Wissenschaftlichen Rat) vom 5. 5. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 25. — Abgedruckt bei Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 190.

Die Max-Planck-Gesellschaft soll auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen sowie derer anderer Forschungseinrichtungen den sich ändernden Erfordernissen Rechnung tragen. Die Forderung nach hoher Leistung und neuen Erkenntnissen zwingt dazu, Forschungsprogramme und Institutionen regelmäßig zu überprüfen. Die bewährte Anpassungsfähigkeit der Institutsstrukturen, die unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung trägt, muß erhalten bleiben.¹⁰⁶⁰

Wiedererkennen konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einige ihrer Forderungen in der sechsten These. »Voraussetzungen für erfolgreiche Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft sind eine handlungsfähige, von Interessengruppen unabhängige Leitung und eine leistungsfähige Verwaltung. Sie sollen gemeinsam nach außen die Rechte der Gesellschaft wahren und nach innen über die Grundsätze wachen.«¹⁰⁶¹ Zum Abschluss des Dokuments bemühte sich der Intersektionelle Ausschuss, die privatrechtliche Verfasstheit der MPG, ihre weitgehende Alimentierung von der öffentlichen Hand und ihre Unabhängigkeit in der Forschungspolitik unter einen Hut zu bringen, was einer Quadratur des Kreises gleichkam:

Die Organisationsform des privaten Vereins und die damit verbundene Unabhängigkeit hat sich für die Ziele der Max-Planck-Gesellschaft als zweckmäßig erwiesen. Zur Durchführung ihrer Arbeit bewirbt sich die Max-Planck-Gesellschaft um Mittel der öffentlichen Hand. Es kann ihr jedoch nicht vorgeschrieben werden, welche Wissenschaftsgebiete sie fördert; im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung bestimmt sie selbst die Richtlinien ihrer Arbeitsweise. Sie ist der Öffentlichkeit über den Erfolg ihrer Arbeit Rechenschaft schuldig.¹⁰⁶²

In diesem engen Rahmen bewegten sich somit die Reformbemühungen, und die Strukturkommission akzeptierte diese Vorgaben notgedrungen. Das Ergebnis ihrer langen Verhandlungen, in das auch die Wünsche anderer Gremien wie des Intersektionellen Ausschusses, des Senats und des Wissenschaftlichen Rats bzw. seiner drei Sektionen eingeflossen waren, stellte einen Kompromiss zwischen Reformern und Hardlinern dar, bei dem man zudem versuchte, auch die Forderungen des wissenschaftlichen Nachwuchses zu berücksichtigen. Dieser Kompromiss fand seinen ersten Niederschlag in einem umfangreichen Zwischenbericht, den die erweiterte Strukturkommission dem Senat im Mai 1971 vorlegte.¹⁰⁶³ In der Frage der Mitwirkungsmöglichkeiten für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einigte man sich auf die Formel, institutionalisierte »Mitbestimmung«, wie in Wirtschaftsunternehmen

1060 Grundsätze der MPG (Entwurf des Intersektionellen Ausschusses zur Vorlage an den Wissenschaftlichen Rat) vom 5. 5. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 26. — Abgedruckt bei Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 190.

1061 Grundsätze der MPG (Entwurf des Intersektionellen Ausschusses zur Vorlage an den Wissenschaftlichen Rat) vom 5. 5. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 26. — Abgedruckt bei Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 190.

1062 Grundsätze der MPG (Entwurf des Intersektionellen Ausschusses zur Vorlage an den Wissenschaftlichen Rat) vom 5. 5. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 26. — Abgedruckt bei Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 190.

1063 Vermerk Dr. Ni/St: Zwischenbericht der Präsidentenkommission für Strukturfragen vom 17. 5. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 7–24.

oder auch seit kurzem an den Universitäten üblich, abzulehnen, dafür aber eine mehr oder weniger formalisierte »Mitberatung« in den einzelnen Max-Planck-Instituten zu ermöglichen;¹⁰⁶⁴ das Maß der Verbindlichkeit, das dabei festgelegt werden sollte, war freilich noch umstritten. Damit kam die Reformdiskussion jedoch noch nicht an ihr Ende, denn der mühsam erzielte Kompromiss geriet umgehend von drei Seiten wieder unter Beschuss: erstens vom enttäuschten wissenschaftlichen Nachwuchs, der sich mit »Mitberatung« nicht zufrieden geben wollte, zweitens von der Bundesregierung, die auch in der MPG »mehr Demokratie« anmahnte, und drittens von einem Teil der Wissenschaftlichen Mitglieder, denen die geplanten Reformschritte bereits viel zu weit ging. Die kritischen Reaktionen seien im Folgenden kurz erläutert.

Viele der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – vermutlich vor allem diejenigen, die sich in den Delegiertenkonferenzen eingebracht und dabei viel Zeit geopfert hatten – waren mit dem von der Strukturkommission nach langen Verhandlungen präsentierten Ergebnis unzufrieden. Die bereits erwähnten »Arnoldshainer Thesen« vom 2. Juni 1971, die mit der MPG hart ins Gericht gingen, müssen auch als Reaktion der Enttäuschung auf die Ergebnisse gelesen werden, die die Strukturkommission kurz zuvor vorgelegt hatte. Sie entsprächen, hieß es in der Stellungnahme der Delegiertenkonferenz, »in keiner Weise den Erwartungen auf Einleitung von Reformen«, wofür die Delegierten die mangelnde demokratische Legitimation der Kommission verantwortlich machten. Aus diesem Grund forderten sie eine paritätische Besetzung des Reformgremiums, denn erst mit einem solchen Schritt »würde der Weg geebnet, nicht nur ›Grundsätze der Max-Planck-Gesellschaft«, sondern auch die auf die Veränderung der Max-Planck-Gesellschaft gerichteten Thesen des Delegiertentages zu Leitlinien künftiger Reformen zu machen.«¹⁰⁶⁵ Dass diese Forderung kaum erfüllt werden würde, wussten auch die Delegierten. Die Arbeitsgruppe Mitbestimmung zog auf dem Delegiertentag von Arnoldshain das resignierte Fazit: »Oberster Grundsatz der Max-Planck-Gesellschaft ist es, Mitbestimmung auszuschließen.«¹⁰⁶⁶ So aber schwelte die Unzufriedenheit weiter. Zu den »Schwerpunkten der Unruhe in Max-Planck-Instituten« zählten die Standorte Heidelberg, Göttingen, Lindau sowie das *MPI für Psychiatrie* in München, wie Butenandt dem Verwaltungsrat berichtete. »Ruhe herrsche dagegen, ohne daß er dies beeinflußt habe, am Max-Planck-Institut für Biochemie und auch in Tübingen.«¹⁰⁶⁷ All dies mündete auf dem zweiten Delegiertentag, der am 11. und 12. Mai

1064 Dass »Mitberatung« keine echte Mitbestimmung war und sein sollte, war allen Beteiligten völlig klar. Manche sprachen das sogar offen aus. So erblickte beispielsweise Edmund Marsch, einflussreicher Leiter der Abteilung 1 der Generalverwaltung, in einem 1971 vom *MPI für Immunbiologie* vorgelegten Satzungsentwurf »die Gefahr, daß einige Institute bereit sind, dem Druck nachzugeben und entgegen der Satzung *echte Mitbestimmung* einzuführen.« Der Entwurf sah nämlich »paritätische Mitbestimmung bei allen Entscheidungen über Haushalt, Personal und Forschungsthemen« vor. Niederschrift der 90. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 23. 6. 1971 in Berlin, APMG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 89. Hervorhebung JB.

1065 Thesen zur Reform der MPG, ausgearbeitet und beschlossen von Delegierten in Arnoldshain am 2. 6. 1971, APMG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 28. — Abgedruckt bei Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 172–174, Zitat 174.

1066 Zitiert nach Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 133.

1067 Niederschrift der 90. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 23. 6. 1971 in Berlin, APMG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 87–88.

1972 in Göttingen stattfand, in die Annahme einer noch schärferen Resolution, deren Kernsatz lautete: »Die im Bericht der Strukturkommission vorgeschlagenen und vom Senat gebilligten Strukturänderungen sind nicht ausreihend, die dringend notwendige Reform der MPG herbeizuführen.«¹⁰⁶⁸ Statt der geplanten »Pseudoreform« forderten die Delegierten, die Strukturgespräche fortzusetzen.¹⁰⁶⁹ Die MPG-Spitze ließ sich von den anhaltenden Protesten in einer Reihe von Max-Planck-Instituten indes wenig beeindrucken. Der Senat nahm die in den Ausarbeitungen der Strukturkommission niedergelegten Minderheitenvoten der Vertreter ihrer Belegschaft zur Kenntnis und legte sie dann ad acta.¹⁰⁷⁰

Schwerer wog die Unzufriedenheit der Politik. Die harsche Kritik, die die Delegierten in Arnoldshain formuliert hatten, brachte die MPG nämlich auch gegenüber ihren Geldgebern in die Bredouille. »Die auch in Presseberichten anklingenden Zweifel an der Klarheit der Entscheidungsprozesse könnten die Max-Planck-Gesellschaft in Schwierigkeiten bei Verhandlungen mit Finanzierungsträgern und Rechnungshöfen bringen«, so formulierte Butenandt seine Befürchtung im Verwaltungsrat. »Von dieser Seite sei bereits die Frage aufgeworfen worden, ob man für eine pauschale Geldzuweisung an die Max-Planck-Gesellschaft noch eintreten könne.«¹⁰⁷¹ Während die Bedenken der Rechnungshöfe rasch ausgeräumt waren, rief die Zögerlichkeit der MPG in der Mitbestimmungsfrage bald auch die Bundesregierung auf den Plan. Im Juni 1971 hatte Butenandts Kritik an Brandts Regierungserklärung von 1969 ein Nachspiel. Als der Senat den Zwischenbericht der Strukturkommission debattierte und dabei gezwungenermaßen auch auf die in Arnoldshain erhobenen Forderungen der Delegierten eingehen musste, meldete sich verschiedene Male die FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher zu Wort. Die Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, die in dieser Funktion dem Senat der MPG angehörte, ging mit der Führungsmannschaft der MPG hart ins Gericht. Die Gesellschaft müsse »klarere Vorstellungen als im Zwischenbericht entwickeln«, forderte sie. »Auf keinen Fall dürfe man die reformerischen Kräfte, deren Anliegen berechtigt sei, enttäuschen, auch wenn es unmöglich werde, alle Wünsche und Forderungen zu erfüllen.«¹⁰⁷² Wolfgang Bargmann reagierte in einer Mischung aus Empörung und Ungläubigkeit: Hamm-Brücher »rede im Grunde einer Mitbestimmung das Wort, während in den übrigen Diskussionsbeiträgen ein Bekenntnis zur Mitberatung zum Ausdruck gekommen sei. Die Erfahrungen an den Hochschulen seien jedoch nicht dazu angetan«, ereiferte sich Bargmann, »die hier prak-

1068 Zitiert nach Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 141. — Siehe dazu und im zum Folgenden auch Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 193–194.

1069 Niederschrift der 94. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 20. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 83.

1070 Im Verwaltungsrat hatte Butenandt bereits zuvor betont, »daß in den Empfehlungen der Strukturkommission zwar auch die Auffassung der Minderheiten zum Ausdruck komme, als Richtlinie für die Diskussion in den Gremien der Max-Planck-Gesellschaft jedoch die Mehrheitsmeinung gelten müsse.« Niederschrift der 93. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 13./14. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 209.

1071 Niederschrift der 90. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 23. 6. 1971 in Berlin, APMG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 103.

1072 Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 13.

tizierte Mitbestimmung auf die Max-Planck-Gesellschaft, insbesondere auf deren naturwissenschaftliche Institute, zu übertragen, denn diese Art der Mitbestimmung führe zu Gruppen- und Fraktionsbildungen«. ¹⁰⁷³ Daraufhin entgegnete die Staatssekretärin kühl,

die Situation an den Hochschulen sei sicherlich nicht mit der in der Max-Planck-Gesellschaft vergleichbar, aber auch die Max-Planck-Gesellschaft müsse erkennen, daß die Forderung nach der Mitbestimmung im Gegensatz zu den Universitäten von einem bereits wissenschaftlich qualifizierten Personenkreis erhoben werde. Eine, wenn auch gestaffelte, wohlüberlegte Mitbestimmung lasse sich dahernicht vermeiden. Die Mitberatung werde nicht ausreichen. ¹⁰⁷⁴

Von diesem Standpunkt ließ sich Hamm-Brücher auch nicht von den Einwänden und Erläuterungen, die von zahlreichen anderen Senatoren vorgebracht wurden, nicht abbringen.

Dennoch blieb die MPG in diesem Konflikt mit der Bundesregierung bei ihrer Position. Sie konnte diese Haltung gegenüber ihrem wichtigsten Geldgeber vor allem deswegen durchhalten, weil die Politik in der Mitbestimmungsfrage nicht an einem Strang zog. Die Unionsopposition, die ja über die Länder ebenfalls im Senat der MPG vertreten war, bestärkte Butenandt und seine Führungsmannschaft in ihrem unnachgiebigen Kurs. Der bayerische Kultusminister Ludwig Huber hatte »die Forderung der Studenten nach der Drittelparität in den Entscheidungsgremien der Hochschulen« schon Anfang 1969 als »sachlich völlig ungerechtfertigt« bezeichnet. In diesem Zusammenhang warnte Huber »ausdrücklich vor der Aufnahme von Studentenfunktionären in die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft« und bedauerte »daß viele Politiker unter dem Druck der Straße aus Feigheit oder aus anderen Gründen zum Nachgeben bereit seien«. ¹⁰⁷⁵ Und als Hildegard Hamm-Brücher so entschieden eine Lanze für die Mitbestimmung in der MPG brach, trat ihr Hans Maier, Hubers Nachfolger im Amt des bayerischen Kultusministers, energisch entgegen und plädierte »gegen [die] Einführung der paritätischen Mitbestimmung in der Max-Planck-Gesellschaft«. Zur Begründung führte Maier aus: »Die Erfahrungen der letzten vier Jahre an den Universitäten zeigten, daß das Prinzip der Einheit von Wissenschaft in Forschung und Lehre durch Interessenrepräsentation ersetzt werde. Beides schließe sich jedoch gegenseitig aus.« ¹⁰⁷⁶ Diese Episode zeigt zweierlei: zum einen, dass die CSU auch den Senat der MPG als Bühne nutze, um sich als konservative Alternative zur sozialliberalen Koalition in Szene zu setzen; ¹⁰⁷⁷ zum anderen ver-

1073 Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 14.

1074 Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 14.

1075 Niederschrift der 62. Sitzung vom 7. 3. 1969 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 62.SP, fol. 13.

1076 Niederschrift der 69. Sitzung des Senats vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69, fol. 15.

1077 Zu den Auseinandersetzungen zwischen CSU und sozialliberaler Koalition siehe Alf Mintzel: *Geschichte der CSU. Ein Überblick*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1977, 397–406. — Thomas Schlemmer, Stefan Grüner und Jaromír Balcar: »Entwicklungshilfe im eigenen Lande«. Landesplanung in Bayern nach 1945. In: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn: Schöningh 2003, 379–450, hier 434–435.

deutlicht sie nochmals, dass die MPG ihre bemerkenswerte Autonomie – und zwar nicht nur in der Forschungspolitik, sondern auch in Fragen ihrer inneren Struktur – ganz wesentlich den der Mehrebenendemokratie der Bundesrepublik strukturell innewohnenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen im Bund und in den Ländern verdankte. Vor diesem Hintergrund – das wusste die MPG-Spitze nur zu gut – waren Ankündigungen von Mitgliedern der Bonner Regierungsparteien, der MPG den Geldhahn zuzudrehen, sollte sie den Forderungen nach mehr Mitbestimmung aus den eigenen Reihen nicht nachkommen,¹⁰⁷⁸ nichts als leere Drohungen.

Es war indes weder der aufmüpfige Nachwuchs noch die Bundesregierung, die den mühsam erreichten Kompromiss in der Strukturkommission ernsthaft gefährdeten, sondern die Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG. Die Stimmungen und Tendenzen in den drei Sektionen waren unterschiedlich: Während die Geisteswissenschaftliche Sektion den Bericht der Strukturkommission einhellig begrüßte und ihn auch die Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion mehrheitlich guthieß, lehnte die Biologisch-Medizinisch Sektion (BMS) die Vorlage »fast einstimmig« ab.¹⁰⁷⁹ Innerhalb der BMS formierte sich eine regelrechte Fronde, die versuchte, die Satzungsreform noch in letzter Minute zu torpedieren.¹⁰⁸⁰ Eine Gruppe Tübinger Institutsdirektoren mobilisierten mit markigen Worten ihre Sektionskollegen und veranstalteten als Zeichen des Protests – nach dem Vorbild der Studentenbewegung – sogar ein Sit-in in der Münchner Generalverwaltung, an dem sich elf Direktoren beteiligten.¹⁰⁸¹ Den Knackpunkt stellte einmal mehr die Frage der Mitbestimmung für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar, konkret die Aufnahme von Repräsentanten in den Senat und die Sektionen des Wissenschaftlichen Rats. In der Unterkommission »Zentrale Organe« der Strukturkommission war man sich »darin einig, daß eine Vertretung der wissenschaftlichen Mitarbei-

1078 Siehe etwa die die Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Dietrich Sperling, Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, in: Ein Hochamt, 1971, 110–114, hier 114. — Ulrich Lohmar (SPD), der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie, sagte auf einer Ausschusssitzung im Januar 1975 an die Adresse von Reimar Lüst gerichtet: »Natürlich kennen wir unsere gegenseitigen Meinungs- und Machtpositionen. Sie wissen so gut wie ich, daß der Bundestag nur eine Möglichkeit hat, Sie ernsthaft zu einer Änderung Ihrer Haltung in machtpolitischen Konflikten zu zwingen, nämlich über Geld.« Zitiert nach Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 149. Von dieser »Möglichkeit« machte der Bundestag jedoch auch 1975 keinen Gebrauch – und es fragt sich, ob diese »Möglichkeit« angesichts der Machtverhältnisse zwischen Bund und Ländern real überhaupt gegeben war.

1079 Drehbuch der 94. Sitzung des Verwaltungsrats vom 20. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 17. — Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 19–30. — Siehe dazu auch Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 130.

1080 Diese Gefahr hatte Generalsekretär Schneider dem Verwaltungsrat bereits frühzeitig angedeutet. Niederschrift der 93. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 13./14. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 168. — Wieder einmal war es Georg Melchers, der besonders heftig wider den Stachel löckte. Butenandt berichtete dem Verwaltungsrat bereits im Sommer 1971, »daß sich Herr Melchers aufgrund seiner Überzeugung, er leite die bestorganisierte Abteilung in der Max-Planck-Gesellschaft, weigere, seine Mitarbeiter an der Diskussion über Strukturfragen zu beteiligen. Er habe sämtliche Berichte der Strukturkommission zurückgeschickt und sich dagegen verwahrt, daß den Mitarbeitern auf Veranlassung des Präsidenten die Strukturberichte direkt zugeleitet wurden.« Niederschrift der 90. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 23. 6. 1971 in Berlin, APMG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 89.

1081 Siehe mit weiteren Details Robert Gerwin: Im Windschatten der 68er ein Stück Demokratisierung. Die Satzungsreform von 1972 und das Harnack-Prinzip. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Berlin: De Gruyter 1996, 211–226, 217.

ter im Senat vorgesehen werden sollte«. ¹⁰⁸² Die Unterkommission hatte auch gleich mehrere detaillierte Vorschläge – »Alternativmodelle« – für entsprechende Wahlverfahren ausgearbeitet. Ähnlich detaillierte Überlegungen stellte die Unterkommission auch für die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sektionen und im Wissenschaftlichen Rat an. Butenandt erläuterte die Überlegungen der Unterkommission vor dem Verwaltungsrat folgendermaßen:

Die Mitglieder der Kommission sind sich einig, daß der Sachverstand der wissenschaftlichen Mitarbeiter für die Sektionsarbeit nutzbar gemacht werden soll. Das Hauptproblem besteht darin, wie die Aufnahme wissenschaftlicher Mitarbeiter, die diesen Sachverstand mitbringen, sichergestellt werden kann. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Strukturkommission sind dabei der Ansicht, daß hierfür die Wahl in den Instituten genügt, während andere Kommissionsmitglieder m. E. zu recht befürchten, daß die Wahl allein nicht die wirklich sachverständigen Mitarbeiter, sondern eher Funktionäre in die Sektionen bringt. ¹⁰⁸³

Wieder einmal führte der Versuch, Elemente der Mitberaterung in die Leitungsstrukturen der MPG einzufügen, zu einem Eiertanz zwischen demokratischer Wahl und patriarchalischer Benennung von Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wobei Verwaltungsrat und Senat die Vorschläge der Strukturkommission noch weiter verwässerten. Dem lag einmal mehr die Befürchtung zugrunde, dass »Funktionäre« – gemeint waren mit dieser wiederholt zu lesenden Formulierung abermals Gewerkschaftsfunktionäre und ideologiegeleitete Adepten der Protestbewegung – in die Leitungsgremien der MPG Einzug halten und die dortigen Beratungen politisieren könnten. ¹⁰⁸⁴

Man muss diese Befürchtung nicht teilen, kann sie aber angesichts der verfahrenen Reformdebatten zumindest teilweise nachvollziehen: Die halbwegs reformwilligen Kräfte in der MPG – zu denen übrigens auch Butenandt gezählt werden muss, auch wenn er in der Presse und auf den Delegiertenkonferenzen anders dargestellt wurde – liefen Gefahr, zwischen die Fronten des reformwilligen Nachwuchses und der Hardliner im Wissenschaftlichen Rat zu geraten, denn sie konnten es den Vertretern der beiden Extrempositionen nicht gleichzeitig recht machen. Diese Zwickmühle sollte bei der heutigen Bewertung der oftmals halbherzig anmutenden Reformbemühungen der MPG-Spitze berücksichtigt werden. So erklärte Generalsekretär Schneider vor dem Verwaltungsrat im März 1972, »daß die Vorschläge der Strukturkommission

1082 Drehbuch der 92. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18. 11. 1971 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 92.VP, fol. 7.
— Siehe dazu auch Dr. Ni/mo: Zwischenbericht der Unterkommission »Zentrale Organe« vom 22. 9. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 92.VP, fol. 240.

1083 Drehbuch der 92. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18. 11. 1971 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 92.VP, fol. 9.
— Siehe dazu auch Niederschrift der 70. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1971 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 70.SP, fol. 7–22.

1084 »Man müsse zu verhindern suchen«, hatte Carl Wurster bereits im März 1970 mit Blick auf den VWF gefordert, »daß Funktionäre Unruhe stifteten, wo alles in Ordnung sei.« Niederschrift der 85. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt. Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 107.

die Wünsche der wissenschaftlichen Mitarbeiter noch nicht befriedigen werden.«¹⁰⁸⁵ Zugleich prophezeiten sowohl Butenandt als auch Zweigert, »daß die Vertretung der wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Sektionen einen Streitpunkt bilden werde. [...] Es sei zu befürchten, daß die Mehrheit der Wissenschaftlichen Mitglieder eine Aufnahme wissenschaftlicher Mitarbeiter in die Sektionen ablehnen werde.«¹⁰⁸⁶ Genau dies traf dann auch ein.

Am 24. Februar 1972 legte die Strukturkommission ihren Abschlussbericht vor. Helmut Coing, der in den Sitzungen zumeist den Vorsitz geführt hatte, stellte dem Senat Mitte März 1972 die Ergebnisse der insgesamt dreijährigen Arbeit vor. In der Mitbestimmungsfrage schlug die Kommission auf der Institutebene »eine institutionalisierte Mitwirkung der wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter an Entscheidungsprozessen in der Form vor, daß alle wesentlichen Fragen im Zusammenhang mit Forschungsvorhaben und ihrer Durchführung zum Gegenstand regelmäßiger und durch Verfahrensordnungen geregelter Institutsberatungen gemacht werden sollten.«¹⁰⁸⁷ Als besonderes Problem hierbei galt, was im Streitfall geschehen sollte. »Die Frage, wie verfahren werden soll, wenn sich in einzelnen Beratungen diese Übereinstimmung nicht erzielen lasse, sei umstritten gewesen. Die Mehrheit habe sich dafür ausgesprochen, daß in solchen Fällen die Institutsleitung entscheiden und ihre Entscheidung begründen müsse.«¹⁰⁸⁸ Die Belegschaft sollte in diesem Fall das Recht haben, sich an die zuständige Sektion zu wenden. Bei den zentralen Organen der MPG verzichtete die Strukturkommission auf eine Umstrukturierung und beschränkte sich auf »einige Änderungen in der personellen Zusammensetzung der Organe«. Dies betraf in erster Linie die Aufnahme des Betriebsratsvorsitzenden und je eines Vertreters der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Sektion in den Senat. Diese sollten nun auch in den Sektionen vertreten sein, und zwar durch je ein bis drei Repräsentanten, abhängig von der Institutsgröße. In der heiklen Frage, wie die Mitarbeitervertretung bestimmt werden sollte, wollte die Strukturkommission mehrheitlich auf »direkte Wahlen seitens der Institute« verzichten. »Die Mitarbeiter sollten vielmehr nach einem ähnlichen Verfahren in die Sektionen aufgenommen werden wie die Wissenschaftlichen Mitglieder, d. h. der Präsident müsse berechtigt sein, ihre wissenschaftliche Qualifikation nachzuprüfen und die Wahl zu bestätigen. Unter dieser Voraussetzung sei die Verteilung gleicher Rechte legitim; von Sektionsmitgliedern unterschiedlicher Rechtsstellung rate die Kommission ab.«¹⁰⁸⁹ Nachdem der Senat »den Mehrheitsempfehlungen der Strukturkommission« einhellig zugestimmt hatte, erarbeitete ein eigens zu diesem Zweck eingesetztes

1085 Niederschrift der 93. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 13./14. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 168.

1086 Niederschrift der 93. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 13./14. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 168.

1087 Niederschrift der 71. Sitzung des Senats vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 22–23.

1088 Niederschrift der 71. Sitzung des Senats vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 22–23.

1089 Niederschrift der 71. Sitzung des Senats vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 24.

Redaktionskomitee den Entwurf einer Satzungsänderung, der Ende Mai 1972 an alle Mitglieder der MPG versandt wurde.¹⁰⁹⁰

Der Vorschlag der Strukturkommission zur Aufnahme von Mitarbeitervertretern in den Senat und in die Sektionen stieß jedoch nach wie vor bei zahlreichen Wissenschaftlichen Mitgliedern auf Ablehnung. Zum Showdown kam es in einer Sondersitzung des Wissenschaftlichen Rats am 27. April 1972 in Frankfurt am Main. Zur gleichen Zeit entschied der Bundestag in Bonn erstmals in seiner Geschichte über ein konstruktives Misstrauensvotum, dass die Union eingebracht hatte, um Rainer Barzel (CDU) anstelle von Willy Brandt zum Bundeskanzler zu machen.¹⁰⁹¹ Die Spannung in dem MPG-Gremium dürfte kaum geringer gewesen sein. Reimar Lüst, der zuvor bereits öffentlich für eine Aufnahme von Mitarbeitervertretern in Senat und Wissenschaftlichen Rat plädiert hatte,¹⁰⁹² musste sein ganzes Gewicht als designierter Nachfolger Adolf Butenandts als MPG-Präsident in die Waagschale werfen, um eine Mehrheit für die Reform zu gewinnen. In der »Frage der Mitgliedschaft von Mitarbeitern in den Sektionen« gelang dies erst »aufgrund eines Kompromißvorschlags von Herrn Lüst«, der vorsah, »daß aus jedem Max-Planck-Institut ein Mitarbeiter in die zuständige Sektion gewählt wird. Abweichend von dem Vorschlag der Strukturkommission haben die Mitarbeiter in der Sektion dann kein Stimmrecht, wenn es um die Fragen der Besetzung von Positionen geht, die sie selbst noch nicht erreicht haben.«¹⁰⁹³ Konkret galt dies für die Berufung Wissenschaftlicher Mitglieder. Diesem Vorschlag stimmten schließlich »mehr als zwei Drittel der Wissenschaftlichen Mitglieder« zu. Zuvor hatte Butenandt, der »eine Kampfabstimmung in Fragen von solcher Bedeutung [...] vermeiden« wollte, den Versammelten klargemacht, »daß er die Vorschläge nur dann an die Mitgliederversammlung weiterleiten werde, wenn eine überzeugende Mehrheit des Wissenschaftlichen Rates dafür stimme«.¹⁰⁹⁴

1090 Niederschrift der 94. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 20. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 85. — Dem vom Senat eingesetzten Redaktionskomitee gehörten Detlev Ploog für die BMS, Hans-Joachim Queisser für die CPTS, Hermann Mosler für die GWS, Hans Reschke für den Senat sowie Friedrich Schneider und Dieter Girgensohn für die Strukturkommission an. Niederschrift der 71. Sitzung des Senats vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 31. — Einführung zum Vorschlag zur Änderung der Satzung der MPG, undatiert, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 294.

1091 Auf die zeitliche Koinzidenz verweist Gerwin, *Im Windschatten der 68er*, 1996, 211–226, 217. — Siehe dazu Andreas Grau: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt. *Historisch-Politische Mitteilungen* 16/1 (2009), 1–17. — Zu Barzel siehe Kai Wambach: *Rainer Barzel. Eine Biographie*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2019.

1092 In einem Interview hatte Lüst erklärt, er »würde es für selbstverständlich halten, wenn in Zukunft sowohl im Senat als auch im Wissenschaftlichen Rat auch wissenschaftliche Mitarbeiter vertreten wären.« Mehr Mitbestimmung für die Forscher — Weniger Geld für die Forschung. *Süddeutsche Zeitung* (23. 11. 1971). — Siehe dazu auch Gerwin, *Im Windschatten der 68er*, 1996, 211–226, 216. — Lüst war wenige Tage vor der Veröffentlichung dieses Interviews vom Senat mit 30 Stimmen bei zwei Enthaltungen zum Präsidenten der MPG gewählt worden, die Übergabe der Amtskette sollte auf der Hauptversammlung 1972 erfolgen. Niederschrift der 70. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1971 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 70.SP, fol. 1–44.

1093 Drehbuch für die Sitzung des Verwaltungsrats am 20. 6. 1972, Zu TOP 3: Vorbereitung der Satzungsänderung, in: AMPG, II. Abt., Rep. 61, 94.VP/DB. — Siehe auch Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 19–30.

1094 Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 20. — Lüsts Vorschlag wurde vom Wissenschaftlichen Rat mit 85 Ja-Stimmen bei 24 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. Gerwin, *Im Windschatten der 68er*, 1996, 211–226, 218.

Den Verwaltungsräten war dennoch mulmig zumute. Generalsekretär Schneider bezweifelte, »daß die Abstimmung [in der bevorstehenden Hauptversammlung der MPG, J. B.] reibungslos verlaufen werde. Angesichts der tiefverwurzelten Abneigung gegen einige Satzungsänderungsvorschläge müsse man mit Änderungsanträgen aus dem Kreise der Wissenschaftlichen Mitglieder, z. B. zur Frage der Aufnahme wissenschaftlicher Mitarbeiter in die Sektionen und zur Begrenzung von Leitungsfunktionen, rechnen.«¹⁰⁹⁵ Schneider wollte nicht einmal ausschließen, dass eine »Sperrminorität« die Reform auf der Hauptversammlung verhindern könnte. Diese Befürchtung war nicht unbegründet, denn die Kritiker in der Biologisch-Medizinischen Sektion agitierten auch nach der grundsätzlichen Zustimmung des Wissenschaftlichen Rats zu dem Reformkonzept weiter gegen den erzielten Kompromiss. »Am schwerwiegendsten sei die im Punkt Aufnahme wissenschaftlicher Mitarbeiter in die Sektionen eingetretene Meinungsänderung«, berichtete Butenandt am Vorabend der Bremer Hauptversammlung. »Die von einer in Frankfurt am Main überstimmten Minderheit erneut entfachte Diskussion habe dazu geführt, daß sich die Biologisch-Medizinische Sektion nunmehr nahezu geschlossen gegen die Aufnahme wissenschaftlicher Mitarbeiter aussprechen werde und damit in der Mitgliederversammlung eine Sperrminorität aufbauen könne, die das Erreichen der für die Satzungsänderung erforderlichen Zweidrittelmehrheit gefährde.«¹⁰⁹⁶ Dennoch empfahl der Verwaltungsrat, »in der Mitgliederversammlung am 22. Juni 1972 über die aufgrund der Mehrheitsempfehlungen der Strukturkommission erarbeiteten und nach Diskussion im Wissenschaftlichen Rat am 27. April 1972 modifizierten Satzungsänderungen zu beschließen.«¹⁰⁹⁷ Butenandt begründete dies vor dem Senat mit dem Argument, »daß damit Ruhe in die Institute einkehre und wissenschaftliche Arbeit wieder ungestört möglich sei. Auch sollte der Beginn der Amtszeit des neuen Präsidenten nicht durch weitere Strukturdiskussionen belastet sein, da andere dringende Aufgaben warteten. Nach einer Experimentierphase [von] fünf oder sechs Jahren müsse ohnehin geprüft werden, ob sich das neue System bewährt habe.«¹⁰⁹⁸

Die Entscheidung fiel schließlich auf der Hauptversammlung, die am 22. Juni 1972 im Festsaal des Bremer Rathauses stattfand. Da jede Satzungsänderung eine Zweidrittelmehrheit erforderte, die »möglicherweise bei Abstimmung über das Gesamtpaket der Vorschläge nicht erreicht werde«, hatte Butenandt empfohlen, »über zusammenhängende Themenkomplexe abzustimmen; dies könne schlimmstenfalls dazu führen, daß einige der vorgeschlagenen Änderungen nicht durchgesetzt werden. Möglicherweise werde die Aufnahme wissenschaftlicher Mitarbeiter in die Sektionen abgelehnt, ihre Mitwirkung im Wissenschaftlichen Rat dage-

1095 Niederschrift der 94. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 20. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 87. Das folgende Zitat ebenda.

1096 Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 06. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 22.

1097 Niederschrift der 94. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 20. 06. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 89. Das folgende Zitat ebenda.

1098 Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 06. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 24. — Siehe auch Gerwin, Im Windschatten der 68er, 1996, 211–226, 219.

gen akzeptiert.«¹⁰⁹⁹ Davor hatte Heinz Markmann, der sich dagegen aussprach, »die Vorschläge der Strukturkommission durch wesentliche Änderungen zu verfälschen«, mit markigen Worten gewarnt: »Bei einem Scheitern der Reform sei mit verstärkter Unruhe und Agitation seitens der Mitarbeiter zu rechnen, die die Arbeit in den Instituten beeinträchtigen werde.«¹¹⁰⁰ Einmal mehr schwang hier die Angst vor einem Übergreifen der Unruhen an den Universitäten auf die MPG mit. Die noch deutlich weiterreichenden Forderungen des unzufriedenen wissenschaftlichen Nachwuchses innerhalb der MPG dienten der Führungsriege nun als Argument gegen die Frondeure aus der Biologisch-Medizinischen Sektion. Unter Hinweis auf den Delegierten-tag vom Mai 1972, auf dem die Ergebnisse der Strukturkommission ebenfalls auf Ablehnung gestoßen waren, erklärte Butenandt, dort werde »die Forderung nach voller Mitbestimmung bei Entscheidungen über Forschungsprojekte« erhoben. »Von den Delegierten wie auch von einigen Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates sei – mit entgegengesetzter Motivation – gefordert worden, eine Satzungsänderung zu vertagen. Beide Seiten hofften, Zeit zu gewinnen, um eine größere Gruppe von der Richtigkeit ihrer Forderungen bzw. Einschränkungen zu überzeugen.«¹¹⁰¹ Mit dieser Warnung wollte Butenandt die Gemäßigten und die noch Unentschlossenen dazu bewegen, für die Annahme des Reformvorschlags zu stimmen. Den größten Eindruck auf die in Bremen versammelten MPG-Mitglieder machte allerdings nicht der scheidende Präsident, sondern der Christdemokrat Gerhard Stoltenberg, der als ehemaliger Bundeswissenschaftsminister als »überragender Sachkenner« galt. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein brach eine Lanze für das Gesamtpaket des Reformvorschlags, den er für ausgewogen hielt. Auf die negativen Erfahrungen an den Universitäten eingehend, erklärte er wörtlich: »Wenn die Hochschulen rechtzeitig eine solche Reform durchgeführt hätten, könnten sie heute froh sein.«¹¹⁰² Nach diesem flammenden Appell fand sich zu guter Letzt auch die erforderliche Mehrheit für den letzten Punkt der Tagesordnung, die Aufnahme von Mitarbeitervertretern in die Sektionen.

Neben der Mitberatung in den einzelnen Max-Planck-Instituten, die über deren Satzungen noch genauer geregelt werden musste, zogen damit erstmals Repräsentanten der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Sektionen und den Senat ein,¹¹⁰³ dem nun auch der Vorsitzende des Gesamtbetriebsausschusses von Amts wegen angehören sollte, wenn dieser das Recht zunächst auch ausschlug.¹¹⁰⁴ Aus der Sicht der Delegiertenversammlungen war dies ein

1099 Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 24.

1100 Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 25.

1101 Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 23–24.

1102 Zitiert nach Gerwin, *Im Windschatten der 68er*, 1996, 211–226, 220.

1103 Die Ergebnisse der Satzungsreform von 1972 mit Blick auf die Mitarbeitermitbestimmung bilanziert Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 194–195.

1104 Der Gesamtbetriebsrat forderte zunächst auch eine Vertretung im Verwaltungsrat. Siehe das Drehbuch der 94. Sitzung des Verwaltungsrats vom 20. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 21. — Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 19–30. — Erst im März 1974 konnte Lüst Hettenhausen im Senat begrüßen, »der aufgrund eines kürzlich vom Gesamtbetriebsrat gefaßten Beschlusses in seiner

äußerst bescheidenes Ergebnis, das durch die Einschränkung des Stimmrechts in Berufsfragen zusätzlich entwertet wurde. Damit fiel die endlich verabschiedete Satzungsreform nochmals deutlich hinter das zurück, was die Strukturkommission in langem und zähem Ringen erarbeitet hatte. Dies bedauerten unisono auch die beiden Präsidenten. Das nochmalige Nachgeben gegenüber den Hardlinern sei, so Lüst, »angesichts der starren Haltung der Biologisch-Medizinischen Sektion der einzige Weg gewesen, die Vorstellungen der Strukturkommission wenigstens teilweise zu verwirklichen«. Aus seiner Sicht war dies noch nicht das letzte Wort in dieser Frage, denn er hoffte, »daß man zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund der dann vorliegenden Erfahrung weniger emotionsgeladen über das Stimmrecht diskutieren könne«.¹¹⁰⁵ Auch Butenandt machte klar, dass er selbst eine umstandslose Aufnahme von Mitarbeitervertretern in die Sektionen begrüßt hätte, in dieser Frage jedoch abermals ein Kompromiss nötig gewesen sei, da nur ein solcher in der Hauptversammlung »Aussicht auf Erfolg« gehabt habe. Hätte man am ursprünglichen Vorschlag festgehalten und die »Mitwirkung wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Sektionen mit vollem Stimmrecht« zugelassen, sei »angesichts der zu erwartenden Zusammensetzung der [...] Mitgliederversammlung aus etwa einem Drittel Fördernder Mitglieder und zwei Dritteln Wissenschaftlicher Mitglieder mit einer Ablehnung zu rechnen« gewesen.¹¹⁰⁶

So setzten sich die Institutsleiter schließlich nicht nur gegen den aufmüpfigen wissenschaftlichen Nachwuchs durch, sondern auch gegen die MPG-Spitze, denn Senat und Verwaltungsrat wären im Gefolge des in der Strukturkommission erzielten Ergebnisses durchaus bereit gewesen, ein wenig mehr Mitarbeitermitbestimmung zuzulassen. Die Wissenschaftlichen Mitglieder und Direktoren aber beharrten bis zuletzt auf ihrem Anspruch, in ihren Instituten Herr im Hause zu bleiben. Diese Formulierung tritt den wenigen Frauen, die seinerzeit Leitungsfunktionen in der MPG ausgeübt haben, übrigens nicht zu nahe. Margot Becke, ihres Zeichens Direktorin des in Frankfurt am Main beheimateten *Gmelin-Instituts für anorganische Chemie und Grenzgebiete* und damit zum Zeitpunkt der Satzungsreform von 1972 die einzige Institutsleiterin in den Reihen der MPG, vertrat diesen Standpunkt sogar mit besonderem Nachdruck.¹¹⁰⁷

Eigenschaft als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates von der durch die neue Satzung gegebenen Möglichkeit der Mitwirkung im Senat Gebrauch macht.« Niederschrift der 77. Sitzung des Senats vom 15. 3. 1974 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 77.SP, fol. 135. — Siehe dazu auch Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 85.

1105 Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972, AMPG in Bremen, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 26. — Damit sollte Lüst Recht behalten, 1978 wurde die Einschränkung des Stimmrechts der Mitarbeitervertreter in den Sektionen bei Berufsfragen aufgehoben. Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 533.

1106 Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 29–30.

1107 Siehe dazu mit einem schlagenden Beispiel Scholz, *Partizipation und Mitbestimmung*, 2019, 94. — Zur Person siehe Ekkerhard Fluck: Margot Becke. 10.06.1914–14. 11. 2009. *Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft. Beilage Personalien*, 2009, 18–19.

4.3.3 Flexibilisierung mit Hindernissen

Freilich ging es bei der 1972 verabschiedeten Reform keineswegs nur um die so heiß diskutierte Frage der Mitarbeitermitbestimmung. Das atemberaubende Wachstum, das die MPG in den langen 1960er Jahren durchlief, rief bei manch weitsichtigem Beobachter ein mulmiges Gefühl hervor, denn es war offensichtlich, dass dieses an seine Grenzen stoßen musste. Adolf Butenandt hatte bereits auf der Jahreshauptversammlung der MPG 1961 bemerkt,

daß dem Wachstum der Forschungskosten natürliche Grenzen immanent sind. Die Zahl der qualifizierten Forscher und Forschungshilfskräfte ist eine begrenzte. Es genügt nicht, eine Aufgabe zu sehen und die für ihre Bewältigung erforderlichen Gelder zu haben, wenn der geeignete befähigte Mensch dazu fehlt. Wir dürfen nicht aufgreifen und sollten nicht fortsetzen, was nicht wirklich Befähigten anvertraut werden kann. Darin liegt zugleich die Grenze unserer Bemühungen in finanzieller Hinsicht.¹¹⁰⁸

Hier beschwor Butenandt einmal mehr das »Harnack-Prinzip«, zugleich bereitete er damit der Schließung von Abteilungen und ganzen Instituten den Weg. Letzteres – die Abwicklung von bestehenden Forschungseinrichtungen – gewann gegen Ende der langen 1960er Jahre zunehmend an Aktualität, doch hatte Albrecht Zeuner in seinem Rechtsgutachten vom Herbst 1968 herausgearbeitet, dass die MPG dazu gar keine Handhabe besaß.¹¹⁰⁹ Daher schrieb Edmund Marsch in seinen Erläuterungen zu Zeuners Ausführungen:

Der Verwaltungsrat sollte dieses Gutachten aufmerksam studieren, und wenn er und die Generalverwaltung zu dem Ergebnis kommen, daß der durch das Gutachten festgestellte herrschende Zustand nicht weiter aufrechterhalten werden kann, die jetzt bestehende Kommission für Strukturfragen beauftragen, einen Vorschlag auszuarbeiten, wie künftig zu verfahren ist, möglicherweise durch Änderung unserer Satzung.¹¹¹⁰

Damit markierte Zeuners Gutachten die Initialzündung für ein anderes zentrales Element der Satzungsreform von 1972: die Begrenzung der Leitungsfunktion von Direktoren und Wissenschaftlichen Mitgliedern. Sie sollte es der MPG ermöglichen, in Zukunft flexibler auf Trends und Entwicklungen in der Forschung reagieren zu können. Der Kerngedanke war, der MPG-Zentrale bereits frühzeitig – das heißt deutlich vor der Emeritierung eines Wissenschaftlichen Mitglieds – Zugriff auf die in den Max-Planck-Instituten investierten Finanzmittel zu verschaffen und ihr die Möglichkeit zu geben, Abteilungen oder ganze Institute auch wieder zu schlie-

¹¹⁰⁸ Auszug aus der Ansprache Adolf Butenandts in der Festversammlung der MPG in Berlin am 8. 6. 1961, abgedruckt in: Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 404.

¹¹⁰⁹ Siehe dazu ausführlich Kapitel 4.3.1.

¹¹¹⁰ Vermerk von Edmund Marsch zum Rechtsgutachten von Professor Zeuner vom 16. 10. 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 79.VP, fol. 37.

ßen.¹¹¹¹ Dieser Impuls stand zwar am Anfang der dritten, 1968 einsetzenden Zündstufe des Reformprozesses, doch wurde dieses Ziel in der Folgezeit weitgehend von dem Getöse übertönt, den die Kämpfe um die Mitarbeitermitbestimmung verursachten.

In der Reformkommission stellte die Begrenzung der Leitungsfunktion der Direktoren einen der Punkte dar, über den kaum Dissens herrschte, so dass sich rasch eine Einigung erzielen ließ. Helmut Coing begründete diesen Schritt im Senat zum einen mit dem »Beispiel der Industrie«. Zum anderen erklärte er: »Auch in Frankreich, z. B. beim CNRS, und in Rußland praktiziere man die zeitliche Begrenzung von Leitungsfunktionen, um Versager eliminieren oder in anderen Fällen eingreifen zu können, in denen sich das im Normalfalle verfolgte Prinzip einer kontinuierlichen Leitung und Entwicklung eines Instituts nicht halten lasse.«¹¹¹² In dieser Schärfe hatte im Senat bis dahin niemand erklärt, dass die MPG eine Handhabe benötige, um etwaige Fehlentscheidungen in Berufungsverfahren nachträglich korrigieren zu können. Auch Konrad Zweigert nahm in der Senatsdebatte kein Blatt vor den Mund. Er verdeutlichte »den engen Zusammenhang zwischen dem Mitberatungsmodell und der zeitlichen Begrenzung der Leitungsfunktionen. Diese bilde ein Korrektiv für die theoretisch vorstellbare Figur des starrköpfigen Institutsdirektors.«¹¹¹³ Aufgrund dieses indirekten Zusammenhangs mit der Mitbestimmungsfrage in den Instituten legten gerade die Mitarbeitervertreter in der Strukturkommission großen Wert auf die Einführung dieser Bestimmung. Daher hieß es zur Begründung und Erläuterung des Entwurfs der Satzungsänderungen: »Als weiteres Korrektiv bei Entscheidungsmissbrauch, aber auch zur Sicherung der Effektivität der Institute, dient die Bestimmung des § 28 Absatz 4, nach der künftig Leitungsfunktionen in der Regel nur noch auf Zeit gewährt werden sollen.«¹¹¹⁴ Genau so begründete Butenandt diesen Teil der Satzungsreform dann auch vor der alljährlichen Festversammlung, die am 23. Juni 1972 in der Bremer »Glocke« stattfand. Dort führte der scheidende Präsident kurz vor der Übergabe der Amtskette an Reimar Lüst aus:

Die Gesellschaft kann naturgemäß auch beim besten Auswahlverfahren Irrtümer begehen, und es ist denkbar, daß die Fähigkeit des einzelnen, seine Aufgabe richtig zu erfüllen, im Laufe der Zeit nachläßt. Für solche Fälle sollen, und das ist die zweite wesentliche Satzungsänderung, in der Zukunft Korrekturmöglichkeiten dadurch geschaffen werden, daß Leitungsfunktionen nur noch befristet übertragen werden.¹¹¹⁵

1111 Dies betonte kein geringerer als Expräsident Adolf Butenandt, als der Senat im März 1975 über die Schließung des *MPI für Landarbeit und Landtechnik* debattierte. »Die mit der Satzungsänderung von 1972 beschlossene Befristung der Leitungsfunktionen habe erst die Möglichkeit eröffnet«, erklärte Butenandt, »die Frage der Fortführung von Arbeitsrichtungen schon vor der Emeritierung zu prüfen.« Niederschrift der 80. Sitzung des Senats vom 7. 3. 1975 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 80.SP, fol. 121.

1112 Niederschrift der 71. Sitzung des Senats vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 29.

1113 Niederschrift der 71. Sitzung des Senats vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 29.

1114 Einführung zum Vorschlag zur Änderung der Satzung der MPG, undatiert, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 297.

1115 Max-Planck-Gesellschaft: Auszug aus der Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Professor Adolf Butenandt. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1972), 262–279, 277.

Kein Wunder, dass sich die Fronde der Biologisch-Medizinischen Sektion auch gegen diesen Teil der Reform richtete. »Auch das Prinzip der Begrenzung von Leitungsfunktionen, das in Frankfurt am Main widerspruchlos akzeptiert worden sei, werde erneut angezweifelt«, führte Buteandt aus. »Man argumentiere unter anderem damit, daß das Verfahren der Überprüfung und Entscheidung über eine Verlängerung im einzelnen noch nicht festliege.«¹¹¹⁶ Dieser Hinweis genügte zwar nicht, um die Einführung der Befristung der Leitungsfunktion zu verhindern; die Bremer Hauptversammlung stimmte im Juni 1972 schließlich auch diesem Punkt des Reformkonzepts zu.¹¹¹⁷ Allerdings gab der Verweis auf offene Verfahrensfragen den Gegnern ein Instrument an die Hand, das Reformziel bei der Festlegung der Ausführungsbestimmungen zu verwässern – und davon sollten sie bald schon regen Gebrauch machen.

Tatsächlich lautete der von der Bremer Hauptversammlung gefällte Beschluss lediglich, in die neue Satzung die »wichtige Regel« aufzunehmen, »daß die Leitung eines Instituts oder einer wissenschaftlichen Abteilung künftig vom Senat in der Regel befristet übertragen werden soll«.¹¹¹⁸ Das Verfahren, wie die Befristung der Leitungsfunktion konkret geregelt werden sollte, stand da noch in den Sternen. Erschwerend kam hinzu, dass vergleichbare Modelle seinerzeit »im Wissenschaftsbereich nicht vorhanden« waren.¹¹¹⁹ Um in dieser Frage Klarheit zu schaffen, setzte der neue Präsident Lüst eine Kommission ein, der Helmut Coing, der Physikochemiker Manfred Kahlweit (1928–2012) vom *MPI für biophysikalische Chemie* in Göttingen, Hermann Mosler, Hans-Joachim Queisser, Werner Reichardt und Erich Selbach angehörten, »die mit diesen Fragen aufgrund der Strukturdiskussionen bzw. der Erörterungen im Wissenschaftlichen Rat und in den Sektionen vertraut« waren.¹¹²⁰ »Für die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft«, unterstrich Lüst die Relevanz ihrer Aufgabe, »kommt der Gestaltung dieses Verfahrens eine große Bedeutung zu.«¹¹²¹ Die Kommission erhielt die Zielvorgabe, dem Senat im November 1973 den Entwurf einer Verfahrensordnung vorzulegen. Doch auch diesmal sollte es länger dauern als geplant.

Am 10. Mai 1973 kam die Kommission zu ihrer ersten Beratung zusammen und fasste bereits richtungsweisende Beschlüsse. Zum einen hielt sie fest, dass der Begriff »Leitungsfunktion«, der bis dahin nie näher definiert worden war, »sowohl die Leitungsbefugnis als auch den Umfang der Arbeitsmöglichkeiten« umfasse. Zum anderen einigte sie sich darauf,

1116 Niederschrift der 72. Sitzung des Senats vom 21. 6. 1972 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 22.

1117 Max-Planck-Gesellschaft, Änderung der Satzung, 1972, 245–248, 248.

1118 Max-Planck-Gesellschaft, Änderung der Satzung, 1972, 245–248, 248.

1119 Niederschrift der 96. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 8. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 96.VP, fol. 154.

1120 Niederschrift der 96. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 8. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 96.VP, fol. 154. — Niederschrift der 74. Sitzung des Senats vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 176.

1121 Drehbuch der 96. Sitzung des Verwaltungsrats vom 8. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 96.VP, fol. 15.

daß es die Effizienz der Institute erfordert, die Erneuerung der Leitungsfunktion zur Regel zu machen. Eingriffe sollten nur dort vorgesehen werden, wo grobe Fehlentscheidungen sich häufen und das starre Festhalten an inzwischen unergiebigem Forschungsthemen Änderungen unumgänglich machen. Gesichtspunkte der Forschungsplanung sollen bei den Entscheidungen keine unmittelbare Rolle spielen.¹¹²²

Damit stellte die Kommission die Weichen bereits in Richtung Kontinuität, während Änderungen – im Wege der Nichtverlängerung der Leitungsfunktion – die Ausnahme blieben, zu der es nur kommen sollte, »wenn dies zur Vermeidung empfindlicher Nachteile für das Institut oder wissenschaftlicher Fehlentwicklungen geboten ist«.¹¹²³ Hinzu kam als weitere Hürde, dass in einem ersten Schritt eine informelle »Vorprüfung« erfolgen sollte und nur für den Fall, dass diese »Bedenken« ergab, ein »formelles Verfahren eingeleitet« werden sollte.¹¹²⁴ Die Dauer der Befristung sollte in der Regel sieben Jahre betragen, »da in dieser Zeit die Entwicklung eines Forschungsgebietes gut verfolgbar« sei.¹¹²⁵ »Bei einem mittleren Lebensalter der Wissenschaftlichen Mitglieder zum Zeitpunkt der Berufung von etwa 40–50 Jahren sei die Frage der Erneuerung der Leitungsfunktion somit zwei bis dreimal zu prüfen«, schlussfolgerte der Verwaltungsrat.¹¹²⁶ Für den Fall der Nichtverlängerung der Leitungsfunktion sollte dem Betroffenen immerhin eine »Mindestausstattung« verbleiben, so dass er oder sie persönlich keinen großen Schaden nehmen würde.¹¹²⁷ Damit machte die ausschließlich aus Wissenschaftlichen Mitgliedern und Senatoren bestehende Kommission dieses Instrument zu einem eher stumpfen Schwert. Folgerichtig erklärte Lüst vor dem Senat: »Bei Entscheidungen über die Erneuerung von Leitungsfunktionen sollen Gesichtspunkte der Forschungsplanung keine unmittelbare Rolle spielen.«¹¹²⁸ Tatsächlich taugte die Befristung der Leitungsfunktion mit all diesen Einschränkungen dazu auch gar nicht.

Im Verwaltungsrat stieß der Entwurf der Kommission genau deswegen auf scharfe Kritik, weil er nämlich »die Bewegungsfreiheit der Max-Planck-Gesellschaft zu weitgehend« einschränke. So sehe der Entwurf selbst im Fall, »wenn ein Forschungsgebiet nicht mehr aktuell sei«, keine

1122 Vermerk Dr. Ni/Pa: Ergebnisse der ersten Sitzung der Präsidentenkommission »Verfahren für die Befristung von Leitungsfunktionen«, undatiert, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 97.VP, fol. 244.

1123 Niederschrift der 76. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1973 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 76.SP, fol. 110.

1124 Drehbuch der 97. Sitzung des Verwaltungsrats vom 27. 6. 1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 97.VP, fol. 10.

1125 Vermerk Dr. Ni/Pa: Ergebnisse der ersten Sitzung der Präsidentenkommission »Verfahren für die Befristung von Leitungsfunktionen«, undatiert, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 97.VP, fol. 244.

1126 Niederschrift über die 98. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 22. 11. 1973 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 98.VP, fol. 211.

1127 Vermerk Dr. Ni/Pa: Ergebnisse der ersten Sitzung der Präsidentenkommission »Verfahren für die Befristung von Leitungsfunktionen«, undatiert, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 97.VP, fol. 245.

1128 Niederschrift der 75. Sitzung des Senats vom 28. 6. 1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 75.SP, fol. 23.

Eingriffsmöglichkeit vor.¹¹²⁹ Klar erkannten die Verwaltungsräte, dass das vorgeschlagene Verfahren die Intention der Satzungsänderung konterkarierte. »Mit einer solchen Regelung werde zwar die Satzungsbestimmung erfüllt, am System jedoch nichts geändert. Die Max-Planck-Gesellschaft müsse aber in der Lage sein, bei schwindender Aktualität eines Forschungsgebietes schnelle Änderungen durchzusetzen und personelle Entscheidungen [...] den Verhältnissen anzupassen.«¹¹³⁰ Konrad Zweigert ergänzte, »daß das vorgeschlagene Verfahren auch keine Handhabe biete in Fällen, in denen Wissenschaftliche Mitglieder qualitativ schwächer geworden seien oder trotz hoher Qualifikation die Institutsarbeit durch Unverträglichkeit lähmten.«¹¹³¹ Auch Alfred Gierer, der durch seine Mitwirkung im Intersektionellen Ausschuss an Profil gewonnen hatte, stimmte der Kritik des Verwaltungsrates zu. »Die Formulierungen des vorliegenden Entwurfes erschwerten den Entzug von Leitungsfunktionen derart«, erklärte Gierer, »daß der Sinn der Bestimmung der Gesellschaftssatzung nicht erfüllt werde.«¹¹³² Wolfgang Gentner erkannte das eigentliche Problem: Er prophezeite »im Wissenschaftlichen Rat erheblichen Widerstand gegen Regelungen, die der Gesellschaft größere Flexibilität ermöglichen«, was Neuberufungen erschweren könne.¹¹³³ In die gleiche Kerbe schlug Generalsekretär Friedrich Schneider, der zugleich den »einschneidenden« Charakter der Reformmaßnahme hervorhob. Man müsse bedenken, »daß die Neuregelung gegenüber dem bisherigen Verfahren eine einschneidende Veränderung darstelle. Bisher seien Leitungsfunktionen bis zur Pensionierung, d. h. in der Regel bis zum 70. Lebensjahr, ausgeübt worden, und viele Wissenschaftliche Mitglieder verträten die Auffassung, nur auf dieser Basis sei eine vernünftige Institutsleitung möglich und es bestehe hierauf eine Art Rechtsanspruch.«¹¹³⁴ Schneider bat zugleich um Verständnis für die in die Kritik geratene Kommission:

Da man aber dem Senat nur ein Verfahren vorschlagen könne, das die Mehrheit des Wissenschaftlichen Rates akzeptiere, habe die Kommission versucht, den von dieser Seite zu erwartenden Widerständen durch entsprechende Formulierungen zu begegnen. Eine Verzögerung der Beschlußfassung sollte unbedingt vermieden werden. Die Stimmung könne auch bei denjenigen Wissenschaftlichen Mitgliedern umschlagen, die eine Befristung im Prinzip bejahten.¹¹³⁵

1129 Niederschrift der 98. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 22. 11. 1973 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 98.VP, fol. 211–214. — Siehe dazu den Entwurf der Verfahrensordnung zur Übertragung von Leitungsfunktionen (§ 28 Abs. 4 der Satzung der MPG) vom 10. 10. 1973, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 98.VP, Nr. 114–117.

1130 Niederschrift der 98. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 22. 11. 1973 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 98.VP, fol. 212.

1131 Niederschrift der 98. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 22. 11. 1973 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 98.VP, fol. 212.

1132 Niederschrift der 76. Sitzung des Senats vom 23. 11. 1973 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 76.SP, fol. 114.

1133 Niederschrift der 98. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 22. 11. 1973 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 98.VP, fol. 212.

1134 Niederschrift der 98. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 22. 11. 1973 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 98.VP, fol. 213.

1135 Niederschrift der 98. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 22. 11. 1973 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 98.VP, fol. 213.

Auf diesen Einwand hin nahm der Verwaltungsrat nur moderate Änderungen am Entwurf der Kommission vor und überwies ihn zur weiteren Diskussion an den Senat und den Wissenschaftlichen Rat.

Der Wissenschaftlichen Rat beriet am 26. Januar 1974 über den Entwurf der Verfahrensordnung, wobei sich drei Positionen herauskristallisierten: Eine zahlenmäßig kleine Gruppe vertrat den Standpunkt, »daß die Verankerung der befristeten Leitungsfunktion in der Satzung ein Fehler gewesen sei, der wieder korrigiert werden müßte«, zumal »die alte Fassung der Satzung [...] bereits genügend Eingriffsmöglichkeiten geboten« habe. Für eine zweite Gruppe, die die neue Bestimmung ebenfalls grundsätzlich ablehnte, stellte der Entwurf »aus ihrer Sicht die annehmbarste Lösung« dar, »da er für die Nichterneuerung sehr hohe Anforderungen stelle«. Die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer war der Ansicht, »daß der Entwurf die Effizienzkontrolle zu wenig berücksichtige und in dieser Fassung kaum praktikabel sei.«¹¹³⁶ Auf besondere Kritik stieß, dass die Kommission nur negative Kriterien für die Erneuerung bzw. Nichterneuerung der Leitungsfunktion formuliert hatte. Auch diejenigen Wissenschaftlichen Mitglieder, die eine Begrenzung der Leitungsfunktion im Grundsatz begrüßten, verlangten, »auf die Formulierung von Kriterien zu verzichten und sich mit einem Hinweis auf die in der Satzung verankerte Kontinuitätsforderung zu begnügen.«¹¹³⁷ Diesen Weg beschritt die Kommission schließlich auch, woraufhin der Wissenschaftliche Rat dem Entwurf der Verfahrensordnung mehrheitlich zustimmte – allerdings »bei 46 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen«, ¹¹³⁸ was einmal mehr verdeutlicht, wie umstritten die Einführung der Begrenzung der Leitungsfunktion unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG war.

Letztmals stand die Verfahrensordnung zur Befristung der Leitungsfunktionen am 20. Juni 1974 auf der Tagesordnung des Senats. Präsident Lüst erläuterte nochmals die »wesentlichen Änderungen der Verfahrensordnung gegenüber dem ersten Entwurf«: der Verzicht »auf eine Festlegung der Kriterien für die Beendigung der Leitungsfunktion«, statt dessen der Verweis »auf die bereits in der Gesellschaftssatzung enthaltene Kontinuitätsforderung« sowie die »stärkere Bindung des Verwaltungsrates an ein positives Votum der wissenschaftlichen Kommission«. Nunmehr stieß der derart entschärfte Entwurf allerdings auf heftige Kritik seitens der Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unter Bezugnahme auf die »Diskussionen um die Satzungsreform des Jahres 1972« erklärte Hellmut G. Karge (geb. 1931), wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner *Fritz-Haber-Institut*:

1136 Vermerk Dr. Ni/mo: Verfahrensordnung zur Übertragung von Leitungsfunktionen vom 29. 1. 1974, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 99.VP, fol. 15.

1137 Vermerk Dr. Ni/mo: Verfahrensordnung zur Übertragung von Leitungsfunktionen vom 29. 1. 1974, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 99.VP, fol. 16. — Niederschrift der 99. Sitzung des Verwaltungsrates vom 1. 2. 1974 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 99.VP, fol. 16.

1138 Niederschrift der 101. Sitzung des Verwaltungsrates vom 19. 6. 1974 in Münster, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 101.VP, fol. 19.

Man habe die Mitwirkung wissenschaftlicher Mitarbeiter durch Beratungsrechte geregelt, Entscheidungsbefugnis und Verantwortung jedoch nach wie vor der Institutsleitung vorbehalten. Als Korrelat hierzu sei die Befristung der Leitungsaufgaben vorgesehen worden. Diese Funktion erfülle das vorgeschlagene Verfahren jedoch nicht, da eine Prüfung nur stattfinde, wenn hierfür konkrete Anhaltspunkte vorlägen. Somit werde nicht die Prüfung, sondern die Erneuerung zur Regel.¹¹³⁹

Dem sprang Hanns Ullrich (geb. 1939), seines Zeichens wissenschaftlicher Mitarbeiter am *MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht*, mit der Forderung bei, »die Verfahrensordnung müsse dem Satzungsauftrag besser gerecht werden, d. h. nicht ein Absetzungsverfahren, sondern unter dem Gesichtspunkt der Effizienzkontrolle eine Entscheidung über die Erneuerung beinhalten.«¹¹⁴⁰ Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass es ausgerechnet Konrad Zweigert vorbehalten blieb, den Entwurf zu verteidigen, obwohl dieser nach wie vor an den Schwächen litt, die Zweigert selbst zuvor mit deutlichen Worten kritisiert hatte. »Der Mobilitätsgedanke, im Extremfalle im Siebenjahresturnus Direktoren und Abteilungsleiter zu wechseln, könne nicht in die Satzungsbestimmung hineingelegt werden«, urteilte der Hamburger Jurist nun. »Satzung und Verfahrensordnung machten deutlich, daß Kontinuität vorrangig sei.«¹¹⁴¹ Möglicherweise war Zweigert – wie auch der Senat insgesamt – des Themas mittlerweile etwas überdrüssig geworden, jedenfalls beschloss der Senat nunmehr »bei 4 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen die Verfahrensordnung zur Übertragung von Leitungsfunktionen gemäß § 28 Abs. 4 Satz 4 der Satzung der Max-Planck-Gesellschaft in der im Entwurf vorgelegten, vom Wissenschaftlichen Rat und vom Verwaltungsrat empfohlenen Fassung«.¹¹⁴² Die Einschränkung, dass die Verfahrensordnung »nach einem Zeitraum von etwa 8 Jahren überprüft werden« sollte, dürfte für die überstimmten Belegschaftsvertreter nur ein schwacher Trost gewesen sein.

Damit hatte sich der Egoismus der Wissenschaftlichen Mitglieder schließlich gegen die wohlbegründeten Ziele der MPG-Spitze durchgesetzt. Letztere brachte in einem Anflug von präventiver Konfliktvermeidung eine Verfahrensordnung auf den Weg, die der ursprünglichen Intention dieser Reformmaßnahme zuwiderlief. Der Wissenschaftliche Rat, in dem alle Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG vertreten waren, erwies sich zwar aufgrund seiner Zusammensetzung kaum in der Lage, gestalterische Maßnahmen ins Werk zu setzen. Als Verhinderungsinstanz entfaltete er dagegen mitunter, wie dieses Beispiel verdeutlicht, große Durchschlagskraft. Die Auseinandersetzung um die Beschränkung der Leitungsfunktionen wurde hier auch deshalb so intensiv behandelt, weil sie auf strukturelle, der Governance-Struk-

1139 Niederschrift der 78. Sitzung des Senats vom 20. 6. 1974 in Münster, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 78.SP, fol. 23.

1140 Niederschrift der 78. Sitzung des Senats vom 20. 6. 1974 in Münster, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 78.SP, fol. 115.

1141 Niederschrift der 78. Sitzung des Senats vom 20. 6. 1974 in Münster, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 78.SP, fol. 24.

1142 Niederschrift der 78. Sitzung des Senats vom 20. 6. 1974 in Münster, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 78.SP, fol. 26. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

tur der MPG innewohnende Verkrustungen verweist. Die DNA der alten KWG, die auch die MPG in sich trug und trägt, setzte ihrer Reformfähigkeit strukturelle Grenzen – jedenfalls dort, wo die Rechte der Wissenschaftlichen Mitglieder allzu sehr tangiert zu werden drohten. Das verleiht der MPG zwar einerseits ein hohes Maß an Stabilität, schränkt jedoch andererseits ihre Möglichkeiten ein, mit einem Höchstmaß an Flexibilität auf Trends und Entwicklungen der nationalen und internationalen Forschung zu reagieren. Das war zugleich der Preis dafür, dass die MPG an dem aus der KWG übernommenen »Harnack-Prinzip« so eisern festhielt.

5. Zusammenfassung

In den Jahren zwischen 1955 und 1972 entwickelte sich die *Max-Planck-Gesellschaft*, die in ihrer Gründungsphase kaum mehr gewesen war als die Fortsetzung ihrer Vorgängerin, der mit dem NS-Regime untergegangenen *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, zu der im In- und Ausland in höchstem Maße respektierten Wissenschaftsorganisation, die sie bis heute ist. Deswegen erscheint es nicht übertrieben, die langen 1960er Jahre als formative Phase der MPG zu charakterisieren – darin durchaus vergleichbar der gesamten Bundesrepublik, die sich im gleichen Zeitraum vom wenig geliebten Provisorium in ein weithin akzeptiertes demokratisches Staatswesen verwandelte, das mit dem »Machtwechsel« von 1969 den Lackmustest des parteipolitischen Wechsels von Regierung und Opposition bestand, das für Demokratien westlichen Typs unverzichtbar ist. Die Signatur dieser formativen Phase war ein atemberaubendes Wachstum, das eine Verdoppelung der Zahl der Max-Planck-Institute, Vervierfachung des Personals und Verzehnfachung des Haushaltsvolumens der MPG mit sich brachte. Diese Studie zeichnete, erstens, das dynamische Wachstum der MPG nach. Sie suchte, zweitens, nach den Gründen des Wachstums, drittens analysierte sie dessen Folgen für die MPG und viertens fragte sie, wie es der MPG gelang, dieses Wachstum zu verarbeiten.

5.1 Die langen 1960er Jahre als formative Phase der MPG

Vergleicht man die MPG am Anfang mit der am Ende der langen 1960er Jahre, fallen auf den ersten Blick die zahlreichen neuen Institute ins Auge, die in diesem Zeitraum gegründet worden waren und durch die sich das Erscheinungsbild der Gesellschaft wandelte. Die MPG nutzte den enormen Wachstumsschub zu einer wissenschaftlichen Neuausrichtung, die im Wege der Gründung neuer und der Erweiterung bereits bestehender Institute erfolgte. Ins Auge fällt zudem, dass die neugegründeten Max-Planck-Institute in der Regel deutlich größer waren als die klassischen Kaiser-Wilhelm-Institute. Wenn wir uns die MPG für einen Moment als Mensch vorstellen, wäre für die Phase von 1955 bis 1972 eine drastische, ja geradezu krankhafte Zunahme seines Body Mass-Index zu konstatieren. Die MPG als Wissenschaftsorganisation verkraftete diese Zunahme freilich recht gut. Dabei kam es zwar mitunter auch zur Fortsetzung von Forschungsansätzen, die sich bereits in der KWG etabliert hatten – das 1956 gegründete *MPI für Geschichte* beispielsweise knüpfte an das 1944 untergegangene *KWI für deutsche Geschichte* an, weshalb man in der MPG auch nicht von einer Neugründung, sondern von einer »Wiedererrichtung« sprach.¹¹⁴³ Überwiegend jedoch orientierte sich die MPG im Zuge dieses nie da gewesenen Wachstums auf neue, aktuelle Forschungsthemen um oder schuf ganz neue Typen von Forschungseinrichtungen. Ersteres galt etwa für den Einstieg in die Weltraumforschung, den die MPG mit einer Reihe von Instituten forcierte, letzteres für die Gründung des *Friedrich-Miescher-Laboratoriums* für biologische Arbeitsgruppen, das als Einrichtung zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses etwas strukturell völlig Neues darstellte.

¹¹⁴³ Schöttler, *Die Ära Heimpel*, 2017, 5.

Neuland beschritt die MPG aber vor allem in der erst 1950 wiedergegründeten Geisteswissenschaftlichen Sektion, in deren Rahmen zwei Institute ins Leben gerufen wurden, die sich deutlich von den klassischen Kaiser-Wilhelm- bzw. Max-Planck-Instituten unterschieden: das *MPI für Bildungsforschung* und das *MPI für die Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt*. Kritiker monierten, dass damit erstmals Max-Planck-Institute ganz wesentlich zu Zwecken der Politikberatung in tagesaktuellen gesellschaftspolitischen Fragen gegründet würden, wobei sie die Rolle, die nicht wenige Kaiser-Wilhelm-Institute für Autarkie und Auf-rüstung gespielt hatten, ebenso geflissentlich verschwiegen wie die politikberatende Tätigkeit der rechtswissenschaftlichen Kaiser-Wilhelm- bzw. Max-Planck-Institute. Fraglos waren die beiden neuen Institute Ausfluss der »Verwissenschaftlichung des Sozialen« (Lutz Raphael), weshalb die Befürchtung aufkam, dass sie sich politisch betätigen oder zumindest eine ideolo-gische Schlagseite bekommen könnten. Hinzu kam die sozialwissenschaftliche Prägung der beiden Neulinge, die so gar nicht in die auf naturwissenschaftliche Grundlagenforschung ausgerichtete MPG zu passen schienen. Zudem stellten die Sozialwissenschaften auch für die Geisteswissenschaftliche Sektion ein Novum dar, die zuvor Institute beherbergt hatte, die sich mit Geschichte, Kunstgeschichte und vor allem Rechtswissenschaften befassten. Aus all die-sen Gründen waren beide Institute, deren Gründung von denselben Netzwerken vorangetrie-ben wurden, extern und intern heftig umstritten; der Streit darüber beschäftigte die Gremien der MPG länger als bei Institutsgründungen allgemein üblich. Dabei bestritt niemand die Rele-vanz der Forschungsfelder, die sich die MPG mit den beiden Gründungen erschloss: Der Auf- und Ausbau des Bildungswesens markierte eines der zentralen politischen Themen der langen 1960er Jahre, dessen Bedeutung für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik – nicht zuletzt mit Blick auf die Herstellung gleichwertiger Lebenschancen in allen Regionen und Landes-teilen, aber auch für alle Bevölkerungsgruppen – gar nicht überschätzt werden konnte. Die Frie-dens- und Konfliktforschung, mit der sich vor allem die Abteilung von Weizsäcker in Starnberg beschäftigte, war seinerzeit nicht nur der *Dernier Cri* der Wissenschaften, der aus den Verei-nigten Staaten über den Atlantik hallte. Im Zeichen von Blockkonfrontation und vielfachen Overkill-Kapazitäten, die die USA und die Sowjetunion angehäuft hatten, begegneten dem Institut in den Medien wie auch in der Öffentlichkeit hochfliegende Hoffnungen, auch wenn gar nicht klar war, wie ein der wissenschaftlichen Forschung verpflichtetes Institut sie erfül-len sollte. Jedenfalls agierte die MPG mit der Gründung dieser beiden Institute – weit mehr als jede andere Forschungsorganisation in Westdeutschland – am Puls der Zeit, und zwar in einem in der Geschichte der MPG einzigartigen Maße.

Die wissenschaftliche Neuausrichtung der MPG ging einher mit einem Generationswechsel unter ihren Wissenschaftlichen Mitgliedern. Eine Reihe namhafter Forscher, die zum Grün-dungspersonal der KWG gehört hatten, zog sich nun altersbedingt aus der Führung der MPG zurück und legte auch die Leitung der von ihnen gegründeten und über Jahrzehnte geprägten Institute in jüngere Hände. An ihre Stelle traten nun wesentlich jüngere Männer – Frauen blie-ben die Spitzenpositionen in der Wissenschaft nach wie vor weitgehend verschlossen –, die ihre wissenschaftliche Laufbahn nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen hatten. Geprägt hatte diese junge Generation zweierlei: zum einen die existenziellen Erlebnisse des »totalen Krieges«, den viele als Soldaten an der Front, andere im Bombenhagel an der Heimatfront erlebt

hatten und die sie zeitlebens nicht mehr vergessen sollten; zum anderen die frühen Erfahrungen in der Forschung, die viele von ihnen im Ausland sammelten, vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo sie eine andere, weniger hierarchisch strukturierte Wissenschaftslandschaft und eine offenerere Wissenschaftskultur kennen- und schätzen lernten. Während Otto Hahn, der von 1946 bis 1960 das Präsidentenamt der MPG bekleidete, die scheidende Generation repräsentiert, steht der kürzlich verstorbene Astrophysiker Reimar Lüst pars pro toto für die jüngere Generation, die in den langen 1960er Jahren in die Fußstapfen der Gründerväter trat, um ab den 1970er Jahren in die Leitungsfunktionen der MPG aufzusteigen.

Als Otto Hahn im Jahr 1960 die Amtskette abgab, waren die Angehörigen der nun nachrückenden Generation allerdings noch zu jung und wissenschaftlich zu wenig profiliert, um seinen Platz an der Spitze der MPG einzunehmen. In Frage kam nur jemand aus einer wissenschaftlichen Generation, die zwischen der Gründergarde und den Jüngeren um Reimar Lüst stand; ihre Angehörigen waren in den Jahren um die Jahrhundertwende zur Welt gekommen und hatten sich ihre wissenschaftlichen Sporen in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit verdient, weshalb eine ihrer prägenden Erfahrungen in der Unterordnung der Forschung unter politische Belange bestand. Die Wahl fiel auf den 1903 geborenen Biochemiker Adolf Butenandt; auch sein Gegenkandidat Richard Kuhn, seines Zeichens ebenfalls Biochemiker, gehörte dieser zweiten Generation an. Der Senat legte die Führung der MPG damit in die Hände eines Machtmenschen, der ebenso großes Gespür für Menschen wie Organisationstalent besaß. Butenandt war ein exzellenter Wissenschaftler, was unter anderem in der Verleihung des Nobelpreises zum Ausdruck kam. Zugleich ermöglichten ihm seine ausgeprägte Wendigkeit und Anpassungsfähigkeit, sich in über Nacht geänderten politischen Verhältnissen zurechtzufinden. Der Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus bedeutete für ihn ebenso wenig einen Karriereknick wie der Zusammenbruch des »Dritten Reichs«, die Besatzungszeit und die Etablierung demokratischer Strukturen in Westdeutschland. Vielmehr verstand es Butenandt jeweils geschickt, sich die Möglichkeiten, die ihm die Systemwechsel boten, zunutze zu machen. Darin ähnelte er einem anderen MPG-Senator, dem Bankier Hermann Josef Abs, den Lothar Gall ob dieser Eigenschaft treffend als »Man for All Seasons« charakterisiert hat.¹¹⁴⁴ Die Entnazifizierung überstand Butenandt jedenfalls unbeschadet, und erst nach seinem Tod geriet seine Rolle in der NS-Zeit in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit wie auch der Forschung.

So wurde Butenandt im späteren Rückblick zum zwar umstrittensten, aber eben auch zum einflussreichsten Präsidenten der MPG. Zwar sollte man nicht der Versuchung erliegen, alle Entwicklungen, die die MPG in den zwei Amtsperioden seiner Präsidentschaft (1960–1972) durchlief, umstandslos auf Butenandts Konto zu verbuchen. Auch gilt es, in Rechnung zu stellen, dass die in dieser Studie vor allem herangezogenen Quellen – die Protokolle der Leitungsorgane der MPG nebst ihren Anlagen – in besonderem Maße auf den Präsidenten fokussiert sind, der sowohl im Verwaltungsrat als auch im Senat den Vorsitz führte. Dieser Fokus verzerrt die

¹¹⁴⁴ Lothar Gall: A Man for All Seasons? Hermann Josef Abs im Dritten Reich. *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 43/2 (1998), 123–175.

Perspektive, zumal gerade Butenandt die Rolle des Präsidenten in diesen Gremien noch einmal akzentuiert hatte. Doch auch bei aller gebotenen Zurückhaltung führt kein Weg an der Feststellung vorbei, dass Butenandt der MPG während seiner Präsidentschaft den Stempel aufgedrückt hat. Dazu trugen, neben der Persönlichkeit des Präsidenten, mehrere Umstände bei: Erstens leitete Butenandt nach dem Ausscheiden der beiden Generalsekretäre Ernst Telschow und Otto Benecke die Generalverwaltung der MPG quasi selbst. Zweitens kam er nicht allein, sondern installierte nach der Übernahme des Präsidentenamts eine Gruppe von Vertrauten in der Führungsriege der MPG. In diesen Kontext gehörte auch, dass Butenandt sich mit dem »Besprechungskreis Wissenschaftspolitik« eine Art Küchenkabinettschuf, über dessen Zusammensetzung er nach eigenem Gutdünken entschied; hier fielen besonders in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft richtungsweisende Entscheidungen, denen die nach der Satzung zuständigen Gremien im Nachhinein zustimmten. Drittens schließlich stärkte eine unter Butenandts Ägide 1964 beschlossene Satzungsreform die Stellung des Präsidenten, dem nunmehr die Aufgabe zufiel, die Wissenschaftspolitik der MPG zu entwerfen, und der das Recht hatte, Eilentscheidungen ohne die zuständigen Gremien zu treffen.

So gingen wichtige Weichenstellungen zwischen 1960 und 1972 ganz wesentlich auf Butenandt zurück. Beispielsweise spielte der Präsident bei der »Südverschiebung« der MPG eine zentrale Rolle: zunächst, noch in seiner Funktion als Direktor des *MPI für Biochemie*, durch die Verlegung seines Instituts von Tübingen nach München, wohin ihm kurze Zeit später Werner Heisenberg folgte, der sein Institut aus Göttingen in die bayerische Landeshauptstadt transferierte; später, bereits als Präsident, durch die Verlagerung der Generalverwaltung der MPG aus Göttingen an die Isar, die Butenandt gewissermaßen scheinbar betrieb. Dies markiert den Beginn einer langen, bis heute andauernden engen Verbindung zwischen der MPG und dem Freistaat Bayern, von der beide Seiten profitierten. In der bayerischen Staatsregierung gewann die MPG einen verlässlichen Partner, der zur Modernisierung des in der Nachkriegszeit noch rückständigen Agrarlandes zwei wichtige Weichenstellungen vornahm: zum einen setzte sie auf den Einsatz von High Tech, insbesondere auf die Atomkraft, um den Standortnachteil als revierfernes Binnenland auszugleichen; zum anderen betrieb sie die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen als Mittel regionaler Strukturpolitik, mit der die Lebensverhältnisse im Freistaat dauerhaft modernisiert werden sollten. Beide Strategien waren bereits angelegt, bevor die CSU in Bayern mit absoluter Mehrheit regierte. Die bayerische Staatsregierung – ob noch unter einem Ministerpräsidenten der SPD oder später der CSU – ließ sich die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen der Spitzenklasse stets einiges kosten. Dies ist umso bemerkenswerter, als der Freistaat in den 1950er und 1960er Jahren noch längst nicht der Krösus unter den deutschen Bundesländern war, als der er sich heute gerne geriert.

5.2 Ursachen des Wachstums

Für den atemberaubenden Wachstumsschub, den die MPG in den langen 1960er Jahren durchlief, zeichnete Butenandt indes nicht verantwortlich. Ausschlaggebend waren vier auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelte Faktoren, die das Wachstum dynamisierten; erst deren Zusammenspiel erklärt die einzigartige Dimension, die das Wachstum der MPG zwischen 1955

und 1972 erreichte. Erstens ermöglichte die Aufhebung der alliierten Forschungsbeschränkungen auf nationaler Ebene den Wiedereinstieg westdeutscher Wissenschaftler in Forschungsfelder, die ihnen zuvor verschlossen gewesen waren. Zweitens bescherte das »Wirtschaftswunder« Westdeutschland und Westeuropa in den 1950er und 1960er Jahren ungeahnte finanzielle Zuwächse, die Verteilungsspielräume eröffneten, von denen nicht zuletzt Wissenschaft und Forschung profitierten. Deren Bedeutung nahm, drittens, mit dem Sputnik-Schock und dem beginnenden *Space Race* global deutlich zu, was angesichts der zunehmenden Abhängigkeit der internationalen ökonomischen Konkurrenzfähigkeit von wissenschaftlicher und technischer Innovationsfähigkeit hohe Transferzahlungen auch an nichtstaatliche Forschungsinstitutionen legitimierte. Und viertens gelang es der MPG, sich in der Bundesrepublik als *die* Institution der außeruniversitären Grundlagenforschung zu etablieren, wodurch sie ihren Platz im westdeutschen Wissenschaftssystem dauerhaft sichern konnte.

Mit den im Oktober 1954 unterzeichneten Pariser Verträgen erlangte die Bundesrepublik Deutschland am 5. Mai 1955 ihre weitgehende Souveränität. Der zeitgleiche Beitritt zur *Westeuropäischen Union* und zur NATO verwandelte den besetzten Feindstaat in einen Verbündeten des Westens im Systemkonflikt des Kalten Kriegs, und als solcher gewann die Bundesrepublik auch international wieder an Kredit, zumal im Zuge des anlaufenden europäischen Integrationsprozesses. Mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts fielen zugleich die alliierten Forschungsbeschränkungen, was den deutschen Forschern den Wiedereinstieg in die Kernforschung ermöglichte, auf den gerade Werner Heisenberg bereits seit längerem gedrängt hatte. Allerdings zerschlug sich Heisenbergs Hoffnung, dass die geplante Kernforschungsanlage in München errichtet würde, weil sich Bayern in der mit harten Bandagen ausgetragenen Länderkonkurrenz nicht gegen Baden-Württemberg durchsetzen konnte. Bei Heisenberg persönlich bewirkte dies eine Umorientierung des Forschungsschwerpunkts von der Kernspaltung auf theoretische Probleme der Physik, während sich das von ihm geleitete Institut der Kernfusion zuwandte, was 1960 in der Gründung des *Instituts für Plasmaphysik* mündete. Die friedliche Nutzung der Kernenergie erwies sich angesichts hoher Kosten und des enormen Vorsprungs der beiden Supermächte auf diesem Gebiet als Vehikel für die Europäisierung der Forschung, und die Gründung von CERN (1952) und EURATOM (1957) stellten wichtige Wegmarken in diesem Prozess dar. Obwohl die MPG an CERN indirekt – namentlich über Wolfgang Gentner, den Direktor des *MPI für Kernphysik* – beteiligt war und von EURATOM in Form von Zuschüssen an das IPP finanziell profitierte, blieben ihre Leitungsgremien gegenüber europäischen Forschungsinitiativen lange Zeit skeptisch. Verwaltungsrat und Senat stellten sich mehrheitlich auf den Standpunkt, dass zunächst die Forschung im nationalen Rahmen gefördert werden müsse, um entsprechende Rückstände im internationalen Vergleich aufzuholen, bevor sich die Bundesrepublik an gemeinsamen europäischen Anstrengungen beteiligen könne. Die Bundesregierung unter Konrad Adenauer ließ sich davon jedoch nicht beirren und behielt ihren Kurs bei, internationale Forschungskooperationen zu nutzen, um das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt zu verbessern.

Angesichts des »Wirtschaftswunders« konnten es sich Bund und Länder leisten, viel Geld in die Forschung zu stecken, ohne an anderer Stelle sparen zu müssen. In der *Trente Glorieuses*

zwischen Kriegsende und Ölpreisschock stellte dies allerdings keine westdeutsche Besonderheit dar, sondern galt für ganz Europa. Im westeuropäisch-transatlantischen Vergleich lag die Bundesrepublik, was die Ausgaben für die Forschung betrifft, nicht einmal in der Spitzengruppe. Zudem floss der Großteil der Mittel, die die öffentliche Hand für die Forschung aufbrachte, im Zuge des Ausbaus des Bildungswesens an die Universitäten und nicht an die MPG. Trotz dieser Einschränkungen profitierte auch die MPG, die seit ihrer (Wieder-)Gründung am Finanztropf der Ländergemeinschaft hing, enorm von der nun deutlich zunehmenden staatlichen Wissenschaftsförderung. Da die Industriespenden und auch die eigenen Einnahmen der MPG nicht mehr an das Niveau der alten KWG-Zeiten heranreichten, waren die beachtlichen jährlichen Zuwachsraten, die die MPG in den langen 1960er Jahren in ihrem Haushalt verbuchte, weitgehend auf den Einstieg des Bundes in ihre Finanzierung zurückzuführen. Seit 1956 flossen der MPG Zuschüsse des Bundes zu, deren Höhe zunächst noch nicht an die Ländermittel heranreichte und nur zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Pflege internationaler Wissenschaftskontakte und zur Ergänzung der wissenschaftlichen Ausstattung verwendet werden durften. Da der Bund, anders als die Länder, seinerzeit regelrecht im Geld schwamm, nahm der Bundesanteil bereits gegen Ende der 1950er Jahre deutlich zu, wobei sich bald eine pragmatische Aufteilung zur Befriedigung des Finanzbedarfs der MPG herausbildete: Während die Länder die laufenden Kosten übernahmen, brachte der Bund die Investitionsmittel für den Auf- und Ausbau der Max-Planck-Institute auf; bis Ende der 1960er Jahre lag der Anteil der Länder über dem des Bundes, bevor sich die Verhältnisse ab 1971 umkehrten. Diese Entwicklung war nur möglich, weil der Bund im Fall der MPG auf allzu umfangreiche Verwendungsnachweise, den sonst üblichen Eigentumsvorbehalt an den von ihm finanzierten Anlagen und eine zusätzliche Prüfung durch den Bundesrechnungshof verzichtete und der Übertragbarkeit der Mittel von einem Haushaltsjahr auf das nächste zustimmte. Indes wollten die Länder ihre Kultushoheit auch im Bereich der Wissenschaftsförderung gewahrt sehen, wodurch die MPG unverhofft zu einem Zankapfel zwischen Bund und Ländergemeinschaft wurde. Sowohl der Bund als auch die Länder machten der MPG Avancen, ihre Finanzierung jeweils allein zu übernehmen, wobei gerade der Bund für diesen Fall nicht unbedeutende Mehreinnahmen in Aussicht stellte. Allerdings war die MPG klug genug, auf keine dieser Offerten einzugehen, um sich nicht in die Abhängigkeit von einem einzigen Geldgeber zu begeben. Schließlich einigten sich die beiden Kontrahenten im Juni 1964 auf ein »Verwaltungsabkommen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung«, das die paritätische Finanzierung der MPG (wie auch der DFG) durch Bund und Länder formell besiegelte, das Königsteiner Abkommen ersetzte und die Sonderförderung des Bundes ablöste. 1969 wurde diese Regelung durch eine Grundgesetzänderung besiegelt, die es dem Bund im Wege der sogenannten Gemeinschaftsaufgaben ermöglichte, sich an den Kosten für Bildung und Wissenschaft zu beteiligen. De facto verzichteten die beiden vertragschließenden Parteien weitgehend darauf, die Wissenschaftspolitik der von ihnen geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu bestimmen, was diesen eine große, im internationalen Vergleich ungewöhnliche Autonomie bescherte. Auf diese Weise behielt die MPG ihre forschungspolitischen Handlungsspielräume, obwohl sie finanziell weitgehend von der öffentlichen Hand abhängig geworden war.

Die MPG zählte damit zu den Profiteuren der parteiübergreifenden »Expansionskoalition« (Hans-Peter Ullmann), die eine keynesianisch inspirierte Fiskalpolitik propagierte und mit der Bildung der Großen Koalition in Bonn 1966 ihren Durchbruch erzielte, um in der ersten sozial-liberalen Bundesregierung ihren Höhepunkt zu erreichen.¹¹⁴⁵ Allerdings brachte die paritätische Finanzierung durch Bund und Ländergemeinschaft aus Sicht der MPG zwei Nachteile mit sich: Zum einen führte das »Geleitzugprinzip« dazu, dass de facto das finanzschwächste Bundesland die Höhe der staatlichen Zuschüsse begrenzte, denn alle Länder mussten nach einem bestimmten Schlüssel ihren Teil zur Finanzierung der MPG beitragen. Zum anderen hatte die MPG den stetig komplexer und komplizierter werdenden Vorschriften für den Umgang mit staatlichen Finanzmitteln gerecht zu werden. Dies machte den Ausbau ihrer Verwaltungskapazität unabdingbar und schränkte im Lauf der Zeit die Handlungsspielräume im Umgang mit den öffentlichen Mitteln ein. Zunächst jedoch war davon kaum etwas zu spüren gewesen. Zwar unterlagen die Rechnungsabschlüsse der MPG von Anfang einer dreifachen Kontrolle: erstens durch private Wirtschaftsprüfer, zweitens durch die eigens in der Generalverwaltung eingerichtete Abteilung für Innere Revision und drittens durch den niedersächsischen Landesrechnungshof. Allerdings besaß die MPG-Leitung lange Zeit die Möglichkeit, Einfluss auf den Prüfbericht des Landesrechnungshofs Niedersachsen zu nehmen und so jeder Kritik am Finanzgebaren der MPG die Spitze zu nehmen. Daher konnte die MPG auch mit dem Geld, das ihr von der öffentlichen Hand zufloss, recht frei umgehen. Durch bilanztechnische Tricks wie überhöhte Rückstellungen und die systematische Unterbewertung von Vermögenswerten entstanden beachtliche stille Reserven, mit denen die MPG ihre Handlungsmöglichkeiten in der Wissenschaftspolitik zusätzlich erweiterte. Das änderte sich erst ab 1968, als die Bundeshaushaltsordnung neue Standards in Buchhaltung und Rechnungswesen einführte. Neue Bewirtschaftungsgrundsätze und eine von Grund auf geänderte Haushaltssystematik stellten die MPG vor große administrative Probleme. Noch gravierender wirkte sich aus, dass Finanzmittel nicht mehr so leicht von einem Topf in den anderen verschoben werden konnten, was den finanziellen Handlungsspielraum – unabhängig von der Entwicklung des Haushalts – einschränkte. Hinzu kam, dass der niedersächsische Landesrechnungshof nunmehr strikt auf die Einhaltung der Vorschriften pochte und selbst die kleinsten Verstöße monierte. Durch diese Entwicklung erfuhren die Spenden, die die MPG von nichtstaatlicher Seite – vor allem aus der Wirtschaft – erhielt, eine deutliche Aufwertung. Zwar machten sie nur einen relativ geringen Anteil am Gesamthaushalt aus, doch konnte die MPG-Spitze dieses Geld schnell und unbürokratisch nach eigenem Gutdünken einsetzen. Dadurch sicherte sich die MPG in Zeiten wachsender Unsicherheiten in den öffentlichen Haushalten zumindest einen gewissen autonomen Handlungsspielraum und etwas mehr Planbarkeit im Haushaltsvollzug.

Die nun reichlich sprudelnden Gelder aus staatlichen und auch aus privaten Quellen nutzte die MPG, um in neue Forschungsfelder einzusteigen. Hierbei wies der Sputnik-Schock von 1957 die Richtung, da dieser angesichts der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West massive Inves-

¹¹⁴⁵ Siehe dazu ausführlich Ullmann, *Abgleiten in den Schuldenstaat*, 2017, Kapitel 1 und 2.

titionen in Forschung und Bildung befeuerte. Der sowjetische Satellit wirkte nicht nur als militärische, sondern auch als ökonomische Bedrohung. Die Bundesrepublik schien gegenüber den Supermächten hoffnungslos ins Hintertreffen zu geraten, was die bereits laufende Rückstandsdebatte verschärfte. Mit Sputnik wurde der Weltraum zum Showroom im Wettkampf der Systeme, wobei Wissenschaft in den Rang einer zentralen Zukunftsaufgabe aufstieg, die das Ihre zur dauerhaften Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Volkswirtschaft auf den Weltmärkten beitragen sollte. Nach Lage der Dinge konnte nur die MPG in die Bresche springen, da hier der nötige Sachverstand in der Weltraumforschung vorhanden war. Für die MPG, die sich nach der (Wieder-)Gründung zunächst weitgehend darauf beschränkt hatte, die vormaligen Kaiser-Wilhelm-Institute unter der neuen Fahne zusammenzuführen, wirkte dies wie ein Weckruf. Sie stieg beherzt in das vielversprechende interdisziplinäre Forschungsfeld der *Space Sciences* ein, das einerseits als Ausweis ihrer Orientierung auf »reine Grundlagenforschung« diente, andererseits massive Interessen von Staat und Industrie bediente. Daraus entstand ein Cluster von Max-Planck-Instituten, die sich unter verschiedenen Zugängen, Methoden und Fragestellungen mit Weltraumforschung befassten und dabei sowohl miteinander kooperierten, als auch in Konkurrenz zueinander standen. Um alle Aktivitäten auf diesem Feld zu bündeln, richtete die MPG 1960 eine »Arbeitsgruppe für extra-terrestrische Forschung« ein. Aufs Ganze gesehen, zeichnete sich die westdeutsche Weltraumforschung durch drei Charakteristika aus: Der große Rückstand gegenüber der Sowjetunion und den USA bedingte, erstens, einen stark ausgeprägten Trend zur Europäisierung, der in die Gründung einer ganzen Reihe von westeuropäischen Organisationen zur Weltraumforschung mündete. Zweitens hatten die *Space Sciences* grundsätzlich eine wesentliche militärische Komponente, die in der Bundesrepublik allerdings fast völlig fehlte; hier bediente die Weltraumforschung dezidiert ökonomische bzw. außenwirtschaftliche Interessen. Drittens gelang es der MPG, die westdeutsche Forschung in den Bereichen Astronomie sowie Astro- und Plasmaphysik weitgehend in den eigenen Reihen zu konzentrieren, weshalb sich die Kolleginnen und Kollegen aus den Universitäten gewissermaßen als Bittsteller an die MPG wenden mussten, um deren Infrastruktur mitnutzen zu können. Die Monopolisierung dieses prestigeträchtigen Forschungszweigs trug zur Reputation der MPG als Institution modernster Grundlagenforschung nicht unwesentlich bei.

Die Bezugnahme auf die Grundlagenforschung, die in der Gründungsphase vor allem instrumentellen Charakter gehabt hatte, avancierte in den langen 1960er Jahren im Weg der Internationalisierung durch die Wissenschaftlichen Mitglieder und die Leitungsgremien der MPG zum entscheidenden Kriterium für die Inklusion von Forschungseinrichtungen in den Kreis der Max-Planck-Institute – oder auch für deren Exklusion. Indem sie diese Nische besetzte, »Grundlagenforschung« geschickt als Label nutzte und zugleich als Alleinstellungsmerkmal für sich reklamierte, konnte sich die MPG dauerhaft im westdeutschen Forschungssystem etablieren und zugleich die üppige staatliche Alimentierung legitimieren. Sie knüpfte dabei an angebliche Traditionen der KWG an – in Wirklichkeit eine vergangenheitspolitisch motivierte »Invention of Tradition« –, wodurch sich die MPG ein in Deutschland einzigartiges wissenschaftliches Prestige als kulturelles Kapital sicherte. Zugleich markierte sie damit ihr Territorium in der Wissenschaftslandschaft, auf dem sie sich nicht erst – wie etwa die DFG – gegen hartnäckige Rivalen durchsetzen musste. Ein Kennzeichen des korporatistischen Forschungssystems,

das sich in der Bundesrepublik herausbildete, bestand in der engen Vernetzung seiner Akteure untereinander. So saß der MPG-Präsident oder ein anderer hochrangiger Vertreter in den Leitungsgremien der *Deutschen Forschungs-Gemeinschaft*, des *Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft*, der *Westdeutschen Rektorenkonferenz* und des *Wissenschaftsrats*, während deren Präsidenten von Amts wegen in den Senat der MPG kooptiert wurden. Diese Praxis intensivierte die Kooperation der westdeutschen Wissenschaftsorganisationen und ermöglichte ihre enge Abstimmung untereinander. Ihre Institutionalisierung erfuhr diese Kooperation, als der Bund ab Mitte der 1950er Jahre in die Forschungsfinanzierung einstieg und dies mit entsprechenden Steuerungsansprüchen verband. Den Höhepunkt dieser Initiative markierte 1962 die Umwandlung des *Bundesministeriums für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft* in das *Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung*. Die bedeutendsten staatlich finanzierten Wissenschaftsorganisationen Westdeutschlands schlossen sich daraufhin in der »Allianz« zusammen. Der Bund festigte dieses Bündnis seinerseits dadurch, dass er wissenschaftspolitische Beratergremien einberief, in denen sich derselbe Personenkreis versammelte. Hinzu kam, dass es sich dabei um die Mitglieder einer kleinen, untereinander bestens vernetzten Elite handelte – ein weiterer Grund, weshalb die Harmonisierung der Interessen unter den Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft in der Bundesrepublik so reibungslos gelang, obwohl sie zugleich untereinander um (staatliche) Ressourcen konkurrierten.

5.3 Herausforderungen des Wachstums

Das nie gekannte Wachstum eröffnete der MPG Chancen, die diese beherzt ergriff, stellte sie zugleich aber auch vor neue Herausforderungen. Eine dieser Herausforderungen richtete sich nach innen: Sollte die MPG dem Trend in Richtung Großforschung folgen und dabei Strukturmerkmale aufgeben, die Kaiser-Wilhelm- bzw. Max-Planck-Institute traditionell ausgezeichnet und gewissermaßen ihre Corporate Identity ausgemacht hatten? Andere Herausforderungen betrafen das Außenverhältnis, und zwar insbesondere zu Bund und Ländern als den wichtigsten Geldgebern. Klärungsbedürftig war hier zum einen die heiß diskutierte Frage, wer über die Gründung neuer Forschungseinrichtungen entscheiden sollte: die Wissenschaft selbst, also die MPG als Trägerorganisation, oder die Politik, die die finanziellen Lasten einer solchen Entscheidung tragen musste? Zum anderen ging es um Eigentumsvorbehalte und Steuerungsansprüche, die der Bund, der als Financier zunehmend an Bedeutung gewann, angesichts der exorbitant teuren Forschungseinrichtungen erhob. Die Herausforderung der Klärung des wechselseitigen Verhältnisses bezog sich allerdings nicht nur auf monetäre Ressourcen. In der sich formierenden Wissenschaftsgesellschaft stiegen Spitzenforscher in den Rang von Autoritäten zur Erklärung einer hochtechnisierten Welt auf, deren Expertenurteil in umstrittenen politischen Fragen zunehmend an Gewicht gewann. Dies warf nochmals, allerdings in etwas anderer Frontstellung, die Grundsatzfrage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der sich herausbildenden westdeutschen Zivilgesellschaft auf.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgten die Naturwissenschaften einem Trend in Richtung Großforschung, der zu gigantischen Apparaturen in fabrikähnlichen Forschungsstätten mit riesigen Mitarbeiterstäben führte. Die zunehmende Spezialisierung der Forschenden auf

einzelne Teilbereiche des jeweiligen Forschungsgebiets machte verstärktes Teamwork erforderlich, das die Expertisen von immer größer werdenden Gruppen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern miteinander verband; nur auf diese Weise schienen wirklich bahnbrechende und neue Erkenntnisgewinne überhaupt noch erzielbar. Damit einher ging eine Explosion der Kosten, die Großforschung mehr oder weniger automatisch in eine staatliche Domäne verwandelte, weil private Akteure die enormen Finanzmittel schlicht nicht aufbringen konnten. Der Staat sprang nicht zuletzt deshalb in diese Bresche, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu sichern, die seit der zweiten industriellen Revolution in steigendem Maße von der Innovationsfähigkeit in Wissenschaft und Technologie abhing. So formierte und institutionalisierte sich Großforschung im Dreieck aus Staat, Wirtschaft und Wissenschaft. Kleine Laboratorien, in denen geniale Gelehrte einsam über der Lösung von Welträtseln gebrütet hatten, gehörten damit ein für alle Mal der Vergangenheit an. Dieser Trend ging auch an der MPG nicht spurlos vorbei und bewirkte hier so etwas wie einen Strukturwandel: weg von den relativ kleinen Instituten, die nach dem »Harnack-Prinzip« einem einzigen Direktor unterstanden hatten und für die KWG typisch gewesen waren, hin zu mittelgroßen Forschungsstätten, die aus mehreren Abteilungen bestanden und von einem Direktorenkollegium geleitet wurden. Allgemein war in der Bundesrepublik wie auch anderswo die Kernforschung das Einfallstor der Großforschung, und das galt auch für die MPG. Nachdem sich Heisenbergs Hoffnungen, den großen Versuchsreaktor zur Kernspaltung nach München zu holen, zerschlagen hatte, rückte ab Mitte der 1950er Jahre die Kernfusion in seinen Fokus, bei der die internationale Forschung noch in den Kinderschuhen steckte. In direkten Verhandlungen mit dem Bundesatomministerium gelang es Heisenberg, die Finanzierung dieses ambitionierten Projekts sicherzustellen. Damit sah sich die MPG vor die Frage gestellt, ob sie ein Institut für Kernfusionsforschung, das zweifellos ein Großforschungsinstitut sein würde, in ihre Reihen aufnehmen wollte oder nicht. Eine Senatskommission kam schließlich zu dem Ergebnis, »daß die Max-Planck-Gesellschaft elastisch genug sein muß, um wissenschaftlich wirklich bedeutende Einrichtungen betreuen zu können, auch wenn sie – gemessen an dem Institutstyp, der bei der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ins Auge gefaßt worden war – atypisch sind.«¹¹⁴⁶ Im konkreten Fall empfahl die Kommission, das Institut für Plasmaphysik nicht als Max-Planck-Institut, sondern als eigenständige Forschungseinrichtung mit eigener Rechtsfähigkeit und Satzung zu gründen, allerdings »im Verband der Max-Planck-Gesellschaft«. Auf dieser Grundlage wurde das IPP im Juni 1960 in Form einer GmbH ins Leben gerufen, als deren Gesellschafter die MPG und Heisenberg im Handelsregister aufschienen. Angesichts des unverkennbaren Trends der Forschung in Richtung Big Science war die intensiv geführte Debatte um die Gründung des IPP und damit um die Aufnahme der Großforschung in die MPG zugleich eine Debatte darüber, »ob die MPG in ihren Strukturen noch zeitgemäß war«.¹¹⁴⁷ Das Ergebnis dieses Richtungsstreits lässt sich knapp resümieren: Sie war es. Vor die Wahl gestellt, Gründungsmythen wie das »Harnack-Prinzip« zumindest ein Stück weit außer Kraft zu setzen, oder aber

1146 Niederschrift über die Sitzung der Senatskommission »Strukturwandel« am 11. 11. 1959, abgedruckt in: Lucha, *MPI für Plasmaphysik*, 2005, Dokument 10, 65–67, hier 66. Das folgende Zitat ebenda.

1147 Boenke, *Institut für Plasmaphysik*, 1990, 99–116, 101.

auf einen beachtlichen, in seinem tatsächlichen Umfang seinerzeit noch gar nicht absehbaren Teil der Forschung von vorneherein zu verzichten, entschied sich die MPG schweren Herzens dafür, wo nötig vom Pfad der KWG-Tradition abzuweichen. Diese Entscheidung war für die Zukunftsfähigkeit der MPG insgesamt von kaum zu überschätzender Bedeutung, auch wenn die Zahl der echten Großforschungsinstitute schließlich auf das IPP beschränkt blieb; die MPG verpasste es, jenes Zeitfenster zu nutzen, das die allgemeine Wirtschaftslage und die damit verbundenen großen jährlichen Zuwächse im Haushalt in den langen 1960er Jahren geöffnet hatten.

Immerhin beschloss die MPG Mitte der 1960er Jahre die Gründung von drei relativ großen Instituten, die zum einen die Forschungsanstrengungen innerhalb der MPG bündeln sollten, zum anderen als landesweite Zentren für bestimmte Forschungsbereiche gedacht waren: das *MPI für Festkörperforschung* in Stuttgart, das ursprünglich sogar als Großforschungseinrichtung konzipiert wurde, das *MPI für biophysikalische Chemie* in Göttingen und das *MPI für Biochemie* in Martinsried bei München. Der gemeinsame Nenner dieser Institute bestand indes nicht nur in ihrer Größe und in der Zielsetzung, Kompetenzzentren in zukunftsfähigen, auch für die Industrie relevanten Bereichen zu schaffen. Hinzu kamen noch die ausgeprägten Department-Strukturen nach amerikanischem Vorbild, die Lage an den Rändern großer Städte und etablierter Wissenschaftsstandorte sowie die moderne Architektur im Stil des *Béton Brut*; da die Struktur der Gebäude dem Baukastenprinzip folgte, waren spätere Erweiterungen leicht möglich. Für die MPG bedeutete die parallele Gründung dieser drei Institute einen enormen finanziellen Kraftakt, der die ihr zur Verfügung stehenden Investitionsmittel auf Jahre hinaus band. Der Gesellschaft ging es um Stabilität, Flexibilität und Anschlussfähigkeit. Außerdem hoffte man, mit den neuen Instituten den vielerorts herrschenden Platzmangel zu beseitigen. Zudem sollte die Verbreiterung der Institute künftige Generationswechsel erleichtern, weil so das Ausscheiden eines Direktors nicht automatisch die Zukunft des gesamten Instituts in Frage stellte. Zugleich konnte die MPG auf diese Weise leichter auf aktuelle Forschungsentwicklungen reagieren. Darüber hinaus war man der Meinung, dass die durch die zunehmende Spezialisierung bewirkten Veränderungen im Stil des wissenschaftlichen Arbeitens größere, aus mehreren Abteilungen bestehende Institute erforderlich machten. Last but not least wollte die MPG durch Großforschung in kleinerer Form den Anschluss an internationale Trends in der Wissenschaft herstellen.

Die Gründungswelle neuer Institute trieb die MPG bereits in den frühen 1960er Jahren in einen Konflikt mit der Ländergemeinschaft, die die MPG nach dem Königsteiner Abkommen von 1949 finanziell alimentierte. Er drehte sich um die zentrale Frage, wer letztlich über die Gründung neuer Max-Planck-Institute entscheiden sollte: die MPG als ihre Trägerin oder die Länder als Financier. Konkret ging es um die Gründung bzw. Übernahme von drei weiteren rechtswissenschaftlichen Forschungsstätten: das *MPI für europäische Rechtsgeschichte*, das man nach dem »Harnack-Prinzip« für Helmut Coing, einen der führenden deutschen Juristen seiner Zeit, einrichten wollte, das *MPI für ausländisches und internationales Strafrecht* und das *MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht*. Sie sollten vor dem Hintergrund des europäischen Einigungsprozesses im Wege der Rechtsvergleichung zur Angleichung und

Vereinheitlichung der Rechtssysteme innerhalb der Sechsergemeinschaft beitragen, weshalb auch der Vorsitzende der EWG-Kommission, Walter Hallstein, zu ihren Befürwortern zählte. Kritik an diesen Vorhaben kam von innen und von außen. Einige Wissenschaftliche Mitglieder befürchteten ein Übergewicht der Rechtswissenschaften in der Geisteswissenschaftlichen Sektion der MPG, und die Länder lehnten den Vorstoß rundheraus ab, weil sie die Rechtswissenschaften als Domäne ihrer Universitäten begriffen. Hinzu kam, dass sich die Länder durch die Gründungsbeschlüsse der MPG vor vollendete Tatsachen gestellt fühlten, da sie die Finanzierung der neuen Institute übernehmen sollten, ohne in den Gründungsprozess eingebunden gewesen zu sein. Dagegen beharrte die MPG auf dem Standpunkt, dass nur die Wissenschaft selbst darüber befinden könne, welche Gelehrten oder Forschungszeige künftig gefördert werden sollten. Der Streit weitete sich zu einer Debatte um die Grundsatzfrage aus, ob die MPG überhaupt weitere geisteswissenschaftliche Institute gründen sollte, ja ob sie als Trägerorganisation für Geisteswissenschaften überhaupt geeignet sei oder nicht. Das verzögerte die Gründung der drei neuen Rechtsinstitute, doch blieb die MPG in der Sache hart. Zum einen machten sich die Wirtschaftsvertreter im MPG-Senat für die drei neuen Institute stark, die auch der westdeutschen Industrie angesichts der fortschreitenden europäischen Einigung notwendig erschienen. Zum anderen, und das gab den Ausschlag, stärkte der Bund der MPG den Rücken und forderte sie sogar auf, an den Gründungsbeschlüssen festzuhalten. Mit dem Verwaltungsabkommen von 1964, das die gemeinsame Finanzierung der MPG durch Bund und Ländergemeinschaft regelte, fiel es den Ländern zunehmend schwer, ihren Widerstand aufrecht zu erhalten, zumal sie eine weitere Erosion ihrer Stellung in der Forschungspolitik befürchten mussten, von der der Bund profitieren würde. Somit setzte sich die MPG in diesem Streit dank der Unterstützung des Bundes schließlich gegen die Länder durch. Ohne die grundlegende Änderung ihrer Finanzierungsstruktur wäre es der MPG seinerzeit sehr wahrscheinlich nicht möglich gewesen, sich gegen den hartnäckigen Widerstand der Länder stärker in den Geisteswissenschaften zu engagieren.

Den einen Geldgeber gegen den anderen auszuspielen, verstand die MPG indes auch zulasten des Bundes, wie der Konflikt um das IPP zeigt, der parallel zur Auseinandersetzung um die Gründung der drei Rechtsinstitute die Gemüter erhitzte. Obwohl das Bundesfinanzministerium für den Aufbau des Instituts rund 80 Millionen DM zur Verfügung stellen sollte – weit mehr, als jedes andere Institut in der Geschichte der KWG/MPG bis zur Mitte der 1960er Jahre verschlungen hatte –, war der Bund nicht an der GmbH beteiligt. Nachdem der Bundesrechnungshof diesen Umstand 1961 gerügt hatte, pochte der Haushaltsausschuss des Bundestags auf eine Mehrheitsbeteiligung an dem Institut bzw. seiner Trägergesellschaft. Es folgte eine rund zehnjährige Auseinandersetzung, in der es ganz grundsätzlich um die Organisation der Großforschung, ihre Finanzierung zwischen Bund- und Länderinteressen sowie ihre Stellung zwischen staatlichem Steuerungsanspruch und wissenschaftlicher Autonomie ging. Mit Blick auf die westdeutsche Forschungslandschaft stellte das IPP den Präzedenzfall dar, an dem allgemein die Zukunft der Großforschung in der Bundesrepublik ausgehandelt wurde; aus der Perspektive der MPG ging es vor allem darum, die Erosion der eigenen Autonomie in der Forschungspolitik zu verhindern. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, sperrte der Bund wiederholt bereits bewilligte Mittel, was den Auf- und Ausbau des IPP nicht unbeträchtlich ver-

zögerte. Die Länder, die ebenfalls zur Finanzierung des IPP beitrugen, wenn auch in wesentlich geringerem Maße als der Bund, waren in diesem Fall die natürlichen Verbündeten der MPG. Zunächst erwies es sich als nicht ganz einfach, alle elf Länder auf eine gemeinsame Linie einzuschwören, doch letztlich stärkten sie der MPG gegenüber dem Bund den Rücken. Nach langem und zähem Ringen einigte man sich darauf, dass der Bund 90 Prozent der Kosten für die Großforschung übernahm, während das jeweilige Sitzland – im Fall des IPP also Bayern – die restlichen zehn Prozent beisteuerte. Trotz seiner anderen Finanzierungsart wurde das IPP Anfang 1971 in ein echtes Max-Planck-Institut umgewandelt, was aus der Sicht der MPG den bestmöglichen Ausgang des Konflikts darstellte. Susan Boenke führt den Erfolg im Ringen mit dem Bund um Finanzierung und Rechtsstellung des IPP in erster Linie »auf das starke wissenschaftspolitische Gewicht der MPG« zurück. Das Nachgeben des Bundeswissenschaftsministeriums sei »als ein Resignieren gegenüber ihrem Widerstand und dem des IPP zu werten«.¹¹⁴⁸ Hinzu kam, dass die drei Männer, die zwischen 1962 und 1972 dem *Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung* vorstanden, in der Auseinandersetzung um das IPP sehr unterschiedlich agierten. Während Hans Lenz (FDP) zwischen Bundeshaushaltsausschuss und MPG zu vermitteln suchte, ging es seinem Nachfolger Gerhard Stoltenberg (CDU) dezidiert darum, den Steuerungsanspruch des Bundes in der Forschung – und in diesem Fall konkret: gegen die MPG – durchzusetzen. Dieses Ziel wiederum verfolgte sein Nachfolger, der parteilose Hans Leussink, nicht, weshalb es ihm weniger schwer fiel, im Streit um das IPP nachzugeben. Maßgeblich jedoch war die starke Position der MPG dem Umstand geschuldet, dass sie im Setting der bundesrepublikanischen Mehrebenendemokratie die Möglichkeit besaß, ihre beiden Hauptgeldgeber – Bund und Ländergemeinschaft – gegeneinander auszuspielen.

Zu Konflikten mit der Politik kam es freilich nicht nur in Geldangelegenheiten. Über ihre Funktion in der Politikberatung gewann die Wissenschaft auch in der breiten Öffentlichkeit an Ansehen; Wissenschaftler stiegen zu Autoritäten bei der Erklärung komplexer Phänomene in einer immer komplizierter werdenden Welt auf, so dass es nur eine Frage der Zeit war, wann es darüber zu einem Konflikt mit den politisch Verantwortlichen kam. Nicht zufällig wurde die Kernforschung zur Arena dieser Auseinandersetzung, weil sich hier nicht klar zwischen ziviler und militärischer Relevanz bzw. Nutzenanwendung unterscheiden ließ und weil es in diesem Forschungsfeld seit jeher eine eigentümliche Verschränkung von Wissenschaft und Politik gegeben hatte, deren Ausfluss unmittelbar nach dem Wiedereinstieg Westdeutschlands in die Kernforschung die Gründung eines eigenen *Bundesministeriums für Atomfragen* im Oktober 1955 war. Während Wissenschaft und (Bundes-)Politik bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie an einem Strang zogen, kam es in den Jahren 1956/57 zwischen Bundesregierung und Atomforschern zu einem Konflikt über die Frage, ob die im Entstehen begriffene Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden sollte oder nicht. Vor dem Hintergrund eines US-amerikanischen Strategiewechsels, der darauf hinauslief, die konventionellen US-Streitkräfte in Europa zu reduzieren und stattdessen taktische Atomwaffen zu stationieren, liebäugelten Kanz-

¹¹⁴⁸ Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–116, 115.

ler Adenauer und Verteidigungsminister Strauß öffentlich damit, die Bundeswehr ebenfalls mit diesen neuartigen Waffen auszurüsten. Als Adenauer sich leichtfertig zu einer öffentlichen Verharmlosung von Kernwaffen hinreißen ließ, reagierten 18 deutsche Atomforscher mit einer Erklärung, mit der sie die Öffentlichkeit über die fatalen Wirkungen von Atomwaffen aufklären und die Bundesregierung zu einer Kurskorrektur bewegen wollten. Zwar war die MPG als solche nicht direkt in die Auseinandersetzung verwickelt, doch kamen die führenden Köpfe der »Göttinger 18« aus ihren Reihen: Carl Friedrich von Weizsäcker, der die »Göttinger Erklärung« aufgesetzt hatte, Werner Heisenberg und Präsident Otto Hahn, über dessen Büro die Koordination der Erklärung lief und den – als einen der »Entdecker der Kernspaltung« – eine tief empfundene persönliche Verantwortung und Betroffenheit zu seinem Engagement motivierte. Das führte kurzzeitig zur Verstimmung der Bundesregierung, die der MPG-Hauptversammlung von 1957 ostentativ fernblieb. Für die Regierungsparteien waren die heftigen Reaktionen der Öffentlichkeit im Vorfeld der Bundestagswahl von 1957 mehr als unangenehm, zumal die oppositionelle SPD sich an die Spitze der gesellschaftlichen Bewegung gegen Wiederbewaffnung und Atomtod stellte. Nachdem Adenauer das Gewicht, das die Öffentlichkeit dem Urteil der Atomwissenschaftler zumaß, zunächst unterschätzt hatte, gelang es ihm, diese zu einem gemeinsamen Kommuniqué zu bewegen und den Konflikt auf diese Weise beizulegen. Für den Wahlausgang spielte die Auseinandersetzung zwischen Bundesregierung und Atomforschern zwar letztlich keine Rolle, die Union fuhr mit 50,2 Prozent der Stimmen einen glänzenden Wahlsieg ein. Folgenlos blieb der Protest der Wissenschaftler jedoch nicht, denn die Einmischung von ausgewiesenen Experten in politische Debatten setzte ein Zeichen. Die im Entstehen begriffene westdeutsche Zivilgesellschaft bezog ihre Stärke nicht zuletzt daraus, dass sich Wissenschaftler und Intellektuelle zunehmend an politische Debatten beteiligten und die Position der Regierung kritisch hinterfragten. Insofern stellt die »Göttinger Erklärung« ein weiteres Beispiel dafür dar, dass die Adenauer-Ära nicht ganz so restaurativ gewesen ist, wie man ihr oft unterstellt.

5.4 Bewältigung des Wachstums

Das stürmische Wachstum in den langen 1960er Jahren veränderte die MPG, worauf ihre Leitungsorgane mit einer Reihe von Reformen der Satzung reagierte, die in dieser Studie als Etappen eines zusammenhängenden Reformprozesses begriffen und interpretiert wurden. Diese Satzungsänderungen waren Spiegelbilder der Wandlungsprozesse, die die MPG zwischen 1955 und 1972 durchlief, zugleich aber auch Manifestationen von äußerem und innerem Veränderungsdruck, auf den die MPG reagieren musste. So wirkte insbesondere der Aufbruch von »68« in die MPG hinein und half auch dort, verkrustete Strukturen zumindest teilweise aufzubrechen. Die Verbindung zu außerparlamentarischer Opposition und Studentenbewegung erklärt allerdings auch, warum die letzte Etappe des Reformprozesses von 1968 bis 1972 besonders konfliktreich verlief.

Den Auftakt des Reformprozesses markierte eine Initiative der Bundesregierung, die im Sommer 1958 angesichts der von Jahr zu Jahr größer werdenden Bundeszuschüsse an die MPG auf eine Vertretung des Innen- und des Finanzministeriums im Senat drängte. Die daraufhin ein-

gesetzte Kommission arbeitete zügig, so dass die beiden Bundesvertreter ab Ende 1959 an den Senatssitzungen teilnehmen konnten. Für die MPG erwies sich dies – wie bereits zuvor die Aufnahme von Vertretern der Länder – als Glücksfall, weil Meinungsverschiedenheiten schnell und direkt ausgeräumt werden konnten und die Regierungsvertreter gewissermaßen zu Botschaftern der MPG wurden, die deren Bedürfnisse und Handlungslogiken den zuständigen Ministerialbürokratien gleichsam übersetzten – und genau diesen »Übersetzungen« verdankte die MPG einen Teil ihrer Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Bund und Ländern. Damit hatte die Senatskommission die ihr übertragene Aufgabe eigentlich erledigt. Doch wurde sie nicht aufgelöst, sondern beauftragt, die bestehende Satzung einer gründlichen Durchsicht zu unterziehen und Änderungsvorschläge zu unterbreiten, wo immer dies angezeigt schien. Als Adolf Butenandt 1960 die Amtskette des Präsidenten von Otto Hahn übernahm, trat eine Dynamisierung des Reformdiskurses ein, der sich von nun an um drei Themenkreise drehte: erstens die Erarbeitung von Grundsätzen für die Gründung neuer Max-Planck-Institute, zweitens die Möglichkeit der Schließung von Forschungseinrichtungen und drittens das Verhältnis der MPG zur Großforschung. Eine erste Satzungsänderung betraf den Verwaltungsrat, der personell erweitert wurde. Dies war notwendig geworden, nachdem der Verwaltungsrat im Zuge des Wachstums der MPG, aber auch aufgrund der Amtsführung Butenandts zulasten des Senats an Bedeutung gewonnen und sich dabei von einem vorbereitenden Gremium in die operative Kommandozentrale der MPG verwandelt hatte.

Angesichts der Komplexität der Materie dauerte es bis zum November 1963, ehe die Reformkommission dem Senat den Entwurf einer umfassenden Satzungsreform vorlegen konnte. Fünf Ziele standen dabei im Fokus: Erstens sollte die Stellung der Wissenschaftlichen Mitglieder »im Rahmen des Instituts« verstärkt, zweitens eine »Aktivierung« des Wissenschaftlichen Rats bewirkt, drittens die »Figur des Präsidenten [...] deutlicher profiliert«, viertens der Verwaltungsrat als operatives Leitungsgremium gestärkt und fünftens die Möglichkeit einer kollegialen Leitung von Max-Planck-Instituten geschaffen werden.¹¹⁴⁹ Ganze Arbeit leistete die Reformkommission, was die Profilierung des Präsidenten betraf. Dieser erhielt nun eine umfassende Eilkompetenz in allen Fragen, die keinen Aufschub duldeten, und sollte die Grundzüge der Wissenschaftspolitik der MPG entwerfen, was ihm eine Art Richtlinienkompetenz in der Wissenschaftspolitik verschaffte. Die Kombination dieser Befugnisse machte den Präsidenten zum eigentlich starken Organ der MPG. Als wesentliche Weichenstellung für die Zukunft sollte sich auch die Einführung der kollegialen Leitung in den Max-Planck-Instituten erweisen, die in den 1950er Jahren noch die große Ausnahme gewesen war, in den 1960er Jahren bei Neugründungen zur Regel wurde und bereits in den frühen 1970er Jahren in der großen Mehrheit der Institute galt. Die »Aktivierung« des Wissenschaftlichen Rats gelang indes nicht, weil es auch die Reform von 1964 versäumte, diesem Gremium handfeste Befugnisse in der Wissenschaftspolitik zu verschaffen; die jährliche Berichtspflicht des Präsidenten, die stattdessen in der Satzung verankert wurde, ist allenfalls als Trostpflaster zu werten.

1149 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 8–10.

Zwei Faktoren sorgten dafür, dass das Thema Satzungsreform schon bald wieder auf die Agenda der MPG-Gremien kam: Erstens war es der Reformkommission noch nicht gelungen, eine »Absterbeordnung« für Max-Planck-Institute auszuarbeiten. Im Zuge der umfassenden Bildungsreform wurde es für die MPG immer wichtiger, bestehende Forschungseinrichtungen auch wieder schließen zu können, wenn etwa Forschungsfelder von den neuen Universitäten übernommen wurden. Hinzu kam, dass eine Reihe aus der KWG stammender Institute den Ansprüchen der MPG nicht mehr genügte. Noch schwerer wog, dass einige Wissenschaftliche Mitglieder, die mit den von ihnen geleiteten Instituten in die Jahre gekommen waren, wenig Neigung zeigten, das Feld freiwillig zu räumen, was die MPG in eine schwierige Lage brachte. Ein Rechtsgutachten des Hamburger Juristen Albrecht Zeuner stellte klar, dass die MPG weder berechtigt sei, einmal eingesetzte Direktoren zu entlassen, noch bestehende Institute einfach zu schließen. Um eine entsprechende rechtliche Handhabe zu schaffen, musste die Satzung ein weiteres Mal geändert werden. Zweitens wirkten sich die Schockwellen der Studentenunruhen auch auf die MPG aus, in der nun ebenfalls Forderungen nach Mitbestimmung und »Demokratisierung« laut wurden. Die MPG sah sich plötzlich mit der Frage konfrontiert, ob hierarchische Institutsstrukturen nach dem »Harnack-Prinzip« noch zeitgemäß waren und ob bzw. wie sie dem Wunsch ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Mitsprache in der Forschungspolitik entgegenkommen konnte. Angesichts dieser doppelten Herausforderung ergriff Präsident Butenandt die Initiative und setzte abermals eine Kommission für Strukturfragen ein, um »ähnliche Unruhen wie an den Universitäten nach Möglichkeit zu vermeiden«.¹¹⁵⁰

Drei Faktoren zeichneten dafür verantwortlich, dass die Mitbestimmungsfrage ins Zentrum der Reformdiskussionen geriet, und zwar so sehr, dass sie andere Themenkomplexe – unter anderem das Problem der erwähnten »Absterbeordnung« – fast völlig an den Rand drängte. Der erste kam aus der Belegschaft der MPG, die im Kontext von Studentenbewegung und Universitätsreformen ebenfalls mehr Mitspracherechte einforderte. Artikuliert wurden diese Forderungen nicht nur von den Vertretern der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Strukturkommission, sondern auch vom *Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten* (VWF), dessen Mitglieder zu einem beträchtlichen Teil in der MPG arbeiteten, und mehr noch von den Delegiertenversammlungen des wissenschaftlichen Personals der MPG, die sich als eine Art regionale Graswurzelbewegungen an verschiedenen Standorten gleichzeitig herausbildeten und überregional zu einer »Mitarbeiterkonferenz« zusammenschlossen. Beide Sprachrohre der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diskreditierten sich jedoch durch überzogene Forderungen – der VWF nach dem Rücktritt Butenandts und die Mitarbeiterkonferenz mit ihren »Arnoldshainer Thesen« –, was auch unter denjenigen Wissenschaftlichen Mitgliedern, die den Forderungen ihrer Assistentinnen und Assistenten grundsätzlich aufgeschlossener gegenüberstanden, einen Solidarisierungseffekt bewirkte. In der Reaktion auf die »Arnoldshainer Thesen« wurde zudem klar, dass nur eine Minderheit der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

1150 Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 458.

hinter der Forderung nach einem radikalen Umbruch der Strukturen der MPG stand. Den zweiten Impuls setzte die neue Bundesregierung, die nach dem »Machtwechsel« vom Herbst 1969 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik nicht unter der Führung von CDU/CSU stand. Die von Bundeskanzler Willy Brandt geleitete Koalitionsregierung aus SPD und FDP hatte sich umfangreiche innere Reformen auf die Fahnen geschrieben, wobei der Wissenschafts- und Bildungspolitik eine Schlüsselrolle bei der weiteren Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft zukommen sollte. Brandt ging es dabei auch um die »Überwindung überalterter hierarchischer Formen« im Wissenschaftsbetrieb, wie er in seiner berühmten Regierungserklärung vom Herbst 1969 ausführte.¹¹⁵¹ Butenandt verstand dies als Kampfansage an die Adresse der MPG und verteidigte die herausgehobene Stellung ihrer Wissenschaftlichen Mitglieder mit dem »Prinzip der vollen Verantwortlichkeit unserer Institutsdirektoren«, an dem die MPG auch künftig festhalten müsse.¹¹⁵² Angesichts des erklärten Willens ihres wichtigsten Geldgebers, »mehr Demokratie wagen« zu wollen, konnte die MPG jedoch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Der dritte Impuls in diese Richtung ging vom Gesamtbetriebsrat der MPG aus, der im Herbst 1970 gegründet wurde. Die Betriebsräte machten sich schon qua Amt für mehr Mitbestimmung stark, was noch durch die engen Beziehungen zu den Gewerkschaften verstärkt wurde, die in den frühen 1970er Jahren Universitäten und Forschungseinrichtungen als neue Einflussbereiche für sich erschlossen. Dies trübte allerdings die Beziehung zwischen Gesamtbetriebsrat und MPG-Spitze ein, da letztere das Auftreten von Gewerkschaften in einzelnen Max-Planck-Instituten und in der Gesamtgesellschaft als Einmischung von außen empfunden zu haben scheint. Mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972, das Stellung und Mitspracherechte der Betriebsräte stärkte, gewann der Gesamtbetriebsrat ein zusätzliches Momentum. Die Generalverwaltung der MPG machte jedoch umgehend klar, dass sie von der auch in der Gesetzesnovelle enthaltenen Tendenzbetriebsklausel, die die Mitwirkungsrechte der Betriebsräte unter anderem bei Forschungseinrichtungen wesentlich einschränkte, umfassend Gebrauch zu machen gedachte – eine Haltung, in der sie die Wirtschaftsvertreter im Verwaltungsrat bestärkten.

Die MPG-Spitze sah sich in der Mitbestimmungsdebatte vom Zeitgeist, von den eigenen Beschäftigten, der Bundesregierung und dem Gesamtbetriebsrat gleichzeitig in die Defensive gedrängt. In ihrer Abwehrhaltung betonte sie fachliche Qualifikation und individuelle Leistung als Kriterien wissenschaftlicher Qualität und trat letztlich dafür ein, an den bestehenden Macht- und Einflusstrukturen möglichst wenig zu ändern. Zwar gab es auch in der MPG Männer wie etwa den Hamburger Juristen Konrad Zweigert, die mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begrüßten und die im Zuge der Reformdiskussionen mit elaborierten Vorschlägen aufwarteten, wie dies im Rahmen einer umfassenden Strukturreform der MPG verwirklicht werden könnte. Die große Mehrheit der Wissenschaftlichen Mitglieder wollte davon jedoch nichts wissen, zumal sie ähnlich chaotische Verhältnisse wie an den Uni-

1151 Zitiert nach Süß, Willy Brandts Regierungserklärung, 2011.

1152 Niederschrift der 64. Sitzung des Senats vom 25. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 12.

versitäten befürchteten. Angesichts dieser Herausforderung brachte der Wissenschaftliche Rat nebst seinen Sektionen die Kraft auf, ein Gremium ins Leben zu rufen, das die Einflussmöglichkeiten der Wissenschaftlichen Mitglieder auf Entscheidungen der MPG vergrößerte: den *Intersektionellen Ausschuss*, der aus drei gewählten Mitgliedern pro Sektion bestand. Die wichtigste Aufgabe dieses »Neunerausschusses« bestand zunächst darin, den Rahmen für die anstehende Satzungsänderung abzustecken. Die »Grundsätze der MPG«, die der *Intersektionelle Ausschuss* Anfang Mai 1971 vorlegte, zogen die Grenzen, innerhalb derer eine Strukturreform der MPG möglich war, denkbar eng: Von einer »Mitbestimmung« konnte keine Rede sein, allenfalls eine »Mitberatung« sollte den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugestanden werden. An dieser Maxime hielt die Führungsriege der MPG eisern fest, obwohl die eigene Belegschaft wie auch die Bundesregierung nachdrücklich »mehr Demokratie« in der MPG einforderte. Rückendeckung erfuhr die MPG-Spitze dabei insbesondere von der bayerischen CSU, die auch diesen Konflikt nutzte, um sich als konservative Alternative zur sozialliberalen Koalition zu profilieren. Dies zeigt einmal mehr, dass die MPG ihre bemerkenswerte Autonomie ganz wesentlich den der Mehrebenendemokratie der Bundesrepublik strukturell innewohnenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen im Bund und in den Ländern verdankte – und zwar nicht nur in der Forschungspolitik, sondern auch in Fragen ihrer inneren Struktur.

Zwar konnte die MPG-Spitze auf diese Weise eine Einflussnahme der Bundesregierung abwehren. In der Öffentlichkeit gab sie jedoch ein wenig vorteilhaftes Bild ab. Deswegen hatte die MPG in der letzten Reformphase von 1968 bis 1972 eine durchwegs schlechte Presse, was freilich auch daran lag, dass die MPG damals noch keine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betrieb. Die Erkenntnis, dass Vorträge von Spitzenforschern vor handverlesenem Publikum als »Öffentlichkeitsarbeit« nicht mehr ganz zeitgemäß waren, setzte sich hier erst gegen Ende der langen 1960er Jahre durch. Als Reaktion darauf richtete die MPG 1971 ein eigenes Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Generalverwaltung ein, dessen Leitung der erfahrene Wissenschaftsjournalist Robert Gerwin übernahm. An den überkommenen Lenkungs- und Leitungsstrukturen in der MPG änderte das freilich nichts, und genau die wurden in den späten 1960er Jahren nicht nur intern von den Delegiertenversammlungen, sondern auch öffentlich in der Presse kritisiert. Zum Skandalon geriet dabei vor allem die Zusammensetzung von Senat und Verwaltungsrat, in denen Wirtschaft, Industrie und Hochfinanz sehr prominent, die Regierungen von Bund und Ländern dagegen nur marginal, ganz überwiegend von Amts wegen, oder gar nicht vertreten waren – und dies, obwohl die öffentliche Hand den Großteil des Haushalts der MPG stemmte, während die Wirtschaft in sehr viel geringerem Maße zu ihrer Finanzierung beitrug. Lange Zeit erschien dies nicht anstößig. Doch ab Mitte der 1960er Jahre, in einer Phase des gesellschaftlichen Wandels, als sich marxistisch motivierte Kapitalismuskritik nicht nur in linksextremen Zirkeln verbreitete, geriet die MPG aufgrund des Übergewichts der Wirtschaftsvertreter in ihren Leitungsgremien unter massiven Beschuss. Zwar lässt sich das Übergewicht der Wirtschaft in den Leitungsgremien der MPG ebenso wenig leugnen wie der Honoratiorencharakter der MPG-Senatoren. Dennoch erscheinen die Vorwürfe der Kritiker überzogen, ein willenloses Werkzeug oder erweitertes Labor der Industrie war die MPG zu keinem Zeitpunkt. Vielmehr profitierte sie vom persönlichen Renommee und der

damit verbundenen Durchsetzungsfähigkeit ihrer Senatoren. Dies war insofern nicht verwunderlich, da die MPG-Spitze die Wirtschaftsvertreter bewusst auswählte, um ihre wissenschaftspolitische Durchschlagskraft zu vergrößern, wie das Beispiels des Schatzmeisters Klaus Dohrn illustriert. Männer wie er, dessen Wort in Bonn und bei den Landesregierungen Gewicht hatte, sicherten der MPG hinter den Kulissen der »Deutschland AG« viel Einfluss.

In der Auseinandersetzung um die Mitbestimmungsfrage nutzte dies jedoch wenig. Die Strukturkommission, die im Frühsommer 1970 von einer Präsidenten- in eine Senatskommission umgewandelt und dabei personell erweitert worden war, suchte fieberhaft nach einem für alle Seiten tragbaren Kompromiss. Der Kommissionsbericht sah schließlich vor, die Mitberatung an den Instituten über deren Satzungen zu institutionalisieren, darüber hinaus sollten Vertreter des wissenschaftlichen Personals in die drei Sektionen und in den Senat aufgenommen werden. Als überaus schwierig erwies es sich, einen Modus für die Bestimmung dieser Vertreter zu finden, was zu einem Eiertanz zwischen demokratischer Wahl und patriarchalischer Auswahl führte – die MPG-Spitze setzte alles daran, um die Wahl von »Funktionären« in die Leitungsgremien zu verhindern, weshalb dem Präsidenten das letzte Wort vorbehalten bleiben sollte. Nach langem Hin und Her stimmte im Frühjahr 1972 auch der Wissenschaftliche Rat diesem Vorschlag zu, wenn auch erst, nachdem die Vorlage entschärft worden war, indem den Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Senat in Berufungsangelegenheiten kein Stimmrecht zuerkannt wurde. Eine Minderheit unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern, die in der Abstimmung unterlegen war, agitierte jedoch weiter gegen diesen Kompromiss, da ihnen selbst diese bereits stark eingeschränkten Mitberatungsrechte ihrer Assistentinnen und Assistenten noch zu weit gingen. Da für die Satzungsänderung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, erschien der Ausgang der Bremer Hauptversammlung im Juni 1972 lange ungewiss. Erst ein flammender Appell des ehemaligen Bundeswissenschaftsministers Gerhard Stoltenberg, der vehement für die Annahme des vorgelegten Satzungsentwurfs plädierte, sorgte schließlich dafür, dass die Vorlage mit knapper Mehrheit angenommen wurde. Aus der Sicht der Delegiertenversammlungen und des Gesamtbetriebsrats, die sich wesentlich mehr Mitwirkungsmöglichkeiten erhofft hatten, war das Ergebnis indes eine herbe Enttäuschung, und auch der alte wie der neue Präsident bedauerten, dass die Rechte der Belegschaftsvertreter im Senat auf Druck des Wissenschaftlichen Rats weiter eingeschränkt worden waren. So setzten sich die Institutsleiter schließlich nicht nur gegen den aufmüpfigen wissenschaftlichen Nachwuchs durch, sondern auch gegen die MPG-Spitze.

Ganz ähnlich erging es den als Reaktion auf das Zeunersche Rechtsgutachten gestarteten Bemühungen, die Flexibilität der MPG in der Forschungspolitik zu verbessern, indem die Schließung von Abteilungen und ganzen Instituten erleichtert bzw. überhaupt erst ermöglicht wurde. Die Begrenzung der Leitungsfunktion der Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder stellte ein weiteres zentrales Element der Satzungsreform von 1972 dar, mit der die MPG-Zentrale bereits frühzeitig – das heißt vor der Emeritierung eines Wissenschaftlichen Mitglieds – Zugriff auf die in den Max-Planck-Instituten investierten Finanzmittel erhalten sollte. Tatsächlich stand dieser Impuls am Anfang der 1968 eingeleiteten dritten Phase des Reformprozesses, doch wurde dieser Aspekt in der Folgezeit weitgehend von dem Lärm übertönt, der von den

Kämpfen um die Mitarbeitermitbestimmung ausging. In der Reformkommission gab es um diesen Punkt keine Auseinandersetzungen, weil Wissenschaftliche Mitglieder und wissenschaftliche Mitarbeiter hier an einem Strang zogen: Während erstere die Befristung der Leitungsfunktion als Möglichkeit begrüßten, Fehlentscheidungen bei Berufungen im Nachhinein korrigieren zu können, werteten letztere diese Regelung als »Korrektiv bei Entscheidungsmissbrauch«.¹¹⁵³ Daher überrascht es nicht, dass gerade diejenigen Wissenschaftlichen Mitglieder, denen bereits moderate Formen der Mitwirkung von Mitarbeitern zu weit gingen – und die vor allem aus der Biologisch-Medizinischen Sektion kamen –, auch gegen die Befristung ihrer Leitungsfunktionen Sturm liefen. Zwar konnten sie die Verabschiedung einer grundsätzlichen Befristungsregel in der Bremer Hauptversammlung nicht verhindern, doch stand und fiel die Wirkung dieser Maßnahme mit den konkreten Verfahrensregeln, die erst noch ausgearbeitet werden mussten. Zu diesem Zweck wurde abermals eine Kommission eingesetzt, die sich schnell darauf einigte, die Verlängerung der Leitungsfunktionen zur Regel zu machen, von der nur in Ausnahmefällen abgewichen werden sollte. Als Instrument der Forschungsplanung fiel die Befristungsregelung damit praktisch aus, was im Verwaltungsrat auf harsche Kritik stieß, weil dadurch der eigentliche Sinn der Neuregelung ausgehebelt wurde. Indes war allen Beteiligten klar, dass eine schärfere Regelung im Wissenschaftlichen Rat auf kaum zu überwindenden Widerstand stoßen würde. Obwohl man also die Möglichkeiten, die eine zeitliche Beschränkung der Leitungsfunktionen theoretisch bot, bereits stark eingeschränkt hatte, setzte der Wissenschaftliche Rat eine weitere Verwässerung durch. Dass die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit ein weiteres Mal vor den Kopf gestoßen wurden, nahm die MPG-Spitze in Kauf. Die Selbstbezogenheit der Wissenschaftlichen Mitglieder hatte sich schließlich gegen die kompromissorientierten Ziele der MPG-Spitze durchgesetzt, die dann aber in Vorwegnahme der zu erwartenden Widerstände eine Verfahrensordnung auf den Weg brachte, die der ursprünglichen Intention dieser Reformmaßnahme zuwiderlief. Die allseits als notwendig erkannte Flexibilisierung ging auf diese Weise einseitig zulasten des wissenschaftlichen Personals, das sich zunehmend mit Zeitverträgen anstelle von Festanstellungen konfrontiert sah.

Wie ist der Ausgang der langen Reformdebatten in den beiden zentralen Fragen – der Mitarbeitermitbestimmung und der Befristung der Leitungsfunktionen – zu erklären und zu bewerten? Warum blieben die Strukturen der MPG, anders als die der Universitäten, weitgehend unverändert? Während die Herrschaft der Ordinarien im Zuge der Reformen der 1960er und 1970er Jahre an ihr Ende kam oder doch zumindest stark eingeschränkt wurde, blieben strikte Hierarchien das strukturelle Merkmal der MPG wie auch ihrer Institute. Offensichtlich fehlten in der MPG die Studentinnen und Studenten, die mit einem ganzen Arsenal von Protestformen Reformen an den Hochschulen erzwangen. Zudem profitierten die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der MPG ja ebenfalls von den in der Regel hervorragenden Arbeitsbedingungen an den Max-Planck-Instituten, die ihnen eine gute Ausgangsposition für die

1153 Einführung zum Vorschlag zur Änderung der Satzung der MPG, undatiert, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 297.

eigene wissenschaftliche Karriere verschafften; das dürfte deren geringere Neigung zu Protesten erklären. Die unterschiedliche Entwicklung hängt ebenfalls damit zusammen, dass »68« bekanntlich (auch) ein Generationenkonflikt gewesen ist. In der MPG aber blieb ein Konflikt zwischen der zweiten wissenschaftlichen Generation, die Ende der langen 1960er Jahre von der Bühne abzutreten begann, und der dritten Generation, die ihre Nachfolge antrat, weitgehend aus. Dieses Ausbleiben erklärt, warum der rebellische wissenschaftliche Nachwuchs auf eine relativ geschlossene Front der Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder traf. Wenn es unter letzteren auch unterschiedliche Meinungen darüber gab, wie die MPG auf die Mitbestimmungsforderung reagieren sollte, so ließen sie sich in der emotionalisierten Debatte doch nicht auseinanderdividieren. Daher konnten MPG-Spitze und Wissenschaftliche Mitglieder, die in der Mitbestimmungsfrage weitgehend an einem Strang zogen, die Ablehnung der Forderungen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch des Gesamtbetriebsrats durchhalten, obwohl diese ganz auf der politischen Linie der sozialliberalen Bundesregierung lagen, die im Senat der MPG entsprechenden Druck in diese Richtung ausgeübt hatte.

Für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutete die 1972 verabschiedete Reform aufgrund der in ihren Augen unbefriedigenden Regelung der Mitbestimmung eine Enttäuschung. Das war sie im Grunde auch für die MPG-Spitze, und zwar wegen der allenfalls halbherzigen Regelung zur Befristung der Leitungsfunktionen der Direktoren. Den Machern der Reform hatte eine deutlich weiter reichende Regelung vorgeschwebt, die der MPG eine viel größere Flexibilität im Umgang mit den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen ermöglicht hätte. Doch dieser Teil der Reform ließ sich letztlich nur in stark abgespeckter Form realisieren, denn er traf auf den entschiedenen Widerstand der Wissenschaftlichen Mitglieder. Für sie hatte die Sicherung ihrer privilegierten Stellung Vorrang vor der Sicherung der weiteren Entwicklungschancen der MPG. Angesichts dieser Haltung blieb der MPG-Führung nichts anderes übrig, als die Befristungsregelung bei den Leitungsfunktionen zu entschärfen; ihre Nichtverlängerung sollte in Zukunft die Ausnahme darstellen, so dass die Lasten der Flexibilisierung weitgehend bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hängen blieben. Dies zeigt, dass die Governance der MPG allzu tiefe Einschnitte in die Struktur der Gesellschaft verhinderte, und zwar vor allem dann, wenn es die Stellung der nach dem »Harnack-Prinzip« skrupulös rekrutierten Wissenschaftlichen Mitglieder betraf. Dadurch wurden die stark ausgeprägten hierarchischen Strukturen, die bereits die KWG kennzeichneten, zementiert. Dies bestimmt auch die Wahrnehmung der MPG von außen. So skizziert etwa Vita Peacock, um ein extremes Beispiel zu nennen, die MPG als einen polynesischen Stammesverband: »We, the Max Planck Society!«¹¹⁵⁴

Heißt das, dass die durchaus ernstgemeinten Reformbemühungen der langen 1960er Jahre letztlich ohne Ergebnis oder zumindest weit hinter den Erwartungen ihrer Initiatoren blieben? Das hängt davon ab, welchen Maßstab man anlegt. Gemessen an den Forderungen aus dem Kreis

1154 Vita S. P. Peacock: *We, the Max Planck Society. A Study of Hierarchy in Germany*. Ph. D. London: University College London 2014.

des wissenschaftlichen Personals, der Betriebsräte und des Gesamtbetriebsrats stellte die Reform kaum mehr dar als eine Mini-Reform, denn faktisch hatte sich an der Herrschaft der Direktoren und der Wissenschaftlichen Mitglieder ja nichts geändert. Nach wie vor besaßen die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die technischen Angestellten und das Verwaltungspersonal kaum nennenswerte institutionalisierte Mitsprache, und zwar sowohl in den Max-Planck-Instituten als auch in der MPG als Gesamtorganisation. Vergleicht man indes die Stellung der Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder am Ende des Reformprozesses mit derjenigen, die sie noch in der KWG und in der frühen MPG besessen hatten, wird der Zäsurcharakter gerade der Reform von 1972 augenfällig. Abgesehen von den politisch motivierten Eingriffen nach 1933 und nach 1945, die die absolute Ausnahme darstellten,¹¹⁵⁵ hatten KWI-Direktoren ihren Posten im Grunde erst mit ihrem Ableben verlassen. Die MPG-Spitze hatte keinerlei Handhabe besessen, um in ihre Institutsführung einzugreifen, zumindest solange die Direktoren dabei nicht allzu eklatant gegen geltendes Recht und Gesetz verstießen. Die ab 1972 eingestellten Wissenschaftlichen Mitglieder mussten sich alle sieben Jahre eine mehr oder weniger gründliche Überprüfung ihrer Tätigkeit gefallen lassen, von der die Verlängerung ihrer Leitungsfunktion abhing. Auch wenn diese Überprüfung sich in der Regel als Formsache erwies, können sich die Wissenschaftlichen Mitglieder seither – gerade in Zeiten knapper Kassen – nicht vollkommen sicher sein, dass dies auch in ihrem speziellen Fall stets genauso gehandhabt wird.

Auch was die Grenzen der Reformfähigkeit der MPG betrifft, hängt die Bewertung wesentlich von den Bewertungsmaßstäben ab. Stellt man den Aspekt der Demokratisierung in den Mittelpunkt, fällt das Urteil negativ aus, denn die Möglichkeiten der Mitbestimmung für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren und sind in der MPG stark eingegrenzt. Freilich sollte man die spezifische Verfasstheit einer Forschungsinstitution im Allgemeinen und der MPG im Besonderen nicht außer Acht lassen. Mitbestimmungsmodelle aus anderen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Bildungssystem lassen sich nicht ohne Weiteres auf eine Institution der wissenschaftlichen Forschung wie die MPG übertragen bzw. in ihr anwenden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich die Reformen der Ära Butenandt aufs Ganze gesehen in der Praxis bewährt haben. Seit 1972 gab es keine größere Änderung an der Satzung mehr, nicht einmal mehr eine nennenswerte Diskussion über die Notwendigkeit weiterer Satzungsänderungen. Im Lauf der langen Reformphase, die 1958 begann und 1972 zum Abschluss kam, fand die MPG ihre satzungsmäßige Gestalt, wie wir sie heute kennen.

1155 Siehe dazu Mitchell G. Ash: Ressourcenaustausche. Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten – 1918, 1933, 1945, 1990. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): *»Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«*. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 307–341.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

6.1 Quellenverzeichnis

Archivalien

Archiv der Max-Planck-Gesellschaft

Präsident/Präsidialbüro

AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 480.

Senat

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 2.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 6.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 10.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 12.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 13.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 15.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 19.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 22.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 24.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 25.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 30.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 31.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 35.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 39.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 47.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 49.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 51.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 54.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 55.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 56.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 57.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 60.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 62.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 63.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 65.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 67.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 68.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 70.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 75.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 76.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 77.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 78.SP.

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 80.SP.

Verwaltungsrat

AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 8.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 12.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 18.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 20.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 23.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 25.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 27.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 28.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 29.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 30.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 31.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 32.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 33.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 35.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 38.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 40.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 41.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 42.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 43.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 44.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 47.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 78.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 79.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 80.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 82.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 84.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 85.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 86.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 88.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 89.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 90.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 92.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 93.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 94.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 96.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 97.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 98.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 99.VP.
AMPG, II. Abt., Rep. 6I, Nr. 101.VP.

Wissenschaftlicher Rat

(auch GV Neuvorhaben/Neugründungen)

AMPG, Rep. 62, Nr. 1601
AMPG, Rep. 62, Nr. 1947

GV: Finanzen/Revision

AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 29.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 66.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 71.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 125.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 126.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 127.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 128.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 137.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 144.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 153.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 162.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 168.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 183.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 192.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 196.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 197.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 201.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 210.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 214.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 218.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 221.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 225.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 228.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 241.
AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 444.

Archiv der Deutschen

Forschungsgemeinschaft

Aktenzeichen 6, Bd. 1

6.2 Literaturverzeichnis

- Abelshauer, Werner: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*. 2. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2011.
- : Wirtschaft und Rüstung in den fünfziger Jahren. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Wirtschaft und Rüstung, Souveränität und Sicherheit*. München: Oldenbourg 1997, 1–185.
- Adams, John Bertram: Wolfgang Gentner and CERN. In: Dieter Hoffmann und Ulrich Schmidt-Rohr (Hg.): *Wolfgang Gentner. Festschrift zum 100. Geburtstag*. Berlin: Springer 2006, 139–145.
- Adenauer, Konrad: *Erinnerungen. 1955–1959*. Bd. 3. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1989.
- Ahland, Frank: *Bürger und Gewerkschafter Ludwig Rosenberg 1903 bis 1977. Eine Biografie*. Essen: Klartext Verlag 2016.
- Ahrens, Ralf, Boris Gehlen und Alfred Reckendrees (Hg.): *Die »Deutschland AG«. Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus*. Essen: Klartext Verlag 2013.
- Alter, Reinhard: Heinrich Manns Untertan — Prüfstein für die »Kaiserreich-Debatte«? *Geschichte und Gesellschaft* 17/3 (1991), 370–389.
- Ambrosius, Gerold und Hartmut Kaelble: Einleitung: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen des Booms der 1950er und 1960er Jahre. In: Hartmut Kaelble (Hg.): *Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1992, 7–32.
- Ash, Mitchell G.: Ressourcenaustausche. Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten – 1918, 1933, 1945, 1990. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): *»Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 307–341.
- : Rezensionen zu Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. *NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18/1 (2010), 79–118.
- Auerbach, Hellmuth: Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 18/4 (1970), 529–554.
- Bähr, Johannes: Die »amerikanische Herausforderung«. Anfänge der Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), 115–130.

- Balcar, Jaromír: *Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung*. Berlin: GMPG-Preprint 2019.
- : *Instrumentenbau – Patentvermarktung – Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumente GmbH*. Berlin: GMPG-Preprint 2018.
- : *Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972*. München: Oldenbourg 2004.
- Ballreich, Hans: Forschungsförderung durch die Europäischen Gemeinschaften. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1959), 304–312.
- Barbarino, Otto: Das Verhältnis von Bund und Ländern nach der Finanzverfassung des Grundgesetzes. *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 47 (1984), 745–789.
- : *Ein Lebenslauf im 20. Jahrhundert*. Landsberg am Lech: Olzog Verlag 1997.
- Baring, Arnulf: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*. 2. Aufl. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1982.
- Bartelheimer, Peter: Speer, Julius. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 24. Berlin: Duncker & Humblot 2010, 647–648.
- Bartz, Olaf: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2007.
- Bayer: Biografien. Otto Bayer, 30. 1. 2018. <https://www.bayer.de/de/otto-bayer.aspx>. Zuletzt aufgerufen am 7. 9. 2020.
- Becker, Michael: Dietrich Goldschmidt, »educator and political activist«. Über einen fast vergessenen Soziologen und Intellektuellen. In: Oliver Römer und Ina Alber-Armenat (Hg.): *Erkundungen im Historischen: Soziologie in Göttingen. Geschichte, Entwicklungen, Perspektiven*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2019, 203–245.
- Behm, Britta: Zu den Anfängen der Bildungsforschung in Westdeutschland 1946–1963. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Blick auf eine »vergessene« Geschichte. In: Sabine Reh, Edith Glaser, Britta Behm und Tilman Drope (Hg.): *Wissen machen. Beiträge zu einer Geschichte erziehungswissenschaftlichen Wissens in Deutschland zwischen 1945 und 1990*. Weinheim: Beltz Juventa 2017, 34–69.
- Bernhardt, Rudolf: Die Rückkehr Deutschlands in die internationale Gemeinschaft: Hermann Moslers Beitrag als Wissenschaftler und internationaler Richter. *Der Staat* 42/4 (2003), 583–599.

- Biddle, Wayne: *Dark Side of the Moon. Wernher von Braun, the Third Reich, and the Space Race*. New York, NY: W. W. Norton 2009.
- Bismarck, Klaus von. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 32. Ravensburg 1997. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/0000006337>. Zuletzt aufgerufen am 2. 12. 2019.
- Boenke, Susan: Das Institut für Plasmaphysik zwischen Bund, Ländern und Max-Planck-Gesellschaft. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 99–116.
- : *Entstehung und Entwicklung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik 1955–1971*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1991.
- Bonolis, Luisa und Juan-Andrés Leon: *Astronomy, Astrophysics and the Space Sciences in the Max Planck Society*. Leiden: Brill (im Erscheinen).
- Boockmann, Hartmut: *Der Historiker Hermann Heimpel*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1990.
- Börnsen, Wolfgang: *Fels oder Brandung? Gerhard Stoltenberg – Der verkannte Visionär*. St. Augustin: Sieglar 2004.
- Bosl, Karl: München »Deutschlands heimliche Hauptstadt«. Historische Bemerkungen zur Strukturanalyse des modernen Hauptstad- und Großstadtypus in Deutschland. *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 30 (1967), 298–313.
- Braun, Hardo: *Die Entwicklung des Institutsbaus. Dargestellt am Beispiel der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Dissertation. München: Technische Universität München 1987.
- Braun, Hardo, Dieter Grömling, Carl-Egon Heintz und Alfred Schmucker: *Bauen für die Wissenschaft. Institute der Max-Planck-Gesellschaft*. Basel: Birkhäuser 1999.
- Bretschneider, Heike: Die Bildung der Viererkoalition. Die parteipolitische Konstellation in Bayern in der ersten Hälfte der Fünfziger Jahre. *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 41 (1978), 999–1038.
- Breunig, Werner und Andreas Herbst: *Biographisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten 1946–1963*. Berlin: Landesarchiv Berlin 2011.
- Brill, Ariane: *Von der »Blauen Liste« zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der Leibniz-Gemeinschaft*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2017.

- Brocke, Bernhard vom: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1933). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 197–355.
- Brocke, Bernhard vom und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Berlin: De Gruyter 1996.
- Bruder, Wolfgang: Innovationsorientierte Regionalpolitik und räumliche Entwicklungspotentiale – zur Raumbedeutsamkeit der Forschungs- und Technologiepolitik des Bundes. *Politische Vierteljahresschrift* 20 (1979), 235–253.
- Bührer, Werner (Hg.): *Die Adenauer-Ära. Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1963*. München: Piper 1993.
- : Reusch, Karl Hermann. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 457–458.
- : *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952*. München: Oldenbourg 1986.
- Bundesbericht Forschung I 1965. Bericht der Bundesregierung über Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung*. Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/2963. Bad Godesberg 1965.
- Buntkowsky, Gerd, Konstantin L. Ivanov, Hans-Heinrich Limbach, Ernst A. Rössler und Alexandra V. Yurkovskaya: Biography of Prof. Dr. Hans-Martin Vieth. *Applied Magnetic Resonance* 44 (2013), 3–6. doi:10.1007/s00723-012-0412-z.
- Burke, Peter: *Die Explosion des Wissens. Von der Encyclopédie bis Wikipedia*. Übersetzt von Matthias Wolf. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2015.
- Burkhardt, Kai: *Adolf Grimme. 1889–1963. Eine Biografie*. Köln: Böhlau 2007.
- Butenandt, Adolf: Erich Selbach. 25. 7. 1905–29. 10. 1985. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 5 (1986), 98–100.
- Carson, Cathryn: Heisenberg als Wissenschaftsorganisator. In: Christian Kleint, Helmut Rechenberg und Gerald Wiemers (Hg.): *Werner Heisenberg, 1901–1976: Beiträge, Berichte, Briefe: Festschrift zu seinem 100. Geburtstag*. Leipzig: Verlag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 2005, 214–222.

- : *Heisenberg in the Atomic Age. Science and the Public Sphere*. Cambridge: Cambridge University Press 2010.
- : Nuclear Energy Development in Postwar West Germany. Struggles over Cooperation in the Federal Republic's First Reactor Station. *History and Technology* 18/3 (2002), 233–270. doi:10.1080/0734151022000020166.
- : Old Programs, New Politics? Nuclear Reactor Studies after 1945 in the Max-Planck-Institut für Physik. In: Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Göttingen: Wallstein Verlag 2000, 726–749.
- Carson, Cathryn und Michael Gubser: Science Advising and Science Policy in Post-War West Germany. The Example of the Deutscher Forschungsrat. *Minerva* 40/2 (2002), 147–179. doi:10.1023/A:1015708903590.
- Cartellieri, Wolfgang. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 32. Ravensburg 1969. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000008898>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- Cartellieri, Wolfgang: Die Großforschung und der Staat. In: Bundesminister für wissenschaftliche Forschung (Hg.): *Die Projektwissenschaften*. München: Gersbach & Sohn 1963, 3–16.
- Cassidy, David: Controlling German Science, I: U. S. and Allied Forces in Germany, 1945–1947. *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 24/2 (1994), 197–235. doi:10.2307/27757723.
- Cassidy, David C.: *Werner Heisenberg. Leben und Werk*. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag 1995.
- Coing, Helmut: *Für Wissenschaften und Künste. Lebensbericht eines europäischen Rechtsgelehrten*. Herausgegeben von Michael F. Feldkamp. Berlin: Duncker & Humblot 2014.
- Conze, Eckart: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München: Siedler Verlag 2009.
- Conze, Werner: Kaiser, Jakob. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 11. Berlin: Duncker & Humblot 1977, 41–43.
- Crämer, Peter: Klaus Heinrich Scheufelen. Raketenspionier, Unternehmer, Politiker. *Konrad-Adenauer-Stiftung*, 2020. <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/klaus-heinrich-scheufelen>. Zuletzt aufgerufen am 26. 6. 2020.

- Czechowsky, Peter und Gerd Hartmann: Walter Dieminger. 07. 07. 1907–29. 09. 2000.
In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 2001*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2001, 875–876.
- Daan, Serge: *Die innere Uhr des Menschen. Jürgen Aschoff, 1913–1998. Wissenschaftler in einem bewegten Jahrhundert*. Wiesbaden: Reichert Verlag 2017.
- Dahrendorf, Ralf: *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*. Hamburg: Nannen Verlag 1965.
- Daly, Patrick W.: Helmut Kopka, 1932–2009. *TUGboat* 30/1 (2009), 4–5.
- Danylow, Peter und Ulrich S. Soénius (Hg.): *Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik*. München: Siedler Verlag 2005.
- Daston, Lorraine und H. Otto Sibum: Introduction. Scientific Personae and Their Histories. *Science in Context* 16/1–2 (2003), 1–8.
- Decker, Hedwig: *Standortverlagerungen der Industrie in der Region München*. Kallmünz: Verlag Michael Lassleben 1984.
- Deich, Ingrid: The Redistribution of Authority in National Laboratories in Western Germany. *Minerva* 17/3 (1979), 413–444.
- Deiseroth, Dieter: Kontinuitätsprobleme der deutschen Staatsrechtslehre(r). Das Beispiel Theodor Maunz. In: Wolfgang Abendroth, Bernhard Blanke, Ulrich Klaus Preuß, Dieter Deiseroth, Friedhelm Hase und Karl-Heinz Ladeur (Hg.): *Ordnungsmacht? Über das Verhältnis von Legalität, Konsens und Herrschaft*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1981, 85–111.
- Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung: *Bundesbericht Forschung II. Bericht der Bundesregierung über den Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland*. Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/2054. Bad Godesberg 1967.
- Deutinger, Stephan: *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat. Zur Geschichte des Forschungsstandorts Bayern 1945–1980*. München: Oldenbourg 2001.
- Deutsch, Erwin: Eugen Ulmer. Ein Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts. In: Stefan Grundmann und Karl Riesenhuber (Hg.): *Deutschsprachige Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts in Berichten ihrer Schüler. Eine Ideengeschichte in Einzeldarstellungen*. Berlin: De Gruyter 2007, 207–220.

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt: *35 Jahre AZUR – Am 08. November 1969 startete Deutschlands erster Forschungssatellit*, 2004. https://www.dlr.de/content/de/downloads/news-archiv/2004/20041105_-35-jahre-azur---am-08-november-1969-startete-deutschlands-erster-forschungssatellit_2578.pdf?__blob=publicationFile&v=10. Zuletzt aufgerufen am 19. 12. 2019.

Dimroth, Karl: Das Porträt: Adolf Windaus 1876–1959. *Chemie in unserer Zeit* 10/6 (1976), 175–179.

Dittler, Sabine: Siemens, Ernst Albrecht von. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 24. Berlin: Duncker & Humblot 2010, 379–380.

Doering-Manteuffel, Anselm: Bayern im Bund. Die überregionale Bedeutung eines regionalgeschichtlichen Forschungsansatzes. *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 67/1 (2004), 85–102.

———: Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55/4 (2007), 559–581.

———: Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg: Christians Verlag 2000, 311–341.

———: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999.

Doering-Manteuffel, Anselm, Lutz Raphael und Thomas Schlemmer (Hg.): *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016.

Dölle, Hans: *Erläuterungen zur Satzung der MPG vom 3. 12. 1964*. Herausgegeben von Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1965.

Haus der Bayerischen Geschichte: Dr. Johannes von Elmenau. Jurist, Ministerialdirigent. <https://www.hdbg.eu/zeitzeugen/detail/politik/dr-johannes-von-elmanau/59>. Zuletzt aufgerufen am 31. 1. 2020.

Drobnig, Ulrich: Hans Dölle. 25. 8. 1893–15. 5. 1980. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 2 (1981), 11–14.

- : Konrad Zweigert (1911–1996). In: Stefan Grundmann und Karl Riesenhuber (Hg.): *Deutschsprachige Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts in Berichten ihrer Schüler. Eine Ideengeschichte in Einzeldarstellungen*. Berlin: De Gruyter 2007, 89–103.
- Düwell, Kurt: Carl Heinrich Becker (1887–1933). In: Kurt G. A. Jeserich und Helmut Neuhaus (Hg.): *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945*. Stuttgart: Kohlhammer 1991, 350–354.
- Ebbinghaus, Angelika und Karl Heinz Roth: Von der Rockefeller Foundation zur Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. Adolf Butenandt als Biochemiker und Wissenschaftspolitiker des 20. Jahrhunderts. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 50/5 (2002), 389–419.
- Eckert, Michael: Das »Atomei«. Der erste bundesdeutsche Forschungsreaktor als Katalysator nuklearer Interessen in Wissenschaft und Politik. In: Michael Eckert und Maria Osietzki (Hg.): *Wissenschaft für Macht und Markt: Kernforschung und Mikroelektronik in der Bundesrepublik Deutschland*. München: C. H. Beck 1989, 74–95.
- Eder, Jacob S.: Liberale Flügelkämpfe. Hildegard Hamm-Brücher im Diskurs über den Liberalismus in der frühen Bundesrepublik. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 64/2 (2016), 291–325.
- Edingshaus, Anne-Lydia: *Heinz Maier-Leibnitz. Ein halbes Jahrhundert experimentelle Physik*. München: Piper 1986.
- Eichele, Gregor: Hans Strehlow. 29. Juli 1919–18. November 2012. *Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft* (Beileger Personalien) (2012), 36–38.
- Eichholtz, Dietrich: Die »Krautaktion«. Ruhrindustrie, Ernährungswissenschaft und Zwangsarbeit 1944. In: Ulrich Herbert (Hg.): *Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945*. Essen: Klartext Verlag 1991, 270–294.
- »Ein Hochamt der deutschen Wissenschaft«. *Der Spiegel* 27 (1971), 110–114.
- Engelhaaf, Martin: Reichardt, Werner. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 296–297.
- Erker, Paul: *Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953*. Stuttgart: Klett-Cotta 1998.
- : Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit. In: Manfred Gailus und Heinrich Volkmann (Hg.): *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest, 1770–1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, 392–408.

- Feldenkirchen, Wilfried und Eberhard Posner: *Die Siemens-Unternehmer. Kontinuität und Wandel 1847–2005. Zehn Portraits*. München: Piper 2005.
- Fleischhauer, Kurt: In memoriam Wolfgang Bargmann. *Anatomischer Anzeiger* 146 (1979), 209–234.
- Flitner, Bettina: *Frauen mit Visionen. 48 Europäerinnen. Mit Texten von Alice Schwarzer*. München: Knesebeck 2006.
- Fluck, Ekkerhard: Margot Becke. 10.06.1914–14.11.2009. *Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft. Beilage Personalien*, 2009, 18–19, 18–19.
- Föger, Benedikt und Klaus Taschwer: *Die andere Seite des Spiegels. Konrad Lorenz und der Nationalsozialismus*. Wien: Czernin Verlag 2001.
- Först, Walter: Karl Arnold (1901–1958). In: Bernhard Poll (Hg.): *Rheinische Lebensbilder*. Köln: Rheinland-Verlag 1977, 295–316.
- Fourastié, Jean: *Les Trente Glorieuses, ou la révolution invisible de 1946 à 1975*. Paris: Fayard 1979.
- Frei, Norbert: *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2008.
- Frese, Matthias, Julia Paulus und Karl Teppe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn: Schöningh 2003.
- Freyberg, Jutta von (Hg.): *Protokoll des Kongresses »Wissenschaft und Demokratie«*. Köln: Pahl-Rugenstein 1973.
- Freytag, Carl: »Bürogenerale« und »Frontsoldaten« der Wissenschaft. Atmosphärenforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft während des Nationalsozialismus. In: Helmut Maier (Hg.): *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein Verlag 2007, 215–267.
- Friemberger, Claudia: *Alfons Goppel. Vom Kommunalpolitiker zum Bayerischen Ministerpräsidenten*. München: Hanns-Seidel-Stiftung 2001.
- Futurologen. Vorausswissen ist Macht. *Der Spiegel* 46 (1969), 204–207.
- Galison, Peter: *Image and Logic. A Material Culture of Microphysics*. Chicago, IL: University of Chicago Press 1997.

- : The Many Faces of Big Science. In: Peter Galison und Bruce W. Hevly (Hg.): *Big Science. The Growth of Large-Scale Research*. Stanford, CA: Stanford University Press 1992, 1–17.
- Gall, Lothar: A Man for All Seasons? Hermann Josef Abs im Dritten Reich. *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 43/2 (1998), 123–175.
- : *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie*. München: C. H. Beck 2004.
- Gassert, Philipp: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*. Stuttgart: Kohlhammer 2018.
- Gaudillière, Jean-Paul: Better Prepared than Synthesized. Adolf Butenandt, Schering AG and the Transformation of Sex Steroids into Drugs (1930–1946). *Studies in History and Philosophy of Biological and Biomedical Sciences* 36/4 (2005), 612–644.
- : Biochemie und Industrie. Der »Arbeitskreis Butenandt-Schering« im Nationalsozialismus. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 198–246.
- Gausemeier, Bernd: An der Heimatfront. »Kriegswichtige« Forschungen am Kaiser-Wilhelm-Institut für Biochemie. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 134–168.
- Gelberg, Karl-Ulrich: Alfons Goppel (1905–1991). In: Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher (Hg.): *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*. Münster: Aschendorff 2001, 261–279.
- Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1911–1961. Beiträge und Dokumente*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1961.
- Gentner, Wolfgang: Im besetzten Paris 1940 bis 1942. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen*. Herausgegeben von Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Heft 2 (1981), 41–50.
- : Individuelle und kollektive Erkenntnissuche in der modernen Naturwissenschaft. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1–2 (1965), 74–85.

- Gerischer, Heinz: Karl Friedrich Bonhoeffer (13. 1. 1899–15. 5. 1957). *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1957), 114–122.
- Gerlach, Walther: Über die Kosten der modernen naturwissenschaftlichen Forschung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft* Heft 1 (1956), 23–32.
- Gerstein, Barbara: Ochel, Willy. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 19. Berlin: Duncker & Humblot 1999, 410.
- Gerwin, Robert: Im Windschatten der 68er ein Stück Demokratisierung. Die Satzungsreform von 1972 und das Harnack-Prinzip. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Berlin: De Gruyter 1996, 211–226.
- Gilbert, René: Hans Philipp Rumpf. *Stadtlexikon Karlsruhe online*. Karlsruhe 2015.
<https://stadtlexikon.karlsruhe.de/index.php/De:Lexikon:bio-0165>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- Gleitsmann, Rolf-Jürgen: *Im Widerstreit der Meinungen. Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950–1955)*. Karlsruhe: Kernforschungszentrum 1986.
- Globig, Michael: Reimar Lüst. 1972–1984. *Max-Planck-Gesellschaft*, 2004.
<https://www.mpg.de/8235393/reimar-luest>. Zuletzt aufgerufen am 3. 4. 2020.
- Görtemaker, Manfred: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*. München: C. H. Beck 1999.
- Grau, Andreas: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt. *Historisch-Politische Mitteilungen* 16/1 (2009), 1–17.
- Grebing, Helga und Dietmar Süß: *Waldemar von Knoeringen 1906–1971. Ein Erneuerer der deutschen Sozialdemokratie. Band 1: Reden, Aufsätze. Band 2: Briefwechsel und Kommentare zu Leben und Wirken*. Berlin: Vorwärts-Buch 2006.
- Greiner, Christian: Die alliierten militärstrategischen Planungen zur Verteidigung Westeuropas 1947–1950. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan*. München: Oldenbourg 1982, 119–323.
- : Die militärische Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die WEU und die NATO 1954 bis 1957. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Die Nato-Option*. München: Oldenbourg 1993, 561–850.

Grossner, Claus: Aufstand der Forscher. Die Krise in der Max-Planck-Gesellschaft. Der Kampf um die Mitbestimmung. *Die Zeit* 25 (18. 6. 1971), 4.

———: »Der Rest kommt aus der Industrie«. *Der Spiegel* 27 (1971), 112.

Grunenberg, Nina: Junge Forscher gegen alte Halbgötter. Krise am 60. Geburtstag: In der Max-Planck-Gesellschaft gärt es. *Die Zeit* 27 (2. 7. 1971), 2.

Gruss, Peter und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010.

Güthlein, Klaus: Der »Palazzo Nuovo« des Kapitols. In memoriam Wolfgang Lotz. München: Hirmer 1985.

Hachtmann, Rüdiger: Rezension zu *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*, von Eckart Henning und Marion Kazemi. *Archiv für Sozialgeschichte* 54/6 (2014). <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81563>. Zuletzt aufgerufen am 18. 2. 2019.

———: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 56/1 (2008), 19–52.

———: *Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«*. *Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein Verlag 2007.

Hallstein, Walter: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft politisch gesehen. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1963), 130–143.

Hammerstein, Notker: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945*. München: C. H. Beck 1999.

Hanning, Kurt: Wolfgang Graßmann, 1898–1978. *Chemische Berichte* 115 (1982), I–XXV.

Hauff, Volker und Fritz Wilhelm Scharpf: *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1975.

Hauschild, Joachim: *Philip Rosenthal*. Berlin: Ullstein 1999.

Hauser, Thomas: *Ralf Dahrendorf. Denker, Politiker, Publizist*. Stuttgart: Kohlhammer 2019.

Heinemann, Manfred: Überwachung und »Inventur« der deutschen Forschung. Das Kontrollratsgesetz Nr. 25 und die alliierte Forschungskontrolle im Bereich der Kaiser-Wilhelm-/

- Max-Planck-Gesellschaft (KWG/MPG) 1945–1955. In: Lothar Mertens (Hg.): *Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?* Berlin: Duncker & Humblot 2001, 167–200.
- : Zur Wissenschafts- und Bildungslandschaft Niedersachsens von 1945 bis in die 50er Jahre. In: Bernd Weisbrod (Hg.): *Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder: Wiederaufbau in Niedersachsen*. Hannover: Hahnsche Buchhandlung 1998, 77–95.
- Heisenberg, Werner: *Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik*. 13. Aufl. München: Piper 2017.
- : Die europäische Organisation der kernphysikalischen Forschung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1954), 137–140.
- Henkels, Walter: *99 Bonner Köpfe*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1965.
- Henning, Eckart: Die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. In: Sybille Gerstengarbe, Joachim Kaasch, Michael Kaasch, Andreas Kleinert und Benno Parthier (Hg.): *Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 2011/2012*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2012, 29–48.
- Henning, Eckart und Marion Kazemi: *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Berlin: Duncker & Humblot 2011.
- : *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. 2 Bde. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2016.
- Henning, Friedrich: Franz Blücher. Ein Porträt. *Geschichte im Westen* 11 (1996), 216–233.
- Heppe, Hans von. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 33. Ravensburg 1982. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000011566>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- Herbert, Ulrich: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. München: C. H. Beck 2014.
- : Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: Ulrich Herbert (Hg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*. Göttingen: Wallstein Verlag 2002, 7–49.
- Herbst, Ludolf: *Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag*. 2. Aufl. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1996.

- Hermann, Armin (Hg.): *Werner Heisenberg in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1976.
- Hermann, Armin, John Krige, Ulrike Mersits, Dominique Pestre und Lanfranco Belloni: *History of CERN. Launching the European Organization for Nuclear Research*. Bd. 1. Amsterdam: North-Holland 1987.
- Hermann, Armin, John Krige, Ulrike Mersits, Dominique Pestre und Laura Weiss: *History of CERN. Building and Running the Laboratory, 1954–1965*. Bd. 2. Amsterdam: North-Holland 1990.
- Hesse, Hans: *Augen aus Auschwitz. Ein Lehrstück über nationalsozialistischen Rassenwahn und medizinische Forschung. Der Fall Dr. Karin Magnussen*. Essen: Klartext Verlag 2001.
- Himen, Helga: Ruf, Sep. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 22. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 231–233.
- Hinrichsen, Hans-Peter Ernst: *Der Ratgeber. Kurt Birrenbach und die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung 2002.
- Hobsbawm, Eric J. und Terence O. Ranger (Hg.): *The Invention of Tradition*. Cambridge: Cambridge University Press 1992.
- Hockerts, Hans Günter: »1968« als weltweite Bewegung. In: Venanz Schubert (Hg.): *1968. 30 Jahre danach*. St. Ottilien: EOS 1999, 13–34.
- : *Ein Erbe für die Wissenschaft. Die Fritz Thyssen Stiftung in der Bonner Republik*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2018.
- : Rahmenbedingungen. Das Profil der Reformära. In: Hans Günter Hockerts (Hg.): *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bundesrepublik Deutschland 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2006, 3–155.
- : Sektion III: Planung als Reformprinzip. Einleitung. In: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn: Schöningh 2003, 249–257.
- : Sicherung im Alter. Kontinuität und Wandel der gesetzlichen Rentenversicherung 1889–1979. In: Werner Conze und M. Rainer Lepsius (Hg.): *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem*. 2. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta 1985, 296–323.
- : Wie die Rente steigen lernte: Die Rentenreform 1957. In: Hans Günter Hockerts: *Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, 71–85.

- Hoffmann, Dieter: Carl Friedrich von Weizsäcker (1912–2007). Wissenschaftler und Citoyen. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik – Philosophie – Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2014, 23–52.
- Hoffmann, Dieter, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015.
- Hohls, Rüdiger und Konrad H. Jarausch (Hg.): *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2000.
- Hohn, Hans-Willy und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990.
- Hölsken, Heinz Dieter: *Die V-Waffen. Entstehung – Propaganda – Kriegseinsatz*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1984.
- Hoppe-Sailer, Richard, Cornelia Jöchner und Frank Schmitz (Hg.): *Ruhr-Universität Bochum. Architekturvision der Nachkriegsmoderne*. Berlin: Gebr. Mann Verlag 2015.
- Houbé, Martin: Hans Dölle. In: Mathias Schmoeckel (Hg.): *Die Juristen der Universität Bonn im »Dritten Reich«*. Köln: Böhlau 2004, 137–157.
- Huber, Ludwig: Entwicklung und Wirkung der Bundesassistentenkonferenz. In: Stephan Freiger, Michael Gross, Christoph Oehler und Gesamthochschule Kassel (Hg.): *Wissenschaftlicher Nachwuchs ohne Zukunft? Bundesassistentenkonferenz, Hochschulentwicklung, junge Wissenschaftler heute*. Kassel: Johannes Stauda Verlag 1986, 31–44.
- Huber, Ludwig. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 38. Ravensburg 2003. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000010780>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- Hueck, Ingo: Die deutsche Völkerrechtswissenschaft im Nationalsozialismus. Das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das Hamburger Institut für Auswärtige Politik und das Kieler Institut für Internationales Recht. In: Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Göttingen: Wallstein Verlag 2000, 490–527.
- Hund, Wulf D., Volker Jentsch, Gerhard Kade, Helmut Kopka, André Leisewitz, Rainer Rilling und Ulrich Rödel: Arbeitsgruppe V: Forschungspolitik und Forschungskontrolle. In: Jutta von Freyberg (Hg.): *Protokoll des Kongresses »Wissenschaft und Demokratie«*. Köln: Pahl-Rugenstein 1973, 98–112.

- Hüwel, Detlev: *Karl Arnold. Eine politische Biographie*. Wuppertal: Hammer 1980.
- Inglehart, Ronald: *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton, N. J.: Princeton University Press 1977.
- James, Jeremiah, Thomas Steinhauser, Dieter Hoffmann und Bretislav Friedrich: *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik. Das Fritz–Haber–Institut der Max–Planck–Gesellschaft zwischen 1911 und 2011*. Berlin: De Gruyter 2011.
- Jannott, Horst K. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 18. Ravensburg 1993. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000017685>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- Jentsch, Volker, Helmut Kopka und Arndt Wülfing: Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 17/5 (1972), 476–503.
- Judt, Tony: *Die Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2006.
- Jureit, Ulrike: Generation, Generationalität, Generationenforschung. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2017. doi:<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.1117.v2>.
- Kaelble, Hartmut: *Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989*. München: C. H. Beck 2011.
- Kant, Horst: Das Max-Planck-Institut für Physik. Berlin – München. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 316–323.
- Kant, Horst und Jürgen Renn: Eine utopische Episode. Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik – Philosophie – Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2014, 213–242.
- Karlson, Peter: *Adolf Butenandt. Biochemiker, Hormonforscher, Wissenschaftspolitiker*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1990.
- Kaufmann, Doris: *Konrad Lorenz. Scientific persona, »Harnack-Pläncker« und Wissenschaftsstar in der Zeit des Kalten Krieges bis in die frühen 1970er Jahre*. Berlin: GMPG-Preprint 2018.
- Kaul, Alexander: Rajewsky, Boris. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 125–126.

- Kenkmann, Alfons: Von der bundesdeutschen »Bildungsmisere« zur Bildungsreform in den 60er Jahren. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg: Christians Verlag 2000, 402–423.
- Keppler, Erhard: *Der Weg zum Max Planck Institut für Aeronomie. Von Regener bis Axford – eine persönliche Rückschau*. Katlenburg-Lindau: Copernicus 2003.
- Keßler, Katrin, Heike Pöppelmann und Frank Both (Hg.): *Brutal modern. Bauen und Leben in den 60ern und 70ern*. Braunschweig: Braunschweigisches Landesmuseum 2018.
- Kielmansegg, Peter Graf: *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*. Berlin: Siedler Verlag 2000.
- Kießling, Friedrich und Bernhard Rieger (Hg.): *Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre*. Köln: Böhlau 2011.
- Kinas, Sven: *Adolf Butenandt (1903–1995) und seine Schule*. Herausgegeben von Archiv der Max-Planck-Gesellschaft. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2004.
- Klages, Helmut: Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs. Untersuchungen zum Einsetzen des Wertewandels in der Bundesrepublik Deutschland in den 60er Jahren. In: Karl Dietrich Bracher, Paul Mikat, Konrad Repgen, Martin Schumacher und Hans-Peter Schwarz (Hg.): *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*. Berlin: Duncker & Humblot 1992, 517–544.
- : *Wertorientierungen im Wandel: Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1984.
- Klee, Ernst: *Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer*. 6. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 2015.
- : *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*. Aktualisierte Ausg. Frankfurt am Main: Fischer 2005.
- Knippers, Rolf: Das Friedrich-Miescher-Laboratorium für biologische Arbeitsgruppen in der Max-Planck-Gesellschaft in Tübingen. Ein neuer Institutstyp. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 3 (1971), 179–182.
- Kocka, Jürgen: Rezension zu *Das Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren*, von Hans-Peter Ullmann. *Archiv für Sozialgeschichte* 59 (2019). <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81906>. Zuletzt aufgerufen am 16.6.2020.

- : Ralf Dahrendorf in historischer Perspektive. Aus Anlass seines Todes am 17. Juni 2009. *Geschichte und Gesellschaft* 35/2 (2009), 346–352.
- Koerfer, Daniel: *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1987.
- Kommission für die Finanzreform: *Gutachten über die Finanzreform der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Kohlhammer 1966.
- Kosthorst, Erich: *Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957*. Stuttgart: Kohlhammer 1985.
- Kraus, Elisabeth: Atomwaffen für die Bundeswehr? *Physik Journal* 6/4 (2007), 37–41.
- : *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2001.
- Kraus, Hans-Christof: Gründung und Anfänge des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen. In: Jürgen Elvert (Hg.): *Geschichte jenseits der Universität. Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2016, 121–139.
- Krebs, Hans und Karl Decker: Feodor Lynen. 6 April 1911–6 August 1979. *Biographical Memoirs of the Fellows of the Royal Society* 28 (1982), 260–317.
- Krige, John und Arturo Russo: *A History of the European Space Agency 1958–1987. The Story of ESRO and ELDO, 1958–1973*. Bd. 1. Noordwijk: European Space Agency 2000.
- Kroker, Evelyn: Heinrich Kost: Rationalisierung und Sozialbeziehungen im Bergbau. In: Paul Erker und Toni Pierenkemper (Hg.): *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau: Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*. München: Oldenbourg 1999, 291–316.
- : Kost, Heinrich. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 12. Berlin: Duncker & Humblot 1980, 620.
- Kühlbrandt, Werner: Reinhard Schlögl. 25. November 1919–21. September 2007. *Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft. Beilage Personalien*, 2007, 21–23, 21–23.
- Kurzhaus, Anna: »Millionendorf« und »Weltstadt mit Herz«. *Selbstdarstellung der Stadt München 1978–1945*. München: utzverlag 2018.

Küsters, Hanns Jürgen: Einführung. Die Pariser Verträge, 23. Oktober 1954. 100(0) *Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert*, 2011. http://www.100dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0018_par&l=de. Zuletzt aufgerufen am 10.7.2020.

Laitko, Hubert: Das Harnack-Prinzip als institutionelles Markenzeichen. Faktisches und Symbolisches. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »*Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen*«. *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 135–194.

———: Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsintention und Gründungsprozess. In: Klaus Fischer, Hubert Laitko und Heinrich Parthey (Hg.): *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2010*. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2011, 199–238.

———: Persönlichkeitszentrierte Forschungsorganisation als Leitgedanke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Reichweite und Grenzen, Ideale und Wirklichkeit. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Berlin: De Gruyter 1996, 583–632.

Lange, Felix: *Praxisorientierung und Gemeinschaftskonzeption. Hermann Mosler als Wegbereiter der westdeutschen Völkerrechtswissenschaft nach 1945*. Berlin: Springer 2017.

———: *Zwischen völkerrechtlicher Systembildung und Begleitung der deutschen Außenpolitik. Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945–2002*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.

Langenbruch, Theodor: Ernst Hellmut Vits. In: Heinz Born (Hg.): *Wuppertaler Biographien*. Wuppertal: Bergischer Geschichtsverein 1970, 90–118.

Lax, Gregor: *Das »lineare Modell der Innovation« in Westdeutschland. Eine Geschichte der Hierarchiebildung von Grundlagen- und Anwendungsforschung nach 1945*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2015.

———: *Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.

Leendertz, Ariane: *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010.

———: Ein gescheitertes Experiment. Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas und die Max-Planck-Gesellschaft. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik – Philosophie – Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2014, 243–262.

- : Medialisierung der Wissenschaft. Die öffentliche Kommunikation der Max-Planck-Gesellschaft und der Fall Starnberg (1969–1981). *Geschichte und Gesellschaft* 40/4 (2014), 555–590.
- Lehning, Norbert: Rucker-Plan, 1956. *Historisches Lexikon Bayerns*, 2012. https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rucker-Plan,_1956. Zuletzt aufgerufen am 17. 10. 2019.
- Lengemann, Jochen: *Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung Gross-Hessen und des Hessischen Landtags (1.–11. Wahlperiode)*. Frankfurt am Main: Insel Verlag 1986.
- Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Gerhard A. Ritter (Hg.): *Deutsche Parteien vor 1918*. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1973, 56–80.
- Lewis, Jeffrey: Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft. Göttingen und Tübingen – eine Vereinigung mit Hindernissen, 1948–1949. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 403–443.
- Lochak, Georges: *Louis de Broglie. Un prince de la science*. Paris: Flammarion 1992.
- Lorenz, Robert: Die »Göttinger Erklärung« von 1957. Gelehrtenprotest in der Ära Adenauer. In: Johanna Klatt und Robert Lorenz (Hg.): *Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells*. Bielefeld: transcript Verlag 2011, 199–227.
- : *Protest der Physiker. Die »Göttinger Erklärung« von 1957*. Bielefeld: transcript Verlag 2011.
- : Siegfried Balke – Spendenportier und Interessenpolitiker. In: Robert Lorenz und Matthias Micus (Hg.): *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteidemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 175–205. doi:10.1007/978-3-531-91569-2_8.
- : *Siegfried Balke. Grenzgänger zwischen Wirtschaft und Politik in der Ära Adenauer*. Stuttgart: Ibidem-Verlag 2010.
- Löwenthal, Richard und Hans-Peter Schwarz (Hg.): *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Stuttgart: Seewald Verlag 1974.
- Lucha, Gerda Maria (Hg.): *Dokumente zu Entstehung und Entwicklung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik 1955–1971*. Garching: IPP 2005.

Lüst, Reimar: Carl Wurster. 2. 12. 1900–14. 12. 1974. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 3 (1975), 5–7.

———: Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumforschung und die Beteiligung der Max-Planck-Gesellschaft. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1961), 270–279.

Lüst, Reimar: Zur Lage der Weltraumforschung in Deutschland. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1964), 189–194.

Lüst, Reimar und Paul Nolte: *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte*. München: C. H. Beck 2008.

Magnus, Ulrich: *Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949–2000*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.

Maier, Helmut: Aus der Verantwortung gestohlen? »Grundlagenforschung« als Persilschein für Rüstungsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung vor und nach 1945. In: Werner Lorenz und Torsten Meyer (Hg.): *Technik und Verantwortung im Nationalsozialismus*. Münster: Waxmann 2004, 47–77.

———: *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48*. Göttingen: Wallstein Verlag 2007.

Maier, Klaus A.: Die internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Die EVG-Phase*. München: Oldenbourg 1990, 1–234.

Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie* 7/2 (1928), 157–185.

———: Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie* 7/3 (1928), 309–330.

Mannheim, Karl, Laurens W. Molenkamp, Wolfgang Ossau, Karsten Schutte, Alfred Forchel und Klaus von Klitzing: Nachruf auf Gottfried Landwehr. *Physik Journal* 12/4 (2013), 52.

Mark, Gabriele: »Mein Weg bleibt Mannheim«. *Hans Reschke. Ein Oberbürgermeister zwischen Wiederaufbau, Neubeginn und Zukunftsgestaltung*. Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag 2011.

Markmann, Heinz. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 51. Ravensburg 1978. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000015445>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

- Marsch, Edmund: Adolf Butenandt als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft 1960–1972. Zum 100. Geburtstag am 24. März 2003. In: Eckart Henning (Hg.): *Dahlemer Archivgespräche*. Berlin: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft 2003, 134–145.
- Martin, Heinz: *Polymere und Patente. Karl Ziegler, das Team, 1953–1998. Zur wirtschaftlichen Verwertung akademischer Forschung*. Weinheim: Wiley-VCH 2002.
- März, Stefan: *Alfons Goppel. Landesvater zwischen Tradition und Moderne*. Regensburg: Verlag Friedrich Pustet 2016.
- Massin, Benoît: Mengele, die Zwillingforschung und die »Auschwitz-Dahlem Connection«. In: Carola Sachse (Hg.): *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums*. Göttingen: Wallstein Verlag 2003, 201–251.
- : Rasse und Vererbung als Beruf. Die Hauptforschungsrichtungen am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik im Nationalsozialismus. In: Hans-Walter Schmuhl (Hg.): *Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933*. Göttingen: Wallstein Verlag 2003, 190–244.
- Max-Planck-Gesellschaft: 75 Jahre Max-Planck-Institut für Psychiatrie (Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie). München 1917–1992. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 2 (1992).
- : Änderung der Satzung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1972), 245–248.
- : Ansprache des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung Dr. Gerhard Stoltenberg. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1969), 206–211.
- : Ansprache des Bundespräsidenten Dr. h. c. Heinrich Lübke. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1961), 243–249.
- : Ansprache des Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1964), 175–178.
- : Ansprache des Bundespräsidenten Dr. Lübke. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1960), 286–294.
- : Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Professor Dr. Adolf Butenandt. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1962), 141–156.

- : Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Professor Reimar Lüst. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1972), 282–292.
- : Ansprache des Präsidenten Professor Dr. Adolf Butenandt. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1 (1969), 23–27.
- : Ansprache des Präsidenten Professor Dr. Adolf Butenandt bei der Schlüsselübergabe. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1 (1962), 83–88.
- : Ansprache unseres Ehrenpräsidenten Professor Hahn. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Heft 5/1960*, 1960, 271–279, 271–279.
- : Ansprache unseres Präsidenten Professor Hahn. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1957), 194–201.
- : Ansprache unseres Präsidenten Professor Hahn. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1959), 250–257.
- : Ansprache von Otto Hahn auf der Hauptversammlung der MPG 1959 in Saarbrücken. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1959), 250–257.
- : Auszug aus der Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Professor Adolf Butenandt. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1972), 262–279.
- : Auszug aus der Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Professor Dr. Adolf Butenandt. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1971), 234–244.
- : Bericht über die Ansprache des Präsidenten Professor Dr. Adolf Butenandt. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1970), 224–229.
- : Deutsch-französische wissenschaftliche Zusammenarbeit. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1971), 196.
- : Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1971. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. 1972*. Göttingen 1972, 7–27.
- : *Jahrbuch 1967 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.* Göttingen 1967.

- : *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.* 1972. München 1972.
- : Einweihung des Max-Planck-Instituts für biophysikalische Chemie (Karl-Friedrich-Bonhoeffer-Institut) in Göttingen. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1972), 337–357.
- : Hauptversammlung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1962), 126–133.
- : Hauptversammlung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1965), 273–280.
- : Hauptversammlung 1957. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1957), 186–187.
- : Hauptversammlung. Ansprache unseres Präsidenten Professor Hahn. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1956), 178–189.
- : Hauptversammlung. Ansprache unseres Präsidenten Professor Hahn. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1958), 216–224.
- : Hauptversammlung. Finanzierung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1969), 198.
- : Hauptversammlung. Max-Planck-Institut für Festkörperforschung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1969), 191–197.
- : Jahresbericht 1958/59 und Vorschau auf die Finanzlage 1959/60. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1959), 236–245.
- : Jahresbericht 1959/60. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1960), 297–305.
- : Jahresbericht 1961. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 3 (1962), 161–171.
- : Jahresbericht 1963. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1964), 191–209.
- : Jahresbericht 1964. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1965), 309–325.

- : Jahresbericht 1966. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1967), 249–269.
- : Jahresbericht 1966. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1967), 219–227.
- : Jahresbericht 1971. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1972), 242–245.
- : Jahresbericht 1981 und Jahresrechnung 1980. Nachrufe. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 2 (1982).
- : Ludwig Biermann. 1907–1986. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* Heft 2 (1988).
- : Max-Planck-Institut für Festkörperforschung. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1 (1971), 167–178.
- : *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1955).
- : *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1956).
- : *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1 (1956).
- : *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1964).
- : *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1–2 (1964).
- : *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 2 (1968).
- : *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1968).
- : Neufassung des § 12 der Satzung der Gesellschaft. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1959), 231–234.

- : Übergabe des Amtes des Präsidenten an Professor Dr. Reimar Lüst. Direktor und Wissenschaftliches Mitglied des Instituts für extraterrestrische Physik am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik, München-Garching. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 4 (1972), 279–281.
- : Zweite Sitzung des Wissenschaftlichen Rates. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1960), 257–265.
- Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1954/55.
In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Jahrbuch 1955 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.* Göttingen 1955, 5–20.
- Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1969.
In: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. München 1969, 7–28.
- Meadows, Dennis L., Donella H. Meadows, Erich Zahn und Peter Milling: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1973.
- Mehr Mitbestimmung für die Forscher — Weniger Geld für die Forschung. *Süddeutsche Zeitung* (23. 11. 1971).
- Meifort, Franziska: *Ralf Dahrendorf. Eine Biographie*. München: C. H. Beck 2017.
- Meiser, Inga: *Die Deutsche Forschungshochschule (1947–1953)*. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2013.
- Melchers, Georg. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 32. Ravensburg 1955. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000003775>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- Menges, Franz: Schäffer, Fritz. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 22. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 516–518.
- Merkle, Hans L. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 40. Ravensburg 2013. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000014260>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- Messow, Ulf: Karl Friedrich Bonhoeffer. *Sächsische Biographie*, 2014. [http://saebi.isgv.de/biografie/Karl_Friedrich_Bonhoeffer_\(1899-1957\)](http://saebi.isgv.de/biografie/Karl_Friedrich_Bonhoeffer_(1899-1957)). Zuletzt aufgerufen am 3. 6. 2019.

- Metzler, Gabriele: Kernphysik und Politik. Werner Heisenberg in der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Ein Forschungsbericht. *Historisches Jahrbuch* 115 (1995), 208–222.
- Meusel, Ernst-Joachim: *Außeruniversitäre Forschung im Wissenschaftsrecht*. 2. Aufl. Köln: Carl Heymanns Verlag 1999.
- Milch, Isabella: Persönliches. Zum Tode von Ewald Fünfer. *Physik Journal* 51/10 (1995), 965–965. doi:10.1002/phbl.19950511014.
- Minde, Matthias van der: *Die Atomwaffen nieder! Völkerrechtliche und zivilgesellschaftliche Wege der atomaren Abrüstung*. Hamburg: VSA 2010.
- Mintzel, Alf: *Geschichte der CSU. Ein Überblick*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1977.
- Möller, Hans: Julius Speer (3. 12. 1905–8. 6. 1984). *Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* 1984, 1985, 233–240, 233–240.
- Möller, Horst: Das Institut für Zeitgeschichte und die Entwicklung der Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland. In: Horst Möller und Udo Wengst (Hg.): *50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz*. München: Oldenbourg 1999, 1–67.
- : *Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell*. München: Piper 2015.
- Morsey, Rudolf (Hg.): *Georg Schreiber (1882–1963). Ein Leben für Wissenschaft, Politik und Kirche vom Kaiserreich bis zur Ära Adenauer*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2016.
- : *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 1996.
- : Hermann Pünder (1888–1976). In: Kurt G. A. Jeserich und Helmut Neuhaus (Hg.): *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945*. Stuttgart: Kohlhammer 1991, 438–440.
- Müller, Wolfgang D.: *Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Anfänge und Weichenstellungen*. Stuttgart: Schäffer 1990.
- Müller-Doohm, Stefan: *Jürgen Habermas. Eine Biographie*. Berlin: Suhrkamp Verlag 2014.
- Müller-Hill, Benno: Erinnerung und Ausblendung. Ein kritischer Blick in den Briefwechsel Adolf Butenandts, MPG Präsident 1960–1972. *History and Philosophy of the Life Sciences* 24/3/4 (2002), 493–521.
- Nellen, Petra; Nüsslein-Volhard, Christiane. *Enzyklopädie Medizingeschichte*. Herausgegeben von Werner E. Gerabek, Bernhard D. Haage, Gundolf Keil und Wolfgang Wegner. Berlin: De Gruyter 2005, 1058.

- Neufeld, Michael J.: *Wernher von Braun: Visionär des Weltraums – Ingenieur des Krieges*. München: Siedler Verlag 2009.
- Notstand. Verblaßter Glanz. *Der Spiegel* 9 (1966), 28–44.
- Oberreuter, Heinrich: Verantwortung in Gesellschaft, Staat und Kirche: Hans Maier. In: Hans-Rüdiger Schwab (Hg.): *Eigensinn und Bindung. Katholische deutsche Intellektuelle im 20. Jahrhundert*. 39 Porträts. Kevelaer: Butzon & Bercker 2009, 617–632.
- Oppelland, Torsten: *Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession*. Düsseldorf: Droste 2002.
- : Schröder, Gerhard. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 23. Berlin: Duncker & Humblot 2007, 562–563.
- Orth, Karin: *Autonomie und Planung der Forschung. Förderpolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1968*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2011.
- : Von der Notgemeinschaft zur Dienstleistungsorganisation. Leitlinien der Entwicklung der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1973. In: Karin Orth und Willi Oberkrome (Hg.): *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010, 89–101.
- Oschilewski, Walther G.: Grimme, Adolf. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 7. Berlin: Duncker & Humblot 1966, 88–89.
- Palm, Stefanie: Kultur, Medien, Wissenschaft und Sport. In: Frank Bösch und Andreas Wirsching (Hg.): *Abschlussbericht zur Vorstudie zum Thema »Die Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (Mdi) hinsichtlich möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus«*. München 2015, 79–93.
- Parnes, Ohad, Ulrike Vedder und Stefan Willer (Hg.): *Das Konzept der Generation. Eine Wissenschafts- und Kulturgeschichte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 2008.
- Peacock, Vita S.P.: *We, the Max Planck Society. A Study of Hierarchy in Germany*. Ph. D. London: University College London 2014.
- Pecht, Israel und Thomas Jovin: Manfred Eigen (1927–2019). *Science* 364/6435 (2019), 33. doi:10.1126/science.aax2485.
- Pfuhl, Kurt: Das Königsteiner Staatsabkommen. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 1 (1959), 285–294.

- Picht, Georg: *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*. Olten: Walter Verlag 1964.
- Piketty, Thomas: *Capital in the Twenty-First Century*. Übersetzt von Arthur Goldhammer. Cambridge, MA: Harvard University Press 2014.
- Pohlen, Manfred: In memoriam Paul Matussek. *Der Nervenarzt* 75/5 (2004), 496–498. doi:10.1007/s00115-004-1714-7.
- Pöhner, Konrad. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 51. Ravensburg 1974. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000010715>. Zuletzt aufgerufen am 14. 2. 2020.
- Priesner, Claus: Regener, Erich Rudolf Alexander. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 258–260.
- Proctor, Robert N.: *Adolf Butenandt (1903–1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlass*. Berlin: Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«. Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2000.
- Pulla, Ralf: *Raketentechnik in Deutschland. Ein Netzwerk aus Militär, Technik und Hochschulen 1930 bis 1945*. Frankfurt am Main: Peter Lang 2006.
- Radkau, Joachim: *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1983.
- Raithel, Thomas: *Fußballweltmeisterschaft 1954. Sport – Geschichte – Mythos*. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung 2004.
- Raphael, Lutz: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. *Geschichte und Gesellschaft* 22/2 (1996), 165–193.
- : *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp 2019.
- Rauchhaupt, Ulf von: *To Venture Beyond the Atmosphere. Aspects of the Foundation of the Max Planck Institute for Extraterrestrial Physics*. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2000.

- Rebentisch, Dieter: Ernst Reuter (1889–1953). In: Kurt G. A. Jeserich und Helmut Neuhaus (Hg.): *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945*. Stuttgart: Kohlhammer 1991, 441–444.
- Reed, Bruce Cameron: *The History and Science of the Manhattan Project*. Berlin: Springer 2014. doi:10.1007/978-3-642-40297-5.
- Remane, Horst: »Einer der begabtesten und erfolgreichsten, jüngeren Chemiker«. Karl Ziegler (1898–1973) – 50 Jahre Niederdruckpolyethylen. *Acta historica Leopoldina* 48 (2007), 191–216.
- Renn, Jürgen und Horst Kant: Forschungserfolge. Strategien und ihre Voraussetzungen in Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 70–78.
- Renn, Jürgen, Horst Kant und Birgit Kolboske: Stationen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. In: Jürgen Renn, Birgit Kolboske und Dieter Hoffmann (Hg.): *»Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 5–120.
- Retallack, James: Obrigkeitsstaat und politischer Massenmarkt. In: Sven Oliver Müller und Cornelius Torp (Hg.): *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2009, 121–135.
- Rheinberger, Hans-Jörg: Heinz-Günter Wittmann. Ein Pionier des genetischen Codes. *BioSpektrum* 24/7 (2018), 754–755.
- : Virusforschung an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Biochemie und für Biologie, 1937–1945. In: Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Göttingen: Wallstein Verlag 2000, 667–698.
- Rietschel, Ernst Theodor: Nachruf auf Otto Westphal (1913–2004). *Immunologische Nachrichten* 141 (2004), 3–7.
- Ritter, Gerhard A.: Wilhelm Hoegner (1887–1980). In: Gerhard A. Ritter (Hg.): *Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. München: C. H. Beck 1996, 292–311.
- Röbbcke, Martina: *Mitbestimmung und Forschungsorganisation*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1997.

- Rohstock, Anne: Vom NS-Statistiker zum bundesrepublikanischen Bildungsforscher. Friedrich Edding und seine Verstrickung in den Nationalsozialismus. In: Markus Rieger-Ladich, Anne Rohstock und Karin Amos (Hg.): *Erinnern, Umschreiben, Vergessen. Die Stiftung des disziplinären Gedächtnisses als soziale Praxis*. Weilerswist: Velbrück 2019, 120–157.
- Rösener, Werner: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte (1956–2006). Fünfzig Jahre Geschichtsforschung*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014.
- Roth, Karl Heinz: Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Vorbilder. Eine neue Kontroverse um Adolf Butenandt. *Sozial.Geschichte* 22/1 (2007), 71–81.
- Röthlein, Brigitte: *Mare Tranquillitatis, 20. Juli 1969. Die wissenschaftlich-technische Revolution*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1997.
- Ruck, Michael: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg: Christians Verlag 2003, 362–401.
- Ruck, Michael und Marcel Boldorf (Hg.): *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bundesrepublik Deutschland 1957–1966. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstands*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2007.
- Rudloff, Wilfried: Georg Picht. Die Verantwortung der Wissenschaften und die »aufgeklärte Utopie«. In: Theresia Bauer, Elisabeth Kraus, Christiane Kuller und Winfried Süß (Hg.): *Gesichter der Zeitgeschichte. Deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert*. München: Oldenbourg 2009, 279–296.
- : Öffnung oder Schließung: Bildungsplanung in West und Ost. Vergesellschaftung und Ökonomisierung der Bildung. In: Elke Seefried und Dierk Hoffmann (Hg.): *Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2018, 68–85.
- Rudolph, Karsten: *Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945–1991*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2004.
- Rürup, Reinhard: Köpfe der Wissenschaft. Präsidenten, Generalsekretäre, Direktoren und andere Forscher. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 48–59.
- : *Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher*. Göttingen: Wallstein Verlag 2008.

- : Spitzenforschung und »Selbstgleichschaltung«. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933–1945. In: Reinhard Rürup: *Der lange Schatten des Nationalsozialismus. Geschichte, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*. Göttingen: Wallstein Verlag 2014, 108–126.
- Rusinek, Bernd-A.: *Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1996.
- : Die Gründung der Kernforschungsanlage Jülich. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 38–59.
- : Gremienprotokolle. »Formulierungspolitik.« Protokolle von Leitungsgremien in Industrie und Großforschung. In: Bernd-A. Rusinek, Volker Ackermann und Jörg Engelbrecht (Hg.): *Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit*. Paderborn: Schöningh 1992, 185–198.
- Sachse, Carola: Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer. Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern (1942–1969). In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 286–319.
- : (Hg.): *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums im Juni 2001*. Göttingen: Wallstein-Verlag 2003.
- : Ein »als Neugründung zu deutender Beschluss...«: Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik zum Max-Planck-Institut für molekulare Genetik. *Medizinhistorisches Journal* 46/1 (2011), 24–50.
- : Grundlagenforschung: Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970). In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): *»Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 243–268.
- : »Persilscheinkultur«. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. In: Bernd Weisbrod (Hg.): *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*. Göttingen: Wallstein Verlag 2002, 217–246.
- Satzinger, Helga: Adolf Butenandt, Hormone und Geschlecht. Ingredienzien einer wissenschaftlichen Karriere. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 78–133.

- : *Differenz und Vererbung: Geschlechterordnungen in der Genetik und Hormonforschung 1890–1950*. Köln: Böhlau 2009.
- Schanetzky, Tim: Stoltenberg, Gerhard. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 25. Berlin: Duncker & Humblot 2013, 425–426.
- Schauz, Désirée: What Is Basic Research? Insights from Historical Semantics. *Minerva* 52/3 (2014), 273–328.
- Scheifele, Max: Speer, Julius. *Baden-Württembergische Biographien*. Bd. 2. Stuttgart: Kohlhammer 1999.
- Schelsky, Helmut: *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*. 3. Aufl. Düsseldorf: Eugen Diederichs Verlag 1958.
- Schieder, Wolfgang: Nach der »Bildungskatastrophe«. Universitätsgründungen in der Bundesrepublik Deutschland. Festvortrag 50 Jahre Freundeskreis der Trierer Universität, Trier, 25. 2. 2019. https://www.uni-trier.de/fileadmin/forschung/FRK/Festvortrag_Wolfgang_Schieder.pdf. Zuletzt aufgerufen am 3. 3. 2020.
- Schieder, Wolfgang und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004.
- Schieffer, Theodor: Kehr, Paul Fridolin. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 11. Berlin: Duncker & Humblot 1977, 396–398.
- Schildt, Axel, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg: Christians Verlag 2000.
- Schildt, Axel und Arnold Sywottek (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Bonn: Dietz 1993.
- Schlemmer, Thomas: Die zweite Karriere des vergessenen Ministerpräsidenten. Hans Ehard 1954 bis 1966. In: Theresia Bauer, Elisabeth Kraus, Christiane Kuller und Winfried Süß (Hg.): *Gesichter der Zeitgeschichte. Deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert*. München: Oldenbourg 2009, 243–259.
- Schlemmer, Thomas, Stefan Grüner und Jaromír Balcar: »Entwicklungshilfe im eigenen Lande«. Landesplanung in Bayern nach 1945. In: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn: Schöningh 2003, 379–450.

- Schmaltz, Florian: Luftfahrtforschung auf Expansionskurs. Die Aerodynamische Versuchsanstalt in den besetzten Gebieten. In: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann und Florian Schmaltz (Hg.): *Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*. Göttingen: Wallstein Verlag 2016, 326–382.
- : Vom Nutzen und Nachteil der Luftfahrtforschung im NS-Regime. Die Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen und die Strahltriebwerksforschung im Zweiten Weltkrieg. In: Christine Pieper und Frank Uekötter (Hg.): *Vom Nutzen der Wissenschaft. Beiträge zu einer prekären Beziehung*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010, 67–113.
- Schmaltz, Florian, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka (Hg.): *Research Program History of the Max Planck Society. Report*. 2014–2017. Berlin 2017.
- Schmidt, Manfred G.: Die »Politik der inneren Reformen« in der Bundesrepublik Deutschland seit 1969–1976. *Politische Vierteljahresschrift* 19/2 (1978), 201–253.
- Schmidt-Rohr, Ulrich: Wolfgang Gentner. *Baden-Württembergische Biographien*. Herausgegeben von Bernd Ottvad. Bd. 2. Stuttgart: Kohlhammer 1999, 153–156. https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kg1_biographien/118538470/biografie. Zuletzt aufgerufen am 14. 7. 2020.
- Schmuhl, Hans-Walter: *Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, 1927–1945*. Göttingen: Wallstein Verlag 2005.
- Scholz, Juliane: *Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft (1945–1980)*. Berlin: GMPG-Preprint 2019.
- Schön, Wolfgang: *Grundlagenwissenschaft in geordneter Verantwortung. Zur Governance der Max-Planck-Gesellschaft*. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 2015.
- Schöttler, Peter: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext. Die Ära Heimpel*. Berlin: GMPG-Preprint 2017.
- Schrafstetter, Susanna: *Die dritte Atommacht. Britische Nichtverbreitungspolitik im Dienst von Statussicherung und Deutschlandpolitik 1952–1968*. München: Oldenbourg 1999.
- Schricker, Gerhard: Friedrich-Karl Beier. 09. 04. 1926–13. 11. 1997. *Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft*, 1997, 188–190.
- Schubert, Helmut: Madelung, Erwin. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 15. Berlin: Duncker & Humblot 1987, 628.

- Schulze, Winfried: *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*. München: Oldenbourg 1989.
- : Vom Retter zum Helfer. *Wissenschaft und Wirtschaft* 2 (2010), 40–45.
- Schumacher, Uwe: Arnulf Schlüter. 22. August 1922 – 24. Juni 2011. *Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft. Beilage Personalien*, 2012, 29–30.
- Schüring, Michael: *Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein Verlag 2006.
- Schütte, Ernst. *Hessische Biografie*, 2020. <https://www.lagis-hessen.de/pnd/118762133>. Zuletzt aufgerufen am 14. 6. 2020.
- Schwarz, Hans-Peter: *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1986.
- : *Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1991.
- Schwerin, Alexander von: *Zwischen Markt und Staat. Landwirtschaft und Biowissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft (1948–1979) und ihre sozio-epistemische Konfliktlage* (im Erscheinen).
- Seefried, Elke: Die Gestaltbarkeit der Zukunft und ihre Grenzen. Zur Geschichte der Zukunftsforschung. *Zeitschrift für Zukunftsforschung* 4/1 (2015), 5–31.
- : Experten für die Planung? »Zukunftsforscher« als Berater der Bundesregierung 1966–1972/73. *Archiv für Sozialgeschichte*. 50 (2010), 109–152.
- : *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980*. Berlin: De Gruyter 2015. doi:10.1515/9783110349122.
- Seeliger, Hans: Verwaltung der Max-Planck-Gesellschaft. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 5 (1955), 14–25.
- Seifert, Benjamin: *Träume vom modernen Deutschland. Horst Ehmke, Reimut Jochimsen und die Planung des Politischen in der ersten Regierung Willy Brandts*. Stuttgart: Ibidem-Verlag 2010.
- Servan-Schreiber, Jean-Jacques: *Die amerikanische Herausforderung*. Hamburg: Hoffmann und Campe 1968.
- Siddiqi, Asif A.: *Sputnik and the Soviet Space Challenge*. Gainesville: University Press of Florida 2003.
- Siebenmorgen, Peter: *Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß*. München: Siedler Verlag 2015.

- Sieber, Ulrich: Nachruf auf Hans-Heinrich Jescheck. *Neue Juristische Wochenschrift* 45 (2009), 329f.
- Sieber, Ulrich und Hans-Jörg Albrecht (Hg.): *Strafrecht und Kriminologie unter einem Dach. Kolloquium zum 90. Geburtstag von Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Heinrich Jescheck am 10. Januar 2005*. Berlin: Duncker & Humblot 2006.
- Siemen, Wilhelm; Rosenthal, Philip. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 22. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 80–81.
- Sievers, Henning: Louis de Broglie und die Quantenmechanik. Hamburg 1997. <https://arxiv.org/pdf/physics/9807012v2.pdf> vom 6. 7. 1998. Zuletzt aufgerufen am 27. 11. 2019.
- Singer, Kerstin und Ute Frevert: 100 Jahre Hellmut Becker (1913–2013) — Dokumentation der Ausstellung zu Leben und Werk im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. PDF, 2014. doi:10.14280/08241.29.
- Sontheimer, Kurt: *Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1991.
- Specter, Matthew Goodrich: *Habermas. An Intellectual Biography*. Cambridge: Cambridge University Press 2010.
- Sperling, Peter: *Geschichten aus der Geschichte. 50 Jahre Forschungszentrum Karlsruhe. Bereit für die Zukunft*. Karlsruhe: Forschungszentrum Karlsruhe 2006.
- Stamm, Thomas: *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965*. Köln: Wissenschaft und Politik 1981.
- Stammen, Theo, Heinrich Oberreuter, Paul Mikat und Hanna Gerl-Falkovitz (Hg.): *Politik, Bildung, Religion. Hans Maier zum 65. Geburtstag*. Paderborn: Schöningh 1996.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1957*. Stuttgart: Kohlhammer 1957.
- : (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960*. Stuttgart: Kohlhammer 1960.
- : (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965*. Stuttgart: Kohlhammer 1965.
- : (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969*. Stuttgart: Kohlhammer 1969.

- : (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1971*. Stuttgart: Kohlhammer 1971.
- : (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972*. Stuttgart: Kohlhammer 1972.
- : (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1973*. Stuttgart: Kohlhammer 1973.
- : (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1975*. Stuttgart: Kohlhammer 1975.
- : (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1979*. Stuttgart: Kohlhammer 1979.
- Stäude, Jakob: Hans Elsässer. 29. 3. 1929–10. 6. 2003. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 2004*. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 2004, 111–112.
- Steiner, Gerolf: Holst, Erich von. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 9. Berlin: Duncker & Humblot 1972, 547–548.
- Steinhauser, Thomas: *Zukunftsmaschinen in der Chemie. Kernmagnetische Resonanz bis 1980*. Frankfurt am Main: Peter Lang 2014.
- Steinhauser, Thomas, Hanoeh Gutfreund und Jürgen Renn: *A Special Relationship. Turning Points in the History of German-Israeli Scientific Cooperation*. Berlin: GMPG-Preprint 2017.
- Stoff, Heiko: Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 1945–1956. Reinigung und Assoziierung. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 369–402.
- Stolleis, Michael: Coing, Helmut. *Frankfurter Personenlexikon (Onlineausgabe)*. Frankfurt am Main 2015. <http://frankfurter-personenlexikon.de/node/3326>. Zuletzt aufgerufen am 11. 7. 2020.
- : Theodor Maunz – Ein Staatsrechtslehrerleben. *Kritische Justiz* 26/4 (1993), 393–396. doi:10.5771/0023-4834-1993-4-393.
- Stucke, Andreas: *Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1993.

- Stumm, Ingrid von: *Kernfusionsforschung, politische Steuerung und internationale Kooperation. Das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) 1969–1981*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1999.
- Süß, Dietmar; Rosenberg, Ludwig. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 22. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 64–65.
- Süß, Winfried: Einführung. Willy Brandts Regierungserklärung vom 28. 10. 1969. 100(0) *Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert*, 2011. https://www.100dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0021_bra&. Zuletzt aufgerufen am 10. 7. 2020.
- : Reuter, Ernst Rudolf Johannes. *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 21. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 467–468.
- : »Wer aber denkt für das Ganze?« Aufstieg und Fall der ressortübergreifenden Planung im Bundeskanzleramt. In: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn: Schöningh 2003, 349–377.
- Szöllösi-Janze, Margit: Die Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen. Identitätsfindung und Selbstorganisation, 1958–1970. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 140–160.
- : *Fritz Haber, 1868–1934. Eine Biographie*. München: C. H. Beck 1998.
- : Wissensgesellschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse. *Geschichte und Gesellschaft* 30/2 (2004), 227–313.
- Szöllösi-Janze, Margit und Helmuth Trischler: Entwicklungslinien der Großforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 13–20.
- Taschwer, Klaus und Benedikt Föger: *Konrad Lorenz. Eine Biographie*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2009.
- Taubenberger, Bernhard: Kabinett Hoegner II, 1954–1957. *Historisches Lexikon Bayerns*, 2012. https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kabinett_Hoegner_II,_1954-1957. Zuletzt aufgerufen am 16. 10. 2019.
- : *Licht übers Land. Die bayerische Viererkoalition 1954–1957*. München: Buchendorfer-Verlag 2002.

- Testorf, Christian: *Ein heißes Eisen. Zur Entstehung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer von 1976*. Bonn: Dietz 2017.
- The Nobel Prize: The Nobel Prize in Chemistry 1939: Award Ceremony Speech Adolf Butenandt, 1939. www.nobelprize.org/prizes/chemistry/1939/ceremony-speech/. Zuletzt aufgerufen am 23. 7. 2020.
- Thoms, Ulrike: Das Max-Planck-Institut für Ernährungsphysiologie und die Nachkriegskarriere von Heinrich Kraut. In: Theo Plesser und Hans-Ulrich Thamer (Hg.): *Arbeit, Leistung und Ernährung. Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin zum Max-Planck-Institut für molekulare Physiologie und Leibniz Institut für Arbeitsforschung in Dortmund*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2012, 295–356.
- : Geschichte des Max Planck Instituts für Bildungsforschung in Berlin. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2016, 1009–1024.
- Torp, Cornelius: The Adenauer Government's Pension Reform of 1957. A Question of Justice. *German History* 34/2 (2016), 237–257.
- Trendelenburg, Ferdinand. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 41. Ravensburg 1980. Internationales Biographisches Archiv. <https://www.munzinger.de/search/go/document.jsp?id=00000009216>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- Trischler, Helmuth: *Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland, 1900–1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1992.
- : Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980. In: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hg.): *Bayern im Bund. Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*. München: Oldenbourg 2004, 117–194.
- : Wachstum – Systemnähe – Ausdifferenzierung. Großforschung im Nationalsozialismus. In: Brigitte Kaderas und Rüdiger vom Bruch (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner 2002, 241–252.
- Trischler, Helmuth und Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft*. München: C. H. Beck 1999.
- Trischler, Helmuth und Georg Lax: Interview mit Reimar Lüst. Transcript. 8. 9. 2010. Oral History of Europe in Space Collection. http://archives.eui.eu/en/oral_history/INT070. Zuletzt aufgerufen am 14. 7. 2020.

- Troeger, Heinrich. *Hessische Biografie*, 2020. <https://www.lagis-hessen.de/pnd/118805347>.
Zuletzt aufgerufen am 4. 7. 2020.
- Trunk, Achim: Max-Planck-Institut für Biochemie Berlin-Martinsried. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag 2010, 266–275.
- : Rassenforschung und Biochemie. Ein Projekt – und die Frage nach dem Beitrag Butenandts. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, 247–285.
- Turner, George: *Hochschule zwischen Vorstellung und Wirklichkeit. Zur Geschichte der Hochschulreform im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts*. Berlin: Duncker & Humblot 2001.
- Ullmann, Hans-Peter: *Das Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2017.
- Siemens: Unternehmen. Über uns. <https://new.siemens.com/global/de/unternehmen/ueber-uns/geschichte/personen/vorstandsvorsitzende-bis-1966/siemens-and-halske.html>. Zuletzt aufgerufen am 19. 11. 2019.
- Vierhaus, Rudolf: Adolf von Harnack. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 473–485.
- : Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip. Mythos und Realität. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte. Das Harnack-Prinzip*. Berlin: De Gruyter 1996, 129–138.
- : Dietrich Gerhard. 7. 11. 1896–31. 7. 1985. *Historische Zeitschrift* 242 (1986), 758–762.
- Vingron, Martin und Max-Planck-Institut für molekulare Genetik (Hg.): *Gene und Menschen. 50 Jahre Forschung am Max-Planck-Institut für molekulare Genetik*. Berlin: Max-Planck-Institut für molekulare Genetik 2014.
- Vogel, Rudolf, in: Leo BW 2020. https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kg1_biographien/13004606X/biografie. Zuletzt aufgerufen am 3. 2. 2020.
- Voigt, Richard. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 14. Ravensburg 1970. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/0000002302>. Zuletzt aufgerufen am 14. 7. 2020.

Wagner, Friedrich: Gerhart von Gierke. *Physics Today* 57/7 (2004), 80. doi:10.1063/1.1784319.

Walker, Mark: Die drei von der Uranstelle. Rezension zu »Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung«. *Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers*, Elisabeth Kraus. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 27 (1. 2. 2002).

———: *Eine Waffenschmiede? Kernwaffen- und Reaktorforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik*. Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«, 26. Berlin: Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«. Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2005.

———: *German National Socialism and the Quest for Nuclear Power 1939–1949*. Cambridge: Cambridge University Press 1989.

———: »Mit der Bombe leben« – Carl Friedrich von Weizsäckers Weg von der Physik zur Politik. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik – Philosophie – Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2014, 343–356.

Wambach, Kai: *Rainer Barzel. Eine Biographie*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2019.

Weber, Petra: *Carlo Schmid, 1896–1979. Eine Biographie*. München: C. H. Beck 1996.

Weilemann, Peter: *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955–1957*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1983.

Westermann, Andrea: *Plastik und politische Kultur in Westdeutschland*. Zürich: Chronos 2007.

Wielebinski, Richard: Ludwig Franz Benedikt Biermann: The Doyen of German Post-War Astrophysics. *Journal of Astronomical History and Heritage* 18/3 (2015), 277–284.

Wiggershaus, Norbert: Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan*. München: Oldenbourg 1982, 325–402.

Will, Heike: »Sei naiv und mach' ein Experiment«. *Feodor Lynen. Biographie des Münchner Biochemikers und Nobelpreisträgers*. Weinheim: Wiley-VCH 2011.

Winnacker, Karl. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 32. Ravensburg 1989. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/0000005906>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

- Witt, Peter-Christian: Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/19 bis 1934/35. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 579–656.
- Wolfrum, Edgar: *Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1990*. 10. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta 2005.
- : *Die geglü ckte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007.
- Wuest, Walter: *Sie zäh mten den Sturm. Zur Geschichte der AVA, einem der Forschungszentren der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Göttingen*. 2. Aufl. Göttingen: Verlag Göttinger Tageblatt 1991.
- Zahn, Joachim. *Munzinger Online/Personen*. Bd. 49. Ravensburg 2013. Internationales Biographisches Archiv. <http://www.munzinger.de/document/00000011344>. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.
- Zeit, Katharina: *Max von Laue (1879–1960). Seine Bedeutung für den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006.
- Zum Tod von Robert Gerwin. *MaxPlanckForschung* 2 (2004), 77.
- Zweigert, Konrad: Hans Dölle. 1893–1980. *Rebels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 44/3 (1980), 421–422.

7. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AG	Aktiengesellschaft
AGF	Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen
AMPG	Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin
Anm.	Anmerkung
AVA	Aerodynamischer Versuchsanstalt
BAK	Bundesassistentenkonferenz
BASF	Badische Anilin- und Sodafabrik
BAT	Bundesangestelltentarifvertrag
Bd.	Band
betr.	Betreffend
bzw./bezw.	beziehungsweise
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
BMS	Biologisch-Medizinische Sektion
BMwF	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung
BVG	Betriebsverfassungsgesetz
bzw.	beziehungsweise
CERN	Conseil Européenne pour la Recherche Nucléaire
CDU	Christlich-Demokratische Union
CNRS	Centre National de la Recherche Scientifique
CPTS	Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion
CSU	Christlich-Soziale Union
CIC	Counter Intelligence Corps
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Ders.	Derselbe
DESY	Deutsches Elektronen-Synchrotron
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFR	Deutscher Forschungsrat
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DM	Deutsche Mark
DNA	Desoxyribonukleinsäure
Dr.	Doktor
DTV	Deutscher Taschenbuch-Verlag
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ELDO	European Launcher Development Organisation
ESA	European Space Agency

ESO	European Southern Observatory
ESRO	European Space Research Organisation
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
e. V.	eingetragener Verein
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FHI	Fritz-Haber-Institut
FhG	Fraunhofer-Gesellschaft
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
gez.	Gezeichnet
ggf.	gegebenenfalls
GI	Garching Instrumente GmbH
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMPG	Forschungsprogramm »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft«
GWS	Geisteswissenschaftliche Sektion
ha	Hektar
Hg.	Herausgeber
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Interessengemeinschaft bzw. Industriegewerkschaft
IPP	Institut für Plasmaphysik
Km	Kilometer
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut
Lkw	Lastkraftwagen
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
Mio.	Millionen
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
MPI	Max-Planck-Institut
NASA	National Aeronautics and Space Administration
NATO	North Atlantic Treaty Organization
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
Rep.	Repositur
S.	Seite(n)
SA	Sturmabteilung
SNCI	Service National des Champs Intenses
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel

TH	Technische Hochschule
TO.A	Tarifordnung für Angestellte im öffentlichen Dienst
TU	Technische Universität
U-Boot	Unterseeboot
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VW	Volkswagen
VWF	Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten
WEU	Westeuropäische Union
WRK	Westdeutsche Rektorenkonferenz
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil

8. Personenregister

A

Abs, Hermann Josef 151, 246
Adenauer, Konrad 54, 55, 76, 102, 112, 164,
165, 167, 168, 169, 170, 248, 257
Amerongen, Otto Wolff von 203
Anders, Georg 172
Andree, Helmut 211
Anissimoff, Alexandra 210
Arnold, Karl 42
Aschoff, Jürgen 190, 222, 223

B

Bagge, Erich 165
Balke, Siegfried 102, 104, 109, 112, 114, 141,
150, 153, 154, 164, 168, 173, 176
Ballreich, Hans 39, 40, 48, 115, 146, 148, 151
Barbarino, Otto 51
Bargmann, Wolfgang 203, 221, 227
Baring, Arnulf 160, 207
Bartels, Julius 89, 91
Bayer, Otto 37, 201, 203
Becke, Margot 235
Becker, Carl Heinrich 18
Becker, Friedrich 92
Becker, Hellmut 18, 20
Beier, Friedrich-Karl 223
Benecke, Otto 38, 39, 46, 48, 50, 114, 115,
176, 247
Biermann, Ludwig 29, 30, 90, 91, 113, 154
Birrenbach, Kurt 203
Bismarck, Klaus von 204
Blessing, Karl 202, 204
Blücher, Franz 43
Boenke, Susan 256
Bollmann, Erika 48
Bonhoeffer, Karl-Friedrich 28, 38, 89, 123
Bopp, Fritz 165
Born, Max 165
Bothe, Walther 28, 91, 165
Bradshaw, Alexander M. 26
Brandt, Willy 173, 207, 208, 209, 220, 227,
232, 260

Brenig, Wilhelm 127

Brogliè, Louis de 57

Butenandt, Adolf 7, 14, 18, 19, 25, 30, 33, 34,
35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 43, 44, 45, 47, 48,
49, 50, 52, 53, 64, 65, 74, 76, 77, 78, 80, 99,
100, 101, 104, 107, 108, 109, 115, 116, 118,
119, 121, 122, 124, 125, 129, 130, 131, 132,
134, 135, 138, 139, 140, 142, 143, 144, 146,
148, 149, 150, 152, 153, 155, 157, 160, 174,
175, 176, 178, 179, 180, 182, 186, 187, 189,
190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198,
199, 200, 202, 203, 207, 208, 209, 216, 217,
218, 219, 221, 222, 223, 224, 226, 227, 228,
229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237,
238, 246, 247, 258, 259, 260, 265

C

Carson, Cathryn 33
Cartellieri, Wolfgang 77, 101, 106, 118, 119,
126, 143, 144, 146, 148, 153, 156
Churchill, Winston 164
Coing, Helmut 133, 134, 135, 136, 142, 144,
190, 202, 223, 231, 237, 238, 254
Conrad, Wilhelm 137, 173
Creutzfeldt, Otto Detlef 190
Crutzen, Paul 26

D

Dahrendorf, Ralf 17
Daston, Lorraine 12
Deutinger, Stephan 41
Diebner, Kurt 165
Dieminger, Walter 89, 91, 202
Dohrn, Klaus 82, 84, 137, 202, 203, 205, 262
Dölle, Hans 37, 38, 40, 74, 109, 137, 140, 141,
150, 172, 174, 176, 177, 179, 180, 182, 183,
184, 185, 205, 218
Dürr, Hans-Peter 190

E

Edding, Friedrich 17, 20
Ehard, Hans 49
Ehmke, Horst 204
Eigen, Manfred 26, 28, 30, 123

Elsässer, Hans 93
 Emde, Hans Georg 204
 Engell, Hans-Jürgen 26, 190
 Erhard, Ludwig 77
 Ertl, Gerhard 26
F
 Fendl, Heinz 210
 Fischer, Herbert 12
 Fischmeister, Hellmut 26
 Flecken, Adolf 42
 Fleischmann, Rudolf 165
 Fourastié, Jean 60
 Freudling, Fritz 49
 Fulde, Peter 26
 Fünfer, Ewald 113, 154
G
 Galison, Peter 25
 Gall, Lothar 246
 Geist, Dietrich 125
 Gentner, Wolfgang 28, 58, 91, 107, 108, 111,
 165, 222, 223, 240, 248
 Gerhard, Dietrich 83, 84
 Gerlach, Walther 165, 169
 Gerwin, Robert 199, 261
 Gierer, Alfred 220, 223, 240
 Gierke, Gerhart von 113, 154
 Girgensohn, Dieter 190, 232
 Globke, Hans 169
 Goldschmidt, Dietrich 20
 Goppel, Alfons 122, 157
 Grasmann, Max 49
 Graßmann, Wolfgang 47
 Grossner, Claus 206
 Gruss, Peter 26
 Gumpfenberg, Levin Freiherr von 49
H
 Haber, Fritz 99, 181
 Habermas, Jürgen 22
 Hachenberg, Otto 92
 Hachtmann, Rüdiger 33, 79, 173
 Hahn, Otto 11, 15, 25, 33, 34, 37, 38, 39, 50,
 64, 65, 68, 70, 71, 73, 86, 100, 103, 109, 114,
 141, 165, 167, 168, 169, 171, 173, 174, 176,
 205, 210, 246, 257, 258
 Hallstein, Walter 135, 144, 169, 255
 Hamm-Brücher, Hildegard 204, 227, 228
 Harnack, Adolf von 98, 134
 Harteck, Paul 165
 Haselberg, Peter von 199
 Hassenstein, Bernhard 13
 Haxel, Otto 165
 Heimpel, Hermann 16, 18, 33, 135, 136, 176
 Heinemann, Gustav 160
 Heinemann, Manfred 47, 170
 Heisenberg, Werner 16, 21, 22, 25, 29, 43, 45,
 46, 47, 48, 56, 57, 59, 74, 90, 91, 99, 112, 113,
 114, 115, 118, 119, 146, 147, 148, 153, 154,
 155, 158, 163, 165, 166, 167, 168, 176, 202,
 247, 248, 253, 257
 Hensel, Walther 42
 Heppe, Hans von 126, 156, 157
 Herbst, Ludolf 55
 Herriger, Felix 203
 Hess, Gerhard 100, 104
 Hettenhausen, Günter 210, 211, 212, 234
 Hettlage, Karl Maria 172
 Heusinger, Adolf 169
 Heuss, Theodor 168, 205
 Hitler, Adolf 35, 36, 111, 166
 Hobsbawm, Eric J. 99
 Hocker, Alexander 115
 Hockerts, Hans Günter 21, 34, 134
 Hoegner, Wilhelm 46, 48, 57
 Hoerner, Sebastian von 92
 Hoffschmidt, Richard 66
 Hohn, Hans-Willy 65, 74
 Holst, Erich von 11
 Hörlein, Heinrich 36
 Huber, Kurt 157
 Huber, Ludwig 157, 228
 Hübinger, Paul Egon 172, 173

I

Inglehart, Ronald 7

J

Jannott, Horst K. 202, 203, 215

Jescheck, Hans-Heinrich 136, 145

Johnson, Jeffrey A. 120

K

Kahlweit, Manfred 238

Kaiser, Jakob 43

Kant, Horst 23

Karge, Hellmut G. 241

Kaufmann, Doris 12, 131, 135

Kaufmann, Michael 195

Kehr, Paul Fridolin 15

Kerschbaum, Hans 126, 201, 203

Kielmansegg, Peter Graf 8, 62

Knoeringen, Waldemar von 47

Kopfermann, Max 165

Kopka, Helmut 210, 212

Köster, Werner 25

Kost, Heinrich 205

Kraus, Elisabeth 166, 167

Kraut, Heinrich 11

Kühn, Alfred 35

Kuhn, Richard 25, 38, 39, 102, 103, 176, 246

L

Landwehr, Gottfried 125

Laue, Max von 25, 27, 165, 169

Lehmann, Gunther 38

Lenz, Hans 103, 146, 153, 155, 256

Leussink, Hans 93, 101, 104, 160, 209, 256

Lohmar, Ulrich 229

Lorenz, Konrad 12, 34

Lotz, Wolfgang 223

Lübke, Heinrich 59, 60, 62, 73, 86, 87, 88, 173

Lüderitz, Otto 12

Lüersen, Karl 51, 80

Lüst, Reimar 7, 14, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 33,

90, 91, 154, 202, 218, 220, 229, 232, 234,

235, 237, 238, 239, 241, 246

Lüst, Rhea 30

Lynen, Feodor 12, 190, 203

M

Madelung, Erwin 29

Maier, Hans 204, 228

Maier-Leibnitz, Heinz 48, 125, 126, 165

Markmann, Heinz 190, 204, 213, 234

Marsch, Edmund 48, 151, 188, 198, 210, 226,
236

Mattauch, Josef 165

Matussek, Paul 195

Maunz, Theodor 140

Mayntz, Renate 26

Meitinger, Otto 50

Melchers, Georg 179, 229

Merkle, Hans L. 203

Mosler, Hermann 38, 137, 141, 172, 190, 232,
238

N

Natta, Giulio 97

Nolte, Paul 28

Nüsslein-Volhard, Christiane 14

O

Ochel, Willy 203

Orth, Karin 105

Ossietzky, Carl von 35

P

Paneth, Friedrich-Adolf 165

Paul, Wolfgang 165

Peacock, Vita S. P. 264

Peter, Martin 127

Petersen, Alfred 38, 43

Picht, Georg 17, 18

Piketty, Thomas 60, 61

Piontek, Ernst 211

Planck, Max 33

Ploog, Detlev 232

Pöhner, Konrad 157

Pollay, Heinz 50

Premauer, Werner 204

Priester, Wolfgang 92

Pünder, Hermann 38, 42, 43, 66, 67, 68, 70, 71,
74, 137, 205

Q

Queisser, Hans-Joachim 26, 125, 232, 238

R

Radford, Arthur W. 163
Rajewsky, Boris 38, 115, 138, 176, 187
Ranger, Terence 99
Raphael, Lutz 18, 245
Raspé, Gerhard 190, 203
Rass, Rudolf 190, 198
Regener, Erich 89
Reichardt, Hans 187, 238
Reichardt, Werner 13
Remy, Ernst 195
Renn, Jürgen 23
Reschke, Hans 204, 232
Reusch, Karl Hermann 38, 114, 154
Reuter, Ernst 43
Riezler, Wolfgang 165, 169
Röbbbecke, Martina 196, 204, 214
Robinson, Saul B. 21
Röntgen, Wilhelm Conrad 107
Rosenberg, Ludwig 151
Rosenthal, Philip 204
Rucker, August 47, 85
Ruf, Sep 90
Ruhstroth-Bauer, Gerhard 132
Rumpf, Hans 193, 194, 195, 219
Ruska, Ernst 25
Rust, Josef 169
Rutherford, Ernest 107, 108

S

Sachse, Carola 95
Sandys, Duncan 164
Satzinger, Helga 34
Schäffer, Fritz 67, 68
Schelsky, Helmut 31
Scheufelen, Klaus H. 203
Schildt, Axel 61
Schimank, Uwe 65, 74
Schlögl, Reinhard 28
Schlüter, Arnulf 30, 91, 113, 154, 155, 161, 190, 223
Schmid, Carlo 18, 36, 43, 67, 68, 71, 205
Schmidt-Ott, Friedrich 99
Schmitter, Karl-Heinz 113, 154

Schneider, Friedrich 82, 83, 84, 187, 190, 197, 203, 212, 221, 229, 230, 232, 233, 240
Scholz, Juliane 196, 206, 210, 211
Schön, Wolfgang 183
Schöttler, Peter 16
Schreiber, Georg 19, 38, 68, 78, 81, 114, 115, 134, 136, 137, 174, 181
Schröder, Gerhard 171
Schulze, Winfried 108
Schuster, Heinz 13
Schütte, Ernst 157
Schwarz, Hans-Peter 164, 166, 167, 169
Schwarz, Uli 190
Schwickardi, Dieter 190, 198
Seeger, Alfred 124
Seeliger, Hans 39
Seelmann-Eggebert, Walter 165
Selbach, Erich 139, 190, 202, 203, 238
Sengbusch, Reinhold von 96, 97
Sibum, H. Otto 12
Siemens, Ernst von 201
Siemens, Hermann von 126, 174, 201
Speer, Julius 159, 193, 194, 219
Speidel, Hans 169
Spuhler, Ludwig 210
Stamm, Thomas 103
Stein, Werner 205
Stollmann, Frank 151
Stoltenberg, Gerhard 104, 129, 148, 152, 153, 155, 156, 157, 158, 160, 234, 256, 262
Straßmann, Fritz 165
Strauß, Franz Josef 56, 102, 112, 163, 164, 165, 168, 257
Strehlow, Hans 28
Sunyaev, Rashid 26
Sywottek, Arnold 61
Szöllösi-Janze, Margit 111

T

Telschow, Ernst 33, 38, 39, 42, 79, 97, 100, 114, 115, 116, 117, 118, 145, 147, 151, 176, 179, 205, 210, 247
Thoms, Ulrike 20
Tiburtius, Joachim 173, 176

Trautner, Thomas A. 13
 Trendelenburg, Ferdinand 126, 202
 Trischler, Helmuth 44, 51, 111, 132
 Troeger, Heinrich 67, 71, 77, 78, 154
 Truchseß, Michael 81
U
 Ullmann, Hans-Peter 64, 250
 Ullrich, Hanns 242
 Ulmer, Eugen 136, 142, 143, 145, 223
V
 Verschuer, Otmar Freiherr von 36
 Vieth, Hans-Martin 211
 Vits, Ernst Hellmut 204
 Vogel, Rudolf 149
 Voigt, Hans-Heinrich 93
 Voigt, Richard 19, 76, 137, 140, 173
 Völk, Heinrich J. 190
W
 Waehler, Jan Peter 211
 Wagner, Carl 123, 124, 176
 Walcher, Wilhelm 165
 Walker, Mark 166, 167
 Warburg, Otto 25, 38, 114, 118
 Weizsäcker, Carl Friedrich von 18, 21, 29, 38,
 113, 165, 167, 168, 169, 203, 245, 257
 Weller, Albert H. 190, 203, 223
 Wenking, Hans 13
 Wertz, Hans 205
 Westphal, Otto 12, 190, 199, 203, 219, 223
 Wever, Franz 25
 White, Simon 26
 Windaus, Adolf 34
 Winnacker, Karl 143
 Wirtz, Karl 113, 165
 Wittmann, Heinz-Günter 13
 Wurster, Carl 40, 102, 143, 176, 202, 203, 205,
 215, 230
Z
 Zahn, Joachim 204
 Zeuner, Albrecht 188, 236, 259, 262
 Ziegler, Karl 96, 97, 205
 Ziegner, Erika von 35
 Zweigert, Konrad 137, 141, 179, 181, 184, 202,
 203, 205, 211, 215, 217, 218, 219, 231, 237, 2
 40, 242, 260

Publikationen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« – Preprints

Thomas Steinhauser, Hanoeh Gutfreund und Jürgen Renn: »A Special Relationship: Turning Points in the History of German-Israeli Scientific Cooperation«. Preprint 1: 2017.

Peter Schöttler: »Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext: Die Ära Heimpel«. Preprint 2: 2017.

Birgit Kolboske: »Die Anfänge. Chancengleichheit in der Max-Planck-Gesellschaft, 1988–1998. Ein Aufbruch mit Hindernissen«. Preprint 3: 2018.

Jaromír Balcar: »Instrumentenbau – Patentvermarktung – Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumente GmbH«. Preprint 4: 2018.

Gregor Lax: »Von der Atmosphärenchemie zur Erforschung des Erdsystems. Beiträge zur jüngeren Geschichte des Max-Planck-Instituts für Chemie (Otto-Hahn-Institut), 1959–2000«. Preprint 5: 2018.

Doris Kaufmann: »Konrad Lorenz: Scientific persona, »Harnack-Pläncker« und Wissenschaftsstar in der Zeit des Kalten Krieges bis in die frühen 1970er Jahre«. Preprint 6: 2018.

Jaromír Balcar: »Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung«. Preprint 7: 2019.

Juliane Scholz: »Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft«. Preprint 8: 2019.

Ulrich Magnus: »Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949-2000«. Preprint 9: 2020.

Felix Lange: »Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945-2002«. Preprint 10: 2020.

Eberhard Eichenhofer: »Das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, 1975-2000«. Preprint 11: 2020.

Gregor Lax: »Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000«. Preprint 12: 2020.

Mitchell G. Ash: »Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995«. Preprint 13: 2020.

Bezugsadresse

Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft

Boltzmannstr. 22, 14195 Berlin

E-Mail: gmpgoffice@mpiwg-berlin.mpg.de

Sie finden alle Preprints auch online auf der Website des Forschungsprogramms unter:

<http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/publikationen>

gmpg

FORSCHUNGSPROGRAMM
GESCHICHTE DER
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

